



22.19-1489 VII. 36. (8)

**Repertorium**

der

**Gesetz- und Verordnungs-Sammlung**

für die

**Herzoglich Braunschweigischen Lande**

vom

**1. Januar 1853 bis dahin 1860**

mit

erläuternden und ergänzenden Rescripten, Instructionen, Bekanntmachungen zc., nebst  
chronologischen Verzeichnissen aller darin vorkommenden Rescripte, Instructionen zc.  
und einem vollständigen Sachregister.

Begonnen

von

**Carl Bege,**

Herzogl. Braunsch. Lüneburg. pens. Kreisrichter.

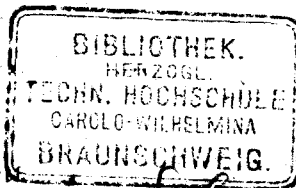
Fortgesetzt

von

**Wilhelm Görz,**

Staatsanwalt in Wolfenbüttel.

Achter Theil.



Mit höchster Genehmigung.

**Wolfenbüttel.**

Druck und Verlag von L. Hölle.

**1861.**

Indem ich in einem achten Theile die Fortsetzung des Repertoriums, den Zeitraum vom 1. Januar 1853 bis dahin 1860 umfassend, dem Drucke übergebe, bemerke ich nur, dass diesem Theile ein die sämtlichen Theile umfassendes Register beigefügt ist.

Wolfenbüttel, am 10. November 1860.

W. Götz.

## Ablösungen.

**Gesetz**, die Ablösung der den Berechtigten in den Amtsgerichtsbezirken Harzburg und Lutter am Barenberge in den vormaligen Communion = Harzforsten zustehenden Holzberechtigungen betreffend. 7/18. Februar 1857 Nro. 9. S. 21.

- §. 1. Anwendung des Gesetzes vom 3. Juli 1851 auf die Ablösung der ungemessenen Berechtigung auf den Holzbedarf.
- §. 2. Bestimmung des Brennholz-Sollhaben für die berechtigten Hausbesitzer.
- §. 3. Bestimmung des Sollhaben für die Schulstuben, Bachhäuser und Gemeinde-Hirtenhäuser.
- §. 4. Grundsätze für Feststellung der Holzrente als-Abfindung für das Brennholz-Sollhaben der Berechtigten.
- §. 5. Lieferung der Holzrente.
- §. 6. Nichtanwendung der Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juli 1851 im Fall Berechtigungen auf Inquilinenholz oder Nutz- oder Lagerholz nicht bestehen.
- §. 7. Erlöschen der ungemessenen Holzberechtigungen am 31. December 1857.

**Gesetz**, die fernere Verlängerung der im §. 14. des Gesetzes vom 13. December 1849 wegen der Aufhebung des Lehnverbandes, festgesetzten Frist für die Dauer der den Lehnablösungscapitalien beigelegten stillschweigenden Hypothek betreffend. 1/9. Decbr. 1857 Nro. 51. S. 229.

Die Frist für die Dauer der stillschweigenden Hypothek der Lehnablösungscapitale und der eventuellen Entschädigung der Lehnnachfolger wird bis zum Schlusse des Jahres 1859 erstreckt.

## Arme. Armenanstalten.

**Ausschreiben** des Herzoglichen Consistoriums an die Kirchenvisitatoren, die Verwaltung des kirchlichen Armenwesens durch die Kirchen-Vorstände betreffend, am 12/27. Januar 1853 Nro. 3. S. 5.

1. Uebertragung der Verwaltung der kirchlichen Armencaffen auf die Kirchenvorstände und Bezeichnung der Einnahmen solcher Armencaffen.
2. Controle über Feststellung des Betrags und gehörige Verrechnung der Einnahmen.
3. Verwendung der Mittel der Armencaffen und Ansammlung von Capitalien.
4. Geschäftsvertheilung der kirchlichen Armenpflege.
5. Rechnungsführung.
6. Uebertragung der Aufsicht über die kirchliche Armenverwaltung auf die Kirchenvisitatoren.
7. Verwaltung besonderer örtlicher milder Stiftungen.



## Auswanderung.

## Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 12. Juni 1854.

Es ist in Frage gekommen, ob denjenigen Personen, welchen die Auswanderung als dem Herzogthume gestattet wird, Bedingungen irgend welcher Art und zwar insbesondere für den Fall zu stellen seien, daß sie, bei ertheilter Dispensation von der Militairpflicht, entweder die Auswanderung nicht realisiren, oder aber im noch kriegsdienstpflichtigen Alter nach den hiesigen Landen dauernd zurückkehren würden.

Damit in dieser Beziehung, so wie bei dem zeitweiligen Eintritte hiesiger Landeseinwohner in fremde Dienste ein gleichmäßiges Verfahren stattfindet, ertheilen Wir den Herzoglichen Kreisdirectionen die nachstehende Anweisung:

Diesenjenigen Personen, welche die Genehmigung zur Auswanderung erhalten, haben

I, entweder zuvor den Nachweis geliefert, daß sie für diesen Fall in einem andern Staate Aufnahme als Unterthanen finden, was regelmäßig bei der Auswanderung in andere deutsche Bundesstaaten zutreffen wird;

II, oder aber es ist eine solche Aufnahme-Zusicherung nicht zu erlangen gewesen, was bei der Auswanderung nach überseeischen Ländern stets eintreten wird.

Im ersten Falle verliert der Auswandernde mit der Ertheilung des Emigrationsconsenses nicht nur seine Unterthanenrechte in den hiesigen Landen, sondern er tritt auch gleichzeitig in einen andern Staatsverband über, seine Fortweisung erscheint rechtlich zulässig und practisch ausführbar und es bedarf zu seiner Wiederaufnahme in den diesseitigen Unterthanen-Verband des Consenses der Herzogl. Landesregierung, welcher von beliebigen Bedingungen, namentlich auch in Ansehung der Ableistung der Militairpflicht, abhängig gemacht werden kann. Es stellt sich desshalb eben so unnöthig als bedenklich dar, bei Genehmigung von Auswanderungen dieser Art bereits vorstehende Bedingungen für den Fall einer etwaigen Rückkehr des Auswandernden in das Herzogthum festzustellen.

Im zweiten Falle verliert zwar der Auswandernde durch Annahme des Emigrationsconsenses, welcher jedenfalls dann auszufertigen ist, wenn behuf der Auswanderung eine Dispensation von staatsbürgerlichen Pflichten, namentlich der Militairpflicht, stattgefunden hat, die Unterthanenrechte, er tritt aber nicht ohne Weiteres als Unterthan in einen andern Staatsverband ein und wenn dieses wirklich der Fall, so würde es doch dießseits an den geeigneten Mitteln fehlen, neben der Ausweisung auch die Wiederaufnahme des Ausgewanderten in einen überseeischen Staate durchzuführen. Wenn daher auch das bisherige Verfahren, die Auswandernden dieser Kategorie auf den Verlust ihrer Unterthanenrechte ausdrücklich hinzuweisen, an sich vollkommen gerechtfertigt erscheint, so wird doch die practische Bedeutung einer solchen Eröffnung regelmäßig keine große sein, indem solche Individuen, bei der Unmöglichkeit, sie fortzuschaffen, doch das Domicil nicht wird versagt werden können und es erscheint richtiger, wenigstens bei denen, welche zum Zwecke der Auswanderung von der Militairpflicht dispensirt werden, einen, wenn auch nur indirecten, Zwang zur Auswanderung Antreten zu lassen, da es schon öfter vorgekom-

men, dass der Vorwand einer beabsichtigten Auswanderung zur Entziehung der Militairpflicht missbraucht worden ist.

Wir halten desshalb für angemessen, dass in dem unter No. II hervorgehobenen Falle den Auswandernden folgende Eröffnungen und Bedingungen gemacht werden:

**A. den Militairpflichtigen**

dass wenn die Auswanderung nicht werde ausgeführt werden, der Dispensirte, als sich der Militairpflicht betrügl. entziehend, werde vor die Gerichte zur Bestrafung gestellt werden;

**B. außerdem den Militairpflichtigen und allen übrigen:**

dass sie den Landeseinwohnerrechten entsagen und solche bei etwaiger Rückkehr von Neuem erlangen müssten, sowie, dass sie in den Unterthauen-Verband nur dann wieder aufgenommen werden würden, wenn sie die Militairpflicht, insofern sie dispensirt werden, nachträglich erfüllten und wenn überhaupt die Umstände ihre Wiederaufnahme rathsam erscheinen ließen.

Dagegen ist denjenigen Personen, welche nicht auswandern, sondern nur zeitweilig in fremde Dienste treten, die Bedingung sub A. zu machen und zugleich die nachträgliche Erfüllung der Militairpflicht für den Fall vorzubehalten, dass eine Rückkehr in der Zeit derselben erfolgen würde.

Die Herzogl. Kreisdirectionen haben hiernach in Zukunft zu verfahren und die vorgeschriebenen Bedingungen in Eröffnungen in allen einschlagenden Fällen zu machen, in welchen von Uns ein Anderes nicht speciell angeordnet werden wird.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 9. Juni 1856.**

Der §. 3. eines von dem Königl. Preussischen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unterm 6. September 1853 erlassenen Reglements, die Geschäftsführung der zur Beförderung von Auswanderern concessionirten Personen betreffend, enthält die, besonders auch im Interesse der auswärtigen Regierungen sehr zweckmäßige Bestimmung:

dass Transport-Verträge nur mit solchen Personen — gleichviel ob dieselben dem Inlande oder dem Auslande angehören — abgeschlossen werden dürfen, welche sich durch den Besitz zur Zeit gültiger, von der competenten Behörde ausgestellter Auswanderungs-Conseuse, oder wenigstens solcher Pässe legitimiren, die für die beabsichtigte Reise gültig sind — mit Minderjährigen nur unter Bewilligung des Vaters oder Vormundes — und Wir finden, auf Anregung der Königl. Preussischen Regierung, Uns veranlasst die Herzogl. Kreisdirectionen hiemit zu beauftragen, den zur Beförderung von Auswanderern concessionirten Agenten, sowie den zu diesem Geschäft bereits durch anderweite Gewerbelegitimation berechtigten Personen in den respectiven Kreisen eine mit der gedachten Preussischen Vorschrift übereinstimmende Anweisung zu ertheilen.

**Bank. Bankscheine. Papiergeld.**

**Gesetz, einige Rechtsverhältnisse der Braunschweigischen Bank und der Herzogl. Leihhaus-Anstalt betreffend. 23. Mai 1853 No. 26. S. 121.**

**1. Juni**

- §. 1. Bestimmungen über Annahme der zum Pfande bei der Bank angebotenen Sachen.
- §. 2 u. 3. Realisirung des Faustpfandrechts.
- §. 4. Zurücknahme verpfändeter Sachen durch den Inhaber des au porteur lautenden Pfandscheins.
- §. 5. Verfahren im Falle eines gerichtlichen Arrestes der bei der Bank verpfändeten Sachen.
- §. 6. Ausschließung der Vindication von Metall oder Papiergelde gegen die Bank.
- §. 7. Zahlung für die von der Bank auszugebenden Banknoten an den Inhaber.
- §. 8 u. 9. Umtausch oder Einlösung der auszugebenden Banknoten und Form der sonstigen zufolge ihrer statutenmäßigen Befugnisse zu erlassenden Bekanntmachungen der Bank.
- §. 10. Ausdehnung der der Braunschweigischen Bank erteilten Befugnisse auf die Herzogl. Leihhausanstalt.
- §. 11. Beauftragung des Herzogl. Stadtgerichts Braunschweig mit der Leitung des schiedsrichterlichen Verfahrens über Ansprüche der Actionaire gegen die Direction oder den Verwaltungsrath der Bank.

Landesherrliche Bestätigungs-Urkunde für die in der Residenzstadt Braunschweig unter der Firma: „Braunschweigische Bank“ zu errichtende Privat-Actien-Bank. 11. Mai 1853 Nro. 28. S. 125.

#### 13. Juni

Die Landesherrliche Erlaubniß zur Begründung einer Privat-Actienbank wird erteilt und es werden die Statuten derselben genehmigt. Statuten für die Actien-Gesellschaft der Braunschweigischen Bank. 11. Mai 1853 S. 127.

- I. Abschnitt §. 1 u. 2. Zweck der Bank. Firma, Sitz und Dauer der Gesellschaft.
- II. Abschnitt. §§. 3—9. Grundcapital der Bank, Actien, Actionaire.
- III. Abschnitt. §§. 10—14. Wirkungskreis und Befugnisse der Bank.
- IV. Abschnitt. §§. 15—18. Rechnungsablage. Dividenden-Vertheilung. Reservefonds.
- V. Abschnitt. §. 19. Von der Verwaltung und Vertretung der Gesellschaft. §§. 20—30. Vom Verwaltungsrathe. §§. 31—43. Von der Direction. §§. 44—54. Von den General-Versammlungen.
- VI. Abschnitt. §§. 55—57. Von der Auflösung und der Liquidation der Gesellschaft.
- VII. Abschnitt. §§. 58 u. 59. Von dem Verhältnisse der Bank zu der Staatsregierung.
- VIII. Abschnitt. §§. 60—63. Allgemeine Bestimmungen.

**Bekanntmachung**, die Form der Banknoten der Braunschweigischen Bank betreffend. 7/14. Juli 1854. Nro. 36. S. 157.

**Bekanntmachung**, die Form der von der Braunschweig. Bank auszugebenden auf Gold lautenden Noten betreffend. 12/17. Juli 1856 Nro. 27. S. 125.

**Gesetz**, die Leihhaus-Cassenscheine betreffend. 22/28. December 1857 Nro. 55. S. 237.

- §. 1. Die frühere Bestimmung über die Beträge der Einzelscheine der Leihhauscasse wird aufgehoben.
- §. 2. Bei Anfertigung neuer Cassenscheine soll über die Einzelbeträge derselben durch Verordnung bestimmt werden.

**Verordnung, die Ausgabe neuer Leihhaus-Cassenscheine betreffend.** 23/31. December 1858. No. 64. S. 397.

- §. 1. Einziehung der im Umlauf befindlichen Darlehns-Bankscheine und Ausgabe neuer Cassenscheine.
- §. 2. Anwendung der bestehenden Bestimmungen über die Bankscheine auf die neuen Cassenscheine. Form der neuen Cassenscheine.
- §. 3. Vernichtung der im Umlauf befindlichen Darlehns-Bankscheine.
- §. 4. Aufforderung zum Umtausch.

Beschreibung der neuen Cassenscheine über 1 Thlr. S. 399.

Beschreibung der Cassenscheine über 10 Thlr. S. 400.

## Arbeits- und Besserungs-Anstalten.

Rescripte n.

Schreiben des Kreisdirectors zu Braunschweig vom 18. Januar 1854  
an den Ober-Staatsanwalt.

Bekanntlich ist für die Dauer der Detentionshaft in der Besserungs-Anstalt zu Bevern die zulässige Zeitdauer auf 3 Monate bis 5 Jahre festgestellt und da der Natur der Sache nach, der mit der Detention beabsichtigte Zweck der Anstalt — die Entwöhnung von eingewurzeltem Gange zu einem verbrecherischen oder unsittlichen Lebenswandel — durch ganz kurze Dauer der Haft nicht zu erreichen sein würde, so wird die Abmessung der Detentionszeit in der Regel nach Jahren bemessen und zwar, wie gleichfalls erklärlich ist, meistens nach vollen Jahren.

Wenn solches geschieht, so erfolgt die Entlassung gerade zu der Jahreszeit, zu welcher die Verurtheilung geschehen ist und entsteht dadurch in vielen Fällen der Uebelstand, dass die Detinirten, welche fast ohne Ausnahme der arbeitenden Classe angehören und meist durch gewöhnliche Tagelöhnerarbeit ihren Verdienst finden, zu einer Zeit in ihre früheren Verhältnisse zurückkehren, in welcher der Lebensunterhalt theurer, die Gelegenheit zum Arbeitsverdienst aber geringer ist. Es hat dies nur zu leicht die Folge, dass durch die augenblicklich wieder eintretende Noth der Entlassenen gleichsam gezwungen wird, auf den verbrecherischen Weg zurückzukehren, was vielleicht vermieden wäre, wenn er bei passenderer Jahreszeit die Gelegenheit hätte finden können, in der gewohnten Thätigkeit zu bleiben und sich damit ohne zu große moralische Anstrengung vor drückender Noth zu sichern.

Erwägt man, dass bei Abmessung der Detentionszeit in Bevern nicht eine bestimmte, mit genau normirten Strafen bedrohte Handlung in Betracht kommt, dass vielmehr wegen constatirten, durch andere Mittel anscheinend nicht zu beseitigenden, Ganges zu unerlaubter Lebensweise eine Unterbringung in der Anstalt für eine solche Zeit verfügt werden soll, dass aus ihrer Dauer einigermaßen die Hoffnung auf eine Besserung des ganzen moralischen Zustandes des Menschen geschöpft werden darf: so möchte es zulässig sein, bei dieser ohnehin sehr arbiträren Abwägung der Zeitdauer auch die größere oder geringere Schwierigkeit mit in Betracht zu ziehen, welche sich bei der Entlassung der Corrigenden der Durchführung der während der Haft

**10 Arbeits- u. Besserungs-Anstalten. Brandversicherung, Brandschäden. Rescripte.**

etwa gefassten bessern Vorsätze entgegenstellen, mithin die sonst zu erkennende Detentionszeit um  $\frac{1}{4}$  oder  $\frac{1}{2}$  Jahr abzukürzen oder zu verlängern, um die gedachten Schwierigkeiten nicht eintreten zu lassen.

Sollte dortseitig diese Ansicht getheilt werden, so würde ich bitten, durch entsprechende Anweisung der Herzoglichen Staatsanwälte dahin wirken zu lassen, dass derselben auch bei den Gerichten Eingang verschafft und es somit thunlichst vermieden werde, den Endpunkt der Detentionszeit in die Wintermonate von October bis Februar fallen zu lassen.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 21. Januar 1854 an sämtliche Staatsanwälte.

Den Herren Staatsanwälten lasse ich hierneben Abschrift eines Schreibens des Kreisdirectors v. Hohnhorst zu Braunschweig vom 18./19. d. Mts. zusehigen, am, da der genannte Antrag zweckmäßig erscheint, dem Herzoglichen Kreisgerichte davon Mittheilung zu machen und auf die Berücksichtigung thunlichst hinzuwirken.

**Brandversicherung. Brandschäden.**

**Gesetz**, über Aenderung einiger Bestimmungen in den die Landesbrandversicherungsanstalt betreffenden Gesetzen 24./30. März 1855. Nr. 20.

§. 1. Die Höhe der regelmäßigen Beiträge soll nach dem Betrage des Reservefonds festgestellt werden.

§. 2. Die Eintrittsgelder sollen den Betrag von 10 Ggr. 8. Pf. von jedem 100 Thlr. in keinem Falle übersteigen.

**Gesetz**, Die vom 1. Januar 1858 an bei der Landesbrandversicherungsanstalt zu erhebenden Versicherungsbeiträge betreffend. 21/28. Decbr. 1857. Nr. 53. S. 233.

Feststellung der Beiträge und Eintrittsgelder nach dem neuen Münzfuße im Verhältnis zum Betrage des Reservefonds.

**Bekanntmachung** des Herzoglichen Staatsministeriums, die Zulassung der Versicherungsgesellschaft „Deutscher Phönix“, in Frankfurt a. M. zur Geschäftsführung im hiesigen Lande betreffend. 20/30. Januar 1858. Nr. 9. S. 19.

**Gesetz**, eine Modification des §. 5 des Gesetzes vom 15. Mai 1835 über die Versicherungen bei auswärtigen Brandversicherungsgesellschaften betreffend. 15/25. Juni 1858. Nr. 40. S. 169.

Answärtigen Brandversicherungsgesellschaften kann die Betreibung von Geschäften im Herzogthume gestattet werden, wenn sie sich dem nach dem Wohnorte des Hauptagenten, durch welchen der Versicherungs-Vertrag vermittelt ist, competenten Braunschw. Gerichte unterwerfen.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Zulassung der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft in Stettin zur Geschäftsführung im hiesigen Lande betreffend. 11/19. Juli 1858. Nr. 43. S. 211.

**Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums, die Zulassung der Berlinischen Feuer-Versicherungs-Anstalt zur Geschäftsführung in Braunschweig betreffend.** 6./20. August 1859. Nr. 28. S. 115.

**Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Zulassung der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft zum unbeschränkten Geschäftsbetriebe in der Stadt Braunschweig betreffend.** 9./20. August 1859. Nro. 29. S. 117.

**Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Zulassung der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Providentia“ in Frankfurt a. M. zum Betriebe von Feuerversicherungs-Geschäften in der Stadt Braunschweig betreffend.** 9./20. August 1859. Nr. 30. S. 119.

**Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Zulassung der Versicherungs-Gesellschaft „Thüringer“ in Erfurt zum Betriebe von Feuerversicherungs-Geschäften in der Stadt Braunschweig betreffend.** 22. August 1859. Nr. 32. S. 141. 3. Septbr.

**Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Zulassung der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Colonia“ zum Geschäftsbetriebe in der Stadt Braunschweig betreffend.** 30. August 1859. Nr. 33. S. 143. 7. Septbr.

**Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Zulassung der „Schlesischen Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Breslau“ zum Geschäftsbetriebe in der Stadt Braunschweig betreffend.** 4./7. October 1859. Nr. 39. S. 161.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 12. Juli 1859.

Wir haben den Bericht vom 25. Mai d. Jrs. die von dem Herzoglichen Amtsgerichte Niddagshausen in Anregung gebrachte Frage wegen der Brandversicherungsnummern der auf neuen Plätzen errichteten Hofgebäude betreffend empfangen und über die Angelegenheit auch das Gutachten der Herzoglichen Kreis-Direction eingezogen.

Da es nun im Interesse des Hypothekenwesens und der dasselbe berührenden Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit für besonders wichtig erachtet werden muß, daß die bisherigen Brandversicherungs-Nummern der Hofgebäude, sowohl bei den eigentlichen so genannten Reihenhöfen, als auch bei den mit vortheilhaftigen ländlichen Zuehörungen versehenen Bräufziger- und Anbauernwesen den, an Stelle dieser Gebäude auf andern Plätzen errichteten neuen Hofgebäude verbleiben und dagegen die in Abbruchzustand angewandelten alten Hofgebäude neue Brandversicherungs-Nummern erhalten, so ertheilen Wir dem Herzogl. Finanz-Collegium die Anweisung, den von den Hypothekenbehörden (den Herzoglichen Amts- resp. Stadtgerichten) demgemäß gestellten Anträgen auf Umpflichtung der bisherigen Brandversicherungs-Nummern zu entsprechen.

**Bücherverbote. Büchernachdruck.**

**Gesetz**, die Ausführung des Art. 6. des mit Frankreich zum Schutze des litterarischen und künstlichen Eigenthums unterm 8. August 1852 geschlossenen Vertrags betreffend, vom 14/21. März 1852. Nro. 14. S. 51.

- §. 1. Auch der Buch- und künstlerische Verkauf der im Art. 6. des Vertrags verzeichneten Nachdrucke und Nachbildungen, welche vor Publication des Vertrags vom 8. August angefertigt, soll nicht stattfinden.
- §. 2. Feststellung der Entschädigung der Verleger und Buchhändler, welche gegenwärtige Besitzer solcher Nachdrucke und Nachbildungen.
- §. 3. Begründung des Entschädigungsanspruches.
- §. 4. Feststellung der Tage und weiteres Verfahren.
- §. 5. Erledigung der Zweifel darüber, ob ein Werk als Nachdruck anzusehen, im Verwaltungswege.
- §. 6. Ausschließung des gerichtlichen Verfahrens.

**Gesetz**, die Publication des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 betreffend, 24. September 1854. Nro 50. S. 201.  
4. October.

**Bundesbeschluss.**

- §. 1. Was in Bezug auf Druckschriften angeordnet wird, findet auf alle durch mechanische Mittel vorgenommene Vervielfältigungen von Schriften und bildlichen Darstellungen Anwendung.
- §. 2. Zur Erzeugung von Druckschriften u. u. und gewerbsmäßigen Verkehr damit, ist eine besondere persönliche Concession erforderlich, deren Wiedereinziehung auch im administrativen Wege erfolgen kann.
- §. 3. Beschränkung des Hausirhandels mit Druckschriften.
- §. 4. Bezeichnung des Namens und Wohnorts des Druckers und resp. Verlegers auf jeder im Bundesgebiete erscheinenden Druckschrift.
- §. 5. Ueberreichung eines Exemplars jeder Druckschrift an die betreffende Behörde.
- §. 6. Ausnahmebestimmungen.
- §. 7. Bestellung eines verantwortlichen Redacteurs für periodische Druckschriften.
- §. 8. Qualifikation des Redacteurs.
- §§. 9—12. Bestellung einer Caution für periodische Druckschriften.
- §§. 13. u. 14. Aufnahme amtlicher und gerichtlicher Kundmachungen.
- §§. 15, 16 u. 17. Strafbestimmungen.
- §§. 18 u. 19. Strafrechtliche Verfolgung der Pressvergehen.
- §. 20. Verantwortlichkeit der Urheber und Theilnehmer.
- §. 21. Unterdrückung von Druckschriften.
- §. 22. Zuständigkeit der Gerichte und Verwaltungsbehörden.
- §. 23. Beschlagnahme der Druckschriften, Platten und Formen.
- §. 24. Besondere Beschränkung für die Vervielfältigung von Gerichtsacten und Verhandlungen der Behörden.

§. 25. Verpflichtung der Bundesstaaten zur Anwendung dieser Bestimmungen zur Verhütung des Mißbrauches der Presse.

§. 26. Ueberwachung der Wirksamkeit des Pressgesetzes durch den politischen Ausschuss.  
**Gesetz**, die Vollziehung des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 betreffend.  
 9./17. Februar 1855. Nro. 6.

§. 1. Befugniß zur Erzeugung von Druckschriften kann nur durch Ertheilung persönlicher Concessionen oder Gewerbescheine erlangt werden.

§§. 2 u. 3. Bedingungen für die Redaction periodisch erscheinender Druckschriften.

§§. 4 u. 5. Bestimmungen über die Caution.

§§. 6. u. 7. Strafbestimmungen.

§. 8. Die nach der Größe der Strafe zuständigen Gerichte erkennen über Pressvergehen die entgegen stehenden Bestimmungen des §. 8 des Gesetzes vom 21. August 1849 und §. 4 des Gesetzes vom 11. Januar 1852 werden aufgehoben.

**Verordnung**, die Publication des Bundesbeschlusses vom 6. November 1856, wegen Erweiterung des durch frühere Bundesbeschlüsse gewährten Schutzes gegen Nachdruck betreffend. 16./24. Februar 1857. Nro. 14. S. 35.

Der durch den Bundesbeschluss vom 9. November 1837 für Werke der Literatur und Kunst gegen Nachdruck und mechanische Vervielfältigung gewährte Schutz wird für Werke der vor dem Bundesbeschlusse vom 9. November 1837 verstorbenen Autoren, bis zum 9. November 1867 erweitert, insofern solche Werke noch im Umfange des ganzen Bundesgebietes gegen Nachdruck oder Nachbildung geschützt sind.

**Verordnung**, die Publication der Bundesbeschlüsse vom 22. April 1841 und vom 12. März d. Jrs. zum Schutze der inländischen Verfasser dramatischer und musikalischer Werke betreffend. 16./27. Mai 1857. Nro. 26. S. 61.

Feststellung der Rechte der Autoren dramatischer und musikalischer Werke in Beziehung auf die öffentliche Aufführung derselben.

**Verordnung**, die Publication des mit dem Königlich Großbritannischen Gouvernement abgeschlossenen Zusatzvertrages zu dem Vertrage vom 15. Mai 1846, wegen Schutzes der Autorenrechte betreffend. 16./28. Juli 1857. Nro. 38. S. 173.

Der abgeschlossene Zusatzvertrag wird in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

### Z u s a t z - V e r t r a g.

Art. 1. Uebereinkunft wegen der Ausfuhr von Büchern, Stichen oder Zeichnungen aus einem der im Vertrage begriffenen deutschen Gebiete.

Art. 2. Ausdehnung des den Originatwerken zugesicherten Schutzes auf Uebersetzungen.

Art. 3. Befugniß des Autors zum Vorbehalte des Rechts auf Uebersetzung.

Art. 4. Ausdehnung der Bestimmungen der Art. 1, 2 u. 3 auch auf die Darstellung dramatischer Werke und Aufführung musikalischer Compositionen.

Art. 5. Bestimmung wegen Wiederabdrucks von Zeitungsartikeln.

Art. 6. Ausführung des Zusatzvertrages.

Art. 7. Dauer des Vertrags.



## Rescripte.

Rescript Herzogl. Kreisdirection Braunschweig vom 7. April 1857

an Herzogl. Polizei-Direction daselbst.

In Bezugnahme auf den Bericht vom 16. Januar d. Jrs. No. 304 die den Buchdruckern zustehenden Verlagsrechte betreffend, habe ich der Herzogl. Polizei-Direction Nachstehendes zu eröffnen:

Die Frage ob und in wie weit den Buchdruckern als solchen selbstständige Verlagsrechte zuzugestehen seien, ist bereits in einem von der unterzeichneten Behörde unterm 18. Juli 1842 an den hiesigen Stadtmagistrat erlassenen Rescripte über den Antrag des Buchdruckers Krampe hieselbst, auf Ertheilung einer Concession als Verlagsbuchhändler dahin zur Entscheidung gebracht, daß der Buchdrucker als Gehülfe des Verlagsbuchhändlers zu betrachten und nur dem Letzteren der Vertrieb der Bücher mittelst des Handels zuzugestehen sei, daß daher, wenn auch dem Buchdrucker die Befugniß nicht streitig gemacht werden könne, unbedeutende und materielle Erzeugnisse der Presse, z. B. Preiscourante, Etiketten u., für eigene Rechnung zu debüffiren, derselbe doch bei wichtigeren geistigen Erzeugnissen nur in Verbindung mit einem Buchhändler zu concurriren habe.

Bei dieser Entscheidung muß es auch fernerhin sein Verbleiben behalten. Indessen ist dabei nicht außer Acht zu lassen, daß nach allgemeiner Rechtsanschauung Jedermann die Befugniß zusteht, die Erzeugnisse seiner eigenen geistigen Thätigkeit auf mechanischem Wege zu vervielfältigen und Nutzen daraus zu ziehen, und daß als das Erzeugniß der eigenen geistigen Thätigkeit auch die Arbeit des Redacteurs einer periodischen Druckschrift, selbst wenn solche nur in Auswahl, Umänderung und Zusammenstellung fremder geistiger Producte besteht, anzusehen ist, daß aber die gleichzeitige Eigenschaft eines concessionirten Buchdruckers kein Hinderniß abgiebt, die Producte eigener Autorschaft oder Redaction in eigenen Verlag zu nehmen.

Wo dagegen nur die mechanische Fertigkeit des Buchdruckers in Betracht kommt, ist derselbe zum eigenen Vertriebe von Drucksachen nicht für befugt zu halten.

Herzogl. Polizei-Direction wolle vorkommenden Falls darauf achten, daß diesen Grundsätzen gemäß verfahren werde, etwaige Contraventionen dagegen aber, wenn solche auf geeignete Eröffnung nicht unterbleiben, zur gerichtlichen Anzeige gelangen.

## Civilproceß.

Gemeiner Bescheid Herzoglichen Obergerichts vom 8. November 1855 zur Erläuterung der Civilproceßordnung §§. 225. 336. 343. 347. 8./13. December 1855. S. 569.

In den Einführungschriften der Berufung, oder Nichtigkeitsbeschwerde soll eine gedrängte Motivirung der Beschwerdepunkte gegeben werden.

Gesetz, Abänderungen und Ergänzungen der Civilproceßordnung betreffend. 5./18. December 1855. No. 58. S. 577.

- §. 1. Das abgekürzte Verfahren (Civilproceßordnung §§. 198—208) soll nur für die Fälle bestehen bleiben, hinsichtlich deren dessen Anwendung besonders vorgeschrieben ist.
- §. 2. der §. 198 der Civilproceßordnung wird aufgehoben.
- §. 3. Beschränkung des Sportellsages bei Contumacial-Erkenntnissen.
- §. 4. Bestimmung von Pauschätzen für die Anwälte in Civilproceßsachen von 50 Thlr. bis 200 Thlr.
- §. 5. Anwendung der neuen Tage auf die dem Stadtgerichte zu Braunschweig und Amtsgerichte Ledinghausen überwiesenen Sachen von 50 Thlr. bis 100 Thlr.
- §. 6. Nähere Bestimmungen der Gebührentage für Anwälte und Sachwalter.

**Circularrescript** des Herzogl. Staatsministeriums an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte, die Erhebung von Gerichtsgebühren in Angelegenheiten sportelfreier Behörden und Anstalten betr. 15/28. Decbr. 1855. No. 59. S. 583.

Von den in der Verordnung vom 9. Februar 1844 bezeichneten Behörden und Anstalten sollen sowohl in Sachen der freiwilligen als streitigen Gerichtsbarkeit sämtliche Gerichtsnebengebühren, so weit solche nicht ausnahmsweise einzelnen Beanten überwiesen sind, nicht erhoben werden.

### Rescripte.

**Rescript** des Ober-Staatsanwalts vom 4. Februar 1853 an den Staatsanwalt zu Gandersheim.

Auf den Bericht vom 2/4. d. Mts., den von dem Ratler G. A. und dem Schneidermeister H. S. zu L. wegen Verwelterung des Armenrechts ergriffenen Recurs betreffend, eröffne ich Ihnen Folgendes:

Von mehren Streitgenossen ist jeder einzelne für die durch gemeinschaftliche Proceßführung entstehenden Gerichtskosten solidarisch verhaftet, so daß also, sind einer oder einige der Streitgenossen untermögend, andere vermögend, die letzten desshalb von Bezahlung der Gerichtskosten oder eines Theils derselben nicht befreiet werden. Dieser Umstand kann indess nicht bewirken, daß wenn mehr als Kläger oder als Beklagte sich betheiligt erscheinen, denselben Betheiligten, welche untermögend sind, das Armenrecht, sofern die gesetzlichen Bedingungen (Civ.-Proc.-Ordn. §. 141) bei ihnen zutreffen, nicht ertheilt wird, weil sie in der Lage sein können, zu ihrem Anthelle den Proceß entweder ohne Beitritt der übrigen zu beginnen und aufzunehmen, oder nach geschehenem Ausscheiden oder Verzicht der Vermögenden fortzusetzen. Sollten demnach Bedenken materieller Art (Civ.-Proc.-Ordn. §. 143. Abs. 2) nicht entgegenstehen, was ich aus den mir vorliegenden Actenstücken zu beurtheilen nicht vermag, so veranlasse ich Sie hierdurch, den Bittstellern das Armenrecht zu ertheilen und erfolgen die Anlagen der Recurschrift anbei.

**Rescript** Herzogl. Obergerichts vom 7. Februar 1853  
an Herzogl. Kreisgericht Wolfenbüttel.

Wir haben den über die Beschwerde des Obergerichtsadvocaten Dr. S. hieselbst, in Sachen des Schuhmachers Christoph W. zu R., Klägers, wider den Gastwirth Theodor A.,

dasselbst, wegen Eingriffe in das Eigenthum von dem Herzogl. Amtsgerichte am 13./22. vor. Mts. erstatteten Bericht erhalten. So richtig es nun auch im Allgemeinen ist, daß die Parteien die von ihnen zu gebrauchenden Beweismittel und unter diesen auch die von ihnen für nützlich erachteten Acten herbeizuschaffen haben, so folgt doch daraus nicht, daß jede Mitwirkung des Gerichts, namentlich um zu der Combination von Acten zu gelangen, auch in dazu geeigneten Fällen ausgeschlossen sei. Da nun ferner in dem vorliegenden Falle aus der zu den Acten gebrachten Resolution der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission vom 1. December vor. Jrs. hervorging, daß die Uebersendung der Separationsacten bei jener Behörde in Antrag gebracht, jedoch von derselben zu diesem Behufe ein Antrag des Herzogl. Kreisgerichts verlangt war, so war es unbedenklich, in so weit die gebotene Mitwirkung eintreten zu lassen und es diente dies offenbar zur Vereinfachung des Verfahrens.

Wir müssen daher die erhobene Beschwerde für gegründet halten, und weisen demgemäß das Herzogliche Kreisgericht an, hinsichtlich der bezeichneten Separationsacten dem Antrage de praes. den 9. Decbr. vor. Jrs. zu willfahren und die Parteien davon demnächst in Kenntniß zu setzen.

#### Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 14. Februar 1853 an den Staatsanwalt zu Blankenburg.

Auf den Bericht vom 9. d. Mts. erwiedere ich, daß bei Erkenntnissen auf Anordnung von Curatelen über Großjährige (Civ.-Proc.-Ordn. §. 209) der Sportellsatz unter Nro. 9 also von 12 Thlr., nach der Bemerkung a (S. 209) verglichen mit der Verordnung vom 3. Februar 1814 Nro. 27. §. 52 und dem landesherrlichen Circular-Rescripte vom 8. Juli 1833 Nro. 18 anzuwenden ist. Sie wollen dem Herzogl. Kreisgerichte daselbst hiervon Mittheilung machen und beantragen, daß solches künftig geschehe, dafern aber in Zukunft der angegebene Sportellsatz nicht genommen sein sollte, weiter an mich berichten (Civ.-Proc.-Ordn. §. 15). Die bereits abgethanen Fälle mögen beruhen bleiben und gehen die eingesandten Acten in 4 Hefen anbei zurück.

#### Rescript Herzogl. Ober-Gerichts vom 21. März 1853.

Dem Herzogl. Amtsgerichte H. eröffnen Wir auf den Bericht vom 27. Febr. /4. März, daß die im §§. 155 der Civ.-Proc.-Ordn. erwähnte Behändigungsurkunde stets zu den Acten zurückgegeben werden muß, da der fragliche Paragraph von allen bei den Amts- und Stadt-Gerichten schriftlich oder mündlich angebrachten Klagen handelt, mithin kein Grund vorliegt, die allgemein vorgeschriebene Rückgabe des Insinuations-Documents auf die mündlich zu Protocoll vorgetragenen Klagen zu beschränken.

Dagegen ist nicht näher bestimmt, wie dem Kläger der abzugebende Bescheid bei schriftlich überreichten Klagen eröffnet werden soll und es wird daher in Gemäßheit der bestehenden Proceßgrundsätze zu verfahren sein, wonach dem Kläger eine Ausfertigung des Bescheides zugestanden werden muß. Dem entsprechend sind im Schlusssatz des betreffenden Formulars „die den Parteien zu behändigenden Ausfertigungen“ erwähnt und werden die von dem Herzoglichen Amtsgerichte angeregte Zweifel in dem Vorstehenden ihre Erledigung finden.

## Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 6. April 1853

an den Ober-Staatsanwalt.

Da das Landpostbotenwesen mit dem 1. Mai d. Jrs. eine umfassende Erweiterung erfahren wird und die Absicht ist, die Landpostboten auch zu Insinuationen in Proceß- und Strafsachen zu benutzen, so werden dieselben danach instruit werden. Die betreffenden Behörden haben jedoch die Insinuanda unter der Adresse der Empfänger nicht den angestellten Postboten selbst, sondern den denselben unmittelbar vorgesetzten Postanstalten zu übersenden und zur Vermeidung von Ungewissheiten und Verwechslungen die Converte mit dem Namen der Behörde zu contrasigniren. Bei denjenigen Vorladungen in Strafsachen, welche nach §. 40. Abs. 3 der Str.-Proc.-Ordn. im Nothfalle nicht an Angehörige, Dienstboten oder ad aedes insinuirt werden können, ist auf der Adresse oder deren Rückseite ausdrücklich zu bemerken,

dass wenn der Adressat abwesend, das insinnandum dem Gemeindevorsteher zuzustellen sei.

Ueberhaupt ist auf eine genaue Bezeichnung der einzelnen zu versendenden Stücke durch Nummern oder andere übersichtliche Kennzeichen, sowohl in den Büchern, welche darüber geführt werden, als auf den Concepten der Ausfertigungen und auf den Converten selbst zu sehen, damit bei etwaigen Ungehorsamsbeschuldigungen die Identität nachgewiesen werden kann.

Sie haben hiervon die Staatsanwälte zur Nachachtung in Kenntniß zu setzen und wird übrigens annoch zeitig eine umfängliche Bekanntmachung über das Landpostbotenwesen erscheinen. (Siehe auch „Justizverfassung“ Rescript Herzogl. D. G. vom 19. April 1853.)

## Rescript Herzogl. Ober-Gerichts vom 6. April 1853.

Dem Herzogl. Amtsgerichte wird auf seinen an Herzogl. Staatsministerium rüchichtlich der bei nothwendigen Subhastationen zu erhebenden gerichtlichen Sporteln erstatteten Bericht vom 14. Februar d. Jrs. in Gemäßheit Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 18. v. Mts. hiemit Folgendes eröffnet:

Unter den Nummern 20. 21. u. 22. der Sportel-Zage im Civilproceß sind die in der Vollstreckungs-Instanz zu erhebenden Sporteln vorgeschrieben und es kommt dabei von einem Unterschiede hinsichtlich der Art und Weise, wie die Hülfsvollstreckung bewerkstelligt wird, nichts vor. Daraus folgt, dass auch in dem Falle, da zum Behufe der Hülfsvollstreckung es einer Subhastation bedarf, für diese ein besonderer Sportelsatz nicht erhoben werden darf, dass, wenn dabei Erkenntnisse der unter No. 22 bezeichneten Art vorkommen, auf diese der daselbst vorgeschriebene Satz Anwendung findet und dass etwa abzugebende besondere Bescheide einem Sportelsatz nicht weiter unterliegen, weil die unter den Art. 20 u. 21 aufgeführten Sätze auf das ganze Vollstreckungsverfahren sich beziehen. Es muss daher die unter No. I. in dem Berichte angeführte Ansicht für die richtige gehalten und die unter IV. aufgeworfene Frage dahin beantwortet werden, dass für die daselbst hervorgehobenen Fälle nur dann ein besonderer Sportelsatz Statt findet, wenn dabei Erkenntnisse nothwendig werden, auf welche dann der unter No. 22 vorgeschriebene Satz in Anwendung zu bringen ist.

## Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 17. Mai 1853.

Auf die Beschwerde vom 9/15. d. Mts., Anordnung einer Curatel für die Wittve R. geb. U. zu H. betreffend, erwiedere ich Nachstehendes:

Die Staatsanwälte sind berechtigt, auf Interdiction eines Verschwenders anzutragen, wenn die nächsten Angehörigen den Antrag nicht machen (Civ.-Proc.-Ordn. §. 16. Nro. 3. §. 210). Behufige Verpflichtung der Staatsanwälte ist jedoch, regelmäßig erst alsdann zu statuiren, wenn zu der Sache legitimirte Angehörige nicht vorhanden sind (Cod. Nap. art. 491. 514) oder wenn diese den Antrag zu stellen rechtlich oder factisch (z. B. wegen jugendlichen Alters, Abwesenheit) gehindert werden, oder im Einverständnisse mit dem Verschwender unterlassen u. s. w.

Der Umstand also, daß zunächst berechtigte Angehörige, weil sie Mühe, Kosten und unsichern Ausgang des Rechtsverfahrens scheuend, dessen entboren zu werden, nützlicher oder bequemer finden, erscheint nicht geeignet, den Staatsanwälten die Verfolgung der Interdictionsklage an Statt und im Interesse jener Angehörigen zuzuwenden, zumal die Staatsanwälte leicht hierbei in die Lage kommen können, bedenkliche Proceßhandlungen (z. B. Eidesleistungen Civ.-Proc.-Ordn. §. 61 cc., 86 cc., 211, 214) sich unterziehen zu müssen.

Ich bin demnach nicht veranlaßt, die ablehnende Erklärung des Staatsanwalts in Blankenburg vom 4. vor. Mts. zu ändern, und versteht sich von selbst, daß den Kindern der Wittve R., dafern unvermögend, die Nachsuchung des Armenrechts zum Zwecke der Interdictionsklage (Civ.-Proc.-Ordn. §. 141) unbenommen bleibt.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 4. Juni 1853  
an Herzogl. Obergericht.

Auf den Bericht vom 31. vor. Mts. in Betreff des bei Erkenntnissen auf Anordnung einer Curatel für einen Großjährigen anzuordnenden Sportellsages, weisen Wir Herzogl. Obergericht hiemit an, die Gerichte einstweilen zur Befolgung des richtigen, mit der Ansicht des Ober-Staatsanwalts übereinstimmenden Grundsatzes zu instruiren und behalten Uns wegen der beantragten Aenderung der bezüglichen Gesetzgebung die weitere Erwägung vor.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 10. Junius 1853 an Herzogl.  
Amtsgericht Blankenburg.

Auf die Beschwerde des Herzogl. Amtsgerichts in dessen Berichte vom 23. April d. Jrs., die Einziehung annotirter Gerichtskosten in Sachen St. wider St. betreffend, eröffnen wir dem Herzogl. Amtsgerichte unter Rücksendung der an uns mit eingesandten Actenstücke, daß wenn auch die in dem 7. Theile der Civilproceßordnung enthaltenen Bestimmungen über das Vollstreckungsverfahren auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden und das dortige Herzogl. Kreisgericht die in Rede stehenden Gerichtsgebühren durch seine Unterbedienten, nöthigenfalls auch executivisch, einziehen zu lassen im Stande gewesen wäre, daraus nicht folgt, daß Herzogl. Amtsgericht den demselben ertheilten Auftrag zur Einziehung solcher Gebühren ablehnen könne.

Es leidet keinen Zweifel, daß die fraglichen Gebühren ex officio eingezogen werden müssen, und aus der im §. 22 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung vorgeschriebenen allgemeinen Unterordnung der Amtsgerichte unter die Kreisgerichte folgt von selbst, daß jene von diesen mit derartigen Gebührenerhebungen beauftragt werden können und daß also auch Herzogl. Amtsgericht mit jener Einziehung beauftragt werden konnte, indem solcher Auftrag weder an sich unzulässig ist, noch einen Mißbrauch enthält, sondern den Umständen nach angemessen erscheint.

Herzogl. Amtsgericht wird daher hierdurch angewiesen, dem Auftrage des Herzogl. Kreisgerichts daselbst vom 28. Februar d. Jrs. Folge zu leisten.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 4. August 1853

#### an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Es ist zur Sprache gekommen, daß von den Herzogl. Kreisgerichten bei der Erhebung von Gebühren für Erkenntnisse auf Ehescheidungen aus landesherrlicher Machtwollkommenheit (Circ.-Rescr. vom 12. Februar 1835) ein verschiedenes, zum Theil unrichtiges, Verfahren beobachtet ist und sind wir daher durch ein Rescript des Herzogl. Staatsministeriums vom 22. v. Mts. angewiesen, den sämtlichen Herzogl. Kreisgerichten Folgendes zu eröffnen:

Auf die Ehescheidungserkenntnisse aus landesherrlicher Machtwollkommenheit, wie sie nach dem Circularrescripte vom 12. Februar 1835 an die Parteien zu erlassen und zwar jetzt ihnen in einer öffentlichen Gerichtsitzung (jedoch ohne vorheriges öffentliches mündliches Verfahren) zu verkünden sind, paßt so wenig der Sporteltarif vom 10. Mai 1835, weil derselbe (sub B. 6 b.) ein vorheriges schriftliches Wechselverfahren voraussetzt, als der Sporteltarif hinter der Ein.-Proc.-Ordn., weil derselbe (sub I. 1. B.) nur nach einer vorhergegangenen mündlichen Hauptverhandlung Anwendung findet. Da nun bei den Ehescheidungserkenntnissen der fraglichen Art weder jenes Schriftwechselverfahren, noch diese mündliche Hauptverhandlung vorkommen, so folgt daraus, daß die eben erwähnten Gebühren-Bestimmungen auf solche Erkenntnisse nicht bezogen werden können, daß dieselben vielmehr, da sich auch sonst kein bestimmter Sportellsatz dafür angeordnet findet, oder darauf beziehen läßt, frei von Sportel verkündet und ausgefertigt werden müssen. Herzogl. Kreisgericht hat hiernach in künftigen Fällen der fraglichen Art zu verfahren.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 19. September 1854

#### an Herzogl. Amtsgericht Walkenried.

Auf Ihren Bericht vom 20. Juli d. Jrs., die Competenzfrage in Sachen die Mortification einer Schuldverschreibung betreffend, erwidern wir, daß wir der darin von ihnen ausgeführten Ansicht nicht beitreten können. Denn der von dem Adressaten E. bei dem Herzogl. Kreisgerichte Blankenburg erhobene Antrag bezweckt die Mortification einer Schuldurkunde, von deren Besitze die Geltendmachung des darin verbrieften Anspruches gegen den Schuldner abhängig ist. Es steht dabei das contractliche Verhältniß und das darauf sich gründende Recht

selbst in Frage, indem solches ohne die Mortification des abhanden gekommenen Documentes nicht geltend gemacht werden kann. Indem also der die Mortification Beantragende die Wiederherstellung seines, durch den Besitz der Urkunde bedingten, Rechtsverhältnisses zu dem Schuldner verlangt, befindet er sich einem bestimmten Gegner gegenüber, welcher seine Verpflichtung, wenn auch nicht geradezu bestritten, doch vorerst nicht anerkennt und gerade zu dieser Anerkennung durch das Mortificationsverfahren genöthigt werden soll. Hieraus folgt, daß der vorliegende Fall den streitigen Rechtsfachen beizuzählen ist, und da nach dem Inhalte des Antrags das Object die Summe von 50 Thlrn. übersteigt, so ist die Competenz des Herzogl. Kreisgerichts nicht zu bezweifeln.

Sie haben daher in Gemäßheit der Rescripte vom 24. Juni und 13. Juli d. Jrs. den ihnen erteilten Auftrag auszuführen.

**Entscheidung Herzogl. Cassationshofs vom 28. December 1854  
über einen Kompetenzconflict zwischen Herzogl. Kreisgerichte Blankenburg  
und Herzogl. Amtsgerichte daselbst.**

In der Civilproceßsache des Herzogl. Leihhauses zu Blankenburg, Klägers, wider den Müller Heinrich S. und dessen Ehefrau, Caroline geb. S. zu G., Beklagte, wegen Zinsen u. sind vom Herzoglichen Amtsgerichte daselbst die betreffenden Acten sammt den darin befindlichen Rescripte des Herzogl. Kreisgerichts vom 21. October d. Jrs. zur Entscheidung über die in dem letzten enthaltene Weigerung des Herzogl. Kreisgerichts die Einleitung des Concurses vorzunehmen und über die Anweisung desselben an das Herzogl. Amtsgericht, daselbst, das Weitere zu verfügen, an das Herzogl. Obergericht eingesandt und von diesem hr. m. in Gemäßheit des §. 45 der Civ.-Proc.-Ordn. uns mitgetheilt worden. Da nun durch den Verkauf eines verpfändeten Gegenstandes ab Seiten eines vorstehenden Hypothekengläubigers die nachfolgenden Hypotheken erlöschen, die demselben zum Grunde liegenden und durch die Hypotheken gesicherten persönlichen Forderungsrechte aber bestehen blieben

L. 3. C. de distr. pig. 8. 28.

L. 9. pr. §. 1. Dig. eod. 20. 5.

Da ferner im vorliegenden Falle den angemeldeten und durch die Subhastation erloschenen Hypotheken persönliche Forderungen zum Grunde liegen müssen, weil ohne solche keine Hypotheken bestehen können, auch aus dem Beschwörungsscheine, welcher sich bei den Acten befindet, hervorgeht, daß die hier in Betracht kommenden persönlichen Forderungen zum Theil aus Kaufcontracten über die Mühle, über Getreide, und Darlehen herrühren, da ferner die Subhastation der fraglichen Mühle ein Deficit von etwa 1150 bis 1160 Thlr. ergibt, der verkaufende Gläubiger in dem Antrage vom 6. Juni d. Jrs. erklärt hat, daß Executionen in das Mobilien der Schuldner sich als erfolglos gezeigt hätten, auch von den S'schen Eheleuten im Subhastationstermine vom 4. October d. Jrs. angeführt ist, daß sie nach dem Ergebnisse des Verkaufs ihrer Mühle nicht im Stande wären, ihre übrigen Gläubiger zu befriedigen und deshalb auf Concursöffnung über ihr Vermögen antragen wollten; da endlich nach den Beträgen der durch die Professionen der Credita bekannt gewordenen Forderungen an die S'schen Eheleute, viele

darunter die Summe von 50 Thln. übersteigen, und, der angemessenen Capitalien nicht zu gedenken, z. B. der Förster M. sogar schon einen rückständigen Zinsposten von 63 Thln. liquidirt hat,

so kann es keinem begründeten Zweifel unterliegen, daß nach dem §. 307 Aro. 1 und 4, sowie nach dem §. 308 der Civ.-Proc.-Ordn. die zur Einleitung des Concurfes über das Esche Vermögen erforderliche Sachuntersuchung und sonst etwa nach dem Gesetze vorzunehmende Verhandlungen und zwar von dem Herzogl. Kreisgerichte, als zu dessen Competenz gehörig, anzuordnen und ordnungsmäßig zu erledigen sind. Indem wir dem Herzogl. Kreisgerichte die oben erwähnten Acten zu dem Ende hieneben zugehen lassen, weisen wir dasselbe an, nach Vorstehendem umgesäumt zu verfahren und haben von dieser Verfügung das Herzogliche Amtsgericht daselbst, hieneben in Kenntniß gesetzt.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 29. September 1854  
an Herzogl. Amtsgericht Haffelsfelde.

Ueber den Inhalt des Berichts vom 8. Juli d. Jrs., die Competenz der Amts- und Stadtgerichte im Vollstreckungsverfahren betreffend, haben Wir Uns veranlaßt gefunden, den Bericht des Herzogl. Obergerichts einzuziehen und lassen Abschrift desselben d. d. den 21. d. Mts., dem Herzogl. Amtsgerichte mit der Eröffnung hierbei zugehen, daß Wir mit den darin vorgetragenen Ansichten einverstanden sind.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 21. September 1854, die Competenz  
der Herzogl. Amts- und Stadtgerichte im Vollstreckungsverfahren  
betreffend.

In Gemäßheit des hohen Beschlusses vom 17. praes. den 19. Juli d. Jrs., den neben erwähnten Gegenstand betreffend, versehen wir nicht, unter Wiederanschluß des Berichts des Herzogl. Amtsgerichts Haffelsfelde, darüber hierdurch gehorsamt zu berichten.

Das Herzogl. Amtsgericht Haffelsfelde hat einige Unrichtigkeiten, welche beim gerichtlichen Executionsverfahren vorgekommen sein sollen, und einige Schwierigkeiten, welche sich bei demselben ergeben könnten, angeführt und scheint dieselben aus der veränderten Gerichtsverfassung, wonach das Vollstreckungsverfahren, zufolge des Verfassungsgesetzes §. 19 und der Civ.-Proc.-Ordn. §. 360 jetzt an die Amts- und Stadtgerichte gehöre, ableiten zu wollen. Dabei hat das genannte Herzogl. Amtsgericht angenommen, daß die erwähnten Vorschriften ohne Ausnahme auf jede vorkommende Execution angewandt werden müßten, welches sich aber nicht begründen läßt. Denn da nach dem §. 365 der Civ.-Proc.-Ordn. das zuständige Vollstreckungsgericht, an welches die Parteien sich zu wenden, bezüglich die Kreisgerichte ihre Aufträge zu richten haben, dasjenige ist, dem die Person oder bei dinglichen Ansprüchen die Sache, auf welche die Vollstreckung sich bezieht, unterworfen ist, so folgt hieraus, daß der §. 360 der Civ.-Proc.-Ordn. in dem Falle nicht anwendbar ist, wo die Person des verurtheilten Schuldners im hiesigen Lande gar keinem foro generali, insbesondere domicilii unterworfen und kein forum rei sitae im Sinne des citirten §. 365 im hiesigen Lande vorhanden ist, indem nicht angenommen wer-



den kann, daß der §. 365 der Civ.-Proc.-Ordn. über die Existenz und Competenz ausländischer fora habe bestimmen wollen. Ein Fall dieser Art kann leicht vorkommen, wenn ein Ausländer im foro reconventionis oder auch in einem andern foco speciali z. B. contractus oder auch überhaupt als unterliegenden Kläger in die Proceßkosten verurtheilt ist.

In Fällen dieser Art, wo die Amts- und Stadtgerichte als fora domicilii des Schuldners oder als fora rei sitae in dem erwähnten Sinne, die Executionen zu vollziehen nicht im Stande sind, wird der Obfliegende, wenn er sich nicht durch Cautionen oder Arreste — Civ.-Proc.-Ordn. §. 232 — gesichert befindet, sich durch Anträge auf Requisitionen bei dem bisherigen Gerichte, welches den Proceß geleitet und entschieden hat, zu helfen suchen müssen, indem der §. 362 der Civ.-Proc.-Ordn. ergiebt, daß das Princip solcher Requisitionen in der neuen Gesetzgebung nicht aufgehoben, sondern anerkannt ist. Durch Uebertragung des Vollstreckungsverfahrens von den Kreisgerichten auf die Amts- und Stadtgerichte, in so fern der Schuldner denselben für seine Person oder Sachen unterworfen ist, sind nur diejenigen Schwierigkeiten, welche in der Executioneninstanz überhaupt vorkommen können, so weit sie ihren Grund in der Zulässigkeit verschiedener fora specialia bis zur rechtskräftigen Entscheidung und der Beziehung der Execution auf letzte haben, auf die Amts- und Stadtgerichte mit übergegangen, durch diesen Wechsel in der vollziehenden Gerichtsbehörde im Allgemeinen aber wenig vermehrt, und da dergleichen Schwierigkeiten vor Einführung der neuen Gerichtsverfassung und Civ.-Proc.-Ordn. von den Kreisgerichten im Ganzen befriedigend überwunden sind, so werden sie auch jetzt von den Amts- und Stadtgerichten überwunden werden, zumal sie bei Sachen im Betrage von 50 Thln. schon immer Vollstreckungsbehörden gewesen und also mit derartigen Geschäften bekannt sind. Wenigstens haben wir in dem nun 4jährigen Zeitraume seit Einführung der neuen Gerichtsverfassung bis jetzt keine erhebliche Erfahrungen vom Gegentheile gemacht, was doch gewiß der Fall gewesen sein würde, wenn in der jetzigen Gesetzgebung keine zu erheblichen Uebelstände der gedachten Art vorhanden wären.

Einige Mißgriffe mögen vorgekommen und werden niemals ganz zu vermeiden, dann aber auch auf erhobene Rechtsmittel oder Beschwerden leicht einzubessern sein. Das aber deshalb eine Revision und Abänderung der neuen Gesetzgebung, wenigstens schon jetzt und bevor noch mehr Erfahrungen dazu mahnen, erforderlich sei, können wir nicht annehmen, es scheint vielmehr, als ob sich die neuen Einrichtungen in diesem Punkte bewähren.

Dem anscheinenden Wunsche des Herzogl. Amtsgerichts Haffelsfelde, eine Revision und Abänderung der erwähnten Art anzuregen, vermögen wir daher, wenigstens schon jetzt, nicht beizutreten, glauben vielmehr, daß diese Angelegenheit bis auf Weiteres auf sich beruhen zu lassen sei, verstellen jedoch die Entscheidung hierüber gehorsamst zu höherm Ermeßsen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 4. April 1855  
an Herzogl. Amtsgericht Holzminden.

Auf die Vorstellung vom 12./17. v. Mts., die Erhebung der Zustellungsgebühr bei Vollstreckungsbefehlen betreffend, erwidern wir, daß wir die vom dortigen Herzogl. Kreisgerichte in der Verfügung vom 26. Februar ausgesprochene Ansicht für die richtige halten müssen.

Eine Zufertigungsbescheinigung ist überall zu erteilen, wo eine Partei nach Ablauf einer Frist mit einer an sich zulässigen Handlung ausgeschlossen werden kann und wo also nöthigenfalls die Nachweisung geliefert werden muß, daß und wann die Insnuation erfolgt sei. In allen solchen Fällen gehört die Bescheinigung zu der ordnungsmäßigen Ausführung des gerichtlichen Actes und es ist ebendeshalb ein besonderer Antrag der betreffenden Partei nicht erforderlich. Von einer Verletzung der Verhandlungsmaxime kann schon deßhalb keine Rede sein, weil sonst in Privatrechtsstreitigkeiten eine Insnuation niemals ohne besondere Bitte des Extrahenten bescheinigt werden dürfte.

Herzogl. Amtsgericht hat daher in Zukunft der erwähnten kreisgerichtlichen Verfügung gemäß zu verfahren.

### Decret des Herzogl. Cassationshofes vom 29. December 1855.

In der Sache des Kaufmanns S. in B., Beklagten, wider den Major Grafen G. W., daselbst, Kläger, wegen Erfüllung eines Kaufcontracts, wird diesem die von jenem mit dem Berichte des Herzogl. Obergerichts, 2. Senats, hieselbst, vom 27/29. d. Mts. sammt den Acten eingesandte Einführung der Richtigkeitsbeschwerde hierbei abschriftlich mitgetheilt und, da die Motivirung der Beschwerdepunkte nicht geschehen, vielmehr vorbehalten, ein solcher Vorbehalt aber gänzlich unstatthaft ist,

so wird die Richtigkeitsbeschwerde wegen ermangelnder Formalien — Gemeiner Bescheid vom 8. v. Mts. Civ.-Proc.-Ordn. §. 338. 347 — zurückgewiesen und sind die Remissortalien hierneben ausgefertigt.

### Decret Herzogl. Cassationshofes vom 7. Februar 1856.

In der Sache des Kaufmanns S. in B., Beklagten, Appellaten und Querulanten, wider den Grafen G. W. zu B., Kläger, Appellanten und Querulanten, wegen Erfüllung eines Kaufcontracts, wird diesem die von jenem am 7. d. Mts. übergebene Motivirung der Beschwerden hierbei in Abschrift mitgetheilt und

da der auf den Grund der einschlägigen Bestimmungen der Civ.-Proc.-Ordn. erlassene Gemeine-Bescheid vom 8. November vor. Jrs. deutlich ergibt, daß mit Aufstellung der Beschwerde nur eine kurzgefaßte Bezeichnung der Gründe, auf welche die Berufungs- und Cassations-Anträge gebauet werden sollen, oder eine gedrängte Motivirung der Beschwerdepunkte zu verbinden sei, folglich Schriften solcher Art, regelmäßig auf einen oder zwei Bogen — vergl. Anhang zur Straf-Proc.-Ordn. II. B. Bemerkung d. und Anlage zur Civ.-Proc.-Ordn. II. 19. Bemerk. D. — zu beschränken, in der vorliegenden ungehörigen Weitläufigkeit, weil das Princip der Mündlichkeit des Verfahrens — Civ.-Pr.-Ordn. §. 57. 341. — angreifend und vernichtend, nicht zugelassen werden können, so weit die Eingabe als unförmlich zurückgewiesen und findet das ohnehin nicht motivirte Revisionsgesuch keine Kraft.

Die Succumbenzgelder sollen anderweit zurückgegeben werden.

## Resolution Herzogl. Obergerichts vom 13. Februar 1856.

Auf die von dem Obergerichtsadvocaten R. zu W., wider das Herzogl. Kreisgericht, daselbst, ad acta P. 2c. L., wegen Forderung, eingereichte mit dem Berichte des Herzogl. Kreisgerichts, Wolfenbüttel vom 2/9. d. Mts. sammt den Acten eingesandte Beschwerde wird hierdurch zur Resolution ertheilt:

dass, da regelmäßig die der Gegenpartei zuzustellenden Abschriften mit denjenigen Eingaben, welche für das Gericht bestimmt sind, wörtlich übereintreffen müssen und hiervon hinsichtlich der Beglaubigungsurkunden der Vollmachten abzuweichen, um so weniger genügende Gründe vorhanden sind, als die Abschrift der Beglaubigungsurkunde sonder Belästigung, geschehen und die Gegenpartei von der Vollständigkeit und Rechtsformlichkeit der Beglaubigungsurkunden sich zu vergewissern ein Interesse haben kann, ohne das Behufs Einsicht der Gerichtsacten zu erwirken genöthigt zu sein,

die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen werde.

## Rescript Herzogl. Obergerichts vom 29. April 1856

an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig.

Auf Ihren Bericht vom 15/20. d. Mts., die Beitreibung der Apothekerschulden von 140 Einwohnern zu Braunschweig für den Apotheker G. betreffend, erwidern wir Folgendes:

Die ältern Landesgesetze über die Eintreibung der Apothekerschulden, namentlich die landesherrliche Verordnung vom 30. November 1751 und vom 29. März 1826, begründen kein eigentlich processualisches Verfahren, sondern enthalten im Wesentlichen schon frühe Grundzüge zu einem f. g. Mahnverfahren, wie solches später in andern Proceßgesetzgebungen z. B. in dem Königl. Hannöverschen Gesetze vom 27. Juli 1852 ausdrücklich so genannt und weiter ausgeführt worden ist.

Obgleich die Gesetzgebung in dem hiesigen Herzogthume bei obigen Verordnungen stehen geblieben ist, und das f. g. Mahnverfahren weder auf andere privatrechtliche Ansprüche außer den Apothekerschulden ausgedehnt, noch in Beziehung auf letztere genauer ausgebildet hat, so darf doch der dabei wesentlich zum Grunde liegende Gedanke, bei der Anwendung nicht verlassen werden.

Dahin gehört aber vor Allem, dass man die Beitreibung der Apothekerschulden nicht für ein eigentliches Proceßverfahren halte. In ein solches kann die Annahmung oder das f. g. Mahnverfahren erst bei erhobenen Widersprüchen ab Seiten eines oder mehrer der zur Zahlung angemahnten und aufgeforderten Schuldner übergehen, indem dadurch das Mahnverfahren außer Wirksamkeit gesetzt wird und nun ein eigentliches Proceßverfahren eintreten muss.

Hieraus folgt, dass bis dahin auch eigentliche Proceßgesetze, und so namentlich die Civilproceßordnung, insbesondere deren §. 407 und die in den Anlagen derselben enthaltenen Tagen inapplicabel sind.

Es hatte daher auch das Herzogl. Kreisgericht Braunschweig in seinem Erlasse vom 22. März d. Jrs., die Civ.-Proc.-Ordn. insbesondere deren §. 407 und die Gebührentage für

Anwälte 2c. sub 1. nicht zur Anwendung bringen sollen, und da wir nicht zugeben können, daß von einem Gerichte des Landes nach völlig unanwendbaren Grundsätzen verfahren werde, so sehen wir uns in Gemäßheit des §. 22 des Gesetzes vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, veranlaßt, die in dem Erlasse des Herzogl. Kreisgerichts vom 22. März d. Jrs. enthaltene Verfügung zu beseitigen, und Ihnen die Ihnen aufgegebenen Insinuation derselben an die Schuldner des Apothekers G., und die Einziehung der fragl. ungepflichten Gebühren von jenen, zu untersagen, wovon Sie auch den Apotheker G. in Kenntniß zu setzen haben.

Dem Herzogl. Kreisgerichte zu Braunschweig ist zu seiner Nachricht und Nachachtung eine beglaubigte Abschrift dieses Rescripts Zufertigt, und erfolgen die eingesandten Acten in 4 Heften anbei zurück.

### Resolution Herzogl. Obergerichts vom 7. Mai 1856.

Auf die bei Herzogl. Obergerichte von dem Obergerichts-Advocaten Scharrenbeck, zu Braunschweig, als Curator für den abwesenden L. daher, ad acta die Edictalladung des Abwesenden und dessen Erbberechtigten betreffend, unterm 3. d. Mts. eingereichte Berufung resp. Beschwerverdeschrift wird hiemit zur Resolution ertheilt:

daß, da bei Edictalladungen Abwesender zum Zwecke deren Todeserklärung die Edictalladung regelmäßig nicht bloß an den Abwesenden für seine Person, sondern zugleich an die unbekannten Erben desselben, um eventuell dessen Vermögen in Empfang zu nehmen, zu richten, und ein genügender Grund, hiervon im vorliegenden Falle eine Ausnahme und für beide Edictalladungen — Civ.-Proc.-Ordn. §. 274 Nro. 2. §. 275 Nro. 2 — ein gesondertes Verfahren eintreten zu lassen, nicht ersichtlich, auch der Curator des Abwesenden denjenigen Berechtigten, welche die Edictalladung der Erbberechtigten zu beantragen befugt sind, beizuzählen ist, weil er ein rechtliches Interesse hat, der Verwaltung des Vermögens entzogen und darüber, wenn dieses mit Wirkung der Liberation ausgeantwortet sei, vergewissert zu werden

Herzogliches Kreisgericht Braunschweig mittelst Zufertigung beglaubigter Abschrift gegenwärtiger Verfügung — Gesetz über die Gerichtsverfassung §. 20 — angewiesen werden solle, die Edictalladung auch auf die Erben des Abwesenden — Civ.-Proc.-Ordn. §. 275 Nro. 2 — zu erstrecken.

### Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 21. Juni 1856 an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig.

Auf den Bericht vom 28. d. Mts., die Anwendung des §. 305 der Civ.-Proc.-Ordn. betreffend, lassen Wir Herzogl. Stadtgerichte hieneben die Abschrift eines vom Herzogl. Obergerichte über den Sachgegenstand erstatteten Berichts vom 16. d. Mts. zugehen, mit dessen Inhalte Wir einverstanden sind.

### Bericht Herzogl. Obergerichts vom 16. Juni 1856 an Herzogl. Staatsministerium.

Die in der Civ.-Proc.-Ordn. über das Vollstreckungsverfahren — §. 360 2c. — gegebenen Bestimmungen beziehen sich zunächst auf die regelmäßig eintretenden Fälle, daß die Person

oder Sache, gegen welche die Hülfe zu vollstrecken ist, innerhalb des Bezirks des Proceß-Gerichts, oder doch innerhalb des hiesigen Staatsgebietes sich befinden. Ist dieses nicht der Fall, befinden sich die Personen oder Sachen im Auslande, so hat die Thätigkeit des Proceß-Richters in der Weise sich zu äußern, daß er sein Erkenntniß für vollstreckbar erklärt und den ausländischen Richter wegen des Vollzuges requirirt. Es folgt solches aus den allgemeinen Grundsätzen, welche hierbei, wie überall, vorausgesetzt werden müssen, insonderheit aus dem Principe, daß der Richter den Parteien diejenige Hülfe zu gewähren hat, welche er rechtlich zu leisten vermag und überdies kann die Schlussbestimmung des §. 365 der Civ.-Proc.-Ordn. auf Requisitionen ausländischer Gerichte, dafern nöthig, sonder Bedenken mit bezogen werden — L 10 bis 13 Dig. de legibus. 1. 3. —

Daß der Beklagte Th. dem hiesigen Staate angehöre, ergeben die Acten Herzoglichen Stadtgerichts Braunschweig nicht. Sollte derselbe Preussischer Unterthan sein, so würden, weil die Ausnahmebestimmungen Art. 19 der Convention mit Preußen vom 9. December 1841 nicht vorhanden, die Preussischen Gerichte keine Verbindlichkeit haben, das Stadtgerichtliche Erkenntniß zu vollstrecken — Art. 2. 4. 8. der Convention und Preussische Allgemeine Gerichtsordnung Th. 1. Tit. 24. §. 30. —

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 8. September 1856

an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig.

Auf den Bericht des Herzogl. Stadtgerichts vom 8./14. August d. Jrs. in der Sache des vormaligen Gastwirths L. zu B., Klägers, wider den pensionirten Lieutenant v. M. zu B., Beklagten, wegen einer Wechfelschuld, erwidern wir bei Remission der eingesandten Acten in 1 Vol:

daß die in der Civ.-Proc.-Ordn. §. 145, Abs. 4. enthaltene Bestimmung, wonach die Staatskasse für die arme Partei auch diejenigen Kosten und Auslagen zu tragen hat, welche zur Fortsetzung des Rechtsstreits nothwendig sind, auf die Kosten der Abung des Wechfelschuldners, dafern dieser verhaftet wird, nicht mit zu beziehen ist, weil jene Bestimmung keiner Ausdehnung fähig erscheint, und die Vollziehung des Personalarrestes dem Wechfelgläubigen keinen Vermögensvorthail gewährt.

Im vorliegenden Falle kann überdies das fortdauernde Unvermögen des Klägers durch den producirten, schon im Jahre 1843 ihm ausgestellten Armuthschein, zumal dieser den deßfalls in der Civ.-Proc.-Ordn. wegen Ertheilung des Armenrechts gegebenen Vorschriften nicht entspricht, als dargethan nicht erachtet werden.

Rescript der Herzogl. gerichtlichen Disciplinarbehörde vom 19. Juni

1857 an den Kreisgerichtsdirector zu Holzminden.

Aus eingegangenen Acten, namentlich den Acten Sp. wider B., wegen Forderung, haben wir erschen, daß der Bezirksförstereibesitzer Doffe in Eschershausen zur Besorgung fremder gerichtlicher Angelegenheiten bei Herzogl. Amtsgerichte Eschershausen zugelassen wird.

Da Militairpersonen, wenige Fälle abgerechnet, von Verhandlung fremder gerichtlicher Sachen ausgeschlossen sind

§. 11. Inst. de exoept. 4. 13.

L. 8. §. 2. L. 54. Dig. de procurat. 3. 3.

L. 7. 9. Cod. eod. 2. 13.

L. 3. §. 1. Dig. de liber. caus. 40. 12.

und solche besondere Vorschriften durch die Bestimmungen der Civ.-Proc.-Ordn. §. 4. und der Advocaten-Ordn. §. 6, welche die Fähigkeit zur Procuratur im Allgemeinen selbstverständlich voraussetzen, für aufgehoben nicht erachtet werden können, so beauftragen wir Sie, Herzogl. Amtsgerichte Eschershausen die fernere Zulassung des Bezirksfeldwebels Boffe als Partei-Bevollmächtigten in amtsgerichtlichen Sachen, sofort zu untersagen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 20. Februar 1858

an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Aus an uns eingesandten Acten haben wir ersehen, daß in vor den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten anhängigen Rechtsachen mitunter bei dem nämlichen Amts- und Stadtgerichte angestellte Registratoren und Protocollführer von den Parteien zu Bevollmächtigten, oder von den bevollmächtigten Advocaten und Anwälten zu Substituten, ernannt werden und als Bevollmächtigte oder Substituten der Bevollmächtigten in den gerichtlichen Verhandlungen auftreten.

Nach der landesherrlichen auf die jetzigen Registratoren und Protocollführer in aller Maasse zu treffenden Verordnung vom 19. Februar 1778 erscheint jedoch unstatthaft, daß Registratoren und Protocollführer in solchen Sachen, welche vor ihrem Gerichte zu verhandeln sind, mit dergleichen Art von Nebenbeschäftigungen sich befassen.

Wir beauftragen Herzogl. Kreisgericht, die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte seines Kreises hiernach, insonderheit zur Benachrichtigung der Betheiligten, anzuweisen und denselben die fernere Zulassung der Registratoren und Protocollführer als Vertreter der Parteien in vor ihrem Gerichte zur Verhandlung kommenden Sachen ausdrücklich zu untersagen.

Herzogl. Kreisgericht wird auf die Befolgung achten, und falls die bisher geschehene Zulassung bei den Gerichten angestellter Schreiber als Vertreter der Parteien in benannten Sachen Unzuträglichkeiten herbeigeführt haben oder besorgen lassen sollte, darüber berichtliche Anzeige machen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 4. October 1858

an Herzogl. Kreisgericht Helmstedt.

Etwaigen Weiterungen, welche entstehen können, vorzubeugen, sind wir veranlaßt, Herzogl. Kreisgerichte beauftragt seiner Nachachtung bemerkl. zu machen, daß, wie in Strafsachen (Civ.-Proc.-Ordn. §. 81, 92, 99, 155) so in Civilsachen (Civ.-Proc.-Ordn. §. 169, 231) die zu verkündigenden Erkenntnisse von den erkennenden Richtern mit der Namensunterschrift zu versehen, also nicht lediglich mittelst Beifügung des Namenszuges zu signiren sind.

## Rescript Herzogl. Obergerichts vom 10. Februar 1859 an Herzogl. Handelsgericht zu Braunschweig.

Auf die in dem Berichte vom 11. v. Mts. Nro. 167 gestellten Anfragen erwiedern wir dem Herzogl. Handelsgerichte Folgendes zur Nachachtung:

1. In Concursachen ist auch alsdann, wenn durch Vergleich der Gläubiger die Abgabe eines Prioritäts-Erkenntnisses vermieden wird, der unter Nro. 23 (beziehungsweise I. 1. A. und B.) der Sportel- und Gebührentaxe in Civilproceßsachen bezeichnete Sportellsatz seinem vollen Betrage nach zu berechnen. Denn die Bemerkung sub I. 1. B. c. der Taxe bezieht sich nur auf die zuvor unter den Specialnummern 1 bis 11 aufgeführten Sportellsätze, welche insgesammt für das Verfahren mit Einschluss des Erkenntnisses erfolgen und verfügt in den kreisgerichtlichen Sachen, dass, unter gewissen Voraussetzungen alsdann, wenn die Sache schon vor dem ersten Erkenntnisse beigelegt wird, für das stattgehabte Verfahren nur die Hälfte jener Sportellsätze zu heben sei. Abweichend hiervon ist sub Nro. 23 der Sportellsatz lediglich für das Concurs-Verfahren, einschließlich des Concursöffnungs- und Distributionsbescheides, festgestellt, während selbst für das erste im Concurse abgegebene Erkenntniss wiederum der volle Sportel zur Berechnung kommen soll. Es folgt hieraus, dass auf den Sportellsatz für das Concursverfahren allein weder nach Wort noch Sinn eine Gesetzesbestimmung könne bezogen werden, welche vorschreibt, dass der in andern Fällen für Verfahren und Erkenntniss gemeinsam festgestellte Sportellsatz nur zur Hälfte solle erhoben werden, wenn ein Erkenntniss im Proceße nicht abgegeben ist.

2. Da in Handelsgerichts-Proceßsachen das mündliche abgekürzte Verfahren stattfindet, so ist nach der Bemerkung c. h. b. zu Nro. I. 1. B. der Sporteltaxe die Hälfte des für das Verfahren und Erkenntniss festgesetzten Sportellsatzes dann zu berechnen, wenn der Rechtsstreit vor dem ersten Erkenntniss, jedoch erst in einem späteren, als dem ersten Termine, in welchem die Parteien erschienen sind, durch Vergleich oder Sachfälligkeitserklärung beendet wird. Dieser geminderte Sportellsatz enthält mithin die Vergütung für die bis dahin stattgehabte Mühwaltung des Gerichts; er soll erhoben werden, so bald ein zweiter Termin in Proceßsachen der bezeichneten Art abgehalten ist und er wird nicht dadurch für die Staatskasse verloren gehen können, wenn in diesem zweiten Termine, vielleicht nur um der Gebühreuzahlung auszuweichen, der Vergleich oder die Sachfälligkeitserklärung nicht zu Protocoll erklärt worden ist. Dem Sinne und Zwecke jener Vorschrift gemäß wird mithin die Hälfte jenes Sportellsatzes eingezogen werden müssen, wenn nach dem zweiten Termine der Proceß beruhen geblieben ist und das Gericht annehmen zu dürfen glaubt, dass solches in Folge außergerichtlichen Vergleichs oder erfolgter Sachfälligkeitserklärung geschehen sei. Würde in einem derartigen Falle von den Anwälten versichert werden, dass Vergleich oder Sachfälligkeitserklärung nicht stattgefunden habe, so wird mit der Sportelerhebung in der Regel Anstand zu nehmen sein, eventuell in analoger Anwendung des §. 148 der Civ.-Proc.-Ordn. zur Manifestierung des Sachverhalts durch die Parteien geschehen werden dürfen.

## Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 1. April 1859.

In der Civilproceßsache des Bäckergeßellen Heinrich L. zu N., Klägers, wider den Adermann L. zu B., Beklagten, wegen verschiedener Forderungen, wird jenem die von diesem eingereichte Beschwerde abschriftlich mitgetheilt und, nach Einsicht der vom Herzogl. Kreisgerichte Sandersheim eingesandten Acten und

in Erwägung,

dass das Gesuch um Herausgabe einer Urkunde nach Th. IV. Tit. 6. der Civilproceßordnung zu einer besonderen, durch Erkenntniß auf vorgängiges Hauptverfahren abzuschließenden Zwischenhandlung führt, also zu einem selbstständigen Rechtsstreite Veranlassung bietet,

dass deshalb für Durchführung des Editionsstreits nach §. 4 des Gesetzes vom 3. December 1855 ein von der Durchführung des Hauptprocesses gesonderter Pauschsaß von dem Sachführer berechnet werden darf, um so mehr, als in jener Gesetzesstelle bestimmt worden ist, dass wenn die Hauptverhandlung von dem Sachführer einem Advocaten übertragen gewesen, dem Letzteren, in Anrechnung auf das Gesammthonorar, eine bestimmte Vergütung zu Theil werden solle, die Annahme des Gerichtes der ersten Instanz aber, dass für Durchführung des Editionsverfahrens, wenn mit dem Antrage auf Herausgabe einer Urkunde die Hauptklage in eine lediglich formelle Verbindung gebracht sei, gar kein Pauschsaß berechnet werden dürfe, dahin führen würde, die eben ausgehobene Gesetzesbestimmung völlig illusorisch zu machen, ohnehin auch die Analogie der Sportel- und Gebührentzage in Civilproceßen Kro. 18 darauf, dass für das Verfahren über selbstständige, als Klagen zu behandelnde, Anträge, wie für die Gerichtskasse, so für den Anwalt eine Gebühr zu berechnen sei, schließen lässt,

hierdurch zum Bescheide gegeben: dass Kläger dem Beklagten, außer dem im kreisgerichtlichen Bescheide vom 15. v. Mts. bezeichneten Kostenbetrage von 17 Gr. 5 Pf., binnen 14 Tagen, bei Vermeidung der Hülfe, auch den Pauschsaß für das Editionsverfahren zu 6 Thlr., die Copialien für die Beschwerdeschrift zu 10 Gr. und die Kosten dieses Bescheides zu 21 Gr. 2 Pf. zu zahlen habe.

Die Zubilligung einer Entschädigung an den Beklagten für den Weg zum Termine am 28. Januar d. Jrs. findet alhier nicht statt.

Zugleich wird die Rücksendung der Acten verfügt.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 10. Juni 1859  
an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

In Folge Herzoglichen Ministerialrescriptes vom 25. d. Mts. Kro. 5902 werden die Herzogl. Kreisgerichte angewiesen:

Die öffentlichen Bekanntmachungen über gegen Buch-, Kunst- und Musikalienhändler erkannte gerichtliche Verkäufe und über eingetretene Insolvenz von Buch-, Kunst- und Musikalienhändlern, ingleichen die Edictalladungen zu den Anmeldesterminen, im Börsenblatte für den deutschen Buchhandel einzurücken und Behufs dessen an die Redaction dieses Börsenblattes zu Leipzig einfinden zu lassen;

auch beauftragt, gleiche Anweisung den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten Ihres Kreises zu ertheilen.



**Criminaljustiz.**

**Gesetz,** Abänderungen der §§. 159 und 160 des Criminalgesetzbuches betreffend.  
28. Januar 1856. No. 3. S. 5.

7. Februar

- §. 1. Die Bestimmungen des §. 159 des Criminalgesetzbuches werden aufgehoben und durch andere Bestimmungen ersetzt.
- §. 2. Die Bestimmungen des §. 160 des Criminalgesetzbuches werden aufgehoben und durch andere Bestimmungen ersetzt.

**Rescripte.**

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 28. December 1852  
an den Ober=Staatsanwalt.

Wir eröffnen Ihnen auf den Bericht vom 27. d. Mts. No. 2546, die Zulässigkeit der Mitaufnahme der Säuglinge, überhaupt der Kinder der Strafgefangenen in die Strafanstalten betreffend, dass Wir mit den darin ausgesprochenen Ansichten völlig einverstanden sind und demgemäß Verfügung erlassen haben, weisen Sie auch zugleich an, die Staatsanwälte danach mit Instruction zu versehen.

Bericht des Ober=Staatsanwalts vom 27. Decbr. 1852.  
an Herzogl. Staatsministerium.

Mit den in dem Berichte des Kreisdirectors von Hohnhorst zu Braunschweig vom 17. d. Mts. entwickelten Ansichten, dass bei Ablieferung von Strafgefangenen an die Strafanstalten, die Säuglinge, überhaupt die Kinder der Strafgefangenen, wenn sonstiges Abkommen irgend getroffen werden kann, jenen Anstalten nicht mit überwiesen werden dürfen, bin ich völlig einverstanden. Es wird daher, so fern thunlich, die Unterbringung der Säuglinge und Kinder auf andere Weise beschafft werden müssen. In dieser Beziehung für alle Ausnahmefälle passende Vorschriften zu ertheilen, scheint mir, der Verschiedenheit der Verhältnisse wegen, kaum ausführbar und möchte auch, da Fälle der Art sich äußerst selten ereignen, genügen, dass die Mitüberweisung von Säuglingen und Kindern an die Strafanstalten, Höherer Genehmigung unterstellt wird. Jedoch glaube ich bevormunden zu müssen, dass mit Unterbringung der Säuglinge und Kinder die Staatsanwälte nicht befasst werden können, indem vielmehr das Nöthige von den einschlägigen Polizeibehörden, als zu deren Geschäftskreis gehörig, zu besorgen ist. Demnach werden die Staatsanwälte Anzeige von der Sache den Polizeibehörden zu machen und diese den Säuglingen und Kindern ein Unterkommen zu verschaffen, eventuell die Mitaufnahme in die Strafanstalt zu erwirken haben.

**Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 12. Februar 1853**  
an sämtliche Staatsanwälte.

Da über die Strafbarkeit des Versuches einfacher Diebstahls, Unterschlagungen und Betrügereien, so wie des versuchten Betruges in Verträgen, Zweifel entstanden sind, so finde ich mich veranlaßt, den Herren Staatsanwälten von einem hinsichtlich der berührten Frage im vormaligen Herzogl. Oberlandesgerichte am 12. September 1841 gefassten Beschlusse hierneben Mittheilung zu machen, unter dem Hinzufügen, daß ich die entwickelten Ansichten nach wiederholter Prüfung auch jetzt für die richtigern halten muß.

**Beschluß Herzogl. Oberlandesgerichts vom 13. Septbr. 1841.**

Es ist die Frage aufgeworfen:

ob der Versuch einfachen Diebstahls, einfacher Unterschlagung, einfachen Betruges, so wie der Versuch eines Betruges in Verträgen nach den Vorschriften des Criminalgesetzbuches dennoch strafbar sei?

Da das Grim.-Ges.-B. §. 243. 227. das vollendete Verbrechen für strafflos erkläre, wenn der Verbrecher den erlittenen Schaden sofort ersetzt habe, bei dem Versuche eines jener Verbrechen aber ein Schaden noch nicht zugesügt worden sei, mithin auch nicht ersetzt werden könne, folglich die Strafbarkeit des Versuches angenommen, derjenige, welchem nur dieser zur Last falle, sich in ungünstigerer Lage befinde, als derjenige, welcher bis zur Vollendung in seiner Thätigkeit fortgeschritten sei. —

Wenn indeß auch schon der Versuch eines jener Verbrechen mit Strafe belegt wird, hier aber ein bereits vollendetes Verbrechen unbeftraft bleiben soll, so ist doch zu erwägen, daß im letzteren Falle der Verbrecher eine wirklich thätige Reue gezeigt hat, die aus freiem Antriebe oder auf Begehren des Verletzten entstanden sein muß, von welcher im Fall des (misslungenen) Versuches nichts constirt. Demnach ist dafür gehalten, daß durch die der thätigen Reue bei vollendeten Verbrechen beigelegte Wirkung, die Strafbarkeit des Versuches jener Verbrechen, von deren Ausführung der Thäter nicht freiwillig abgestanden ist, nicht für gesetzlich aufgehoben erachtet werden könne, daß vielmehr in der thätigen Reue durch Erstattung des Schadens nur ein Mittel gegeben sei, die Strafbarkeit des vollendeten Verbrechens auszuschließen, welches Mittel zwar dem Versuche fehle und hierbei nicht anwendbar sei, dagegen in Ansehung des Versuches die über das Abstecken von der begonnenen Ausführung des Verbrechens gegeben, freilich auf den beendigten Versuch nicht zutreffende, Bestimmung des §. 69 Nro. 1 im Grim.-Ges.-Buche eine Wirkung gleicher Art, nämlich die der Tilgung der Strafbarkeit des Versuches, habe.

**Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 2. März 1853**  
an den Staatsanwalt zu Holzminden.

Wiedings werden die Bestimmungen im §. 17 des Gesetzes über die gerichtliche Polizei nicht auf (Criminal-) Verbrechen zu beschränken, sondern unter den geeigneten Voraus-

setzungen auf (Polizei-) Vergehen und also auch auf Forstfrevel mit zu beziehen sein. Indess handeln jene Bestimmungen von einer allgemeinen Bürgerpflicht. Die Gemeindevorsteher aber, Ortspolizeibeamten, gehören zu den Beamten der gerichtlichen Polizei, und erachte ich desshalb entsprechender, gegen selbige die durch diese Eigenschaft begründeten besondern Verpflichtungen eintretenden Falls zur Wirkung zu bringen und demgemäß zu verfahren, als auf die allgemeinen Bürgerpflichten zurückzugreifen und zwar in gegenwärtiger Sache um so mehr, da wenn auch durch Verfolgung der angemeldeten Nichtigkeitsbeschwerde Anweisung für Herzogl. Kreisgericht Holzwinden zur Einleitung des Hauptverfahrens erlangt werden sollte, dennoch späterhin freisprechendes, nur im öffentlichen Interesse anfechtbares (Str.-Proc.-Ordn. §. 159. 170) Erkenntniß abgegeben werden könnte.

Ich veranlasse Sie daher, den Gemeindevorsteher S. zu B. hinsichtlich der wider ihn gemachten Anzeige im dienstlichen Wege zur Verantwortung zu ziehen und nach befundener Nichtigkeit demselben unter Androhung einer Ordnungsstrafe von 10 Thln. bei künftiger Nichterfüllung seiner Dienstobliegenheiten in Rede stehender Art, behüfliche Zurechtweisung zu ertheilen (Gesetz über die gerichtliche Polizei §. 4. 18) indem für das Mal von Beantragung eines Disciplinarverfahrens (§. 19) Abstand genommen werden kann.

Die mit dem Berichte vom <sup>25. vorigen</sup> <sub>1. dieses</sub> Monats eingesandten Untersuchungsacten, gehen anbei zurück, und haben Sie übrigens, wenn kreisgerichtliche Entscheidungen auf den Grund der Str.-Proc.-Ordn. §. 84. Nro. 1 u. 2 oder §. 158. Nro. 1 u. 2 mit der Nichtigkeitsbeschwerde angefochten werden sollen, nicht bloß diese anzumelden, sondern auch die Beschwerdepunkte auszuarbeiten und binnen gesetzlicher Frist einzureichen auch die weitem Bestimmungen der Str.-Pr.-Ordn. (§. 160. 161) einzuhalten.

### Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 7. März 1853 an sämtliche Staatsanwälte.

Den Herren Staatsanwälten lasse ich hieneben Abschrift des Schreibens des Kreisdirectors von Hohnhorst zu Braunschweig vom 4/7. d. Mts. mit der Anweisung zufertigen, bei Ablieferung von Sträflingen und Corrigenden in die Strafanstalten zu Braunschweig und Wolfenbüttel, so wie an die Besserungsanstalt zu Bevern, in die Transportzettel ein Verzeichniß derjenigen Kleidungsstücke aufzunehmen, welche von den Sträflingen und Corrigenden in gedachte Anstalten mitgebracht werden. (Verordnung vom 5. Febr. 1816. Nro. 2. §. 26 Nro. 1.)

Von einigen der Herren Staatsanwälte ist solches bisher schon geschehen und in Zukunft auch von den übrigen hiernach zu verfahren.

### Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 30. März 1853 an sämtliche Staatsanwälte.

Unter abschriftlicher Mittheilung des Schreibens der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig vom 22/30. d. Mts. veranlasse ich die Herren Staatsanwälte, dafern bei Eingekung von Ur-

terfuchungskosten die Zahlungsunfähigkeit eines Verurtheilten sich ergeben hat und die Untersuchungskosten vom Gerichte niederge schlagen worden sind, die betreffenden (wegen der Abzugskosten interessirten) Strafanstalten hiervon zu benachrichtigen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 6. April 1853

an den Ober = Staatsanwalt.

In Verfolg Unseres Rescripts vom 19. vor. Mts., die von dem Untersuchungsrichter des Königl. Hannoverschen Obergerichts zu Goslar verfügte Verhaftung des als Zeuge sistirten Cammerjägers St. aus N. betreffend, theilen Wir Ihnen hiebei Abschrift eines Uns von dem Königl. Hannov. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zugegangenen Antwortschreibens vom 1. d. Mts. zur Nachricht mit, und haben unter den darin angeführten Umständen die Auslieferung des vorläufig in Haft zurückgebliebenen St. genehmigt und das gedachte Königl. Ministerium davon unter heutigem Datum in Kenntniss gesetzt.

Schreiben des Königl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Hannover vom 1. April 1853 an Herzogl. Staatsministerium.

Wir beeilen Uns dem Hochlöblichen Herzogl. Braunsch.-Lüneburg. Staatsministerium Unser Bedauern über das von dem Untersuchungsrichter des Königl. Obergerichts zu Goslar bei der Verhaftung des Cammerjägers St. aus N. beobachtete Verfahren, in welchem Wir übereinstimmend mit dem Hochlöblichen Staatsministerium einen Verstoß wider die conventionsmäßigen Verpflichtungen erblicken, auszudrücken, und zugleich die Abschrift eines Rescripts anzuschließen, welches in dieser Angelegenheit von dem Königl. Justizministerium an die Staatsanwaltschaft des Königl. Obergerichts Goslar erlassen ist. Wir bitten daher, es nicht als eine Unwillfährigkeit ansehen zu wollen, wenn die Haftentlassung des St. noch nicht verfügt ist. Die Staatsanwaltschaft des Königl. Obergerichts zu Goslar hat nämlich laut des im Auszuge abschriftlich angeschlossenen Berichts vom 19. v. Mts. darauf angetragen, das Hochlöbliche Staatsministerium um nachträgliche Auslieferung des 2c. St. zu ersuchen. Einestheils glauben Wir uns nun der Hoffnung hingeben zu dürfen, das Hochlöbliche Staatsministerium werde unter den dargelegten Verhältnissen die Auslieferung des St. genehmigen, dessen bereits stattgehabter Verhaftung die nachträgliche Zustimmung ertheilen, anderntheils würde eine interimistische Haftentlassung des St. für den Verlauf der Untersuchung von den nachtheiligsten Folgen gewesen sein. Es wird der Versicherung nicht bedürfen, daß wenn zu Unserm Bedauern die Auslieferung des St. Bedenken finden sollte, dessen Haftentlassung unverweilt angeordnet werden wird.

Rescript des Herzogl. Obergerichts vom 21. Mai 1853.

Auf die mit dem Berichte des Herzogl. Kreisgerichts Helmstedt vom 11. d. Mts. nebst den Acten hier eingegangene Beschwerde des Kaufmanns und Bürgermeisters G. zu B., wegen Hausfuchung und in Erwägung:

dass die von dem Staatsanwalt Zinken genannt Sommer am 21. April d. Jrs. bei dem Imploranten vorgenommenen Haussuchung nicht in Folge und zur Ausführung einer gerichtlichen Verfügung nach Maassgabe des §. 5 der Str.-Pr.-Ordn., sondern selbstständig kraft des den Staatsanwälten ausnahmsweise beigelegten Rechts (§. 29 der Str.-Proc.-Ordn. §. 5 des Gesetzes über die gerichtliche Polizei vom 19. März 1850) ausgeführt, die Haussuchung indess erfolglos geblieben ist, nach den zuletzt erwähnten Gesetzen die Staatsanwälte, wenn sie eine derartige provisorische Maassregel angeordnet, die Pflicht haben, die Vornahme der Verhaftung, das Ergebniss ihrer Nachforschungen und die mit Beschlagnahme belegten Gegenstände dem Gerichte binnen 24 Stunden zum Zwecke weiterer Verfügungen mitzutheilen, eine nicht einmal beantragte gerichtliche Genehmigung dieser erfolglosen, eine weitere gerichtliche Verfügung nicht erheischenden Haussuchung von dem Gesetze nicht erfordert, und ganz zweck- und bedeutungslos war; die Staatsanwälte hinsichtlich der ihnen durch das Gesetz überwiesenen Ausführung den Gerichten gegenüber selbstständig handeln und deren Aufsicht nicht unterworfen sind, (§. 27 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849. §. 4 der Str.-Pr.-Ordn.) weshalb denn die durch den Collegialbeschluss des Herzogl. Kreisgerichts Helmstedt vom 26. April d. Jrs. ertheilte, zwecklose Genehmigung der, kraft seines Amtes von dem Staatsanwalt Zinken genannt Sommer vorgenommenen, der Coquisition des Herzogl. Kreisgerichts nicht unterstellten Handlung eine andere Bedeutung beizulegen, oder die gesetzlich bestimmten Ressort-Verhältnisse zu ändern nicht vermag,

zum Bescheide ertheilt:

dass Implorant mit der über die am 21. April d. Jrs. bei ihm von dem Staatsanwalt Zinken genannt Sommer vorgenommene Haussuchung erhobene Beschwerde, als hieher nicht erwachsen, zurückzuweisen und den zu remittirenden Acten eine beglaubigte Abschrift dieses Bescheides beizufügen sei.

### Höchstes Rescript vom 3. October 1853 an den Staatsanwalt zu Wolfenbüttel.

Wilhelm, Herzog zc. Wir haben mit Ihrem Berichte vom 25. v. Mts. das Begnadigungsgesuch des Friseur D. aus Wolfenbüttel erhalten.

Dieses Gesuch wird theils auf Zweifel gegen die Rechtmässigkeit und Nothwendigkeit der Todesstrafe überhaupt, theils auf den Umstand gestützt, dass der zc. D. das Verbrechen, wegen dessen er verurtheilt worden, nicht eingestanden hat. Jene Zweifel müssen Wir für unbegründet erklären, da bei den wenigen schweren Verbrechen, welchen das Criminalgesetzbuch die Todesstrafe androhet, dieselbe eben so gerechtfertigt als nothwendig ist und Wir diese gesetzlichen Bestimmungen ohne die feste Ueberzeugung von deren Unerlässlichkeit nicht sanctionirt haben würden.

Die rechtliche Bedeutung des Umstandes, dass von dem zc. D. dessen Verbrechen nicht eingestanden ist, hat in den Entscheidungsgründen des Erkenntnisses des Cassationshofes bereits eine entsprechende Würdigung gefunden und würde in der Begnadigungsinstanz nur von Er-

hebllichkeit sein, wenn über die Schuld des 2c. D. Zweifel obwalten könnten, dies ist aber den stattgehabten Verhandlungen zufolge nicht der Fall.

Da nun die Bestrafung eines der verabscheuungswürdigsten Verbrechen, die eines Giftmordes vorliegt, welcher dadurch noch verabscheuungswürdiger wird, daß er an der eigenen Ehefrau des Verurtheilten begangen ist, da dieser durch die verwerflichsten Motive zur That bewogen und da er endlich bei deren Vollführung den verruchtesten Leichtsin, neben einer fortgesetzten kalten Bosheit gezeigt hat, so können Wir es mit den Uns obliegenden landesfürstlichen Pflichten nicht für vereinbar halten, in einem Falle solcher Art den Lauf der Gerechtigkeit zu hemmen.

Sie haben daher den 2c. D. abschlägig auf sein Begnadigungsgesuch zu bescheiden und etwaigen fernerer Begnadigungsgesuchen eine aufschiebende Wirkung nicht zu geben.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 4. Februar 1854  
an den Ober-Staatsanwalt.

Ihr Bericht vom 1. d. Mts., die Aufnahme von Schwangeren in die Strafanstalten betreffend, ist Uns zugegangen, und wie Wir mit den darin vorgetragenen Ansichten einverstanden sind, so weisen Wir Sie hiemit an, denselben gemäß die Staatsanwälte zu instruiren und haben den Kreisdirector v. Hohnhorst auf dessen hieneben abschristlich angeschlossenen Bericht vom 7. December vorigen Jahrs zur weitem Verfügung in seinem Ressort mit Benachrichtigung versehen.

Bericht des Ober-Staatsanwalts vom 1. Februar 1854  
an Herzogl. Staatsministerium.

Im Interesse der Humanität wird nicht für nothwendig und im Interesse der Strafvollziehung nicht für zweckmäßig zu erachten sein, daß Schwangere zur Verbüßung von Freiheitsstrafen überall nicht eingestellt werden sollen. Ist die Schwangerschaft nicht sehr vorgerückt und die Entbindung erst zu erwarten, nachdem die Strafdauer längst beendet worden, — möglicher Weise können selbst die härteren Freiheitsstrafen kurzes Zeitmaaß (Kettenstrafe drei Monate) betragen, Crim.-Ges.-Buch §. 58 im Schluffsaße und §. 15 — so ist kein genügender Grund vorhanden, die Strafvollziehung an Schwangeren auszusetzen.

Eine Kategorie von Frauenspersonen, denen Strafe am nöthigsten thut, pflegt während ansehnlicher Reihe von Jahren aus dem Stadium des Wochenbetts und der Schwangerschaft nicht heraus zu kommen und für diese könnte der Aufschub leicht die Verjährungszeit erfüllen. (Crim.-Ges.-Buch §. 71. 2). Sind überdieß die Fälle der Art, daß Schwangere (z. B. weil sie Ausländerinnen oder der Flucht verdächtig sind oder schwere Strafe zu erleiden haben) der Untersuchungshaft nicht entlassen werden dürfen, so ist, abgesehen von ungeeigneter Haftverlängerung, dem Gemeinwesen gleichgültig, ob die Entbindung in den Untersuchungsgefängnissen oder den Strafanstalten vor sich gehen muß.

Demzufolge bin ich mit den Ansichten, welche der gehorsamst angeschlossene Bericht des Kreisdirectors v. Hohnhorst zu Braunschweig vom 7. December vor. Jrs. enthält, im Be-

sentlichen einverstanden, da sonst das Uebel des Mittels größer sein würde, als das Uebel dessen Abwehr durch das beantragte Mittel bezweckt ist.

Das Richtige wird sein, daß Einkieferung von Schwangeren in die Strafanstalten thunlichst und dafern nicht andere Rücksichten überwiegend sind, vermieden, hiernach der einzelne Fall, so wie einstweilige Entlassung aus bereits angetretener Haft regulirt wird.

Was jedoch die einstweilige Entlassung betrifft, so möchte die Befugniss dazu den Directionen der Strafanstalten nicht einzuräumen, sondern von Einholung höherer Genehmigung abhängig zu machen sein. Auch halte ich für entsprechend, daß die Medicinalbeamten angewiesen werden, ihre auszustellenden Gesundheitsatteste bei Frauenspersonen auf die Frage der Schwangerschaft und bis zu welcher Zeit solche muthmaßlich vorgerückt sei, mit zu erstrecken.

**Rescript des Ober = Staatsanwalts vom 16. Juni 1854**  
**an sämtliche Staatsanwälte.**

Die Herren Staatsanwälte empfangen hierneben Abschrift des Höchsten Rescripts vom 10./16. d. Mts., so wie des §. 108 der darin gedachten Landwehrordnung, und weise ich dieselben hierdurch an, von den wider Landwehrmänner und Reservisten bei den Schwurgerichten und Kreisgerichten vorkommenden Straffachen der betreffenden Herzogl. Kreisdirection, in Gemäßheit der Höchsten Bestimmung, beehufte Mittheilung zu machen. Zweckmäßig wird sein zu veranlassen, daß die Landwehr- und Reserve-Pflichtigkeit von in den geeigneten Altersklassen stehenden Angeschuldigten, insonderheit durch Befragung der Lectern hierüber, zu den Untersuchungsacten constatirt werde.

**Höchstes Rescript vom 10. Juni 1854.**

Wilhelm, Herzog zc. Wir haben angemessen erachtet, sämtliche gefezliche Bestimmungen über die Landwehr, so wie die auf Grund derselben erlassenen Instructionen und endlich die sonst erforderlichen dienstlichen und administrativen Vorschriften über die Landwehr, um die Anwendung aller dieser Bestimmungen thunlichst zu erleichtern und zu sichern, übersichtlich zusammenstellen und abdrucken zu lassen, von welchem Abdrucke Wir dem Oberstaatsanwalt hiebei ein Exemplar zugehen lassen, und da nach §. 108 dieser Landwehrordnung von den Seiten der Civilgerichte gegen die Landwehrmänner und Reservisten erkannten Gefängnißstrafen die Compagnien durch die Herzogl. Kreisdirection Nachricht erhalten sollen, welcher die Gerichte deßfallige Mittheilung zu machen haben, so weisen Wir den Oberstaatsanwalt hierdurch an, wegen der bei den Schwurgerichten und den Herzogl. Kreisgerichten vorkommenden Straffachen den Staatsanwälten demgemäß die nöthige Verfügung zugehen zu lassen.

**Rescript des Ober = Staatsanwalts vom 18. Juli 1854**  
**an sämtliche Staatsanwälte.**

Da neuerlich mehrmals vorgekommen ist, daß einzelne Voruntersuchungsfachen sehr lange in diesem Stadium der Voruntersuchung verblieben sind, so veranlasse ich die Herren Staats-

anwälté hierdurch, nicht nur wo nöthig, auf Beförderung der Untersuchungen hinzuwirken (Str.-Proc.-Ordn. §. 44) und in den zu solchem Zwecke mit angeordneten Berichtsfigungen über den Stand der Sachen behufliche Erkundigung einzuziehen, sondern auch künftig bei Einsendung der Monatsübersichten, und zwar auf deren letzter Seite, diejenigen Voruntersuchungssachen, welche am Schlusse des betreffenden Monats als noch nicht beendigt bei den Untersuchungsrichtern sich befinden, namentlich zu verzeichnen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 2. September 1854  
an Herzogl. Kreisgericht Gandersheim.

Dem Herzoglichen Kreisgerichte erwiedern wir auf dessen, über die Remonstration des Kreisrichters H. vom 22. v. Mts. erstatteten, Bericht behuf Bescheidung des 2c. H. Folgendes:

Im Art. 159 der CCC. wird der durch Einsteigen oder Einbrechen oder mit Waffen verübte Diebstahl als ein gefährlicher Diebstahl angesehen und deshalb mit schwerer Strafe bedrohet. Nach der Gerechtigkeit und einer vernünftigen Criminalpolitik konnte aber nicht jeder Dieb, der, wie es in der angeführten Gefesthelle heißt „bei Tage oder Nacht in Jemandes Behausung oder Behaltung einsteigt“ — für ein so gefährliches Subject unbedingt und in allen Fällen gehalten werden, daß sich die strenge gesetzliche Strafe stets und überall bei Diebstählen mittelst Einsteigens hätte rechtfertigen lassen. Doctrin und Praxis bestreben sich daher, dem Art. 159 eine solche Auslegung zu geben, welche ein richtiges Verhältniß zwischen dem Einbrechen und der Strafe zuließ und namentlich ward es erfordert, daß die Localität genau ermittelt werde, damit beurtheilt werden könne, ob das Einsteigen an sich einen folgerichtigen Schluss auf die Gefährlichkeit und Verwegenheit des Diebes, welche allein nach dem unverkennbaren Grunde und Zwecke des Art. 159 die strenge Strafe erforderten und rechtfertigten, zuließe.

Dem Art. 159 der CCC. hinsichtlich des Einsteigens ist offenbar die Bestimmung des §. 215. Nro. 3. F. des Grim.-Gef.-Bch., vergleiche §. 217 und Motive zu diesen §§., „wenn der Dieb, um zur Nachtzeit zu stehlen, in eine Wohnung eingedrungen ist“, substituirt und nach den Erklärungen von „Wohnung“ und „eindringen“ im §. 217 kann das Vorhandensein der Qualifikation des §. 215. Nro. 3. F., wenn bei Nacht aus einem Wohnhause gestohlen ist, ohne daß eine Ermittlung der Localität irgend weiter erforderlich ist, nicht den geringsten Zweifel unterliegen. Wenn zur Zeit der Gültigkeit des früheren Inquisitionsprocesses auch in solchen Fällen der richterliche Augenschein eingenommen ist, so mag dies, weil der erkennende Richter allein auf die Acten angewiesen war, auch behuf Ermägung von Zumeßungsgründen oft nöthig, wenigstens nützlich gewesen, gewiß aber auch oft für sehr überflüssig gehalten sein. Allein nach Einführung des jetzigen Strafprocesses mit dem 1. Juli 1850 kann es unmöglich in dem deutlich und klar im §. 35 der Str.-Proc.-Ordn. ausgesprochenen Zwecke jeder Voruntersuchung „das Dasein und die Art des Verbrechens 2c. so weit zu erforschen und festzustellen, als dies zur Begründung der Anklage und Vorbereitung des Hauptverfahrens erforderlich ist, liegen, wenn darüber, daß aus einer Wohnstube gestohlen ist, gar kein Zweifel obwaltet, noch den richterlichen Augenschein zu Ermittlung der Localität einzunehmen. Wir können daher die Reise nach Barrisgen am 22. Juni c. zu diesem Zwecke nur für unnöthig halten. Wenn



der Augenschein indess bei Gelegenheit eines anderweiten Localtermins, wovon die Acten freilich nichts ergeben, eingenommen ist, so versteht es sich von selbst, dass vermeidliche Untersuchungskosten nicht in Frage kommen. Uebrigens war es nicht Zweck des Zusatzes zu der Verfügung vom 29. Juni c., dem 2c. §. einen Vorwurf irgend einer Art zu machen, sondern die Absicht ging lediglich dahin, dessen Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass er die Voruntersuchungen dem §. 35 der Str.-Proc.-Ordn. gemäß führe, damit seine Handlungsweise nicht zu sonst leicht möglichen Missdeutungen Anlass gebe.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 9. November 1855  
an sämtliche Staatsanwälte.

Von dem Kreisdirector v. Hohnhorst zu Braunschweig ist mir die Anzeige gemacht, dass die nach dem neuen Gerichtsverfahren abgefassten Straferkenntnisse nicht ausreichend seien, um darauf eine angemessene Behandlung der in die Landesstrafanstalten aufzunehmenden Sträflinge zu gründen, und es, um die Anhaltspunkte für jene zu gewinnen, sehr wünschenswerth sei, wenn die Beamten jener Anstalten mit den betreffenden Anlagen und den aus früher gegen die Sträflinge ergangenen Untersuchungsacten ausgefertigten Extracten versehen würden.

Da diese Actenstücke in den Händen der erwähnten Beamten immerhin zur Förderung des gedachten Zweckes dienen mögen, so weise ich Sie hierdurch an, den bei Ablieferung von Sträflingen an die Landesstrafanstalten abschriftlich einzusendenden Straferkenntnissen — Rescript vom 16. August 1850 Kro. 310 — auch die Abschriften der betreffenden Anlagen, so wie eintretenden Falls der aus früher gegen die Sträflinge ergangenen Untersuchungsacten angefertigten Extracte beizufügen.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 9. November 1855  
an sämtliche Staatsanwälte.

Durch ein Schreiben des Kreisdirectors zu Braunschweig vom 29. vor. Mts. ist mir angezeigt, dass derselbe die Directionen der Landesstrafanstalten in Braunschweig und in Wolfenbüttel angewiesen habe, wegen Einziehung der Abzugskosten für in den Landesstrafanstalten definirte Ausländer direct mit den heimathlichen Gerichtsbehörden der Gefangenen in Communication zu treten.

In Beziehung darauf weise ich die Herren Staatsanwälte hierdurch an, bei der Ablieferung von Ausländern an eine der beiden Landesstrafanstalten, den Directionen derselben Mittheilung darüber zugehen zu lassen, unter welcher heimathlichen Gerichtsbehörde dieselben stehen und ob über ihre Vermögensverhältnisse bereits actenmäßige Nachweisungen erbracht sind.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 22. Juli 1856  
an den Ober-Staatsanwalt.

Auf Ihren Bericht vom 15. d. Mts. Kro. 1266 halten Wir aus den von Ihnen angeführten Gründen für angemessen, dass die im §. 5 des Gesetzes vom 15. Octbr. 1832 (Kro. 32)

und im §. 51 des Gesetzes vom 4. April 1837 (Nro. 19) den Denuncianten verheißenen Antheile an den wegen Gewerbesteuer-Desfraude erkannten Geldstrafen künftig auch in denjenigen Fällen zugestanden werden, wo nach den citirten Gesetzen Geldstrafen wegen des Betriebes nicht statthafter Gewerbe oder wegen des ordnungswidrigen Betriebes statthafter Gewerbe zu erkennen sind.

Wir beauftragen Sie demgemäß, die öffentlichen Ankläger mit Anweisung und die betreffenden Gerichte mit Nachricht zu versehen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 3. October 1856  
an den Ober-Staatsanwalt.

Ihr Bericht vom 29. August d. Jrs. in der Anklagesache wider Wilhelmine M. aus B., wegen Diebstahls und Betrugs, ist Uns zugegangen. Wir haben Uns veranlaßt gefunden, die gutachtliche Aeußerung Herzogl. Obergerichts über vorliegende Frage einzuziehen, theilen Ihnen Abschrift des vom Herzogl. Obergerichte unterm 29. vor. Mts. erstatteten Berichts hiebei mit, und wie Wir mit den darin entwickelten Ansichten einverstanden sind, so wollen Wir die gegen die M. erkannte körperliche Züchtigung hierdurch erlassen und haben die Herzogl. Kreisdirection Helmstedt angewiesen, die zugleich verhängte polizeiliche Einsperrung in Vollzug zu setzen.

Sie haben daher hiernach Ihrerseits weiter zu verfügen und erfolgen die Anlagen Ihres Berichts hiebei zurück.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 29. September 1856 an Herzogl.  
Staatsministerium in der Anklagesache wider Wilhelmine M. aus B.

Als zurechnungsfähiges Alter ist im §. 30 des Crim.-Ges.-Bchs. das vollendete 14. Lebensjahr angenommen und finden hiernach wider Kinder unter 14 Jahren wegen verübter verbrecherischer Handlungen keine criminelle Bestrafungen, sondern nur polizeiliche Maasregeln statt, wie solche durch Gesetz vom 10. Juli 1840, Nro. 30, erlassen, beuf näherer Bestimmung des §. 30 des Crim.-Ges.-Bchs. angeordnet sind. Die Beahndung von Gesetzwidrigkeiten hat nun überhaupt der Vergangenheit angehörige Handlungen zum Gegenstande und daraus folgt von selbst, dass, wenn Personen unter 14 Jahren sich verbrecherischer Handlungen schuldig gemacht haben und diese erst nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre des Thäters zur Aburtheilung kommen, die Thäter keiner härteren Beahndung, als zur Zeit der verübten That statthast gewesen wäre, unterzogen werden können.

In so weit sind wir mit den Ansichten einverstanden, welche im Berichte Herzoglichen Obergerichts vom 16. Septbr. 1844 über eine ähnliche Gelegenheit entwickelt worden. Es ist jedoch der Richter bei Auswahl alternativ oder cumulativ angebotener Strafarten deren Zweckmäßigkeit nicht minder zu prüfen verpflichtet, als deren Rechtmäßigkeit, und da das Gesetz vom 10. Juli 1840, Nro. 30, neben entsprechender Beahndung unverkennbar die sittliche Besserung mit bezweckt, so können wir nicht für zulässig halten, dass in den bemerkten Fällen, nämlich wenn die im Alter unter 14 Jahren begangene verbrecherische Handlung erst nach der Zeit

des vollendeten 14. Lebensjahres abgeurtheilt wird, noch Maaßregeln ausgesprochen und angeordnet werden, welche der dormaligen höhern Altersstufe des Thäters nicht mehr anpassend sind.

Zu den nach Vollendung des 14. Lebensjahrs für ausgeschlossen zu erachtenden Maaßregeln müssen wir rechnen:

1. Unterbringung bei fremden Erziehern, insonderheit

2. körperliche Züchtigung,

jene, weil in der Regel davon kein Erfolg mehr zu erwarten ist, diese, weil körperliche Züchtigung schon nach §. 2 der Verordnung vom 26. Juli 1827, Nro. 17, bei Erwachsenen gänzlich hinwegfallen und im Straferkenntnisse auf andere Weise ersetzt werden soll, auch in den spätern Gesetzen (vergl. Polizeistrafgesetzbuch §§. 12 u. 33) ausdrücklich nur noch für Kinder unter 14 Jahren als zulässig erklärt wird. In jenen Fällen wird also lediglich entweder Einsperrung oder Aufnahme in die Besserungsanstalten (§. 7 des Gesetzes vom 10. Juli 1840, Nro. 30) zu verfügen sein. —

Anlangend die vorliegende Strafproceßsache, in welcher Herzogl. Kreisgericht Helmstedt wider Wilhelmine M. zu B., wegen mehrerer vor erreichtem 14. Lebensjahre verübter Diebstahls- und Betrugs-Verbrechen, am 23. Juli d. Jrs., nachdem die Thäterin inzwischen (am 28. April d. Jrs.) 14 Jahre alt geworden war, auf Zwöchtige Einsperrung, verbunden mit körperlicher Züchtigung von 8 Rutthenhieben erkannt hat, so erachten wir

1. körperliche Züchtigung in Gemäßheit vorstehender Ausführungen nicht für gerechtfertigt, und sind

2. der Meinung, daß Herzogl. Kreisgericht zwar Einsperrung verfügen konnte, indess nicht die Befugniß hatte, zugleich deren Dauer festzusetzen, indem die Bestimmung nicht bloß über die Art der Vollziehung, sondern auch über die Dauer der Einsperrung dem Ermessen der betreffenden Polizeibehörde zu überlassen war. Allerdings haben, zufolge besonderer gesetzlicher Vorschrift (Gesetz vom 3. Juli 1851, Nro. 25, §. 1), die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte in den zu ihrer Competenz gehörenden Strafsachen über den Beweis der Schuld und über Anwendung von Züchtigung und Einsperrung zu erkennen, so daß behuf Ausführung solcher ihrer Erkenntnisse die Mitwirkung der Polizeibehörde nicht nöthig ist (Circularrescript vom 27. Januar 1852 Nro. 10 unter I). Dagegen ist die Anordnung der von den Herzogl. Kreis- und Schwur-Gerichten erkannten Züchtigung und Einsperrung nach wie vor den betreffenden Polizeibehörden verblieben (Gesetz vom 10. Juli 1840, Nro. 30. §. 8 und Circularrescript vom 27. Januar 1852, Nro. 10 unter II. 1 u. 3) von letztern also die Zahl der Rutthenstreiche (§. 2 des Gesetzes vom 10. Juli 1840, Nro. 30) und die Dauer und Art der Einsperrung (§. 3 des gedachten Gesetzes) zu bestimmen.

Wilhelmine M. hat sich bei dem kreisgerichtlichen Erkenntnisse beruhigt, auch um Begnadigung nicht gebeten; gleichwohl hat sie kein Recht, auf Vollziehung des Erkenntnisses zu bestehen. Wir würden daher anheim geben, die erkannte körperliche Züchtigung im Wege der Gnade zu erlassen, jedoch Herzogl. Kreisdirection Helmstedt zur Vollziehung der Einsperrung anzuweisen, da deren Dauer, nachdem sie durch rechtskräftigen Richterspruch auf 3 Wochen festgestellt worden, und Competenzconflict, welcher in letzter Beziehung möglicher Weise erhoben

werden konnte (Gesetz vom 19. Mai 1851, Rro 19. §. 9) hierüber nicht erhoben worden ist, jedenfalls den gedachten und nach Beschaffenheit der einschlägigen Verhältnisse nicht unangemessenen Zeitraum nicht würde übersteigen können.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 16. Mai 1857  
an Herzogl. Obergericht.**

Auf Veranlassung eines von der unverehelichten Louise R. zu B. eingereichten Gesuches um Ermäßigung einer ihr, wegen Gewerbesteuer-Contravention, von dem Herzogl. Kreisgerichte Holzminden mittelst Bescheides vom 15. d. Mts. zuerkannten Strafe von 16 Thln., ist es zu Unserer Kenntniss gekommen, dass in dem abgegebenen Erkenntnisse die Verurtheilte der landesherrlichen Gnade empfohlen wird. Da solche Empfehlung in der gedachten Weise und in Fällen vorliegender Art nicht geeignet gehalten werden kann, so beauftragen Wir das Herzogl. Obergericht, das Herzogl. Kreisgericht Holzminden darauf aufmerksam zu machen und demselben die nöthige Anweisung für die Zukunft zu ertheilen.

## **Dingliche Rechte an Grundstücken.**

**Circularrescript Herzogl. Obergerichts an die Herzogl. Amtsgerichte, die Verträge über Theilung von Anbauerwesen betreffend.** 15/26. Februar 1853. Rro. 9. S. 41.

Contracten über Theilung von Anbauerwesen soll vor eingeholter Höchster Genehmigung keine Folge gegeben werden.

**Circularrescript Herzogl. Obergerichts an sämtliche mit der Beurkundung von Rechtsgeschäften beauftragte öffentliche Beamte, die Aufnahme von Veräußerungsverträgen über bäuerliche Pertinenzgrundstücke betreffend.** 28. Februar 1853. Rro. 10. S. 43.

8. März

Die Aufnahme von Veräußerungsverträgen über einzelne bei einem Bauerhofe bisher benutzte Grundstücke ist bis dahin, dass Gewissheit darüber erlangt ist, dass die fraglichen Grundstücke nicht zu den untrennbaren Pertinenzen gehören, zu verweigern.

**Gesetz,** die Erstreckung der im §. 14. des Gesetzes vom 13. December 1849 wegen der Aufhebung des Lehnsverbandes bestimmten vierjährigen Frist für die Dauer der den Lehnsablösungscapitalien z. beigelegten stillschweigenden Hypothek betreffend. 5/16. Juli 1853. Rro. 39. S. 195.

Die im §. 14 des Gesetzes vom 13. Decbr. 1849 über die Aufhebung des Lehnsverbandes bestimmte vierjährige Frist für die Dauer der den Lehnsablösungscapitalien und der eventuellen Entschädigung der Lehnsnachfolger beigelegten stillschweigenden Hypothek wird bis zum Schlusse des Jahres 1855 erstreckt.

**Gesetz,** die fernere Verlängerung der im §. 14 des Gesetzes vom 13. Decbr. 1849, über die Aufhebung des Lehnsverbandes, festgesetzten Frist für die Dauer

der den Lehnablosungscapitalien u. beigelegten stillschweigenden Hypotheken betreffend. 12./16. Juli 1855. Nro. 38.

Die Dauer der den Lehnablosungscapitalien und der eventuellen Entschädigung des Lehnachfolgers beigelegten stillschweigenden Hypothek wird bis zum Schlusse des Jahres 1857 ferner verlängert.

**Gesetz** über die Untheilbarkeit der Ritter-, Schrift-, Freisassen und sonstigen Landgüter. 20./29. Mai 1858. Nro. 28. S. 99.

- §. 1. Verfahren behuf Erlangung der Eigenschaft der Untheilbarkeit.
- §. 2. Anlegung von Lagerbüchern und Bekanntmachung des Pertinenzverbandes.
- §. 3. Verbot der Veräußerung der Zubehörungen.
- §. 4. Sicherung der bestehenden Rechte dritter Personen.

**Gesetz**, über die Vererbung der Ritter-, Schrift-, Freisassen und sonstigen Landgüter. 20./29. Mai 1858. Nro. 29. S. 103.

- §. 1. Umfang des Gesetzes.
- §. 2. Vererbung der Güter. 1. Allgemeiner Grundsatz.
- §. 3. Specielle Bestimmungen. A. Anerbenrecht.
- §. 4. Grundsätze zur Bestimmung des Anerbenrechts.
- §. 5. Primogenitur-Ordnung auch bei den weiblichen Descendenten.
- §. 6. Vorzug der ehelichen Descendenten.
- §. 7. Abfindung eines mit den Descendenten berufenen Ehegatten.
- §. 8. Vorzug des Ehegatten bei Concurrenz mit Ascendenten.
- §. 9. Vorzug der Väter unter den Ascendenten und Bestimmung bei Concurrenz mit vollbürtigen Geschwistern.
- §. 10. Bestimmungen bei Concurrenz vollbürtiger Geschwister und deren Kinder.
- §. 11. Erbfolge halbbürtiger Geschwister und deren Kinder.
- §. 12. Entscheidung durch das Loos bei entfernteren Blutsverwandten.
- §. 13. Anrechte der Adoptirten, Adoptirten oder Legitimirten.
- §. 14. In allen unbestimmt gelassenen Erbfolgefällen Entscheidung durch das Loos.
- §. 15. Bestimmungen im Falle zum Nachlasse mehre Pertinenzgüter gehören.
- §. 16. Abfindungsrecht.
- §. 17 u. 18. Größe der Abfindungen.
- §. 19 u. 20. Verfahren bei der Abschätzung des Guts.
- §. 21. Werth zur Zeit des Todes des Erblassers.
- §. 22. Ausnahme im Falle eines auf dem Gute lastenden Nießbrauchs.
- §. 23. Fälligkeitstermin der Capitalabfindungen und Verzinsung derselben.
- §. 24. Verlängerung der gesetzlichen Fälligkeitstermine.
- §. 25. Anspruch auf Abschlagszahlungen.
- §. 26. Unterhaltung gebrechlicher und geisteschwacher Geschwister des Anerben.
- §. 27. Dispositionsrechte des Eigenthümers. In Bezug auf Bestimmungen des Anerben und der Abfindungen.
- §. 28. Bestimmung über Enterbung und Pflichttheil.

- §. 29. Höhe der Abfindungen.
- §. 30. Anfall und Erwerb.
- §. 31. Unzulässigkeit der Versteigerung.
- §. 32. Verfahren bei Streitigkeiten. Entscheidung durch Schiedsmänner.
- §. 33. Verfahren behuf der Entscheidung durch Schiedsmänner.
- §. 34. Verhältniß zu Dritten.
- §. 35. Anwendung bei Familien-Fideicommissen.
- §. 36. Anwendung auf Familien-Stammgüter.

**Gesetz**, über die Errichtung von Familien-Stammgütern. 20/29. Mai 1858. Nr. 30. S. 117.

- §. 1. Bedingungen der Errichtung eines Familien-Stammgutes.
- §. 2. Sicherstellung der Pflichttheilsberechtigung der Rotherben des Stifters.
- §. 3. Unveräußerlichkeit des Familien-Stammguts.
- §. 4. Ersatz von Meliorationen an die Allodialerben des Vorbesitzers.
- §. 5. Subhastation des Stammguts.
- §. 6. Grundsätze der Vererbung des Stammguts.
- §. 7. Sicherstellung gegen Belastungen und Deteriorationen des Stammguts.
- §. 8. Erlöschen der Stammguts-Dualität.
- §. 9. Erhaltung früher bereits errichteter Stammgüter und der zu deren Begründung geschlossenen Familien-Verträge.
- §. 10. Aufhebung der im §. 3 u. 4 des Gesetzes vom 19. März über die Aufhebung der Familien-Fideicommissen enthaltenen Bestimmungen und Erhaltung der seit dem Gesetze vom 19. März 1850 erworbenen Rechte Dritter.

**Gesetz**, die fernere Verlängerung der im §. 14. des Gesetzes vom 15. December 1849, wegen Aufhebung des Lehnsverbandes, festgesetzten Frist für die Dauer der den Lehnsablosungscapitalien z. beigelegten stillschweigenden Hypotheken. 22. November 1859. Nro. 46. S. 251.

10. December

Die Frist wird bis zum Schlusse des Jahres 1861 verlängert.

### Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 31. December 1852.

Nachdem die mit dem Rescripte vom 9. Mai c. geforderten Berichte über die Theilung der Anbauenhäuser nunmehr sämmtlich erstattet sind, eröffnen Wir der Herzogl. Kreisdirection Folgendes:

Der Grundsatz der Untheilbarkeit der Bauergüter, welcher bereits in der Polizeiordnung von 1839 ausgesprochen ist, ist ein allgemein landespolizeilicher und daher auch, insofern nicht durch das Gesetz selbst Ausnahmen gestattet sind, auf alle Bauergüter anzuwenden. Wo daher ein wirklich integrierender Theil eines Bauerguts abgetrennt werden soll, da tritt

das gesetzliche Verbot entgegen. Es ist kein genügender Grund vorhanden, die erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstandenen Anbauerhäuser von dieser gesetzlichen Regel auszunehmen und eben so wenig bedarf es eines weiteren Beweises darüber, daß wenn es sich um Zerlegung eines solchen Hauses in zwei künftig selbstständige Theile handelt, dann eine solche Abtrennung vorliegt, welche einen bisher integrierenden Theil des Ganzen treffen soll. Eine solche Disposition wird daher ohne höchste landespolizeiliche Genehmigung der Abweichung von der gesetzlichen Regel nicht gültig sein.

Außerdem aber wird durch eine Uebereinkunft, welche aus einem Anbauerwesen zwei dergleichen schaffen soll, ein neues Anbauerwesen begründet und die Bedingungen der Existenz des bisher Bestehenden einer neuen Feststellung unterzogen. Dazu ist aber den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zufolge jedenfalls die landespolizeiliche Genehmigung erforderlich, ohne welche ein solcher Vertrag ungültig und daher in Gemäßheit des §. 2 des Gesetzes No. 22. vom 19. März 1850 nicht geeignet ist, dingliche Rechte zu begründen.

Herzogl. Kreisdirection wird daher in dergleichen Fällen jedenfalls die höchste Genehmigung resp. die Dispensation einzuholen haben und halten Wir nicht für erforderlich, eine besondere gesetzliche Bestimmung dieserhalb zu erlassen. Wir haben jedoch das Herzogl. Obergericht veranlaßt, die Herzogl. Amtsgerichte anzuweisen, Contracten, durch welche Anbauerhäuser getheilt und aus einer zwei Anbauerstellen gemacht werden sollen, vor erfolgter höchster Genehmigung resp. Dispensation keine Folge zu geben.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 16. August 1853.

Wir erwidern auf den Bericht vom 28. Juni d. Jrs. wegen der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Herzogl. Amtsgerichte und der Herzogl. Kreisdirection Holzminden hinsichtlich des Verhältnisses der wüsten Höfe zu dem Verbote der Vereinigung mehrerer Höfe in einer Hand, nachdem Wir darüber den Bericht der Herzogl. Kreisdirection eingezogen haben, Folgendes:

Herzogl. Amtsgericht giebt selbst an, daß der Viertellothhof zu Reileiszen, um welchen es sich handelt, schon seit unvordeutlicher Zeit wüste und von je her, ohne mit einer eigenen Brandversicherungs-Nummer versehen zu sein, bei dem Großlothhose No. 7 bewirthschaftet sei.

Auf dergleichen wüste Stellen sind die sonst bei Abtretung und Vererbung von Bauerhöfen geltenden gesetzlichen Bestimmungen des Landesfürstlichen Rescripts vom 3. November 1760 und der Verordnung vom 4. Mai 1778 nicht anzuwenden und es bedarf deßhalb zu dem fortgesetzten vereinigten Besitze derselben in der Hand eines der mehren Kinder des bisherigen Hofbesizers der Dispensation von den gedachten gesetzlichen Vorschriften nicht.

Wir können Uns hiernach mit der von Herzogl. Kreisdirection in dem Rückschreiben vom 25. Juni c. ausgesprochenen Ansicht nur einverstanden erklären.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 8. October 1853.

In Verfolge Unseres Rescripts vom 10. März d. Jrs. erwidern Wir der Herzogl. Kreisdirection auf den am Schlusse des Berichts vom 3. März d. Jrs. gestellten Antrag we-

gen Ertheilung einer generellen Höchsten Genehmigung aller bis zum Erlasse Unseres Circular-rescripts vom 31. December vor. Jrs. geschlossenen Verträge über die Theilung von Anbauerhäusern, nachdem Wir über diesen Gegenstand die Ansicht der übrigen Herzogl. Kreisdirectionen gehört haben, daß Wir eine solche generelle Genehmigung für bedenklich halten müssen, weil dadurch die Cognition über die einzelnen Fälle, welche doch in Bezug auf die Verhältnisse der getheilten Anbauerhäuser zu den Gemeinden, Gemeinheiten, Kirchen, Pfarren und Schulen sehr oft erforderlich ist, ausgeschlossen werden würde.

Auch ist durch das in die Gesetz- und Verordnungssammlung aufgenommene Circular-rescript des Herzogl. Obergerichts vom 15. Februar d. Jrs. den Interessenten hinreichende Veranlassung gegeben, die etwa fehlende landespolizeiliche Genehmigung und Höchste Dispensation von dem Verbote der Dismembration der Bauergüter noch nachzuholen und es kann dabei um so mehr sein Bewenden behalten, als nach den Berichten der übrigen Herzogl. Kreisdirectionen eine Theilung von Anbauerhäusern überhaupt nur wenig vorgekommen ist.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 1. Juli 1849.

Auf den ferneren Bericht vom 16. Mai d. Jrs. erwiedern Wir nunmehr der Herzogl. Kreisdirection, daß da, einem von dem Oberstaatsanwalte unterm 10. v. Mts. erstatteten Berichte zufolge, in neuerer Zeit ergangene obergerichtliche Entscheidungen die landespolizeiliche Genehmigung des von neuen Anbauern bei ihrer Zulassung erklärten Verzichts auf die Theilnahme an den Gemeinde-Gerechtsamen für nicht erforderlich erkannt haben, die gedachten Verzichtleistungen fortan nicht mehr zur landespolizeilichen Cognition zu ziehen sind.

## Deutschland. Deutscher Bund.

**Verordnung**, die Bekanntmachung des Bundesbeschlusses vom 12. Juni 1845 betreffend. 7/16. Juni 1853. No. 29. S. 155.

„Die Bundesversammlung erklärt, daß der gräflichen Familie Bentinck nach ihrem Standesverhältnisse zur Zeit des Deutschen Reichs die Rechte des hohen Adels und der Ebenbürtigkeit im Sinne des Artikels 14 der Bundesacte zustehen.“

**Verordnung**, das Aufhören der durch den Bund angeordneten Kriegsbereitschaft betreffend. 5/12. Juni 1856. No. 22. S. 113.

Der Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 8. Februar 1855, die orientalische Angelegenheit, insbesondere die zu ergreifenden militairischen Maßregeln betreffend, ist durch Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 15. Mai 1856 außer Wirksamkeit gesetzt.

**Verordnung**, die Bekanntmachung eines von dem deutschen Bunde gefaßten Beschlusses, wegen der Auslegung und Anwendung der Art. 8 u. 10 der Bundes-Cartel-Convention vom 10. Februar 1831 betreffend. 26. Mai 1858. No. 32. S. 135.

Die betreffenden Behörden werden auf genauere Beobachtung der Vorschriften über die zu vergütenden Unterhaltungskosten der Deserteure aufmerksam gemacht und erläuternde Bestimmung dazu gegeben.



## 46 Ehen zwischen Christen und Juden. Rescripte. Finanzen und Finanzverwaltung.

### Ehen zwischen Christen und Juden.

#### Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 18. October 1855.

Nach §. 67 Nro. 5 u. 6 sind die Geburts- und Sterbefälle der aus einer Ehe zwischen Christen und Juden entspringenden Kinder bei dem Herzogl. Amts- und Stadtgerichte des Wohnsitzes des Ehemanns resp. Vaters anzumelden, und ebendasselbst ist die Erklärung darüber, welcher Religion die Kinder angehören sollen, abzugeben.

Damit nun theils die Gemeindebehörden in den Stand gesetzt werden, bei Aufstellung der Listen der Militairpflichtigen mit der nöthigen Vollständigkeit zu verfahren, theils die betreffenden christlichen Pfarrer die nöthige Kunde von dem Ableben der in einer solchen Mischehe lebenden Christen und der Geburt und dem Tode der der christlichen Religion zugewandten Kinder erhalten, um wegen der Begräbnisse und der Tausen die Rechte der Kinder wahrnehmen und auf Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften halten zu können, so haben die Herzoglichen Amts- und Stadtgerichte

1. der betreffenden Herzogl. Kreisdirection im Monate Januar jeden Jahrs die das Datum enthaltende Anzeige von allen in dem abgewichenen Jahre in dem Amts- und Stadtgerichtsbezirke vorgekommenen Geburts- und Sterbefällen der männlichen aus Mischehen zwischen Juden und Christen gebornen Kinder und

2. den betreffenden Pfarrer sofort nach der gemachten Anzeige über Geburts- und Sterbefälle solcher Personen, welche in einer Mischehe leben oder aus einer solchen geboren sind und der christlichen Religion angehören oder angehören sollen, schriftliche Nachricht zu geben.

### Finanzen und Finanzverwaltung.

**Verordnung**, die anderweite Festsetzung des Aufgeldes auf die bei den Kreiscassen zu verwerthenden auf Gold lautenden Zinscoupons) so wie auf die bei den öffentlichen Cassen zur Ein- und Auszahlung kommenden, unter 2½ Thlr. Gold betragenden Summen betreffend. 29. November 1854. Nro. 60. S. 251.

8. December

Das Aufgeld wird auf 8½ Procent oder 2 Ggr. pro Thaler vom 1. Januar 1855 an festgesetzt.

**Gesetz** über das Verfahren bei dem Umtausche von Cammer- gegen Landes-Schuldverschreibungen. 23. Februar 1855. Nro. 14.

3. März

§. 1. Cammerschuldverschreibungen sollen jederzeit gegen Landesschuldverschreibungen über den gleichen Capitalbetrag in gleicher Münzsorte und zu gleichem Zinsfuße auf Verlangen umgetauscht werden.

§. 2. Verfahren bei dem Umtausch außer Cours erklärter Cammerschuldverschreibungen.

§. 3. Wird bei Einreichung einer Cammerschuldverschreibung behuf Erlangung neuer Zins-

coupons keine Erklärung über den Umtausch abgegeben, so wird angenommen, daß der Umtausch vorgezogen sei.

**Verordnung**, die anderweite Festsetzung des Aufgeldes für die bei den öffentlichen Cassen zur Ein- und Auszahlung kommenden Geldbeträge, welche durch Goldmünze sich nicht berichtigen lassen. 9/10. Juni 1836. Rro. 24. S. 117.

Das Aufgeld für Ein- und Auszahlungen von Geldbeträgen, welche in Goldmünzen bis einschließlich  $2\frac{1}{2}$  Thalerstücke nicht berichtet werden können, wird auf 2 Ggr. 8 Pf. für den Thaler vom 1. Juli 1836 an festgesetzt.

Den Kreiscassen wird unter Aufhebung des Verbots im §. 11 der Verordnung vom 4. December 1835 (Rro. 65) gestattet, die auf Gold lautenden Zinscoupons hiesiger Cammer- und Landes-Schuldverschreibungen, in so weit sich deren Beträge in Golde bis einschließlich  $2\frac{1}{2}$  Thalerstücke berichtigen lassen, gegen Zahlung von Goldmünzen einzulösen.

**Verordnung** wegen Festsetzung des Aufgeldes für Goldzahlungen bei den öffentlichen Cassen, welche durch Goldmünzen sich nicht berichtigen lassen. 10./14. December 1857. Rro. 52. S. 231.

Das Agio wird auf 3 Groschen 2 Pf. pro Thaler festgesetzt.

**Gesetz**, die Form und Vollziehung der Cammer- und Landes-Schuldverschreibungen betreffend. 25./27. März 1858. Rro. 17. S. 43.

- §. 1. Unterzeichnung der Cammer- und Landes-Schuldverschreibungen.
- §. 2. Aufhebung der abweichenden Bestimmung des §. 9. des Gesetzes vom 12. Oct. 1832.
- §. 3. Anfang der Wirksamkeit des Gesetzes.

## Forst- und Jagdwesen.

**Bekanntmachung** der über die Prüfung der Bewerber um Forstdienststellen neu ertheilten Instruction. 12./28. März 1854. Rro. 16. S. 69.

Die Instruction enthält die Bestimmungen über Zusammensetzung der Forst-Examinations-Commission, über das Verfahren bei der Vorprüfung, der Anstellungsprüfung und Beförderungsprüfung, so wie die Bedingungen der Zulassung der Bewerber zu diesen Prüfungen und bezeichnet die Gegenstände, über welche sich jede einzelne Prüfung erstrecken soll.

**Gesetz** über die Controle des Wildtransports und des Wildhandels. 7./17. Aug. 1854. Rro. 43. S. 185.

- §. 1. Nachweisung des rechtlichen Besitzes bei dem Transporte von Roth-, Schwarz-, Damm- und Rehwild.
- §. 2. Inhalt des Legitimationsattestes.
- §. 3. Nachweis bei vom Auslande kommenden Wildes dieser Art.
- §. 4. Nachweis für den Weitertransport von Wild.
- §. 5. Bei Versendung mit der Post und Eisenbahn.

- §. 6. Ueber acht Tage alte Atteste sind behuf des Wildtransportes ungültig.  
 §. 7. Wildhändler sind verpflichtet, den rechtlichen Besitz nachzuweisen.  
 §. 8. Strafen für Uebertretung der Vorschriften dieses Gesetzes.  
 §. 9. Anwendung der Bestimmungen des Jagdstrafgesetzes.  
 §. 10. Forst- und Jagd-, Polizei- und Steuerbeamte und das Polizeimilitair haben auf Befolgung der Vorschriften dieses Gesetzes zu achten.
- Gesetz**, über die anderweite Bestimmung der von Privatforstbesitzern zu leistenden Forstbesoldungsbeiträge. 19./28. April 1858. No. 21. S. 51.
- §. 1. Die Beiträge werden nach der im Münzwesen eingetretenen Veränderung nach Groschen und Pfennigen bestimmt.
- §. 2. Der §. 8 des Gesetzes vom 16. October 1834 wird aufgehoben.

## Rescripte.

Schreiben des Ober-Staatsanwalts vom 3. März 1853  
 an Herzogl. Cammer, Direction der Forsten.

Auf das gefällige Schreiben vom  $\frac{26. \text{ vorigen}}{5. \text{ dieses}}$  Mts. No. 920 beehre ich mich zu erwiedern, daß zur gerichtlichen Verfolgung sämtlicher in den Forst- und Jagd-Gesetzen mit Strafe bedrohter Handlungen, gleichgültig, ob diese als Forst- oder Jagdwroren im eigentlichen Sinne oder als Uebertretungen forst- und jagdpolizeilicher Vorschriften zu betrachten, die Oberforstbeamten in Gemäßheit der Str.-Proc.-Ordn. §. 24 und des Gesetzes über die gerichtliche Polizei §. 3. berechtigt und verpflichtet sind.

Ich habe den Staatsanwälten hiervon Nachricht ertheilt und gebe anheim, die Oberforstbeamten mit entsprechender Anweisung zu versehen. (Ges. über die gerichtl. Polizei §. 4.)

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 6. Septbr. 1853.

Auf die Berichte vom 7. Juli d. Jrs. und 26. vor. Mts., die Anwendung der gesetzlichen Schuzmittel gegen Wildschäden betreffend, eröffnen wir der Herzoglichen Kreisdirection Folgendes:

Die §§. 14—16 des Gesetzes vom 8. Septbr. 1848 haben den Zweck, die Feldmarks-Interessenten gegen die Beschädigung durch Schwarz-, Roth- und Dammwild so viel als irgend möglich zu schützen und sie haben den Grundbesitzern, welche die ihnen zugehörigen Forsten nicht mit einem zum Schutze der angrenzenden Felder ausreichenden Gatter versehen haben, daher die Verpflichtung auferlegt, das Schwarz-, Roth- und Dammwild auszurotten zu lassen. Es versteht sich indeß von selbst, daß dieses Gesetz den Forstbesitzern keine Verbindlichkeit auferlegen will, welche sie nicht erfüllen können, und es kann auf den Grund des §. 14 von den Forstbesitzern nur verlangt werden, daß sie sich mit allen zur Ausübung einer erfolgreichen Jagd auf Schwarz-, Roth- und Dammwild erforderlichen Mitteln versehen und daß diese Mittel mit Umsicht und Eifer angewandt werden, um die Ausrottung des Schwarz-, Roth- und Dammwildes zu bewirken.

Der §. 16 enthält die Beschränkung der Eigenthumsrechte der Forstbesitzer, welche nach der Natur der Sache und nach dem im §. 1. des Gesetzes vom 8. Septbr. 1848 aufgestellten obersten Grundsatz nur dann zur Anwendung kommen kann, wenn der Forstbesitzer den ihm durch das Gesetz auferlegten Verpflichtungen nicht Genüge geleistet hat und wenn erwartet werden kann, daß die den Pächtern oder Administratoren der Jagd der Feldmarks-Interessenten in den benachbarten Forsten zu gestattende Jagd einen wirksamen Schutz gegen die Beschädigung durch Schwarz-, Roth- oder Dammwild gewähren werde.

Da die Herzogl. Kreisdirection nun anerkennt, daß von Seiten der Herzogl. Cammer alle Maasregeln, welche die Ausrottung des Schwarz-, Roth- und Dammwildes bewirken können, mit Sachkenntniß und Anstrengung angewandt sind, und die speciellen Angaben, welche das Schreiben der Herzogl. Cammer vom 25. Juni d. Jrs. in dieser Hinsicht enthält, von Herzogl. Kreisdirection nicht in Zweifel gezogen werden, und da die Herzogl. Kreisdirection ferner zugiebt, daß die in Antrag gebrachte Mitwirkung der Administratoren der Holzmindener Feldjagd die Ausrottung des Schwarz-, Roth- und Dammwildes in den Sollings-Forsten nicht befördern, sondern erschweren würde, so darf eine Maasregel, welche mit der unzweifelhaften Absicht des Gesetzes im Widerspruche stehen und welche den Feldmarks-Interessenten zu Holzmindern nicht zum Vortheile, sondern zum Schaden gereichen würde, nicht in Ausführung gebracht werden.

In Beziehung auf die Cammer- und Kloster-Forsten ist der Verpflichtung, welche der §. 14. des Gesetzes vom 8. Septbr. 1848 den Forstbesitzern auferlegt, in dem Gesetze selbst durch den §. 15. zum Theil Genüge geleistet und Wir dürfen annehmen, daß die Herzoglichen Forst- und Jagdbeamten der ihnen daselbst erteilten Anweisung pünktlich nachgekommen sind, und daß die für die Erlegung des Schwarz-, Roth- und Dammwildes ausgelegten Prämien genügen, um den Eifer der Forst- und Jagdbeamten rege zu erhalten.

Wenn die Herzogl. Kreisdirection indessen der Ansicht sein sollte, daß zur Erreichung des Zwecks, die Feldmarks-Interessenten vor den Beschädigungen durch Schwarz-, Roth- und Dammwild zu schützen, noch andere zweckmäßige Anordnungen im dortigen Kreise getroffen werden könnten und daß namentlich genügender Grund zu der im letzten Satz des §. 16. des Gesetzes vom 8. Septbr. 1848 erwähnten polizeilichen Anordnung vorhanden sei, so hat dieselbe darüber und über die in Anspruch zu nehmende Mitwirkung des Oberforstbeamten mit Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, zu communiciren.

Was die in dem Berichte vom 7. Juli d. Jrs. aufgeworfene Frage anbetrifft, ob Jagd-Administratoren, welche die im §. 16. gedachte Befugniß in Anspruch nehmen wollen, die Eigenschaft zuverlässiger Männer oder zuverlässiger Jäger haben müssen? so kann der in dieser Hinsicht entstandene Zweifel wohl keine Folgen mehr haben, nachdem der §. 4. des Gesetzes vom 16. April v. Jrs. Art. 23. bestimmt hat, daß die Administration einer Jagd nur hierzu besonders angestellten und von der Herzogl. Kreisdirection nach vorgängiger Communication mit der Oberforstbehörde als qualificirt anerkannten Personen übertragen werden darf. Soll für diese Jagd-Administration eventuell auch die Befugniß in Anspruch genommen werden, in den benachbarten Forsten nach Schwarz-, Roth- und Dammwild zu jagen, so muß bei der Prüfung der Qualification derselben, auch auf deren Fähigkeit zu einer solchen Jagd gesehen werden.

**Forderungsrecht.**

**Gesetz**, die Verjährung persönlicher Klagen und die Einführung kurzer Verjährungsfristen für dieselben betreffend. 3/14. Juli 1853. No. 35. S. 173.

- §. 1. Allgemeine Verjährungsfrist für eine rein persönliche Klage (10 Jahre).
- §. 2. Forderungen, welche mit dem Ablaufe von zwei Jahren verjähren.
- §. 3. Forderungen, welche mit dem Ablaufe von vier Jahren verjähren.
- §. 4. Beibehaltung der bereits bestehenden kürzeren Verjährungsfristen.
- §. 5. Bestimmung über den Anfang des Laufs der Verjährung.
- §. 6. Aufhebung der Begünstigung Unmündiger und Minderjähriger.
- §. 7. Der Lauf der Verjährung wird nicht gehindert, durch Fortdauer des Verhältnisses, aus welchem die einzelnen Forderungen entstanden sind.
- §. 8. Bestimmungen über Unterbrechung der Verjährung.
- §. 9. Feststellung des Anfangs der Verjährung für Forderungen, welche zur Zeit der Publication dieses Gesetzes bereits fällig.
- §. 10. Ueber Erforderniß des guten Glaubens.
- §. 11. Nach vollendeter Verjährung einer persönlichen Klage kann die derselben zum Grunde liegende Forderung weder klagend noch im Wege der Compensation geltend gemacht werden.
- §. 12. Verträge oder Verzichtse der Parteien vor Ablauf der Verjährungsfrist behuf Verhinderung des Eintretens der Verjährung sind wirkungslos.

**Freiwillige Gerichtsbarkeit.**

**Circularrescript** Herzogl. Obergerichts an die Herzogl. Amtsgerichte, die Verträge über Theilung von Anbauerwesen betreffend. 15./26. Februar 1853. (Siehe dingliche Rechte an Grundstücken).

**Circularrescript** Herzogl. Obergerichts an sämtliche mit der Beurkundung von Rechtsgeschäften beauftragte öffentliche Beamte, die Aufnahme von Veräußerungsverträgen über hauerliche Pertinenzgrundstücke betreffend. 28. Februar 1853. (Siehe dingliche Rechte an Grundstücken).

**Rescripte.**

**Rescript** Herzogl. Staatsministerii vom 31. Decbr. 1852.

Es ist zu Unserer Kenntniß gekommen, daß einzelne Amtsgerichte Verträge, durch welche Anbauerhäuser getheilt und so aus einem Anbauerwesen zwei gemacht werden sollen, aufgenommen und ohne Weiteres ausgemessen und eingetragen haben. Da jedoch zu der Gültigkeit eines solchen Contracts die landespolizeiliche Genehmigung resp. Höchste Dispensation erforderlich ist, so veranlassen Wir Herzogl. Obergericht, die Herzogl. Amtsgerichte anzuweisen, dergleichen Contracten vor eingeholter Höchster Genehmigung keine weitere Folge zu geben.

## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 13. Februar 1853.

Der Halbmeier H. in A. hat eine zu seinem Hofe gehörende Wiese, in der Meinung, dass dieselbe nicht pertinenzpflichtig sei, mittelst notariellen Contracts an den Waldarbeiter S. in F. verkauft, hinterher ist indess die Pertinenzpflicht des gedachten Grundstücks bei Berichtigung des Besitztitels aus den Hypothekenbüchern und der Dorf- und Feldbeschreibung hervorgegangen und gegenwärtig die nachträgliche Ertheilung der landespolizeilichen Genehmigung zu dem Verlaufe bei uns beantragt.

Da nun für Dienstpflicht der Bauerhöfe und folgerweise auch für die Pertinenzqualität der bei denselben benutzten Grundstücke einstweilen zu vermuthen ist, so erscheint es nothwendig, dass der Beamte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, bei welchem die Aufnahme eines Vertrages, welcher die Veräußerung eines bei einem Bauerhofe bisher benutzten Grundstücks betrifft, beantragt wird, sich vor Aufnahme des Contracts Gewissheit darüber verschafft, ob das Grundstück Pertinenzqualität hat oder nicht, damit nichtige Acte vermieden und den Contrahenten spätere Verlegenheiten erspart werden.

Wir beauftragen daher Herzogl. Obergericht, zu veranlassen, dass die Beamten der freiwilligen Gerichtsbarkeit diesem gemäß mit Anweisung versehen werden.

## Rescript des Herzogl. Obergerichts vom 8. März 1853.

In Beziehung auf den von Ihnen wegen des vom Notar S. zu dem von diesem am 30. März 1852 aufgenommenen, zwischen dem Ademann D. zu S. und dem Deconomen Herrmann D. daselbst abgeschlossenen Hofverlasscontracte verbrauchten Stempelpapiers am 5. v. Mts. erstatteten Bericht weisen Wir Sie in Folge eines Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 1. d. Mts. hierdurch an, die dem Notar S. gemachte Erinnerung zurückzunehmen, indem die Festsetzung einer Leibzucht für den Abtretenden und von Abfindungen für die Geschwister des Hofannehmers dem in Frage stehenden Vertrage eine andere Eigenschaft als der eine anticipirte Erbfolge in's Werk setzenden Vereinbarung nicht verschafft, bei einer solchen aber nach dem Inhalte der in unserm Rescripte vom 17. Januar d. Jrs. angeführten Rescripte (des Herzogl. Landesgerichts vom 16. October 1837. Repert. Bd. IV. S. 231. und des Herzogl. Steuer-Collegiums vom 25. Jan. 1830 und 17. Octbr. 1831. Repert. Bd. II. S. 261. und Bd. III. S. 350) ein höherer als der vom Notar S. abhibirte Stempel nicht erforderlich ist.

## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 8. März 1853

an Herzogl. Amtsgericht Greene.

Ueber die in dem Berichte vom 18. d. Mts. zur Anzeige gebrachte Justizverweigerung vom Seiten des Königlich Hannoverschen Amtsgerichts Hildesheim haben Wir Uns veranlaßt gefunden, die gutachtliche Aeußerung des Ober-Staatsanwalts einzuziehen und lassen dem Herzogl. Amtsgerichte den von demselben unterm 24. d. Mts. erstatteten Bericht, mit dessen Inhalt Wir einverstanden sind, abschriftlich hiebei zugehen, um die Betheiligten danach zu scheiden resp. sich zu achten.

## Bericht des Ober-Staatsanwalts vom 24. März 1853.

Freiwillige Veräußerungen von Totalgrundstücken sind dem Eheманne untersagt und selbst die Zustimmung der Ehefrau wird im römischen Rechte für wirkungslos erklärt. Es ist daher eigentlicher Mißgriff, wenn das canonische Recht (c. 28. X. de jurejur. 2. 24. c. 2. in 6to eod. 2. 4.) im Falle eidlich bekräftigter Einwilligung von Seiten der Frau, diese vom Rechte der Aufsehung ausschließt. In der Praxis werden die Bestimmungen des canonischen Rechts als maßgebend erachtet, und zwar dergestalt, daß die Eidesleistung hierbei durch besondere Form nicht bedingt und körperliche Eidesleistung unnöthig ist. Es scheint mir indeß nicht Aufgabe der Gerichte zu sein, Eidesleistung der in Rede stehenden Beschaffenheit und Tendenz zu befördern und auf keinen Fall kann einem requirirten auswärtigen Gerichte gesonnen werden, solche Handlungen und Geschäfte vorzunehmen, welche den Gesetzen seines Staates entgegen, durch diese verboten worden sind.

Sind daher, wie Königl. Hannov. Amtsgericht Hildesheim in dem Schreiben vom 7. d. Mts. anführt, im Königreiche Hannover durch Verordnung vom 28. December 1821 alle Privateide abgeschafft, somit vorerwähnte Bestimmungen des canonischen Rechts aufgehoben und sind weiter durch Gesetz vom 30. Juli 1840 hinsichtlich der Veräußerung von Totalgrundstücken, außer den Fällen der Nothwendigkeit, gewisse Formen vorgeschrieben, unter deren Beobachtung allein die Veräußerung zur Rechtsbeständigkeit gedeihen kann, so war Königl. Amtsgericht Hildesheim allerdings befugt, gewissermaßen verpflichtet, die Genügeleistung der Requisition abzulehnen, zumal die Ehefrau P., von welcher die solenne eidliche Genehmigung des von ihrem Eheманne geschenehen Verkaufs eines Totalgrundstücks verlangt wird, ihr Domicil zu Hildesheim haben soll.

Herzogl. Amtsgericht Greene wird den Betheiligten von der Sachlage mit der Eröffnung Kenntniß zu geben haben, daß der Contract erst nach beigebrachter rechtsgültiger Genehmigung Seitens der Ehefrau P. in die Hypothekenbücher eingetragen werden könne (Ges. vom 19. März 1850 Nro. 22, die Erwerbung dinglicher Rechte an Grundstücken betreffend, §. 5.) indem jene Genehmigung in rechtsbeständiger Form herbeizuschaffen, lediglich den Betheiligten überlassen bleiben darf.

Für den Fall, daß das Ehepaar P. durch seine Uebersiedelung nach Hildesheim das Landeseinwohnerrecht im Herzogthume Braunschweig verloren (Landschaftsordnung von 1832 Nro. 27. 35.) und im Königreiche Hannover erworben haben sollte, würde demnächst in Frage kommen können: ob überhaupt freiwillige Veräußerung des Totalgrundstücks unter anderen Formen und Bedingungen als das Königl. Hannoversche Gesetz vom 30. Juli 1840 verlangt, in Bezug auf die Ehefrau für rechtsgültig zu erachten sei? was sehr zweifelhaft erscheint, wenn die Handlungsfähigkeit, namentlich die Fähigkeit zur Eingehung eines Rechtsgeschäfts nach den Gesetzen des Wohnorts zu bemessen ist, wogegen weniger bedenklich sein mögte, die Veräußerung des Totalgrundstücks auch in den hiesigen Landen als rechtsbeständig anzuerkennen, dafern hierunter die Vorschriften des Königl. Hannov. Gesetzes vom 30. Juli 1840 beobachtet werden.

Diese, dem internationalen Privatrechte angehörigen häßlichen Fragen sind jedoch vorerst ohne practische Bedeutung.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 21. Juli 1853  
an Herzogl. Obergericht.

Der Bericht vom 23. Mai d. Jrs. über den Antrag der Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke, in Betreff der in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu erhebenden Sporteln ist Uns zugegangen und eröffnen Wir dem Herzogl. Obergerichte, nachdem Wir auch über die am Schlusse des Berichts angeregte Frage den Bericht des Herzogl. Finanzcollegiums eingezogen haben, dass die den Behörden gesetzlich zustehende Sportelfreiheit auf alle Arten der Gerichtsgebühren, sowol in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, als der streitigen, ohne Unterschied auszudehnen ist, mithin auch, außer von den Gerichtsnebengebühren von den baaren Auslagen an Reisekosten, Diäten, Insertionsgebühren, Porto und Aufruf gilt, da diese Gebühren jetzt sämmtlich in die Staatscasse fließen und aus derselben gezahlt werden, mithin jetzt kein Grund mehr vorliegt, die Sportelfreiheit der Behörden zu beschränken und außerdem das Rechnungswesen auf diese Weise vereinfacht wird.

Wir weisen Herzogl. Obergericht hiermit an, die Herzogl. Kreisgerichte und Stadt- und Amtsgerichte hiernach mit allgemeiner Instruction zu versehen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 25. Januar 1854  
an Herzogl. Kreisgericht Wolfenbüttel.

Auf die bei dem Herzogl. Obergerichte von dem Notar M. zu Wolfenbüttel unterm 3. d. Mts. eingereichte Beschwerde über das Verfahren des Herzogl. Stadtgerichts und Kreisgerichts hieselbst

in Sachen den Verlass der damals M'schen Badstübengerechtigkeit auf den Chirurgiegehilfen v. S. betreffend,

wird nach Eingang der eingeforderten stadtgerichtlichen und kreisgerichtlichen Acten, unter Zurückstellung der Anlagen der Beschwerde, Folgendes zur Resolution ertheilt:

Die Verfügungen des Herzogl. Stadt- und Kreisgerichts hieselbst vom 28. November und 24. December vor. Jrs. beruhen auf der Ansicht, dass die fragliche Barbiergerechtigkeit zu den Mobiliarrechten gehöre. Solche Ansicht kann nicht gebilligt, es muss vielmehr besagte Barbiergerechtigkeit, namentlich nach dem Inhalte des Kauf- und Verlassscheins des Magistrats zu Wolfenbüttel vom 11. Decbr. 1806, da der Magistrat den vorgenommenen Kauf-Auftrag und Verlass consentirt, denselben confirmirt und dem Erwerber die Verpflichtung auferlegt hat:

„die onera publica von der — für 375 Thlr. — verkauften Barbiergerechtigkeit alljährlich ohne Mangel abzuführen“

den Immobilienrechten zugezählt, und es darf ihr die Immobiliareigenschaft deshalb, weil sie einem andern Grundstücke als Pertinenz nicht beigelegt worden, nicht abgesprochen werden, indem sie zu denjenigen Realgewerbsgerechtigkeiten gerechnet und zu rechnen ist, welche selbstständig ausgeübt werden können, deren Existenz daher auch durch den Besitz eines bestimmten Grundstücks nicht bedingt erscheint.



Dass zur Eintragung auf besondere Folien im Hypothekenbuche auch derartige Realgerechtigkeiten sich eignen, ist in einem Rescripte des Herzoglichen Oberlandesgerichts vom 28. Juni 1842

Bege, Repertor. Thl. VI. S. 63.

ausgesprochen und die Richtigkeit dieses Grundsatzes kann nicht bezweifelt werden, da Alles, was in den Hypothekengesetzen und den bezüglichen Instructionen wegen der Grundstücke bestimmt worden, auch von Realrechten der bezeichneten Art zu verstehen ist.

Ges. vom 19. März 1850 No. 22. §§. 1. 3. 6. 7. 11. 17. 18. 19.

Auch steht der Umstand, dass Barbiergerechtigkeiten bisher in das Hypothekenbuch nicht eingetragen worden, deren Eintragung und zu solchem Behufe der Anlegung eines Foliums für dieselben nicht entgegen

Circular-Rescript vom 3. März 1842 No. 50. §. 21.

wenn Barbiergerechtigkeiten ingrossationsfähige Sachen sind.

Es war daher für das Herzogl. Stadtgericht ein genügender Grund nicht vorhanden, die beantragte Inscription ohne weitere Prüfung der von dem Imploranten eingereichten Documente zu verweigern, und es hätte auf die von dem Imploranten verfolgte Beschwerde das Herzogl. Stadtgericht zur Vornahme einer solchen Prüfung, bei welcher vornehmlich auch die Legitimation des Verkäufers rücksichtlich seines angeblichen Miterbrechts und rücksichtlich seiner Befugnisse zur Veräußerung von zum Muttergute seiner Kinder gehörenden Bestandtheilen zu untersuchen sein wird, angewiesen werden müssen. —

Daher ist die vorwerfende Resolution vom 24. Decbr. vor. Jrs. auf die ferner verfolgte Beschwerde aufzuheben und dem Herzogl. Kreisgerichte aufzugeben, das Herzogl. Stadtgericht dem Obigen gemäß mit der Anweisung zu versehen, sich, sobald von Seiten des Imploranten denselben die bezüglichen Documente wieder eingereicht sein werden, deren Prüfung zu unterziehen, zu welchem Ende, bei Zurücksendung der eingeforderten Acten, denselben eine beglaubigte Abschrift der gegenwärtigen Resolution beigelegt worden soll.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 20. Januar 1854

Da in neuerer Zeit Fälle vorgekommen sind, dass Herzogl. Amtsgerichte von der Herzoglichen Cammer, bei von dieser abgeschlossenen Contracten über Grundstücke, die sonst gesetzliche Gebühr für die Armen- und Begebefferungs-Cassen eingefordert haben, die von jeher stattgehabte Befreiung der Herzogl. Cammer von der Entrichtung dieser Gebühr aber durch spätere gesetzliche Bestimmungen nicht aufgehoben ist, so weisen Wir sämtliche Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte hiemit an, die fragliche Abgabe in den bezeichneten Fällen nicht berechnen zu lassen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 4. August 1854  
an Herzogl. Amtsgericht Niddagshausen.

Demnach Herzogl. Amtsgericht in der Sache, die Rückgabe des Onts St. B. ab Seiten des v. B. Concurscursors an die jetzigen Lehnserben, Gebrüder Hans Ulrich Nieschard,

Victor Julius und Georg Julius v. B. betreffend, mittelst Berichts an Herzogl. Staatsministerium vom 28. Mai d. Jrs. bei demselben wegen der zu dem Vertrage zwischen den obgenannten Personen vom 27. Mai d. Jrs. zu verwendenden Stempelgebühren und Abgaben zu der Armen- und Begebefferungs-Casse angefragt und um Entscheidung gebeten hat, so sind wir vom Herzogl. Staatsministerium durch ein Rescript desselben vom 20. vor. Mts., zu folgender Eröffnung und resp. Anweisung an Herzogl. Amtsgericht beauftragt worden.

Der oben erwähnte Vertrag vom 27. Mai d. Jrs., an welchem außer den vorgenannten Personen auch der Obergerichtsadvocat G. zu B., als Mandatar S'scher Erben als der Hauptgläubiger in dem v. B'schen Concurse, Theil genommen hat, enthält

1. eine Besitzerräumung des Guts Gr. B. an die gesetzlichen Erben desselben, denen das (Lehn-) Eigenthum durch den kinderlosen Tod des vorigen Vasallus possessor angefallen war. Dieser Theil des Vertrages ist nach Art. 123. des Stempelsteuertarifs vom 29. Octbr. 1821 von einer besondern Stempelabgabe, außer der gewöhnlichen zu 2 Ggr., frei.

2. Cessionen, oder wenn die Uebertragung der in dem fraglichen Vertrage erwähnten Leihhausobligationen und Königl. Sächsischen Landrenterei-Briefe etwa nur Verpfändung wäre, doch eventuelle Cessionen der erwähnten Leihhausobligationen zu 275 Thlr. in Golde und 14,700 Thlr. Courant und Landrenterei-Briefe zu 1000 Thlr. ab Seiten des Victor Julius v. B. an den v. B'schen Concurscurator. Nach Art. 19. des Stempelsteuertarifs sind auch diese Cessionen einer Stempelabgabe, außer den gewöhnlichen zu 2 Ggr. nicht unterworfen.

Sollte die erwähnte Uebertragung der fraglichen Obligationen zc. nur eine Verpfändung, also bloß eventuelle Cession enthalten, so würde der Fall mit dem unter der folgenden Nummer erörterten, zusammenfallen.

3. Eventuelle Schuld- und Hypothekenverschreibungen, indem die jetzigen Gutsannehmer wegen der Forderungen der noch unbefriedigten Concursgläubiger, in so fern sie nicht aus obigen Leihhauscapitalien und Landrenterei-Briefen befriedigt werden, mit dem Gute Gr. B. Hypothek bestellt haben, imgleichen nach 14 Jahren, wenn dann noch unbefriedigte Concursgläubiger vorhanden sind, jährlich 1000 Thlr. an die Concursmasse einzahlen wollen und dafür das Gut zur Hypothek gleichfalls eingesetzt haben. Diese Bestimmungen fallen unter die Nummern 108. 51. und 28. des Stempelsteuertarifs.

Da jedoch jene Schuldverschreibungen und resp. Hypothekbestellungen nur bedingte sind und wenn die Bedingung nicht eintritt, nicht wirksam werden, jedenfalls aber nicht zu ermitteln ist, welche Summen nach Verwendung der obigen Leihhauscapitalien zc. zur Befriedigung der Concursgläubiger durch die Hypothek am Gute Gr. B. noch gedeckt, resp. wie lange eventuell die fraglichen 1000 Thlr. jährlich zur Befriedigung von Concursgläubigern eingezahlt werden müssen, sich im Voraus nicht bestimmen läßt, so kann jetzt dieses Object des Vertrags vom 27. Mai d. Jrs. nicht nach Gelde abgeschätzt werden, und es muß in Gemäßheit des Tarifs Art. 28. ein der Wichtigkeit des Geschäfts angemessener Stempelsatz angewandt werden, wozu 5 Thlr. genügend, und in dem ob erwähnten Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums genehmigt und festgesetzt sind.

Der Vertrag vom 27. Mai d. Jrs. ist nun auch wohl noch Vergleich und die von den Gebrüdern v. B. übernommenen Verbindlichkeiten sind Cautionen genannt worden. Allein

wenn auch diese Benennungen auf den Vertrag, resp. einzelne Theile desselben passen, so würde doch dadurch an der obigen Bestimmung des Stempelsatzes nichts geändert werden, weil Einräumungen von Eigenthum oder dinglichen Rechten an Grundstücken, wodurch der Stempelsatz nach Art. 128. des Tarifs auf einen höhern Betrag gehoben werden würde, dabei nicht vorkommen, sondern nur Einräumungen von Besitz und Benutzung.

Wenn nun das Herzogl. Amtsgericht ferner gefragt hat, ob wegen des Vertrags vom 27. Mai d. Jrs. die Abgaben an die Armen- und Begebesserungscassen entrichtet werden müssten? so haben wir darauf in Gemäßheit des oben erwähnten Rescripts Herzogl. Staatsministeriums dem Herzogl. Amtsgerichte Folgendes zu eröffnen.

Nach der landesherrlichen Verordnung vom 20. Februar 1756 sind diesen Abgaben zwar alle Contracte über unbewegliche Güter unterworfen und es könnte daher scheinen, daß auch der hier in Rede stehende Vertrag solche nach sich ziehen müsse. Denn wenn derselbe auch zu keiner der in dem Gesetze besonders genannten Kategorien paßt, indem er genau genommen auch kein Vergleich ist, so ist er doch jedenfalls eine auf Leistung und Gegenleistung abgeschlossene Uebereinkunft, bei welcher auch Grundstücke, das Gut Gr. B., in Frage kommen.

Allein seinem Wesen nach ist jener Vertrag nur die Beendigung einer Einweisung der Gläubiger in die Güter des Schuldners, oder nach jezigem Proceßrechte die vertragsmäßige Beendigung eines (Lehn-) Concurses, und in Folge deren eine Wiedereinräumung des Besitzes und der Naturalbenutzung seiner Güter an den Eigenthümer. Von Erwerb von Eigenthum oder dinglichen Rechten an Grundstücken ist dabei nicht die Rede und da in der Verordnung vom 20. Februar 1756 nur Verträge gemeint sind, welche einen solchen Erwerb, oder wenigstens einen Theil dazu, enthalten, so ist die erwähnte Verordnung hier unanwendbar.

Das Herzogliche Amtsgericht hat daher zu dem Vertrage vom 27. Mai d. Jrs. an Stempelgebühren 5 Thlr. zu erheben, von Armen- und Begebesserungsgeldern aber zu abstrahiren und wegen Ausfertigung des fragl. Vertrags, das Erforderliche fordersamst zu verfügen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 19. Septbr. 1854  
an Herzogl. Amtsgericht Greene.

Auf Ihren Bericht vom 21. Juli d. Jrs., einen Competenzconflict zwischen Ihnen und dem Herzogl. Kreisgerichte Sandersheim, wegen Einleitung eines Mortificationsverfahrens, betreffend, erwiedern wir, daß wir der darin von Ihnen ausgeführten Ansicht nicht beitreten können.

Denn nach dem Vortrage des Brinkfegers G. zum Protocolle vom 9. Mai d. Jrs. liegt für jetzt keine Veranlassung vor, zu bezweifeln, daß das durch das abhanden gekommene Document befundete Rechtsverhältniß schon seine Erledigung gefunden habe und es handelt sich unter dieser Voraussetzung nur um Beseitigung eines der Löschung der bestellten Hypothek entgegen stehenden formellen Hindernisses. So lange also nicht etwa gegen die Zulässigkeit des Mortificationsverfahrens ein Einwand erhoben oder in Folge desselben aus dem frühern Obligationsverhältnisse ein Anspruch geltend gemacht wird, ist kein genügender Grund vorhanden, das beantragte Verfahren in das Gebiet der streitigen Gerichtsbarkeit zu ziehen, sondern das-

selbe fällt vielmehr Ihnen, als der mit der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Führung der Hypothekenbücher beauftragten Behörde zu.

Sie haben daher dem in dem Protocolle vom 9. Mai d. Jrs. gestellten Antrage gemäß zu verfahren.

Resolution Herzogl. Obergerichts vom 6. November 1854  
für den Maler W. zu B.

Dem Maler Martin Ludwig W. zu B. wird auf dessen Beschwerde vom 24. v. Mts., die verweigerte Umschreibung eines Hauses betreffend, folgende Resolution ertheilt:

Nach §. 2. und 3. der Verordnung vom 26. März 1823 die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betreffend, kann eine Generalhypothek eingetragen werden, vorausgesetzt, daß der Schuldner ein Grundstück besitzt, welches er nebst seinem übrigen Vermögen gerichtlich verpfändet.

Ist diese Bedingung vorhanden, so umfaßt die eingetragene Generalhypothek nicht nur das Grundstück, auf welches die Eintragung erfolgte, sondern auch die zu dem Vermögen des Schuldners gehörigen Mobilien und Moventien. In Bezug auf die letztern Gegenstände ist zwar eine Geltendmachung des Pfandrechts gegen dritte Besitzer ausgeschlossen — §. 3. l. c. — jedoch kann die Wirksamkeit gegen den Schuldner und ein Vorzugsrecht im Concurse auch rücksichtlich des beweglichen Vermögens nicht bezweifelt werden. — §. 2. l. c.

Wie aber nur der Eigenthümer eines Grundstücks im Stande ist, an seinem übrigen Vermögen eine Generalhypothek gerichtlich eintragen zu lassen, wie es namentlich als eine rechtliche Unmöglichkeit erscheint, auf das Haus des A. eine Generalhypothek an dem Vermögen des B. zu inscribiren, so folgt daraus von selbst, daß mit dem Verluste des Eigenthums an dem betreffenden Grundstück auch die rechtliche Grundlage für die gerichtliche Eintragung der Generalhypothek wegfällt. Wenn also der Pfandschuldner das gerichtlich verpfändete Haus verkauft, so geht dies Grundstück mit der speciellen Belastung auf den Käufer über, der letztere kann auch auf sein Vermögen eine Generalhypothek eintragen lassen, dagegen ist es rechtlich unmöglich, eine gerichtlich eingetragene Generalhypothek an dem übrigen Vermögen des Verkäufers noch als fortbestehend zu betrachten.

Die von dem Herzoglichen Stadtgerichte befundete Observanz beruht daher auf gutem Grunde und die daselbst eingeführte Einrichtung, wonach bei jedem Wechsel des Eigenthümers für das betreffende Grundstück ein neues Folium angelegt wird, führt von selbst zu dem Resultate, die Rechte der Hypothekengläubiger vor unstatthafter Verkürzung zu bewahren und die Grundbücher mit den gesetzlichen Vorschriften über Eintragung von Hypotheken in fortwährender Uebereinstimmung zu erhalten.

Will demnach der Verkäufer das verkaufte Haus gerichtlich verlassen, so muß er dafür Sorge tragen, daß die auf sein Vermögen inscribirte Generalhypothek getilgt wird, daß also der Gläubiger seine Einwilligung in die Löschung vor offenem Gerichte erklärt. Selbstverständlich ist dies nur erforderlich, in so fern es sich um die geschehene Eintragung handelt, so daß es dem Gläubiger unbenommen bleibt, abgesehen von dieser Eintragung, sich sein Pfandrecht

an dem Vermögen des Verkäufers zu reserviren. Der Creditor würde sehr wohl diese Generalhypothek, nur nicht als eine gerichtlich eingetragene, behalten können.

Der Umstand, dass der Käufer auf die Löschung keinen Anspruch macht, ist nicht im Stande, in der Anwendung der entwickelten Grundsätze eine Aenderung zu bewirken. Von der Uebnahme der Generalhypothek, in so weit sich diese auf das dem Verkäufer verbleibende Vermögen bezieht, kann begreiflich überall keine Rede sein. Ob aber Jemand überhaupt oder noch fernerhin legitimirt sei, ein Grundstück zur Belastung seines Vermögens mit einer Generalhypothek zu benutzen, ist nicht eine lediglich privatrechtliche Frage, sondern zugleich Sache der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Rechts, wesshalb der Wille der Betheiligten — zu denen übrigens nach Obigem auch der Hypothekgläubiger gehören würde — sich nicht als ausschließend entscheidend betrachten lässt.

Die erhobene Beschwerde muss hiernach, als unbegründet, unberücksichtigt bleiben.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 30. December. 1854

an die Ehegattin des Stadtraths Dr. M. geb. L. zu B.

Der Ehegattin des Stadtraths Dr. M. zu B., W. geb. L., Implorantin, wird auf ihre Beschwerde vom 12/14. dieses Monats, wegen Verlassungs-Stempels, nachfolgender Bescheid ertheilt:

Nach der Verordnung vom 29. October 1821, die Stempelsteuer betreffend, ist diese Steuer bei Veränderungen im Grundeigenthume verschieden, je nachdem dabei ein Geschäft unter Lebenden (Kauf, Tausch) oder letztwillige Verfügung zum Grunde liegt. Im letztern Falle wird eine Stempelsteuer nur für das Testament oder die sonstige Verfügung auf den Todesfall und außerdem von Allodial-Erbchaften und Legaten die Erbschaftssteuer nach Maassgabe des Gesetzes entrichtet, es kann daneben für die bloße Berichtigung des Besitztitels eine besondere Stempelgebühr niemals erhoben werden. Der Erbe, Legator erwirbt das Grundstück ipso jure oder durch Erbschaftsantrittung kraft Gesetzes bezüglich in Folge der letztwilligen Anordnung; er erhält mit der Umschreibung auf seinen Namen kein Recht übertragen, sondern es werden die öffentlichen Grundbücher den bereits vollständig erworbenen Rechten gemäß nur formell in Ordnung gebracht. Pfl egt hierbei auch wohl von Auflassung, Tradition u. dgl. die Rede zu sein, so lässt sich doch für die rechtliche Betrachtung die wesentliche Verschiedenheit nicht verkennen, welche übrigens bei genauerer Bezeichnung schon in dem Gegensatze von „Tradition“ und „Umschreibung“ genügend hervortritt.

cf. Widmann von den gerichtlichen Verlassungen. §. 13.

In den Fällen, in denen ein Grundstück nach dem Tode des Erblassers auf den Namen der Erben lediglich umgeschrieben wird, ist daher die Befreiung von einer besondern Stempelgebühr keine Ausnahme und wenn in dem Tarif der Stempelabgabe. No. 123. die Uebertragung des Eigenthums eines Erbschaftsgrundstücks an den Erben von dem Contractenstempel befreit wird, so beschränkt sich dieser Ausdruck auf den Fall, wo das Erbschaftsgrundstück von mehreren Miterben auf Einen, insonderheit den bestimmten Auerben, übertragen wird.

L. 1. Cod. comm. utriusque judicii. 3. 38.

## L. 20. §. 3. Dig. fam. hercisc. 10. 2.

Sind nämlich mehre Erben vorhanden und einer von ihnen nimmt ein Erbschaftsgrundstück in Folge der Auseinandersetzung an, so liegen hauptsächlich dieses Grundstücks unzweifelhaft zwei Successionsfälle vor

a. vom Erblasser auf die Erben, welche die Erbschaftsachen nach bestimmten Antheilen erworben haben,

b. von den Miterben auf den annehmenden Erben, indem dieser die Quoten seiner Miterben übertragen erhält.

Bei der Eintragung auf den alleinigen Namen des Miterben sind hiernach zwei Acte zu unterscheiden: die formelle Umschreibung (litr. a.) und die wirkliche Tradition der von den Miterben übertragenen Quoten. Dabei scheint es natürlich irrelevant, ob diese Acte successiv oder gleichzeitig und in diesem Falle in einem oder in zwei gesonderten Verträgen vorgenommen werden.

Die Tradition der von den Miterben veräußerten Quoten stützt sich auf die unter sämmtlichen Erben erfolgte Theilung, also auf ein Geschäft unter Lebenden und es würde daher an sich für die tradirten Antheile, wie bei deren Kaufe oder Tausche, die Stempelsteuer zu berechnen sein.

Indess tritt hier die gesetzliche Ausnahme ein (Tarif No. 123.) indem die Auseinandersetzungen der Miterben, nach Grund und Zweck sich nicht als Geschäfte des gewöhnlichen freien Verkehrs darstellen

## L. 2. pr. L. 26. L. 34. L. 49. Dig. fam. hercisc. 10. 2.

und deshalb von dem Contracten-Stempel ausnahmsweise befreit sind.

Zu den Erbschaftsgrundstücken gehören nicht allein diejenigen, welche sich bereits in dem Eigenthume des Erblassers befanden, sondern auch solche, deren Eigenthum von den Erben in Folge erbchaftlicher Verhältnisse erworben wurde. Namentlich gilt dies, wenn der Erblasser ein Grundstück gekauft aber noch nicht tradirt erhalten hat; ferner wenn ihm ein Grundstück gemeinschaftlich mit einem Dritten angehörte und dasselbe den Erben abjudicirt wird.

## L. 9. L. 29. L. 52. pr. Dig. fam. hercisc. 10. 2.

Im vorliegenden Falle ist das fragliche Haus von dem Großvater der Implorantin, Oberamtmann L., auf dessen 4 Kinder vererbfällt und in Folge der Auseinandersetzung über den großväterlichen Nachlass dem Vater der Implorantin, Cammerrath L., rechtsgültig zugetheilt, die gerichtliche Umschreibung und Verlassung jedoch erst nach dem Tode des Letztern, mithin sofort an dessen Erben am 6. November 1834 erfolgt. Diese Erben haben sich gleichfalls auseinandergesetzt und es handelt sich gegenwärtig um die Eintragung des betreffenden Grundstücks auf den alleinigen Namen der Implorantin.

Hiernach liegen zwei Erbfälle und zwei successive Erbtheilungen über den großväterlichen Nachlass vor. Sobald das fragliche Haus dem Cammerrath L. bezüglich dessen Erben ausschließlich übertragen war, bildete dasselbe allerdings nicht weiter einen Bestandtheil der großväterlichen Erbschaft; allein es wird in der angefochtenen freisgerichtlichen Entscheidung übersehen, daß eben dieses Grundstück dem väterlichen Nachlasse in Folge eines von dem Cammerrathe L. abgeschlossenen Geschäfts zufließt und deshalb noch in diesem Augenblicke bis zu der

realisirten Uebertragung auf die Implorantin als ein gemeinschaftliches väterliches Erbschaftsgrundstück erscheint.

Noch anschaulicher wird dies, wenn man einmal annimmt, der Vater der Implorantin habe das Grundstück bereits bei seinen Lebzeiten von seinen Miterben tradirt erhalten. Alsdann wären vom Tode des Großvaters bis zum ausschließlichen Erwerbe der Implorantin 4 Acte erforderlich:

1. (formelle) Umschreibung von dem Namen des Großvaters auf den Namen seiner Kinder und Erben.
2. Verlassung an den Vater rücksichtlich der von dessen Miterben erworbenen Quoten.
3. (formelle) Umschreibung von dem Namen des Vaters auf den Namen seiner Erben.
4. Verlassung an die Implorantin rücksichtlich der von ihren Miterben erworbenen Quoten.

Diese sämtlichen Umschreibungen und Verlassungen würden einer besondern Stempelsteuer nicht unterworfen sein; der Umstand, daß der Vater starb, bevor die von ihm und seinen Geschwistern verabredete Erbtheilung vollständig ausgeführt war, begründet keinen rechtlichen Unterschied, sondern hat in der That nur die Folge, daß die beiden Acte No. 2. u. 3. in einen einzigen Rechtsact zusammen gefallen sind.

Aus vorstehenden Gründen soll das Herzogl. Kreisgericht Braunschweig unter Aufhebung des kreisgerichtlichen Bescheides vom 24. Novbr. d. Jrs., angewiesen werden, dem Herzogl. Stadtgerichte daselbst die Vornahme der Verlassung des Hauses No. 638. an die Implorantin ohne Erhebung eines Contractenstempels aufzugeben, auch der Implorantin den hierneben erfolgenden Beschwerungschein und notariellen Contract vom 24. Januar d. Jrs. wieder auszuhändigen zu lassen.

### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 27. Januar 1855 an Herzogl. Obergericht.

Mit den in dem Berichte vom 16. d. Mts. über die Competenz der Amts- und Stadtgerichte zur Erlassung von Edictalladungen geäußerten Ansichten sind Wir einverstanden und beauftragen Herzogl. Obergericht hiedurch, das Herzogl. Amtsgericht Wolfenbüttel denselben gemäß auf die Rückanlage zu bescheiden.

**Bericht Herzogl. Obergerichts vom 16. Januar 1855 die Competenz der Amts- und Stadtgerichte zur Erlassung von Edictalien betreffend.**

Edictalladungen, weil generelle Provocationen, können außer von den zur Verwaltung der streitigen Gerichtsbarkeit eingesetzten Gerichten, mit rechtlicher Wirkung nur von solchen Behörden erlassen werden, welchen die Befugniß dazu besonders erteilt worden ist. Wenn Incident und Nebensachen oder Mittel zum Zwecke, sind Edictalladungen vielfach zur Competenz derjenigen Behörden verstellt worden, von denen die Regulirung der Hauptsache, auf welche die Edictalladung sich bezieht, zu besorgen ist.

So ist die Erlassung von Edictalladungen in Ablösungs- und Separationsfachen den Ablösungs- und Separationsbehörden

Ablös.-Ordn. §. 122. 123. Gemeinheitsheil.-Ordn. §. 202—205. Ges. die Organisation der Landes-Deconomie-Commission betreffend, vom 20. December 1834. §. 44. 63.

in andern Fällen den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten

Ablös.-Ordn. §. 125. Bege-Ordnung von 1840 §. 81. und Ges. vom 4. Januar 1851. Nro. 4. §. 18. Ges. vom 17. September 1841. Nro. 19., vom 20. Juni 1843. Nro. 18.

auch der Polizei

Verordn. vom 15. April 1824. Nr. 11. die gefundenen Sachen betreffend. §. 4. aus Gründen der Zweckmäßigkeit überwiesen und im §. 10. des Gesetzes vom 23. Febr. 1837. Nro. 7. allgemein ausgesprochen

dass so fern in Vormundschafts- und Curatel-Sachen oder in Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit eine Edictalladung erforderlich werde, zu deren Erlassung die Stadt- und Amtsgerichte competent seien

dergestalt jedoch

dass, wenn in Folge der ergangenen Edictalladung ein die gerichtliche Competenz benannter Behörden übersteigender Anspruch angemeldet und streitig werde, die weitere Verhandlung und Entscheidung dem zuständigen Kreisgerichte zu überlassen sei.

An diesen Bestimmungen ist durch die neue Gerichtsverfassung nichts geändert, da den Amts- und Stadtgerichten die freiwillige Gerichtsbarkeit in dem Maasse, wie, und sammt den Befugnissen mit welchen, sie ihnen vorher zuständig war, verblieben,

Gesetz, die Gerichtsverfassung betreffend, §. 20.

überdies die Vorschrift im §. 29. der Civ.-Proc.-Ordn. auf den §. 20. des Gesetzes, die Gerichtsverfassung betreffend, mit zu beziehen, also die amts- und stadgerichtliche Competenz in dem früher normirten — Gesetz vom 23. Februar 1837. Nro. 7. §. 10. — Umfange durch erwähnten §. 29. der Civ.-Proc.-Ordn. anerkannt worden ist.

Die Voraussetzungen, deren Vorhandensein die Erlassung von Edictalien in Vormundschafts- und Curatelsachen und Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit bedingt, sind im §. 10. des Gesetzes vom 23. Februar 1837 nicht bezeichnet, und es ist, da das römische Recht allgemeine Provocationen lediglich beim Verkauf eines Grundstücks in Beziehung auf die anwesenden Pfandgläubiger kennt — L. 6. Cod. de remiss. pign. 8. 26. — nicht unzweifelhaft gewesen, ob und in wiefern Edictalladungen außerhalb des Concurse erlassen werden durften.

Nachdem in letzter Hinsicht die Civ.-Proc.-Ordn. §. 275. behufige Vorschriften ertheilt hat, müssen diese zwar auch bei Edictalladungen in den gleichartigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit beachtet werden, keineswegs aber findet die Folgerung statt, dass die im §. 275. der Civ.-Proc.-Ordn. benannten Fälle nunmehr ohne Weiteres und ausschließlich den Gerichten als Behörden der streitigen Gerichtsbarkeit zugewiesen seien. Vielmehr wird die Ansicht unveränderter Competenz der Amts- und Stadtgerichte zu Edictalladungen innerhalb ihres Geschäftskreises der freiwilligen Gerichtsbarkeit, noch durch die Bestimmung des §. 275. Nro. 6.



der Civ.-Proc.-Ordn. bestätigt, indem daselbst der Edictalien gerade zum Behufe des Hypothekenwesens — Ges. über die Gerichtsverfassung §. 20. — ausdrücklich mit Erwähnung geschehen ist.

Anlangend den vom Herzogl. Amtsgerichte Wolfenbüttel einberichteten Fall, so erscheint nach Beschaffenheit der Verhältnisse die Auffassung gerechtfertigt, daß der Antrag auf Edictalladung nicht als selbstständiger, sondern als mit der Eintragung des durch freiwilliges Verkaufsgeschäft erworbenen Rechtes in das Hypothekenbuch, sonach als mit Regulirung des Hypothekenwesens zusammenhängend, gemacht worden sei. Die Angelegenheit konnte folglich als zum Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehörig wohl erachtet und vom Herzogl. Cassationshofe, so wie in dessen Rescripte vom 31. Mai v. Jrs. geschehen, allerdings beurtheilt werden.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 7. August 1855  
an Herzogl. Obergericht.

In Veranlassung eines zu Unserer Kenntniß gelangten Falles beauftragen Wir das Herzogl. Obergericht, die sämmtlichen Herzogl. Amtsgerichte ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß sie bei Anträgen wegen Incurserklärung von Obligationen au porteur, welche zu dem Vermögen einer Gemeinde gehören, sich zunächst von dem Vorhandensein der im §. 153. Nro. 2. und 3. 164. Nro. 2. der Landgemeindeordnung für den beantragten, der Aushändigung eines Capitals gleichkommenden Act vorgeschriebenen Erfordernisse genügende Ueberzeugung zu verschaffen haben.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 20. Decbr. 1855  
an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig.

Auf den von dem Hofbäcker L. zu B., Imploranten, wegen verweigerter Cession eines Capitals, kraft väterlicher Gewalt eingereichten mit dem Berichte des Herzoglichen Kreisgerichts Braunschweig vom 1/11. d. Mts. nebst den Acten eingesandten Recurs wird hiemit zur Resolution ertheilt, daß, in Erwägung daß zufolge Verordnung vom 6. Mai 1828. Nro. 13, die wegen der Vormundschaften und Curatelen gegebenen Vorschriften auf das dem Vater am Vermögen seiner Kinder zustehende Verwaltungsrecht keine Anwendung finden, für solches Verwaltungsrecht vielmehr lediglich die Bestimmungen des gemeinen Rechts maassgebend sind;

daß gemeinrechtlich der Nießbrauch des Vaters an den zu den Adventitien seiner Kinder gehörenden Forderungen, wie überhaupt der Nießbrauch an Capitalien — sofern nämlich dieser die Capitalien selbst und nicht bloß deren Zinsen zum Gegenstande hat, — als quasi usus fractus zu beurtheilen und zu behandeln ist, daß demnach der Vater, weil nicht lediglich auf Zinsgenuß beschränkt und von der sonst dem Usuructor obliegenden Cautionsleistung — L. 3. 4. 5. §. 1. Dig. de usufr. earum rerum, quae usu consum. — 7. 5. — befreiet, L. 3. §. 4. Cod. de bon. quae liber. 6. 61. kraft seines Nießbrauchs und Verwaltungsrechts

Potentes debent — ita omnia agere, tamquam solidum perfectumque dominibz  
iis acquisitum fuisset et personam gerant legitimam

## L. 1. Cod. de bon. matern. 6. 60.

Habeat pareus plenissimam potestatem uti fruique his rebus — easdemque res tenere aut quo modo voluerat gubernare

## L. 6. §. 2. Cod. de bon. quae liber. 6. 61.

auch zu Dispositionen über die Substanz des Capitalvermögens, also zur Einziehung und, um letzte zu bewirken, zur Cession der Adventitien=Capitale befugt erscheint

## §. 2. I. de usufr. 2. 4. L. 7. Dig. de usufr. ear. rer. quae usu consum. 7. 5.

## L. 1. Cod. de usufr. 3. 33.

ohne, dass ihm die Nachweisung besonderer Berechtigung hiezu, oder das Vorhandensein eines, für Veräußerung von Adventitien=Güter anderer Art nöthigen, ausdrücklich gebilligten Veräußerungsgrundes

## L. 8. §. 4. 5. Cod. de bon. quae liber. 6. 61.

abverlangt werden kann;

der Bescheid des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 19. Novbr. 1855 beseitigt und gedachtem Herzoglichen Kreisgerichte aufgegeben werde, dem Obigen gemäß das Herzogl. Stadtgericht Braunschweig mit Anweisung zu versehen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 16. Juli 1837

an den Kreisgerichts=Director Riesel.

Wir haben uns veranlaßt gefunden, über den unterm 25. Mai d. Jrs. von Ihnen vorgelegten Bericht des Herzogl. Amtsgerichts Riddagshausen, wegen der bei Interimswirtschafts=Contracten und Ehestiftungen zu berechnenden Sporteln, die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, theilen Abschrift des von diesem Gerichte unterm 23. vor. Mts. erstatteten Berichts Ihnen in der Anlage mit und wie Wir mit dessen Inhalte einverstanden sind, so haben Sie demgemäß das genannte Amtsgericht zu bescheiden.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 23. Juni 1857.

Indem wir den uns neben dem hohen Beschlusse vom 30. vor. Mts. mitgetheilten, den rubricirten Gegenstand betreffenden Bericht des Kreisgerichts=Directors Riesel vom 25. Mai d. Jrs. sammt Anlage zurückreichen, berichten wir ehrerbietigst.

Die Sportel- und Gebührentaxe in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 4. Juli 1851 schreibt vor, dass der für die Aufnahme schwieriger Rechtsacte, insbesondere auch der Interimswirtschafts- und Ehecontracte zu berechnende Sportelsatz nach dem Werthe des Gegenstandes, über welchen verfügt wird, zu bemessen sei, und sie enthält überdies für die Berechnung der Höhe der Taxen nach dem Werthbetrage in den allgemeinen Bemerkungen so vielfache Bestimmungen, dass es dem vernünftigen Ermessen des instrumentirenden Beamten in jedem Einzelfalle an einem gesetzlichen Anhaltspunkte nicht fehlen wird.

Dass dessen ungeachtet bei Ausmessung der Sportelbeträge nicht vollkommen gleichmäßig von allen Gerichten und Rotaren verfahren wird, liegt in der Natur der Verhältnisse

und würde auch dann nicht beseitigt werden, wenn es möglich erschiene, für jede einzelne Classe von Rechtsacten zureichende Specialvorschriften zu treffen und selbst einen und denselben Mann mit Feststellung der Sportelbeträge für jeden Einzelfall zu beauftragen, gerade weil die vielfachen Gestaltungen im Leben sich nicht in eine Schablone einzwängen lassen und insbesondere die Werthbeträge und selbst die Ansichten über dieselben einem steten Wechsel unterworfen sind.

Wir halten deßhalb für unthunlich und bedenklich, neben den bestehenden allgemeinen gesetzlichen Vorschriften den Versuch zu machen, noch für einzelne Contractsgattungen, insbesondere für Eheftiftungen und Interimswirtschafts-Contracte völlig erschöpfende Regeln für die Ausmittlung der Werthbeträge aufzustellen, sind vielmehr der Ansicht, daß die vorhandenen Bestimmungen genügen, jede weitere Specialisirung, wenn nicht mit genauer Erwägung der Verhältnisse des Einzelfalles und mit Einsicht angewendet, nur verwirren und schaden werde und daß gegen offensichtliche Verstöße eines Theils in dem Beschwerderechte der Betheiligten und andern Theils in der Aufsicht und Recherche der Kreisgerichts-Directoren ein Gegenmittel bereits gegeben sei.

Unter diesen Umständen glauben wir einer Aufstellung specieller Regeln für die Schätzung der Werthbeträge bei Eheftiftungen und Interimswirtschafts-Contracten uns enthalten zu dürfen, in Bezug auf die im Berichte des Herzogl. Amtsgerichts Riddagshausen vom 20. v. Mts. gemachten Aeußerungen und Vorschläge aber erlauben wir uns nur die Andeutung, daß dabei in den allgemeinen Bemerkungen zur Sportel- und Gebührentaxe sub A. 2. b. und c. enthaltene Vorschrift: daß bei gegenseitigen onorosen Rechtsgeschäften nur die Leistung des einen Theils zu berücksichtigen sei, in so fern außer Acht gelassen ist, als jenes Gericht bei Interimswirtschafts-Contracten nicht allein die Vortheile des Interimswirths zusammen summiert, sondern denselben auch baare Platen desselben, also Gegenleistungen, hinzuzurechnen und bei Eheftiftungen sowol das verschriebene Vermögen des Bräutigams, als auch der Braut berücksichtigen will.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 16. Juli 1857  
an den Kreisgerichts-Director Riefell.

Wir eröffnen Ihnen auf den Bericht vom 25. Mai d. Jrs., die Anfrage des Herzogl. Amtsgerichts Riddagshausen, wegen der von Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit an die Armen- und Begebesserungs-Cassen zu entrichtenden Abgaben betreffend, Folgendes:

Nach unzweideutiger Vorschrift des §. 3. des Gesetzes vom 4. Juli 1851. No. 28. soll die Abgabe an die Armen- und Begebesserungs-Cassen von Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Zukunft nur in den dort näher bezeichneten beiden Fällen erhoben werden und da die in dem Berichte des Herzogl. Amtsgerichts Riddagshausen vom 12. Mai d. Jrs. bezeichneten Fälle Jenen nicht beizuzählen sind, so ist es unzulässig, die Erhebung der fraglichen Abgabe auch auf diese zu erstrecken.

Sie haben das Herzogl. Amtsgericht Riddagshausen hienach zu bescheiden.

**Rescript Herzogl. Obergerichts vom 1. October 1858:  
an Herzogl. Amtsgericht Salder.**

Dem Herzogl. Amtsgerichte erwidern wir auf den Bericht vom 30. August d. Jrs., dass es behuf Beantwortung der darin gestellten Anfrage der Einwirkung einer Declaration der Sportel- und Gebühren-Taxe in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht bedarf.

Wenn ein Eigenthümer den öffentlichen Verkauf verschiedener Grundstücke gegen das Meistgebot und unter Zugrundelegung der nämlichen Kaufbedingungen beantragt, das Gericht sodann in einem und demselben Termine die Versteigerung besorgt und darüber ein gemeinsames Protocoll aufnimmt, so liegt dabei sowol nach dem Antrage des Verkäufers, als nach der Durchführung des Gerichts, — abgesehen von präparatorischen unter Nro. 13. u. jener Sportel-Ordnung fallenden Handlungen —, nur ein einziger Rechtsact vor, für welchen nach Nro. 1. der Sportel-Ordnung, der Sportellsatz nach dem Werthe des Gegenstandes bemessen werden muss, über welchen die terminliche Handlung und die protocollarische Aufnahme sich erstreckt, also nach dem Gesamtbetrage des Kaufgeldes für die verschiedenen Grundstücke, welche durch letztere betroffen werden. Dieser entspricht auch dem jener Sportel-Ordnung unterliegenden Grundsatz, dass der Sportellsatz eine der Schwierigkeit des Rechtsacts und der Zeitdauer desselben angemessene Vergütung für den Beistand sein soll, welcher durch Gerichte oder Notare den Staatsbürgern bei der urkundlichen Feststellung ihrer Rechtsverhältnisse geleistet wird (cf. ständischer Commissionsbericht vom 13. Juni 1850), indem der Mühe- oder Zeitaufwand sich völlig gleich bleibt, es mögen bei einem öffentlichen Verkaufe verschiedene Personen oder nur eine und dieselbe Person als Käufer der einzelnen zur Versteigerung gestellten Stücke eintreten.

In ähnlicher Weise soll nach der allgemeinen Bemerkung D. zur Sportel- und Gebühren-Taxe in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit alsdann, wenn in demselben Termine eine öffentliche Versteigerung in mehrfacher Form versucht ist, desshalb, weil auch hier immer derselbe Rechtsact in Frage bleibt, die Taxe nur einmal erhoben werden und es kann der Umstand, dass für jeden Käufer, statt eines Protocollar-Extracts, ein besonderer Kaufbrief ausgefertigt zu werden pflegt, auf die Berechnung des nach gesetzlicher Vorschrift für die protocollarische Aufnahme des gesammten Rechtsactes erfolgenden Sportellsatzes nicht zurückwirken.

Herzogl. Amtsgericht hat desshalb, gleich wie bei der öffentlichen Verpachtung, so auch bei dem öffentlichen Verkaufe von Grundstücken unter den oben hervorgehobenen Voraussetzungen den Sportellsatz, — nicht aber auch die von den mehreren Käufern zu erlegenden Stempel- und Eintragungsgebühr, — nach der Gesamtsumme der Kaufgelder zu berechnen.

## **Gemeindeangelegenheiten.**

**Verordnung, die Verlegung des nach der Verordnung vom 4. Mai 1830 mit der Gemeinde Pehlen verbundenen gräflich von der Schulenburg'schen Vorwerksgehöfts Ernestinenthal zu dem Gemeindebezirke von Bröckel betreffend, vom 30. März 1853. Nro. 17. S. 101.**

9. April.

**Verordnung**, die Verlegung der bisher mit dem Gemeindebezirk Steterburg vereinigt gewesenem sogenannten Theilländerei an den Gemeindebezirk Seitelde betreffend. 7/18. April 1853. No. 19. S. 105.

**Verordnung**, die Verlegung der in der Nähe des Reutenrugs bei Hahausen neu erbauten herrschaftlichen Reiterförster-Wohnung zu dem Gemeindebezirk von Hahausen betreffend. 18/25. November 1853. No. 65. S. 361.

**Verordnung**, die Verlegung des Bahnhofes vor Wolfenbüttel sammt Zubehör an den Stadtbezirk Wolfenbüttel betreffend. 22/26. Februar 1855.

**Verordnung**, die Verlegung des Gartens des Gärtners Georg Pramme von dem Bezirk der Gemeinde Halchter an den Bezirk der Stadt Wolfenbüttel betreffend. 14/22. Juni 1855. No. 31.

**Circularrescript** Herzogl. Obergericht an sämtliche Herzogl. Kreis-, Amts- und Stadt-Gerichte, die bei dem gerichtlichen Revisionsverfahren in Gemeinde-Rechnungssachen zu beobachtenden Formen betreffend. 9/17. Jan. 1856. No. 1. S. 1.

In der gerichtlichen Revisionsinstanz in Gemeinde-Rechnungssachen (Stadt-Ordn. §. 140. Landgemeinde-Ordn. §. 83.) ist ein ähnliches Verfahren zu beobachten, wie im §. 49. der Verordnung vom 3. Febr. 1814 No. 27. und im §. 8. des Gesetzes vom 23. Februar 1837 No. 7. für Erledigung von Beschwerden gegen bei Abnahme der Vormundschafts-Rechnungen ertheilte Bescheide notirirt werden.

**Gesetz**, die Aufhebung des Communalverbandes zwischen der Gemeinde Bentterode und dem Rittergute Kimmmerode, so wie die Erklärung dieses Gutes zu einer selbstständigen Gemeinde betreffend. 23/28. Mai 1856. No. 19. S. 83.

§. 1. Der vorherbezeichnete Communalverband wird aufgehoben und bildet dieses Gut mit seinen Zubehörungen auf Kimmmeroder Feldmark einen selbstständigen Gemeindebezirk.

§. 2. Der Schulverband zwischen Kimmmerode und Bentterode bleibt bestehen.

§. 3. Bestimmungen über das Wohnortrecht.

§. 4. Bestimmungen über Communal- und Wegebau-Kosten in der Gemeinde Kimmmerode.

§. 5. Bestimmungen über den Gemeindevorstand für die Gemeinde Kimmmerode.

**Gesetz**, die Vereinigung der Gemeinden Oberfreden und Niederfreden zu der Gesamtgemeinde Richtenberg betreffend. 18/28. Aug. 1857 No. 32. S. 179.

§. 1. Vereinigung der Gemeinden Oberfreden, Niederfreden, des Vorwerks Altenhagen und ihrer Feldmarken zur einzigen Gemeinde Richtenberg vom 1. Januar 1857 an.

§. 2. Vereinigung des Vermögens der Gemeindecassen in Oberfreden und Niederfreden.

§. 3. Leitung der ersten Wahlen der Gemeindeorgane durch den Vorsitzenden des Amtes.

§. 4. Abnahme der Gemeinde- und Ortsarmencassen-Rechnungen der bisherigen Sondergemeinden Oberfreden und Niederfreden.

**Gesetz**, die Vereinigung der Gemeinden Ober-Dahlum und Nieder-Dahlum zu der Gesamtgemeinde Salzdahlum betreffend. 26. December 1856. No. 2. S. 3.

8. Januar 1857.

- §. 1. Vereinigung der Gemeinden Ober-Dahlum und Nieder-Dahlum vom 1. Mai 1857 an unter dem Namen Salz Dahlum.
  - §. 2. Vereinigung des Vermögens der beiden bisherigen Gemeindecassen.
  - §. 3. Leitung der ersten Wahlen der Gemeindeorgane durch den Vorsitzenden des Amtraths.
  - §. 4. Abnahme der Gemeinde- und Ortsarmencassen-Rechnungen der bisherigen Sondergemeinden durch die Gemeindeorgane der Gesamtgemeinde.
- Verordnung**, die Aufnahme des neuen Revierforstbeamtengehöfts auf dem sogenannten Bergfelde bei Rübeland in den Gemeindebezirk von Rübeland betreffend. 30. März 1857. Nro. 19. S. 45.

#### 6. April

Das auf herrschaftlichem Forstgrunde, dem sogenannten Bergfelde, bei Rübeland neu erbaute Revierforstbeamtengehöft wird dem Gemeindebezirk von Rübeland beigelegt.

**Gesetz**, die Auflösung des zwischen Kloster Michaelstein, der Rönchemühle und der Birkenthal'schen Mühle einerseits und Heimbürg andererseits bestehenden Communalverbandes und die Organisation der Gemeindeverwaltung in der neu gebildeten Gemeinde Michaelstein betreffend. 4/24. Aug. 1857. Nro. 43. S. 191.

- §. 1. Trennung von dem bisherigen Gemeindeverbande Heimbürg und Gründung des neuen Gemeindeverbandes Michaelstein.
  - §. 2. Grenzen des neuen Gemeindebezirks.
  - §. 3. Bestimmungen über den Gemeinderath der neuen Gemeinde.
  - §. 4. Zusammensetzung des Gemeinderaths.
  - §. 5. Zulässigkeit der Wahl des Pächters von Heimbürg und Michaelstein.
  - §. 6. Ausscheiden der Mitglieder des Gemeinderaths.
  - §. 7. Beschlussfähigkeit des Gemeinderaths.
  - §. 8. Ernennung des Gemeindevorstehers.
  - §. 9. Aufbringung der Communalsteuer.
  - §. 10. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.
- Verordnung**, die Aufnahme des an der Hasselfelde-Flefelder Straße im Forstorte Radewege neu erbaueten Chausseegelderheber-Hauses in den Gemeindebezirk Stiege betreffend. 14/22. October 1857. Nro. 48. S. 223.
- Verordnung**, die Verlegung eines Ackerstücks von dem Gemeindebezirke Watenstedt an den Gemeindebezirk Barnstorf betreffend. 21/30. Januar 1860. Nro. 10. S. 21.

**Verordnung**, die Verlegung von Grundstücken des Gemeindebezirks Reinsdorf an den Gemeindebezirk Alvensdorf betreffend. 14/29. September 1858. Nro. 52. S. 275.

**Verordnung**, die Verlegung von Grundstücken des Gemeindebezirks Rautheim an den Gemeindebezirk Mascherode betreffend. 8/16. October 1858. Nro. 53. S. 277.

**Verordnung**, die Verlegung der Häuser Nro. ass. 34. 39. u. 40. von dem Gemeinde-

bezirk Rüblingen an den Stadtbezirk Scheppenstedt betreffend. 21./30. Juni 1859. Nro. 22. S. 101.

**Gesetz**, die Organisation der Gemeindeverwaltung in Böldagsen und in Glus mit Brunsbüchen betreffend. 28. Juni 1860. Nro. 23. S. 103.

A. Böldagsen.

7. Juli

§. 1. Zusammensetzung des Gemeinderaths.

§. 2. Wahl der Mitglieder.

§. 3. Besondere Bestimmung für das von Herzogl. Cammer zu wählende Mitglied.

§. 4. Erneuerung des Gemeinderaths.

§. 5. Berufung des Gemeinderaths.

§. 6. Beschlussfassung.

§. 7. Ernennung des Gemeindevorstehers.

§. 8. Bestreitung der Kirchen- und Pfarrbankosten.

§. 9. Abtragung einer vorhandenen Gemeindefchuld

§. 10. Aufbringung der Zuschüsse.

B. Gemeinde Glus mit Brunsbüchen.

§. 1. Gemeindebehörde.

§. 2. Bestreitung der Communallasten.

§. 3. Kosten der Armenpflege.

§. 4. Verwaltung der Armenpflege.

§. 5. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

**Verordnung**, die Verlegung der Verling'schen Windmühle zwischen Lesse und Burgdorf an den Gemeindebezirk Burgdorf betreffend. 3./12. Juli 1860. Nro. 24. S. 107.

**Verordnung**, die Verlegung eines Weideareals von dem Gemeindebezirk Rickersdorf an den Gemeindebezirk Querenhorst betreffend. 9./27. December 1859. Nro. 31. S. 263.

### Rescripte.

**Rescript** Herzogl. Staatsministerium vom 7. August 1855.

Der fernere Bericht der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg vom 4. Februar d. Jrs. die Gemeindeverwaltung in Braunlage betreffend, hat Uns Veranlassung gegeben, hinsichtlich der vermeintlichen Mängel der geschlichen Bestimmungen wegen der Vermögensverwaltung der Gemeinden die übrigen Herzogl. Kreisdirectionen gutachtlich zu hören. Wir stimmen aber mit denselben überein, dass es

1. nicht einer Vervollständigung, sondern nur einer richtigen und umsichtigen Anordnung der vorhandenen Gesetzenormen bedürfe, um die Gemeinden gegen Veruntreuungen ihrer Beamten thunsücht zu sichern und

2. vor Allem darauf ankomme, in der Persönlichkeit der Gemeindevorsteher eine Garantie für die Gesetzmäßigkeit ihrer Handlungsweise zu besitzen und desshalb bei der Wahl und

Bestätigung der Gemeindevorsteher mit der möglichsten Sorgfalt zu verfahren, damit nur Männer von durchaus makellosem Rufe und geordneten Vermögensverhältnissen an die Spitze der Gemeindeverwaltung gelangen.

Das Gesetz (§. 59. der Gemeindeordnung) hat den Herzogl. Kreisdirectionen die Befugniß und die Pflicht gegeben, in der zuletzt, ad 2, gedachten Beziehung die Gemeinden vor einer Schaden bringenden Handhabung des Wahlrechts zu bewahren, und was den Punkt ad 1 betrifft, so werden Wir die Herzogl. Amtsgerichte durch das Herzogl. Obergericht und die Administrationen des Herzogl. Leihhauses durch das Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausfachen, noch ausdrücklich darauf aufmerksam machen lassen: daß sie bei Anträgen wegen Incurserklärung von Obligationen au porteur, welche zu dem Vermögen einer Gemeinde gehören, resp. wegen Erhebung von Capitalien, welche für eine Gemeinde belegt sind, oder Anleihe von Geldern auf den Namen einer Gemeinde gegen Verpfändung von in Cours erklärten Obligationen au porteur sich zunächst von dem Vorhandensein der für den beantragten Act durch das Gesetz (§. 153. Nro. 2. und §. 164. Nro. 2. der Landgemeindeordnung) vorgeschriebenen Erfordernisse genügende Ueberzeugung zu verschaffen verpflichtet sind.

Daneben haben übrigens die Herzogl. Kreisdirectionen darauf zu achten, daß die Ausercourserklärung der zu dem Vermögen einer Gemeinde gehörenden Obligationen au porteur allenthalben zeitig erfolgt.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 21. Septbr. 1855.

Ueber die in dem Berichte vom 24. Juli d. Jrs. zur Sprache gebrachte Frage: die Auslegung des §. 11. der Gemeindeordnung betreffend, haben Wir das Gutachten der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission eingezogen und erwiedern der Herzogl. Kreisdirection nunmehr Folgendes:

Der mit „Entschädigung“ gleich bedeutende Ausdruck „Abfindung“ im §. 11. cit. bezeichnet nach der Gemeinheitstheilungsordnung und zufolge der bisherigen Praxis — alles dasjenige, was der einzelne Separationsinteressent für das von ihm in die Separationsmasse Eingeworfene — gleichviel ob solches in Eigenthums- oder in Dienstbarkeitsrechten besteht — aus dieser zurückempfängt und es erscheint demnach die von Herzogl. Kreisdirection versuchte Beschränkung des fraglichen Begriffs auf: Abfindung für früher ausgeübte Dienstbarkeitsrechte nicht gerechtfertigt.

Dagegen ist nicht zu verkennen, daß bei jeder Veränderung eines Gemeindebezirkes landespolizeiliche Interessen mehr oder weniger berührt werden und daß es mithin für zweckmäßig gehalten werden muß, die vorgängige gehörige Würdigung der gedachten Interessen auch in den Fällen des §. 11. cit. — namentlich da, wo es sich nicht um die principiell wünschenswerthe Einverleibung pertinenzpflichtiger Grundstücke in den Gemeindebezirk des Hauptguts handelt — sicher zu stellen. Wir haben daher die Herzogl. Landes-Deconomie-Commission beauftragt, die Localcommissionen anzuweisen, in allen Fällen, wo bei Gemeinheitstheilungen oder Ablösungen der §. 11. cit. Maß greifen würde, mit den Herzogl. Kreisdirectionen über die fraglichen Gemeindebezirksveränderungen vor Aufstellung des Recesses zu communiciren.



## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 17. October 1855.

Da durch den §. 219. des Polizeistrafgesetzbuches die bereits im §. 47. des Gewerbesteuergesetzes unterlagte Verlegung von Herbergen, Gast-, Krug- und Schenkwirthschaften ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde mit einer Geldstrafe bis zu 5 Thlrn. bedroht ist, so wird es angemessen sein, dass künftig die Herbergirer und Wirth bei Ertheilung der Concession und durch dieselbe auf die Strafbestimmungen hingewiesen und die Ortspolizeibehörde zugleich davon in Kenntniss gesetzt werde, dass solches geschehen sei. Herzogl. Kreisdirection hat hiernach zu verfahren.

## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 4. April 1856.

Nach Art. 7. des Landtagsabschiedes vom 25. Septb. 1855 soll die Bestellung hypothekarischer Sicherheit für Darlehen, welche Gemeinden oder Amtsrathsbezirke bei Herzogl. Leihhaus-Anstalt contrahiren, nicht erforderlich sein, wenn nach der Ansicht des Herzogl. Staatsministeriums eine vollständige Sicherheit im Allgemeinen vorhanden ist. Da hiernach Gemeindeschulden, welche ohne Hypothekbestellung contrahirt werden, nicht zur Eintragung in die Hypothekenbücher kommen und daher sehr leicht bei den über die finanziellen Zustände der Gemeindecassen Uns zu gebenden jährlichen Nachweisungen unberücksichtigt bleiben mögten, so weisen Wir die Kreisdirection hierdurch an, über die bei derselben vorkommenden Fälle der bezeichneten Art eine fortzuführende Registrande anzulegen, um mit Hülfe derselben über die Schuldenverhältnisse jeder Gemeinde vollständige Auskunft geben zu können. Auch ist in jedem Falle, in welchem von einer Gemeinde der Antrag auf Verwilligung eines Darlehens aus Herzogl. Leihhaus-casse gegen hypothekarische Sicherheit gemacht wird, zu prüfen, ob eine Auseinandersetzung des Vermögens der politischen Gemeinde und des gemeinschaftlichen Vermögens bereits Statt gefunden hat, und hierüber in dem behuf Genehmigung der Anleihe an Uns zu erstattenden Berichte bestimmte Ausweisung zu geben.

## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 19. Juni 1856.

Der Bericht vom 14. d. Mts. wegen des Verfahrens bei Veräußerung von Gemeindegrundstücken und wegen der Eintragung des Bestittels in die Hypothekenregister ist Uns zu gegangen. Was die Veräußerung an sich anbetrifft, so kann eine Genehmigung dazu in dem Falle, wo die Expropriationsgesetze würden Anwendung finden, zwar nicht für erforderlich erachtet werden, weil kein Grundeigenthümer sich der Abtretung seines Eigenthums in dergleichen Fällen entziehen kann. Zu einer gütlichen Uebereinkunft hinsichtlich der Größe der zu leistenden Geldentlastung wird aber die Genehmigung, sowohl der Communal-Vertretung als auch der Aufsichtsbehörden eingeholt werden müssen, da hierbei wieder das freie Ermessen und die Dispositionsbefugniß des Eigenthümers resp. deren gesetzliche Beschränkungen in Betracht kommen. In derselben Weise können minderjährige Miteigenthümer gemeinschaftlicher Grundstücke des Antrags der Miteigenthümer auf Veräußerung des gemeinschaftlichen Eigenthums sich nicht entziehen, ohne dass ihnen jedoch die vertragmäßige Feststellung des Kaufpreises ohne weitere Contrahirung der Vormundschafts- resp. der Aufsichtsbehörde frei stünde.

Was ferner die Berichtigung und Eintragung des Besitztitels der hier fraglichen und überhaupt der durch Expropriation erworbenen Grundstücke auf den Namen der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection anlangt, so scheint Uns einer solchen Eintragung, wenn solche von der Behörde beantragt wird, kein Bedenken irgend einer Art entgegen zu stehen und dieselbe, besonders in Fällen, wie der vorliegende, wo das acquirirte Terrain nicht einmal unmittelbar zu der Eisenbahn verwandt wird, durchaus angemessen zu sein. Wir können Uns daher nicht veranlaßt finden, der Ansicht des Herzogl. Amtsgerichts, nach welcher der Antrag der Herzoglichen Eisenbahn- und Postdirection als überflüssig abzulehnen sein würde, beizutreten.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 20. September 1858.

Die Actiengesellschaften sind bisher in dem hiesigen Lande zu Beiträgen behuf der Communal-Eassen, mit Ausnahme der Wegebau-Eassen, so viel bekannt, nicht herangezogen worden. Gleichwol nehmen dieselben, besonders wo gewerbliche Anlagen von denselben gemacht werden, die Sorge der Polizei- und Gemeinde-Vermaltung vielfach in Anspruch und ziehen eine Anzahl von Personen herbei, welche oft, früher oder später, den betreffenden Gemeinden Kosten verursachen.

Es erscheint deßhalb den Verhältnissen entsprechend, daß dergleichen Gesellschaften, da wo sie ihren Sitz haben oder die gewerblichen Anlagen sich befinden, auch zu den Communal-Abgaben beitragen und machen Wir die Herzogl. Kreisdirection darauf aufmerksam, daß künftig sowol bei Gründung neuer, als auch bei Erweiterung bestehender Actiengesellschaften besonders zu erwägen ist, ob nicht die Verpflichtung zu Beiträgen an die Gemeinde-Casse und in welchem Maße vorzubehalten und zu regeln oder auch den Gesellschaften die Auflage zu machen sei, durch Einrichtung von Unterstützungs- und Krankencassen für die Bedürftigen des bei denselben beschäftigten Personals Sorge zu tragen.

## Gewerbe und Gilden. Gewerbepolizei.

Regulativ, die Befugnisse der Kürschner zur Anfertigung von Mützen gegenüber den Befugnissen der Mützenmacher betreffend. 23. Mai 1853. Pro. 27. C. 123.

4. Juni

Die Kürschner sind befugt zur Anfertigung von Mützen aus jeder Art von gewebten Stoffen, mit und ohne Anwendung von Pelzwerk.

Die Mützenmacher sind nur befugt zur Anfertigung von Mützen aus jeder Art von gewebten Stoffen ohne Anwendung von Pelzwerk und können die Befugniß zur Mitanwendung von Pelzwerk bei der Anfertigung von Mützen lediglich in Folge einer ausdrücklichen Erlaubniß (Concession) erlangen.

Regulativ, die Grenzen zwischen den Gewerbebefugnissen der Steinhauer und der Maurer im Kreise Blankenburg betreffend. 17. 28. Decr. 1853. Pro. 58. C. 285.

1. Die Steinhauer im Kreise Blankenburg sind befugt, alle Arten von Steinen zu Qua-

dern, Gestirnen, Trögen, Platten, Krippen, Thür- und Fenchereinfassungen zu verarbeiten, zu kanten, zu schleifen, auch die angefertigten Arbeiten auf der Baustelle zu versehen, zu verlegen und an den Lager- und Fugenflächen nachzubessern.

2. Die Maurer im Kreise Blankenburg sind befugt, alle Arten von Steinen nach dem vom Bauherrn verlangten Maaße zu geraden (schlichten) Quadern, so wie zu Platten zu verarbeiten und die Platten zu kanten, auch die von den Steinbauern angefertigten Werkstücke aller Art auf der Baustelle zu versehen, zu verlegen und an den Lager- und Fugenflächen nachzubessern und mit Spunden zu versehen.

**Regulativ**, die Feststellung der Befugniß der Handschuhmacher und der Sattler zur Anfertigung von Bruchbändern und Bandagen betreffend. 8/19. Juli 1854. Nro. 37. S. 161.

Beide Gewerbe werden für gleichmäßig befugt in bezüglicher Hinsicht erklärt.

**Regulativ**, die Grenzen zwischen den Gewerbebefugnissen der Putmacher und Schuhmacher hinsichtlich des Werkhandels mit Filzschuhen betreffend. 10/20. Septbr. 1854, Nro. 48. S. 197.

Putmacher allein, Handel mit Filzschuhen aus einem Stücke zum sofortigen Gebrauche (zusammengewalkt).

Putmacher und Schuhmacher gemeinschaftlich, Handel mit Filzschuhen aus mehreren Stücken zusammen genähet.

Schuhmacher allein, Handel mit Filzschuhen mit lederen Sohlen.

**Gesetz**, die Abänderung des §. 107. Nro. 1. des Gesetzes vom 24. Januar 1852 über den gildemäßigen Gewerbebetrieb betreffend. 19/26. Februar. 1855. Nro. 11.

Statt des früher bestimmten 30. Lebensjahres soll fortan das zurückgelegte 27. Lebensjahr als der für die Zulässigkeit des selbstständigen Gewerbebetriebes als Meister bestimmte Zeitpunkt gelten.

**Regulativ**, die Befugniß der Schlosser und der Klempner zur Verarbeitung des schwarzen Eisenblechs betreffend. 11/18. August 1856. N. 31. S. 177.

Sowol die Schlosser als die Klempner sind befugt, innerhalb der Grenzen ihrer sonstigen Gewerbebefugnisse schwarzes Eisenblech zu verarbeiten.

**Regulativ**, die Feststellung der Gewerbebegrenzen zwischen den Schuhmachern und den Schuhmachern hinsichtlich der Anfertigung und Feilhaltung von Fußbekleidungen mit Pelzfutter betreffend.

Geschäfte: Ueberziehtiefel mit Pelzfutter dürfen auch die Kürschner anfertigen und feilhalten. 5/12. Mai 1857. Nro. 24. S. 55.

**Regulativ**, die Gewerbebefugnisse der Gold- und Silberarbeiter gegenüber den Gold- und Silberarbeitern betreffend. 30. December 1857. Nro. 4. S. 7.

8. Januar 1858.

Die Gold- und Silberarbeiter sind nicht zum Handel mit Fußschuhen berechtigt.

Plenarbeschluss Herzogl. Obergerichts, Anlegung von Mühlen behuf der Spiritusfabrication betreffend. 15. Februar 1858. No. 14. S. 29.

5. März

Zur Anlegung von Mühlen behuf Bereitung von Schrot zu gewerbmäßiger Spiritusfabrication ist eine besondere Gewerbs-Concession erforderlich.

### Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 6. Februar 1853.

Da es zufolge eines Gutachtens des Herzogl. Ober-Sanitätscollegiums nicht ohne Gefahr für das Publicum ist, wenn die öffentliche Anempfehlung und der Verkauf optischer Fabrikate, namentlich der Brillen, durch umherreisende Optiker ohne vorgängige Prüfung der fraglichen Fabrikate hinsichtlich ihrer Unschädlichkeit zugelassen wird, so weisen Wir die Herzogl. Kreisdirectionen an, derartigen Optikern die öffentliche Anempfehlung und den Verkauf ihrer Fabrikate erst dann zu gestatten, wenn der betreffende Physicus die gedachte Prüfung angestellt und die zur Prüfung vorzulegende öffentliche Bekanntmachung und den Verkauf der Fabrikate für unbedenklich in sanitätspolizeilicher Hinsicht erklärt hat.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 25. Mai 1853.

Da der Fall vorgekommen, dass bei der Verleihung einer Concession zur Schenkwirthschaft die der Herzogl. Cammer, Direction der Domainen, an dem fraglichen Orte zustehende, von ihr verpachtete Kruggerechtigkeit nicht berücksichtigt ist, so haben Wir, um ähnlichen Unzuträglichkeiten für die Folge thunlichst vorzubeugen, die Herzogl. Cammer, Direction der Domainen, so wie Herzogl. Bergdirection hieneben veranlasst, den sämmtlichen Herzogl. Kreisdirectionen allgemein mitzutheilen, bei welchen Concessionsverleihungen das Domainialinteresse in Frage komme, und beauftragen Wir die Herzogl. Kreisdirection in dergleichen oder ähnlichen Fällen ohne Ausnahme vor der Concessionsverleihung mit der Herzogl. Cammer zu communiciren und eventuell Unsere Entscheidung einzuholen.

Schreiben der Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke

vom 16. Juni 1853.

Herzogl. Staatsministerium hat uns mittelst Rescripts vom 25. vor. Mts angewiesen, den Herzogl. Kreisdirectionen mitzutheilen, bei welchen Concessionsverleihungen das Herzogliche Berg- und Hüttenwesen interessirt sei, und in vorkommenden Fällen über derartige Concessionsertheilungen mit der betreffenden Herzogl. Kreisdirection zu communiciren.

Demgemäß bezeichnen wir die folgenden gewerblichen Anlagen als solche, bei denen das Interesse der Werke, welche unserer Verwaltung unterstellt sind, in Frage kommen kann, nämlich:

1. Eisengießereien.
2. Eisenfrischwerke.
3. Stahlfeuer, nämlich die zur Erzeugung von Roh- od. Raffinirtehl bestimmten Anlagen.
4. Stabeisen- und Blechwalzwerke.
5. Eisenschneidwerke.
6. Wagenachsfenschmiedereien und Drehereien.
7. Dampfesselschmiede.
8. Maschinenfabriken.
9. Rarmorschleifereien.
10. Porzellan- und Fayence-Fabriken.
11. Steinschleifereien nach Art der am Sollinge belegenen.
12. Kupferhämmer durch Wasserkraft betrieben.
13. Messingfabriken, desgleichen.
14. Schwefelsäurefabriken.
15. Chlorkalke-, Soda-, Glaubersalz- u. Vitriolfabriken und ähnliche fabrikmäßigen Anlagen.
16. Fabrikanlagen jeder Art im Bereiche der Eisenhütten, welche zu ihrem Betriebe große Quantitäten Brennholz oder Holzkohlen bedürfen, als Glashütten, Schmelzwerke zc.
17. Außer vorstehenden gewerblichen Anlagen, wird, was den Kreis Holzminnen betrifft, das Interesse unserer Verwaltung noch in Frage kommen, bei Concessionsertheilungen zum Handelsbetriebe mit sogenannten Sollinger Steinen (Straßen-, Dehl-, Lege- und Dachsteinen) geschliffenen und ungeschliffenen, gekanteten und ungekanteten.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 7. October 1853.

Was das in dem Berichte ferner zur Sprache gebrachte allgemeine Verfahren bei der Zulassung zollvereinsländischer Hausirer anlangt, so ist die betreffende Bestimmung im Art. 17. Abs. 2. des Zollvereinsvertrages vom 19. Octbr. 1841 nur dahin zu verstehen, dass die andern zollverbündeten Staaten, welche in dem hiesigen Staate Handel und Gewerbe treiben, oder Arbeit suchen, den hiesigen Unterthanen gleich behandelt, also keine höhere Abgaben und Gebühren von denselben erhoben werden sollen. Es kommen daher im Uebrigen bei den denselben zu ertheilenden Concessionen oder Gewerbescheinen die allgemein geltenden Bestimmungen unverändert zur Anwendung und es bedarf sonach auch zur Ertheilung von Hausirerscheinen an Angehörige der andern zollverbündeten Staaten der hinsichtlich der Ausländer vorgeschriebene Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 19. October 1853.

Wir erwidern auf den Bericht vom 14. vor. Mts., dass Wir für bedenklich halten, den Krämer auf dem Lande den Detailhandel mit Zucker und Kaffee allgemein einzuräumen, übrigens damit einverstanden sind, dass künftig denjenigen Krämer auf dem Lande, welchen der Handel mit Zucker und Kaffee gestattet wird, zur Bedingung gemacht werde, die genannten Krä-

tikel, bei Verlust ihrer Concession, nur von Kaufleuten aus inländischen Städten zu entnehmen und hierüber, behuf der nöthigen Controlirung, ein besonderes Buch zu führen.

Herzogl. Kreisdirection hat daher in Zukunft hiernach zu verfahren.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 14. Februar 1854.

Wir haben über die in dem Berichte vom 6. October vor. Jrs. gestellte Anfrage: ob die im §. 47. Abs. 2. des Gewerbesteuergesetzes für die Haltung von Regelbahnen bei berechtigten Gastwirthen zc. vorgeschriebene „polizeiliche“ Erlaubniß als ortspolizeiliche oder als landespolizeiliche Erlaubniß aufzufassen sei? — die Gutachten der übrigen Herzogl. Kreisdirectionen eingezogen und eröffnen nunmehr der Herzogl. Kreisdirection, daß — womit auch die Mehrzahl der Herzogl. Kreisdirectionen übereinstimmt — unter dem gedachten Ausdrucke die ortspolizeiliche Erlaubniß zu verstehen ist und daß diese Auslegung zugleich unbedenklich erscheint, da der Landespolizeibehörde die gesetzliche Befugniß zusteht, die von der Ortspolizeibehörde ertheilte Erlaubniß, wenn das öffentliche Wohl darunter leidet, zurückzunehmen. Herzogl. Kreisdirection hat daher hienach zu verfahren.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 18. März 1854.

Nachdem Wir auf den ferneren Bericht vom 7. vor. Mts. das Gesuch des Fleischermeisters und Fellhändlers Diestel aus Lengede um Erlaubniß zum Hautrhandel rauher Felle und roher Häute im hiesigen Herzogthume betreffend, mit dem Königl. Hannoverschen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten über diejenigen Voraussetzungen, unter welchen hiesige Unterthanen zu einem gleichen oder ähnlichen Gewerbebetriebe im Hannoverschen zugelassen werden, in Communication getreten sind und die Erwiderung erhalten haben:

daß im Königreiche Hannover der Hautr-Auflauf roher Felle und roher Häute, so wie aller Erzeugnisse des Inlandes, mit Ausnahme einzelner, unter besondere Vorschriften gestellter, Gegenstände, z. B. Lumpen, abgesehen von passpolizeilichen Vorschriften, Jedem freistehe, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt habe, und daß auch hiesigen Unterthanen ein solcher Hautr-Auflauf im Hannoverschen nach Raabgabe dieser Bestimmungen nicht gewehrt werden würde, vorausgesetzt, daß die Königl. Hannoverschen Unterthanen erwarten dürften, hinsichtlich des fraglichen Gewerbebetriebes im hiesigen Lande den hiesigen Unterthanen gleich behandelt zu werden,

so wollen Wir nunmehr genehmigen, daß dem zc. Diestel die erbetene Erlaubniß ertheilt werde.

Herzogl. Kreisdirection hat demgemäß weiter zu verfahren, übrigens berichtliche Anzeige zu machen, wenn der Fall vorkommen sollte, daß hiesige Unterthanen hinsichtlich des fraglichen Gewerbebetriebes im Hannoverschen den dortseitigen Unterthanen nicht gleich behandelt würden.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 15. Mai 1854.

Wir erwidern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 1. Februar d. Jrs, die Vorstellung des Kaufmanns J. in G. wegen einer ihm zur Last gelegten Gewerbesteuer-

Contravention betreffend, nachdem Wir über die zur Entscheidung verstellten Frage das Gutachten der hiesigen Herzogl. Kreisdirection und des Herzogl. Steuer-Collegiums gehört haben, folgendes:

Die Darstellung von Branntwein durch Vermischung von Spiritus mit Wasser und Klärung dieser Mischung mittelst Uebergießens über einen sogenannten Klärungs-Apparat, oder auch mittelst Schuckens durch eine in einer gewöhnlichen Pumpe angebrachte Filzdecke, also mit andern Worten die Abschwächung des Spiritus zu Branntwein, ist eine den Spiritus- und Branntwein-Verkäufern gestattete Behandlung ihrer Waare, mithin nicht als ein steuerpflichtiges Gewerbe, namentlich aber nicht als ein Eingriff in das Destillateurgewerbe zu betrachten, da dieses nach sachgemäßer und herkömmlicher Auffassung diejenige gewerbliche Thätigkeit in sich begreift, welche — gleichviel ob auf warmem oder auf kaltem Wege — gewöhnlicher Branntwein zu Spiritus veredelt, oder durch Zusatz von Gewürzen oder sonstigen Ingredienzien zu einem feineren Getränke umschafft. Auch liegt um so weniger Grund vor, die fragliche Abschwächung des Spiritus zu Branntwein, als eine unbefugte gewerbliche Thätigkeit der Spiritus- und Branntwein-Verkäufer anzusehen, als dadurch dem Staate, welchem die Fabrikations-Abgabe für den Spiritus bereits entrichtet ist, eine Steuer nicht entzogen wird.

Herzogl. Kreisdirection hat daher hiernach die in der Untersuchungssache gegen zc. 3. wegen Gewerbesteuer-Contravention unterm 8. Juli v. Jrs. abgegebenen Bestimmung über die Steuerpflichtigkeit des in Rede stehenden Gewerbebetriebes, insoweit die Bestimmung sich auf das Verfahren zur Darstellung von Branntwein durch Vermischung von Spiritus mit Wasser und Ablärung dieser Mischung auf nebenbezeichnete Weise bezieht, zurückzunehmen und nach Maaßgabe der eben angeführten Grundsätze anderweit zu entscheiden.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 9. Juni 1854.

Wir haben mit der Königl. Hannöverschen Regierung in Rücksicht auf die geographische Lage der beiderseitigen Staaten und die damit in engster Verbindung stehende gegenseitigen Verkehrsbezüge den Grundsatz vereinbart:

dass die beiderseitigen Unterthanen bei Gesuchen um Zulassung zum Gewerbebetriebe in dem andern Staate den Unterthanen des letzten gleich behandelt werden sollen — und weisen die Herzogl. Kreisdirection daher an, diesem Grundsatz gemäß bei Gesuchen Königlich Hannöverscher Unterthanen um Zulassung zum Gewerbebetriebe in dem hiesigen Staate zu verfahren. Die Vorschrift im §. 20. des Gewerbesteuergesetzes vom 4. April 1837, wonach die Zulassung von Ausländern zum Gewerbebetriebe — außer auf Messen und Jahrmärkten — von der vorgängigen Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums abhängig ist, bleibt jedoch unverändert.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 8. Septbr. 1855.

Auf Veranlassung eines Berichts Herzogl. Kreisdirection Holzminden haben Wir bei der Königl. Hannöverschen Regierung die Anfrage gestellt, ob die von hiesigen Gewerbetreibenden durch Hannöversche Gewerbescheine erlangten Befugnisse örtlich unbeschränkt oder etwa an

bestimmte Bezirke gebunden seien und darauf von dem Königl. Hannoverschen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Erwiederung erhalten, daß die Entnehmung des Gewerbescheins, ohne welche diesseitige Unterthanen ein Gewerbe im Königreiche Hannover überhaupt nicht betreiben dürfen, an sich zur Ausübung des Gewerbes noch nicht genügend, diese letztere vielmehr regelmäßig durch vorgängige Anmeldung bei der Gemeindebehörde, bei mehreren Gewerben auch durch Fähigkeitsnachweis und Concession in den Städten und Flecken meistens durch Aufnahme in die betreffende Zunft bedingt ist. Nachdem diesen Erfordernissen genügt worden und nach Lösung des Gewerbescheines ist dann die Ausübung des Gewerbes an örtliche Beschränkung nicht gebunden, sofern nicht etwa ausschließlich Rechte Dritter (Bann-, Zwangs-, Zunftrechte) entgegen stehen oder die ertheilte Concession den betreffenden Gewerbetreibenden auf einen bestimmten Ort oder Bezirk beschränkt.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 12. Januar 1856.

Wir beauftragen die Herzogl. Kreisdirectionen hierdurch, bei der künftigen Concessionirung von Buchhändlern denselben die Verpflichtung aufzuerlegen, von jedem in ihrem Verlage erscheinenden Werke ein Exemplar an die Herzogl. Bibliothek zu Wolfenbüttel frei abzugeben.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 15. Januar 1856.

Wir erwidern der Herzogl. Kreisdirection nach Eingang des in Unserm Rescripte vom 26. v. Mts. erwähnten Berichts der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, Folgendes auf den Bericht vom 16. Juli v. Jrs., das Gesuch des Braantweinbrenners Kneist hieselbst, um Gestattung der Verbesserung der Malzquetschmaschine in seiner Braantweinbrennerei betreffend.

Das Product, welches der Supplikant auf seiner verbesserten Quetschmaschine herzustellen gedenkt, ist vom technischen Gesichtspunkte aus für ein Mahlwerk zu erachten und es tritt damit jene Quetschmaschine

1. in die Kategorie der Mühlenanlagen und folgeweise

2. unter die Gesetzgebung über das Mühlenwesen,

wenn nicht die von Herzogl. Kreisdirection und dem hiesigen Stadtmagistrate aus dem §. 13. der Gildeordnung hergeleitete Ausnahme rechtlich begründet erscheint.

Diese Ausnahme kann aber schon deshalb nicht stattfinden, weil der §. 12. cit., als generelle Gesetzesnorm, die Geltung der Mählengesetzgebung, als eines Inbegriffs specieller Gesetzesnormen nicht zu beeinträchtigen vermag.

Die Frage nach der Befugniss des zc. Kneist zu der beabsichtigten Productionsweise ist daher lediglich aus den gesetzlichen Bestimmungen über die Anlegung und Erweiterung von Mahlmühlen zu beantworten und da die hiesigen Braantweinbrenner durch die Leistungen der Reustadtmühle in den Stand gesetzt sind, daselbst ihren Bedarf an zerkleinertem Malze (Malzschrot) in angemessener Güte und ohne unverhältnißmäßige Kosten zu erlangen, so fehlt es an der im §. 3. des Gesetzes vom 19. Mai 1840 Rro. 27. enthaltenen Voraussetzung für die bezügliche Concessionirung des Supplikanten, ganz abgesehen davon, daß eine derartige Concessio-



nirung der Branntweimbrenner Steuercontrol-Regeln nach sich ziehen müßte, die sowohl der Steuerverwaltung, als auch den Brennern selbst unverhältnißmäßige Belästigungen verursachen würden.

Herzogl. Kreisdirection hat den 20. Kneist hiernach zu bescheiden.

### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 8. Februar 1856.

Da Wir anzunehmen Ursach haben, dass mehrere der auswärtigen Lebensversicherungs-Gesellschaften, welche im Herzogthume Geschäfte betreiben, ohne vorgängige Berichterstattung an Uns und erfolgte Genehmigung, durch Concessionirung von Agenten für dieselben zum Geschäftsbetriebe im Herzogthume zugelassen sind, so weisen Wir die Herzogl. Kreisdirection hierdurch an, nicht nur vor Concessionirung von Agenten für dergleichen und sonstige auswärtige Gesellschaften, welche ohne Unsere Genehmigung überall in den hiesigen Landen Geschäfte zu betreiben nicht befugt sind, die Legitimation zum Geschäftsbetriebe in hiesigen Landen pflichtmäßig zu prüfen, sondern auch ohne Unsere vorgängig einzuholende Genehmigung dergleichen Gesellschaften zum Geschäftsbetriebe überhaupt nicht zugelassen.

### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 24. Juli 1856.

Wir haben den Bericht vom 31. März d. Jrs., die Vorstellung des Großhändlers Isaac H. in H., wegen der von der Herzogl. Kreisdirection ihm abgesprochenen Befugniss zum Großhandel mit Branntwein betreffend, seiner Zeit empfangen und für angemessen erachtet, zunächst auch von den übrigen Herzogl. Kreisdirectionen gutachtliche Berichte einzuziehen.

Während die Geseßgebung den Ausdruck „inländische Producte“ weder unmittelbar definiert, noch genügend sichere Anhaltspunkte zu seiner Definition liefert, weichen die Ansichten der administrativen Praxis über seinen Inhalt erheblich von einander ab und lassen mit Bestimmtheit dasjenige, was unter den Begriff fällt, sowie dasjenige, was demselben nicht angehören kann, nur in den äußersten Punkten erkennen. Nach diesen Ansichten muß nämlich der Ausdruck „Producte“ jedenfalls die Rohstoffe in sich fassen, die Erzeugnisse des fabrikmäßigen Gewerbebetriebes (im eigentlichen Sinne des Worts) aber von sich weisen.

Die Entscheidung des vorliegenden Falles bedarf indess eines Mehren nicht, denn da der Branntwein wesentlich durch fabrikmäßigen Gewerbebetrieb erzeugt wird, so ist der Ausdruck „Producte“ auf Branntwein nicht zu beziehen und die Vorstellung des 20. H. daher als unbegründet zurückzuweisen.

Wie Wir übrigens wegen der Unbestimmtheit des Collectiv-Ausdrucks „inländische Producte“ die Herzogl. Kreisdirection anweisen, denselben bei Concessionsertheilungen künftig nicht mehr zu gebrauchen, sondern in den Concessionen, wenn dieselben nur zu dem Handel mit einzelnen Artikeln berechtigen sollen, diese letzteren speciell und deutlich anzugeben, so erscheint auch in dem H'schen Falle, zur Beseitigung etwajger weiterer Zweifel, eine definitive Feststellung der durch die fragliche Concession gewährten Gewerbebefugnisse (§. 36. des Gewerbesteuergesetzes) noch erforderlich und wollen Wir, da die H'sche Concession mit Unserer Genehmigung erteilt

worden ist, den Anträgen der Herzoglichen Kreisdirection behuf einer solchen Declaration entgegen sehen.

Was schließlich die Frage anlangt: welche Grenzen dem Großhandel gegenüber dem Kleinhandel gezogen sind? so wird nach §. 37. des Gewerbesteuergesetzes angenommen werden müssen, dass der Großhandel auf die in dem Gesetze bezeichneten Quantitäten u. der Handelsartikel, nicht aber auf bestimmte Classen von Abnehmern beschränkt ist.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 18. October 1856.

Wir erwidern dem Herzogl. Steuer-Collegium auf den Bericht vom 27. vor. Mts., die Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Verfahrens bei der Zulassung von Inländern zu einem unständigen Gewerbebetriebe lediglich für einen andern Kreis des Landes betreffend, Folgendes:

Es steht in Frage

1. welche Behörde als die „zuständige Localbehörde“ im Sinne der §§. 20. u. 21. des Gewerbesteuergesetzes hier zu betrachten und
2. an welchem Orte der Gewerbescheinsempfänger in der Gewerbescheinstrolle zu führen ist.

Zu 1. ergiebt sich aus der Natur des Gegenstandes und harmonirt mit den Bestimmungen der allegirten Gesetzesparagraphen, dass als die „zuständige Localbehörde“ auch hier anzusehen ist, welche an der vorgeschriebenen Prüfung der persönlichen und sachlichen Verhältnisse das nächste Interesse hat, also diejenige, in deren Bezirke das Gewerbe ausgeübt werden soll. Practische Inconvenienzen sind dabei nicht zu besorgen, indem das zur allseitigen Prüfung erforderliche Material nöthigenfalls durch Erkundigungen bei der Heimathspolizeibehörde des Nachsuchenden vervollständigt werden kann. Zu 2. Da die Gewerbesteuer als eine persönliche Abgabe an dem Wohnorte des Debenten zu erheben ist, und daneben den Maassstab für die Personalsteuer der Gewerbetreibenden liefert, während zugleich die Gewerbestatistik bei der Sammlung und Zusammenstellung ihrer Nachrichten von den Wohnorten der Gewerbetreibenden ausgeht, so erscheint es auch in dem Fragefalle um so angemessener, die Gewerbetreibenden in der Gewerbescheinstrolle ihres Wohnortes zu verzeichnen, als man damit dem sonst möglichen Uebelstande vorbeugt, dass ein Gewerbetreibender in mehreren andern Kreisen des Landes zugelassen ist, hinsichtlich dieses seines Gewerbebetriebes in mehrere Gewerbescheinstrollen aufgenommen wird.

Demgemäss ist künftig zu verfahren und werden Wir den Herzoglichen Kreisdirectionen Abschrift dieses Rescripts zur Nachricht und Nachachtung zufertigen lassen.

## Gesindefachen.

Gesetz, Abänderungen und nähere Bestimmungen des Verfahrens in Gesindesachen betreffend. 12/26. Februar 1859. Rro. 8. S. 17.

§. 1. Aufhebung des §. 41. der Gesindeordnung vom 15. October 1832. Rro. 31.

Neue Bestimmungen über das polizeiliche Verfahren in Gesindesachen.

- §. 2. Nähere Bestimmung des §. 40. der Gesindeordnung vom 15. October 1832.
- §. 3. Bestimmung der zuständigen Polizeibehörden für Gesindesachen.
- §. 4. Beschränkung der Bestimmungen des Gesetzes auf Streitigkeiten aus dem Dienstvertrage oder Dienstverhältnisse.

## Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 26. Februar 1850.

Wir erwidern auf den Bericht vom 20. d. Mts., dass die im §. 41. der Gesinde-Ordnung vorgeschriebene provisorische Regulirung der Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gesinde bis zur anderweiten Ordnung dieser Angelegenheit von der Ortspolizeibehörde vorzunehmen ist, und dass Herzogl. Kreissdirection daher die Gemeindevorsteher, bezüglich die Bürgermeister, mit entsprechender Instruction zu versehen hat.

## Hagelschaden-Versicherung.

Bekanntmachung, die Vereinigung der Hagelschaden-Versicherungsanstalt für das Herzogthum Braunschweig und der Hagelschaden-Versicherungsanstalt für das Königreich Hannover betreffend. 12/21. März 1855. No. 19.

Die Vereinigung der Hagelschaden-Versicherungsanstalt für das Herzogthum mit der Hagelschaden-Versicherungsgesellschaft für das Königreich Hannover wird vorläufig auf einen Zeitraum von 10 Jahren auf Grund des überreichten Vertrags und der errichteten Statuten genehmigt.

## 1. Vereinigungsvertrag vom 1. October 1854.

- §. 1. Zweck des Vertrags.
- §. 2. Benennung der gemeinschaftlichen Versicherungsanstalt.
- §. 3. Verschmelzung der Statuten der bisher getrennten Anstalten.
- §. 4. Directorium der gemeinschaftlichen Versicherungsgesellschaft.
- §. 5. Vertretung auf den Generalversammlungen.
- §. 6. Alljährliche Nachweisungen über die Lage des Institutes für das Königl. Hannoversche und Herzogl. Braunschweigische Staatsministerium.
- §. 7. Ausgleichung wegen der der Braunschw. Anstalt zustehenden Portofreiheit.
- §. 8. u. 9. Verwaltung und Geschäftsführung in Braunschweig.
- §. 10. Dauer der Vereinigung und Kündigung.
- §. 11. Eintritt des Vertrags in Kraft.

## 2. Statuten der Hagelschaden-Versicherungsgesellschaft für das Königreich Hannover und das Herzogthum Braunschweig.

## I. Allgemeine Bestimmungen.

- Art. 1. Zweck der Gesellschaft.
- Art. 2. Fonds der Gesellschaft.
- Art. 3. Verwaltungsjahr.

Art. 4. Münzsorte.

Art. 5. Adresse der Direction.

Art. 6. Schiedsgericht.

## II. Verwaltung.

Art. 7. Generalversammlung.

Art. 8. Berathung wegen Abänderung der Statuten.

Art. 9. u. 10. Leitung des Instituts durch eine Direction.

Art. 11. Anordnung eines Syndicus und General-Bevollmächtigten der Direction.

Art. 12. Anordnung eines Secretairs als Cassirer und Rechnungsführer der Anstalt.

Art. 13—16. Von den Provinzial-Deputirten.

Art. 17. Anordnung der Bezirks-Deputirten.

Art. 18. Anordnung von Agenten.

## III. Versicherung.

Art. 19. Gegenstand der Versicherung.

Art. 20. Wer versichern kann.

Art. 21. Verbot der doppelten Versicherung.

Art. 22. Wann versichert werden kann.

Art. 23. Ausschluss von der Theilnahme an der Gesellschaft.

Art. 24. Declaration der Versicherung.

Art. 25. Eingabe der Declarationen.

Art. 26. Anfang des Versicherungscontractes.

Art. 27. Größe der Versicherungssumme.

Art. 28. Antheil der Interessenten an der Gefahr.

## IV. Schätzung.

Art. 29. Anzeige eines nicht über 50 Thlr. zu ermäßigenden Hagelschadens.

Art. 30. Anzeige des stattgefundenen Hagelschadens über 50 Thlr.

Art. 31. Amtliche oder gerichtliche Taxation.

Art. 32. u. 33. Ferneres Verfahren.

Art. 34. Verfahren des Bezirksdeputirten nach erhaltener Anzeige.

Art. 35. Anstellung der Taxatoren.

Art. 36. Zahl der Taxatoren.

Art. 37. Unwirksamkeit der Taxation.

Art. 38. Taxationstermin und Personal desselben.

Art. 39. Verfahren.

Art. 40. Weiteres Verfahren im Taxationstermine, insonderheit Erforschung der Identität der abgehagelten Stücke mit den versicherten.

Art. 41. Frost, Dürre, Wind und Regenschlag u. s. w.

Art. 42. Erholung der Früchte.

Art. 43. Verhältniß der Beschädigten bei der Erklärung, dass die Früchte sich erholen können oder nicht.

Art. 44. Anderweiter das bereits abgeschätzte Feld betreffender Hagelschaden.

Art. 45. Was die Taxatoren überhaupt bei der Taxe zu bestimmen haben.

Art. 46. Kostenersatz als Strafe bei übertriebenen Angaben.

Art. 47. Verbot der Disposition über die abgehagelten Früchte vor beendigter Taxation.

Art. 48. Art und Weise der Abgabe und Berechnung der Taxe.

Art. 49. Strohrückstand.

Art. 50. Einsendung des Taxationsprotokolls.

Art. 51. Kosten der Taxation.

## V. Entschädigung.

Art. 52. Eröffnung der Entschädigungssumme an den Beschädigten.

Art. 53. Zahlung der Entschädigungsgelder.

Art. 54. Art und Weise der Berichtigung der Entschädigungsgelder.

Art. 55. Abzug an denselben.

## VI. Fonds der Gesellschaft.

Art. 56. Fonds der Gesellschaft.

Art. 57. Reservefonds.

## VII. Repartition und Bekanntmachung der gesammten Schäden, Fälligkeit der Beiträge und Verfahren gegen die Restanten.

Art. 58. Repartition der gesammten Schäden und deren Bekanntmachung.

Art. 59. Zeit der Fälligkeit der Beiträge.

Art. 60. Gerichtliche Hülfe gegen die Restanten.

Art. 61. Befugniß der Direction gegen die Restanten.

Anhang. Eid der Taxatoren. Eid der Anweser. Instruction für die Taxatoren.

## Heimfallsrecht.

**Berordnung, die Publikation des mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, wegen Aufhebung des Heimfallsrechts und einiger anderen Gegenstände abgeschlossenen Vertrages betreffend. 1/27. Septbr. 2855. No. 46.**

Art. 1. Die Unterthanen eines jeden der contrahirenden Staaten sollen über ihre beweglichen Güter nach den Gesetzen des Staates, wo sich das Domizil befindet oder diese Güter vorhanden sind, durch Testament, Schenkung oder ab intestato frei verfügen dürfen und die Erben nach Gutdünken damit schafften können, ohne andere Steuern zu bezahlen, als solche, welchen die Einwohner des Landes, worin sich die genannten Güter befinden, der gleichen Anstöße unterworfen sind, auch sollen dieselben Sicherungsmaßregeln eines Nachlasses für abwesende Erben getroffen werden, welche für Staatsangehörige desselben Landes angewendet werden. Streitigkeiten unter den Erben sollen nach den Gesetzen und von den Richtern des Landes entschieden werden, in welchem das Object der Erbschaft sich befindet.

Art. 2. Ist es dem Angehörigen des andern Staats als Fremden nicht verstatet, auf ihn vererbliches Grundeigenthum, welches sich auf dem Gebiete des andern Staates befindet,

im Besitze zu halten, dann soll ihm ein den Gesetzen des betreffenden Staats entsprechender Termin zur Verwerthung solcher Güter gewährt werden, ohne der Regierung andere Steuern zu zahlen, als in einem ähnlichen Falle ein Angehöriger des Staats, wo sich der Grundbesitz befindet, zu bezahlen verbunden wäre.

Art. 3. Der Vertrag wird auf zwölf Jahre abgeschlossen und für weiter bis zum Ende von zwölf Monaten, bis einer der contrahirenden Theile denselben aufkündigt.

## Holzberechtigungen.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, die Bedarfsfäge der Holzberechtigten im Amtsgerichtsbezirke Harzburg betreffend. 20. Juli 1853. No. 48. S. 237. 27. Aug.

Feststellung des Bedarfs an Brennholz und Nutzholz behuf des Haushalts der Berechtigten in dem Amtsgerichtsbezirke Harzburg, sowie des Werthverhältnisses der verschiedenen Holzarten und Sortimente gegen Büchen-Schweitholz.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, die Feststellung der Bedarfsfäge für die Holzberechtigten in den Ortschaften Aßfeld und Wolfschagen betreffend. 4/17. Januar 1855. No. 2. S. 3.

Der Bedarf an Brennholz und Nutzholz behuf des Haushalts der Berechtigten in den Ortschaften Aßfeld und Wolfschagen, sowie das Werthverhältniss der verschiedenen Holzsorten und Sortimente gegen Büchen-Schweitholz wird in derselben Weise festgesetzt, wie für die Berechtigten im Amtsgerichtsbezirke Harzburg.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission über die Bedarfsfäge der Holzberechtigten und das Werthverhältniss der verschiedenen Holzarten gegen Büchen-Schweitholz im Kreise Holzminden. 28. Juni 1856. No. 26. S. 121. 14. Juli

## Rescripte.

**Rescript** Herzogl. Obergerichts vom 29. April 1856.

Auf die Berichte vom 7. und 16. d. Mts., die Anlegung eines Hypothekenbuchs für die im dortigen Amtsgerichtsbezirke belegenen herrschaftlichen Forsten betreffend, eröffnen wir Ihnen Folgendes:

Die vorhandenen Hypothekenbücher sind nach Ortschaften und Gemeindebezirken angelegt und geführt und ergiebt sich von selbst, dass Eintragungen in das Hypothekenbuch einer andern Ortschaft oder eines andern Gemeindebezirks, als worin das Grundstück belegen ist, welches von der Eintragung getroffen werden soll, an sich betrachtet, — und dafern nicht etwa untrennbare Pertinenzien in Frage stehen, die von dem, was dem Folium des Hauptgutes inscribirt werden, unter Umständen mit berührt werden können — keine Wirkung haben. Demgemäß hat auch Herzogliche Landes-Deconomie-Commission verlangt, dass die Eintragung und Löschung der abgelösten Lasten, sowie die Eintragung der Ablösungscapitale auf die befreiten

herrschaftlichen Forsten, des vormaligen Communion-Harzes, bezüglich des Reviers Lutter am Bbge., geschehe.

Es sind aber die herrschaftlichen Forsten des vormaligen Communion-Harzes nicht Einem Gemeindebezirke angehörig, auch nicht lediglich im Bezirke des Amtsgerichts Lutter am Bbge. belegen, und eben so wenig werden die Gemeindebezirks- und Gemarkungs-Verhältnisse der herrschaftlichen Forsten des Reviers Lutter am Bbge. schon festgestellt sein.

Die Beschaffung der Eintragungen auf besagte herrschaftliche Forsten würde allerdings die Anlegung besonderer Hypothekenbücher für dieselben nöthig machen. Zu dem Zwecke wären jedoch verschiedene weitgreifende Anordnungen, zum Theil im gesetzlichen Wege — Land-Gemeinde-Ordnung §. 8. 9. — und eigene Bestimmungen über Einrichtung und Führung jener Hypothekenbücher vorgängig zu treffen.

In Erwägung dessen und aus andern dabei in Betracht kommenden Gründen ist vorgeschrieben:

durch Gesetz vom 12. Februar 1842 No. 43. Modificationen und Ergänzungen der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung betreffend §. 15, daß die Eintragung von für Holznutzungsgerechtfame constituirten Holzrenten in die Hypothekenbücher bei den Cammer- und Kloster-Forsten nicht statthnde, und

durch Gesetz vom 3. Juli 1851 No. 29, die Ablösung der den Berechtigten im Bezirke Herzogl. Amtsgerichts Seesen in den vormaligen Communionharz-Forsten zustehenden Berechtigungen betreffend, §. 19, daß die Eintragung der Holzrenten und Capitals-Entschädigungen auf die belasteten Forsten nicht statthnden solle.

Solchemnach scheint keinem Bedenken zu unterliegen, daß die in Folge der Ablösungen von Holznutzungsgerechtfamen hinsichtlich der belasteten Grundstücke vorzunehmenden hypothekarischen Eintragungen, namentlich der Ablösungscapitale — Ablösungs-Ordnung §. 103. Gemeinheitsheilungs-Ordnung §. 193. 199 — bei Cammer- und Klosterforsten allgemein unterbleiben, zumal wenn Berechtigte und Pflichtige mit Nichteintragung einverstanden sich erklären sollten. Den Berechtigten sind ihre nicht eingetragenen Holzrenten und Ablösungscapitale ungeschädigt, und Herzogl. Cammer wird unter Anwendung der in der Ablösungs-Ordnung §. 125 zc. und der Gemeinheitsheilungs-Ordnung §. 207. enthaltenen Maafregeln die Capitalzahlungen mit völliger Sicherheit leisten können.

Herzogl. Amtsgericht hat hiervon der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission beauftragte Mittheilung zu machen und uns von deren Erwiderung in Kenntniß zu setzen.

Die außerdem auf den Grund der fraglichen Ablösungsrecessen in den Hypothekenbüchern zu machenden Einträge werden, falls die Voraussetzungen der Land-Gem.-Ordn. §. 11. zutreffen, ohne Weiteres bewirkt werden können und gehen die eingesandten Acten und Ablösungsrecessen im Anschlusse zurück.

Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 16. Juni 1856.

Auf die von Herzogl. Cammer, Direction der Forsten in Braunschweig, wider die Bescheid Herzogl. Amtsgerichts Harzburg vom 24. October vor. Irs. und Herzogl. Kreisgerichts

Wolfsbüttel vom 19. April d. Jrs., wegen verweigerter Eintragung von Contracten in die Hypothekenbücher geführte Beschwerde, wird, nachdem die Acten eingefordert und mittelst Berichts vom 10./14. v. Mts. eingegangen sind

in Erwägung

1. dass, sofern die abgeschlossenen Verträge überhaupt für inscriptionsfähig zu erachten wären, deren Eintragung vornehmlich im Hypothekenbuche der belasteten Grundstücke, also der ehemaligen Communionforsten und zwar in der — fortwährende dingliche Lasten und Beschränkungen des Eigenthums — überschriebenen Columne der 1. Rubrik, bewerkstelligt werden musste, während wenn, wie verlangt wird, im Hypothekenbuche der berechtigten Grundbestzungen die Eintragung geschehen soll, selbige, weil die Holzberechtigungen nughbarer Bestandtheil und Pertinenz der berechtigten Höfe sind, in die Columne „Bezeichnung“ (der Grundbestzungen) gehören, und hier, nachdem darin die Holzgerechtsame und deren Umfang eingetragen werden, auch die hinsichtlich der Holzgerechtsame eingetretene Veränderung, mittelst Abschreibung, zu vermerken sein würde

Circularrescript vom 3. März 1842 Nro. 50. §. 9. 15<sup>a</sup> und 16.

2. dass jedoch lediglich solche Rechtsgeschäfte, welche Begründung, Aufhebung oder Uebertragung (Veränderungen) von dinglichen Rechten an Grundbestzungen und Grundgerechtsamen betreffen, zur Eintragung in die Hypothekenbücher geeignet sind; durch die abgeschlossenen Verträge aber die Holzgerechtsame an sich nicht verändert, sondern nur die Leistungsart während der nächsten 50 Jahre dergestalt geordnet wird, dass an Statt der Naturallieferung von Dielen zum Beschlagen der Außenwände, für jene Zeit eine Geldentschädigung zu dem Behufe und mit der Bestimmung, die Außenwände der Gebäude mit Ziegeln behängen zu lassen, entrichtet werden soll; und falls gleichwol eine Veränderung oder theilweise Aufhebung der Holzgerechtsame selbst in den fraglichen Verträgen gefunden werden könnte, in Folge derselben, bevor sie von Herzogl. Landes-Deconomie-Commission bestätigt — Ablös.-Ordn. §. 102. Gemeinheits-theilungs-Ordn. §. 170. 222. — und zur Veräußerung der Pertinenz die landesherrliche Genehmigung erteilt worden, keine Eintragung im Hypothekenbuche gemacht werden dürfte

zum Bescheide gegeben:

dass die Beschwerde als unbegründet verworfen werde.

## Justizverfassung. Justizwesen.

Gesetz, die rechtliche Wirkung der Entscheidungen des Cassationshofes betreffend.  
5./16. Juli 1853. Nro. 38. S. 193.

- §. 1. Eine zweimalige gleichmäßige Entscheidung derselben Rechtsfrage in Straf- oder Civilsachen, ohne Dazwischentreten einer abweichenden Entscheidung, soll einen feststehenden Gerichtsgebrauch hinsichtlich solcher Rechtsfrage bilden.
- §. 2. Durch einen Plenarbeschluss des Obergerichts nach vorgängigem Gutachten der Oberstaatsanwaltschaft wird entschieden, ob zwei solche gleichmäßige Entscheidungen vorliegen.
- §. 3. Sämmtliche Gerichte des Herzogthums müssen den so constatirten Gerichtsgebrauch ihren Erkenntnissen zum Grunde legen bis durch die Gesetze andere Normen festgestellt werden.



## Justizverfassung. Justizwesen.

§. 4. Eine amtliche Sammlung der Erkenntnisse des Cassationshofes soll veranstaltet und zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden.

Gesetz, die Aufhebung der Bestimmung im Cap. II. Nro. 14. der Untergerichts-Ordnung für die Stadt Braunschweig betreffend. 7./15. August 1853. Nro. 47. S. 229.

Die Bestimmung der Braunschw. Untergerichtsordnung im Cap. II. Nro. 14., die Verpflichtung des Käufers bei dem Empfang erhandelter untauglicher Waaren betreffend, wird aufgehoben und das gemeine Recht wieder hergestellt.

Verordnung, die Vollziehung der Todesstrafe betreffend. 16./27. August 1853. Nro. 49. S. 245.

§. 1. Die Enthauptung soll mit dem Beile geschehen.

§. 2. Einrichtung im umschlossenen Raume und Feststellung einiger Formlichkeiten.

Verordnung, die Publication des zwischen Preußen und andern Staaten des deutschen Bundes namentlich auch dem Herzogthum Braunschweig, einerseits und den Vereinigten Staaten von Nordamerika andererseits abgeschlossenen Vertrags, wegen der in gewissen Fällen zu gewährenden Auslieferung der vor der Justiz flüchtigen Verbrecher, betreffend. 10. August 1853. Nro. 50. S. 247.

1. Septb.

Anhang. Der in vorstehender Verordnung erwähnte Vertrag vom 16. Juni 1852.

Art. I. Bezeichnung der bestimmten Verbrechen, deren Verübung halber die Auslieferung auf Requisition erfolgen soll und Bestimmung über den erforderlichen Beweis.

Art. II. Jedem andern Staate des deutschen Bundes außer den speciell Contrahirenden wird der spätere Beitritt vorbehalten.

Art. III. Eigene Bürger der contrahirenden Staaten werden nicht ausgeliefert.

Art. IV. Hat der landesflüchtige Verbrecher auch in dem Staate, in welchem er Zuflucht gefunden, neue Verbrechen verübt, so kommen diese vor der Auslieferung zur gerichtlichen Verfolgung.

Art. V. Bestimmung der Dauer der Uebereinkunft und der Kündigungsfristen, auch über stillschweigende Fortsetzung des Vertrags.

Art. VI. Ratification des Vertrags.

Fernerer Anhang. Additional-Artikel.

Die Ratification des Vertrags soll innerhalb eines Jahres vom 16. Juni 1852 angerechnet, geschehen.

Verordnung, die Publication des Bundesbeschlusses vom 26. Januar d. Jrs., wegen Auslieferung von Verbrechern auf dem deutschen Bundesgebiete, betreffend. 28. April 1854. Nro. 22. S. 95.

#### 6. Mai

Art. 1. u. 2. Unter fortdauernder Wirksamkeit des Bundesbeschlusses vom 18. Aug. 1836, wegen Auslieferung politischer Verbrecher, wird auch die Auslieferung anderer Verbrecher zugesichert, jedoch nicht der eigenen Unterthanen, oder wenn die Competenz der Gerichte des wegen der Auslieferung angegangenen Staates wegen des in Frage stehenden Vergehens

nach den eigenen Gesetzen begründet, oder wenn der Auszuliefernde in dem an die Auslieferung angegangenen Staate wegen anderer Verbrechen einer Untersuchung oder Strafhast oder wegen civilrechtlicher Verbindlichkeiten einer Strafhast unterliegt. Im letztern Falle findet jedoch die Auslieferung nach erfolgter Freisprechung oder erstandener Strafe oder aufgehobenem Arreste statt.

- Art. 3. Mit der Person sind alle in derem Besitz befindliche Gegenstände, sowie solche, welche zum Beweise der strafbaren Handlung dienen können, zu übergeben.
- Art. 4. Die Auslieferung erfolgt auf Ansuchen der zuständigen Gerichtsbehörde, in welchem das Verbrechen und die Zeit der Verübung desselben oder eintretenden Falls der wesentliche Inhalt des verurtheilenden Erkenntnisses angegeben sein muß.
- Art. 5. Bei Auslieferungsanträgen von mehreren Staaten, erfolgt die Auslieferung an den Staat, welcher das Ansuchen zuerst gestellt hat.
- Art. 6. Die durch die Auslieferung erwachsenden Kosten sind zu erstatten.
- Art. 7. Die Durchlieferung durch andere Bundesstaaten, jedoch mit Berücksichtigung der im Art. 1. bezeichneten Ausnahmen, wird gestattet.
- Art. 8. Bestimmung wegen Transports und Verpflegung der Auszuliefernden.
- Art. 9. Transportausweis und Liquidation und Erstattung der Kosten.
- Art. 10. Den hier festgestellten Verpflichtungen widersprechende bereits bestehende spezielle Auslieferungsverträge zwischen einzelnen Bundesstaaten werden außer Wirksamkeit gesetzt.
- Art. 11. Auf das Gebiet des Herzogthums Lüneburg findet dieser Bundesbeschluß keine Anwendung.

**Gesetz, die gerichtliche Competenz bei politischen Verbrechen betr.** 9./17. Februar 1855. Nro. 7.

- §. 1. Ueber politische und die im letzten Absätze des §. 8. des Gesetzes vom 21. August 1849 aufgeführten Verbrechen erkennen die nach der Größe der Strafe zuständigen Gerichte.
- §. 2. Der §. 8. des Gesetzes vom 21. August 1849 wird in seinen entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben.

**Beschluß des Herzogl. Obergerichts über die verbindliche Kraft des Statuts der Stadt Braunschweig vom 13. Decbr. 1853, das Halten von Hunden betreffend.** 23. Februar 1855. Nro. 15.

#### 5. März

Die verbindliche Kraft des Statuts wird ausgesprochen.

**Gesetz, zur Erklärung und Ergänzung der Verordnung vom 26. März 1823 Nro. 15, die Bankerotte betreffend.** 8./15. März 1855. Nro. 18.

- §. 1. Einstellung der Untersuchung wegen Bankerotts ist in Beziehung auf die Rechtswohlthat der Güterabtretung einem freisprechenden Erkenntnisse gleich zu achten.
- §. 2. u. 3. Erlangung der Rechtswohlthat der Güterabtretung nach Abolition der Untersuchung wegen Bankerotts.
- §. 4. Ausdehnung der Bestimmungen dieses Gesetzes auf alle seit Einführung des neuen Gerichtsverfahrens zur Untersuchung gekommenen Bankerotte.

**Gesetz**, die Uebertragung der Geschäfte eines Oberappellationsgerichts für das Fürstenthum Schaumburg-Lippe auf den 1. Senat des Herzogl. Obergerichts betreffend. 8/18. October 1855. Nro. 50. S. 555.

- §. 1. Das bisherige gemeinschaftliche Oberappellationsgericht wird aufgehoben.
- §. 2. Der 1. Senat Herzogl. Obergerichts wird beauftragt, als Oberappellationsgericht für das Fürstenthum Schaumburg-Lippe Recht zu sprechen.
- §. 3. Das Mitglied des Obergerichts für Schaumburg-Lippe tritt in den 1. Senat des Herzogl. Obergerichts.
- §. 4. Verfahren nach den Bestimmungen der Oberappellationsgerichts-Ordnung vom 16. September 1835.
- §. 5. Uebergangsbestimmung.

**Verordnung**, die Verleihung von Titeln an die Rechtscandidateu betr. 19/26. Jan. 1857. Nro. 4. S. 7.

- §. 1. Gesuch um Verleihung des Titels „Auditor“.
- §. 2. Gesuch um Verleihung des Titels „Referendar“.

**Circularrescript** des Herzogl. Obergerichts an die Herzogl. Kreisgerichte, Amts- und Stadtgerichte, die Bestellung von Vormündern für uneheliche Kinder betreffend. 2/14. Februar 1857. Nro. 8. S. 19.

Die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte werden angewiesen, für uneheliche Kinder Vormünder zu bestellen. Die Kirchenbuchführer sind angewiesen, von den unehelichen Geburtsfällen auf Grund der Taufregister den Amts- und Stadtgerichten monatlich Anzeige zu machen.

**Verordnung**, die Verleihung des Titels „Assessor“ betreffend. 2/12. März 1857. Nro. 16. S. 41.

- §. 1. Bedingungen der Bewerbung um Verleihung des Titels.
- §. 2. Bestimmungen über die Einrichtung des Gesuches.
- §. 3. Die Verleihung des Titels ist ohne Einfluss auf die dienstliche Stellung.

**Circularrescript** Herzogl. Obergerichts an sämtliche Herzogl. Kreis-, Amts- und Stadtgerichte, die Erhebung von Gerichts-Nebengebühren in Angelegenheiten sportelfreier Behörden und Anstalten betreffend. 2/12. September 1857. Nro. 44. S. 195.

Von den zur Entrichtung von Gerichtsgebühren in Sachen der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit befreiten Behörden und Anstalten sollen in Zukunft auch nicht die einzelnen Beamten überwiesenen Gebühren und Copialien erhoben werden.

**Gesetz**, die Competenz-Bestimmungen, hinsichtlich der, wegen verbrecherischer Handlungen, gegen Kinder zu ergreifenden polizeilichen Maaßregeln, betr. 26/27. März 1858. Nro. 16. S. 39.

- §. 1. Verfahren bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten.
- §. 2. Verfahren bei den Herzogl. Kreis- und Schwurgerichten.
- §. 3. Mitwirkung der Staatsanwälte bei der Ausführung der erkannten Maaßregeln.
- §. 4. Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen.

**Gesetz**, Abänderungen des §. 21. des Gesetzes vom 21. August 1849, über die Gerichtsverfassung, betreffend. 30. April 1858. Nro. 23. S. 61.

6. Mai

§. 1. Aufhebung der Vorschrift im §. 21. des Gesetzes vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, über die Versetzung der Richter.

§. 2. Bestimmungen wegen der Ersetzung eines zu versetzenden Richters.

§. 3. Aufrechterhaltung der sonstigen Bestimmungen über Versetzbarkeit der Richter.

**Gesetz**, die Zuständigkeit des Criminalsenats des Obergerichts in Strafsachen und der Schwurgerichte, betreffend. 4./20. Mai 1858. Nro. 25. S. 65.

§. 1. Bestimmungen über die Competenz der Schwurgerichte und deren Zusammensetzung.

§. 2. Bestimmung der Orte, an welchem die Schwurgerichte abzuhalten.

§. 3. Bestimmungen über die künftig zur Zuständigkeit der Kreisgerichte gehörenden bis dahin durch die Schwurgerichte abgetheilten Sachen.

§. 4. Aufhebung entgegenstehender Vorschriften.

§. 5. Anfang der Wirksamkeit dieses Gesetzes und Uebergangs-Bestimmungen.

**Verordnung**, die Publication eines Zusatz-Artikels zu Artikel 17 der mit dem Königreiche Preußen bestehenden Uebereinkunft wegen Förderung der Rechtspflege vom 9. December 1840, betreffend. 15./25. Juni 1858. Nro. 39. S. 167.

Versicherungs-Gesellschaften können wegen aller auf dem Versicherungs-Vertrage bezüglich Ansprüche auch vor den Gerichten des Orts belangt werden, wo die Haupt-Agentur, durch welche der Versicherungs-Vertrag vermittelt worden, ihren Sitz hat.

**Gesetz**, der Gerichtsstand der bei den Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten angestellten Richter, Secrétaire, Registratoren und besoldete Schreiber, so wie der Angehörigen derselben, betreffend. 29. Aug. 1858. Nro. 50. S. 225.

§. 1. Bestimmung des Gerichtsstandes. 3. Septb.

§. 2. Ausdehnung des Gerichtsstandes auf die Angehörigen.

§. 3. Beschränkung hinsichtlich der Beamten des Stadtgerichts Braunschweig.

§. 4. Abänderung der Bestimmungen der Verordnung vom 21. Februar 1833 Nro. 5. in Hypothekensachen.

**Gesetz**, die Anstellung eines Registrators bei dem Herzoglichen Stadtgerichte Braunschweig betreffend. 17./26. Januar 1859. Nro. 4. S. 7.

**Circularrescript** Herzogl. Obergerichts für sämtliche Herzogl. Amts- und Stadtgerichte, die Competenz zur Incourserklärung von Cammer-, Landes- und Leihhaus-Schuldverschreibungen betreffend. 9./18. März 1859. Nro. 12. S. 37.

**Gesetz**, die Ausbildung und Beschäftigung der Candidaten der Rechte betreffend. 5./17. Septbr. 1859. Nro. 36. S. 149.

§. 1. Bestimmung der Beschäftigung während des Vorbereitungs-Cursus.

§. 2. Beschäftigung nach dem Vorbereitungs-Cursus.

§. 3. Instructionen über die Art der Beschäftigung.

**Verordnung, die Ausführung der Vorschrift des §. 3. des Gesetzes über die Ausbildung und Beschäftigung der Candidaten der Rechte betreffend.** 5/17. Septbr. 1859. Nro. 37. S. 151.

**Instruction, die Beschäftigung der Rechtsandidaten bei den Amts-, Stadt- und Kreisgerichten und bei den Staatsanwälten betreffend.** S. 153.

§. 1. u. 2. Umfang der Beschäftigung.

§. 3. Erste Beschäftigung.

§. 4. Beisohnung der öffentlichen Sitzungen.

§. 5. Uebertragung sonstiger Arbeiten.

§. 6. Beisohnung der geheimen und sonstigen Collegial-Berathungen.

§. 7. Anleitung der Rechtsandidaten.

§. 8. Befreiung von der Theilnahme an den Geschäften während der Vorbereitung zum zweiten Examen.

**Instruction, die Beschäftigung der Rechtsandidaten bei den Landesverwaltungsresp. Communalbehörden betreffend.** S. 156.

§. 1. 2. u. 3. Beschäftigung im Allgemeinen.

§. 4. Protocollaufnahme.

§. 5. Uebertragung sonstiger Ausarbeitungen.

§. 6. Ausarbeitung von Relationen.

§. 7. Anleitung der Rechtsandidaten.

**Verordnung, die Rechnungsführung bei den Gerichten des Landes betreffend.** 31. October 1859. Nro. 41. S. 171.

8. Novbr.

Verfahren wegen Einziehung der nach der Verordnung vom 18. September 1817 und 18. December 1846 anzuschreibenden Gebühren.

### Rescripte.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 4. Januar 1853.**

Wir veranlassen Herzogl. Obergericht, die Vorschläge zu Beförderungen und Zulagen in Zukunft regelmäßig im Laufe des Monats November einzureichen und dafür zu sorgen, dass auch die von den Collegien u. zu machenden Vorschläge zu dieser Zeit bei Uns eingehen. Anträge, welche nach dem 1. December eingehen, werden in Zukunft nicht berücksichtigt werden.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 23. Januar 1853.**

Wir veranlassen Herzogl. Obergericht, streng darauf zu halten, dass in den Geschäftszimmern, zu welchen das Publikum Zutritt hat, ferner in den Wartezimmern, auf den Vorplätzen und den übrigen dem Publicum zugänglichen Räumen der Gebäude, in welchen sich die Geschäftslocale befinden, das Tabakrauchen unterbleibe. Herzogliches Obergericht hat die Herzogl. Kreis-, Stadt- und Amtsgerichte mit der erforderlichen Anweisung zur Beachtung dieser Vorschriften zu versehen.

## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 14. Juni 1853. -

Ihr Bericht vom 15. November v. Jrs. und die Nachschrift vom 16. desselben Mts., eine Beschwerde des Staatsanwalts zu Blankenburg über die dasige Herzogliche Kreisdirection, wegen Einmischung in die Geschäfte der gerichtlichen Polizei betreffend, sind Uns zugegangen. Nachdem Wir auch den Bericht der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, imgleichen die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts eingezogen haben, eröffnen Wir Ihnen hiermit Folgendes:

Wir müssen mit Ihnen dafür halten, dass in dem vorliegenden, das Verfahren gegen den Gewerbesteuercontravenienten S. aus D. betreffenden Falle die Herzogliche Kreisdirection Blankenburg ihre amtlichen Befugnisse überschritten habe.

Die Herzogl. Kreisdirectionen, als mit der Handhabung der Gewerbepolizei beauftragten Behörden, haben darüber zu wachen, dass die bestehenden Vorschriften nicht übertreten, namentlich von Unberechtigten Gewerbe nicht betrieben werden. Sie sind daher vollkommen befugt und zugleich verpflichtet, ihre Unterbeamte anzuweisen und das Polizeimilitair zu instruiren, auf Contravenienten zu achten. Die Uebertretungen selbst gehören jedoch nicht zu ihrer Cognition, es müsste denn, ausnahmsweise, in einem besondern Falle die Frage: ob überhaupt gegen das Gewerbesteuergesetz verstoßen sei? im administrativen Wege zu entscheiden sein (§. 53. des Gesetzes vom 4. April 1837 Nro. 19). In dem fraglichen Falle war daher der, anscheinend auf frischer That betretene S. entweder sofort dem Untersuchungsrichter oder dem Staatsanwalte vorzuführen, und das Verfahren der Kreisdirection, wonach dieselbe den S. sich vorführen ließ, ihn mit Verhaftung bedrohte und ihn gegen das Versprechen einer zu leistenden Caution entließ, die Cautionssumme auch später in einem zu dem Ende angesetzten Termine in Empfang nahm, ging unzweifelhaft über die Grenzen ihrer Befugnisse hinaus. Der Ausnahmefall des §. 53. des angezogenen Gesetzes lag hier überall nicht vor, da die Frage: ob S. hier im Lande einen Großhandel betrieben habe? zunächst von dem Staatsanwalte beurtheilt und sodann von der Gerichtsbehörde entschieden werden musste.

So viel, was das Verfahren der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg anbetrifft.

Andererseits können Wir Ihnen nicht verhehlen, dass die von Ihnen unterm 15. November v. Jrs. an den Staatsanwalt zu Blankenburg erlassene Verfügung in einiger Maasse zu weit geht, indem allerdings, wie auch das Herzogl. Obergericht bemerkt, Fälle vorkommen können, in denen die Verhaftung auf Befehl der Kreisdirection geschehen muss und der Verhaftete derselben vorzuführen ist, nämlich in allen den Fällen, wo Zwangsmaassregeln zur Befestigung des Ungehorsams gegen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen erlassene Ge- oder Verbote der Administration erforderlich werden. In solchen Fällen handelt der bezügliche untere Beamte nicht als Beamter der gerichtlichen Polizei, sondern als Hülfbeamter der Kreisdirection der Landespolizeibehörde, und wird daher die in ihrer obgedachten Verfügung enthaltene Anweisung auf die Fälle zu beschränken sein, in welchen die gerichtliche Polizei thätig ist.

Wir haben hiernach der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg das Erforderliche unterm heutigen Datum rescribirt.

Uebrigens nehmen Wir von diesem speciellen Falle Veranlassung, Sie, in Verfolg Un-

feres Rescript vom 5. December 1850 aufzufordern, die Ihnen in demselben empfohlene Erwägung, wegen des Erlasses einer allgemeinen Instruction für das Polizeimilitair in Bezug auf die Ausübung der gerichtlichen Polizei, nunmehr anzustellen und darüber, eventuell unter Einsendung des Entwurfs einer solchen Instruction zu berichten.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 19. April 1853.

Das Herzogl. Staatsministerium hat in Gemäßheit des §. 20. des Gesetzes vom 19. März 1850, die Einführung der Gerichtsverfassung betreffend, verfügt, daß bei der jetzt im Werke begriffenen weitem Ausbildung der Landpostbotenanstalten die Landpostboten zur Besorgung gerichtlicher Insinuationen mit benützt werden können.

Den Landpostboten wird dabei diejenige Instruction, welche hieneben in Abschrift erfolgt, mit Weglassung der Stelle im §. 11. a. „und den Handelsleuten in ihren Kramläden oder Schreibstuben“, ertheilt werden, wobei jedoch die Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection durch ein Rescript des Herzogl. Staatsministeriums vom 25. März d. Jrs. angewiesen ist, bei dieser Instruction noch auf folgende nähere Bestimmungen Rücksicht zu nehmen:

1. daß die Gerichtsbehörden und Staatsanwälte, welche von der Landpostbotenanstalt zur Insinuation gerichtlicher Verfügungen Gebrauch machen, nicht in unmittelbare Verbindung mit den Postboten treten, sondern die insinuanda mit der Adresse des Empfängers versehen, den betreffenden Postämtern zusenden und die Postboten solche insinuanda von den ihnen unmittelbar vorgeordneten Postämtern zu weiterer Besorgung an die Adressaten zu empfangen haben und der durch solche Uebersendung nothwendig werdende Rechnungsverkehr, nicht zwischen den Gerichtsbehörden und Postboten unmittelbar, sondern zwischen den Gerichtsbehörden und den betreffenden Postämtern, mit einer dabei zum Grunde zu legenden Buch- oder Registerführung einzurichten sei.

2. daß zur Erleichterung des Verkehrs und zur Vermeidung von Ungewissheiten und Verwechslungen bei den fraglichen Insinuationen durch die Post, etwa auf der linken Seite des Rückens oder Couverts die abschickende Behörde sich jedesmal benennen.

3. daß bei denjenigen Vorladungen in Strafsachen, welche nach §. 40. Abs. 3. der Str.-Proc.-Ordn. im Nothfalle nicht an Angehörige, Dienstboten oder ad aedes insinuirt werden können, auf der Rückseite oder dem Couverte ausdrücklich bemerkt werde, daß wenn der Adressat abwesend, das insinuandum dem Gemeindevorsteher zuzustellen sei, und die Postboten angewiesen werden, nur wenn solche Bemerkung auf dem Couverte oder der Rückseite enthalten ist, mit Zustellungen von insinuandis an Gemeindevorsteher zu verfahren.

4. daß sowol die Gerichtsbehörden als die Postämter auf genaue Bezeichnung der einzelnen zu versendenden Stücke durch Nummern oder andere übersichtliche Kennzeichen, sowol in den zu führenden Büchern oder Registern, als auch auf den Concepten der Ausfertigungen und den Rückseiten oder Couverts der letzten selbst, halten, weil davon die Nachweisung der Identität, auf welche es bei etwaigen Ungehorsamsbeschuldigungen ankommt, abhängt.

5. daß in der obigen Instruction sub d. hinter den Worten „unermwachsenen Kindern“ die Worte „unermwachsenen Gesinde“ hinzugefügt werden.

Uebrigens wird über das Landpostbotenwesen annoch zeitig eine umfangreiche Bekanntmachung erlassen werden.

In Gemäßheit eines Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 6. d. Mts. wird Herzogl. Kreisgericht von der bevorstehenden Einrichtung hierdurch in Kenntniß gesetzt, um von derselben, nachdem deren Inslehentreten öffentlich bekannt gemacht sein wird, Gebrauch machen zu können. Zugleich wird Herzogl. Kreisgericht angewiesen, dabei auf den Inhalt obiger Instruction und der in diesem Rescripte enthaltenen nähern Bestimmungen Rücksicht zu nehmen und von diesem Allen auch die in dem Gerichtskreise des Herzogl. Kreisgerichts befindlichen Amts- und Stadtgerichte in Kenntniß zu setzen und mit entsprechender Anweisung zu versehen.

### Auszug aus der Instruction für die Landbriefträger.

#### §. 11. Vorschriften bei Bestellung von amtlichen Verfügungen mit Behändigungschein.

Bei der Bestellung von amtlichen Verfügungen mit Insinuations-Documenten (Behändigungscheinen) ist Folgendes zu beachten:

a. Die betreffenden Verfügungen sind denjenigen, an welche sie gerichtet sind, in ihrer gewöhnlichen Behausung und den Handelsleuten in ihren Kramläden oder Schreibstuben zu insinuiren.

b. Der Landbriefträger muß den Behändigungschein dem Adressaten vorlegen und von ihm durch seine Namensunterschrift den Empfang der Verfügung zc. anerkennen lassen.

c. Verweigert derjenige, an den die Verfügung gerichtet ist, die Annahme oder die Bescheinigung des Empfanges, so ist dieses von dem Landbriefträger auf dem Behändigungscheine mit specieller Angabe des Grundes, weshalb das Eine oder das Andere verweigert worden ist, zu vermerken. Wird die Annahme verweigert, so ist die Verfügung, gleich unbestellbaren Adressen, sammt dem, mit dem erwähnten Atteste versehenen Behändigungscheine zurückzugeben. Wenn die Bescheinigung des Empfanges verweigert wird, so ist der Behändigungschein allein zurückzugeben. Die amtliche Anzeige, daß und weshalb die Annahme oder die Bescheinigung des Empfanges verweigert worden ist, vertritt die Stelle der Insinuation. Der Umstand allein, daß der Adressat das Porto und die Insinuationsgebühr zu zahlen verweigert, ist kein Hinderniß der Insinuation.

d. Wird der Adressat an den sub a. gedachten Orten nicht angetroffen, so ist die Verfügung zc. seinen Angehörigen oder seinem Gesinde zuzustellen. Ist von solchen Personen, (den Angehörigen oder dem Gesinde) Niemand vorhanden, dem die Verfügung zc. zugestellt werden kann, oder will sie keiner annehmen, so muß die Insinuation an den Hauswirth geschehen. Ist auch dieser nicht gegenwärtig, oder wird die Annahme von ihm verweigert, so ist die Verfügung an die Stuben- oder Hausthür des Adressaten zu befestigen, keineswegs aber fremden und unbekannten Personen, oder uerwachsenen Kindern anzuvertrauen. Die Insinuation von Verfügungen an Haus- und Grundeigentümer kann auch an deren Verwalter oder Administratoren, nicht aber an Miether erfolgen.

e. Alle außer dem gewöhnlichen Porto zu erhebenden Beträge sind auf der Rückseite



der Adresse zu specificiren. Dieselben müssen aber sammt dem Porto-Aufsatze von dem Landbriefträger auf der Adresse durchstrichen, und statt dessen in dem Insinuations-Documente, in den darin vorgedruckten Rubriken, specificirt werden, wenn die Verfügung (nach c und d) unentgeltlich verabfolgt worden ist.

f. In allen ad b. c. d. gedachten Fällen hat der Landbriefträger unter dem Behändigungscheine die stattgefundenene Insinuation durch seine Namensunterschrift in folgender Art:

N. N.

vereidigter Briefträger

zu attestiren, und auf seinen Amtseid in dem Behändigungscheine genau zu vermerken, wie die Insinuation erfolgt, und eintretenden Falls, dass die Abnahme oder Ertheilung einer Empfangsbescheinigung verweigert worden sei. Die Personen, an welche die Insinuation bewirkt worden ist, sind zu benennen und ihr Verhältniss zu dem Adressaten, ingleichen der Tag und die Stunde, wo die Insinuation oder die Befestigung der Verfügung zc. an die Stuben- oder Hausthür stattgefunden hat, sind anzugeben.

g. Jede hiernach mangelhafte Ausführung der Insinuation soll mit einer Ordnungsstrafe von 4 Ggr. belegt werden.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 7. Mai 1853.

Aus den in dem Berichte vom 27. vor. Mts. angeführten Gründen halten auch Wir die Wiederherstellung vierteljährlicher Polizeigerichte zu Hesse für zweckmäßig und wollen solche daher hierdurch genehmigen. Herzogl. Obergericht hat daher hiernach und nach den sonst gemachten Vorschlägen, mit welchen Wir einverstanden sind, die weiteren Verfügungen zu treffen und den eingesandten Bericht des Herzogl. Kreisgerichts Wolfenbüttel vom 16. v. Mts. nebst dem demselben beigefügten Berichte des Herzogl. Amtsgerichts Schöppenstedt vom 8. ejusdem hiebei zurück zu empfangen.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 26. Mai 1853 an den Ober-Staatsanwalt.

Wir halten es für das Beste des Dienstes erforderlich, dass Sie alljährlich einmal an Ort und Stelle die Ihnen untergeordneten Staatsanwälte in ihrer Dienstleistung controliren und eine Recherche über deren Dienstthätigkeit anstellen.

Wir beauftragen Sie daher, Sich diesem Geschäfte zu unterziehen, indem Wir Ihnen die Wahl des Zeitpunktes dieser Recherche an den einzelnen Kreisgerichtsorten überlassen und demnächst Ihrem Berichte über das Resultat derselben entgegen sehen.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 16. Juni 1853 an den Commandeur des zum Polizeidienste bestimmten Militair-Detachements.

Der Oberstaatsanwalt hat über den von Ihnen, auch unmittelbar hier unterm 11. d. Mts. eingereichten Antrag, wegen des Erscheinens der Mannschaften des Polizeimilitairs mit

Kopfbedeckung und Seitengewehr vor den Civilgerichten Bericht erstattet und eröffnen Wir Ihnen, dass es bei der Bestimmung des Circular-Rescript's an die Kreisgerichte vom 1. Novbr. 1837, wonach die gedachten Mannschaften nur bei Eidesleistungen Kopfbedeckung und Seitengewehr abzulegen verbunden sind, sein Verbleiben habe, wobei es sich übrigens von selbst versteht, dass wenn Personen vom Polizeimilitair lediglich als Zuschauer oder Zuhörer vor den Gerichten erscheinen, die Bestimmungen der §§. 51. der Str.-Proc.-Ordn. und 58. der Civil-Proc.-Ordn. auch hier Anwendung finden.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 9. Septbr. 1853  
an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Die im Gesetze vom 15. October 1832, das Justizwesen betreffend, §. 4. Nro. 2. gegebene Bestimmung, dass von den Amts- und Stadtgerichten von den daselbst erwähnten Strafsachen monatlich ein Verzeichniss aufzustellen, und an die Kreisgerichte einzusenden sei, ist durch die späterhin über die Gerichtsverfassung, namentlich über die Verwaltung der Strafrechtspflege, erlassenen gesetzlichen Vorschriften als aufgehoben zu betrachten und sind behuf der Controle der zur Competenz der Amts- und Stadtgerichte gehörenden Strafsachen den Staatsanwälten und durch diese den Amts- und Stadtgerichten angestellten öffentlichen Anklägern, die erforderlichen Anweisungen ertheilt worden.

Da von einem der Herzogl. Kreisgerichte ein Zweifel über das Fortbestehen der früheren gesetzlichen Bestimmung geäußert worden ist, so finden Wir Uns veranlaßt, sämtlichen Herzogl. Kreisgerichten diese Eröffnung hierdurch zu machen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 3. November 1855  
an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Da nach einem Uns von dem Ober-Staatsanwälte erstatteten Berichte, von den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten den Amtsvoigten nicht überall die zu ihren Geschäften als öffentliche Ankläger und Beamte der gerichtlichen Polizei erforderlichen Schreibmaterialien geliefert werden: so weisen Wir sämtliche Herzogl. Kreisgerichte hierdurch an, den betreffenden Herzogl. Amts- und Stadtgerichten aufzugeben, dass sie den Amtsvoigten, auf pflichtmäßige Liquidation des Bedarfs, die in ihren erwähnten Eigenschaften benötigten Schreibmaterialien verabsolgen lassen.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 5. Januar 1856  
an sämtliche Staatsanwälte.

Durch ein Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 3. d. Mts. Nro. 34. ist verfügt worden, dass in Zukunft in den Fällen, wo arme Ausländer, die wegen Verbrechen zur Untersuchung gezogen und in den hiesigen Landen zur Haft gebracht werden, in einer Weise erkrankt sind, dass ihre Heilung nur in dem Armenkrankenhanse zu Braunschweig zu erwarten steht, de:

betreffende Staatsanwalt unmittelbar bei Herzogl. Staatsministerio die Aufnahme des Erkrankten in das Armenkrankenhaus zu beantragen habe. Indem ich Sie von dieser Verfügung in Kenntniß setze, weise ich Sie zugleich an, dieselbe für die Zukunft genau zu befolgen.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 16. Juni 1856.

Von Kaiserlich Königlich Oesterreichischer Gesandtschaft am Herzogl. Hofe ist der Antrag des Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Gouvernements zu des Herzogl. Staatsministeriums Kenntniß gebracht, künftig statt der bisher üblich gewesenen diplomatischen Vermittelung eine unmittelbare Correspondenz zwischen den hiesigen und den Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Gerichtsbehörden gleichen oder verschiedenen Ranges in Rechtsfachen zu gestatten.

Herzogl. Landesregierung ist im Interesse der Rechtspflege auf diesen Vorschlag eingegangen, welches wir, in Gemäßheit Herzoglichen Ministerial-Rescripts vom 23. Mai d. Jrs. Nro. 5107. den Herzogl. Kreisgerichten, zugleich beauf Benachrichtigung der Herzogl. Amts- und Stadtgerichte Ihres Kreises, mit der weiten Anweisung hierdurch eröffnen, in allen Fällen, in denen nicht besondere Verhältnisse diplomatische Correspondenzen unvermeidlich machen, bei dem Schriftenwechsel mit Oesterreichischen Gerichten unter Beseitigung des diplomatischen Weges unmittelbar an die betreffenden Tribunale erster Instanz, und wenn diese nicht bekannt sind, an die bezüglichlichen dem Kaiserl. Königl. obersten Gerichtshofe in Wien unterstellten Oberlandesgerichte, namentlich:

für Nieder-Oesterreich, Ober-Oesterreich und Salzburg in Wien,  
 für Steiermark, Kärnten und Krain in Graz,  
 für Görz, Gradiska und Istrien mit Triest in Triest,  
 für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck,  
 für Dalmatien (Tribunale d'Appello) in Zara,  
 für die Lombardei (Tribunale d'Appello) in Mailand,  
 für die Venezianischen Provinzen (Tribunale d'Appello) in Venedig,  
 für Mähren und Schlesien in Brünn,  
 für Böhmen in Prag,  
 für das Lemberger Verwaltungsgebiet und die Bukowina in Lemberg,  
 für das Krafauer Verwaltungsgebiet in Krafau,  
 für das Pesth-Osener Verwaltungsgebiet in Pesth,  
 für das Dedenburger Verwaltungsgebiet in Dedenburg,  
 für das Preßburger Verwaltungsgebiet in Preßburg,  
 für das Kaschauer Verwaltungsgebiet in Eperies,  
 für das Großwardeiner Verwaltungsgebiet in Großwardein,  
 für Serbien und das Temeser Banat zu Temeswar,  
 für Croatien und Slavonien (Banatsfel) zu Agram,  
 für Siebenbürgen in Herrmannstadt

sich zu wenden.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 11. Februar 1854  
an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Zufolge eines Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 3. d. Mts. ist den bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten angestellten Secretairen gestattet worden, bei auswärtigen öffentlichen Terminen eine gleiche Dienstkleidung zu tragen, wie solche durch das Höchste Circularrescript vom 23. Septbr. an die damaligen Herzogl. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter den bei denselben angestellten Beamten und Assessoren gestattet ist, wobei nur statt der daselbst erwähnten goldenen Achselhalter (s. g. Dragoner-) einfache goldene Achselschnüre anzuwenden sind.

Herzogl. Kreisgericht hat daher hiernach das Weitere an die innerhalb seines Gerichtsbezirks befindlichen Stadt- und Amtsgerichte gelangen zu lassen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 20. Februar 1854  
an J. v. H. zu Helmstedt.

Auf die bei Herzogl. Obergerichte von der Johanne v. H. in Helmstedt wegen Ertheilung eines Attestes, rücksichtlich der Gültigkeit von westphälischen Notariatsurkunden nach hiesigen Landesgesetzen, unterm 19. d. Mts. eingereichten Antrag wird hiermit zur Resolution ertheilt:

dass dem Antrage, eine Bescheinigung darüber zu ertheilen, „dass nach den hiesigen Landesgesetzen, sowol früher als später, und auch in der westphälischen Periode, alle Notariatsurkunden von der Art der abschriftlich überreichten durch Zugiehung von zwei Zeugen volle Gültigkeit erhalten“, nicht stattzugeben sei, indem Herzogliches Obergericht sich nicht für competent erachten könne, über Rechtsfragen ein Gutachten in Form von Attesten zu ertheilen und die Supplicantin daher lediglich auf die zur Zeit der Einrichtung der betreffenden Urkunde im hiesigen Lande in Gültigkeit gewesene westphälische Notariats-Ordnung verwiesen werde, übrigens die Anlage ihres Gesuches hierbei zurück zu empfangen habe.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 19. September 1854  
an Herzogl. Amtsgericht Hasselfelde.

In der Sache, die Vormundschaft für die minderjährigen Kinder weiland Bäckermeisters und Rärners Heinrich R. zu H. betreffend, erwiedern wir auf den Bericht vom 22./28. Juli d. Jrs. Folgendes:

Bereits in dem Rescripte vom 12. Juli d. J. haben wir hervorgehoben, dass eine Beschwerde über die Versagung oder Ertheilung der Genehmigung zu einem Rechtsgeschäfte minderjähriger Personen, von Seiten der Herzogl. Kreisgerichte, in den Fällen, wo solche erforderlich ist, nur denen zusteht, in Bezug auf welche die Verfügung der Herzogl. Kreisgerichte nothwendig resp. erlassen ist, d. h. offenbar nur den Minderjährigen resp. deren Vertreter selbst, indem die voll-

jährigen Personen, welche mit Minderjährigen Rechtsgeschäfte eingegangen sind, sich über Verfügungen, welche das Kreisgericht als oberste vormundschaftliche Behörde erlassen hat, zu beschweren überall kein Recht haben, weil, falls sie das Geschäft ohne eine solche Genehmigung für rechtsbefähig halten, ihnen die Beschreitung des Rechtsweges unbenommen bleibt, falls aber ein solches Rechtsgeschäft ohne kreisgerichtliche Genehmigung ungültig, mithin als nicht vorhanden im Rechtssinne anzusehen sein würde, begreiflich die volljährigen Mitcontrahenten nicht legitimirt sind, über die Verletzung der Interessen der Minderjährigen durch eine solche kreisgerichtliche Verfügung Beschwerde zu führen. Es handelt sich in dem vorliegenden Falle um die Versagung einer beantragten kreisgerichtlichen Genehmigung und bezüglich auch darum, ob das Kreisgericht Blankenburg die Bedingungen, an welche dasselbe die Ertheilung der Genehmigung knüpft, zu stellen befugt war, mithin lediglich darum, ob die Rechte und Interessen der Minderjährigen durch die kreisgerichtlichen Verfügungen verletzt sind oder nicht, nicht aber um Eingriffe in die Competenz des Herzogl. Amtsgerichts. Bei Leitung der Angelegenheiten Minderjähriger werden die Amtsgerichte unzweifelhaft in allen Fällen, wo das Gesetz solches vorschreibt, ihre obervormundschaftliche Thätigkeit auch unaufgefordert eintreten lassen, allein dieser Satz kann nicht die Folge haben, dass dieselben, wenn sie eine kreisgerichtliche Verfügung in derartigen Angelegenheiten für unrichtig halten, ihrer entgegenstehenden Ansicht im Wege der Beschwerde bei dem Obergerichte Geltung zu verschaffen berechtigt sein können, sondern nur zu dem Ergebnisse führen, dass die Amtsgerichte, wenn sie die pflichtmäßige Ueberzeugung gewonnen haben, dass Vertreter Minderjähriger, eine die Interessen ihrer Pflegebefohlenen gefährdende kreisgerichtliche Verfügung aus Arglist oder Mangel an Einsicht und Eifer auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege zu beseitigen unterlassen, zu den Maßnahmen zu schreiten befugt sind, welche gesetzlich den obervormundschaftlichen Gerichten dann gestattet sind und obliegen, wenn sie wahrnehmen, dass bei den Vertretern Minderjähriger collidirende Interessen oder Vernachlässigungen ihrer vormundschaftlichen Pflichten stattfinden.

Wir können daher auf die Beschwerde der Wittwe A. und des Rärnters A., weil dieselben zu deren Erhebung nicht befugt sind, eine Entscheidung nicht abgeben.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 4. August 1854.  
an Herzogl. Kreisgericht Gandersheim.

Demnach das Herzogl. Kreisgericht bei Gelegenheit der Trennung der B'schen Ehe zu B. aus landesherrlicher Nachvollkommenheit in einem Berichte an das Herzogl. Staatsministerium vom 27. April d. Jrs. wegen der Competenz des Herzogl. Kreisgerichts, resp. wegen des von demselben zu beobachtenden Verfahrens und der zu erhebenden Gerichtsgebühren seine Zweifel zur höchsten Entscheidung einberichtet hat, so sind wir in einem Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 22. v. Mts. dem Herzogl. Kreisgerichte Folgendes zu erwidern angewiesen worden.

Was 1. die Competenz anlangt, so hat sich, nachdem durch den §. 27. der Regierungsverfügung vom 3. Februar 1814 die während der westphälischen Regierungsperiode nach den Artikeln 275. bis 294. des Cod. Nap. zulässig gewesene Überschreitung auf wechselseitige Ein-

willigung und das dabei zu beobachtende Verfahren aufgehoben sind, und statt dessen in dem §. 7. derselben Regierungsverfügung eine Vereinbarung der Ehegatten zur Trennung ihrer Ehe unter landesherrlicher Genehmigung für zulässig erklärt ist, in Gemäßheit des höchsten Circularrescripts vom 12. Februar 1835 und durch Gerichtsgebrauch das Verfahren dahin ausgebildet, daß bei Fällen der fraglichen Art die erforderliche *causae cognitio* von den Herzoglichen Aemtern resp. Stadtgerichten oder den Herzoglichen Kreisgerichten vorgenommen, hierauf von Letzten der erforderliche Bericht an Herzogl. Staatsministerium erstattet und demnächst das Erkenntniß abgegeben ist. Zur *causae cognitio* gehört in Fällen der fraglichen Art hauptsächlich die Auseinandersetzung der zu scheidenden Ehegatten über ihre eherechtlichen Personen- und Vermögensverhältnisse. Diese Auseinandersetzung wird als ein Rechtsgeschäft, mithin zu den Attributen der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehörig, jedesmal dann, wenn es dabei auf dingliche Rechte an Grundstücken oder Gerechtsamen ankommt, nach dem Gesetze vom 19. März 1850 Art. 22. vor Notar und Zeugen oder an das competente Amts- und resp. Stadtgericht zu verweisen sein.

In den bei Weitem meisten Fällen jedoch, wo es auf Grundstücke und dingliche Rechte an solchen nicht ankommt, sondern die Verhältnisse einfach sind, ist die Auseinandersetzung als *causae cognitio* behuf der von den Kreisgerichten vorzunehmenden Berichterstattung accessorisches von deren Competenz eben so wenig ausgeschlossen, als z. B. ein Vergleich in einem Proceß und dessen Protocollirung (Civ.-Proc.-Ordn. §. 74. und 173.) obgleich auch ein Vergleich an und für sich zu den Rechtsgeschäften gehört. Hieran ist auch durch die neue Gerichtsverfassung nichts geändert, namentlich ist dadurch das Circularrescript vom 12. Februar 1835 nicht aufgehoben worden, und muß es daher für künftig vorkommende Fälle der fraglichen Art, dem pflichtmäßigen Ermessen des Herzogl. Kreisgerichts überlassen werden, ob dasselbe die erforderliche *causae cognitio* selbst vornehmen zu können, oder nach Beschaffenheit der Sache an das betreffende Amtsgericht verweisen zu müssen meint, wogegen die erforderliche Berichterstattung und Abgabe des Erkenntnisses nach wie vor zur Competenz des Herzogl. Kreisgerichts gehört.

Was sodann 2. die *Procedur* anlangt, so muß in Gemäßheit des Circularrescripts vom 12. Februar 1835, nach Eingang des höchsten Rescripts, in welchem die Genehmigung einer solchen Ehescheidung enthalten ist, nach wie vor ein gerichtliches Erkenntniß abgegeben werden. Die Abgabe desselben kann aber nicht mehr, wie ehemals, in *vim publicati* oder von einem Richter durch Publication in einem von ihm allein abgehaltenen Termine geschehen, weil es nach der Civilproceßordnung jetzt diese Formen von gerichtlichen Erkenntnissen nicht mehr giebt. Jetzt gehört es zu der Form der Civilerkenntnisse, daß solche in einer öffentlichen Sitzung des Gerichts verkündet werden. In künftig vorkommenden Fällen der fraglichen Art sind daher die betreffenden Ehegatten zu einer solchen öffentlichen Sitzung vorzuladen und ist ihnen in solcher die vorher in die Form eines Erkenntnisses zu bringende Scheidung ihrer Ehe zu verkünden, und darauf dieses Erkenntniß auszufertigen.

Eine öffentliche mündliche Verhandlung zwischen den Parteien braucht aber einer solchen Verkündigung nicht vorher zu gehen. Die dessfalligen Vorschriften der Civilproceßordnung sind auf Fälle der fraglichen Art nicht anwendbar, weil sie nur auf eigentliche Streitigkeiten passen, wovon aber hier, wo sich die Parteien gütlich und vertragsmäßig auseinandergesetzt haben,

wo das Erkenntniß eigentlich nur die Publication einer landesherrlichen Dispensation von allgemeinen Gesetzen enthält, und wo es nur mit alten kirchenrechtlichen Bestimmungen zusammenhängt, daß außer dem Höchsten Rescripte noch die Form eines besondern gerichtlichen Erkenntnisses erfordert wird, nicht die Rede sein kann.

Eine öffentliche mündliche Verhandlung vor Verkündung des Erkenntnisses würde allenfalls nur in einer Wiederholung des Gesuchs und der Auseinandersetzungsverhandlungen der Ehegatten bestehen können, und zu solchen Verträgen bieten die Vorschriften über öffentliche mündliche Verhandlungen vor Gericht, welche nur Erörterungen über streitige Punkte bezwecken, keinen Raum dar.

Herzogl. Kreisgericht hat sich daher in künftigen Fällen der fraglichen Art der Anordnung öffentlicher mündlicher Verhandlungen vor Verkündung der abzugebenden Erkenntnisse wie bisher zu enthalten.

Endlich 3. die Anfrage wegen der für Erkenntnisse der fraglichen Art zu erhebenden Gerichtsgebühren anlangend, so haben wir auf Anweisung des Herzoglichen Staatsministeriums dieserhalb an sämtliche Kreisgerichte hieneben ein instructorisches Rescript erlassen, von welchem dem Herzogl. Kreisgerichte ein Exemplar zugehen wird, auf dessen Inhalt wir das Herzogliche Kreisgericht hienmit verweisen wollen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 19. September 1854  
an Herzogl. Stadtgericht Wolfenbüttel.

In der Sache, die H'sche Curatel betreffend, erwiedern wir dem Herzogl. Stadtgerichte hieselbst, auf dessen Bericht vom 21. Juli d. J. unter Wiederanschluß der mitteingesandten Acten:

daß, da dem Curator des gemüthsranken H. auf erhobene Beschwerde unter Aufhebung des stadtgerichtlichen Decrets vom 13. März d. Jrs. die in der H'schen Curatelrechnung angelegten Kosten von dem hiesigen Herzogl. Kreisgerichte in dem Bescheide vom 1. Juli d. J. zugebilligt sind,

es bei dieser zweiten Entscheidung nach §. 407. der Civ.-Proc.-Ordn., welche bei der Gleichheit des Grundes und Zweckes auch auf Kostenrechnungen von Curatoren gemüthsrankter Personen analogisch anzuwenden ist, sein Bewenden hat.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 16. Juni 1855  
an Herzogl. Obergericht.

Auf den Bericht vom 9. d. Mts. wollen Wir, im Einverständniß mit der darin geäußerten Ansicht, den Kreisgerichts-Directoren für die Fälle, wo sie in dieser ihrer Eigenschaft, also nicht in Partei- oder Criminalsachen, Reisen zu machen haben, den höhern Diätensatz von 2 Thlrn. hierdurch bewilligen. Herzogl. Obergericht hat den Kreisgerichts-Director B. daher hiernach und nach der sonst vorgebrachten Ansicht zu befehlen und die übrigen Kreisgerichts-Directoren mit Nachricht zu versehen.

**Rescript Herzogl. Obergerichts vom 26. November 1855**  
**an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.**

In Folge eines Ministerialrescripts vom 16. d. Mts. Nro. 5531 ertheilen wir dem Herzogl. Kreisgerichte den Auftrag, die Localgerichte des dortigen Kreises, unter Bezugnahme auf die denselben mit dem Ministerialrescripte vom 30. Novbr. v. Jrs. Nro. 12364, wegen Aufstellung der Geschäftstabellen und namentlich der Hypothekenverzeichnisse ertheilte Instruction, dahin anzuweisen, dass in die Hypothekenbücher eingetragene Cautionscapitale bei der Zählung der ingressirten Hypotheken nicht mit in Ansatz zu bringen seien.

Diejenigen Localgerichte, welche solche Capitale bei der mit der letzten Geschäftstabelle eingesandten Uebersicht des am Schlusse des Jahrs 1854 vorhanden gewesenem Bestandes der eingetragenen Hypothekenschulden mit zur Berechnung gezogen, haben die betreffende Summe, unter deffalliger Erläuterung, in der Geschäftstabelle für 1855 wieder in Absatz zu bringen.

Zugleich hat Herzogl. Kreisgericht von den Localgerichten darüber, ob man unter den in Ansatz gebrachten Hypotheken auch das Muttergut begriffen habe, oder wie in dieser Hinsicht verfahren worden, Nachricht einzuziehen, und das Ergebniss bei Einsendung der nächsten Geschäftsübersichten bemerklich zu machen.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 15. Decbr. 1855**  
**an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.**

Nach §. 10. der Verordnung vom 9. Februar 1814 Nro. 30. sollen die daselbst genannten Behörden und Anstalten sowol in Sachen der freiwilligen als der streitigen Gerichtsbarkeit von Sporeten befreit sein, diese Sporetfreiheit soll sich aber nicht auf die Nebengebühren erstrecken.

Da Zweifel darüber entstanden sind, ob die ebengedachten, früher von Beamten als Dienstemolument bezogenen, nach Einführung der neuen Gerichtsverfassung aber für die Staatscasse zu berechnenden, Gebühren ferner von den erwähnten Behörden und Anstalten zu erheben seien, so wollen Wir hiemit bestimmen, dass sämtliche Gerichtsnebengebühren, soweit sie nicht ausnahmsweise einzelnen Beamten überwiesen, sondern für die Gerichtscasse zu betheuen sind, jedoch mit Ausnahme der Copialien, von den in der Eingangs gedachten Verordnung aufgeführten Behörden und Anstalten nicht erhoben werden, vorbehältlich deren eventueller Einziehung in dem §. 11. daselbst bemerkten Falle.

Die Herzogl. Kreisgerichte haben sich hienach zu achten, resp. die betreffenden Herzogl. Amts- und Stadtgerichte mit Anweisung zu versehen.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 20. Decbr. 1855**  
**an sämtliche Kreisgerichts-Directoren.**

Da Wir wahrgenommen haben, dass von den Herzogl. Amts- u. Stadtgerichten das gesetzlich feststehende Verhältniss zu den Kreisgerichts-Directoren in Gerichtsverwaltungs- und persönlichen



Diestangelegenheiten nicht überall beachtet ist, nach dem §. 22. des Gesetzes, die Gerichtsverfassung betreffend, vom 21. August 1849 aber die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte den Herzoglichen Kreisgerichten nicht bloß im Allgemeinen untergeordnet sind, sondern nach §. 10. daselbst die Amts- und Stadtrichter innerhalb eines Kreisgerichtsbezirks mit zu dem Personal des Kreisgerichts, als dessen abgeordnete Mitglieder, gehören, so veranlassen Wir sämtliche Kreisgerichts-Directoren hiedurch, die Herzogl. Amts- resp. Stadtgerichte im dortigen Kreisgerichtsbezirke, mit Bezugnahme auf die angeführten gesetzlichen Bestimmungen, anzuweisen, ihre Berichte in Gerichtsverwaltungs- und persönlichen Dienstangelegenheiten ohne Unterschied nicht unmittelbar an Uns, sondern an den Kreisgerichts-Director zu richten und solche unmittelbare Berichte nur, wenn Wir ausnahmsweise dieselben einzufordern Uns bewogen finden sollten, zu erstatten.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 31. Januar 1856  
an Herzogl. Obergericht.

Wir haben den gutachtlichen Bericht vom 24. dieses Monats, in Betreff der Weigerung des Herzoglichen Amtsgerichts Vorselde, Legitimationsatteste auf Antrag der Localcommissarien zu ertheilen, erhalten und wie Wir mit den darin ausgesprochenen Ansichten einverstanden sind, so veranlassen Wir das Herzogl. Obergericht, demgemäß das gedachte Herzogliche Amtsgericht mit Anweisung zu versehen.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 24. Januar 1856  
an Herzogl. Staatsministerium.

Wenn der Ausstellung begehrter Atteste, insonderheit solcher, welche die Legitimation betreffen, auf den Grund in den Registraturen vorhandener Akten, an und für sich kein Bedenken entgegen steht, so halten wir die einschlägigen Behörden allerdings verpflichtet, jene Atteste auf unmittelbaren Antrag der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission oder deren Localcommissarien auszufertigen, da die „Mittheilung von Nachrichten“, wozu §. 21. des Gesetzes vom 20. Decbr. 1834, die Organisation Herzogl. Landes-Deconomie-Commission betreffend, (1835 Nro. 2) die Verpflichtung wörtlich ausspricht, zugleich die Ertheilung amtlicher Bescheinigungen in sich begreift; überdies Verabfolgung der Grundacten auf Nothfälle zu beschränken ist und die geäußerte Ansicht, daß die Interessenten, nachdem sie von Herzogl. Landes-Deconomie-Commission zur Beibringung der Bescheinigungen schriftlich aufgefordert worden, deren Ertheilung bei den Gerichten nachzusuchen hätten, so daß diese lediglich in Folge Antrags der Interessenten die Ausfertigung zu betheiligen gehalten seien, um so weniger gerechtfertigt erscheint, als solcher Gestalt der Geschäftsgang unnütz verweiltäufigt wird, während die Behörden jechlicher Kategorie in den geeigneten Fällen zur schleunigen Erledigung von Geschäfts-Angelegenheiten wechselseitige Anshülfe willsfähig zu leisten haben; auch die Ausfertigung von Attesten zum Behufe der Separationen, Ablösungen u., möge die Ausfertigung auf Antrag der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, oder auf Antrag der Interessenten geschehen, kostenfrei erfolgen muß, — §. 92. des citirten Organisationsgesetzes, Circularrescript vom 5. Decbr. 1835 Nro. 67. —

Demnach geben wir befohlige Anweisung des Herzogl. Amtsgerichts Dorfeld, dem Antrage Herzogl. Landes-Deconomie-Commission gemäß, anheim und befehlen uns die Anlagen des hohen Beschlusses gehorsamst zurückzureichen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 19. Juli 1856  
an Herzogl. Amtsgericht Ottenstein.

Auf den Bericht vom 1. d. Mts. wollen Wir das Herzogl. Amtsgericht hierdurch autorisiren, das ihm für die Leitung des Geschäfts der Rückgabe des Guts Fehlen an die Grafen von der Schulenburg offerirte Honorar von 1 Louisd'or à Tag, imgleichen für den zuzuziehenden Protocollführer, Registrator Nehring, ein diesem offerirtes Honorar von ½ Louisd'or à Tag, anzunehmen.

Resolution Herzogl. Obergerichts vom 25. Juli 1856.

Auf die von dem Studiosus J. aus B., jetzt zu G., gegen die Verfügung Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 10. Mai d. Jrs., in der Sache, die Vormundschaft für die Kinder weiland Cammersecretairs J., eingereichte, mit dem Berichte des Herzoglichen Kreisgerichts Braunschweig vom 10/22. d. Mts. sammt den Acten übersandte Vorstellung, wird hiermit zur Resolution ertheilt, daß

da 1. Derjenige, welcher für volljährig erklärt worden, der Volljährigkeitserklärung ungeachtet bei Veräußerung von Grundstücken, in dieser Beziehung den Minderjährigen gleichstehend, an die obervormundschaftliche Genehmigung gebunden bleibt, — L. 3. Cod. de his qui veniam aetat. 2. 45. — und die entstandene Streitfrage:

ob der für volljährig erklärte über sein Capitalvermögen zu disponiren befugt sei? durch Verordnung vom 24. Januar 1771 ausdrücklich dahin entschieden ist, daß solche Dispositionen ohne obervormundschaftliche Genehmigung für statthaft nicht zu erachten seien; Volljährigkeitserklärung mithin die im §. 1. der Verordnung vom 12. April 1828 Nro. 11. festgesetzten Dispositionsbeschränkungen nicht unbedingt ausschließt;

2. obervormundschaftliche Genehmigung zu Dispositionen über die Substanz des Grund- und Capitalvermögens alsdann nicht erforderlich sein würde, wenn die landesherrliche Volljährigkeitserklärung mit dem nämlichen Inbegriffe der facultas libera de rebus suis disponendi ertheilt worden wäre

Landesfürstl. Rescript vom 8. Juli 1803, in Frederdsdorf Prompt. VII. S. 217.  
die Acten jedoch, in denen sich das landesherrliche Majorennitätspatent nicht befindet, deßfalls keine Auskunft geben,

3. überdies das großväterliche Testament im §. 4., die Anordnung einer Vormundschaft, bezüglich Curatel, über den den Kindern des weiland Cammersecretairs J., Vaters des Beschwerdeführers, zustehenden Ertheil, und zwar wie aus §. 6. des Testaments und §. 2. des Codicills hervorgeht, „bis zu deren mit dem zurückgelegten 25. Lebensjahre erlangten vollen Majorennität“, vorgeschrieben, auch §. 8. und §. 11. den (meistbietend vorzunehmenden) Verkauf der Grundstücke im Falle der Minderjährigkeit dieser Erben von der Einwilligung des Gerichts

mittelft Ertheilung eines Veräußerungs-Decrets abhängig gemacht hat und die Wirkungen besagter letztwilliger Bestimmungen durch landesherrliche Majorenmittheilungserklärung nicht beeinträchtigt werden können — L. 4. Cod. de his qui veniam aetat. 2. 45.

die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen werde.

Schreiben Herzogl. Finanzcollegiums vom 7. Januar 1857  
an Herzogl. Kreis-, Stadt- und Amtsgerichte.

Mittelft Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 2. d. Mts. ist bestimmt worden, dass an die Stelle des bei den Gerichtsverwaltungsrechnungen bisher üblich gewesenen Rechnungsjahrs, welches von Juli bis Juli lief, vom Anfange dieses Jahrs an das Kalenderjahr treten soll. Wir setzen die Herzogl. Kreis-, Stadt- und Amtsgerichte von dieser Veränderung hierdurch in Kenntniss, ersuchen demgemäß das Erforderliche anzuordnen und bemerken in dieser Hinsicht Folgendes:

1. Die für die Monate Januar, Februar und März d. Jrs. abzulegende Rechnung wird sonach als die erste Vierteljahrsrechnung des Jahrs 1857 bezeichnet werden müssen.

2. Die Zusammenstellung der Einnahme und Ausgabe bei der Recapitulation der Capitel ist nunmehr in der Reihesfolge der Kalender-Vierteljahre zu geben, dergestalt, dass die Rechnung von October, November, December jedesmal die Gesamteinnahme und Gesamtausgabe des Kalenderjahrs ausweist.

3. Das Sportelregister ist von jetzt an für jedes Kalenderjahr mit durchlaufenden, am 1. Januar mit 1 beginnenden Nummern zu führen, jedoch getrennt in 4 Heften, eins für jedes Vierteljahr zu halten.

4. ein Contobuch muss von jetzt an ebenfalls für jedes Kalenderjahr angelegt werden, jedoch ist es zulässig, das für das Jahr 1856 eingerichtete Contobuch bis zum Schlusse des Jahres 1857 beizubehalten.

5. Damit künftig durch das Armenregister die sämmtlichen Gerichtskosten, welche nicht einzuziehen stehen, nachgewiesen werden können, sind vom laufenden Jahre an in dasselbe auch diejenigen Beträge einzutragen, welche in den Capiteln III. IV. und V. der Gerichtsrechnung wegen mangelnder Executionsobjecte von der Colleenahme in Absatz gebracht werden, und ist der Sportelregisterführer anzuweisen, die Eintragungen dieser Art spätestens unmittelbar nach der Absendung jeder Gerichtsrechnung zur Revision vorzunehmen.

6. Das Inventar ist von jetzt an für jedes Kalenderjahr abzuschließen, und sonach zunächst der Bestand pro Schluss Decbr. 1856 einzutragen. Den folgenden Rubriken sind die Ueberschriften 1857. 1858. u. s. w. zu geben.

7. Die statistischen Nachweisungen, welche uns zeitlicher vor Ablauf des Monats Juli einzufenden waren, sind künftig bis zum 1. Februar und zwar die nächste für das Kalenderjahr 1857 bis zum 1. Februar 1858 uns mitzutheilen.

8. Der Zusammenstellung der Heizungskosten in der Gerichtsverwaltungsrechnung vom letzten Vierteljahre bedarf es ferner nicht mehr.

Resolution Herzogl. Staatsministerii vom 28. Februar 1857  
für den Advocaten und Bürgermeister Dr. jur. Buchholz zu Bockenem.

Wir eröffnen Ihnen auf Ihr Gesuch vom 9. v. Mts. um Zulassung zur advocatorischen Praxis im hiesigen Lande, nachdem Wir darüber den Bericht der Advocatenkammer des Herzogthums eingezogen haben, dass in Ermangelung zureichender Gründe auf diesen Antrag nicht eingegangen werden könne, Ihnen jedoch gestattet sei, für hannoversche Unterthanen, so lange von hannoverschen Gerichten das Reciprocum beobachtet wird und im einzelnen Falle keine Nachtheile davon zu besorgen sind, vor den hiesigen Gerichten aufzutreten.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 9. März 1857  
an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Mit Bezug auf unser Rescript vom 16. Juni v. Jrs. die mit dem K. K. Oesterreichischen Gouvernement abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Einführung unmittelbarer Correspondenz zwischen den diesseitigen und den K. K. Gerichtsbehörden betreffend, lassen wir in Folge Herzogl. Ministerialrescripts vom 6. d. M. Nro. 1859 des von K. K. Oesterreichischer Gesandtschaft am Herzogl. Hofe eingegangene fernere Schreiben vom 23. Februar d. J. nebst Anlage den Herzogl. Kreisgerichten zur Nachricht und Nachachtung und um davon den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten Ihres Kreises beaufigte Eröffnung zu machen, hierneben abschriftlich zufertigen.

Hannover, am 23. Februar 1857.

An den Herrn Staatsminister von Geyso u.

Aus Anlass der zwischen der Kaiserlichen und den verschiedenen deutschen Regierungen getroffenen Uebereinkunft wegen Gestattung der unmittelbaren Correspondenz der wechselseitigen Gerichtsbehörden ist von der Fürstl. Schaumburg-Lippeschen Regierung die Frage angeregt worden, wie sich die ausländischen Gerichte in jenen Fällen zu benehmen haben, wenn gerichtliche Insinuationen an Personen zu erfolgen haben, welche im österreichischen Militärdienste stehen.

Das Kaiserliche Armee-Ober-Commando hat sich nunmehr hierüber dahin ausgesprochen, dass die fremden Gerichtsbehörden, wenn ihnen die Provinz, in welcher die betreffende österreichische Militärperson ihren Standort hat, bekannt ist, sich an das Landes-General-Commando jener Provinz, sonst aber an das K. K. Armee-Ober-Commando selbst zu wenden hätten, wogegen ihnen in beiden Fällen die Erledigung der bezüglichen Requisitionsschreiben nur von dem betreffenden Landes-General-Commando, rücksichtlich den Landes-Militär-Gerichten zukommen wird.

Indem der Unterzeichnete erhaltenem Auftrage entsprechend, die vorstehende Mittheilung zur Kenntniss Sr. Hochwohlgeboren des Herzogl. Braunsch.-Lüneburg. Geheimen Legationsraths Freiherrn von Geyso zu bringen sich beehrt, überreicht er Hochdemselben zu — allfälliger weiterer Verständigung der jenseitigen Justiz-Organen über die Sitz der Kaiserl. Landes-Gene-

ral-Commanden und über die ihrem Wirkungskreise anvertrauten Provinzen — im Anschlusse ein Schema über den Standort und die geographische Begrenzung der österreichischen Landes-General-Commanden und ergreift mit Vergnügen u. (gez.) Ingelheim.

## S c h e m a

über den Standort und die geographische Begrenzung der Landes-General-Commanden des Kaiserthums Oesterreich.

Standort des Landes-General- Commando zu	P r o v i n z e n.
Wien	Nieder- u. Ober-Oesterreich, Salzburg, Steiermark und Tyrol.
Prag	Böhmen.
Brünn	Mähren.
Verona	Lombardei u. das Venetianische, Kärnthen, Krain u. Küstenland.
Ofen	Ungarn.
Hermannstadt	Siebenbürgen.
Lemberg	Galizien und Bukowina.
Agram	Croatien, Slavonien und die croatisch-slavonische Militairgrenze.
Bemeßvar	Banat, die serbische Weiwodschafft und die serbisch-banater Militairgrenze.
Zara	Dalmatien.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 23. Juni 1857  
an Herzogl. Staatsministerium auf ein Gesuch der Vorsteher der jüdischen  
Gemeinde zu Braunschweig, Eidesleistung betreffend.

Das Gesetz vom 14. Januar 1845 No. 6. hat Bestimmungen über Eidesleistungen  
der Juden getroffen und zwar

1. in den §§. 1 bis 8. für die Eidesleistungen vor Gericht oder vor Notaren,
2. im §. 11. für die (außer vor einem Notare) abzulegenden außergerichtlichen Eide, als

3. B. Erbheulidigungs-, Bürger-, Amts-, Fahren-Eide u. und hinsichtlich solcher außergerichtlichen Eide verfügt, daß sie mit der Formel:

„so wahr mir Gott helfe“

schließen sollen und vom Schwörenden die rechte Hand zum Himmel zu erheben sei.

Ob, wenn bei außergerichtlichen Eiden, nicht minder Eide und heilig zu halten, lesgedachte Form für bindend angenommen werden, die Vorschrift anderweiter Förmlichkeiten für gerichtliche Eide auf Gründen der Nothwendigkeit beruhen konnte, lassen wir an seinen Ort gestellt.

In der Str.-Proc.-Ordn. §§. 60—62. 128. und in der Civ.-Proc.-Ordn. §§. 79—82. ist für alle Schwurpflichtigen, ohne Unterschied des religiösen Glaubens, eine und dieselbe Eidesform bezeichnet, und die im rubricirten Gesuche richtig dargestellten Ständischen Verhandlungen, namentlich das Protocoll vom 6. Februar 1850 Aro. 117. lassen nicht bezweifeln, daß Landtags-Abgeordnete und Landtags-Commissarien sich zu der Ansicht vereinigt haben:

daß die in genannten Proceßgesetzen vorgeschriebenen Eidesformen auch bei Eidesleistungen der Juden anzuwenden seien.

Wenn daher promulgirte Gesetze aus Ständischen Verhandlungen practisch zu erklären, in irgend einem Falle statthaft ist, so können wir kein Bedenken tragen, vorliegende Frage unter diese Auslegungsregel zu stellen.

Allerdings ist nicht zu verkennen, daß das Reichsgesetz vom 27. December 1848, betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes, insonderheit Art. V. §. 19. auf die damalige Beurtheilung der Sache von wesentlicher Einwirkung gewesen ist. Obwol aber die Bestimmungen jenes Reichsgesetzes als solche außer Kraft getreten sind, (Gesetz vom 4. Juli 1851 Aro. 27. §. 1.) haben doch alle in Uebereinstimmung mit gedachtem Reichsgesetze vom 27. Decbr. 1848 bestehenden, bezüglich auf den Grund desselben erlassenen Gesetze als Landesgesetze, demnach die einschlägigen Vorschriften der Straf- und der Civ.-Proc.-Ordn., ihre Gültigkeit behalten (§. 3. des Gesetzes vom 4. Juli 1851 Aro. 27.) während im übrigen das Gesetz vom 23. Mai 1848 Aro. 27, wodurch alle Ungleichheiten, sowol im öffentlichen als im Privatrechte, welche Folge des Glaubensbekenntnisses sind, vorbehaltenlich der noch bestehenden Parochial-Gerechtsame und der übrigen kirchlichen Verhältnisse, aufgehoben werden, die Gleichstellung der Eidesformen, dafern hierbei das religiöse Element eine Unterscheidung begründen sollte, nicht wohl bedingen kann.

Seit Einführung der neuen Gerichtsverfassung sind, so viel wir wissen, von allen Civilgerichten die Vorschriften der Straf- und Civil-Proc.-Ordn. bei Eidesleistung auch der Juden als maßgebend angesehen und zur Anwendung gebracht und ist uns nicht bekannt, daß in dieser Beziehung Unzuträglichkeiten, welche eine Aenderung nothwendig oder wünschenswerth machen würden, sich hervorgethan haben.

Wir sind einstimmig der Meinung, daß mit Abstellung neuerlich vorgekommener Abweichungen die bisherige Uebung der Civilgerichte lediglich beizubehalten sei, als selbstverständlich voraussetzend, daß, indem bei der Eidesleistung christliche Männer die drei ersten Finger der erhobenen nach innen gelegten rechten Hand zum Himmel erheben, und christliche Frauen die drei ersten Finger der rechten Hand auf die bedeckte linke Brust legen, schwörende Juden die rechte Hand zum Himmel zu erheben haben.

Die Mehrheit unseres Collegiums ist zugleich der Ansicht, dass behuf Aufrechthaltung regelrechten Verfahrens auf vorangedeuteten Sinn der Gesetze durch landesherrliches Circular-Rescript aufmerksam zu machen genügend sein werde, wogegen von der Minderheit die Erlassung authentischer Erklärung im Wege der Gesetzgebung, zur Beseitigung der entstandenen Zweifel für nöthig, jedenfalls für angemessen und sicherer, erachtet wird.

### Höchstes Rescript vom 18. Juli 1857 an Herzogl. Obergericht.

Wilhelm, Herzog zc. Mit Beziehung auf den Bericht vom 23. v. Mts., die Jurisdictionsverhältnisse im Communion-Harzgebiete betreffend, benachrichtigen Wir das Herzogliche Obergericht hierdurch, dass Wir Uns gegen das Königlich Hannöversche Gouvernement damit einverstanden erklärt haben, dass, bis zu definitiver Regulirung der hierdurch nicht erledigten Punkte, die, auf den Grund des §. 21. des Buradorfer Conferenz-Protocolls vom 3. bis 9. Decbr. 1736, in Streitigkeiten über jura zwischen der Communion und privatis, vormalig von der Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel wahrgenommenen Zuständigkeit für die Zukunft dem Herzogl. Kreisgerichte Wolfenbüttel überwiesen werde.

Zugleich hat das Königl. Hannöversche Gouvernement den ihm, rücksichtlich der Feststellung des Legitimationspunktes in Fällen dieser Art, von Uns gemachten Vorschlag dahin angenommen, dass, zum Zwecke der baldigen Erledigung des Processus L. und Genossen, wider die Communion-Harzverwaltung, wegen Hüttenfuhren, die Communion durch die Königl. Hannöversche Berghauptmannschaft zu Clausthal und die Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke, gemeinschaftlich, zunächst für diesen einzelnen Fall, vertreten werde.

Herzogl. Obergericht hat daher das Herzogl. Kreisgericht Wolfenbüttel hiernach mit Benachrichtigung und Anweisung zu versehen, auch dem Herzogl. Kreisgerichte Sandersheim, bei Remission der mittelst Berichts desselben vom 3. October v. Jrs. an Uns eingesandten, hierbei wieder angeschlossenen, Processacten in einem Hefte, das Nöthige zu eröffnen und sich selbst zu achten und haben Wir übrigens den Großkötter L. zu L. und Genossen, mittelst Resolution vom heutigen Datum in entsprechender Weise beschieden.

### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 8. Septbr. 1857 an Herzogl. Obergericht.

Im Einverständnisse mit den im Berichte vom 2. d. Mts. No. 930. entwickelten Ansichten beauftragen Wir das Herzogl. Obergericht, das Herzogl. Stadtgericht Wolfenbüttel anzuweisen, dem Antrage der Wittve des daselbst verstorbenen Privatsecrétaires P., auf Vormundschaftsbestellung für ihre Kinder zu willfahren.

### Bericht Herzogl. Obergerichts vom 2. September 1857. an Herzogl. Staatsministerium.

Die bei Herzoglicher Kreisdirection Wolfenbüttel stattgehabten Verhandlungen lassen erschen, dass zwar

1. der weiland Privatsecretair P. in den hiesigen Landen das Wohnorts-Recht (Ges. vom 23. Januar 1832 Nro. 8.) nicht erlangt, vielmehr sein durch Geburt begründet gewesenes Wohnortsrecht in der Stadt S., somit sein Heimathsrecht im Königlich Preussischen Staate, worüber ihm unterm 8. Mai 1854 von Königl. Preussischer Regierung zu Magdeburg der Heimathschein ausgefertigt worden, beibehalten; dass aber

2. derselbe im Herzogthume Braunschweig, seit dem Jahre 1812 bis 1834 zu Immendorf, nach der Zeit bis zu seinem im Jahre 1855 erfolgten Tode zu Wolfenbüttel, seinen ordentlichen und wesentlichen Wohnsitz genommen, hier also seinen persönlichen Gerichtsstand (Civ.-Proc.-Ordn. §. 25.) gehabt hat.

Nach der mit dem Königreiche Preußen zur Förderung der Rechtspflege abgeschlossenen Uebereinkunft vom 9. Decbr. 1841 Nro. 28,

deren Bestimmungen mit Beurtheilung der politischen Heimath, d. h. Staatsangehörigkeit (vergl. Verordn. vom 23. Octbr. 1839 Nro. 26. und jetzt Verordn. vom 17. December 1851 Nro. 55) in keiner Verbindung stehen (Art. 49.) folglich davon nicht berührt werden und hinsichtlich der Competenz zu Bestellung von Vormündern dem gemeinen Rechte entsprechen,

L. 1. §. 2. Dig. de tut. et curat. dot. 26. 5.

L. ou Cod. ubi pet. tut. 5. 32.

Thibaut, Pand.-Syst. §. 399.

Schweyde, Röm. Priv.-R. §. 731.

Kraut, Vormundschaft Th. 1. §. 10. S. 87 u.

insonderheit nach Art. 8 bis 16. besagter Uebereinkunft kann keinem Zweifel unterliegen, dass die hiesigen Gerichte, namentlich Herzogl. Stadtgericht Wolfenbüttel, zur Bestellung der Personalvormundschaft für die von dem weiland Privatsecretair P. nachgelassenen, in seiner väterlichen Gewalt gewesenen, unmündigen oder minderjährigen zu Wolfenbüttel auch gebornen Kinder befugt seien, indem

der persönliche Gerichtsstand entweder durch Wohnsitz in einem Staate, oder bei denen, welche einen eigenen Wohnsitz noch nicht genommen haben, durch Herkunft im Gerichtsstande der Aeltern begründet wird (Art. 8.)

der Wohnsitz des Vaters, falls dieser noch am Leben ist, zugleich den ordentlichen Gerichtsstand der noch in seiner Gewalt befindlichen Kinder begründet (Art. 11.)

nach dem Tode des Vaters der Gerichtsstand, unter welchem derselbe zur Zeit des Ablebens seinen Wohnsitz hatte, der ordentliche Gerichtsstand der Kinder, so lange dieselben noch keinen eigenen ordentlichen Wohnsitz begründet haben, was im vorliegenden Falle nicht geschehen, verbleibt (Art. 12.)

Die Bestellung der Personalvormundschaft für Unmündige oder ihnen gleichzuachtende Personen vor die Gerichte, wo der Pflegbefohlene seinen Wohnsitz hat, gehört, bei doppeltem Wohnsitze (Art. 10.) das prävenirende Gericht competent erscheint, (Art. 16.)

übrigens, ob Jemand einen Wohnsitz in einem der contrahirenden Staaten habe, nach den Gesetzen desselben zu beurtheilen ist. (Art. 9.)

Und das Königl. Kreisgericht Salzweel, wenn selbiges in seinem Schreiben vom 9. December



v. Jrs. der Wittwe P. anheim giebt, wegen Bevormundung ihrer Kinder die nöthigen Anträge in dem letzten Gerichtsstande des Vaters zu machen, kann nach Lage der Sache nur auf den im Herzogthume Braunschweig für den weiland Privatsecretair P. zur Zeit dessen Todes zu Wolfenbüttel durch Wohnsitz begründet gewesenen persönlichen Gerichtsstand (Art. 8.) hingewiesen haben.

Wir sind daher der Meinung, dass mit der von der Wittwe P. beantragten Vormundschaftsbestellung hier zu verfahren, allerdings zulässig sei und verfehlen nicht, die uns mitgetheilten Acten im Anschlusse zurückzureichen.

**Rescript Herzogl. Obergerichts vom 7. October 1857 an den Kreisgerichts-Director von Rosenstern zu Holzminden.**

Mittels Höchsten Rescripts vom 18. Januar 1853 No. 541. ist auf den Bericht des Amtsgerichts Holzminden dem bei demselben stehenden Amtsgerichtssecretair von Alten das richterliche Votum bis auf Weiteres verliehen und demnach der Amtsgerichtssecretair Assessor von Alten befugt, den Amtsrichter in amtsgerichtlichen Richtergeschäften zu vertreten, auch wenn die im §. 16. Abs. 4. des Gesetzes über die Gerichtsverfassung gedachten Voraussetzungen nicht zutreffen. Daraus aber, dass der von Alten Richtergeschäfte bei dem Amtsgerichte zu besorgen ermächtigt worden, folgt keinesweges, dass derselbe mit zu dem Personale des Kreisgerichts gehöre und dem Amtsrichter gleich, in Gemässheit des §. 10. u. 11. des angeführten Gesetzes, an den dem Kreisgerichte obliegenden Geschäften Theil nehmen kann. Es ist also, dafern nöthig, in künftigen Fällen nicht der von Alten, sondern der Amtsrichter zur Aushilfe für kreisgerichtliche Geschäfte heranzuziehen.

Indem wir Ihnen Vorstehendes auf den Bericht vom 10. v. Mts. zur Nachachtung eröffnen, finden wir uns veranlasst überdies bemerklch zu machen, dass die Zuziehung zweier Ergänzungsrichter zu der nämlichen kreisgerichtlichen Sitzung möglichst zu vermeiden ist.

**Rescript Herzogl. Obergerichts vom 26. October 1857 an den Kreisgerichts-Director Rosenthal zu Helmstedt.**

In Gemässheit Ihres Berichts vom 7. Juli d. Jrs., die Recherche der im dortigen Kreisgerichtsbezirke befindlichen Herzogl. Amtsgerichte, insbesondere die bei dem Herzogl. Amtsgerichte Helmstedt, Schöningen und Calvörde vorgefundenen deposita gewisser Werthpapiere betreffend, remittiren wir Ihnen hierneben acta generalia des Herzogl. Kreisgerichts Helmstedt, die Recherche der Herzogl. Amtsgerichte des dortigen Kreises betreffend, imgleichen die von genannten drei Herzogl. Amtsgerichten eingesandten, die fraglichen deposita betreffenden Acten, als: 2 Actenbände des Herzogl. Amtsgerichts Schöningen, 3 Actenbände des Herzogl. Amtsgerichts Calvörde und 3 Actenbände des Herzogl. Amtsgerichts Helmstedt und bemerken dabei Folgendes:

In der Regel ist Niemand verpflichtet, den Eigenthümern von Werthpapieren die Aufbewahrung derselben ab- und dadurch Mühe und Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen. Stif-

tungen haben in dieser Hinsicht kein Privilegium vor andern Eigenthümern und sind in der Regel nicht berechtigt, die selbsteigene Aufbewahrung ihrer Werthpapiere von sich abzuweisen, solche Aufbewahrung von Andern, insbesondere von den Gerichten des Landes zu verlangen. Vielmehr sind die Administratoren der Stiftung diejenigen Personen, welchen zunächst die Aufbewahrung der ihrer Stiftungen zugehörigen Werthpapiere obliegt, wie solches auch bei vielen Hunderten solcher Verhältnisse unausgesetzt geschieht, und nach vorschriftsmäßiger Außercourserklärung und Beobachtung der sonstigen gesetzlichen Sicherheitsmaassregeln, ohne Gefahr für die Stiftungen geschehen kann.

Sollen Gerichte des Landes in die Lage versetzt werden, den Stiftungen und deren Administratoren die Aufbewahrung von Werthpapieren (im gerichtlichen deposito) ab- und damit Mühe und Verantwortung für sich, letztern eventualiter auch für die Staatscasse zu übernehmen, wenigstens leicht Weiterungen für letztere zu veranlassen, so müssen zu einer solchen exceptionellen Maassregel specielle Rechtsgründe vorhanden sein.

Dergleichen Rechtsgründe haben wir in den eingesandten Acten nicht finden können. Insbesondere ergeben sich solche aus dem, in dem Berichte des Herzogl. Amtsgerichts Helmstedt in Bezug genommenen Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 18. Mai 1851 nicht.

Dieses Rescript, dessen Einsicht wir uns, da Sie dasselbe unserer Aufforderung vom 9. Mai d. Jrs. ungeachtet nicht mit eingesandt, auf anderem Wege verschafft haben, ergiebt nur, daß außer Cours erklärte Werthpapiere nicht mit an die Leihbanscassen abgeliefert zu werden brauchen, sondern bei den Herzogl. Amtsgerichten in deposito verbleiben können. Es setzt aber dabei natürlich voraus, daß Rechtsgründe zur Deposition überhaupt vorliegen, weil, wenn dieses nicht der Fall ist, die Herzogl. Amtsgerichte die Deposition nicht vorzunehmen brauchen, ja wegen Incompetenz nicht vornehmen dürfen und alsdann natürlich auch vom Verbleiben im deposito daselbst keine Rede sein kann.

Hieraus folgt, daß die Herzogl. Amtsgerichte Helmstedt, Schöningen und Calvörde die in Rede stehenden in unserm Rescripte vom 9. Mai d. Jrs. näher angegebenen Werthpapiere an diejenigen Personen, welche solche bei ihnen deponirt haben, zurückzugeben berechtigt und verpflichtet sind, wobei nur zu beobachten ist, daß solches unter Mitwissenschaft, nöthigenfalls Mitwirkung der, den betreffenden Administratoren vorgelegten Behörden geschehe, um so mehr, in sofern letztere die Deposition bekannt, resp. von ihnen selbst veranlaßt oder vermittelt ist.

Sie werden nun hierdurch beauftragt, den betreffenden Herzogl. Amtsgerichten die nach Vorstehendem erforderlichen Anweisungen zugehen zu lassen und deren Befolgung zu überwachen und auf solche zu halten.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 15. Januar 1858  
an Herzogl. Amtsgericht Thedinghausen.

Auf Ihren, wegen der von dem Handkötter K. zu S. beabsichtigten Verpfändung und für dessen Kinder erster Ehe beigeordnete Specialcuratel erstatteten Bericht vom 16. August/11. September d. Jrs. erwidern wir, nachdem wir darüber vom Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig Bericht eingezogen haben, Folgendes:

Die in (Pro. 13.) der landesherrlichen Verordnung vom 6. Mai 1828 §. 1. enthaltene Vorschrift: dass die über Vormundschaften und Curatelen bestehenden besondern Vorschriften auf das dem Vater am Vermögen seiner Kinder zustehende Verwaltungsrecht keine Anwendung finden sollen, ist — wie Unterschrift und Einleitung der Verordnung nicht zweifelhaft lassen, wo speciell der, nach gemeinem Rechte zu beurtheilenden, Veräußerungsbefugnisse des Vaters gedacht wird — auf dieses Verwaltungsrecht in seinem ganzen Umfange und nicht auf Verwaltungsacte im engeren Sinne zu beziehen. Landesgesetzlich hatte das Herzogl. Amtsgericht daher und da keine besondern Umstände indicirt waren, welche dazu hätten führen können (§. 3. der cit. Verordnung) auch keinen genügenden Grund, wegen der von dem 2c. R. beabsichtigten Verpfändung und Veräußerung eine Specialcuratel, die mit den in der Regierungs-Verfügung vom 3. Februar 1814 §. 48—52. enthaltenen Bestimmungen verbunden wäre, anzuordnen und eben so wenig konnte dem Herzogl. Kreisgerichte zustehen, dabei eine obervormundschaftliche Genehmigung zu ertheilen; gemeinrechtlich ist dieses Verfahren ebenfalls nicht zu begründen, denn in den Fällen, wo dem Vater die Veräußerung von Muttergut seiner Kinder erlaubt ist — L. 8. §. 4. 5. Cod. de bon. quae liber. — bedarf es zur Rechtsbeständigkeit der Veräußerung eines Veräußerungs-Decrets von Seiten der obervormundschaftlichen Behörde nicht. Es muss daher in Fällen der fraglichen Art den Contrahenten selbst überlassen bleiben, theils nachzuweisen, dass die Umstände zu der beabsichtigten Disposition rechtlich ermächtigen, theils dass dieses der Fall sei, sich zu vergewissern, sowie dem Gerichte als solchen und als Hypothekenbehörde sich diese Nachweisung ertheilen zu lassen, und darüber zu cognosciren.

Da nun das Herzogl. Kreisgericht seine Zustimmung zu den fraglichen Dispositionen seinem Erlasse und Berichte zufolge lediglich aus diesen formellen Bedenken vorenthalten hat, (wobei es übrigens auszuführen sucht, dass die früher vorgenommene Veräußerung der Parcele, weil deren Besitz für den Hof sich als eine Last herausgestellt habe, also nicht bloß als des Nutzens wegen ausgeführt anzusehen gewesen) so müssen die weitem Maassnahmen lediglich Herzogl. Amtsgerichte überlassen bleiben und steht dessen Antrage nicht zu willfahren.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 15. Februar 1858 an Herzogl. Staatsministerium.

Das Gesuch des Amtsgerichtsregistrators B. zu Gandersheim, diejenigen bei Herzogl. Amtsgerichte Gandersheim anhängigen Curatelen, deren Verwaltung ihm übertragen worden, fortführen zu dürfen, können wir auf keine Weise zur Willfährung empfehlen.

Nachdem schon im Landtagsabschiede von 1619 Art. 6. bestimmt worden,

dass die Rätthe und Secretaire in der Rathsstube und in dem Hofgericht des Advocirens, Consulirens und Sallicitirens an dem Orte, da sie und ein jeder in specie in judicio mit sitzen, sich gänzlich zu enthalten haben,

Bestimmungen, welche dem gemeinen Rechte

L. 5. Dig. de offic. asses. 1. 22.

L. ult. Cod. de assessor. 1. 51.

gemäß und denen in der Canglei-Ordnung von 1651 Art. 9. 10. 11. 12. 14. 15. und der

Hof-Ger.-Ordn. von 1663 Art. 9. 17. entsprechend sind, hat die landesherrliche Verordnung vom 19. Februar 1778 mit hinzugefügten Strafandrohungen weiter vorgeschrieben:

dass die bei den Fürstl. Aemtern angelegten Actuaren für Unterthanen desjenigen Amtes oder Gerichtes, bei denen sie stehen, in allen denjenigen Sachen, die vor dem Gerichte ihres Ortes ventilirt werden, oder weshalb auf die Memorialie demnächst Berichte zu erstatten sind, desgleichen für Auswärtige in Sachen, die vor ihrem Gerichte rechts-hängig sind, mit Anfertigung von Memorialen und Vorstellungen und ähnlichen Nebenbeschäftigungen, da solches eine Art von Prävarication involvire, und also mit ihren Amtspflichten nicht vereinbar sei, sich nicht abgeben sollen.

Jene Vorschrift und die ihr zum Grunde liegenden Motive treffen vollkommen zu bei den jetzigen Registratoren, deren Geschäfte früherhin von den Secretairen und Actuaren mit besorgt wurden, indem den Registratoren die Ordnung und Aufbewahrung der Acten, die Beschaffung der Expeditionen, Beaufsichtigung der Insinuationen zc., zum Theil auch, wie namentlich dem Wittsteller, die Protocollführung obliegt, so dass denselben bei ihren Gerichten anhängige und vor diesen zu rechtfertigende Curatel-Verwaltungen zu gestatten, den Gesetzen entgegen sein, auch, weil zu Collisionen (Str.-Proc.-Ordn. §. 16. Civ.-Proc.-Ordn. §. 46.) Anlass gegeben und die amtliche Stellung unschwer zu Verfolgung unlauterer Zwecke gemissbraucht werden kann, weder passend, noch rathsam erscheinen würde.

„Einiger Nebenverdienst ist (den untern Gerichtsbeamten) zu gönnen, sofern ihre Amtsgeschäfte nicht darunter leiden und damit bestehen können“ (Verordn. vom 19. Febr. 1778). Aus diesem Grunde halten wir ebenfalls bedenklich, dem Registrator B. die, eventuell allerdings (Staatsdienstgesetz §. 25.) nöthige, Erlaubniß zu den übrigen erwähnten Geschäftsführungen für Privatpersonen zu ertheilen, da derselbe auch hinsichtlich solcher Geschäftsführungen, wiewol nicht im gleichen Maße als bei den Curatelen, mancherlei Verhandlungen vor dem Herzogl. Amtsgerichte Gandersheim sich unterziehen zu müssen, in die Lage kommen kann.

#### Bericht Herzogl. Obergerichts vom 20. Februar 1858.

In der Sache, betreffend die Beschwerde des Obergerichts-Advocaten G. zu B., als Vollstreckers des Testaments der Wittve des Obercommissairs J. daselbst, Imploranten, wegen gerichtlicher Verlassung und Cession, wird auf die vom Imploranten übergebene mit dem Berichte des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 18./20. v. Mts. sammt den Acten eingesandte Beschwerde, nachdem auch die kadtgerichtlichten Acten mit dem Berichte vom 8/12. d. Mts. eingegangen,

#### in Erwägung

1. dass zwar die Wittve J. in ihrem unterm 8. August 1849 errichteten, am 25. Septbr. 1856 publicirten Testamente §. 12 und 16. die Veräußerung und Einziehung der zu ihrem Nachlasse gehörigen Grundstücke und Capitalien gestattet, sogar angeordnet hat, und in solchen Fällen nach den Vorschriften des Römischen Rechts

L. 1. §. 2. L. 14. Dig. de reb. eor. 27. 9.

L. 1. 3. Cod. quando decreto opus non est. 5. 72.

zur Veräußerung von Grundstücken und zur Erhebung von Capitalien, bei welchen  
B e g e's Repert. VIII. Th.

Minderjährige betheiligt sind, der obervormundschaftlichen Genehmigung es nicht bedarf; daß jedoch

2. die Landesgesetze abweichende Bestimmungen enthalten, indem
  - a. die Verordnung vom 3. Februar 1814 §. 50. die vorgängige Einholung der obervormundschaftlichen Genehmigung zu Verfügungen über Grundstücke und Capitalien, welche Pflegsbefohlenen zustehen, allgemein vorgeschrieben,
  - b. das landesherrliche Rescript vom 18. August 1816 die obervormundschaftliche Genehmigung auch alsdann, wenn der Erblasser die Veräußerung im Testamente angeordnet habe, für nothwendig erklärt,

und hiervon lediglich der Fall

„daß die Verfügung über Grundstücke und Capitalien der Minderjährigen vermöge „vollkommener Rechte eines Dritten angefordert werden können“

ausgenommen hat,

- a. sothane Bestimmungen in das Gesetz vom 15. Octb. 1832 Art. 33. §. 12. Abs. 2. übergegangen und zufolge §. 20. des Gesetzes vom 19. März 1850, die Einführung der Gerichtsverfassung betreffend, ungeändert bestehen geblieben sind, und

daß

3. das Vorhandensein des berührten Ausnahmefalls nicht nachgewiesen ist; die Beschwerde als nicht begründet abgewiesen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 2. März 1858  
an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig.

Nachdem Wir Uns veranlaßt gefunden haben, über den Bericht vom 17. Novb. v. J. das Gesuch der Vormundschaft der minderjährigen Kinder des verstorbenen Kreisrichters G. Hieselbst, um Gestattung, fremde Werthpapiere beibehalten zu dürfen, betreffend, die gutachtliche Aeußerung Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Wir Abschrift des von demselben unterm 15. v. Mts. erstatteten Berichtes dem Herzogl. Stadtgerichte hierbei zugehen und wie Wir mit der darin ausgeführten Ansicht einverstanden sind, so müssen Wir Bedenken tragen, dem Gesuche in beantragter Maasse statt zu geben.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 15. Februar 1858  
an Herzogl. Staatsministerium.

In dem Nachlasse des weiland zc. G., welcher auf die hinterlassene Wittve und fünf minderjährigen Kinder zu gleichen Theilen vererbt ist, befinden sich verschiedene Meissenburger Pfandbriefe und andere Werthpapiere zum Courswerthe von insgesamt 2870 Thlr. 16 Sgr.; die zur Vormünderin bestellte Wittve G., welche inzwischen von eingehobenen Nachlassgeldern eigenmächtig 500 Thlr. zum Ankaufe von dergleichen Werthpapieren verwendet hatte, erhielt vom Herzogl. Stadtgerichte Auflage, von erstern  $\frac{1}{2}$  zu veräußern und den Erlös nebst  $\frac{1}{2}$  der Legibemerken unbesugt veransgabten 500 Thlr. vorschriftsmäßig zinsbar zu belegen; die Vor-

münderin hat nun anderweit darum nachgesucht, die Werthpapiere beibehalten zu dürfen, hat Sicherheit ihrer Mündel gegen etwaige daraus entstehende Nachtheile durch Pfandbestellung angeboten, und da das vormundschaftliche Personal diese für ausreichend hält und das Gesuch billigt, Herzogl. Stadtgericht auch gleicher Ansicht ist, jedoch dafür hält, daß nach den bestehenden Gesetzen die Genehmigung nicht erteilt werden könne, so hat dasselbe um höchste Dispensation einberichtet, ohne aber zuvor die Genehmigung oder Aeußerung des Herzogl. Kreisgerichts nach §. 50. der Verordnung Herzogl. Regierungs-Commission vom 3. Februar 1814, das Verfahren der Gerichte betreffend, §. 12. des Gesetzes vom 15. Octbr. 1832, das Justizwesen betreffend, §. 20. des Gesetzes vom 21. Aug. 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, einzuholen, welches auch zu dem beabsichtigten Zwecke hätte geschehen müssen.

Höchstes Rescript vom 18. August 1816. (Bege Repert. I. S. 161.)

und vom 14. Februar 1826. (Verordn.-Samml. de 1826. No. 4.

Aber auch abgesehen von diesem formellen Bedenken können wir den Antrag des Herzoglichen Stadtgerichts nicht für statthaft ansehen.

Nach der landesherrlichen Verordnung vom 8. November 1703. Rescript vom 28. Juni 1753. Declaration vom 12. Juli 1844. und vom 9. Januar 1798, sollen Pupillen-Gelder auf sichere Hypothek, bei Herzogl. Leihhause oder durch Ankauf von Cammer- oder Landes-Schuldverschreibungen zinsbar belegt und von den Vormündern eines Theils auf hinlängliche Sicherheit, andern Theils auf den vortheilhaftesten Ertrag, der dadurch zu erzielen, mit allem Fleiße Bedacht genommen werden; auch haben Vormünder bei Antritt ihres Amtes unter eigener Verantwortung gewissenhaft und sorgfältig zu prüfen, ob die auf die Mündel vererbten Capitale mit hinlänglicher Sicherheit versehen sind und nach den gewonnenen Resultaten — selbstverständlich unter obervormundschaftlicher Autorisation §. 50. der Verordn. vom 3. Februar 1814 cit. — die Einziehung derselben oder deren Stehenlassen zu beschließen; hierbei wird ein Vormund wenigstens in der Regel kein wohlbegründetes Urtheil gewinnen können, ob dergleichen ausländische Pfandbriefe, Anleihe-Obligationen und Prioritäten auf hinlänglicher Sicherheit beruhen, weil ihm Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse und Gesetze nicht beizubringen, auch wird er die Capitalien aus gleichem Grunde bei seiner Verwaltung nicht vollständig überwachen können und die Obervormundschaft sich in gleicher Lage befinden und daher in der Regel die Einziehung von dergleichen Capitalien zu geschehen haben, allein im vorliegenden Falle kommt in Betracht, daß wegen solcher Capitalien hier zur Sicherheit Unterpfand offerirt ist, und wenn die Capitalien auf solche Weise hinlänglich gedeckt werden, darauf nichts ankommen kann, ob der Anleiher selbst oder ein Dritter die Sicherheit bestellt; es scheint uns daher nicht, daß eine obervormundschaftliche Genehmigung, wenn solche als statthaft angesehen werden würde, durch bestimmte Gesetze verhindert wird, so daß ohne landesherrlich erteilte Dispensation das Ueber-einkommen nicht sollte zu Stande gebracht werden können, und die Sache im gewöhnlichen Verfahren zur Erledigung gebracht werden zu müssen.

Wir halten schon hiernach den Antrag des Herzogl. Stadtgerichts nicht für begründet und geben, bei Wiederbeifügung der uns mitgetheilten Acten, die Bescheidung desselben ganz gehorsamt anheim.

## Erlass Herzogl. Finanzcollegiums vom 12. März 1858.

Da von einigen der Herzogl. Gerichte Anfragen darüber an uns ergangen sind, wie die Tariffätze zur Berechnung der Copialien, sowie die festen Entschädigungsätze für Belöstigung, Lagerstroh, Wäsche der Gefangenen und für Heizung und Erleuchtung der Gefängnisse nach Einführung des neuen Münzsystems zur Anwendung zu bringen seien, so nehmen wir hiervon Veranlassung, den sämtlichen Herzogl. Gerichten die Mittheilung zu machen, dass unserer Ansicht nach bis zu erfolgter Abänderung der fraglichen Sätze Seitens Herzogl. Staatsministeriums die Liquidationen der Schreiber und Gefangenwärter nach alter Münze aufzustellen und erst die Endsummen in neue Münze umzurechnen sein werden und ersuchen die betreffenden Liquidanten mit deffalliger Anweisung zu versehen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 3. April 1858  
an Herzogl. Amtsgericht Wolfenbüttel.

Wir haben es für angemessen erachtet, über den Antrag im Berichte vom 19. Februar d. Jrs. die Curatel für den abwesenden M. aus G. betreffend, die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Abschrift des von demselben unterm 12. v. Mts. erstatteten Berichts dem Herzogl. Amtsgerichte hiebei zugehen, und wie Wir mit den darin entwickelten Ansichten einverstanden sind, so können Wir uns nicht bewogen finden, dem gemachten Antrage zu entsprechen.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 12. März 1858  
an Herzogl. Staatsministerium.

Von den muthmaasslichen Intestaterben des verschollenen Soldaten M. aus G. ist beantragt, dass ihnen dessen unter Curatel befindliches Vermögen, behuf Ersparung der Kosten der Todeserklärung, gegen Uebernahme solidarischer Verpflichtung zur Restitution für den Fall, dass der Verschollene zurückkehren oder näher Berechtigte sich melden sollten, ausgeantwortet werde, und Herzogl. Amtsgericht Wolfenbüttel hat in seinem Berichte vom 19./24. Februar d. Jrs. die Ermächtigung, dem Antrage zu willfahren, bei Herzogl. Staatsministerium nachgesucht.

Ueber den Auslieferungsantrag zu entscheiden, wird zur Competenz der Gerichte, nach Beschaffenheit der Sache im Verfahren der streitigen oder der freiwilligen Gerichtsbarkeit, gehören, während Gründe für die Entscheidungs-Competenz Herzogl. Staatsministeriums weder angeführt noch erkennbar sind.

Abgesehen hiervon, halten wir den Antrag nicht zweckentsprechend. Der Verschollene ist bis dahin, dass er in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise (Verordn. vom 5. Januar 1824 No. 1. Civ.-Proc.-Ordn. §. 274. No. 2.) für todt erklärt und so lange die Todeserklärung durch gerichtliches Erkenntniss nicht ausgesprochen worden, als lebend zu behandeln. Ein eigentlicher Beerbungsfall kann vorher nicht eintreten, und Dispensation von den hierüber bestehenden gesetzlichen Normen, weil dem Rechtsschutze unterstellte Rechte des Verschollenen verlegend, nicht ertheilt werden (Landschafts-Ordn. §. 6.

Dagegen würde allerdings zulässig sein, den Verwandten und muthmaasslichen Intestaterben das Vermögen des Verschollenen gegen Cautionsleistung einstweilen auszuhändigen, folchergestalt aber die Angelegenheit nahebei stehen bleiben, wo sie jetzt ist.

Zufolge der Bestimmungen der Landesgesetze (Verordn. vom 3. Februar 1814 §. 50. und 51.) ist anscheinend für die Verwandten des Verschollenen ein Mehreres als der Anspruch auf Ertheilung der cura legitima nicht begründet, so dass sie die Administration des Vermögens gegen Cautionsleistung erhalten können, gleichwol bis zum Beweise des Todes oder bis zur erwirkten Todeserklärung den gewöhnlichen für Vormünder und Curatoren wegen Ausleihung der Capitalien, Wiederbelegung der überschüssigen Zinsen, Rechnungsablage, Einholung von Veräußerungs-Decreten u. s. w. eintretenden Obliegenheiten unterworfen sind.

Sollte jedoch in Annäherung an Grundsätze, welche als gemeines deutsches Recht angesehen werden, der Ausantwortung des Vermögens Verschollener an die muthmaasslichen Intestaterben gegen Caution zu dem Werthe des Vermögens gleichkommenden Betrage, die Wirkung beizulegen sein, dass die als Curatoren zugelassenen Erben in Betreff der Vermögensverwaltung von den Verpflichtungen der Vormünder und Curatoren, insonderheit von jährlicher Rechnungsablage entbunden seien und dass sie die Nutzungen für sich beziehen und erwerben (tutela fructuaria), wenigstens Rechnungsablage und Nutzungsrestitution auf den Fall, dass das Vermögen herauszugeben ist, beschränkt bleibe, so erscheint dieser Art Vermögens-Auslieferung gegen Caution lediglich als provisorische Maassregel, welche in solcher Eigenschaft bis zu der Zeit fortdauern muss, dass der Tod des Verschollenen erwiesen oder die Todeserklärung durch Erkenntniss des competenten Gerichts ausgesprochen wird, dass also auch vorher das Ende der Verwandten-Curatel nicht eintreten, die (übrigens nicht durch bloßes Versprechen, sondern mittelst Beschaffung reeller Sicherheit zu leistende) Caution nicht eher erlöschen, die definitive Regulirung, vom Beweise des Todes oder von Todeserklärung abhängig, nicht früher bewerkstelligt werden kann.

Angemessener würde im vorliegenden Falle, behuf Enderledigung der Curatel und Herbeiführung eigentlicher Erbfolge, auf Todeserklärung des Verschollenen angetragen werden. Die Kosten können so bedeutend nicht sein, da der Verschollene, im Jahre 1787 geboren, wenn er noch lebt, das 70. Lebensjahr überstanden hat, und schon dieses höhern Lebensalters wegen der Antrag gestellt werden darf, mithin die besondern Vorschriften, welche über Todeserklärungen aus den Feldzügen von 1807 bis 1815 nicht zurückgekehrter Militairpersonen in der Verordnung vom 5. Januar 1824 Nro. 1. gegeben sind und das hier bezeichnete Verfahren zur Anwendung zu bringen nicht nöthig ist, vielmehr nach den allgemein günstigen Bestimmungen der Civ.-Proc.-Ordn. §. 274. Nro. 2. §. 278. 281. procedirt und mit der Edictalladung des Verschollenen zugleich die Edictalladung derjenigen, welche näheres oder gleich nahe Erbrecht zu haben vermeinen (Civ.-Proc.-Ordn. §. 275. Nro. 2 und 3.) verbunden werden kann.

#### Höchstes Rescript vom 3. April 1858.

Wilhelm, Herzog v. Im Verfolg Unseres Rescripts vom 18. Juli vor. Jrs., die Jurisdictionsverhältnisse im Communio-Parzgebiete betreffend, eröffnen Wir dem Herzogl. Obergerichte hierdurch zur Nachricht und Nachachtung, auch um das Herzogl. Kreisgericht Wol-



senbüttel mit entsprechender Benachrichtigung und Anweisung zu versehen, dass, nach einer von dem Königl. Hannoverschen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mittelst Schreibens vom 20. v. Mts. abgegebenen Erklärung, die Königl. Hannoversche Regierung sich definitiv damit einverstanden erklärt hat, dass die Communion in Rechtsstreitigkeiten mit Privatpersonen, durch die Königl. Hannoversche Berghauptmannschaft zu Clausthal und die hiesige Herzogliche Cammer, Direction der Bergwerke, gemeinschaftlich activ und passiv vertreten werde.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 12. April 1858  
an Herzogl. Kreisgericht Blankenburg.

Wir haben die Vorstellung Herzogl. Kreisgerichts vom 21. Februar d. Jrs., wegen Schutzes in dessen richterlicher Unabhängigkeit gegen Verfügungen des Herzogl. Obergerichts in einer Privatauflagesache B. wider U., erhalten und darüber den Bericht jenes Dicastriums eingezogen.

Die An- und Ausführungen des Herzogl. Kreisgerichts reduciren sich, ihrem wesentlichen Inhalte nach, auf die beiden Punkte:

1. dass durch die angefochtenen Verfügungen des Herzoglichen Obergerichts die richterliche Unabhängigkeit des Herzoglichen Kreisgerichts bei Beurtheilung von Rechtsachen beeinträchtigt werde und
2. dass das Herzogliche Obergericht zur Erlassung von instructorischen Anweisungen der fraglichen Art überhaupt nicht competent sei.

Allein weder in der einen noch in der andern Beziehung kann der Ansicht des Herzogl. Kreisgerichts beigegeben werden; denn

ad 1. bezieht sich die von demselben allegirte Vorschrift im §. 193. des Landesgrundgesetzes nur darauf, dass bei der Aburtheilung von Rechtsachen, also bei der Urtheilsfällung, die Gerichte in allen Instanzen in voller Freiheit der Meinung, nach bestem Wissen und Gewissen, zu entscheiden haben; im vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht hierum, sondern lediglich um Verfügungen, welche die Proceßleitung betreffen, und

ad 2. ist es ein Ausfluss des dem Herzogl. Obergerichte nach §. 22. des Gerichtsverfassungsgesetzes zustehenden Obergerichtsrechtes, wenn dasselbe Anweisungen der in Rede stehenden Art, welche das Untersuchungsverfahren betreffen, erlässt, sowie denn die Befugniß dazu noch daraus sich ergibt, dass, nach Vorschrift des §. 36. Abs. 1. der Str.-Proc.-Ordn. bis zur Anklage nach den Regeln des Untersuchungsprocesses verfahren werden soll und zwar unter der amtlichen Aufsicht der Kreisgerichte, woraus mit Nothwendigkeit gefolgert werden muss, dass, wenn schon die Kreisgerichte die bezüglichen zweckdienlichen Weisungen berechtigt sind, solche Befugniß, wenigstens im gleichen Maaße, dem Herzogl. Obergerichte, als dem höhern Inhaber jenes Aufsichtsrechtes, zustehen muss.

Aus diesen Gründen ist es unthunlich, auf die von dem Herzogl. Kreisgerichte gestellten Anträge einzugehen.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 19. Juni 1858  
an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig.**

In dem nebst den mitangeschlossenen Acten angeschlossenen Berichte vom 3. v. Mts. hat das Herzogl. Amtsgericht Riddagshausen darauf angetragen, ihm die Genehmigung zur Führung der Vormundschaft für die von dem verstorbenen Tagelöhner B. aus G. im Königreiche Hannover hinterlassene minderjährige Tochter, Louise Henriette B., jetzt zu Riddagshausen, zu ertheilen.

Wir haben uns veranlaßt gefunden, über die vorliegende Frage die gutachtliche Meinung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Abschrift des von demselben unterm 14. v. Mts. erstatteten Berichts dem Herzogl. Kreisgerichte hiebei zugehen und beauftragen, im Einverständnisse mit der darin entwickelten Ansicht, dasselbe, das Herzogl. Amtsgericht Riddagshausen mit entsprechender Bescheidung und Anweisung zu versehen.

**Bericht Herzogl. Obergerichts vom 14. Juni 1858  
an Herzogl. Staatsministerium.**

Das Recht und die Pflicht zur Bestellung von Vormündern ist Bestandtheil, Zubehör, der Civiljurisdiction, und vermöge der freiwilligen Gerichtsbarkeit dem ordentlichen Richter der Person zuständig. Die Competenz richtet sich daher nach dem Wohnsitze des Pflégkings. Auf Wohnortsrecht kommt es hiebei nicht an und eben so wenig darauf, ob der zu bevormundende Inländer oder Angehöriger eines anderen Staates ist, indem schon durch den Gerichtsstand des Wohnsitzes — Civ.-Proc.-Ordn. §. 25. — die Befugniß zur Vormundschafts-Anordnung, folgeweise zur Beaufsichtigung der Vormünder, begründet wird.

Da der Tagelöhner B. aus G. Königl. Hannöverschen Amts Wohlbergen, obwol derselbst heimaths- und wohnortsberechtigt, seinen wesentlichen Wohnsitz in Riddagshausen und hier seinen allgemeinen persönlichen Gerichtsstand zur Zeit seines Todes gehabt hat, und dieser Gerichtsstand der minderjährigen Tochter des Verstorbenen so lange verbleibt, bis sie anderwärts einen eigenen Wohnsitz erwirbt, so halten wir die vom Herzogl. Amte Riddagshausen erbetene Höchste Genehmigung zur Fortsetzung der bereits übernommenen Vormundschaft nicht für erforderlich, müssen vielmehr der Ansicht des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig beitreten, daß etwaige Abgabe der Vormundschaft an Königl. Hannövr. Gerichte erst alsdann in Frage kommen könne, wenn die Pflégbefohlene einen neuen ordentlichen Wohnsitz im Königreiche Hannover erlangen sollte. zc.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 26. Juni 1858 an den  
Kreisgerichts-Director Boges zu Wolfenbüttel.**

In Verfolg Unseres Rescripts vom 19. d. Mts., die Vertretung des Staatsanwalts G. daselbst, durch den Referendar R. betreffend, lassen Wir Ihnen Abschrift des von dem Herzogl. Obergerichte unterm 21. d. Mts. erstatteten gutachtlichen Berichts hiebei zugehen und

wie Wir mit der darin vorgetragenen Ansicht einverstanden sind, so hat es bei der durch das angezogene Rescript bereits vorläufig getroffenen Verfügung sein Bewenden.

**Bericht Herzogl. Obergerichts vom 21. Juli 1858  
an Herzogl. Staatsministerium.**

Die Staatsanwälte gehören nicht zu den richterlichen Beamten. (Gesetz, die Gerichtsverfassung betreffend, §. 26. Abs. 1.) Es ist also nicht nöthig, dass ihnen das richterliche Votum beigelegt wird (§. 26. Abs. 2.) und dass sie den Richter-Amts-Eid leisten und der jetzige Oberstaatsanwalt Schulz ist nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Mitglied des Competenz-Gerichtshofes (Gesetz vom 19. Mai 1851 No. 19. §. 4.) auf das Richteramt beeidigt worden, Ertheilung des richterlichen Votums und Beeidigung auf das Richteramt ist hinsichtlich der Staatsanwälte behuf Ausübung ihrer Amtsfunctionen nicht erforderlich, kann mithin auch für diejenigen, welchen im geeigneten Falle die Vertretung des Staatsanwalts von dem Oberstaatsanwälte oder dem behinderten Staatsanwälte aufgetragen wird (Gesetz, die Gerichtsverfassung betreffend §. 26. Abs. 3.) nicht als Bedingung der Vertretungsfähigkeit angesehen werden, vielmehr muss vollkommen genügend erscheinen, wenn solche Beauftragte das Richter-Amts-Examen bestanden, solchergestalt die Qualification zu Staatsanwälten ernannt zu werden, erlangt haben (§. 26. Abs. 1.) zumal bei Behinderung des Amtsrichters durch unerwartete Umstände der Amtsgerichtssecretair, sofern er nur über seine Qualification zum Richteramte sich ausgewiesen hat (Gesetz vom 5. März 1850 No. 8. §. 8.) mit den Richtergeschäften beauftragt werden kann. (Gesetz, die Gerichtsverfassung betreffend §. 16. Abs. 4.)

Dass die zu Ergänzungsrichtern designirten Personen (§. 11.) in Verbindungsfällen der Staatsanwälte auch zur Aushilfe in deren Geschäften verpflichtet sind (§. 26. Abs. 2.)

und dass, wenn in einer öffentlichen Sitzung, bei welcher der Staatsanwalt nothwendig ist, dieser nicht erscheint, der Vorsitzende des Gerichts dessen Vertretung durch einen Richter anzuordnen hat, (§. 26. Abs. 4.)

kann, weil eine Verpflichtung der Ergänzungsrichter statuierend und als lediglich dem Gerichtsvorsitzenden gegebenes Regulativ, im Uebrigen die Beurtheilung der Vertretungsfähigkeit nicht bestimmen.

Solchemnach und da der Referendar M. hieselbst, die Richter-Amts-Prüfung bestanden hat, sind wir der Meinung, dass dessen Zulassung zur Vertretung des Staatsanwalts von Beilegung richterlichen Votums und Beeidigung auf das Richteramt nicht abhängig, somit das in dieser Beziehung gestellte Begehren nicht gerechtfertigt sei.

**Rescript Herzogl. Staatsministerium vom 30. Juni 1858  
an Herzogl. Stadtgericht Wylfenbützel.**

Wir haben auf den fernerweiten Bericht vom 29. v. Mts., wegen der von dem Advocat-Anwalt M. zu W. beabsichtigten Adoption der Hermine D., Uns veranlaßt gefunden, die tatsächliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts über die vorliegende Rechtsfrage einzuziehen,

lassen Abschrift des von demselben unterm 21. d. Mts. erstatteten Berichts dem Herzogl. Stadtgerichte hiebei zugehen und weisen, im Einverständnisse mit der darin entwickelten Ansicht, Herzogliches Stadtgericht an, den Advocat-Anwalt M. derselben gemäß zu bescheiden und eventuell weiter zu verfahren.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 21. Juni 1858  
an Herzogl. Staatsministerium.

Der Advocat-Anwalt M. hieselbst, 54 Jahre alt, verheirathet seit 20 Jahren mit Amalie St., jetzt ohne Kinder und ohne Hoffnung auf Nachkommenschaft, beabsichtigt die 9jährige Hermine D., eheliche Tochter des Seilermeisters D. in S., welche dieser mit einer Schwester der M'schen Ehefrau erzeugt hat, unter Zustimmung deren genannten Vaters an Kindesstatt anzunehmen, dergestalt, daß dieselbe aus des D. väterlicher Gewalt ausscheiden, in dem Verhältnisse eines leiblichen ehelichen Kindes der väterlichen Gewalt des M. unterworfen werden, auch des Letzten Namen führen soll, und hat gebeten, solche, von ihm „Arrogation“ bezeichnete, Annahme an Kindesstatt Höchsten Orts zu genehmigen und zu bestätigen.

Hinsichtlich der Annahme an Kindesstatt sind, so viel wir wissen, keine besonderen Landesgesetze ergangen, mithin die gemeinrechtlichen Bestimmungen zur Anwendung zu bringen.

Da Hermine D. nicht sui juris, vielmehr in väterlicher Gewalt ihres natürlichen Vaters ist, so kann vorerst Arrogation im eigentlichen Sinne nicht, sondern nur Adoption stattfinden,

§. 1. Inst. de adopt. 1. 11.

und diese, weil M. nicht zu den blutsverwandten Ascendenten der Hermine D. gehört, nicht mit voller Wirkung, (nicht als f. g. adoptio plena) sondern lediglich mit der beschränkteren Wirkung (als f. g. adoptio minus plena) geschehen, daß die bisherigen Rechtsverhältnisse, insbesondere die väterliche Gewalt des natürlichen Vaters, bestehen bleiben, also der Adoptirende nicht die väterliche Gewalt und das zu adoptirende Kind bloß Intestaterbrechte, einem suus gleich, in Beziehung auf den Adoptivvater und dessen Nachlass erlangt.

§. 2. Inst. eod. 1. 11.

L. 10. pr. §. 1—3. Cod. de adopt. 8. 48.

Hierin durch landesherrliche Verfügungen eine Aenderung, möglicher Weise zum Präjudize der mitbetheiligten Hermine D. gereichend, hervorzubringen, halten wir bedenklich

Landschafts-Ordn. von 1832. §. 6.

L. 4. Cod. de emancipat. 8. 49.

und würde unserer Ansicht nach der beabsichtigte Zweck nur auf die Weise mit Sicherheit zu erreichen sein, daß Hermine D., unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften

L. 5. 6. Cod. de emancipat. 8. 49.

so jedoch, daß ihr die „legitima jura“ in der angeborenen Familie vorbehalten werden

L. 11. Cod. de legitim. haered. 6. 58.

emancipirt, daß alsdann derselben ein Vormund bestellt, die Arrogation ordnungsmäßig

L. 2. pr. L. 5. L. 24. Dig. de adopt. 1. 7.

L. 8. Dig. eod. 1. 7.

L. 5. Cod. de autoritate praest. 5. 59.

vollzogen, und nach vorgängiger Prüfung von Seiten der obervormundschaftlichen Behörden

L. 15. §. 2 u. 3. L. 17. pr. Dig. de adopt. 1. 7.

die getroffene Uebereinkunft durch landesherrliches Rescript:

§. 1. Inst. de adoption. 1. 11.

genehmigt wird, wobei dem M. in der Hinsicht, dass er noch nicht 60 Jahre alt ist, die landesherrliche Dispensation von besagtem Alterserfordernisse wohl zu ertheilen sein mögte.

Höchstes Rescript vom 6. September 1858 an Herzogl.

Stadtgericht Wolfenbüttel.

Wilhelm, Herzog v. Auf den Bericht vom 13. v. Mts. haben Wir Uns bewogen gefunden, dem Handlungsdieners H. zu B. die nachgesuchte Volljährigkeitserklärung zu ertheilen. Herzogl. Stadtgericht hat daher den Bittsteller Hienach zu bescheiden und demselben das angeschlossene, für ihn ausfertigte, Majorennitätspatent zuzustellen. Dagegen können Wir Uns nicht bestimmt finden, dem Supplicanten, um ihn zu befähigen, bereits vor zurückgelegtem 25. Lebensjahre zum Curator für seine gemüthsranke Schwester bestellt zu werden, von den bestehenden gesetzlichen Altersvorschriften die erforderliche besondere Dispensation zu ertheilen.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 2. September 1858

an Herzogl. Staatsministerium.

Die gebetene Venia aetatis wird dem Handlungsdieners H. hieselbst, auf den Grund der angestellten Sachuntersuchung unbedenklich ertheilt werden können. Indess kann derselbe, 23½ Jahr alt, in Folge lediglich ertheilter venia aetatis im Allgemeinen keine ausgedehntere Dispositionsbefugnisse erlangen, als sie unvollkommen Volljährigen (vom Anfange des 22. bis zum Ablaufe des 25. Lebensjahres) in Gemäßheit der Verordnung vom 12. April 1828 Rro. 11, §. 1. zustehen, da der für volljährig Erklärte gleichwol nach gemeinem Rechte hinsichtlich der Veräußerung und Verpfändung von Immobilien an die obervormundschaftliche Genehmigung gebunden ist,

L. 3. Cod. de his qui veniam aetat. 2. 45.

L. 3. Cod. si maj. fuit. alien. 5. 74.

und die

Landesverordnung vom 24. Januar 1771.

das nämliche bei Verfügungen über Geldcapitale bestimmt hat. Uneingeschränkte, von obervormundschaftlicher Genehmigung nicht abhängige, Befugniß über Grund- und Capital-Verordnungen disponiren zu dürfen, würde also H. nicht anders erlangen, als wenn ihm venia aetatis zugleich und ausdrücklich eine facultate libera de rebus suis disponendi zugestanden werden sollte.

Landesherrliches Rescript vom 8. Juli 1803.

Stedersdorf Prompt. VII. 217.

Derjenige, welchem venia aetatis gewährt worden, ist aber deshalb, weil er solchergestalt freiere Dispositionsbefugniß in eigenen Angelegenheiten erhält, noch keineswegs zur Uebernahme von Vormundschaften und Curatelen, als wozu gesetzliche Volljährigkeit erfordert wird

§. 13. Inst. de excus. tutor. 1. 25.

L. 5. Cod. de legit. tut. 5. 30.

vor Erreichung des 25. Lebensjahres ermächtigt.

L. 4. Cod. de his qui ven. aet. 2. 45.

Auch vermögen wir nicht anzurathen, dem *ac. H.* von den wegen Fähigkeit zur Führung der Curatel über seine gemüthsranke Schwester bestehenden gesetzlichen Altersvorschriften landesherrliche Dispensation zu ertheilen, da hiebei die Rechte der curatelbedürftigen Schwester in Betracht kommen müssen.

Landschafts-Ordn. von 1832 §. 6.

L. 4. Cod. de emancipat. 8. 49.

Demnach wird der in der letztwilligen Verfügung seines Vaters, weiland Kaufmanns *H.* hieselbst, enthaltenen Bestimmung, dass *ac. H.* behuf Befähigung zur Curatelführung um Volljährigkeits-Erklärung nachsuchen solle, die gewünschte Folge nicht zu geben.

L. 10. Dig. de confirm. tut. 26. 3.

L. 26. pr. Dig. de test. tut. 26. 2.

derselbe vielmehr erst nach zurückgelegtem 25. Lebensjahre zum Curator zu bestellen

§. 2. Inst. qui testam. tut. dari pos. etc. 1. 14.

und bis dahin einem Andern die Curatel zu übertragen sein.

Die Möglichkeit collidirender Interessen lässt ohnehin zweckmäßig, selbst nothwendig erscheinen, dass die Vermögensverhältnisse der Geschwister *H.*, nicht nur was die väterliche Erbschaft, sondern auch was die ihnen angefallene Erbschaft des weiland Deconomen *H.* betrifft, zuvörderst definitiv geordnet werden.

§. 3. Inst. de autor. tut. 1. 21.

L. 1. 2. Cod. de in lit. daud. tut. 5. 44.

### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 29. November 1858 an sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen.

Aus den hiebei angeschlossenen beiden Uebersichten werden die Herzogl. Kreisdirectionen ersehen, wie sich nach den vom Herzogl. Obergerichte an Uns eingesandten Nachweisungen über die Geschäftsthätigkeit der Civilgerichte das Verhältniß der Armen-Process-Sachen zu den überhaupt anhängig gewesenem Civil-Processsachen, sowie das Verhältniß der niedergeschlagenen und in das Armenregister eingetragenen zu den wirklich erhobenen Gerichtsgebühren in den Jahren 1855, 1856 und 1857 gestaltet hat. Es muß auffallen, nicht nur, dass diese Verhältnisse überhaupt sich so ungünstig herausstellen, sondern auch, dass sich, ohne das Hinzutreten besonderer äußerer Umstände, welche einen Erklärungsgrund abgeben könnten, die Zahl der Armen-Process-Sachen in jedem der bezeichneten drei Jahre verhältnißmäßig um ein Beträchtliches gesteigert hat. Weniger aber noch erscheint es erklärlich, dass die Zahl der Armen-Processsachen nicht nur bei wehren Gerichten, in deren äußeren Verhältnissen erhebliche Abweichungen nicht hervortreten, unter einander so auffallend differirt, sondern auch bei einem und demselben Gerichte innerhalb der bezeichneten drei Jahre so beträchtliche Veränderungen erfahren hat. Es drängt

sich daher die Vermuthung auf, daß bei Ausstellung der Armuthsbesccheinigungen von Seiten der Ortsbehörden mit zu großer Willfährigkeit verfahren werde und sehen Wir Uns daher veranlaßt, die Herzogl. Kreisdirectionen hierdurch aufzufordern, bei Prüfung solcher Armuthsatteste mit größter Sorgfalt zu Werke zu gehen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 19. Februar 1859  
an Herzogl. Amtsgericht Wolfenbüttel.

Wir haben Uns veranlaßt gefunden, über das mit dem Berichte vom 20. December v. Jrs. wieder eingesandte erneuerte Gesuch des Obergerichtsadvocaten Dr. jur. D. zu W. um Großjährigspreehung der Friederike J. aus K., die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Abschrift des von demselben unterm 14. d. M. erstatteten Berichts dem Herzogl. Amtsgerichte hiebei zugehen, und wie Wir mit den darin entwickelten, die Anträge des Eingangs gedachten Berichts bestätigenden Ansichten einverstanden sind, so muß es bei dem Inhalte Unfers Rescripts vom 16. August v. Jrs. sein Verbleiben behalten und ist daher der Bittsteller demgemäß zu bescheiden.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 14. Februar 1859  
an Herzogl. Staatsministerium.

Johanne Christine Friederike J., Tochter des weil. Rothsassen Johann Heinrich Christian J., Nro. assec. 19. zu K., geboren daselbst am 3. Juli 1836 und im Jahre 1845 beim Tode ihres Vaters unter die Vormundschaft des Rothsassen Heinrich K. zu K. gestellt, ist, nachdem sie den Obergerichtsadvocaten Dr. D. hieselbst am 12. Septbr. 1857 bevollmächtigt hatte, alle ihre Angelegenheiten zu reguliren, Gelder zu erheben, Quittung zu erteilen, in Löschung zuständiger Hypothekenrechte zu willigen, überhaupt alle Rechtsgeschäfte vorzunehmen, zu denen es einer Specialvollmacht bedürfen würde,

nach den Verein. Staaten von Nordamerika ausgewandert und soll sich dort verheirathet haben.

Auf besagte Vollmacht sich stützend, hat Dr. D. um Volljährigkeitserklärung für Friederike J. nachgesucht, muthmaasslich zum Zwecke der Erhebung der seiner Mandantin aus dem Rothhose Nro. assec. 19. zu K. gebührenden Abfindung von 700 Thlrn.

Das Gesuch, zurückgewiesen mittelst Herzogl. Ministerialrescripts vom 16. Aug. v. J., weil Dr. D. zu dem gedachten Antrage nicht legitimirt sei, ist im November v. Jrs. erneuert und uns zur gutachtlichen Aeußerung, die wir hiermit erstatten, zugefertigt worden.

Nach den im Herzogl. Ministerialrescripte vom 12. October 1837 Nro. 8042, das Gesuch der Ehefrau des Kaufmanns S., Minna geb. S. zu B., um Volljährigkeitserklärung betreffend, und anderweit im Herzogl. Ministerialrescripte vom 7. Juni 1853 Nro. 5590, das Gesuch der Ehefrau des Büchsenmachers v. S., Dorothea geb. J. in J., um Großjährigspreehung betreffend, angenommenen Grundsätzen wird in Folge der Auswanderung (Landschafts-Ordn. von 1832 §. 27. 35) und Domicilveränderung diejenige Beschränkung als aufgehoben nicht erachtet werden können, welche, da Friederike J. das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht

hat, deren Dispositionsbefugnisse, so viel die Substanz des in hiesigen Landen befindlichen unbeweglichen und Capital-Vermögens anlangt, worüber sie also nicht anders als mit Genehmigung des vormundschafftlichen Gerichts rechtsgültig zu verfügen befähigt ist (Verordn. vom 15. Februar 1814 Kro. 31. und vom 12. April 1828 Kro. 11.) unterliegen, demnach behuf Aufhebung jener Hindernisse freier Disposition die Ertheilung der Rechte vollkommen Volljähriger durch Herzogl. Landesregierung allerdings nöthig sein.

Indess sind wir der Meinung, dass oben erwähnte zur Regulirung von Vermögensangelegenheiten und Vornahme von Rechtsgeschäften, wenn auch aller Art, ertheilte Vollmacht auf die Legitimation, landesherrliche Volljährigkeitserklärung auszuwirken, nicht bezogen, die Ermächtigung hiezu als in der gegebenen Vollmacht mit begriffen, nicht angesehen werden kann, weil Volljährigkeitserklärung nicht die Vermögensangelegenheiten, sondern die persönliche Handlungsfähigkeit zum Gegenstande hat, mithin die Erlangung der Großjährigspruchung kein Rechtsgeschäft enthält, und die gesetzlichen Bestimmungen, dass zur Nachsuchung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei generell zur Besorgung aller Angelegenheiten ertheilten Mandate, gleichwol Specialvollmacht erforderlich sei,

L. 25. §. 1. L. 26. pr. Dig. de minor. 4. 4.

C. 6. 7. X. de rest. in integr. 1. 41.

jedenfalls analogisch platzgreifend erscheinen.

Dass die Wirkungen landesherrlicher Jahrgebung erst von Insinuation des Majorenitätsrescriptes an beginnen können, ist richtig, und daher das Bedenken nicht ohne Grund, ob, wenn der Friederike F. die Jahrgebung bewilligt werden sollte, Dr. D. durch die früher, am 12. September 1857, ihm ausgestellte Vollmacht zur Vornahme anderer und weiter greifender Handlungen und Geschäfte als solcher, welche die Vollmachtheberin zur Zeit der Vollmachtausstellung vorzunehmen selbst befähigt war, namentlich zur Erhebung der Abfindung legitimirt, oder ihm dazu von neuem Vollmacht zu ertheilen sein werde. Solcher Punkt, welcher zunächst das Interesse des theilhaftigen Schuldners und dessen Sicherheit hinsichtlich der Zahlung an Dr. D. angeht, ist jedoch für jetzt nicht zu erörtern, und zc.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 4. März 1859 an Herzogl. Amtsgericht Salder.

Auf den Bericht vom 1. v. Mts., die v. Esche Vormundschaft zu D., insonderheit die wider die Verfügung Herzogl. Kreisgerichts hieselbst, vom 11. December v. Jrs. geführte Beschwerde betreffend, eröffnen wir Ihnen, nachdem wir den Bericht Herzogl. Kreisgerichts Wolsenbüttel eingezogen haben, Folgendes:

Von den verschiedenen Meinungen über die nach gemeinen Rechten

L. ult. 13. §. 1. Cod. arbitr. tut. 5. 51.

L. 5. §. 7. Dig. de admin. et peric. tut. 26. 7.

L. 55. Dig. de legat. 1. (30.)

Reichs-Pol.-Ordn. von 1577 Art. 32. §. 3.

Freitige Rechtsfrage:



ob und in wie weit der Testator dem für seine Kinder ernannten Vormunde die Errichtung eines Inventars zu erlassen befugt sei?

ist in hiesigen Landen stets gleichförmig diejenige befolgt, welche annimmt, daß durch testamentarische die Inventur untersagende Bestimmungen zwar gerichtliche Inventarisirung des in die Verwaltung des Vormundes gelangenden Nachlasses, nicht aber auch die Verbindlichkeit zur Aufnahme einer Privatspecification und deren Niederlegung bei dem vormundtschaftlichen Gerichte ausgeschlossen werden könne.

Diese Meinung, mit den Vorschriften des Preussischen Landrechts II. 18. §. 395. n. und mit den in benachbarten Staaten bestehenden Gerichts-Gebräuche

von Bulow und Hagemann, Erört. II. 37. §. 2. S. 300.

Strippelmann, Entscheidungen Bd. 4. Abth. 1. Nro. 3. S. 26. n. übereintreffend, in einschlägigen landesfürstl. Rescripten

vom 11. Januar 1776 und vom 24. April 1786

gebilligt und in Specialgesetzen

Vormundschafts-Ordnung für die Stadt Helmstedt von 1716

(anderweit publicirt 1745 und 1797) §. 8.

ausgesprochen, ist zugleich für ähnliche Verhältnisse gesetzlich

Verordnung vom 6. Mai 1828 Nro. 13. §. 1.

festgestellt, und davon abzugehen ein genügender Grund um so weniger vorhanden, als die Errichtung mindestens einer Privatspecification dem eigenen wohlverstandenen Interesse des Vormundes entspricht, dadurch allein das vormundtschaftliche Gericht die Verwaltung des Vormundes beaufsichtigen zu können im Stande ist und künftigen Streitigkeiten vorgebeugt wird. Ist die Einlieferung eines Privatinventars zu verlangen früherhin verabkündet worden, so kann hieraus ein rechtlicher Anspruch, davon für immer befreit zu bleiben, nicht abgeleitet werden.

Dagegen bedarf, wenn der Vater die Rechnungsablage dem Vormunde testamentarisch erlassen hat, die dem vormundtschaftlichen Gerichte nach Beschaffenheit der Umstände gleichwohl gestattete Einforderung einer Nachweisung über die Vermögensverwaltung besonderer Gründe, welche, im vorliegenden Falle nicht ersichtlich, Mißtrauen wider die bisherige Verwaltung des Vormundes zu erregen geeignet wären und würde hiezu nicht anders, als nachdem zuvor das Gutachten der Familienfreunde darüber vernommen worden, geschritten werden dürfen.

Mit Beseitigung der Verfügung Herzogl. Kreisgerichts Wolfenbüttel vom 11. Decbr. v. Jrs., so weit solche Verfügung die Einlieferung einer Privatspecification betrifft, weisen wir Sie hierdurch an, der verwittweten v. G. zu D. Abschrift dieses Rescripts zugehen zu lassen und die Vertheilung gemachte Auflage zur Einreichung einer Privatspecification des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes zu erneuern. Die eingefandten n.

Höchstes Rescript vom 4 März 1858 an Herzogl. General-Kriegsgericht.

Wilhelm, Herzog n. Da Ich aus den in der Anlage enthaltenen Motiven Mich bewegen gefunden habe, das mit dem Berichte vom 3. n. Mts. Nro. 12. eingefandte, das kriegsgerichtliche Erkenntniß vom 25. Januar d. Jrs. aufhebende, in der Revisions-Instanz abge-

bene Erkenntniß vom 3. v. Mts. in der Untersuchungssache gegen den Landdragoner C. F. A. R. vom Polizei-Militair, wegen Meineides — mit Bezugnahme auf die Artikel 193 und 176. sub 2. —

wegen einer wesentlichen, bei der Aufhebung des kriegsgerichtlichen Erkenntnisses vorliegenden Verletzung der gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren —

zu verwerfen und demgemäß das kriegsgerichtliche Erkenntniß vom 25. Januar d. Jrs., wonach der Angeklagte wegen des in der Anklage benannten Vergehens, unter Niederichlagung der Untersuchungskosten, zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurtheilt worden ist, in Kraft bleibt, so hat das General-Kriegsgericht, bei Rückempfang der Untersuchungsacten, das Erforderliche, insbesondere auch beantragtermaßen zu verfügen:

1. daß, da die Berichte des Auditeurs an das Herzogl. Brigade-Commando nicht zu den eigentlichen Untersuchungsacten gehören, solche Berichte von diesen Acten zu trennen und für die von dem Auditor an das Herzogl. Brigade-Commando erstatteten gutachtlichen Berichte besondere Acten anzulegen sind,

2. daß die incriminirten Thatfachen in das Erkenntniß wörtlich aufgenommen werden,

3. daß die Ausfertigung des Erkenntnisses mit dem Beschlusse des Kriegsgerichts zu harmoniren habe.

Motive der Verwerfung des, über den Landdragoner R. vom Polizei-Militair abgegebenen general-kriegsgerichtlichen Erkenntnisses vom 3. Februar 1858.

Nach der Bestimmung im Eingange des Art. 128. der Verordnung, die Militair-Strafen und Proceß vom Jahre 1855 betreffend, soll das Verfahren der Militair-Gerichte bei nicht militairischen Verbrechen und Vergehen dasselbe sein, wie bei den militairischen Vergehen.

Dieses ist die Regel und würde mithin ohne die im Artikel 128 unter g. beigefügte Modification nach Art. 76. zu verfahren und also nur bei freisprechenden Erkenntnissen die Beifügung von Entscheidungsgründen nöthig sein.

Es ist indessen ferner Art. 128. unter 9. bestimmt, daß jedem Erkenntniße, es laute freisprechend oder verurtheilend, die Entscheidungsgründe beigefügt werden sollen, also jene Bestimmung für die nichtmilitairischen Vergehen dahin erweitert, daß in diesen Sachen auch bei verurtheilenden Erkenntnissen Entscheidungsgründe beigefügt werden sollen.

Hinsichtlich der Bedeutung dieser Bestimmung ist Folgendes zu berücksichtigen:

1. Die fragliche Bestimmung schließt sich der Vorschrift im §. 65. der Str.-Proc.-Ordn. vom 22. August 1849 verbiß:

„das Erkenntniß soll den Angeklagten für schuldig oder unschuldig erklären und  
„mit Entscheidungsgründen abgegeben, namentlich das angewendete  
„Strafgesetz angeführt werden,“

vollständig an, damit die rechtliche Lage der Angeklagten durch die geänderte Competenz nicht verschlechtert werde. Bei den Civil-Gerichten wird indessen behuf Motivirung des Wahrspruches die Angabe von Gründen nicht gefordert; sie kann der Natur der Sache nach nicht verlangt werden, und ist daher der fraglichen Vorschrift auch bei den Militair-Gerichten eine andere Bedeutung nicht beizulegen, als diejenige, welche sie bei den Civil-Gerichten hat.

Hiernach ist aber im vorliegenden Falle von dem Kriegsgerichte verfahren, denn es han-

delt sich um ein verurtheilendes Erkenntniß, welches im Uebrigen, nur nicht behuf Nothwundung des Wahrspruches, mit Entscheidungsgründen versehen ist,

2. dazu kommt, daß nach Vorschrift des Art. 178 No. 2. das General-Kriegsgericht das kriegsgerichtliche Erkenntniß ändern soll, wenn die in dem Urtheile enthaltenen Entscheidungsgründe ausdrücklichen Gesetzen zuwiderlaufen, sowie, daß in einem solchen Falle nach Art. 179. die richtigen Entscheidungsgründe zu substituiren sind, dieses aber eine Vorschrift ist, welche selbstverständlich auf den Wahrspruch Anwendung nicht leiden kann, so daß auch aus dieser Bestimmung folgt, daß die Vorschrift im Art. 128 unter 9., auf den, den Wahrspruch begreifen den Theil eines verurtheilenden Erkenntnisses nicht mit zu beziehen ist.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 5. April 1859  
an Herzogl. Amtsgericht Schöppenstedt.

Den Bericht vom 12. v. Mts. über das Gesuch der Ehefrau des Adermanns J. K. geb. N. zu P., um Großjährigprechung, haben Wir erhalten. Nachdem Wir Uns veranlaßt gefunden haben, über den Inhalt desselben die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Wir Abschrift des von diesem Gerichte unterm 26. v. Mts. erstatteten Berichts dem Herzogl. Amtsgerichte hiebei zugehen und wie Wir mit der darin entwickelten Ansicht einverstanden sind, so hat Herzogl. Amtsgericht die Bittstellerin ablehnend zu bescheiden.

Sollte jedoch die am Schlusse des Berichts des Herzogl. Obergerichts angedeutete Voraussetzung zutreffen, so wollen Wir, auf deßfalligen ferneren Antrag der Supplikantin, nach stattgehabter Communication mit der zuständigen Königl. Preussischen Gerichtsbehörde, dem weiteren Berichte Herzogl. Amtsgerichts entgegensehen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 26. März 1859  
an Herzogl. Staatsministerium.

Mit den in dem Berichte Herzogl. Amtsgerichts Schöppenstedt vom 12. März d. Jrs. geäußerten Ansichten sind wir einverstanden.

Für Supplikantin, Tochter weiland Adermanns N. zu D., geboren daselbst am 14. Februar 1838, ist nach dem Tode ihres Vaters von dem Gerichte ihres damaligen Wohnsitzes, dem Königl. Preuß. Kreisgerichte Banzleben, eine noch jetzt bestehende Vormundschaft angeordnet.

Diese (Personal-) Vormundschaft, deren Dauer, wie nach allgemeinen Grundsätzen des internationalen Privatrechts, so nach den besondern Bestimmungen der Convention mit Preußen von 1841 Art. 16. Abs. 3 u. 4, nach den Gesetzen des Landes unter dessen Gerichten sie steht, zu beurtheilen ist, kann mithin auch nur durch einen Act derjenigen Staatsgewalt, welcher das vormundschaftliche Gericht unterworfen ist, ihre Endschaft erreichen, und hierin eine Aenderung hervorzubringen, erscheint der Umstand, daß Supplikantin in Folge und seit geschehener Verheirathung mit dem Adermann K. zu P. ein Domicil im hiesigen Staate erworben hat, um so weniger geeignet, (Art. 16. Abs. 2.) als die Bestimmungen der Convention mit Beurtheilung der politischen Heimath d. h. der Staatsangehörigkeit (Verordn. vom 23. Octr. 1839 No. 26.

und Verordnung vom 17. Decbr. 1851 No. 55) in keiner Verbindung stehen (Art. 49) demnach hiervon nicht berührt werden.

Sollten jedoch, was wir an seinen Ort gestellt sein lassen, die Königl. Preuss. Behörden hinsichtlich der bei ihnen bestehenden Personal-Vormundschaften von auswärtigen Regierungen in Fällen vorliegender Art erteilte Volljährigkeitserklärungen anerkennen, so würde dem Gesuche nach vorgängiger Sachunterforschung zu willfahren, minder bedenklich sein.

Wir erlauben uns auf die in unserm Berichte vom 14. Februar d. Jrs., Volljährigkeitserklärung der Friederike J. aus K. betreffend, angeführten Herzogl. Ministerialrescripte vom 12. Octbr. 1837 Nr. 8042 und vom 7. Juni 1853 No. 5590 Bezug zu nehmen und reichen die uns mitgetheilten Actenstücke anbei zurück.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 9. April 1859  
an Herzogl. Amtsgericht Holzminden.

Wir haben Uns veranlaßt gefunden, über den Inhalt des Berichts vom 7. v. Mts., den bei dem Herzogl. Amtsgerichte anhängigen Rechtsstreit J. J. W. wider M., wegen Forderung, und die Auslegung der mit der Krone Preußen bestehenden, die Förderung der Rechtspflege bezweckenden, Convention vom 9. Decbr. 1841 betreffend, die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts einzuziehen, lassen Abschrift des von dieser Gerichtsbehörde unterm 4. d. Mts. erstatteten Berichts dem Herzogl. Amtsgerichte hiebei zugehen und erklären Uns mit den darin gemachten Ausführungen einverstanden.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 4. April 1859  
an Herzogl. Staatsministerium.

Die mit der Krone Preußen behuf Förderung der Rechtspflege unterm 9. Decbr. 1841 abgeschlossene Convention bestimmt in Ansehung des allgemeinen persönlichen Gerichtsstandes

1. daß der persönliche Gerichtsstand von beiden Staaten in persönlichen Klagesachen dergestalt anerkannt werde, daß die Unterthanen des einen Staates von den Unterthanen des andern Staates in der Regel und sofern nicht (in den bezeichneten, gegenwärtig nicht in Frage kommenden, Fällen) specielle Gerichtsstände concurriren, nur vor ihrem persönlichen Richter belangt werden dürfen, und daß der persönliche Gerichtsstand entweder durch den Wohnsitz in einem Staate, oder bei denen, welche einen eigenen Wohnsitz noch nicht genommen haben, durch Herkunft im Gerichtsstande der Aeltern begründet sei (Art. 8.)

2. daß, ob Jemand einen Wohnsitz in einem der contrahirenden Staaten habe, nach den Gesetzen desselben beurtheilt werde, (Art. 9.) und

3. daß, wenn Jemand in beiden Staaten seinen Wohnsitz in landesgesetzlichem Sinne genommen habe, die Wahl des Gerichtsstandes vom Kläger abhänge. (Art. 10.)

Der durch Herkunft im Gerichtsstande der Aeltern (Art. 12. 14.) begründete persönliche Gerichtsstand kommt mithin erst alsdann in Betracht, wenn der gerichtlich zu Belangende in dem einen oder dem andern der contrahirenden Staaten keinen eigenen Wohnsitz

hat (Art. 8.) und ob dieses der Fall oder nicht sei, ist nach den Gesetzen und folglich auch von den Gerichten desjenigen Staates zu beurtheilen, in welchem der Wohnsitz geltend gemacht wird. (Art. 9. 10. und 16. Abs. 2.)

Wenn also, was vorliegenden Fall anlangt, von den requirirten Königlich Preussischen Gerichten behauptet wird, dass nach Preussischem Rechte (Preuss. Gerichts-Ordn. Tit. 2. §. 13. und Cabinets-Ordre vom 4. Juli 1832) dem Gesinde am Orte des Dienstes, am Wohnorte der Dienstherrschaft, ein wirklicher Wohnsitz, — verschieden von dem bloßen Aufenthalte ohne Aufschlagung ständigen Domicils (Art. 19.) — und demnach persönlicher Gerichtsstand zugeschrieben werde, und in solcher Beziehung unrichtige Anwendung der Preussischen Gesetze nicht nachgewiesen worden ist, so kann es darauf nicht ankommen, ob nach Braunschweigischen Gesetzen der Aufenthalt des Gesindes am Orte des Dienstes als wirklicher Wohnsitz (vergl. Gesinde-Ordnung von 1832 §. 37.) anzuerkennen oder nicht gewesen sein würde, sondern nur darauf, ob der Beklagte, Dienstknecht M., auch im Herzogthume Braunschweig, namentlich im Amtsgerichte Holzminden, einen Wohnsitz habe, so dass der Kläger, Schuhmacher W., letztgedachten Gerichtsstand des Wohnsitzes zu wählen, die Befugniß gehabt hätte (Art. 10.).

An Statt dem Königl. Preussischen Gerichte Höxter gegenüber darzulegen, dass für den Beklagten M. der Gerichtsstand des Wohnsitzes zu W. begründet sei, hat Herzogl. Amtsgericht Holzminden lediglich behaupten können und behauptet, dass M. ein Wohnortsrecht in W. habe, hat folglich den Gerichtsstand des Wohnortsrechtes mit dem Gerichtsstande des Wohnsitzes zusammengeworfen, und offenbar irrig (vergl. Civ.-Proc.-Ordn. §. 25.) beide Gerichtsstände vermengt und vernämlicht.

Wir müssen, wie in neuerlichen Berichten ausgeführt worden, so in gegenwärtiger Gelegenheit wiederholen, dass die Bestimmungen der Convention mit Beurtheilung der politischen Heimath, Staats-Angehörigkeit und Wohnorts-Verechtigung,

Verordn. vom 23. October 1839 Nro. 26, vom 17. December 1851 Nro. 55.

Verordn. vom 4. Mai 1830 Nro. 10, Gesetz vom 23. Januar 1822 Nro. 8.

in keiner Verbindung stehen (Art. 49.) dass also, wenn es sich im Verhältniss zu Preussischen Gerichten (Art. 1. 2. 4.) um den allgemeinen persönlichen Gerichtsstand handelt, actualles Domicil, dermaliger Wohnsitz, zunächst entscheidet, das Wohnorts- und Heimathsrecht aber nur in den hier nicht zutreffenden Fällen, worüber die Convention in den Art. 11 bis 15. Bestimmungen enthält, in Betracht kommen können, und es in jener Hinsicht keinen Unterschied macht, ob die Parteien oder eine von ihnen, dem Inlande oder Auslande als Unterthanen angehören.

Ohne daher alle Argumente, welche von den Königl. Preussischen Gerichtsbehörden in Anspruch genommen sind, uns aneignen zu wollen, sind wir der Meinung, dass die Beschwerde Herzogl. Amtsgerichts Holzminden darüber, dass der Requisition keine Folge gegeben worden, nicht begründet sei, können auch, indem Herzogl. Amtsgericht die Sache unrichtig beurtheilt hat, öffentliche Bekanntmachung und Anordnung von Retrocessionsmaassregeln, desgleichen die beantragte Zurückzahlung der vom Kläger für den Bescheid vom 1. Decbr. v. Jrs. entrichteten Gerichtsgebühren pflichtgreifend oder angemessen nicht erachten, und senden die uns mitgetheilten Acten Hieneben zurück.

**Rescript Herzogl. Obergerichts vom 18. Juli 1859  
an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.**

Aus uns vorgelegten Acten haben wir ersehen, dass bei Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten angestellte Secretaire, welche zwar die zweite juristische Prüfung bestanden haben, denen jedoch das richterliche Votum Höchsten Orts nicht beigelegt worden ist, auch außer Fällen der bei Behinderung des Richters durch unerwartete Umstände gestatteten speciellen Beauftragung (Gesetz vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, §. 16.) oder in Fällen solcher Behinderung des Richters und besonderer Beauftragung ohne hiervon den nöthigen Vermerk in den Protocollen zu machen, richterlichen Geschäften, insonderheit Eidesabnahmen, sich unterziehen, und dass Amts- und Stadtrichter das Protocoll führen, gleichwol die Behinderung des Secretairs in dem Protocolle nicht anmerken (Civ.-Proc.-Ordn. §. 169, Str.-Proc.-Ordn. §. 81.)

Da durch Gesetz- und Formwidrigkeiten der Art die Rechtsgültigkeit der vorgenommenen Handlungen in Frage gestellt, wenigstens durch das Terminprotocoll selbst nicht nachgewiesen wird, so werden in Folge vom Ober-Staatsanwälte gemachten Antrags die Herzogl. Kreisgerichte veranlasst, die ihnen untergeordneten Amts- und Stadtgerichte mittelst Zufertigung einer Abschrift dieses Rescripts zur unmangethaften Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften anzuweisen und haben die Herzogl. Kreisgerichte, namentlich die Kreisgerichts-Directoren, deren Befolgung zu beaufsichtigen.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 26. Septbr. 1859  
an Herzogl. Obergericht.**

Der Bericht vom 17. d. Mts. No. 1224, in Betreff der Beerdigung der Selbstmörder, ist Uns zugegangen, und wie Wir mit den darin entwickelten Ansichten einverstanden sind, so wollen Wir das Herzogl. Obergericht hiermit beauftragen, denselben gemäß das Herzogliche Amtsgericht Salder auf dessen rückangeschlossenen Bericht vom 9. v. Mts. zu bescheiden, sowie auch sämtliche betreffende Gerichte auf den Inhalt der in den fraglichen Beziehungen bestehenden gesetzlichen Vorschriften hinzuweisen.

**Bericht Herzogl. Obergerichts vom 17. Septbr. 1859  
an Herzogl. Staatsministerium.**

Ueber die Art des Begräbnisses zu bestimmen, ob ehrliches oder unehrenhaftes, feierliches oder stilles Begräbniß stattfinden solle, kann möglicher Weise dem Geschäftskreise der Polizei nicht angehören, sondern gehört entweder zum Geschäftskreise der Kirchlichen oder zum Geschäftskreise der Justizbehörden, und wie noch niemals bezweifelt worden, dass unehrbares Begräbniß lediglich durch Erkenntniß des Criminalrichters verfügt werden dürfe, so ist nach den Grundsätzen des protestantischen Kirchenrechts (Richter, Kirchenrecht. Aufl. 4. §. 278. S. 611, 612.) als gewiss zu betrachten, dass das bei Selbstmördern eintretende stille Begräbniß vom weltlichen Richter anzuordnen sei. Selbstverständlich ist die Polizei-Gewalt zur Ausführung auf Erfordern mitzuwirken verpflichtet. (Landschafts-Ordn. §. 194. Str.-Proc.-Ordn. §. 5.)

Im landesherrlichen Rescripte vom 8. October 1823 (Bege, Repert. I. S. 30. 31.) ist bestimmt genug vorgeschrieben, dass wenn die Untersuchung, welche behuf Ermittlung der Ursachen plötzlicher, Verdacht erregender Todesfälle anzustellen ist, ergibt, dass Selbstmord begangen worden, die stille Beerdigung des Körpers vom betreffenden (Untersuchungs-) Gerichte zu verfügen sei; und dass solche Verfügung von den damaligen Kreisgerichten nicht in ihrer Eigenschaft als administrativer Behörden, sondern vermöge der ihnen anvertrauten Rechtspflege zu treffen gewesen, lässt der weitere Inhalt jenes landesherrlichen Rescripts deutlich genug erkennen, indem bei etwa vorhandenen Bedenkllichkeiten die Entscheidung Herzogl. Landesgerichts, welchem Verwaltungsangelegenheiten stets fremd geblieben sind, eingeholt werden sollte. In Verfolg dessen ist auch durch Herzogl. Ministerialrescript vom 3. Februar 1830 (Bege II. S. 58. 59.) von der früher im landesherrlichen Rescripte vom 3. Decbr. 1828 (Bege II. S. 55) verordneten Ablieferung der Leichen von Selbstmördern an das anatomische Institut zu Braunschweig nach Beschaffenheit der Umstände Dispensation zu ertheilen, den Gerichten überlassen worden.

In dieser Beziehung und da von den Herzogl. Kreisdirectionen das Begehren der Einmischung nicht kund gegeben ist, Herzogl. Consistorium aber in seinem Rescripte vom 30. Juli 1859 No. 3636. sich dahin geäußert hat: „dass bei Beerdigung von Selbstmördern ganz nach „Maßgabe des landesherrlichen Rescripts vom 8. Octbr. 1823 zu verfahren sei, mithin die „Geistlichen in vorkommenden Fällen, insonderheit hinsichtlich der stillen Begräbnisse nach den „Anordnungen der competenten Gerichtsbehörden sich zu achten haben“, ist die Angelegenheit, weil zu allseitiger Zufriedenheit längst geordnet, anderweiter Regulirung nicht bedürftig.

Die jetzt bestehende Gerichtsverfassung giebt jedoch Veranlassung zu der Frage, in wie fern der Anspruch, ob Selbstmord begangen sei, und die davon abhängige Verfügung stillen Begräbnisses zur Competenz der Herzogl. Amts- und Stadtgerichte oder zur Competenz der Staatsanwälte gehöre.

Da der Tod jegliches Verbrechen tilgt und das vormalig üblich gewesene uneheliche Begräbniß zur Todesstrafe verurtheilter oder eines Capitalverbrechens geständiger oder überführter Verbrecher überall nicht mehr stattfindet (Crim.-G.-B. §. 67 und dazu Bemerkung 1.) und nachdem Selbstmord aus der Reihe der Criminalverbrechen gestrichen worden, bedarf es bei plötzlich und unter verdächtigen Umständen eingetretenen Todesfällen einer Untersuchung nur noch in soweit, um zu erforschen, ob die Todesursache den Handlungen Anderer beizumessen sei, ob andere Personen zum Selbstmorde angestiftet, dazu Beihülfe geleistet, oder dazu Veranlassung gegeben haben (Cr.-Gef.-B. §. 148. 158).

Wird hiervon nichts ermittelt und findet also der Staatsanwalt sich nicht berufen, auf Einleitung eines Strafverfahrens anzutragen oder Strafanträge gegen bestimmte Personen zu richten, so wird vom Staatsanwälte das weitere Verfahren eingestellt (Str.-Proc.-Ordn. §§. 2. 32. Abs. 2. §. 45. 46.) auch wenn die vorhandenen Umstände auf Selbstmord hinweisen, und das Gericht mit der Sache nicht, namentlich nicht zu dem Zwecke, über geschehene Verübung eines Selbstmordes und Anordnung stillen Begräbnisses sich auszusprechen, befaßt, vielmehr die stille Beerdigung sogleich vom Staatsanwälte verfügt, falls nicht diese Verfügung, wie öfter vorkommt, schon vor Abgabe der Acten an den Staatsanwalt von dem Amts- oder Stadtgerichte getroffen wurde.

Es scheint uns, dass solches bisherige Verfahren ungeändert bleiben kann, da Begräbniss keinen Aufschub leidet, Anordnung stillen Begräbnisses bei hinlänglichen Anzeigen von Selbstmord zu denjenigen schleunigen Massregeln gerechnet werden darf, welche den Amts- und Stadtgerichten, in gleicher Weise wie den vormaligen Kreisgerichten, zustehen (Str.-Proc.-Ordn. §. 32. 37.) und die Staatsanwälte zwar nicht zu den richterlichen Beamten, (Gesetz, die Gerichtsverfassung betreffend §. 26.), jedoch zu den Justiz-Beamten im Allgemeinen gehören.

Sollte der Fall sich zutragen, dass nach der Zeit, dass Jemand für einen Selbstmörder gehalten und deshalb in der Stille beerdigt worden ist, die eigentliche Todesursache, als nicht im Selbstmord bestehend ermittelt und von den Angehörigen die Nachholung feierlichen Begräbnisses verlangt werden würde, so würden im besondern außerordentlichen Falle besondere außerordentliche Abhülfen zur Hand genommen werden können, mit deren Erfindung zum Voraus sich zu bemühen unnöthig sein mögte (L. 3—6. Dig. de legib. 1. 3. L. 64. Dig. de R. 1.50. 17).

Den Bericht Herzoglichen Amtsgerichts Salder vom 9./19. vor. Mts. reichen wir hieneben zurück.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 22. October 1859 an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig.

Wir haben den Bericht des Herzogl. Stadtgerichts vom 23. Juli d. Jrs., wegen Verweigerung der Rechtshülfe von Seiten des Königl. Hannöverschen Amtsgerichts Liebenburg in der bei dem Herzogl. Stadtgerichte anhängigen Rechtsache C. & Comp. zu H. wider C. F. M., zu Salzgitter, seiner Zeit erhalten und sind, nachdem Wir auch die gutachtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts darüber eingelesen, mit dem Königlich Hannöverschen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu dem Ende in Communication getreten, dass dem genannten Königl. Amtsgerichte die Befolgung der in der fragl. Processsache von dem Herzogl. Stadtgerichte an dasselbe erlassenen Requisitionen aufgegeben werde.

Nachdem Uns jezt mittelst Schreibens des gedachten Königl. Ministeriums vom 20. d. Mts. Abschrift eines von dem Königl. Hannöverschen Justiz-Ministerium an das Amtsgericht Liebenburg unterm 13. d. Mts. erlassenen Rescripts mitgetheilt worden ist, wodurch diese Gerichtsbehörde, Unserm Antrage gemäß, die nöthigen Anweisungen erhalten hat, lassen Wir dem Herzogl. Stadtgerichte Abschrift jenes Rescripts zur Nachricht und Nachachtung hiebei zugehen und die Anlagen des Berichts vom 23. Juli c. wieder beifügen.

#### Bericht Herzogl. Obergerichts vom 17. Septbr. 1859 an Herzogl. Staatsministerium.

Nach den Grundsätzen des internationalen Rechts werden in bürgerlichen Streitfachen, Reciprocität vorausgesetzt, inländische den ausländischen Gerichten diejenige Rechtshülfe zu gewähren haben, welche sie den Gerichten des eigenen Landes zu leisten verbunden sind, folglich von ausländischen Gerichten abgegebene Erkenntnisse auch im Inlande zu vollstrecken sein, sofern

1. das ausländische (requirirende) Gericht nach den Gesetzen seines Staates in der Sache competent gewesen, und



2. dessen Zuständigkeit nach den im Inlande (im Staate des requirirten Gerichts) geltenden Rechtsnormen ebenfalls begründet ist.

Dass aber beide Bedingungen zusammentreffen müssen, ist deshalb nicht zu bezweifeln, weil zu 1. wenn das requirirende Gericht nach seinen Landesgesetzen unzuständig war, dessen Erkenntniss nichtig erscheint, und

zu 2. ausländisches Recht das einheimische zu überwiegen nicht vermag. Diese völkerrechtlichen Grundsätze, namentlich im gegenseitigen Verhältnisse der deutschen Bundesstaaten von Bedeutung, sind in unserer Landesgesetzgebung

Landschafts-Ordnung §. 210.

Civ.-Proc.-Ordn. §. 364.

anerkannt und die

Königl. Hannöversche Allg. Bürgerl. Proc.-Ordn. von 1850 §. 29.

enthält ähnliche Vorschriften.

In Berücksichtigung desselben würde Königl. Hannöv. Amtsgericht Liebenburg das vom Herzogl. Stadtgerichte Braunschweig I. C. der Handlung S. C. und Comp. zu S., Klägerin, wider den Kaufmann C. L. M. zu Salzgitter, Beklagten, wegen Forderung, unterm 4. Februar d. Jrs. abgegebene Contumacialerkenntniss zur Vollstreckung bringen zu lassen, nicht verweigern können.

Das Klagelibell ergibt, dass der Vertrag, aus welchem geklagt worden, in Braunschweig zu Stande gekommen, auch daselbst zu erfüllen war, und da Beklagter zur Zeit der Ladung in der Stadt Braunschweig angetroffen, ihm die Ladung in Braunschweig insinuiert ist, so erscheint die Zuständigkeit des Herzogl. Stadtgerichts Braunschweig, als Gerichtsstand des Vertrages, nach §. 34. der hiesigen Civ.-Proc.-Ordn. begründet.

Nicht minder ist die Competenz besagten Stadtgerichts in Gemäßheit der Königl. Hannöverschen bürgerlichen Process-Ordn. von 1850 anzunehmen, welche §. 10. behuf Begründung des Gerichtsstandes des Vertrages, (mit Aufhebung des bisher zur Anwendung gebrachten Grundsatzes, dass der Beklagte am Orte des Contracts in Person betroffen werde, oder Güter daselbst besitze) nichts weiter erfordert, als dass der Vertrag im Bezirke des Gerichts, bei welchem geklagt wird, zum Abschlusse gekommen ist oder erfüllt werden sollte.

Königl. Amtsgericht Liebenburg stützt indeß seine Weigerung, der Requisition um Vollstreckung des stadgerichtlichen Erkenntnisses zu genügen, nicht auf Incompetenz, sondern lediglich darauf, dass von Herzogl. Braunschw. Gerichten die Reciprocität nicht beobachtet werde, da in der Sache des Gutsbesizers L. zu M., Klägers, wider den Zimmermeister St. zu B., Beklagten, die Requisition auf Behändigung der Klage aus im Bezirke des Amtsgerichts Liebenburg abgeschlossenen Contracte vom Herzogl. Amtsgerichte Wolfenbüttel am 25. December 1858 unter Bezugnahme auf das Herzogl. Ministerialrescript vom 24. April 1839 abgelehnt sei.

Die in dieser Angelegenheit bei Herzogl. Amtsgerichte Wolfenbüttel ergangenen, von uns eingeforderten, hieneben angeschlossenen Acten lassen die Richtigkeit des angeführten Factums allerdings erkennen, und wir müssen anerkennen, dass der vom Herzogl. Amtsgerichte Wolfenbüttel bezeichnete Ablehnungsgrund keineswegs zutrifft, indem dieses Gericht sich nicht erinnert hat, dass durch Herzogl. Ministerialrescript vom 12. Juli 1839, den Gerichten bekannt gemacht mittelst Rescripts vormaligen Herzogl. Landesgerichts vom 22. Juli 1839, den Ge-

richtsstand des Vertrags anlangend, die Verweigerung ausgesprochener Rechtshülfe Königl. Hannöverschen Gerichten gegenüber als Retrossionsmaaßregel auf den Fall beschränkt worden ist, daß dießseitige vor einem Königl. Hannöverschen Gerichte als Contractsforum verlangte Landesunterthanen im Königreiche Hannover weder anwesend sind, noch daselbst Vermögen besitzen.

Gleichwol wird die in Rede stehende vom Amtsgerichte Wolfenbüttel erfolgte Ablehnung durch die im letzterwähnten Herzogl. Ministerialrescripte vom 12. Juli 1839 getroffenen Anordnungen und die Vorschriften der Civ.-Proc.-Ordn. §. 34, also aus andern als den gebrauchten Gründen gerechtfertigt sein, indem nicht dargelegt worden war, daß der Beklagte St. im Königreiche Hannover Vermögen besessen hat, und ihm alldort keine Ladung insinuiert, vielmehr behuf deren Insinuation das Amtsgericht Wolfenbüttel requirirt worden ist, unter so gestalteten Umständen jedoch der Requisition keine Folge gegeben werden konnte.

Daß in dazu geeigneten Fällen hiesiger Seits den Königl. Hannöverschen Gerichten Leistung der Rechtshülfe versagt worden, ist zu unserer Kenntniß nicht gekommen und von mehr berührter Differenz der Amtsgerichte Liebenburg und Wolfenbüttel haben wir erst jetzt Wissenschaft erhalten.

Demnach sind wir der Ansicht, daß Beschwerdeführung über die Weigerung Königlich Hannöverschen Amtsgerichts Liebenburg plaggreifend sei, und geben anheim, deßfalls mit den Königl. Hannöverschen Ministerien in Communication zu treten.

Wir werden Herzogl. Amtsgerichte Wolfenbüttel bei künftiger Remission seiner Acten behufliche Weisung ertheilen, und reichen die Anlagen des Herzogl. Ministerialbeschlusses hieneben zurück.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 6. Decbr. 1859 an Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection.

Der Bericht vom 23. Septbr. d. Jrs., die durch die Landbriefträger bei gerichtlichen Vorladungen und Zufertigungen zu leistende Aushülfe betreffend, ist Uns zugegangen. Wir haben Uns veranlaßt gefunden, auch die berichtliche Aeußerung des Herzogl. Obergerichts über diesen Gegenstand einzuziehen und theilen Abschrift des von demselben unterm 22. vor. Mts. erstatteten Berichts der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection mit der Eröffnung hiebei mit, daß Wir mit den darin entwickelten Ansichten einverstanden sind und ist es daher für unzulässig zu halten, daß in denjenigen Fällen, in welchen die Landbriefträger zur Insinuation von sportelspflichtigen gerichtlichen Verfügungen, dem Rescripte vom 25. März 1853 entsprechend, verwandt werden, neben den Gerichtsgebühren auch ein Postporto oder eine Briefträger-Behandlungsgebühr erhoben werde, indem die Landbriefträger die Zufertigungen der fraglichen Art nicht für die Post, sondern für die Gerichtsbehörden zu besorgen haben, mithin auf dieselben die Bestimmungen der Postordnung über Porto-Erhobung Anwendung nicht finden. Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection hat daher Verfügung zu treffen, daß ein hiervon abweichendes Verfahren nicht weiter Platz greife und nehmen Wir übrigens zugleich auf den Schluss des das Landpostbotenwesen betreffenden Rescripts vom 14. Decbr. 1850 hienmit Bezug.

**Rescript Herzogl. Obergerichts vom 20. Decbr. 1859  
an sämtliche Kreisgerichts-Directoren.**

Nachdem durch Gesetz vom 22. November d. Jrs. bestimmt worden, dass die von den Schwurgerichtshöfen abgegebenen Straferkenntnisse auch von diesen beziehungsweise dem Criminal-Senate des Herzogl. Obergerichts für vollstreckbar zu erklären seien, weisen wir zufolge Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 23. November 1859 Nro. 10717. die Kreisgerichts-Directoren unter Aufhebung unseres Rescripts vom 30. April 1851 hiemit an, die von den Schwurgerichtshöfen erkannten Strafen in das Monatsverzeichniss desjenigen Kreisgerichts aufzunehmen, von welchem in dem abgeurtheilten Straffalle die Voruntersuchung geführt ist.

## **Kirchen- und Schulangelegenheiten.**

**Gesetz**, die Theilnahme der Prediger an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt betreffend. 6/20. Juli 1853. Nro. 43. S. 215.

§. 1. u. 2. Feststellung der Berechtigung und Verpflichtung zur Theilnahme.

§. 3. Bestimmungen bei Versetzungen der Prediger.

§. 4. Maassstab zur Bestimmung der Beiträge.

§. 5. Bestimmungen über Zahlung der Beiträge.

§. 6. Bestimmungen bei dem Vorhandensein zweier Prediger an einer Kirche, welche auf zwei Wittwenhäuser gemeinschaftlichen Anspruch haben.

§. 7. Bestimmungen für den Fall des Anfalls eines Predigerwittwenthums an eine Prediger-Wittwe, welche bereits eine Pension aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Casse bezieht und Feststellung der Pensionsansprüche der Kinder.

§. 8—10. Vorübergehende Bestimmungen u. Feststellung der Anfangszeit des Theilnahmerechts.

**Druckfehler** in den Gesetzen vom 30. November und 8. December 1851 Nro. 52. 53, die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden betreffend, und über die Gemeindeschulen. 23. Mai 1854. S. 115.

**Berordnung**, den am 25. April 1856 zur Feier des 25jährigen Regierungs-Antritts Sr. Hoheit des Herrn Herzogs Wilhelm zu haltenden Gottesdienst betreffend. 22/29. März. 1856. Nro. 9. S. 23.

Die Abhaltung eines Vormittags-Gottesdienstes in sämtlichen Kirchen des Landes wird angeordnet.

**Gesetz**, das Einkommen der Lehrer an den Gemeindeschulen betreffend. 31. Mai 1850. Nro. 34. S. 139.

10. Juni

§. 1. Feststellung des Minimalbetrags des Einkommens der Landschullehrer.

§. 2. Erhöhung des Einkommens nach fünfjähriger Dienstzeit.

§. 3. Gehalt der Ersatzlehrer.

§. 4. Bestimmung der Ruhegehälter.

§. 5. Minimaleinkommen der Lehrer an städtischen Schulen.

§. 6. Ermittlung des Betrags des Einkommens.

§. 7. Ausnahmebestimmung für die Schulen in Wolsenbüttel und Verbot abweichender den Lehrern ungünstigerer Bestimmungen.

§. 8. Entscheidung über Nichtverleihung der Gehaltszulage.

§. 9. Feststellung des Betrags des Einkommens der Gemeindeschulstellen.

§. 10. Anfangstermin des Anspruchs auf Gehaltserhöhung.

**Ausschreiben** des Herzogl. Consistoriums an die Geistlichen des Landes. 20. Octbr. 1858. Nro. 60. S. 389. 23. Novb.

Bestimmung wegen der Colloquien bei Versezung der Prediger.

**Verordnung**, die Einführung des kleinen Catechismus Dr. Martin Luthers, in Fragen und Antworten, erklärt von Ernesti. 28. December 1859. Nro. 1. S. 1. 5. Januar

**Ausschreiben** des Herzogl. Consistoriums an die Geistlichen u. Kirchenvorstände der evangelisch-lutherischen Gemeinden des Landes. 28. October 1859. Nro. 54. 10. December

Das Reden an den Gräbern bei Beerdigung Verstorbener ist im Allgemeinen nur den Geistlichen erlaubt.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Consistoriums, die von den Candidaten des höhern Schulamts alljährlich zu erstattenden Berichte über ihren Aufenthalt und ihre Beschäftigung betreffend. 28. October 1859. Nro. 45. S. 249. 10. Decbr.

### Rescripte.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 16. Februar 1853  
an den Superintendenten zu Wolsdorf.

Wir erwidern auf Ihre Anfrage vom 10. d. Mts., dass die zu den Copulationen erforderlichen Bescheinigungen bei den Kirchenbüchern derjenigen Parochie aufzubewahren sind, in welcher die Copulation geschieht, indem, wie bereits in Unserm Ausschreiben vom 30. April 1828 ausdrücklich bemerkt ist, der copulirende Prediger für alle bei Trauungen beizubringende Bescheinigungen und zu beachtenden Gesetze und Vorschriften verantwortlich ist. Wir verweisen hierbei noch auf die Bestimmung des Reglements vom 10. December 1814, welche dahin lautet, dass, wenn die Copulation an einem Orte geschieht, wohin sie der Ordnung nach nicht gehört, die darüber ertheilten Dimissorialen den Acten beigelegt werden sollen. Sie wollen hier nach in vorkommenden Fällen selbst verfahren und die betreffenden Kirchenbuchführer anweisen.

**Ausschreiben** Herzogl. Consistoriums vom 23. Juli 1853 an sämmtliche Special-Superintendenten im Lande.

Durch das Gesetz vom 6. Juli d. Jrs. sind diejenigen Prediger, (worunter alle Pfarrer, Diaconen, Collaboratoren und Adjuncten im Predigtamte zu verstehen sind) vom 1. Januar

I. Jrs. an zur Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt berechtigt und verpflichtet, bei deren Stellen

1. gar kein Wittwenthum vorhanden ist,
2. das Wittwenthum einstweilen besetzt ist,
3. ein unzureichendes Wittwenthum besteht.

Als unzureichend wird das Wittwenthum betrachtet, wenn dasselbe weniger als 16 % der Jahreseinnahme der betreffenden Stelle beträgt, und dieser Ausfall mindestens 10 Thlr. jährlich ausmacht. Ein offenes Pfarrwittwenthum, auf welches die Ehefrau eines emeritirten Predigers ein Anrecht besitzt, wird in Beziehung auf den Inhaber der Pfarrstelle als besetzt angesehen.

Da die Ehefrauen der Adjuncten im Predigtamte, welche ohne Zusicherung der Nachfolge angestellt sind, ein Anrecht auf das betreffende Pfarrwittwenthum nicht haben, so müssen diese Adjuncten selbst in dem Falle in die Wittwencasse eintreten, wenn der emeritirte Prediger unverheirathet oder Wittwer ist, oder sich etwa erst nach seinem Abgange von der Pfarre anderweit verheirathet hat.

Nach dem §. 8. des gedachten Gesetzes soll Herzogl. Consistorium jedoch denjenigen Predigern, welche für ihre Wittwen durch einen Einkauf in eine Wittwen-Casse vor der Publication dieses Gesetzes gesorgt haben, und dieses vor dem 1. October d. J. nachweisen, gestatten dürfen, die Theilnahme, wenn die den Wittwen gesicherte Pension 16 % der jetzigen Pfarreinnahme beträgt, ganz, sonst aber verhältnißmäßig abzulehnen.

Es läßt sich nun zwar noch nicht mit völliger Gewissheit bestimmen, welche Prediger nach diesen gesetzlichen Bestimmungen zur Theilnahme an der Wittwenanstalt berechtigt und verpflichtet sind, indem erst eine Abschätzung der Einkünfte der Pfarrstellen und Pfarrwittwenthümer vorhergehen muß, in welcher Beziehung das Erforderliche von Uns sofort angeordnet werden wird.

Doch ist auf den Grund der letzten hier befindlichen Anschläge der Pfarren- und Pfarrwittwenthümer hier eine vorläufige Uebersicht derjenigen Prediger aufgestellt, die muthmaßlich zu dem Eintritte berechtigt und verpflichtet sind, und Wir lassen den Herren Special-Superintendenten daraus einen Extract in Bezug auf die betreffende Inspection mit der Auflage hiebei zugehen, die betreffenden Prediger aufzufordern, wenn sie von der im §. 8. des erwähnten Gesetzes zugestandenen Erlaubniß, die Theilnahme abzulehnen, Gebrauch machen wollen, den vorgeschriebenen Nachweis spätestens bis zum 1. October d. Jrs. bestimmt zu liefern, indem sonst angenommen werden muß, daß sie von der Theilnahme nicht ausgeschlossen zu werden wünschen.

Die etwaigen Reclamationen sind alsdann nebst den bezüglichen Nachweisungen spätestens bis zum 5. Octbr. d. J. von den Herren Special-Superintendenten an Uns einzusenden.

Reclamationen, welche in dieser Beziehung nach dem 1. Octbr. d. J. eingehehen, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Bei denjenigen Predigern, die sich jetzt bereits in der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt befinden, ist solches in dem beigefügten Extracte bemerkt worden.

Die nöthigen Abdrücke dieses Ausschreibens erfolgen behuf Mittheilung desselben an die sämmtlichen Prediger der Inspection hiebei.

# Ausschreiben Herzogl. Consistoriums vom 26. Juli 1853 an sämmtliche Special-Superintendenten im Lande.

Beauf Aufstellung der erforderlichen Uebersicht rückständig der in Gemäßheit des Gesetzes vom 6. Juli d. J. vom 1. Januar l. J. an in die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt aufzunehmenden Prediger, Diaconen, Collaboratoren und Adjuncten im Predigamt ist es erforderlich, daß von jedem Prediger zc. nach dem angeschlossenen Schema ein neues, mit pflichtmäßiger Genauigkeit zu entwerfendes, vollständiges Verzeichniß aller, mit seiner Stelle verbundenen Einkünfte, ohne Ausnahme, imgleichen ein vollständiges Verzeichniß der sämmtlichen Einnahmen des Pfarrwittwenthums, wenn ein solches bei der Stelle fundirt ist, ebenfalls nach dem angeschlossenen Schema, aufgestellt werde.

In das Verzeichniß sind aufzunehmen:

1. die zur freien Disposition des Predigers stehenden Acker, Wiesen und Gärten, mit Einschluß derjenigen, welche zum Pfarrwittwenthume abzugeben sind, wenn eine Wittve vorhanden ist, nach ihrer Morgen- und Ruthenzahl und mit Bemerkung des Ertrages derselben nach dem dermaligen Localpachtwerthe;
2. die Naturalgefälle an Meierzins- und Erbenzinsgefallen, auch sonstiger reiner Korneinnahme, an Zehnten, Bröden, Würsten, Eiern, Hühnern u. s. w., mit Anführung des Geldwerthes derselben, und zwar des Getreides den Himten Weizen zu 1 Thlr., den Roggen zu 20 Ggr., Gerste zu 12 Ggr. und Hafer zu 8 Ggr. gerechnet, der übrigen Naturalien aber nach den dermaligen Mittelpreisen;
3. das Brennholz, wobei zugleich das bestimmte oder ungefähr anzunehmende Quantum, nebst dessen Geldwerthe in Ansatz zu bringen ist;
4. die mit der Stelle verbundenen baaren Geldeinnahmen an Besoldung, Erbpacht, Legaten-, Vierzeiten-, Neujahrgeld, Ablösungscapitalzinsen, und dergleichen;
5. die Accidenzien im Ganzen, nach einem Durchschnitte der letzten sechs Jahre.

Auf der Rückseite der Anschläge der Pfarr- zc. stellen ist zugleich zu bemerken, ob eine Predigerwittve vorhanden und wie viel derselben von den Pfarrintraden abzugeben ist, und ist diese letzte Bemerkung nöthig, selbst wenn keine Wittve vorhanden sein sollte.

Die Anschläge über die Einkünfte der Pfarrwittwenthümer müssen ergeben lassen, welche Grundstücke und sonstige Einnahmen bei der Vacanz des Wittwenthums an die Pfarre zurückfallen, welche bei dem Wittwenthume verbleiben und für die Wittwen-Casse berechnet werden, und welche an die Gemeinde zurückfallen, wie solches das Schema näher andeutet.

Bei den Pfarranschlügen sind die Wohnungen nach Raasgabe des Localmiethwerthes in Ansatz zu bringen, bei den Pfarrwittwenthumsanschlügen ist aber die Hausmieth oder die Miethenthädigung mitzurechnen.

Die Abschätzung erstreckt sich auf alle in der betreffenden Inspection befindlichen Pfarrstellen, Diaconate, Collaboraturen und Adjuncturen, und ist bei den Adjuncturen in dem Anschläge zugleich genau anzugeben, wie viel dem emeritirten Prediger von den Pfarreinkünften abzugeben ist, und wie hoch sich die Einnahme des Adjuncten beläuft.

Wir bedürfen dieser neuen Anschläge baldigst, und haben eine Anzahl Abdrücke dieses

Ausschreibens und eine Anzahl Formularbogen zu den Anschlägen beifügen lassen, welche unter die Prediger u. d. d. betreffenden Inspection mit der Auflage zu vertheilen sind, die Formularbogen nach den vorstehenden Andeutungen auszufüllen und unverzüglich zurückzusenden, und sind dieselben, sobald sie aus der ganzen Inspection zurückerfolgt sind, spätestens aber bis zum 25. September d. J. in Eins an Uns einzusenden.

Ein gleiches Verzeichniß haben die Herren Superintendenten hinsichtlich der von ihnen selbst bekleideten Pfarrstellen und des dabei befindlichen Wittventhums zu entwerfen und mit anher einzusenden.

Die hiedurch entstehenden Botelöhne sind aus den betreffenden Kirchencassen zu bestreiten.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 27. Juli 1853 an sämtliche Special-Superintendenten im Lande.

Nachdem durch das Gesetz vom 6. Juli d. J. eine erweiterte Theilnahme der Prediger an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt eintritt, ist es erforderlich, daß Wir von dem erfolgten Ableben der Wittwe eines Predigers, Diaconus, Collaborators und Pfarr-Adjuncten, wovon Wir bisher nicht in allen Fällen Nachricht bekommen haben, sofort Kenntniß erlangen, und daß die Uns zugehenden Nachrichten über die Familienverhältnisse verstorbener Prediger, Diaconen, Collaboratoren und Pfarr-Adjuncten vollständiger sind, als bisher.

Wir veranlassen daher die Herren Superintendenten, von jetzt an nicht nur das erfolgte Ableben einer solchen Wittwe immer sofort bei Uns zur Anzeige zu bringen, sondern auch in den Berichten über das erfolgte Ableben eines Predigers, Diaconus, Collaborators oder Adjuncten ausdrücklich mit zu bemerken, ob der Verstorbene eine Wittwe und minorenne Kinder, wobei die Zahl derselben anzugeben ist, oder nur eine Wittwe, oder nur minorenne oder majorenne Kinder und keine Wittwe, hinterlassen hat, und erwarten eine genaue Befolgung dieser zur Erhaltung der nothwendigen Ordnung bei der getroffenen wohlthätigen Einrichtung unumgänglich erforderlichen Vorschriften.

Nach den neuesten Ermittlungen sind in der dortigen Inspection die in der Anlage verzeichneten Prediger-Wittwen vorhanden, und da Wir behuf Aufstellung der Uebersicht der nach dem vorgedachten Gesetze in die Wittwen-Casse aufzunehmenden Prediger mit Bestimmtheit wissen müssen, ob dieselben noch jetzt sämtlich am Leben sind, so wollen Wir, falls die eine oder andere derselben inzwischen verstorben, oder falls eine vorhandene Wittwe übergangen sein sollte, darüber binnen 6 Wochen einer Anzeige entgegensehen.

Zur Mittheilung an die Prediger der dortigen Inspection und damit dieselben davon Kenntniß nehmen, auch nicht versäumen, die erforderlichen Anzeigen ihrerseits bei der Superintendentur einzureichen, erfolgt eine entsprechende Anzahl von Abdrücken dieses Ausschreibens hiebei.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 27. Juli 1853 an die Visitatoren der Kirche zu Vorfelde.

Auf den von den Herren Visitoren in Betreff der von gemauerten Gräbern und Leichensteinen an die Kirche und Pfarre zu Vorfelde zu entrichtenden Gebühren vom 9. d. Mts.

erstatteten Bericht erklären Wir Uns mit der darin vorgetragenen Ansicht, daß für Leichensteine und Denkmäler, welche jedoch den Raum nicht auffallend beengen dürfen, wegen der darüber bisher beobachteten Observanz, eine Gebühr nicht zu erheben sei, einverstanden. Das Ausmauern der Gräber ist aber in der Regel unzulässig und es kann daher bei der diesbezüglichen besondern Erlaubniß auch eine an die Kirche zu entrichtende Gebühr vereinbart werden, über welche von dem Kirchenvorstande eintretenden Falls Beschluß zu fassen und an Uns zu berichten sein würde.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 24. August 1853  
an die General-Superintendenten.

Bei Revision der Monitur der Kirchenbücher hat sich gezeigt, daß in Ansehung der Eintragung der sogenannten Nothtaufen neugeborner Kinder von den Kirchenbuchführern verschieden verfahren und der Begriff der Nothtaufe nicht überall richtig aufgefaßt ist. Wir halten deshalb für nöthig, unter Hinweisung auf die Bestimmungen der Erneuerten Kirchen-Ordnung Th. I. Cap. VIII. und Th. II. Cap. X. bemerkl. zu machen, daß unter der Nothtaufe nur diejenige Taufe zu verstehen ist, welche durch einen Andern als den ordentlichen Geistlichen vollzogen wird, und ordnen wegen Eintragung solcher Taufen in die Kirchenbücher Folgendes an:

1. In jedem Falle, in welchem ein Kind die Nothtaufe erhalten hat, ist in der letzten Columne des Verzeichnisses der Geborenen die Bemerkung einzutragen: „das Kind hat die Nothtaufe erhalten durch — — — (die Hebamme, den Dyferrmann, oder Schullehrer etc.)“
2. Wenn das Kind sich wieder erholt und die Bestätigung der Nothtaufe durch den ordentlichen Geistlichen, wie solche in der Erneuerten Kirchen-Ordnung vorgeschrieben, erfolgt ist, so ist der obigen Bemerkung hinzuzufügen: „die Bestätigung der Taufe ist erfolgt am — — (Datum).“

3. Wenn dagegen das Kind, welches die Nothtaufe erhalten hat, verstirbt, ohne daß diese Bestätigung derselben geschehen ist, so ist auch dies nachträglich durch den Zusatz zu vermerken: „die Bestätigung der Taufe ist nicht erfolgt.“

Sie haben die Kirchenbuchführer Ihrer General-Inspection durch die Special-Superintendenten, unter Mittheilung eines Abdruckes dieses Ausschreibens, wovon eine genügende Anzahl hierbei erfolgt, hiervon in Kenntniß setzen zu lassen resp. soviel die Stadt-Inspectionen Braunschweig und Wolfenbüttel und die Parochie Lunzen betrifft, in Kenntniß zu setzen, auch sich selbst, so weit es Sie angeht, hiernach zu achten.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 27. August 1853 an den  
Stadt-Superintendenten zu Wolfenbüttel.

Vom Herzogl. Stadtgerichte hieselbst ist Uns angezeigt worden, daß die gesetzliche Vorschrift, nach welcher Wittwen, die Kinder haben, bei ihrer Wiederverheirathung eine obrigkeitliche Bescheinigung beibringen sollen, daß sie mit denselben gehörig auseinandergesetzt worden sind — vergl. Reglement, die Führung der Kirchenbücher betreffend, vom 10. December 1814



— in hiesiger Stadt während der letzten Jahre nicht immer befolgt sei. Wir beauftragen Sie daher, den hiesigen Predigern entsprechende Weisung zugehen zu lassen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 11. Septbr. 1853  
an Herzogl. Consistorium.

Der Bericht vom 18. Juni d. J., wegen Normirung des Einkommens der Schulstelle zu Liddische ist Uns zugegangen. Wir sind nach eingeholten Gutachten der Herzogl. Kreisdirectionen der Meinung, daß bei Berechnung der bei Normirung des Schuleinkommens in Betracht kommenden Volkszahl auch die in einer Gemeinde sich aufhaltenden, auswärts Domicilirten, Dienstboten, gleich wie bei der Volkszählung selbst geschieht, zu berücksichtigen seien und daß von der gefundenen Zahl nicht diese Dienstboten, sondern nur solche Personen oder Familien in Abzug gebracht werden können, denen ein nur temporärer Aufenthalt in einer Gemeinde eingeräumt worden ist.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 17. September 1853 an den  
Schulvorstand zu Königsutter.

Wir erwidern dem Schulvorstande zu Königsutter in Bezug auf die in der von demselben rücksichtlich der Wiederbesetzung der fünften Lehrerstelle der dortigen Schule unterm 15. d. Mts. abgegebenen Erklärung enthaltene Anfrage, daß den Schulvorständen das Recht, das persönliche Erscheinen eines anzustellenden Lehrers behuf Prüfung der Qualifikation derselben zu fordern, nicht zugestanden werden kann, da solches in dem Gesetze vom 8. December 1851 keineswegs begründet ist, es vielmehr denselben überlassen werden muß, auf welche andere geeignete Weise, ohne Beschwerde des betreffenden Candidaten, sie sich dessen bisheriger Wirksamkeit, wie von seinem Wandel und seinen Fähigkeiten Kenntniß verschaffen wollen.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 17. Decbr. 1853 an sämtliche  
Kirchenbuchführer des Landes.

Zusolge einer von dem Herzogl. Staatsministerio unterm 5. d. M. getroffenen Anordnung sollen die Listen der Copulirten, Geborenen und Gestorbenen künftig in einem näher bestimmten Umfange aufgestellt werden und beauftragen Wir Sie hierdurch demgemäß:

1. bei Angabe der „getrauten Paare“ nur diejenigen aufzuführen, welche, ohne Rücksicht auf ihr Domicil, wirklich innerhalb der Pfarodie getraut und nicht allein dort proclamirt sind,

2. in der Rubrik „Geborene“ nur die Lebend Geborenen aufzunehmen und nicht auch die Todtgeborenen, welche ebenmäßig unter den Gestorbenen nicht in Ansatz zu bringen sind,

3. das Verzeichniß der „Todtgeborenen“ so einzurichten, daß daraus ersehen werden kann, ob dieselben ehelich oder unehelich geboren, sowie ob sie männlichen oder weiblichen Geschlechts sind,

4. das Alter der „Gestorbenen“ in der betreffenden Liste nach Jahren und Monaten, unter Weglassung der überschießenden Tage, aufzuführen, auch bei denjenigen Gestorbenen, welche das dritte Lebensjahr nicht überschritten haben, zu bemerken, ob dieselben unehelicher Geburt gewesen sind, oder nicht,

5. im Uebrigen aber sich die auf die Aufstellung und Einsendung der Bevölkerungslisten beziehenden Consistorial-Ausschreiben vom 25. März 1818 und vom 7. December 1850 zur Richtschnur dienen zu lassen, und die gegenwärtigen Vorschriften schon bei Aufstellung der Listen für 1853 zu befolgen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 20. Septbr. 1853  
an Herzogl. Consistorium.

Der Bericht vom 14. Mai d. Jrs., wegen geschehener Verweigerung der Taufe des Söhnen Kindes zu L., ist Uns zugegangen. Herzogl. Consistorium hat nun aus dem anliegenden Berichte zu ersehen, wie sich der Ober-Staatsanwalt über diese Angelegenheit geäußert hat und da nach dem Inhalte dieses Berichts die erfolgte Nichtigkeitsbeschwerde nur im öffentlichen Interesse geschehen und die Freisprechung daher ohne Einfluß auf die Sache selbst geblieben ist, so kann von weiteren gerichtlichen Strafanträgen gegen den Vater des Kindes kein Erfolg erwartet werden und es ist daher davon zu abstrahiren.

Was das ferner in dergleichen Fällen zu beobachtende Verfahren anbetrißt, so ist der Versuch zu machen, ob, wenn ein Vater die Taufe seines Kindes verweigert und bei dieser Weigerung auf sachdienlichen Vorhalt beharrt, die Anstellung eines Curators für das Kind, welcher die dem Vater obliegende kirchliche und gesegliche Pflicht zu erfüllen hat, bei dem competenten Gerichte zu erlangen steht.

Bericht des Ober-Staatsanwalts vom 4. Septbr. 1853  
an Herzogl. Staatsministerium.

Der Tagelöhner L. B. in G., zugethan der Secte der Baptisten, hat geschehener Vorstellung ungeachtet nicht bestimmt werden können, seine beiden jüngsten Kinder von 3½ und 1 Jahre zur Taufe zu bringen und Herzogl. Kreisdirection G. sich daher bewogen gefunden, die Kinder durch Polizeimilitair dem Vater abzunehmen und behuf der Taufe dem Prediger zuzuführen zu lassen.

Solche Procedur ist meiner Ansicht nach nicht gut zu heißen und ich halte die darüber von dem Tagelöhner B. erhobene Beschwerde für begründet.

Christliche Aeltern sind nicht bloß moralisch, sondern auch den bürgerlichen Gesetzen nach verpflichtet

Abschied des Reichstags zu Speyer von 1529 §. 6. Kirchen-Ordnung von 1700  
Cap. 8. §. 3. Verordnung vom 3. Mai 1815 Rto. 9.

ihre Kinder zur Taufe zu stellen. Indess kann Verabsäumung dieser Pflicht zunächst lediglich das angeordnete Strafverfahren (Verordnung vom 3. Mai 1815 Rto. 9.) zur Folge haben und

dessen Einleitung nicht deshalb hintenangesetzt werden, weil dasselbe im einzelnen Falle nicht angemessen befunden wird. Der Vollziehung der zu erkennenden, eventuell in Gefängnißstrafe zu verwandelnden, Geldstrafe stehet im Voraus jegliche Wirkung abzusprechen und der Schlußsatz im §. 17. des Gesetzes vom 19. März 1850 No. 26, die Organisation der Landesverwaltungsbehörden betreffend, welcher in Angelegenheiten der vorliegenden Art überall nicht plangreifend erscheint, vermag das Verfahren Herzogl. Kreisdirection um so weniger zu rechtfertigen, da nicht nachgewiesen ist, daß Androhung von Zwangsmitteln, namentlich das zur Hand genommen, der Anwendung vorhergegangen sei. (Abs. 2 u. 3. des allegirten §. 17.)

Die Preussische Gesetzgebung bestimmt, daß bei fortgesetzter Weigerung das Kind zur Taufe zu bringen, demselben ein Vormund bestellt werden solle, welcher für die Taufe zu sorgen hat. Es ist diese Bestimmung dem gemeinen Rechte entsprechend, sofern dem Vater wegen schlechten Betragens die väterliche Gewalt

L. 2. Cod. de infant. expos. 8. 52. L. 6. Cod. de spect. 11. 40.

Nouell. 12. c. 2.

oder doch das Erziehungsrecht

L. 1. §. 3. L. 3. §. 5. ff. de liber. exhib. 43. 30. vergl. mit

L. 13. §. 2. Cod. de sentent. poss. 9. 51.

durch gerichtliche Entscheidung genommen werden kann und alsdann für das Kind ein Curator angeordnet werden muß.

Den betheiligten Administrativbehörden wird unbenommen sein, behüfliches Einschreiten der competenten Gerichte zu bewirken

§. 3. I. de suspect. tutor. 1. 26.

L. 3. §. 4. ff. eod. 26. 10.

wobei aber ungewiß bleibt, ob Nichtdarbringung zur Taufe als eine den Verlust des Erziehungsrechts bedingende turpitude oder nequities werde beurtheilt werden.

### Außschreiben Herzogl. Consistoriums vom 12. November 1853 an sämtliche Schulinspektoren.

Wir finden Uns veranlaßt, unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Schulgesetzes vom 8. December 1851 §. 19 u. 20. Folgendes in Betreff der Landschulen anzuordnen:

I. Die von den Schulinspektoren zu prüfenden und von Uns festzustellenden Lehrpläne für jedes nächste, von Ostern bis Ostern laufende Schuljahr, sind von den Ortspredigern, als nächsten Vorgesetzten der Landschulen, unter Zuziehung der Lehrer alljährlich im Monate December zu entwerfen und an die Schulinspektoren vor dem Schlusse des Jahrs in duplo, von diesen aber im darauf folgenden Monate Januar unfehlbar bei Uns in simplo mit Bericht einzureichen. Sollten wider Erwarten einzelne Prediger in der festgesetzten Frist damit rückständig bleiben, so haben die Schulinspektoren unter eigener Verantwortlichkeit Solches sofort hier anzuzeigen, die Einsendung der eingegangenen Lectionspläne aber deshalb nicht zu verzögern. Diese Lectionspläne sind, wie bisher, in tabellarischer Form anzufertigen und wo im ersten und zweiten Sommerquartale Beschränkungen des Unterrichts eintreten, sind für diese Quartale besondere Uebersichten beizufügen.

Bei Prüfung dieser Lektionspläne haben die Schulinspectoren die bei Gelegenheit der letzten von ihnen gehaltenen Schulvisitation gemachten Erfahrungen hinsichtlich des Bildungsstandes und der Bedürfnisse jeder einzelnen Schule ganz besonders ins Auge zu fassen und darnach die ihnen etwa nöthig erscheinenden Aenderungen bei Uns in Vorschlag zu bringen.

Wo an einer Schule zwei oder mehrere Lehrer stehen, ist bei jeder einzelnen Lektion auf dem Lehrplane der Name des Lehrers, der die Lektion ertheilt, einzutragen oder doch durch den Anfangsbuchstaben des Namens anzudeuten; übrigens aber auch hier, wie in allen andern Fällen, der Unterricht von sämmtlichen Schulclassen, separirten, wie combinirten, in ein Verzeichniß zu bringen.

Auf der Rück- oder Titelseite des Lektionsplans ist die Zeit zu bemerken, in welcher der Classen-Cursus jeder einzelnen Disciplin zu beenden ist. (z. B. Religion 1. Cl. - 2jährig etc.)

Die behuf Feststellung der Lektionspläne von Uns abgegebenen Entscheidungen haben die Schulinspectoren ungesäumt und jedenfalls vor dem Beginne der Sommerschule den Ortspredigern mitzutheilen und diese aufzufordern, auf die genaueste Befolgung des Schulplans — von welchem eine Abschrift, auf Pappe geklebt, in der Schulstube aufzuhängen ist, — strenge zu halten.

II. Die bisher am Schlusse des Schuljahrs von den Ortspredigern erstatteten tabellarischen Schulberichte sind auch ferner in gleicher Weise bei den Schulinspectoren einzureichen und von diesen im Monate Mai mit Bericht an Herzogl. Consistorium einzusenden. Wir erwarten dabei, daß die Schulinspectoren diese tabellarischen Schulberichte in allen ihren Rubriken einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen und unter denselben ihre zustimmenden oder abweichenden Bemerkungen hinzufügen, insbesondere aber da, wo dies von Seiten der Prediger nicht geschehen sein sollte, die Thätigkeit, Diensttreue und Unterrichtsweise des Lehrers, so wie den Geist und den Bildungsstand der Schule durch kurze, aber doch treffende und bestimmte Angaben bezeichnen.

Auf die in verschiedenen Inspectionen bisher von den Lehrern angefertigten und an Uns mit eingesandten Censurlisten über sämmtliche Schulkinder können Wir keinen besondern Werth legen und erwarten solche nicht weiter. Dagegen müssen Wir wünschen, daß alle Lehrer, welche dazu befähigt sind, einen Bericht über das, was sie in dem verflossenen Jahre durchgenommen und über die Art und Weise, wie sie die einzelnen Lehrgegenstände in den verschiedenen Classen behandelt haben, einreichen, wie solches bisher schon von vielen Lehrern und zwar von mehreren derselben mit einer zu Unserer Zufriedenheit gereichenden Gründlichkeit geschehen ist.

Eben so sind, wie bisher, die Quartal-Absentenlisten beizufügen und ist auf der Titelseite einer jeden Liste zu bemerken, wie viele Tage im Monate die Schule hätte gehalten werden müssen und an wie vielen von diesen Tagen und warum der Unterricht etwa ausgefallen ist; sowie auch auf derselben Seite die Zahl der Schulkinder classenweise und nach den Geschlechtern anzugeben ist.

In dem diesen tabellarischen Berichten beizufügenden General-Berichte haben die Schulinspectoren alles dasjenige, was ihnen bei ihren Schulvisitationen von Mängeln oder Vorzügen der einzelnen Schulen aufgefallen ist, in gedrängter Kürze anzumerken; ein specielles Eingehen in den Unterricht, welchem sie beigewohnt, erwarten Wir nur in besonderen Ausnahmefällen.

Gern werden Wir es sehen, wenn aus einzelnen Schulen Proben von den Fortschritten der Kinder im Recht- und Schönschreiben den Berichten beigelegt werden.

Die Schulvisitationsberichte, welche bisher von den Superintendenten zugleich mit den Kirchenvisitations-Berichten am Schlusse jedes Jahres eingesandt sind, fallen künftig weg.

Im Monate Februar haben die Schulinspectoren den Bedarf der ihnen von hier zu übersendenden Formularbogen zu den tabellarischen Schulberichten einzufordern und dabei die Zahl der erforderlichen Titel- und Einlagebogen besonders anzugeben.

Ueber die Schulen ihrer eigenen Parochie haben die Schulinspectoren gleichfalls in tabellarischer Form zu berichten.

III. Von besonderer Wichtigkeit für ein sicheres und lückenloses Fortschreiten des Schulunterrichts erscheint das strenge Innehalten der festgestellten Lehrcurse, und damit die Schul-Inspectoren, deren Aufmerksamkeit Wir auf diesen Gegenstand ganz besonders zu lenken Uns veranlaßt finden, in den Stand gesetzt werden, in dieser Beziehung eine genaue Controle ausüben zu können, halten Wir für erforderlich, dass in jeder Landschule ein Rechenschaftsbuch angelegt und von Ostern 1854 an geführt werde, in welches der Lehrer am Schlusse jedes Monats einträgt, welches Pensum er in jedem einzelnen Lehrzweige in jeder Classe durchgenommen hat, und zwar, wo solches thunlich ist, unter Bezugnahme auf das dem Unterrichte zum Grunde gelegte Lehrbuch.

In Betreff des Religions- und biblischen Unterrichts würden in diesem Buche auch die von den Kindern auswendig gelernten Gesänge, Denksprüche oder biblischen Geschichten, Gleichnisse Jesu u. s. w., in Betreff des Singunterrichts die eingeübten Choral-Melodien und Lieder anzuführen und vom Rechenunterricht ein beliebiges der von den verschiedenen Classen gerechneten Exempel einzutragen sein.

Dieses Buch haben sich die Schulinspectoren bei ihren Visitationen vorlegen zu lassen und nach beendigter Visitation in demselben zu bemerken, ob der Cursus gehörig innegehalten, oder ob zu kurze oder zu lange Zeit bei einem bestimmten Abschnitte verweilt und ob und in wie weit das Durchgenommene und Eingeeübte Eigenthum der Schüler geworden ist.

Die Anschaffung dieses, in Folio-Format gebundenen Buchs, dessen Kosten von den Schulcassen zu tragen sind, haben die Schulinspectoren anzuordnen und wegen dessen innerer Einrichtung den Lehrern zweckmäßige, die besondern Verhältnisse der Schulen berücksichtigende Instructionen zu erteilen.

Insbefondere werden aber auch die Ortsprediger bei ihren Schulbesuchen von diesem Buche sorgfältige Notiz zu nehmen und wo sie etwaige Nachlässigkeiten oder Ungenauigkeiten darin finden sollten, solche sofort abzustellen haben. Auch wird es zunächst ihre Sache sein, die Lehrer zeitig genug je nach den Umständen auf das zu rasche oder zu langsame Fortschreiten in den einzelnen Lehrkursen aufmerksam zu machen. Wo die Prediger selber am Schulunterrichte sich theilnehmen, haben sie aus ihren Stunden das Nöthige gleichfalls in das Rechenschaftsbuch einzutragen.

Wie die Schulinspectoren nach den vorstehenden Bestimmungen sich selber zu achten haben, so sind auch die Ortsprediger und durch diese die Lehrer von ihnen hiernach anzuweisen, und fügen Wir deshalb die erforderliche Anzahl von Exemplaren dieses Ausschreibens zur Theilung an die Prediger der Inspection bei.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 11. Januar 1854  
an die Schulinspectoren.

Es ist in neuerer Zeit öfter vorgekommen, daß in den Landschulen theils auf Veranlassung oder unter Zustimmung der Prediger, theils einseitig von den Lehrern neue Schulbücher — namentlich Bibeln, Lehrbücher, Rechenbücher — eingeführt sind, ohne daß dazu Unsere Genehmigung eingeholt ist. Je unstatthafter ein solches Verfahren ist, desto ernstlicher haben die Herren Schulinspectoren dasselbe zu verhüten und dasselbe den Predigern und Lehrern zu untersagen und etwaige Contraventionen bei Uns zur Anzeige zu bringen. Zugleich ist den Predigern bemerklieh zu machen, daß sie Anträge auf Einführung neuer Schulbücher nicht eher bei Uns stellen, als bis sie mit den betreffenden Schulvorständen darüber die schon wegen des Kostenpunkts nöthige Rücksprache genommen haben, diese Anträge auch nicht direct, sondern durch Vermittelung der Herren Schulinspectoren an Uns gelangen lassen, wobei Wir erwarten, daß die Letztern solche Anträge unter sorgfältiger Berücksichtigung der Verhältnisse der betreffenden Schulen anher mit Bericht begleiten.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 15. Februar 1854  
an die Schulinspectoren.

In Bezug auf die Bestimmung Unseres Ausschreibens vom 12. November v. Jrs., der zufolge in jeder Landschule ein Rechenschaftsbuch geführt werden soll, sind verschiedene Anfragen an Uns ergangen und Anträge gestellt, welche Uns veranlassen, den Herren Schulinspectoren Folgendes nachträglich zu eröffnen. Wir haben es nicht für nöthig und zweckdienlich gehalten, ein bestimmtes Formular zu diesem Buche für alle Schulen schon jetzt vorzuschreiben, indem Wir theils voraussetzen durften, daß nach den Andeutungen Unseres Ausschreibens die geeignete Einrichtung des fraglichen Buches im Allgemeinen von den Herren Schulinspectoren selber leicht gefunden werden würde, theils besondere Verhältnisse bei den einzelnen Schulen auch besondere Modificationen erfordern, vor Allem aber ein längerer Gebrauch des Buches am Besten übersehen lassen wird, welche Form desselben als diejenige anzuordnen und festzuhalten sein wird, welche dem eigentlichen Zwecke desselben in allen Beziehungen am vollkommensten entspricht. Damit jedoch von vorn herein dem Buche die nöthige Uebersichtlichkeit und Vollständigkeit nicht fehle, halten Wir für angemessen, Folgendes in Betreff seiner Einrichtung zu bestimmen, was in allen Fällen zu beobachten sein wird.

1. Für jeden Monat ist eine Doppelseite zu verwenden.
2. Die einzelnen Hauptunterrichtszeige sind in besondern, mit den bezeichnenden Ueberschriften versehenen Columnen neben einander aufzuführen.
3. In jeder Columnne sind die verschiedenen Ordnungen (Schulclassen) getrennt nach einander zu berücksichtigen.
4. Wo eine besondere Knaben- und eine besondere Mädchenschule besteht, wird für jede ein besonderes Buch anzulegen, wo aber nur in der obern Classe die Geschlechter getrennt sind, werden in demselben Buche beide Classen neben einander aufzuführen sein.

5. In der drittlezten Columne sind unter der Ueberschrift „Ausgefallene Schultage und Schulstunden“ sowol die gesetzlichen Schulferien zu vermerken, als auch einzelne. Schultage und Schulstunden, an und in welchen der Unterricht ausgefallen ist, mit Angabe des Grundes zu bezeichnen.

6. In der vorlezten Columne ist unter der Ueberschrift „Besuch des Predigers“ von diesem der Tag seines Schulbesuchs anzugeben mit kurzer Bemerkung dessen, was von ihm etwa in Bezug auf den Unterricht angeordnet ist.

7. Die letzte Columne mit der Ueberschrift „Schulvisitation“ ist für die Bemerkungen des Schulinspectors bei Gelegenheit der Inspection der Schule zu bestimmen.

8. Am Kopfe jeder Doppelseite ist die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den einzelnen Classen anzuführen.

9. Die Namen des Lehrers, oder wo mehrere an derselben Schule fungiren, der Lehrer — mit Angabe der Classen, in welchen sie unterrichten — sind auf der Titelseite des Buchs einzutragen.

Die Herren Schulinspectoren haben dem Vorstehenden gemäß die weiteren Anordnungen zu treffen.

#### Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 19. Februar 1854 an Herzogl. Consistorium.

Wir wollen auf den Bericht vom 28. Decbr. v. Jrs. genehmigen, dass das Pfarrwittwenhaus zu Broistedt unter den wegen der Miethentschädigung der künftigen Pfarrwittwen getroffenen Verabredungen und mit Reservation der dem Pfarrwittwenthume gehörenden Weideabfindung für die Summe von 915 Thln. veräußert werde, und erfolgt das eingereichte Actenheft anbei zurück.

Zugleich hat Herzogliches Consistorium aus dem abschriftlich angebotenen Berichte der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission vom 10. d. Mts. zu ersehen, wie diese Behörde die ihr über die Zulässigkeit eines Vorbehalts der Weideabfindungen bei Veräußerungen von Gebäuden vorgelegte Frage beantwortet hat. Herzogl. Consistorium hat daher bei eintretenden Veräußerungen in den Fällen, wo eine Separation noch nicht stattgefunden hat, oder die Weideberechtigung eines zu verkaufenden Pfarrwittwenhauses noch nicht anerkannt ist, die Sicherung der nach §. 66 u. 74. der Gemeintheilungsordnung den Pfarrwittwenthümern zustehenden Abfindungsansprüche durch eine vorherige Anerkennung der Interessenten zu bewirken zu suchen.

#### Bericht Herzogl. Landes-Deconomie-Commission vom 10. Februar 1854 an Herzogl. Staatsministerium.

In Befolgung des verehrlichen Rescripts vom 8. vor. Mts. versehen wir nicht, bei Wiedereinsendung der Acten, den Verlauf des Pfarrwittwenhauses zu Broistedt betreffend, uns gutachtlich dahin zu äußern, dass in dem vorliegenden Falle der Verlauf des Pfarrwittwenhauses zu Broistedt unbedenklich erscheinen und insbesondere auf die Weideabfindung des Pfarrwittwenthums keinen Einfluss äußern dürfte, weil auf den Antrag der Mitglieder der Gemein-

heit Broistedt, bereits ein Verfahren über die Specialtheilung der gemeinschaftlichen Weide eingeleitet und zu diesen Verhandlungen das Pfarrwittenthum als weideberechtigt anerkannt ist.

Da nun zur Zeit der Einleitung des Separationsverfahrens das Pfarrwittenthum mit einem Wohnhause versehen war, so war dasselbe unzweifelhaft berechtigt, eine Weideabfindung auch für den Haushaltsbedarf in Anspruch zu nehmen und da das Forderungsrecht hierüber mit dem von der Gemeinheit gefassten Beschlusse auf Specialtheilung bereits zur Existenz gelangt ist, so wird hieran durch den spätern Verlauf des Hauses, welcher in Beziehung auf die übrigen Gemeinheitsinteressenten als eine res inter alios acta zu betrachten ist, nichts weiter geändert werden.

Jedenfalls würden der Vertreter des Pfarrwittenthums und der Käufer des Hauses zusammen vollkommen berechtigt sein, die Weideabfindung für den Haushaltsbedarf und die Durchwinterungsmittel zu fordern und da nach dem abgeschlossenen Kaufcontracte der Käufer verpflichtet ist, die ganze Weideabfindung dem Pfarrwittenthume zu überlassen, so würde das letztere auch auf diesem Wege in den Besitz der ihm zukommenden vollständigen Weideabfindung gelangen können.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 8. April 1854  
an die Schulinspectoren.

Die in Gemäßheit Unseres Ausschreibens vom 12. Novbr. v. Jrs. von den Herren Schulinspectoren eingesandten Lectionspläne auf das Schuljahr 1854/55. haben Uns zu nachstehenden Bemerkungen Veranlassung geboten:

1. Es ist nicht auf allen Lectionsplänen angedeutet, zu welcher Classe der in Unserm Ausschreiben vom 12. Novbr. 1840 ihrer Größe nach unterschiedenen Schulen eine jede einzelne Schule gehört. Es hätte dies durch die Bezeichnungen: Schule A. a., B. b. c. geschehen müssen, und ist dies künftig nicht zu übersehen.

2. Es wird nicht überall die in Unserm Ausschreiben vom 12. Novbr. 1840 für die verschiedenen Schulen vorgeschriebene Zahl der wöchentlichen Schulstunden gehalten und bemerken Wir in dieser Beziehung Folgendes:

a. In den Schulen A. a. sind 26. 26. 22. Schulstunden zu halten und dabei die kirchlichen Feststunden oder Kinderlehren, mögen solche von dem Prediger oder dem Lehrer gehalten werden, nicht mit einzurechnen.

b. Dagegen mögen in den Schulen A. b. und A. c., in welchen 32. 28. 24. resp. 36. 36. 32. Stunden gehalten werden sollen, die kirchlichen Feststunden oder Kinderlehren von dieser Stundenzahl in Abzug gebracht werden, wosern der Lehrer solches wünscht oder dies zu seiner Erleichterung nöthig erscheint.

c. In den Schulen A. c. ist, wenn die Zahl der Schulkinder über 200 beträgt und die Anstellung eines zweiten Lehrers für jetzt noch nicht thunlich sein sollte, die Zahl der Schulstunden nöthigenfalls noch um einige zu erhöhen, und wollen Wir in solchen Fällen besondern Anträgen entgegensehen.

d. Wenn in einzelnen Schulen durch alle Quartale hindurch gleichviel Stundenzahl gehalten werden, so kann dies nur dann zulässig sein, wenn durch die Ausgleichung die Ge-



sammtzahl der Unterrichtsstunden nicht verringert und dem regelmäßigen Schulbesuche nicht geschadet wird. Die Herren Schulinspectoren haben deshalb in den vorkommenden Fällen die Verhältnisse sorgfältig zu prüfen und darf ohne ihre ausdrückliche Genehmigung eine derartige Ausgleichung nicht vorgenommen werden.

3. Von den in Unserm Ausschreiben vom 12. Novbr. 1840 gegebenen Regulativen rücksichtlich der für die einzelnen Lectionen in den verschiedenen Classen zu bestimmenden wöchentlichen Stundenzahl ist hie und da zu weit abgewichen, ohne dass solche Abweichung in den Berichten der Herren Inspectoren überall näher motivirt ist. So wenig nun auch jene Regulative als allgemeine und unbedingte Norm für alle Schulen haben gelten sollen, vielmehr in dem bezüglichen Ausschreiben jede Abänderung in den getroffenen Anordnungen, die sich im Laufe der Zeit als zweckmäßig empfehlen sollte, ausdrücklich vorbehalten ist und etwaige Modificationen auch in der fraglichen Beziehung bei einzelnen Schulen besonderer Verhältnisse wegen sehr wohl zulässig, ja nöthig sein werden: so müssen Wir doch wünschen, dass dabei nicht willkürlich verfahren und einzelnen Unterrichtszweigen nicht auf Kosten der anderen ein unverhältnissmäßig großer Theil der Zeit ohne Noth und auf die Dauer zugetheilt werde. Wo deshalb bedeutendere Abweichungen von jenen Regulativen sich finden, ohne bis jetzt näher motivirt zu sein, da sehen Wir noch besonderen Berichten der Herren Schulinspectoren entgegen.

4. In den meisten Lectionsplänen ist auf eine Verlegung der verschiedenen Unterrichtsgegenstände in die dafür geeignetste Tageszeit sowie auf einen angemessenen Wechsel von Leichterem und Schwererem mit Sorgfalt geachtet. Wo dies nicht geschehen ist, haben die Herren Schulinspectoren den Umständen nach die nöthigen Aenderungen noch vornehmen zu lassen.

5. Ebenso wird sorgfältig darauf zu achten und zu halten sein, dass in den Stunden, wo mehrere Classen combinirt unterrichtet werden, die verschiedenartigen Beschäftigungen der einzelnen Abtheilungen mit einander wohl vereinbar sind. Es ist deshalb auf den Lectionstabellen diese verschiedene gleichzeitige Beschäftigung genau anzugeben, und dabei zugleich bemerklieh zu machen, ob dieselbe die ganze Stunde hindurch gleichmäßig fort dauert oder ob nach Verlauf einer halben Stunde ein Wechsel zwischen der lauten und stummen Abtheilung eintritt; z. B.

Cl. II. und III.		oder:	
Lesen.	Schreiben.	Cl. II. und III.	
		$\frac{1}{2}$ St. Lesen.	Schreiben.
		$\frac{1}{2}$ St. Schreiben.	Lesen.

6. Wenn in einigen Schulen A. a. alle drei Classen in allen Stunden combinirt unterrichtet werden oder eine solche Einrichtung von einzelnen der Herren Schulinspectoren beabsichtigt und beantragt wird, so können Wir Uns damit nicht einverstanden erklären. Es wird vielmehr auch in diesen kleineren Schulen in einzelnen Lectionen (wie namentlich im Religionsunterrichte, in der Bibelfunde, in gemeinnützigen Kenntnissen) die erste Classe von den übrigen streng zu sondern und allein zu unterrichten sein.

7. Auf einzelnen Lectionsplänen ist die ganze erste Montagsstunde zur Wiederholung der Predigt bestimmt. Dies kann nicht für zweckmäßig gehalten werden. Es wird zu diesem Zwecke meistens schon weniger als eine Viertelstunde genügen und nicht jedes Predigtthema zur Besprechung mit den Schülkfindern geeignet sein.

8. Auch für das Hersagen der Hauptstücke ist keine ganze Stunde anzusetzen, vielmehr wird dasselbe an eine andere geeignete Lection sich am Schlusse sehr wohl anreihen lassen. Ob dagegen für das Auffagen der für die Religionsstunden gelernten Lehrsätze, Bibelsprüche und Gesangverse eine besondere Stunde zu bestimmen ist, wird sich nach den Umständen richten müssen. Jedenfalls wird dies in solchen Schulen, wo es mit dem Lernen schlecht steht, zu empfehlen und auf ein tüchtiges, genaues Auswendiglernen überhaupt sehr zu achten und zu halten sein.

9. In jeder Schule ist an jedem Sonnabend die nöthige Zeit für das Lesen und Durchnehmen der Epistel und des Evangeliums des nächsten Sonntags zu bestimmen. Das sub 8. Bezeichnete wird event. hiermit zweckmäßig verbunden werden können.

10. Der Name Bibelfunde, wie er in dem Regulativ vom 12. Novbr. 1840 gebraucht ist, scheint eine sehr verschiedene Auffassung erfahren zu haben und deshalb dieser Unterrichtszweig sehr verschieden behandelt zu werden. Es soll damit nichts anders bezeichnet sein, als: genauere Bekanntschaft mit der Bibel; folglich das Lesen der wichtigsten Abschnitte der Bibel Alten und Neuen Testaments mit kurzer Erklärung und vorangehender Mittheilung des zum Verständniß der einzelnen Theile Nöthigsten und Wichtigsten. Es wird demnach das, was in die sogenannte „biblische Einleitung“ gehört, nicht als eine besondere Lection zu tractiren, sondern mit dem Lesen der Bibel in Verbindung zu bringen sein. Für diesen Unterricht sind in allen Schulen das ganze Jahr hindurch wöchentlich zwei Stunden anzusetzen. Wenn den Lectionsplänen zufolge von diesen Stunden die eine für das Lesen des Alten und die andere für das Lesen des Neuen Testaments bestimmt ist, so können Wir das im Allgemeinen nicht für zweckmäßig halten. Vielmehr wird als Regel festzuhalten sein, daß zuerst das Alte und sodann das Neue Testament gelesen wird. Nur wird es von größter Wichtigkeit hierbei sein, daß die rechte, gehörig beschränkte Auswahl getroffen wird und empfehlen Wir diesen Gegenstand der ganz besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge der Herren Schulinspectoren.

11. Was den Unterricht in der deutschen Sprache betrifft, so gehen einzelne Anträge dahin, daß dafür besondere Stunden in den Lectionsplänen nicht ferner angesetzt werden möchten, indem man dafür hält, daß der eigentliche grammatische Unterricht für die Landschulen sich nicht gut eigene, sondern das Nöthigste aus demselben gelegentlich an das Lesen angeknüpft und durch Uebung erlernt werden müsse. Wir können jedoch diese Ansicht nicht theilen und müssen die Beibehaltung eines systematisch geordneten Sprachunterrichts in besonders dafür bestimmten Stunden fordern. Es versteht sich dabei von selbst, daß derselbe auf eine rein abstrakte Beschäftigung mit den bloßen Formen der Wörter und Sätze nicht zu reduciren, sondern überall praktisch zu machen, mit dem Gelesenen in enge Beziehung zu setzen und auch in Dorfschulen mit Uebungen in schriftlichen Aufsätzen zu verbinden ist, durch welche die Kinder lernen, fremde und eigene Gedanken sachgemäß zu ordnen und sprachrichtig darzustellen. Es wird Sache der Herren Schulinspectoren sein, bei ihren Schulvisitationen denjenigen Lehrern, die in dieser Hinsicht das Rechte nicht zu treffen wissen und diesen Unterricht zu einem unfruchtbaren Formelwesen machen, die nöthigen Winke zu ertheilen.

12. Hinsichtlich der in den Schulen zu behandelnden Realien, Geographie, Geschichte, Naturgeschichte und Naturlehre, sind die Ansichten darüber getheilt, ob diese Lehrzweige einzeln

nach einander tractirt, oder ob die Geographie zum Grunde gelegt, und an diese das Nöthigste aus den anderen Wissenschaften angereihet werden soll. Ersteres dürfte sich aus mehrfachen Gründen als das Geeigneterere empfehlen, nur wird auf den geographischen Unterricht von allen die meiste Zeit zu verwenden sein.

13. Wenn in einzelnen Schulen in der Oberclasse zwei besondere Stunden für biblische Erzählungen angesetzt sind, so mag dies durch die besondern Verhältnisse gerechtfertigt sein, wird aber immer nur als Ausnahme betrachtet werden müssen, indem in den zwei für Bibelfunde bestimmten Stunden, sowie in dem catechetischen Religionsunterrichte die biblischen Erzählungen ihre für die Oberclasse angemessene Behandlung finden werden.

14. Eigentliche Declamirübungen gehören wohl nicht in die Landschulen oder werden doch wenigstens, selbst in den sehr guten Schulen, auf ein sehr geringes Maas zu beschränken sein.

15. Was die für die einzelnen Lehrzweige zu bestimmenden Lehrcurse betrifft, so wird im Allgemeinen der Grundsatz festzuhalten sein, daß die Kinder die wichtigeren Disciplinen, wie Religion, Bibelfunde, Religionsgeschichte, deutsche Sprache, während ihres Aufenthalts in einer Classe zwei Mal durchmachen, und wird, da die Zeit des Verweilens in der Oberclasse in der Regel auf vier Jahre angenommen werden darf, der Lehrcurfus für die genannten Disciplinen ein zweijähriger sein müssen.

Wenn in einzelnen Lektionsverzeichnissen der Rechen- und Schreibunterricht in der Oberclasse als einjährig oder zweijährig angegeben ist, so muß eine solche Angabe wohl als völlig unzutreffend angesehen werden, indem in diesen Beziehungen bei den Kindern während der ganzen Zeit ihres Aufenthalts in der Classe wohl nur ein stetes Fortschreiten, oder ein Uebergang von einer Ordnung zur andern, nicht aber die Wiederholung eines abgeschlossenen Cursus Statt findet.

16. Schließlich bemerken Wir, daß die Vorschriften Unsers Ausschreibens vom 12. November v. J., denen zufolge da, wo im ersten und zweiten Sommerquartale Beschränkungen des Unterrichts eintreten, besondere Uebersichten beigelegt werden, auch die verschiedenen Schulclassen überall besonders bezeichnet werden sollen, nicht durchgängig beobachtet sind, was künftig wird geschehen müssen.

Den vorstehenden Bemerkungen gemäß haben nun die Herren Schulinspectoren die Lektionspläne einer nochmaligen sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, in denselben den Umständen nach die etwa erforderlichen Veränderungen vorzunehmen und die Lehrer durch die ihnen vorgelegten Prediger mit den nöthigen Anweisungen versehen zu lassen; sodann aber mit Strenge darauf zu halten, daß von den vorgeschriebenen Lektionsplänen ohne ihre ausdrücklich dazu erteilte Genehmigung oder Anweisung nicht abgewichen werde.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 15. Juli 1854 an die Herren General-Superintendenten des Landes, die Herren Stadtsuperintendenten zu Braunschweig u. Wolfenbüttel und den Herrn Pastor prim. zu Lunsen.

Nachdem Wir in Erfahrung gebracht haben, daß von einigen Herzogl. Amtsgerichten zeither an die Kirchenbuchsführer die Forderung gestellt worden ist, es seien in die monatlich

einzureichenden tabellarischen Verzeichnisse der eingetretenen Sterbefälle auch die Namen und Geburtstage der von den Verstorbenen etwa hinterlassenen minorennen Kinder aufzuführen, erachten Wir für zweckmäßig, durch Sie den Kirchenbuchführern Ihrer Inspection, damit diese über das Maaß ihrer Verpflichtung und Berechtigung in dieser Beziehung gewiß seien, Folgendes eröffnen zu lassen.

1. Es existirt kein Landesgesetz, welches die Prediger und übrigen Kirchenbuchführer direct verpflichtet, den Gerichten zum Zwecke der Anordnung von Vormundschaften vollständige Kirchenbuch-Auszüge Amtshalber, also unentgeltlich, zu ertheilen.

Sowohl der §. 60. der Verfügung der Fürstl. Regierungs-Commission vom 3. Febr. 1814 Nro. 27, als der §. 4. Nro. 8. der Verordnung vom 26. März 1823 Nro. 10. bezwecken nur die Anordnung einer Controle über die Thätigkeit der Vormundschaftsgerichte und es ist in der letzterwähnten Verordnung den damaligen Kreisämtern die Einsendung monatlicher Extracte aus den Kirchenbüchern über die eingetretenen Sterbefälle, neben der Vorlegung einer tabellarischen Uebersicht der von ihnen bestellten Vormundschaften, ausdrücklich nur zu dem Zwecke zur Pflicht gemacht, damit das vorgesetzte Districtsgericht dadurch zu einer genaueren Controle über die Vollständigkeit der angeordneten Vormundschaften befähigt werde. Nach den Worten und dem Zwecke der gedachten gesetzlichen Vorschriften kann aus denselben eine weitere amtliche Verpflichtung der Kirchenbuchführer, als die Vorlegung vollständiger Extracte über die eingetretenen Sterbefälle, unter Bezeichnung derjenigen, in welchen die Anordnung einer Vormundschaft erforderlich werden wird, nicht hergeleitet werden, insbesondere nicht die Verpflichtung zur vollständigen Bezeichnung aller, oder doch der hinterlassenen minderjährigen Kinder, nach den Vornamen und dem Geburtstage, zu welcher es ohnehin alsdann, wenn die Kinder an einem andern als dem Sterbeorte des Vaters geboren sein sollten, dem betreffenden Kirchenbuchführer an den nöthigen Materialien fehlen würde.

2. Nach §. 2 u. 4. der Verordnung vom 29. Octbr. 1821, die Stempelsteuer betreffend, und pos. 46 u. 62. des derselben angehängten Tarifs müssen die Geburtscheine der zu bevormundenden Minderjährigen auf Stempel geschrieben werden, und kann in den Fällen, und diese werden immer vorausgesetzt, in welchen der Staat in Vormundschaftssachen Stempel und Gebühren erhebt, den Predigern 2c. für die aus den Kirchenbüchern ausgezogenen Geburtscheine die übliche Gebühr, welche die Vergütung für die Führung der Kirchenbücher bildet, nicht versagt werden.

Zur Erleichterung der Expedition ist die erforderliche Anzahl von Abdrücken dieses Ausschreibens beigelegt.

#### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 4. October 1854 an die General-Superintendenten.

Wir haben aus den durch Unser Rescript vom 4. Januar d. J. geforderten Berichten, die Einrichtung von Lesegesellschaften auf dem Lande betreffend, ersehen, daß, mit Ausnahme der Pfarochie Lunsen-Thedinghausen, überall die Zweckmäßigkeit derselben anerkannt wird, und dürfen danach erwarten, daß die Geistlichen in den Landgemeinden sich angelegen sein lassen werden, diese wichtige Angelegenheit nach Kräften zu fördern.

Jedoch in Betracht der zu Unserer Kenntniß gebrachten Verschiedenheit der Meinungen, welche über die Art, wie der Zweck zu erreichen sei, vorhanden sind, haben Wir für angemessen gehalten, folgende mittelst Rescripts Herzogl. Staatsministerii vom 29. Juli d. Jrs. gebilligte Grundsätze aufzustellen, welche den Geistlichen bei ihrer Thätigkeit zur Richtschnur dienen werden.

1. Der Umfang der Lesevereine wird zunächst auf die einzelnen Gemeinden zu beschränken, damit aber die Theilnahme einzelner Auswärtiger oder anderer nahe gelegener Ortschaften nicht auszuschließen sein.

2. Ein Zwang zum Beitritte darf nicht eintreten und werden deshalb auch die Kosten nur durch freiwillige Beiträge der Theilnehmer aufzubringen sein; jedoch wird da, wo es angemessen erscheint, eine Schulbibliothek zugleich zum Zwecke eines Lesevereins für Erwachsene zu bilden, und in solchem Falle auch aus der Schulcasse ein verhältnißmäßiger Beitrag zu leisten sein.

3. Die Auswahl der Bücher wird zunächst dem Prediger, von welchem die ganze Gelegenheit ausgehen und geleitet werden muß, zu überlassen sein; auf Anfragen aber werden Wir Auskunft und Anleitung über die Wahl der anzuschaffenden Bücher ertheilen.

4. Ueber die Verwaltung und über die Art und Weise, wie das Abholen, Wechseln und Zurücliefern der Bücher zu bewirken sein wird, läßt sich eine allgemeine Regel nicht aufstellen, die in dieser Beziehung zu treffende zweckmäßigste Einrichtung wird vielmehr dem Ermessen des Predigers oder derjenigen Person, welcher die Leitung des Lesevereins anvertraut ist, zu überlassen sein.

Sie wollen nun die Superintendenten Ihrer General-Inspection und durch diese die Prediger instruiren, dieser Angelegenheit sich in der bemerkten Weise anzunehmen, zu Unserer Kenntnißnahme ein Verzeichniß der Schriften, welche etwa in bereits bestehenden Lesegesellschaften oder Schulbibliotheken Ihrer General-Inspection sich finden, baldigst einsenden, und über den Stand der Lesegesellschaften alljährlich im Monat September Bericht erstatten.

Die Herzogl. Kreisdirectionen sind von Uns ersucht worden, die Amtsräthe auf die Nützlichkeit von dergleichen Lesevereinen aufmerksam zu machen und zur Beförderung derselben aufzufordern.

Sie erhalten hieneben zur Erleichterung der Communication die erforderliche Anzahl von Copieen dieses Rescripts.

**Ausschreiben Herzogl. Consistoriums vom 1. November 1854**  
an die Kirchenvisitatoren und an die Kirchenvorstände derjenigen evangelisch-lutherischen Gemeinden, welchen ein Wahlrecht zusteht, betreffend das  
Verfahren bei der Wahl der Prediger.

In Gemäßheit des §. 25. des Gesetzes vom 30. Novbr. 1851, betreffend die Einrichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden, wird von Uns über das Verfahren bei der Wahl der Prediger in denjenigen Gemeinden, welchen ein Wahlrecht zusteht, Nachfolgendes hiemit bestimmt und den Kirchenvisitatoren, wie den Kirchenvorständen, welche es angeht, eröffnet.

1. Wenn bei einer dieser Gemeinden ein durch Wahl derselben zu besetzendes Predigt-

amt erledigt ist: so hat der Kirchenvorstand vor Ablauf des sechsten Monats, vom Tage der Erledigung an gerechnet, die Wahl vorzunehmen und den Gewählten Uns zur Bestätigung zu präsentiren, widrigenfalls, sofern nicht mit Rücksicht auf, Seitens des Kirchenvorstandes nicht verschuldete, Hindernisse eine Verlängerung der Frist bewilligt worden, die Besetzung des erledigten Amtes durch Höchste Verfügung erfolgt.

2. Zu dem Ende hat der Kirchenvorstand nach eingetretener Pfarrvacanz sobald wie thunlich, unter Leitung seines Vorsitzenden, die Wahl derjenigen Gemeindeglieder zu veranstalten, welche Behufs Vornahme der Predigervahl zu seinen Mitgliedern in gleicher Anzahl und mit gleicher Stimmberechtigung hinzutreten sollen, und ist bei dieser Wahl nach den Bestimmungen der §§. 7—17. des im Eingange erwähnten Gesetzes, in wie weit solche hier anwendbar sind, zu verfahren.

Sollte die Zahl der Mitglieder des Kirchenvorstandes

von 4 bis unter 3

" 6 " " 4

" 8 " " 5

" 12 " " 8

" 16 " " 12

gesunken sein, so ist derselbe zuvörderst nach §. 21. des Gesetzes durch Vornahme einer Ergänzungswahl auf die ordnungsmäßige Zahl zu bringen und nach dieser dann die Zahl der Gemeindeglieder, deren Hinzutritt erforderlich ist, zu bestimmen.

3. Den Vorsitz im Kirchenvorstande führt der für die Vacanzzeit von Uns beauftragte stellvertretende Geistliche; in Fällen der Verhinderung der nach §. 42. des Gesetzes von den übrigen Mitgliedern des Kirchenvorstandes zu wählende Substitut.

Der Vorsitzende beruft die in Sachen der Predigervahl erforderlichen Versammlungen, leitet, sofern dies nicht durch die Kirchenvisitatoren in Person geschieht, die Wahlverhandlungen und sorgt für Protocollirung und Ausführung der Beschlüsse.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefasst; bei Stimmengleichheit ist, außer in dem unter Nro. 9. bemerkten Falle, die Entscheidung auf der Seite, wo sich die Stimme des Vorsitzenden befindet. Die Gültigkeit der Beschlüsse ist dadurch bedingt, daß sämtliche ordentlicher und außerordentlicher Weise hinzugetretene Mitglieder gehörig vorgeladen sind, und daß mindestens zwei Drittheile derselben an der Abstimmung Theil genommen haben.

4. Wenn die unter Nro. 2. bemerkten Wahlen vollzogen und Einsprachen dagegen nicht erhoben oder im gesetzmäßigen Wege erledigt sind: so treten auf sofort zu treffende Anordnung des Superintendenten die Gewählten unter Leitung des Vorsitzenden des Kirchenvorstandes mit den Kirchenverordneten zusammen, und es hat sich nun der so verstärkte Kirchenvorstand zuvörderst über drei zur Wahlpredigt aufzufordernde Bewerber, bereits angestellte Geistliche oder anstellungsfähige Candidaten, vorausgesetzt, daß so viele berücksichtigt zu werden wünschen, durch Beschluß zu vereinigen und dieselben durch Vermittlung des Superintendenten Uns anzuzeigen. Befinden sich unter denselben Ausländer, so ist deren Zulassung zu beantragen.

5. Findet sich gegen die zur Wahl gebrachten Nichts zu erinnern, worüber die Entscheidung von Uns binnen kürzester Frist abgegeben, resp. erwirkt werden wird: so hat der Kir-

chenvorstand zu veranlassen, daß dieselben auf Anordnung des Superintendenten, an bald auf einander folgenden Sonntagen, nach Sonntags zuvor erfolgter kirchlicher Abkündigung, die Wahlpredigt halten, womit auch die Verrichtung der Altarliturgie und außerdem, falls es von dem Kirchenvorstande gewünscht wird, die Haltung einer kirchlichen Katechisation verbunden ist.

6. Sobald die Wahlpredigten gehalten sind, haben die Kirchenvisitatoren, auf desfallige Anzeige des Kirchenvorstandes, einen Sonntag zur Vornahme der Predigerwahl zu bestimmen, und ist der Gemeinde darüber Sonntags zuvor das Nöthige abzukündigen, die Mitglieder des Kirchenvorstandes aber, mit Einschluss der Hinzugeetretenen, sind dazu von den Kirchenvisitatoren besonders vorzuladen.

7. An dem zur Wahl bestimmten Sonntage begeben sich, nach gehöriger Vorbereitung alles dessen, was zu thunlichst schneller und ungestörter Vornahme derselben erforderlich ist, beide Kirchenvisitatoren in die Kirche, bei welcher das Predigtamt erledigt ist, um dieselbe, nachdem auch die Mitglieder des Kirchenvorstandes in beschlussfähiger Anzahl in der Nähe des Altars versammelt sind, unter ihrer Leitung bei dem Vormittagsgottesdienste vollziehen zu lassen.

Der Gottesdienst hebt mit einem Anfangsliede an, worauf die Altarliturgie den Umständen nach von dem geistlichen Visitator oder von dem mit den Sonntagsgeschäften beauftragten vicariirenden Geistlichen abgehalten wird, sodann aber, nach dem Hauptgesange, der geistliche Visitator eine dem Zwecke der bevorstehenden Wahlhandlung entsprechende Rede an die Gemeinde und an die zur Vornahme der Wahl Berufenen richtet und solche mit Gebet beschließt; wonach von der Gemeinde ein passender Gesang angestimmt wird.

8. Hierauf wird, nachdem von dem geistlichen Visitator vor der Gemeinde die Namen der Aufgestellten in der Reihesfolge, in welcher sie zur Wahl gepredigt haben, verkündigt sind, auf Aufforderung des weltlichen Visitators die Wahlhandlung dergestalt vorgenommen, daß die Wähler, deren jedem zu diesem Behufe so viele mit Namen je eines der Angestellten deutlich beschriebene Stimmzettel, wie Bewerber zur Aufstellung gekommen sind, durch den weltlichen Visitator zuvor eingehändigat worden, unter Vorantritt des Vorsitzenden des Kirchenvorstandes nach einander um den Altar gehen und jeder derselben den Stimmzettel, welcher mit dem Namen des von ihm zu Wählenden bezeichnet ist, unter Aufsicht der Kirchenvisitatoren in einer zu diesem Zwecke aufgestellten Wahlurne niederlegt.

Wenn die Stimmabgabe vollendet ist, werden von beiden Kirchenvisitatoren, unter Zuziehung des Vorsitzenden des Kirchenvorstandes, nachdem man sich versichert hat, daß so viele Stimmzettel, wie Wähler zugegen, abgegeben sind, die Stimmen, welche jeder der Aufgestellten erhalten hat, gezählt, und wird das Ergebniss der Zählung von dem weltlichen Visitator zu Protocoll bemerkt. Nach geschlossenem Protocoll macht derselbe der Gemeinde dieses Ergebniss bekannt und publicirt denjenigen, auf welchen die meisten Stimmen gefallen sind, unter Vorbehalt der erforderlichen Bestätigung, als erwählten Prediger der Gemeinde; worauf der geistliche Visitator die Handlung mit einer kurzen Anrede, dem Gebete des Herrn und dem kirchlichen Segen, dem der Schlussgesang folgt, beendet.

Haben zwei der Aufgestellten gleiche Stimmenmehrheit oder sämtliche Aufgestellte gleich viele Stimmen erhalten: so wird im ersten Falle über diejenigen, für welche die Stimmenmehrheit sich entschieden hat, von sämtlichen Wählern; im letzteren Falle aber, nach Ausschei-

dung eines der Wähler, der für diesen Fall schon vor dem Beginne der kirchlichen Feier durch das Loos zu bestimmen ist, über sämtliche Aufgestellte nochmals in gleicher Weise abgestimmt und derjenige, auf welchen danach die meisten Stimmen gefallen sind, als gewählt proclamirt.

Sollten auch bei der zweiten Abstimmung mehrere der Aufgestellten gleiche Stimmenmehrheit erhalten haben, so werden auf Anordnung des weltlichen Visitators mit den Namen derselben bezeichnete Stimmzettel in die Wahlurne gelegt, und wird derjenige als gewählt proclamirt, dessen Name der Vorsitzende des Kirchenvorstandes herausgezogen hat.

9. Das über die Wahl aufgenommene Protocoll nimmt der weltliche Visitator zu sich, stellt aber dem geistlichen Visitator für die Inspectionsregistratur, und dem Kirchenvorstande zur Aufbewahrung bei der Pfarr-Registratur eine beglaubigte Abschrift zu.

10. Den Gewählten präsentiert darauf der Kirchenvorstand in einer Urkunde, die von sämtlichen Wählern zu unterzeichnen und von den Kirchenvisitatoren unter Beifügung des Kirchensiegels zu beglaubigen ist, dem Herzogl. Consistorio; die Visitatoren aber berichten zugleich, ob und wie die Wahl ordnungsmäßig vorgenommen sei.

11. Den Kirchenvisitatoren werden rückichtlich der in Sachen der Predigerwahl erforderlichen Dienstreisen die von ihnen zu liquidirenden Transportkosten, und außerdem jedem derselben an Diäten 2 Thlr. für den Tag aus den Mitteln der betreffenden Kirchen vergütet. Auch die sonstigen Kosten, welche die Predigerwahl etwa veranlasst, werden, wenn sie nicht mit Unserer Genehmigung aus Aufkünften der Pfarrvacanz bestritten werden können, nach Unserer Feststellung auf die Kirchencassen übernommen.

Die Herren Kirchenvisitatoren haben nun in den vorkommenden Fällen nach den Bestimmungen dieses Ausschreibens zu verfahren, auch die Kirchenvorstände der Gemeinden ihrer Kreise, welche es angeht, unter Mittheilung je eines der angeschlossenen Exemplare desselben, anzuweisen, sich dessen Inhalt zur Nachachtung dienen zu lassen.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 22. November 1854 an die Kirchen-Visitatoren.

Durch Unser Ausschreiben vom 3. December 1852 haben Wir die Herren Kirchenvisitatoren beauftragt, die kirchlichen Alterthümer und Kunstschätze der besonderen Fürsorge der Kirchenvorstände zu empfehlen, wegen Sicherung und angemessener Aufstellung derselben die nöthigen Anordnungen zu treffen, und ein genaues Verzeichniß derselben aufstellen zu lassen, auch über die Ausführung der danach getroffenen Maßregeln Uns weitere Anzeige bei abschriftlicher Einsendung der aufgenommenen Verzeichnisse zu machen.

Wiewohl nun seitdem einzelne, zum Theil sehr schätzenswerthe Mittheilungen in dieser Hinsicht an Uns gelangt sind, so vermissen Wir dennoch von dem größeren Theile der Kirchen des Landes die gewünschten Nachrichten; dagegen ist von mehreren Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß zuvor über das bei Ausführung des ertheilten Auftrages zu beachtende Verfahren eine specielle Instruction und belehrende Anweisung ertheilt werden möge, indem nur auf diesem Wege eine angemessene Ausrichtung des Geschäfts zu erwarten sein werde.

Um diesem Wunsche zu entsprechen und die Kirchenvorstände in den Stand zu setzen,



die kirchlichen Bauwerke, und die darin befindlichen Kunstschätze und Alterthümer richtig zu beurtheilen und zu beschreiben, und das Wichtige von dem Minderwichtigen und Werthlosen abzusondern ist eine Druckschrift:

„Ueberblick des Entwicklungsganges der Kirchen-Architectur“

verfaßt, und zunächst zum Gebrauche der Kirchenvorstände bestimmt.

Es befindet sich in derselben pag. 53. segg. ein Fragenformular über die einzelnen Momente, welche bei der Beschreibung der kirchlichen Gebäude, der Kunstschätze, Alterthümer und historischen Denkwürdigkeiten zu berücksichtigen und zum Grunde zu legen sind. Diesem Fragenformular ist aber eine Entwicklungsgeschichte der kirchlichen Architektur in ihrer symbolischen und liturgischen Bedeutung vorausgeschickt, und der Verfasser ist dabei von der Ansicht ausgegangen, daß durch den historischen Ueberblick nicht allein das Verständniß für die vorzulegenden Fragen wesentlich erleichtert, sondern auch die Beantwortung derselben durch den Schlüssel des Verständnisses zu einer angenehmen Pflicht gemacht werden könnte.

Wir theilen den Herren Vistatoren . . . Exemplare der gedachten Schrift und eben so viele Abdrücke dieses Ausschreibens hiebei mit, und ist einem jeden Kirchenvorstande der Inspection ein Exemplar davon zuzustellen, eins aber für die Inspections-Registratur zurückzubehalten.

Wir zweifeln nicht, daß durch ein gründliches Studium dieses Werks bei den Kirchenvorständen, und vorzugsweise bei den vorstehenden Geistlichen ein besonderes Interesse für diesen Gegenstand erweckt werden wird, und daß dieselben sich mit einer besonderen Vorliebe einer Arbeit widmen werden, welche zur Förderung der kirchlichen Alterthumskunde im hiesigen Lande wesentlich beitragen wird.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 9. Decbr. 1854 an die Herren General-Superintendenten des Landes, die Herren Stadtsuperintendenten zu Braunschweig u. Wolfenbüttel und den Herrn Pastor prim. zu Lunsen.

Durch Unser Ausschreiben vom 17. Decbr. v. J. No. 6390 sind den Kirchenbuchführern die nähern Vorschriften in Betreff der jährlich aufzustellenden Listen über die Trauungen, die Geburts- und Sterbefälle ertheilt worden.

Nach einem Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 10. vor. Mts. soll nun die bisherige Form dieser Listen im Wesentlichen beibehalten werden, da jedoch in dieser Beziehung auch bei Aufstellung der Listen vom vorigen Jahre nicht überall gleichmäßig verfahren ist, so beauftragen Wir Sie, die Kirchenbuchführer Ihrer Inspection dahin anzuweisen:

1. daß die oben bezeichneten Listen der Trauungen, der Geburts- und Sterbefälle für jede politische Gemeinde der betreffenden Pfarodie gesondert aufzustellen sind,
2. daß in der Liste über die Trauungen der Name der Getauften, das Alter derselben, der Civilstand, d. h. die Thatsache, ob die Getauften ledigen Standes, verwitwet oder geschieden waren, so wie endlich bei Mischehen die Bezeichnung des religiösen Bekenntnisses, welchem der nicht evangelisch-lutherische Theil angehörte, anzugeben ist,
3. daß es in allen Listen genügt, wenn nicht alle, sondern nur ein Vorname der betreffenden Person, dieser aber, um hinsichtlich des Geschlechts keinen Zweifel zu lassen, vollständig ausgeschrieben, beigefügt wird, und daß endlich

4. am Schlusse jeder Liste die Gesamtzahl der Trauungen, bezüglich der Geburts- und Sterbefälle in jeder Gemeinde, nach Maassgabe der verschiedenen Rubriken, anzugeben ist.

Zur Erleichterung der Expedition ist die erforderliche Anzahl von Abdrücken dieses Ausschreibens beigelegt.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 12. Mai 1855 an die  
General-Superintendenten im Lande.

Durch ein Höchstes Rescript vom 27. Septbr. 1791 ist angeordnet, dass die Prediger jeden Orts, sobald sich unter ihren Gemeinden, auch auf ihren Filialen, epidemische und ansteckende Krankheiten zeigen, davon sofort eine kurze Anzeige, mit Benennung der Krankheit, auch wie viele Personen daran krank liegen oder schon gestorben sind, an Fürstl. Geheimrathsstube sowohl als an den Districts-Landphysicus einsenden sollen, damit letzterer gleich zu Hülfe eilen könne.

Nach einer von dem Herzogl. Obersanitäts-Collegio unter dem 26. v. Mts. Uns gemachten Anzeige ist dieser Anordnung in letzterer Hinsicht nicht immer genügt worden. Wir finden Uns daher veranlasst, Unsere desfallsige Verfügung vom 12. Octbr. 1791 in Erinnerung zu bringen und wollen Sie danach den unter Ihnen stehenden Superintendenten und durch diese den ihnen subordinirten Predigern aufgeben, bei dem Ausbruche epidemischer und ansteckender Krankheit davon sofort dem betreffenden Landphysicus Anzeige zu machen, auch selbst im geeigneten Falle also verfahren.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 9. Juni 1855 an die Herzogl.  
Schulcommissionen zu Helmstedt und Blankenburg.

Da mittelst Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 11. v. Mts. genehmigt worden ist, dass die Mitglieder der für Gymnasien bestehenden Schulcommissionen fortan von Entrichtung des Schulgeldes für ihre, das betreffende Gymnasium besuchenden Söhne befreit werden, so ist danach weiter zu verfahren.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 7. Juli 1855  
an die Schulinspectoren.

In Folge Unseres Ausschreibens an die Herren Schulinspectoren vom 19. April v. J., die Liquidation der Kosten betreffend, welche durch die mit den Schullehrern zu haltenden amtlichen Conferenzen veranlasst werden, sind von mehreren der Herren Schulinspectoren solche Liquidationen bei Uns eingegangen, deren Berichtigung unter den theilweise für nöthig befundenen Modificationen aus der Consistorial-Fiscusscasse unter heutigem Dato verfügt ist.

Der ungleiche Betrag der fraglichen Kosten in den verschiedenen Inspectionen hat Uns jedoch Anlass gegeben, allgemeine Normen festzustellen, nach welchen künftig in dieser Angelegenheit zu verfahren sein wird und lassen Wir in dieser Beziehung den Herren Schulinspectoren zu ihrer Nachachtung Folgendes unverhalten sein.

1. Da in der Regel diese Conferenzen von den Schulinspectoren in ihrem Wohnorte werden abgehalten werden, so steht im Allgemeinen anzunehmen, dass ihnen für ihre Person besondere Kosten daraus nicht erwachsen. Wo hingegen die Lage ihres Wohnorts es ihnen rathlich erscheinen lässt, zu den Conferenzen einen mehr in der Mitte der Inspection gelegenen Ort zu wählen, da sollen dieselben nach einer Bestimmung des Herzogl. Staatsministeriums vom 13. März d. Jrs. berechtigt sein, neben 1 Thlr. Diäten eine entsprechende Vergütung für Transportkosten in Anspruch zu nehmen und sollen diese Kosten auf den Klosterfond übernommen werden.

2. Was die Lehrer anbetrifft, so hat Herzogl. Staatsministerium auf Unsern desfallsigen Vorschlag sich damit einverstanden erklärt, dass denselben für jede außerhalb ihres Wohnorts stattfindende und von ihnen besuchte Conferenz eine Vergütung von 8 Ggr. für Zehrungskosten verabreicht, eine Transportkosten-Vergütung aber nicht geleistet werde. Dabei ist es indess nicht thunlich befunden, die gedachten Zehrungskosten, wie solches für das Jahr 1854 geschehen ist, auch ferner aus dem Klosterfond zu vergüten. Vielmehr sollen dieselben der Bestimmung des Herzogl. Staatsministeriums zufolge in Gemäßheit des §. 12. Nro. 5. des Schulgesetzes vom 8. December 1851 von den betreffenden Schulcassen getragen werden. Die Herren Schulinspectoren haben demnach die Zahlungsanweisung auf diese Cassen für die betreffenden Lehrer auszustellen, wenn diese für ihre Speisung selber sorgen, in dem Falle aber, dass solche von den Herren Schulinspectoren besorgt wird, die fraglichen Vergütung von den Schulcassen selber einzuziehen.

3. Uebrigens bemerken Wir, dass es im Allgemeinen für genügend erachtet wird, wenn dieselben Lehrer zwei Mal alljährlich zu Conferenzen berufen werden und dass nur für zwei Conferenzen im Jahre eine Vergütung sowohl aus den Klosterfonds als aus den Schulcassen in Anspruch genommen werden kann. Wo deshalb mehr als zwei gehalten werden sollten, da werden sowohl die Herren Schulinspectoren als die Lehrer selber die Kosten zu tragen haben.

Indem Wir die Herren Schulinspectoren anweisen, nach Obigem zu verfahren und die Liquidationen der sub 1. bezeichneten Kosten am Schlusse jedes Jahres auch künftig bei Uns einzureichen, wollen Wir, was die Conferenzen selber betrifft, hier nur zu berücksichtigen geben, dass die Verlegung derselben in die Wintermonate thunlichst zu vermeiden sein wird.

#### Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 30. October 1855 an Herzogl. Consistorium.

Wir erwidern auf den ferneren Bericht vom 24. d. Mts., dass Unsere Genehmigung zu allen eigentlichen Bewilligungen aus Kirchenmitteln, mithin zu allen solchen Ausgaben aus dem Kirchenvermögen, welche regelmäßig aus demselben nicht bestritten werden und demselben nicht obliegen, deren Bewilligung also eine Liberalität zum Grunde liegt, einzuholen ist.

#### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 7. November 1855 an sämtliche Superintendenden.

Nach §. 67 Nro. 5 u. 6. des Polizeistraf-Gesetzbuchs für das Herzogthum Braunschweig, d. d. Braunschweig, den 18. August d. Jrs., sind die Geburts- und Sterbefälle der

aus einer Ehe zwischen Christen und Juden entspringenden Kinder bei dem Herzoglichen Amts- oder Stadtgerichte des Wohnsitzes des Ehemannes resp. Vaters anzumelden, und ebendasselbst ist die Erklärung darüber, welcher Religion die Kinder angehören sollen, abzugeben.

Herzogl. Staatsministerium hat nun mittelst Rescripts vom 18. v. Mts. die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte angewiesen, damit theils die Gemeindebehörden in den Stand gesetzt werden, bei Aufstellung der Listen der Militairpflichtigen mit der nöthigen Vollständigkeit zu verfahren, theils die betr. christlichen Pfarrer die nöthige Kunde von dem Ableben der in einer solchen Mischehe lebenden Christen und der Geburt und dem Tode der der christlichen Religion zugewandten Kinder erhalten, um wegen der Begräbnisse und der Tausen die Rechte der Kirche wahrnehmen und auf Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften halten zu können,

1. der betr. Herzogl. Kreisdirection im Monat Januar jeden Jahrs die das Datum enthaltende Anzeige von allen in dem abgewichenen Jahre in dem Amts- und Stadtgerichtsbezirke vorgekommenen Geburts- und Sterbefällen der männlichen aus Mischehen zwischen Juden und Christen geborenen Kinder und

2. dem betr. Pfarrer sofort nach der gemachten Anzeige über Geburts- und Sterbefälle solcher Personen, welche in einer Mischehe leben oder aus einer solchen geboren sind und der christlichen Religion angehören oder angehören sollen, schriftliche Nachricht zu geben.

Wir setzen Sie hiervon in Kenntniss, und beauftragen Sie, Solches den Ihnen unterstellten Geistlichen zu ihrer Kenntnissnahme mitzutheilen. Zur Erleichterung des Expeditionsverfahrens sind die erforderlichen Exemplare dieses Rescripts beigelegt.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 10. November 1855 an die Herren General-, Stadt- u. Special-Superintendenten imgl. den Herrn Pastor Primarius Vogler.

Da durch Unser Rescript vom 23. Juni 1852, Nro. 2979, nur verfügt worden ist, wie die förmliche erste Errichtung der Kirchenvorstände vorzunehmen sei, es aber nunmehr noch weiterer Bestimmung über das Verfahren bedarf, welches bei der Vorstellung und Verpflichtung der nach Ablauf von je drei Jahren wiederum gewählten Kirchenverordneten zu beobachten ist: so wird darüber in Gemäßheit der §§. 17. und 18. des Gesetzes vom 30. Novbr. 1851, die Errichtung von Kirchenvorständen betreffend, Folgendes von Uns bestimmt:

1. In Betreff der Geistlichen, durch welche die in Rede stehende Vorstellung und Verpflichtung vorzunehmen ist, gilt das in Unserm oben erwähnten Rescripte unter Nro. 1. Bemerkte.

2. Die Verpflichtung und Vorstellung, welche Sonntags zuvor abzukündigen ist, geschieht am ersten Abendssonntage, oder in Gemeinden, in welchen dieses aus dem unter Nro. 2 des mehrgedachten Rescripts bemerkten Grunde unthunlich ist, an einem der darauf folgenden Sonntage, beim Hauptgottesdienste.

3. Die Ordnung des Gottesdienstes ist bis zum Schlusse des auf die Predigt folgenden Gesanges die gewöhnliche. Nach Beendigung dieses Gesanges tritt der Geistliche vor den Altar, in dessen Nähe der Kirchenvorstand versammelt ist, und es erfolgt nach kurzer, der Bedeutung der vorzunehmenden Handlung gemäßen Ansprache an die Kirchengemeinde und den

Kirchenvorstand die Verpflichtung der neu gewählten Kirchenverordneten mittels Handschlages und Abnahme des in Unserm mehrerwähnten Rescripte unter No. 4. bemerkten Gelöbnißes; während es genügt, wenn die nur wiedergewählten Mitglieder des Kirchenvorstandes auf ihr bereits geleistetes Gelöbniß verwiesen werden. — Im Uebrigen bleibt die in den örtlichen Verhältnissen entsprechende liturgische Einrichtung dieses den Gottesdienst beschließenden Acts dem Ermessen der Geistlichen überlassen.

Sie wollen nun vorsehende Bestimmungen den Geistlichen Ihrer Inspection zur Nachachtung mittheilen, resp. Sich selbst zur Nachachtung dienen lassen.

Zur Erleichterung des Expeditionsverfahrens sind die erforderlichen Exemplare dieses Rescriptes beigelegt.

### Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 24. Novbr. 1855 an Herzogl. Consistorium.

Auf den Bericht vom 10. d. M., über das Unterstützungsgesuch des Cantors J. zu G., sind Wir damit einverstanden, daß in besondern Nothfällen Kirchendienern und Landschullehrern aus den entbehrlichen Ueberschüssen des betreffenden Kirchenvermögens Unterstützungen gewährt werden können. Wir halten auch mit Herzogl. Consistorium die Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung zur Verwilligung einer solchen Unterstützung nicht erforderlich, vielmehr die Genehmigung des Herzogl. Consistoriums, als der aufsehenden Behörde, für genügend, setzen dabei jedoch voraus, daß dergleichen Unterstützungen immer nur den augenblicklichen Bedürfnissen entsprechen und deshalb auch nicht auf mehrre Jahre hinaus verwilligt werden.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 29. December 1855.

Nach den zu verschiedenen Zeiten ergangenen Verordnungen über die kirchlichen Betstunden und Katechismuslehren in den Landgemeinden ist voranzusehen, daß überall, wo nicht besonderer örtlicher Verhältnisse wegen ein Anderes angeordnet oder nachgelassen ist, an den Montagen Morgens Betstunden, an den Sonntagen Nachmittags aber und an den Freitagen Morgens kirchliche Katechismuslehren von den Predigern oder, wo diese dazu wegen der von ihnen zu besorgenden mehreren Gemeinden außer Stande sind, von den Opferleuten und Schullehrern gehalten werden.

Es ist nun aber mehrfach zur Anzeige gekommen, daß diese Gottesdienste, deren pünktliche und erbauliche Abhaltung für das kirchliche Leben in den Gemeinden von nicht geringer Wichtigkeit ist, keineswegs überall, wo dies der Fall sein könnte und sollte, gebührend in Aufnahme sind, sondern daß dieselben in manchen Gemeinden ganz eingegangen sind, in andern öfter ausgefällt, oder auch aus den Kirchen in die Schulen verlegt werden, oder daß deren Abhaltung zur Ungebühr häufig von den dazu verpflichteten Predigern den Opferleuten und Schullehrern überlassen wird.

Wir fordern Sie daher auf, darüber, ob in den Gemeinden der Ihnen anvertrauten Inspection die Betstunden und kirchlichen Katechismuslehren ordnungsmäßig gehalten werden, genaue Erkundigung einzuziehen; da aber, wo in Bezug auf dieselben Ordnungswidrigkeiten

Statt finden, auf Abstellung derselben durch geeignete Unterweisung hinzuwirken; über die Ausrichtung dieses Auftrages aber, sowie darüber, ob rücksichtlich der gedachten Gottesdienste in den Gemeinden dortiger Inspection Alles in Ordnung sei, oder noch der Abstellung bedürftige Unregelmäßigkeiten sich vorfinden, sich sobald wie thunlich, und spätestens vor Ablauf des künftigen Jahres Berichtlich zu äußern.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 9. Januar 1856 an die sämmtlichen  
Prediger des Kreises Wolfenbüttel.

In Veranlassung der Anfrage eines Predigers aus dem Kreise Wolfenbüttel, ob und wie weit die Landprediger bei Ertheilung der Erlaubniß zu Tanzbelustigungen auch ferner mitzuwirken haben, eröffnen Wir den sämmtlichen Herren Predigern im Kreise Wolfenbüttel nach vorgängiger Communication mit Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel hiedurch Folgendes:

Der §. 223. des Polizei-Straf-Gesetzbuches macht die Zulässigkeit öffentlicher Tanzlustbarkeiten nur von einer schriftlichen Erlaubniß „der Ortspolizeibehörde“ abhängig, und namentlich einer Mitwirkung der Prediger dabei ist weder in der angeführten, noch in irgend einer andern gesetzlichen Bestimmung Erwähnung geschehen.

Wenn demnach die Gesetzgebung die Ertheilung der s. g. Tanzscheine lediglich in das Ermessen der die Ortspolizei auf dem Lande verwaltenden Gemeindevorsteher gestellt hat, so sind letztere doch, so viel den Kreis Wolfenbüttel betrifft, in ihrem Ermessen insofern in der fragl. Beziehung beschränkt worden, als sie durch die Herzogl. Kreisdirection mittelst Circular-Rescripte vom 12. Januar 1851 angewiesen worden sind:

vor Ertheilung der Erlaubniß zu Tanzgelagen sich jedesmal eine Bescheinigung des Ortspredigers, daß bei solcher Lustbarkeit in kirchlicher Beziehung kein Bedenken obwalte, beibringen zu lassen.

Diese Anweisung der vorgesetzten Behörde ist, da sie nur eine Instruction, wie die Ortspolizei in der fraglichen Beziehung zu verwalten sei, enthält, und derselben auch neuere gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, ohne Zweifel auch jetzt noch für die Gemeindevorsteher verbindlich, und werden dieselben ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß jene Weisung auch jetzt noch zu befolgen sei.

Diesemnach wird die Einrichtung, wonach vor Gestattung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit bei dem Ortsprediger anzufragen ist, ob nicht etwa ein kirchliches Bedenken entgegenstehe, auch ferner aufrecht erhalten werden, und wird ein solches Bedenken in Beziehung auf solche Tage, für welche Sonntags zuvor Abendmahlsfeier angekündigt worden, in der Regel angenommen werden, obgleich eine bindende Norm für die Ortspolizei, an den Sonntagen, an welchen Communion stattfindet, die Erlaubniß nicht zu ertheilen sei, nicht vorhanden ist.

Sollte nun ein Gemeindevorsteher ungeachtet des Eintritts eines kirchlichen Bedenkens, eine öffentliche Tanzlustbarkeit dennoch gestatten, so hat der Prediger die Herzogl. Kreisdirection davon in Kenntniß zu setzen, sich aber bei solchen Gelegenheiten lediglich auf die Nachricht an den Gemeindevorsteher zu beschränken, daß über sein Verfahren Beschwerde geführt werden müsse, indem die unmittelbaren Verhandlungen mit dem Gemeindevorsteher sehr häufig nur zu unpassendem Wortwechsel führen.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 18. Jan. 1856 an die Herren General-Superintendenten des Landes, die Herren Stadtsuperintendenten zu Braunschweig u. Wolfenbüttel und den Herrn Pastor prim. zu Lunsen.

In einem anher ergangenen Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 30. v. M. ist Uns bemerkt gemacht worden, dass von den Kirchenbuchführern bei Aufstellung der Listen der Geborenen, Gestorbenen und Getrauten de 1854 die durch Unsere Ausschreiben vom 17. Decbr. 1853, Nro. 6390 u. vom 9. Decbr. 1854, Nro. 5746, gegebenen Anweisungen nicht überall befolgt sind. Daher beauftragen Wir Sie, den Kirchenbuchführern Ihrer Inspection nochmals eine genaue Befolgung der in den gedachten Ausschreiben enthaltenen Anweisungen aufzugeben.

Da auch Herzogl. Staatsministerium über die Zahl der per subsequens matrimonium legitimirten Kinder Nachweisung zu erhalten wünscht, so ist den Kirchenbuchführern ferner aufzugeben, alljährlich in den Listen der Copulirten die Zahl der unehelichen Kinder, welche die Getrauten vor der Ehe miteinander gezeugt haben und in die Ehe bringen, am passenden Orte zu bemerken, und diesen Vermerk auch schon in die Listen der Getrauten de 1855 einzutragen.

Zur Erleichterung der Expedition ist die erforderliche Anzahl von Abdrücken dieses Ausschreibens beigelegt.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 26. Januar 1856 an die Herren Superintendenten, imgl. den Herrn Pastor Prim. Vogler zu Lunsen und die Herren Schulinspectoren, Pastor Stuger zu Semmenstedt und Pastor Bank zu Kl. Rhüden.

Da es für zweckmäßig erachtet worden ist, hinsichtlich des Verfahrens bei Vertheilung der Wäterslingschen Legatengelder einige Aenderungen eintreten zu lassen, so wird in dieser Beziehung Folgendes bestimmt:

1. Den Herren Superintendenten resp. dem Herrn Pastor Primarius Vogler und den Herren Schulinspectoren wird zu Anfange eines jeden Jahres ein Extract aus der Unterstützungsliste des vorhergehenden Jahres, in welchem die unterstützten Schullehrermittwen in der Inspection resp. Parochie aufgeführt sind, mitgetheilt, und sind darin die durch Tod oder sonst ausgeschiedene Wittwen zu streichen, die neuhinzugekommenen Wittwen aber nachzutragen.

Dieser Extract wird folgende Rubriken enthalten:

Nro.	Der Wittwen		Betrag der Pensionen oder Unterstützungen, welche dieselben beziehen	Zahl der Kinder	davon sind unversorgt	Kurze Bemerkungen über das Alter, die Erwerbsfähigkeit der Wittwen und über etwaige besondere Unglücksfälle.
	Namen	Bohnort				

und ist solcher, nöthigenfalls nach vorgängiger Communication mit den betreffenden Ortspredigern, genau und bestimmt auszufüllen. Die so vervollständigten Extracte sind zeitig anher zurückzusenden.

Die Vertheilung der Unterstützungen an diejenigen Wittwen, welchen eine solche bewilligt worden, wird alsdann im Oftern aus vorgenommen werden.

2. Die Vertheilung der Unterstützungen an Schullehrer wird nicht ferner im Oftern aus, sondern quartaltlich in der Weise geschehen, dass Lehrer, welche im Laufe eines Quartals um eine Unterstützung nachgesucht haben, nach dem Ablaufe desselben, wenn sie einer solchen für bedürftig und würdig gehalten werden, so weit die disponiblen Mittel reichen, entweder aus dem Klosterfonds oder von den Wäterlingschen Legatengeldern unterstützt werden.

In besonders dringenden Fällen ist aber die Beantragung und Bewilligung einer Unterstützung von den Wäterlingschen Legatengeldern auch außer dieser Zeit zulässig.

Nach diesen Bestimmungen soll schon im gegenwärtigen Jahre verfahren werden, und erfolgen die Extracte aus der letztjährigen Unterstützungsliste in Bezug auf die Schullehrerwittwen hiebei, welche mit den vorhin gedachten Angaben baldthunlichst anher zurückzusenden sind.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 1. März 1856 an sämtliche Herren Kirchenrechnungsführer.

Nach dem Circularrescripte des Herzogl. Staatsministeriums an die sämtlichen Herzoglichen Kreisgerichte vom 15. December 1855 — No. 59 der Gesetz- und Verordnungsammlung vom Jahre 1855 — die Erhebung von Gerichtsnebengebühren in Angelegenheiten sportelfreier Behörden und Anstalten betreffend, sind künftig an Gebühren für In- oder Außer-courserklärung von Schuldverschreibungen, welche geistlichen Stiftungen gehören, nur 2 Sgr. Copialien zu entrichten.

Die sämtlichen Herren Kirchenrechnungsführer werden demnach hierdurch angewiesen, in Fällen, wo von den Gerichten etwa ein Mehreres für In- oder Außer-courserklärungen gefordert werden sollte, immer sofort bei Uns Anzeige zu machen, damit die Rückzahlung des etwa mehr erhobenen Betrages bewirkt werden kann.

Falls eine sofortige Anzeige versäumt werden sollte, bleibt der betreffende Rechnungsführer für den mehrgezahlten Betrag verantwortlich.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 16. April 1856 an sämtliche Herren Kirchenrechnungsführer.

Unter Bezugnahme auf das Gesetz vom 23. Febr. v. J. und die Bekanntmachung des Herzogl. Finanz-Collegii vom 30. Januar. d. Jrs. werden die Herren Kirchenrechnungsführer hiedurch autorisirt, die sämtlichen im Besitze der Kirchen- und Pfarrwittwenthums-Cassen so wie der sonstigen geistlichen Stiftungen befindlichen Cammer-Schuldverschreibungen Behuf des Umtausches gegen Landes-Schuldverschreibungen bei Herzoglichem Finanz-Collegio einzureichen.

Da im Laufe des Monats Mai d. Jrs. sowohl auf die Landes- als Cammer-Schuld-



verschreibungen neue Coupons ausgegeben werden, zu welchem Ende die Talons an Herzogl. Finanz-Collegium einzusenden sind, so können bei dieser Gelegenheit die Cammer-Schuldverschreibungen selbst gleichzeitig mit eingesandt werden und sind dabei folgende Vorschriften genau zu beobachten:

1. Die Cammer-Schuldverschreibungen sind, ohne dass solche zuvor wieder in Cours erklärt sind, nebst den dazu gehörigen Talons mit der Erklärung an Herzogl. Finanz-Collegium einzusenden, dass ein Umtausch derselben gegen Landes-Schuldverschreibungen gewünscht werde.

2. Bei der Einsendung ist auf dem Couverte zu bemerken: „Landes-Schulden-Sache“ und dann ist der Brief oder das Packet portofrei.

Nachrichtlich wird noch bemerkt, dass die Wiederincourserklärung der Cammer-Schuldverschreibungen sowie die Ausercourserklärung der dafür erfolgenden Landes-Schuldverschreibungen vom Herzogl. Finanz-Collegio besorgt wird, und die Kirchen zc. hiervon sowie von der Zusendung der neuen Landes-Schuldverschreibungen durch Herzogliches Finanz-Collegium keinerlei Kosten haben.

### Rescript Herzogl. Consistorium vom 16. April 1856 an sämtliche General- und Stadt-Superintendenten.

Nach §. 23. des Gesetzes vom 24. Juli 1837, Rro. 35, die Landesbrandversicherungs-Anstalt betreffend, soll die Anmeldung von Brandschäden und der Antrag auf Taxation derselben binnen 24 Stunden nach dem Brande erfolgen.

Von wem diese Anmeldung und dieser Antrag in Bezug auf die herrschaftlichen und geistlichen Gebäude gemacht werden soll, ist in dem gedachten Gesetze nicht speciell bestimmt.

Die Kreisbaubeamten sind nun zwar in Bezug auf die herrschaftlichen Gebäude angewiesen, bis auf Weiteres den betreffenden Behörden (in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel den dortigen Stadtmagistraten, sonst den betreffenden Herzogl. Amtsgerichten) sofort Anzeige davon zu machen und auf Abschätzung anzutragen, sobald dieselben von einem Brandschaden an den unter ihrer Inspection stehenden herrschaftlichen Gebäuden Kenntniss erhalten, auch an Herzogl. Baudirection darüber zu berichten, dass und wann die Anzeige und der Antrag auf Abschätzung bei der Behörde von ihnen gemacht worden.

Es wird aber, selbst wenn diese Einrichtung auf die geistlichen- und Schulgebäude ausgedehnt werden könnte, auf diese Weise in den wenigsten Fällen die gesetzlich vorgeschriebene Zeit von 24 Stunden, binnen welcher die Anzeige und der Antrag auf Abschätzung erfolgen muss, inne gehalten werden können, weil es sich oft ereignen wird, dass die Districts-Baubeamten und ihre Gehülfen von ihrem Wohnorte auf mehrere Tage, ja mitunter Wochen lang abwesend sind.

Es ist deshalb vorzuziehen, dass die Bewohner herrschaftlicher, geistlicher- und Schulgebäude verpflichtet werden, neben der Anzeige an den betreffenden Baubeamten, auch die Taxation der Brandschäden bei den vorgedachten betreffenden Behörden sofort zu beantragen, weil nur auf solche Weise die gesetzlich vorgeschriebene Zeit wird inne gehalten werden können.

Wir veranlassen die Herren General- und Stadt-Superintendenten, den Bewohnern der zum diesseitigen Ressort gehörenden vorbezeichneten Gebäude in der ganzen Inspection resp. den mit der speciellen Beaufsichtigung derselben beauftragten Personen durch die Special-Superintendenten die Anweisung ertheilen zu lassen, von einem eingetretenen Brandschaden an dem von ihnen bewohnten Hause bei dem betreffenden Baubeamten sofort nach dem Brande Anzeige zu machen, und sofort die Taxation des Brandschadens bei der obgedachten betreffenden Behörde zu beantragen.

In der Anzeige des Bewohners an den Baubeamten muß auch bemerkt sein, daß und wohin die Anzeige von dem Brandschaden und der Antrag auf Taxation desselben gemacht ist, damit der Baubeamte hierüber berichten und damit übersehen werden kann, daß den gegebenen Vorschriften in jeder Hinsicht genügt ist.

Eine gleiche Anweisung haben die Herren Generalsuperintendenten hinsichtlich der von ihnen verwalteten Stadtinspection den Bewohnern von Kirchen-, geistlichen- und Schulgebäuden resp. den mit der speciellen Beaufsichtigung derselben beauftragten Personen selbst zu ertheilen, auch haben dieselben in Bezug auf die von ihnen selbst bewohnten Gebäude sich danach zu achten.

Der Einsendung eines Verzeichnisses derjenigen Personen in der ganzen General-Inspection, denen die vorgedachte Anweisung ertheilt worden ist, in welchem auch die betreffenden Gebäude bezeichnet sein müssen, wollen Wir binnen 2 Monaten entgegensehen.

Zu dem nöthigen Gebrauche ist eine hinlängliche Anzahl von Abdrücken dieses Ausschreibens beigelegt.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 15. October 1856 an die Kirchenbuchführer.

Da die von den Kirchenbuchführern bisher eingelieferten Listen der Copulirten, Gebornen und Gestorbenen ergeben haben, daß die nach Unserm Rescripte vom 17. December 1853, No. 6390, ertheilten Vorschriften, so einfach diese auch sind, doch hin und wieder irrig aufgefaßt und nicht gleichmäßig befolgt sind, so hat sich Herzogl. Staatsministerium zufolge Rescripts vom 8. d. Mts. veranlaßt gesehen, einige Abänderungen in den für jene Listen bisher bestimmten Formularen eintreten zu lassen.

Das nöthige Formularpapier zu den aufzustellenden Listen erfolgt für jeden Kirchenbuchführer hiebei, auch ist für jeden derselben ein Probebogen beigelegt, aus welchem zu entnehmen ist, in welcher Weise die Ausfüllung der einzelnen Columnen erwartet wird.

In Beziehung auf das bei Aufstellung der Listen zu beobachtende Verfahren wird im Wesentlichen auf die in Unserm Rescripte vom 17. Decbr. 1853 ertheilten Vorschriften Bezug genommen, und wird den Kirchenbuchführern die genaue Befolgung derselben mit Berücksichtigung der aus der Formularveränderung sich ergebenden Modificationen, so wie überhaupt die größte Sorgfalt bei Aufstellung der Listen hiedurch aufgegeben.

Daneben werden die Kirchenbuchführer aber auch angewiesen:

1. den Familiennamen der in den Listen aufgeführten Gebornen, Gestorbenen und Copulirten stets nur einen — jedoch durchaus deutlich geschriebenen — Taufnamen beizufügen,

2. in der Liste der Gestorbenen die Eintragung der Civilstands=Qualität: „ehelich, unehelich“ nur auf die Kinder bis zum siebenten Lebensjahre incl. zu beschränken, außerdem aber nicht nur am Schlusse der Columnne: „Civilstand“ die Totalsumme der unter jeder der verschiedenen Civilstands=Categoryen, sondern auch am Schlusse der 4. u. 5. Columnne die durch Aufsummiren sich ergebende Totalsumme bemerklieh zu machen, und

3. in die letzte Columnne der Liste der Copulirten auf keinen Fall andere, als die in der Ueberschrift dieser Columnne bezeichneten, also nicht etwa durch einen Civilact legitimirte oder s. g. zugebrachte, mit Andern gezeugte Kinder, aufzunehmen.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 26. November 1856

Wir eröffnen Ihnen auf den Bericht vom 21. d. Mts., dass die von dem Kirchenvorstande daselbst unterm 5. v. Mts. vorgenommene Verpachtung der ersten Hälfte der der Kirche gehörigen Bauerholzwiesen auf die 6 Jahre von Michaelis 1856 bis dahin 1862 als eine öffentliche im Sinne des Gesetzes vom 30. November 1851 §. 26. 6. nicht angenommen werden kann, da bei solcher weder das zuständige Gericht, noch ein öffentlicher Notar thätig gewesen und wird es daher zur Gültigkeit derselben Unserer Genehmigung bedürfen.

### Ausschreiben Herzogl. Consistoriums vom 28. Januar 1857 an die Kirchenbuchführer des Landes.

Es ist häufig vorgekommen, dass für uneheliche Kinder Vormünder nicht bestellt sind, daraus aber sind nicht nur in Betreff der Vermögens=Angelegenheiten solcher Kinder, sondern auch in Ansehung ihrer Erziehung und Beaufsichtigung vielfache Nachtheile entstanden.

Da nun aus den bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, nach deren Zwecke eine Verpflichtung der Kirchenbuchführer auch zur Einreichung von Geburtslisten der unehelichen Kinder behuf Bestellung von Vormündern für dieselben zu folgern ist, so werden die Kirchenbuchführer des Landes in Gemäßheit eines Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 20. d. M., No. 444, hiedurch angewiesen, künftig mit den, den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten zu übergebenden monatlichen Anzeigen der vormundtschaftlichen Sterbefälle, auch die Anzeige der eingetretenen unehelichen Geburtsfälle, auf den Grund der Taufregister zu verbinden.

### Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 16. Mai 1857 an Herzogl. Consistorium.

Wir sind auf den Bericht vom 6. d. M. damit einverstanden, dass nach Analogie der Bestimmungen des §. 25. des Gesetzes vom 30. Novbr. 1851 die Annahme der sogenannten Leichenfrauen von den Kirchenvorständen resortiren müsse und ist danach der Vorstand der Kirche St. Vincenz zu Schöningen auf die wieder angebotene Eingabe vom 18. vorigen Monats zu bescheiden.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 23. Mai 1857 an die sämmlichen Kirchenbuchführer.

Durch Unser Ausschreiben vom 29. Juli 1818 ist bereits angeordnet worden, daß von den Kirchenbuchführern am Schlusse eines jeden Vierteljahrs behuf der Schutzblatterimpfung ein Verzeichniß der gebornen Kinder an den betreffenden Stadt- oder Kreis-Physicus abgegeben werden sollte.

Da diese Vorschrift nicht immer genau befolgt ist, die Physici dieser Verzeichnisse aber behuf der vorzunehmenden Impfung und wegen der an Herzogl. Obersanitäts-Collegium einzureichenden Nachweisungen durchaus bedürfen, so werden die sämmlichen Kirchenbuchführer hiedurch angewiesen, das fragl. Verzeichniß vierteljährlich prompt an den betreffenden Physicus abzugeben, auf demselben auch die Zahl der in dem betreffenden Quartale etwa todt gebornen Kinder mit anzugeben oder zu bemerken, daß Entbindungen von todtten Kindern nicht vorgekommen seien.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 15. Juli 1857 an die sämmlichen Kirchenrechnungsführer.

Nach dem in Folge des mit den Zollvereins-Staaten, Oesterreich und Lichtenstein abgeschlossenen Münzvertrages erlassenen Gesetze vom 15. Mai d. Jrs., die neue Münzverfassung betreffend, wird der Thaler, welcher die Münzeinheit ist, in 30 Groschen und der Groschen in 10 Pfennige getheilt.

Diese Theilung soll vom 1. Januar 1858 an allgemein und monatlich bei dem Rechnungswesen aller öffentlicher Behörden und Cassen eingeführt, und sollen von demselben Tage an alle Liquidationen und Quittungen nach dieser Theilung des Thalers und Groschens aufgestellt werden.

Die bisher nach Gutegroschen und Pfennigen bestimmten Geldsätze der Behörden und öffentlichen Cassen sollen in Groschen und Pfennige nach Maassgabe der umstehenden Tabelle umgerechnet werden.

Die Rechnungsführer der unter Unserer Oberaufsicht stehenden Kirchen-Pfarrmittenthums-Regaten- und sonstigen Cassen werden deshalb hiedurch angewiesen, sich nach diesen gesetzlichen Bestimmungen genau zu achten, insbesondere bei den abzulegenden Rechnungen vom Jahre 1858 an die Columnen . . Thlr. . . Gr. . . Pf. statt der bisherigen Columnen . . Thlr. . . Ggr. . . Pf. anzulegen, die Liquidationen und Quittungen demgemäss ausstellen zu lassen, alle nach Thalern, Gutegroschen und Pfennigen zu leisten und zu empfangen gewesenen Zahlungen nach der umstehenden Tabelle in Thaler, Groschen und Pfennige umzurechnen und sie danach in Rechnung zu bringen, und eine gleiche Umrechnung der in der Rechnung de 1857 enthaltenen Reste, so wie des sich nach dem Abschlusse der Rechnung de 1857 ergebenden Vorraths oder Vorschusses bei der Uebertragung in die Rechnung de 1858 zu bewerkstelligen.

Dabei sind Irrthümer sorgfältig zu vermeiden.

## T a b e l l e

zur Umrechnung der Gutegroschen und Pfennige auf Groschen und Pfennige.

Gutegr.	Pfennige.	Groschen.	Pfennige.	Gutegr.	Pfennige.	Groschen.	Pfennige.
2	—	2	5	1	—	1	2
1	11	2	4	—	11	1	1
1	10	2	3	—	10	1	—
1	9	2	2	—	9	—	9
1	8	2	1	—	8	—	8
1	7	2	—	—	7	—	7
1	6	1	9	—	6	—	6
1	5	1	8	—	5	—	5
1	4	1	7	—	4	—	4
1	3	1	6	—	3	—	3
1	2	1	5	—	2	—	2
1	1	1	4	—	1	—	1

Hiebei wird zur Nachricht noch Folgendes bemerkt:

1. Das Münzgewicht ist künftig das Zoltpfund = 500 Grammen, (467,7 Gr. = dem bisherigen Braunsch. Pfunde.

Als Münzfuß gilt künftig der 30 Thalerfuß (statt des bisherigen 14 Thalerfußes) zu 30 Thlr. aus dem Zoltpfunde feinen Silbers (100 Zoltpf. = 106,9 bisheriger Brschw. Pfunde.)

2. Es werden künftig ausgeprägt: Ein-Vereinsthalerstücke und Zwei-Vereinsthalerstücke (welchen die in Umlauf befindlichen Ein- und Zweithalerstücke in jeder Beziehung gleich gestellt werden), ferner Einsechsthalerstücke,

$2\frac{1}{2}$  Groschenstücke =  $\frac{1}{12}$  Thaler,

1 Groschenstücke =  $\frac{1}{30}$  Thaler,

$\frac{1}{2}$  Groschenstücke =  $\frac{1}{60}$  Thaler,

2 Pfennigstücke =  $\frac{1}{5}$  Groschen,

1 Pfennigstücke =  $\frac{1}{10}$  Groschen.

3. Die in Umlauf befindlichen  $\frac{1}{12}$  Thalerstücke Braunsch. Gepräges behalten bis auf Weiteres die Geltung von  $\frac{1}{12}$  Thlr. Courantgeld.

Die in Umlauf befindlichen Gutengroschenstücke, 2 und 1 Mariengroschenstücke, Sechserstücke und Matierstücke Braunsch. Gepräges sollen, sobald eine hinlängliche Menge der Groschen-Scheidemünze in Umlauf gesetzt werden kann, eingezogen werden. Bis dahin sollen jene

Scheidemünzen in Geltung bleiben und zwar, wenn sie in Beträgen, welche in  $\frac{1}{8}$  Thaler auf gehen, bei der Haupt-Finanz-Casse, den Leihhaus- und den Kreis-Cassen eingezahlt werden, zu ihrem vollen Nennwerthe, beim Gebrauche zur Ausgleichung als Scheidemünze aber vom 1. Januar 1858 an:

- das 2 Mariengroschenstück zum Werthe von 1 Groschen 7 Pfennigen,
- das Gütengroschenstück zum Werthe von 1 Groschen 2 Pfennigen,
- das Mariengroschenstück zum Werthe von 8 Pfennigen,
- das Sechserstück zum Werthe von 6 Pfennigen,
- das Rattierstück zum Werthe von 4 Pfennigen.

Die in Umlauf befindlichen 2 Pfennig- und 1 Pfennigstücke Braunsch. Gepräges sollen in Umlauf und zum Werthe von  $\frac{1}{3}$  bezüglich  $\frac{1}{10}$  Groschen in Geltung bleiben.

4. Der Courant-Landesmünze sollen bis auf weitere Verordnung bei den öffentlichen Cassen und im Privatverkehr die nach dem 30 Thalerfuße und nach dem 14 Thalerfuße ausgeprägten  $\frac{1}{8}$  Thalerstücke aller Vereinsstaaten, welche die Thalerwährung angenommen haben, völlig gleich geachtet werden.

5. Außerdem werden in Golde ausgeprägt: Kronen und halbe Kronen.

Die unter dem Herzogl. Braunsch. Stempel oder von andern Zollvereinsstaaten geprägten, jetzt in Umlauf befindlichen, vollwichtigen 10, 5 und  $2\frac{1}{2}$  Thalerstücke (Pistolen) bleiben sowol im gemeinen Verkehre, als bei den Cassen das gesetzliche Zahlungsmittel in denselben Fällen, in welchen nach Gesetz oder Vertrag die Verpflichtung auf Thaler Gold lautet. Die Vereinsgoldmünzen können jedoch zur Erfüllung auf Thaler Gold lautender Verpflichtungen nach dem Verhältnisse ihres Gehaltes an feinem Golde zu denjenigen der bisherigen Braunsch. Goldmünzen dergestalt verwandt werden, daß der Empfänger verbunden ist, anstatt  $8\frac{223}{1000}$  Thaler Gold 1 Krone anzunehmen.

Ist eine Summe in Thaler Gold zu zahlen, welche sich nicht vollständig mit Pistolen oder Kronen berichtigen läßt, so ist der Ueberschuss nach Maassgabe des Cassencourses in Silber umzurechnen und in Silber zu zahlen.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 16. Juli 1857  
an den Gemeinderath in Gr. Vahlberg.

Wir eröffnen dem Gemeinderathe in Gr. Vahlberg auf die Vorstellung vom 19. März d. Jrs. gegen die Entscheidung des Amtrathes für den Amtsbezirk Schöppenstedt vom 21. Februar d. Jrs., welche die Freiheit der Inquilinen zu Gr. Vahlberg von der Verpflichtung, zu Kirchenbauten baare Beiträge zu leisten, ausspricht, daß, da Herzogl. Consistorium, dessen berichtigte Aeußerung über den vorliegenden Fall eingefordert worden, wiederholt bezeugt, die Landesverwaltungsbehörden gleichfalls bestätigen, daß Inquilinen baare Beiträge zu Kirchenbauten nach dem bisher beobachteten Verfahren in der Regel nicht zu leisten haben, wenn nicht in der betreffenden Ortschaft eine entgegenstehende Norm in unzweifelhafter Geltung ist, eine solche Observanz insbesondere auch in den Ortschaften des Amtsbezirks Schöppenstedt — nach dem Zeugnisse des dortigen Amtrathes — sich vorfindet, eine entgegenstehende Norm aber

in der Ortschaft Gr. Vahlberg nicht existirt, die Vorstellung als unbegründet hiemit zurückgewiesen werde.

**Rescript Herzogl. Consistoriums vom 3. Februar 1858 an sämtliche General-Superintendenten im Lande.**

Durch ein Rescript des Herzogl. Staatsministeriums vom 25. v. Mts. ist auf Unsern Antrag genehmigt, dass die jetzt in der Helmstedt-Schöninger Inspection bestehende, von jeder vermögenden Kirche für Vorstellungen der General- und Specialsuperintendenten zu erlegenden, Gebühr von 10 Groschen, vom laufenden Jahre an auch in den übrigen Generalinspectionen des Landes gezahlt und erhoben werde.

Die Herren Generalsuperintendenten werden hiervon mit dem Auftrage in Kenntniss gesetzt, auch den Superintenden den der Generalinspection die nöthige Eröffnung zu machen.

**Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 19. August 1858 an Herzogl. Consistorium.**

Wir erwidern dem Herzogl. Consistorium auf den Bericht vom 31. v. Mts., in welchem eine Bestimmung über das von den Predigern in Beziehung auf die dritte Vorschrift in der Instruction für Prediger zc. vom 5. Februar 1852 beantragt wird, dass es nicht erforderlich erscheint, das eine oder das andere im Berichte gedachte Verfahren ausschließlich eintreten zu lassen, es vielmehr als das Sachgemäße zu betrachten ist, dass die Prediger nur dann, wenn ihnen nicht entweder ein besonderer amtlicher Schein, dass die Proclamation stattfinden dürfe, oder eine zweite für das Kirchenbuch zurückzubehaltende Ausfertigung des Trauscheins, welcher die Erlaubniss zur Proclamation in sich schließt, producirt wird, eine beglaubigte Abschrift von dem Trauscheine zu dem Kirchenbuche zu nehmen haben. Diese Abschrift bedarf aber der Befestigung nicht und ist eine Gebühr dafür von überhaupt von 2½ Gr. als eine genügende Remuneration der Bemühung des Kirchenbuchführers zu betrachten.

Herzogl. Consistorium hat demgemäß die Prediger anzuweisen.

**Rescript Herzogl. Consistoriums vom 27. November 1858 an die Kirchenbuchführer.**

Nach den Uns vorliegenden Beschwerden verschiedener Herzogl. Amts- resp. Stadtgerichte kommen sehr viele Kirchenbuchführer der bestehenden Vorschrift wegen Einlieferung monatlicher Sterbelisten bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten nur sehr mangelhaft nach.

Es ist sogar vorgekommen, dass einige von ihnen hin und wieder angezeigt haben, es seien keine Todesfälle vorgekommen, während sich später herausgestellt hat, dass dergleichen dennoch wirklich vorgekommen sind; dass ferner unvollständige Listen eingereicht sind, indem einzelne Todesfälle entweder vergessen, oder aber aus dem Grunde nicht mit in die Liste aufgenommen sind, weil nach Ansicht der betreffenden Kirchenbuchführer weder eine Vormundschaft anzuordnen, noch Erbschaftsteuer von dem Nachlasse zu erlegen sei.

Da es nun aber erforderlich ist, dass die Herzogl. Amts- resp. Stadtgerichte stets von allen in ihrem Bezirke vorkommenden Sterbefällen, selbst dann, wenn die Verstorbenen an andern Orten beerdigt werden, Nachricht erhalten, damit dieselben wegen der etwaigen Stempelsteuerpflichtigkeit des Nachlasses, worüber den Kirchenbuchführern eine Beurtheilung nicht zusteht, die nöthigen Anordnungen treffen können, so weisen Wir die sämmtlichen Kirchenbuchführer hiedurch nochmals auf das Bestimmteste an, in den ersten Tagen eines jeden Monats ein Verzeichniß sämmtlicher im vorhergehenden Monate in ihrer Pfarochie eingetretenen Todesfälle dem betreffenden Herzogl. Amts- oder Stadtgerichte einzureichen, oder aber, wenn keine Sterbefälle vorgekommen sein sollten, solches dem betreffenden Gerichte ausdrücklich anzuzeigen.

Sollten fernerhin gegen einzelne Kirchenbuchführer Beschwerden über die Nichtbefolgung dieser Vorschrift oder über unvollständig eingereichte Listen zu führen sein, so werden Wir Uns veranlaßt sehen, gegen dieselben Ordnungsstrafen zu verhängen.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 1. December 1858 an sämmtliche Schulinspectoren.

Nachdem durch die seit mehreren Jahren regelmäßig alljährlich erneuerte Revision der Lectionspläne aller Schulen eine zweckmäßige Einrichtung und größere Gleichmäßigkeit derselben herbeigeführt ist, scheint es Uns nicht mehr erforderlich, jene Revision auch ferner in jedem Falle immer wieder schon nach Ablauf des gedachten kurzen Zeitabschnitts eintreten zu lassen, und wofern nicht etwa besondere Umstände eine abweichende Maassnahme nöthig machen sollten, eine Erweiterung dieses Abschnitts um einige Jahre sich um so mehr zu empfehlen, wenn, wie Wir Uns überzeugt halten, die größere Länge des zwischen den einzelnen Revisionen liegenden Zwischenraums den Herren Schulinspectoren und Predigern zu desto umfassenderen und für die Förderung der Schulen desto erspriesslicheren Erwägungen und Vorschlägen Anlass geben wird.

In dieser Hinsicht, sowie in Ansehung einiger anderer, damit zusammenhängender, namentlich die tabellarischen Schulberichte betreffender Punkte, finden Wir unter Bezugnahme auf Unsere Ausschreiben vom 30. Decbr. 1845, vom 12. Novbr. 1853 und vom 8. April 1854, deren Bestimmungen, sofern nicht etwas Anderes ausdrücklich von Uns hierunter angeordnet werden wird, unveränderte Geltung behalten, den Herren Schulinspectoren Nachfolgendes zu eröffnen:

1. 1) Die Dauer der Periode, nach deren Verlauf der Lectionsplan einer jeden Schule zu wiederholter Prüfung und Feststellung Uns von neuem vorzulegen ist, wollen Wir auf drei Jahre bestimmen; es sind demzufolge die Schulen eines jeden Inspectionskreises in drei Abtheilungen zu theilen, und in jedem Jahre immer nur die Lectionspläne aus je einer dieser Abtheilungen mit Bericht anher einzusenden.

2) Die auf diesen Plänen aufgeführten einzelnen Lectionen sind, damit nicht blos ihre Folge, sondern auch die Tageszeit, in welche sie fallen sollen, ersichtlich werde, nicht mit Ordnungsnummern, sondern mit genauen Bezeichnungen der Morgen- und Nachmittagsstunden und zwar für alle Quartale, in welchen in dieser Beziehung Abweichungen stattfinden, zu versehen.

3) Auf der Titel- oder Rückseite der Lectionspläne sind die einzelnen Disciplinen in



einer nach den verschiedenen Schulclassen geordneten Zusammenstellung, unter Beifügung der denselben wöchentlich gewidmeten Unterrichtszeit, der Dauer der Lehrurse und der Gesamtstundenzahl einer jeden Classe mit Rücksicht auf die Abweichungen in den verschiedenen Quartalen zu verzeichnen.

4) Wegen des Zeitpunkts der Einsendung der Lectiionspläne hat es bei der desfallsigen Vorschrift Unseres Circularrescripts vom 12. Novbr. 1853 sein Verbleiben. Daff mit der Einsendung der Pläne, um nicht eine rechtzeitige Prüfung und Feststellung derselben unthunlich zu machen, keinesfalls über das Ende des Monats Januar hinaus gezögert werden dürfe, bringen Wir nochmals in ernstliche Erinnerung.

5) Sofern die Herren Schulinspectoren, ohne deren Zustimmung selbst unerhebliche Aenderungen in den einmal genehmigten Lectiionsplänen von den Predigern oder Lehrern nicht vorzunehmen sind, Veranlassung haben sollten, in Betreff derjenigen Schulen, deren Lectiionspläne für das Mal nicht eingefandt werden, erheblichere Modificationen im Unterricht bei Uns zu beantragen, haben sie diese Anträge in ihrem Begleitberichte mit aufzuführen.

II. 1) Nachdem die bei Uns vorrätbig gewesenen Formularbogen für die tabellarischen Schulberichte sich vergriffen haben, ist von Uns der Druck von neuen Formularen angeordnet, welche sich nicht blos durch ein für die Uebersendung und die Aufbewahrung in Unserer Registratur bequemerer Format und einige Abänderungen in der äußeren Einrichtung, sondern auch durch mehrfache Erweiterungen, wodurch Wir zu einer noch gründlicheren Beurtheilung der Lehrer und ihrer Wirksamkeit in den Stand gesetzt zu werden hoffen, von den bis dahin üblichen sich unterscheiden.

Indem Wir diese neuen Formulare, von welchen zu vorläufiger Kenntnissnahme ein Exemplar hieneben beigelegt ist, den Herren Schulinspecturen und Predigern mit der Erwartung übergeben, dass sie dieselben zu dem bezeichneten Zwecke stets auf das sorgfältigste benutzen werden, glauben Wir Uns ausführlicherer Bemerkungen über die Absicht der einzelnen Rubriken um so mehr enthalten zu können, je deutlicher einerseits die Fingerzeige sind, welche sich darüber in den Formularen selbst finden, und je mehr andererseits dasjenige, was zur Erläuterung der frühern Formulare in Unserm Ausschreiben vom 30. Decbr. 1845 gesagt ist, auch gegenwärtig noch maassgebend bleibt.

a. Unter diesen Umständen mag es für jetzt hinreichen, darauf aufmerksam zu machen, dass, wenn von Uns in der Rubrik „Unterricht“ eine größere Anzahl von leitenden Gesichtspunkten aufgestellt ist, Wir dieselben zwar bei der Berichterstattung vollständig berücksichtigt zu sehen wünschen, jedoch damit nicht eine erschöpfende Schematisirung aller in Betracht kommenden Momente zu geben und anderweiten charakteristischen Auffassungen den Raum zu verschließen beabsichtigt haben.

b. Was ferner die in die Rubrik XII. einzutragenden Angaben über die Schulbesuche der Prediger betrifft, so bemerken Wir unter Erinnerung an Pro. II, 2, i desselben eben erwähnten Ausschreibens, dass Wir dieselben nur dann für befriedigend erachten können, wenn sie bestimmt sind. Die unbestimmte, nicht selten vorgekommene Angabe, dass das Bedürfniss für die Zahl der Schulbesuche entscheidend gewesen sei, genügt um so weniger, da diese Besuche nicht blos nach dem Grade des Eifers und der Tüchtigkeit des Lehrers zu bemessen, sondern

vornehmlich auch als ein wichtiges Mittel, um durch Beirath und Vorbild den Lehrer in der Ausübung seines Berufs zu fördern, von dem Prediger zu betrachten und zu benutzen sind.

c. Wie aber der Zweck dieser Schulbesuche mit dem der öffentlichen Schulprüfungen nicht zusammenfällt, vielmehr die Anordnung dieser letzteren aus eigenthümlichen und wichtigen Motiven hervorgegangen ist, so können Wir es nicht billigen, dass, wie Wir aus den tabellarischen Schulberichten der letzten Jahre ersehen, dieselben an mehreren Orten aus unzulänglichen Gründen ausgesetzt, oder wohl gar gänzlich außer Gebrauch gekommen sind; und machen Wir es daher den Herren Schulinspectoren zu einer ganz besonderen Pflicht, darüber zu halten, dass das öffentliche Examen forthin in jeder Schule alljährlich angestellt werde, und ohne ihre, nur bei dem Vorhandensein eines dringenden Grundes zu ertheilende Genehmigung nie ausfalle. Wo aber in irgend einer Schule aus einem solchen Grunde die Prüfung einmal hat ausgesetzt werden müssen, erwarten Wir, dass derselbe in der betreffenden Rubrik mit Beziehung auf jene Genehmigung mitangeführt werde.

2) Wir hatten es bisher der Entschließung der einzelnen Prediger und Lehrer überlassen, ob sie neben den tabellarischen Schulberichten auch kurze Darstellungen des lehtjährigen Unterrichts und Probearbeiten der Schüler Uns zugehen lassen wollten; bei der Wichtigkeit des Gegenstandes aber halten Wir es den gemachten Erfahrungen zufolge nunmehr für angemessen, auch hierüber eine feste Norm zu treffen, und bestimmen demnach, dass den tabellarischen Berichten über diejenigen Schulen, deren Lectionspläne in demselben Jahre nach I, 1 dieses Ausschreibens von neuem festgestellt sind, jedesmal ein kurzer, nach Inhalt des Rechenschaftsbuchs abgefasst und nach den Disciplinen geordneter Bericht über die in dem letzten Schuljahre durchgenommenen Unterrichtspensa beigelegt werde. Sofern der Lehrkursus in den einzelnen Fächern einer Classe länger als ein Jahr dauert, ist zu vollständiger Darlegung des gesammten Lehrplans der Schule außerdem der nicht absolvirte Theil des Cursus mit einigen Worten zu skizziren. Diese Unterrichtsberichte der Lehrer sind von den betreffenden Predigern zu signiren, nöthigenfalls mit Bemerkungen zu begleiten, und, wenn sie sich an dem Schulunterrichte selbst mit theilnehmen, durch nähere Mittheilung über die von ihnen behandelten Disciplinen zu ergänzen.

Auch sind jedesmal aus dem bezeichneten kleineren Kreise von Schulen einige in Gegenwart des betreffenden Herrn Schulinspectors oder Predigers angefertigte und zur Beglaubigung ebenfalls signirte Probearbeiten der vorgeschritteneren Schulkinder, vorzugsweise der Confirmanden, beizulegen. Zu solchen Arbeiten sind, wie dies schon bisher mehrfach im Gebrauch war, theils Exempel, theils kleine Aufsätze zu wählen; und wird es Uns angenehm sein, wenn die ersteren zugleich als Beweis dienen können, dass die Lehrer bei der Auswahl der Aufgaben den muthmaasslichen künftigen Lebensberuf der Kinder und bei dem Unterricht über die Berechnungsweise das formale Bildungsbedürfniss derselben ins Auge fassen, während die Aufsätze, zu welchen jedoch das Thema nicht von den Lehrern selbst zu geben ist, zugleich als Zeugnisse der im Schön- und Rechtschreiben gewonnenen Fertigkeit dienen mögen.

Dabei werden Wir es auch fernerhin gern sehen, wenn die Lehrer in den Unterrichtsberichten sich über das von ihnen beobachtete Lehrverfahren, sei es im Allgemeinen, sei es hinsichtlich einzelner Unterrichtszweige eingehender aus-

sprechen wollen, wie Wir denn seit einigen Jahren bereits von Mehreren zu wiederholten Malen recht befriedigende Darlegungen dieser Art erhalten haben. Ingleichen werden Wir fortfahren, die Entwicklung des Conferenzwesens mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wir wünschen darüber durch die Herren Schulinspectoren in fortwährender Kenntniss erhalten zu werden, und werden auch ferner von besonders geeigneten Conferenz-Arbeiten der Lehrer gern Einsicht nehmen.

2) Dagegen wollen Wir von der Uebersendung der Quartal-Absentenlisten an Uns fortan bis auf Weiteres absehen; erwarten jedoch von den Herren Schulinspectoren, denen jene Listen auch in Zukunft stets rechtzeitig und in einer den bestehenden Vorschriften entsprechenden Form vorzulegen sind, dass sie in ihren Generalberichten jedesmal auch über deren ordnungsmäßige Führung mitberichten werden.

3) In Betreff des Termins der Einsendung der tabellarischen Schulberichte finden Wir, da den obigen Bestimmungen zufolge von nun an alljährlich von sämtlichen Herren Schulinspectoren ein umfanglicheres Material zu sammeln und behufs ihrer Berichterstattung einzusehen sein wird, für angemessen, die in Unserm Ausschreiben vom 12. November 1853 festgesetzte Frist bis zu Johannis zu erweitern. Indem Wir aber damit die bezüglichende Vorschrift Unseres Circularrescripts vom 30. December 1845 erneuern, versehen Wir Uns zu der Pünktlichkeit der Herren Schulinspectoren und Prediger, dass dieser Endtermin in keinem Falle überschritten werde.

4) Auch erinnern Wir nochmals bei dieser Gelegenheit, dass die Einforderung der Formularbogen zu den tabellarischen Schulberichten im Monat Februar zu geschehen habe, und dass dabei die Zahl der Titel- und Einlagebogen besonders anzugeben sei. Es ist aber bei Berechnung dieser Zahl zu berücksichtigen, dass der gegenwärtigen Einrichtung der Formulare zufolge für eine jede einzelne Schule einer jeden Pfarodie ein Titelbogen bestimmt ist, und für Schulen mit Einem Lehrer überhaupt Ein Bogen dieser Art ausreicht, sowie, dass die Einlagebogen nur für Schulen mit mehreren Lehrern zu benutzen sind, und dass selbst für Schulen mit drei Lehrern ein einziger Einlagebogen neben dem Titelbogen genügt.

Uebrigens sollen vom nächsten Jahre an ausschließlich die neuen Formularbogen in Gebrauch genommen werden, und sind daher, falls etwa irgendwo noch einige Exemplare der älteren vorhanden sein sollten, diese nicht mehr zu verwenden.

Es wollen nun die Herren Schulinspectoren sich Vorstehendes zur Nachachtung dienen lassen, auch demgemäß die Ortsprediger und durch diese die Lehrer mit den weiter erforderlichen Anweisungen versehen.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 12. Januar 1859 an die Herren Superintendenten, imgl. den Herrn Pastor Prim. Bogler zu Lunzen

Es ist vorgekommen, dass die Correspondenzen für geistliche Stiftungen in Separations- und Ablösungssachen als „Herrschaftliche Dienstsachen“ bezeichnet, und durch die Verweigerung der Zahlung des nachher von der Postbehörde in Anspruch genommenen Portos von Seiten der Absender Beschwerden veranlasst sind.

Da es nun aber an einer gesetzlichen Bestimmung, welche den geistlichen Instituten für

derartige Correspondenzen die Portofreiheit beilegt, fehlt, so kann solche nicht in Anspruch genommen werden.

Wenn jedoch in Separations- und Ablösungssachen von den Vertretern geistlicher Institute an Herzogl. Consistorium oder an deren Vorgesetzte berichtet wird, so kann diese Correspondenz als „Herrschaftliche Dienstsache“ bezeichnet werden, und ist dieselbe sodann portofrei zu befördern.

Die Correspondenzen mit Herzogl. Landes-Deconomie-Commission und mit den Local-Commissarien und Geometern müssen dagegen als portopflichtig betrachtet werden.

Diese genau zu beobachtende Vorschrift ist von den Herren Superintendenten durch ein Circular zur Kenntniss der Prediger der Inspection zu bringen, welche zugleich anzuweisen sind, auch die Schullehrer davon zu benachrichtigen.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 5. März 1859 an die General-Superintendenten.

Da Zweifel darüber entstanden sind, ob die Correspondenzen in Angelegenheiten der in hiesigen Landen bestehenden Prediger-Wittwen-Cassen der Portopflicht unterworfen seien, so wird den Herren Generalsuperintendenten zur Anordnung des Weiteren in Gemäßheit eines Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 24. v. Mts. hiedurch eröffnet, dass nach §. 131. der Postordnung vom 13. August 1832 eine Portofreiheit für solche Correspondenzen von den Verwaltern gedachter Cassen nicht in Anspruch genommen werden kann, vielmehr das gesetzliche Porto erlegt werden muss und die Correspondenzen demnach nicht als „Herrschaftliche Dienstsache“ bezeichnet werden dürfen.

### Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 13. Juli 1859.

Wir erwiedern auf den Bericht vom 2. d. Mts., die Taufe resp. Constatirung der Geburten der Kinder baptistischer Eltern betreffend, Folgendes:

Wenn gleich nach Unserer Ansicht die gesetzliche Verpflichtung christlicher Eltern, ihre Kinder binnen der in der Verordnung vom 3. Mai 1815 vorgeschriebenen Frist zur Taufe zu bringen und die üblichen Gebühren dafür zu bezahlen, auch auf die angeblich zu der Secte der Baptisten sich zählenden Personen Anwendung findet, so wollen Wir doch genehmigen, dass bis auf Weiteres von der Anwendung eines Taufzwanges hinsichtlich der Kinder solcher Eltern einstweilen abgesehen werde, ohne jedoch zugleich jene Personen von der ihnen obliegenden Verpflichtung, die üblichen Taufgebühren den betreffenden Kirchendienern zu entrichten, zu befreien.

Es wird deshalb hinsichtlich der Kinder baptistischer Eltern künftig das folgende Verfahren bis auf Weiteres zur Anwendung zu bringen sein.

1. Bei der gesetzlichen Vorschrift, wegen Anmeldung der Geburten von Kindern bei dem Kirchenbuchführer der betreffenden Pfarodie verbleibt es auch hinsichtlich der zu der Secte der Baptisten sich zählenden Landeseinwohner.

2. Wenn hiernächst die Eltern eines solchen Kindes entschlossen sind, dasselbe nicht taufen zu lassen, so haben sie innerhalb 6 Wochen nach der Geburt vor dem betreffenden Kirchen-

buchführer eine Erklärung hierüber zu Protocoll abzugeben und zugleich die Vornamen zu bezeichnen, welche das Kind außer dem Familiennamen führen soll. Dem Pfarrer steht es zu, den betreffenden Personen angemessenen seelsorgerischen Vorhalt zu machen.

Ist der Pfarrer nicht Kirchenbuchführer, so ist das aufgenommene Protocoll demselben vorzulegen und hat derselbe solches, falls die Eltern nach gemachtem Vorhalte bei ihrem Entschlusse beharren, mit seiner deßfalligen Bemerkung zu versehen und zu unterzeichnen.

3. Auf Grundlage dieses Protocolls wird über den erfolgten Geburtsfall in das betreffende Kirchenbuch unter den Rubriken, welche die Ordnungsnummern, die Namen der Eltern, die Zeit der Geburt und die Vornamen des Kindes enthalten, das Nöthige, den bestehenden Vorschriften gemäß, eingetragen, der Raum in den übrigen Rubriken (Taufe und Taufzeugen) aber offen gelassen, in der Columne „Bemerkungen“ der Grund, weshalb die Taufe unterblieben, mit Bezugnahme auf das den Kirchenbuchsacten beizufügende Protocoll angegeben und diese Angabe mit der Namensunterschrift des Kirchenbuchführers versehen.

4. Die üblichen Taufgebühren sind bei Aufnahme des Protocolls an den Kirchenbuchführer zur Ablieferung an die berechtigten Empfänger zu berichtigen.

Herzogliches Consistorium hat hiernach nunmehr die Geistlichen und Kirchenbuchführer zu instruiren.

#### Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 4. August 1859

Es ist zur Frage gekommen, ob die Ordnung der Beredungen über die confessionelle Erziehung der Kinder aus Ehen zwischen Protestanten und Katholiken für die Herzogl. Amtsgerichte oder für die Herzogl. Kreisdirectionen gehöre.

Da bereits früher durch das Rescript vom 21. Juni 1842 bestimmt worden ist, daß die Ordnung jener durch das landesherrliche Reglement vom 9. April 1768 vorgeschriebenen Beredungen nicht zum Geschäftskreise des Stadtgerichts, sondern des Magistrats gehöre, so wollen Wir hierdurch hinsichtlich der in den Landgemeinden vorkommenden Fälle ferner bestimmen, daß die Ordnung solcher Beredungen nicht zu dem Geschäftskreise der Herzogl. Amtsgerichte, sondern der Herzogl. Kreisdirectionen gehöre und haben Wir davon hierneben die Herzogl. Amtsgerichte in Kenntniß gesetzt.

Es ist ferner Zweifel darüber erhoben, ob eine Abänderung der vor Eingehung der Ehe über die religiöse Erziehung der Kinder geschlossenen Verträge in stehender Ehe zulässig sei?

Nach einer richtigen Auslegung der betreffenden §§. 5 bis 8. des landesherrlichen Reglements vom 9. April 1768 können jedoch abändernde Beredungen über die religiöse Erziehung der Kinder in stehender Ehe nicht getroffen werden und wenn gleich in einem unterm 26. September 1833 an den Dechant Meyer hieselbst erlassenen Rescripte eine abweichende Ansicht ausgesprochen worden ist, so ist dieselbe jedoch mit den gedachten Bestimmungen des Höchsten Reglements nicht vereinbar und nach derselben künftighin nicht weiter zu verfahren; es sind vielmehr Beredungen über die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischter Ehe überhaupt nicht zuzulassen.

Herzogl. Kreisdirection hat sich hiernach zu achten, auch die betreffenden Magistrate danach anzuweisen.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 30. März 1859 an sämtliche Herren General- und Special-Superintendenten, auch Schulinspektoren und den Herrn Pastor Primarius Bogler zu Lunsen.

Durch eine unter dem 28. Decbr. v. J. publicirte landesherrliche Verordnung ist bestimmt worden, dass in sämtlichen evangelisch-lutherischen Kirchen, Schullehrer-Seminarien und Gemeindeschulen des Landes das mit dem Titel:

Der kleine Katechismus Dr. Martin Luthers, in Fragen und Antworten erklärt von H. Fr. Th. L. Ernesti u. s. w.

versehene Lehrbuch zum Gebrauche bei dem Religionsunterrichte anstatt der bisher gebrauchten Lehrbücher eingeführt werden soll.

Dasselbe ist nunmehr, nach einer Uns gemachten Anzeige, in dem Verlage von Joh. Heintr. Meyer in Braunschweig in einer für den Bedarf der ersten Einführung erforderlichen Anzahl von Exemplaren erschienen, und veranlassen Wir Sie daher, sich desselben von Ostern d. J. an bei den Katechismuslehren und beim Confirmanden-Unterrichte zu bedienen, und dafür Sorge zu tragen, dass dasselbe von diesem Zeitpunkte an in den zu Ihren Parochieen gehörigen Gemeindeschulen dem Religionsunterrichte statt der bisher gebrauchten Lehrbücher zum Grunde gelegt werde, und wollen Sie die Ihnen unterstellten Geistlichen zu einem gleichen Verfahren anweisen.

Eine Verzögerung der Einführung des neuen Katechismus bis zu dem in der gedachten landesherrlichen Verordnung gesetzten Endtermine, Ostern 1860, wird nur da stattzufinden haben, wo etwa besondere, nicht früher zu beseitigende Schwierigkeiten eintreten sollten.

Wir glauben aber vertrauen zu dürfen, dass überall, wo nicht, wie es an einzelnen Orten der Fall ist, besondere Fonds die Mittel darreichen, die Ortsbehörden, um die erste Einführung zu erleichtern, bereit sein werden, auf Ansuchen der Geistlichen die für Kinder unbedingter Eltern erforderlichen Exemplare aus den Ortsarmencassen anzuschaffen, und wollen Wir genehm halten, wenn zu diesem Zwecke nöthigenfalls auch die kirchlichen Armencassen herangezogen werden.

Sie wollen nun aber den Geistlichen Ihrer Inspection aufgeben, Ihnen bis Michaelis d. J. anzuzeigen, in wie weit die Einführung in den ihrer Aufsicht unterstellten Schulen erfolgt sei, und im Laufe des Monats October d. J. in zusammenfassender, übersichtlicher Weise über den Stand dieser Angelegenheit anher Bericht erstatten.

Zur Erleichterung der Expedition haben Wir Copieen dieses Rescripts in erforderlicher Anzahl beigefügt.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 25. Juni 1859 an die sämtlichen Prediger im Lande.

Es ist verschiedentlich vorgekommen, dass die Protocolle über Verhandlungen der Kirchenvorstände unvollständig aufgenommen und dadurch Unzuträglichkeiten veranlasst sind.

Wir sehen Uns daher um so mehr veranlasst, die Herren Prediger, welche in den Versammlungen der Kirchenvorstände den Vorsitz zu führen haben, mit den Erfordernissen eines

solchen Protocolls ausdrücklich bekannt zu machen, als die Gültigkeit der Beschlüsse der Kirchenvorstände von der Beobachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Formen abhängig ist, das Sitzungs-Protocoll mithin hierüber genaue Auskunft geben muss.

Es muss nun

1. im Eingange des Protocolls angeführt werden, dass der Kirchenvorstand sich auf schriftliche Berufung aller Mitglieder durch den Vorsitzenden zu der Sitzung versammelt hat.  
(cf. §. 43. des Gesetzes vom 30. November 1851.)

Sodann sind

2. die Mitglieder, welche der Versammlung und Berathung beizuhören, als erschienen, die abwesenden Mitglieder aber als nicht erschienen namentlich aufzuführen, wobei sich dann von selbst ergibt, ob die beschlussfähige Anzahl der Mitglieder beisammen gewesen ist.  
(§. 45. des gedachten Gesetzes)

Ferner sind

3. die Angelegenheiten, welche in Berathung gezogen werden sollen, zwar möglichst kurz, aber doch bestimmt und genau einzeln zu bezeichnen,  
und

4. ist das Resultat der Abstimmung über jede zur Berathung gezogene Angelegenheit genau zu registriren, so dass bei Verschiedenheit der Ansichten die Zahl der consentirenden und dissentirenden Mitglieder ersehen werden kann, wobei es dem Ermessen des Kirchenvorstandes überlassen bleibt, in wichtigern Sachen die Gründe der Abstimmung in das Protocoll aufzunehmen.

Wenn sich das eine oder andere Mitglied wegen des persönlichen Interesses bei der zur Berathung gezogenen Angelegenheit der Abstimmung enthält, ist solches ebenfalls zu bemerken und muss übrigens zur Gültigkeit des Beschlusses, außer solchem, noch die beschlussfähige Anzahl von Mitgliedern gegenwärtig sein und abstimmen.

Hiernächst ist

5. das von dem Vorsitzenden oder dem besonders erwähnten Protocollführer (§. 46) zu führende Protocoll durch Unterschrift des Vorsitzenden und des Protocollführers zu beglaubigen, die Unterschrift der übrigen Mitglieder des Kirchenvorstandes aber braucht nur dann hinzugefügt zu werden, wenn nach einem Beschlusse des Kirchenvorstandes die Protocolle von allen Mitgliedern zu unterschreiben sind.

Die genaue Beobachtung dieser Erfordernisse bei Abfassung der Protocolle über die Kirchenvorstandssitzungen wird erwartet.

### Rescript Herzogl. Consistoriums vom 14. September 1859 an den Superintendenten Schedel zu Ahlum.

Wir erwidern auf Ihre Anfrage vom 8. d. Mts., die Stolgebühren in Vacanzfällen betreffend, dass die Stolgebühren von Amtshandlungen, welche in Vacanzfällen, nach Ablauf des Gnadenhalbjahrs der Wittwen, von den vicariirenden Predigern verrichtet werden, von diesen zwar nicht in Anspruch genommen werden können, sondern zur Vacanzcasse zu zahlen sind, aber bei den Anträgen auf Verwilligung von Remunerationen, welche bei Gelegenheit der Auseinandersetzungsverhandlungen gestellt werden, in Berücksichtigung gezogen werden können.

**Rescript Herzogl. Consistoriums vom 30. November 1859**  
**an den Schuldirector Eggeling zu Helmstedt.**

Wir haben Ihren Bericht von 14. Septbr. d. Jrs., die verweigerte Bestrafung der Schulver säumnisse solcher Kinder, welche, obwol schulpflichtig, dennoch an den öffentlichen Unterrichte ohne Entschuldigung nicht theilnehmen, von Seiten des dortigen Herzogl. Amtsgerichts betreffend, erhalten, und wie Wir nun die von Ihnen darin ausgesprochene Ansicht über den Sinn der §§. 6 u. 7. des Gesetzes vom 12. Mai 1840 eben so, wie die Herzogl. Kreisdirection zu Helmstedt, welche Uns darüber auf Unser Ersuchen ihre gutachtliche Aeußerung unterm 21. dieses hat zugehen lassen, theilen, so halten Wir für angemessen, dass Sie für den Fall, dass das genannte Herzogl. Amtsgericht demnächst auf eine ähnliche, von Ihrer Seite zu machende Anzeige, wiederum in gleicher Weise, wie früher, entscheiden sollte, die Ergreifung der zuständigen Rechtsmittel gegen diese Entscheidung veranlassen, indem Wir nicht zweifelhaft sind, dass das Gesetz vom 12. Mai 1840, wie schon aus dem Zwecke desselben hervorgeht, insonderheit aber aus dem letzten Absätze des §. 7, wo von der durch polizeiliche Zwangsmaassregeln zu bewirkenden Ueberweisung von Kindern in eine Schule die Rede ist, gefolgert werden muss, nicht blos die Ver säumnisse einzelner Schulstunden oder Schultage durch solche Kinder, welche vor diesen Ver säumnissen bereits am Unterrichte ein oder mehrere Male theilgenommen haben, sondern auch die Ver säumniss des ganzen Schulunterrichts durch schulpflichtige, trotz ihrer Schulpflichtigkeit und mangelnden Entschuldigung aber nicht eingetretene, Kinder im Auge gehabt hat.

Uebrigens haben, dem mehrgedachten Gesetze zufolge, die Eltern jener säumigen Kinder, da nach §. 4. desselben mit der Schulpflichtigkeit der Kinder zugleich die Verbindlichkeit der Eltern zur Zahlung des Schulgeldes eintritt, nicht blos die Straf gelder für unentschuldigte Schulver säumnisse, sondern auch das gesetzlich eingeführte Schulgeld zu entrichten und wollen Sie in geeigneter Weise Sorge tragen, dass dieses der Schulcasse nicht entgehe. Dabei überlassen Wir Ihnen, welche zweckdienlichen Mittel Sie anwenden, in wiesern Sie namentlich auch die Unterstützung der Ortspolizeibehörde erbitten wollen, um die betreffenden Eltern, deren manche vielleicht die fraglichen gesetzlichen Bestimmungen nur aus Unkunde verletzen, damit bekannt machen und vor den Folgen ihrer Gesetzes-Übertretung warnen zu lassen.

**Rescript Herzogl. Consistoriums vom 17. December 1859**  
**an den Superintendent Stüger zu Semmenstedt.**

Wir haben Ihren Bericht vom 12. d. und die hierneben zurückerfolgenden Anlagen desselben, worin mehrere Lehrer Ihrer Inspection wegen der Berechtigung der Lehrerr Wittwen auf eine Wohnung im Schulhause bei Ihnen anfragen, erhalten und eröffnen Ihnen darauf Folgendes:

Da für die hauptpflichtigen Gemeinden keine gesetzliche Nöthigung vorliegt, bei dem Bau oder Umbau der Schulhäuser neben der Beschaffung ausreichender Lehrzimmer und geeigneter Bohnräume für den zeitigen Lehrer auch noch für die Herstellung einer Wohnung für eine Lehrerr Wittve Fürsorge zu treffen, vielmehr es ganz in das freie Ermessen der Gemeinden gestellt



ist, was sie etwa in letzterer Hinsicht zu thun gewillt sind, so kann aus dem einzigen Umstande, dass sich in einem Schulhause außer der Lehrerwohnung auch noch solche Localitäten finden, welche zur Aufnahme einer Lehrerr Wittve passend und mit Rücksicht auf eine solche Eventualität von der Gemeinde mit Unserer Genehmigung vorgerichtet sind, noch keinerlei Anspruch auf Benützung dieser Localitäten durch eine jede Lehrerr Wittve gefolgert werden. Die Erweiterung der Räumlichkeiten eines Schulhauses durch Hinzufügung zweckmäßiger Localitäten für eine Lehrerr Wittve ist eine Liberalität, aus welcher der liberalen Gemeinde in keiner Weise eine unbillige Last erwachsen darf, und rücksichtlich deren derselben somit auch in jedem einzelnen Falle die volle Freiheit der Entschließung gewahrt bleiben muss. Dies beruht übrigens auch im wohlverstandenen Interesse der zeitigen Lehrer selbst, denen es vor Allem darauf ankommen muss, ihre amtliche Thätigkeit, sowie den Frieden in ihrer Familie und ihre billigen Ansprüche auf Bequemlichkeit gegen Störungen und Beeinträchtigungen jeder Art gesichert zu sehen. Dass aber da, wo diese Sicherung gegeben und so lange dieselbe vorhanden ist, die hinterlassenen Lehrerr Wittven die Benützung der disponibeln Localitäten des Schulhauses in menschenfreundlicher Berücksichtigung ihres Bedürfnisses und in dankbarer Anerkennung der treuen und gewissenhaften Amtsführung der verstorbenen Lehrer von Seiten der Berechtigten gern zugestanden werden wird, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Wir überlassen Ihnen hiernach, die betreffenden Lehrer zu bescheiden.

Rescript Herzogl. Consistoriums vom 28. December 1859  
an sämtliche Kirchenvorstände.

Es ist in neuerer Zeit häufig vorgekommen, dass Pacht- und Verdingungsverträge über Kirchengrundstücke nicht vor Gericht oder vor Notar und Zeugen, sondern, mit Vorbehalt Unserer Genehmigung, im Wege der Privat-Licitation oder Uebereinkunft (Gesetz vom 30. Novbr. 1851 Rro. 52, §. 26. Rro. 6) geschlossen worden sind.

Wenngleich Wir den Kirchenvorständen bei Abschluss wichtiger Contracte jener Art die Zugiehung des Gerichts oder eines Notars aus dem Grunde empfehlen müssen, weil nur auf diese Weise ein mit öffentlichem Glauben versehener Vertragsabschluss erreicht und in der Regel eine sorgfältigere und vorsichtiger Fassung der Vertragsbedingungen erwartet werden kann, so werden doch immer, schon der Kostenersparung wegen, vielfache Fälle solcher Privat-Verpachtungen eintreten.

Bei den zu Unserer Kenntniss gekommenen Privat-Pacht- und Miethecontracten aber ist aufgefallen, dass häufig die Vorschriften der Stempelordnung vom 29. Octbr. 1821 außer Acht gelassen sind und halten Wir Uns deshalb verpflichtet, insbesondere die Vorstehenden der Kirchenvorstände, damit sie sich nicht einer Bestrafung wegen Stempelsteuerdefraudation aussetzen, auf die Bestimmungen jener Verordnung hinzuweisen:

Nach §. 5. derselben unterliegen alle schriftliche Verträge, durch die einer der Contractanten ein vollständiges Klagrecht erhält, der Stempelsteuer, welche nach Rro. 4. daselbst bei Pacht- oder Miethecontracten alsdann:

1. wenn der Totalbetrag des während der ganzen Zeit, über welche contractirt worden, zu entrichtenden Pacht- oder Miethegeldes nicht über 150 Thlr. beträgt, in 2½ Groschen,

2. wenn aber jener Totalbetrag diese Summe übersteigt, in  $\frac{1}{4}$  Procent, also in  $7\frac{1}{2}$  Groschen von jedem 100 Thlr. des Gesamt-Pacht- oder Miethgeldes besteht.

Dabei ist zu bemerken:

a. dass bei Verlängerung bestehender Contracte dieser Art der Stempel auf gleiche Weise berechnet werden muss, und

b. dass bei gleichzeitiger, z. B. gegen das Meistgebot geschehener Verpachtung mehrerer Grundstücke an verschiedene Personen, die Stempelsteuer nach dem Gesamtbetrage desjenigen Pachtgeldes zu berechnen ist, welches jeder einzelne Licitant für alle von ihm erwachtete Grundstücke contractsmässig innerhalb der ganzen Dauer der Pachtzeit zu erlegen hat; dergestalt also, dass wenn bei einer auf 6 Jahre geschehenen Verpachtung

A. 2 Morgen à Morgen für 6 Thlr. jährlich = Gesamtpachtgeld 72 Thlr.

3	"	"	"	"	8	"	"	"	"	144	"
$\frac{1}{3}$	"	"	"	"	12	"	"	"	"	24	"
B. 1	"	"	"	"	6	"	"	"	"	36	"
$\frac{1}{2}$	"	"	"	"	8	"	"	"	"	24	"
1	"	"	"	"	10	"	"	"	"	60	"

erpachtet hätte, der A-falls von ihm die volle Stempelsteuer erlegt werden müsste — für das Gesamtpachtgeld von 6 Jahren zu 240 Thlr. einen Stempelsteuerbetrag von 18 Groschen ( $\frac{1}{4}$  Procent), B aber für das Gesamtpachtgeld von 120 Thlrn. nur den Betrag von  $2\frac{1}{2}$  Groschen zu zahlen haben würde.

Es sind nun aber alle mit Privatpersonen geschlossene Pacht- und Miethverträge über Kirchengrundstücke regelmässig, theils des Beweises wegen, theils weil es über die Höhe des Mieth- und Pachtpreises eines Belags zu den Kirchenrechnungen bedarf, schriftlich zu errichten, deshalb aber und da sie ein Klagrecht gewähren, der Stempelsteuer unterworfen.

Allerdings sollen nach §. 11, Nro. 4, der angeführten Verordnung die Angelegenheiten der Kirchen zc. von der Stempelsteuer frei bleiben; allein Pacht- und Miethverträge mit Privaten sind nicht allein Angelegenheiten der Kirche, sondern, weil zweiseitige Rechtsgeschäfte, zugleich Angelegenheiten des Mitcontrahenten. Es folgt daraus und aus dem Grundsatz, dass bei Verträgen jener Art, im Zweifel jedem Theile die Hälfte der Kosten obliegt, dass, wenn gleich diejenige Hälfte der Stempelabgabe nicht zu entrichten ist, welche, wenn jene Befreiung der Kirchen nicht gesetzlich ausgesprochen wäre, auf Letztere fallen würde, dagegen doch die auf den anderen, nicht befreiten Contrahenten, fallende Hälfte der Steuer dem Staate nicht entzogen werden darf.

Diese Hälfte der oben näher bezeichneten vollen Stempelgebühr, welche jedoch nie unter den geringsten, gesetzlich zulässigen Satz von  $2\frac{1}{2}$  Groschen hinabsinken kann, ist deshalb bei schriftlichen Pacht- und Miethverträgen der Kirchen mit stempelpflichtigen Privaten stets zu erlegen und da nach §. 12 der allegirten Verordnung eine jede der Stempelabgabe unterwerfene Verhandlung auf den Stempelbogen selbst geschrieben, oder doch solcher der Verhandlung beigelegt und zu derselben cassirt werden muss, die Aufnahme und Ausfertigung derartiger Contracte aber durch die Kirchenvorstände, insbesondere deren Vorstehenden geschieht, so liegt es ihnen

**184 Kirchen- u. Schulangelegenheiten. Rescripte. Landes-Culturgesetzgebung.**

ob, für die Befolgung dieser gesetzlichen Vorschrift zu sorgen, wenn sie sich den Defraudationsstrafen nicht aussetzen wollen.

Wir weisen dieselben an, hiernach zu verfahren und machen darauf aufmerksam, dass es zweckmäßig sein wird, in die Bedingungen der Privatcontracte und Picitationen von Kirchengrundstücken stets hinsichtlich der Kosten die Bestimmung mit aufzunehmen, dass der Pächter oder Miether weitere Kosten nicht, als den auf ihn fallenden Theil der Stempelabgabe, sowie die Copialien für eine etwa gewünschte Ausfertigung des Contracts zu übernehmen habe.

Rescript Herzogl. Kreisdirection Braunschweig vom 11. Januar 1857.

**(Nachträglich zu Seite 168.)**

Es ist ohnlängst der Fall vorgekommen, dass von dem Ableben eines in der betreffenden Gemeinde nicht wohnhaften und dort nicht beerdigten Menschen dem Ortsprediger keine Anzeige gemacht und dass dadurch die Eintragung im Kirchenbuche, welche vorschriftsmäßig bei jedem Sterbefalle in dem Orte des Ablebens geschehen muss, unterblieben ist.

Ich sehe mich dadurch veranlasst, die Gemeindevorsteher darauf hinzuweisen, dass von jedem in der Gemeinde erfolgten Sterbefalle binnen 24 Stunden dem Ortsprediger behuf Eintragung in das Kirchenbuch Anzeige gemacht werden muss, und dass die Gemeindevorsteher verpflichtet sind, darauf zu achten, dass dieser Bestimmung gehörig nachgekommen werde. Dieselben haben zu dem Ende in den Fällen, in welchen ein dem Orte nicht Angehöriger, sei es natürlichen oder gewaltsamen Todes verstorbt, in welchen also voraussichtlich die vorgeschriebene Anzeige durch die Angehörigen des Verstorbenen nicht erfolgen wird, die Anzeige selbst zu machen und dieser die ihnen bekannt gewordenen Nachrichten über Person, Heimath, Stand und Alter des Verstorbenen und über die Todesursache beizufügen, auch dabei anzugeben, ob der Verstorbene etwa an einem dritten Orte beerdigt, oder ob die Leiche an die Anatomie in Braunschweig abgeliefert werden soll.

**Landes-Cultur-Gesetzgebung.**

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirectionen Wolfenbüttel und Helmstedt, das Reglement über die Unterhaltung der im Herzogl. Braunschweigischen Antheile des Oschersleber Bruches zwischen Hessen resp. dem Mattierzollen und der Feldmarksgrenze von Wackersleben befindlichen Entwässerungsanlagen betreffend. 7. März 1855. Nro. 30.

18. Juni

Das Reglement ist von den Amtsräthen der Amtsbezirke Schöppenstedt und Schöningen unter Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums erlassen und nur von localem Interesse auch in seinen einzelnen Bestimmungen nicht im Auszuge mitzutheilen.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel, das Auspflügen und Ausgraben der Grenzfurchen betreffend. 26. April 1859. Nro. 18. S. 71.  
(Gültig im Amtsbezirke Salder.) 12. Mai

- §. 1. Verfahren beim Auseinanderpflügen.
- §. 2. Verfahren beim Zusammenpflügen.
- §. 3. Verfahren beim Umgraben.
- §. 4. Regel für das Zusammenpflügen.
- §. 5. Verbot der Verührung fremder Ackerstücke.
- §. 6. Strafen der Uebertretung des Statuts.
- §. 7. Ueberwachung der Aufrechthaltung.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel, das Auspflügen und Ausgraben der Grenzfurchen betreffend. 9/17. Novbr. 1859. Nro. 38. S. 159.

Ausdehnung des Statuts für den Amtsbezirk Salder auf die Amtsbezirke Wolfenbüttel, Harzburg und Schöppenstedt betreffend.

## Landschaft. Landesgrundgesetz.

**Wahlausschreiben** vom 8/17. Januar 1853. Nro. 1. S. 1.

Behuf Ersetzung eines verstorbenen Landtags-Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Landtags-Abschied** 7/18. November 1853. Nro. 63. S. 345.

- Art. 1. Bezeichnung der publicirten Gesetze.
- Art. 2. Festsetzung der Etats der Herzogl. Haupt-Finanz- und Klosterreinertrags-Cassen auf die Finanzperiode 1852/4.
- Art. 3. Justification der eingetretenen Ueberschreitung des für Forstculturen bewilligten Geldbetrags.
- Art. 4. Feststellung des Normal-Etats der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission.
- Art. 5. Zustimmung zur Veräußerung des Klostergrundes Münchhof zu Gimbeck.
- Art. 6. Erneuerung des dem Ausschusse erteilten Auftrags zur Ausübung der ständischen Rechte bei der Veräußerung einiger Cammer- und Klostergüter.
- Art. 7. Ermächtigung des Ausschusses zur Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte der Landesversammlung in Beziehung auf Zollgesetze, Zollverträge und indirecte Steuern bis zur Eröffnung des nächsten ordentlichen Landtags.
- Art. 8. Verwilligungen zur Erweiterung der Saline-Fabrikationsanlagen und des Braunkohlenbergbaues zu Schöningen.
- Art. 9 u. 10. Verwilligungen behuf der Eisenbahnen.
- Art. 11. Verwilligung behuf Correction des Aller- und Ohre-Flusses.
- Art. 12. Eine unablösbare Forderung der Stadt Braunschweig an Herzogl. Cammercasse wird in eine rückzahlbare Schuld verwandelt.
- Art. 13. Genehmigung der Betheiligung der Herzogl. Leihhaus-Anstalt bei der Braunschweigischen Bank bis zum Nominal-Betrage von 500,000 Thln.

**Wahlausschreiben** zum achten ordentlichen Landtage. 3/10. Mai 1854. Nro. 23. S. 103.

Zur Wahl der vor dem nächsten ordentlichen Landtage austretenden Hälfte der Abgeordneten des Landes werden die Termine bestimmt und die Bezirke bezeichnet, in denen Neuwahlen zu treffen.

**Verordnung**, die Einbesserung eines Irrthums in dem Wahlausschreiben vom 3. Mai 1854 betreffend. 13./19. Mai 1854. Nro. 26. S. 111.

Das Wahlcollegium behuf der von den höchstbesteuerten Gewerbetreibenden vorzunehmenden Wahl versammelt sich nicht zu Holzminden, sondern zu Gandersheim.

**Verordnung**, die Zusammenberufung des achten ordentlichen Landtages betreffend. 8./14. November 1854. Nro. 56. S. 243.

**Landtags-Abschied** 5./29. September 1855. Nro. 47. S. 523.

Art. 1. Bezeichnung der publicirten Gesetze, bei denen die Landesversammlung mitgewirkt hat.

Art. 2. Feststellung des Stats der Herzogl. Haupt-Finanz- und Kloster-Reinertrags-Casse auf die Finanzperiode 185 $\frac{1}{2}$ .

Vereinbarungen in Beziehung auf das Finanzwesen:

a. in Beziehung auf den Staatshaushalt S. 526.

b. in Beziehung auf den Cammercassen-Stat S. 528.

c. in Beziehung auf den Kloster-Reinertrags-Stat S. 529.

Art. 3. Verwendung eines Theils des Cammercalfonds zur Abtragung von Cammerschulden.

Art. 4. Verbriefung und Amortisation der von Herzogl. Leihhauscasse zur Anlegung von 2. Gleisen auf den Herzogl. Eisenbahnen und zur Vestrerung der Kosten der Kriegsbereitschaft vorgeschossenen 1,059,000 Thlr.

Art. 5. Modificationen der Bestimmungen über die Normalgehälter der Staatsbeamten.

Art. 6. Verleihung der landschaftlichen Stipendien.

Art. 7. Erleichterung der Erlangung der Mittel zur Förderung von Gemeindefwecken für Gemeinden und Amtsrathsbezirke bei Darlehen aus der Leihhausanstalt.

Art. 8. Mandat des Ausschusses der Landesversammlung.

Anlage A. Staatshaushalts-Stat für die Finanzperiode 185 $\frac{1}{2}$ .

Anlage B. Stat der Casse des Reinertrags der vereinigten Kloster- und Studienfonds auf die Finanzperiode 185 $\frac{1}{2}$ .

Anlage C. Vereinbarung wegen der landschaftlichen Stipendien.

**Bekanntmachung**, den Landtagsabschied vom 5. September 1855 betreffend. 11./18. October 1855. Nro. 51. S. 557.

Berichtigung eines Schreibfehlers in der Angabe der Hafer-Deputat-Entschädigung des Oberhütten-Inspectors.

**Bekanntmachung**, die Anmeldungen zur Rittermatrikel behuf des landschaftlichen Stipendiums für die Ritterschaft betreffend. 24. November 1855. Nro. 57.

4. December

Die früher landtagsfähigen Rittergüter, deren Eigenthümer oder Miteigenthümer auf das landschaftliche Stipendium Ansprüche machen, sind bis zum 30. Novbr. 1860 zu der Rittermatrikel gehörig anzumelden.

**Wahlausschreiben**. 29. April 1856. Nro. 16. S. 77.

2. Mai

Wegen eingetretener Vacanzen werden in dem zweiten städtischen, dritten ländlichen und dem dritten Wahlbezirke der der Grund- und Gewerbesteuer nicht unterworfenen Berufsstände die Neuwahlen angeordnet.

**Berordnung**, die Einberufung eines außerordentlichen Landtags betreffend. 18./22. Mai 1856. Nro. 17. S. 79.

Die Abgeordneten des Landes werden auf den 25. Juni 1856 einberufen.

**Berordnung**, den Schluss des außerordentlichen Landtags betreffend. 13./23. Juli 1857. Nro. 37. S. 167.

**Wahlausschreiben** zum 9. ordentlichen Landtage. 14./23. Juli 1857. Nro. 38. S. 169.

§. 1. Bestimmung der Wahltermine.

§. 2. Bezeichnung der Wahlbezirke, welche zu wählen haben.

§. 3. Anweisung der betreffenden Behörden.

**Berordnung**, die Wahl eines Abgeordneten des Wahlbezirks der Höchstbesteuerten des Kreises Blankenburg betreffend. 29. Juli 1857. Nro. 40. S. 185.

3. August

Bestimmung des Wahltermins.

**Berordnung**, die Berufung des neunten ordentlichen Landtags betreffend. 20./26. November 1857. Nro. 50. S. 227.

Der Anfang des ordentlichen Landtages wird auf den 14. December bestimmt.

**Landtags-Abschied**. 24. April 1858. Nro. 22. S. 53.

3. Mai

Art. 1. Einwilligung zum Bau einer Cavallerie-Caserne.

Art. 2. Einwilligung zum Bau einer Eisenbahn von Zerzheim nach Helmstedt.

Art. 3. Einwilligung zum Bau einer Infanterie-Caserne zu Blankenburg.

Art. 4. Uebernahme von Bankactien von Seiten der Herzogl. Leihhaus-Anstalt.

Art. 5. Uebereinkunft wegen Uebernahme des Theils vom Schlossbau-Anlehn, mit welchem das landesherrliche Reservat vom Reinertrage des Cammergutes belastet gewesen.

Art. 6. Ermächtigung des Ausschusses zur Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte bei dem Verkaufe des Cammerguts Hohenbüchen.

**Uebereinkunft** über die zur Förderung des Schlossbaues aufgenommenen Anlehen. 19. Juni 1856. S. 59.

Art. 1. Aufhebung des Art. 6. des Vertrags vom 18. März 1835.

Art. 2. Uebernahme der Schlossbau-Anlehen auf die Cammercasse.

Art. 3. Bestimmung über die Amortisation.

**Landtags-Abschied**, den 9. ordentlichen Landtag betreffend. 9./29. September 1858. Nro. 51. S. 229.

Art. 1. Bezeichnung der vereinbarten Gesetze.

Art. 2. Feststellung der Etats der Herzogl. Haupt-Financasse und Kloster-Reinertragscasse.

Art. 3. Ueberweisung von Capitalien der Cammercasse und des Kloster- und Studien-Fonds auf das Herzogl. Leihhaus.

Art. 4. Verwandlung der über Geld lautenden zum Eintauschen bestimmten Landesschuldverschreibungen in Landesschuldverschreibungen über Thaler Courant und Ersatz des zum Baue der Südbahn bewilligten Capitals.

Art. 5. Vertauschung von Cammergrundstücken mit Klostergrundstücken.

**Verordnung**, die Einbesserung eines Irrthums in dem Wahlausschreiben vom 3. Mai 1854 betreffend. 13./19. Mai 1854. Nro. 26. S. 111.

Das Wahlcollegium behuf der von den höchstbesteuerten Gewerbetreibenden vorzunehmenden Wahl versammelt sich nicht zu Holzminden, sondern zu Gandersheim.

**Verordnung**, die Zusammenberufung des achten ordentlichen Landtages betreffend. 8./14. November 1854. Nro. 56. S. 243.

**Landtags-Abschied** 5./29. September 1855. Nro. 47. S. 523.

Art. 1. Bezeichnung der publicirten Gesetze, bei denen die Landesversammlung mitgewirkt hat.

Art. 2. Feststellung des Etats der Herzogl. Haupt-Finanz- und Kloster-Reinertrags-Casse auf die Finanzperiode 185 $\frac{5}{7}$ .

Vereinbarungen in Beziehung auf das Finanzwesen:

a. in Beziehung auf den Staatshaushalt S. 526.

b. in Beziehung auf den Cammercassen-Stat S. 528.

c. in Beziehung auf den Kloster-Reinertrags-Stat S. 529.

Art. 3. Verwendung eines Theils des Cammercalfonds zur Abtragung von Cammercalschulden.

Art. 4. Verbriefung und Amortisation der von Herzogl. Leihhauscasse zur Anlegung von 2. Gleisen auf den Herzogl. Eisenbahnen und zur Bestreitung der Kosten der Kriegsbereitschaft vorgeschossenen 1,059,000 Thlr.

Art. 5. Modificationen der Bestimmungen über die Normalgehälter der Staatsbeamten.

Art. 6. Verleihung der landschaftlichen Stipendien.

Art. 7. Erleichterung der Erlangung der Mittel zur Förderung von Gemeindef Zwecken für Gemeinden und Amtrathsbezirke bei Darlehen aus der Leihhausanstalt.

Art. 8. Mandat des Ausschusses der Landesversammlung.

Anlage A. Staatshaushalts-Stat für die Finanzperiode 185 $\frac{5}{7}$ .

Anlage B. Stat der Casse des Reinertrags der vereinigten Kloster- und Studienfonds auf die Finanzperiode 185 $\frac{5}{7}$ .

Anlage C. Vereinbarung wegen der landschaftlichen Stipendien.

**Bekanntmachung**, den Landtagsabschied vom 5. September 1855 betreffend. 11./18. October 1855. Nro. 51. S. 557.

Berichtigung eines Schreibfehlers in der Angabe der Hafer-Deputat-Entschädigung des Oberhütten-Inspectors.

**Bekanntmachung**, die Anmeldungen zur Rittermatrikel behuf des landschaftlichen Stipendiums für die Ritterschaft betreffend. 24. November 1855. Nro. 57.

4. December

Die früher landtagsfähigen Rittergüter, deren Eigenthümer oder Miteigenthümer auf das landschaftliche Stipendium Ansprüche machen, sind bis zum 30. Novbr. 1860 zu der Rittermatrikel gehörig anzumelden.

**Wahlausschreiben**. 29. April 1856. Nro. 16. S. 77.

2. Mai

Wegen eingetretener Vacanzen werden in dem zweiten städtischen, dritten ländlichen und dem dritten Wahlbezirke der der Grund- und Gewerbesteuer nicht unterworfenen Berufsstände die Neuwahlen angeordnet.

**Verordnung, die Einberufung eines außerordentlichen Landtags betreffend.** 18./22. Mai 1856. Nro. 17. S. 79.

Die Abgeordneten des Landes werden auf den 25. Juni 1856 einberufen.

**Verordnung, den Schluß des außerordentlichen Landtags betreffend.** 13./23. Juli 1857. Nro. 37. S. 167.

**Wahlausschreiben** zum 9. ordentlichen Landtage. 14./23. Juli 1857. Nro. 38. S. 169.

§. 1. Bestimmung der Wahltermine.

§. 2. Bezeichnung der Wahlbezirke, welche zu wählen haben.

§. 3. Anweisung der betreffenden Behörden.

**Verordnung, die Wahl eines Abgeordneten des Wahlbezirks der Höchſtbesteuer-  
ten des Kreises Blankenburg betreffend.** 29. Juli 1857. Nro. 40. S. 185.

3. August

Bestimmung des Wahltermins.

**Verordnung, die Berufung des neunten ordentlichen Landtags betreffend.** 20./26. November 1857. Nro. 50. S. 227.

Der Anfang des ordentlichen Landtages wird auf den 14. December bestimmt.

**Landtags-Abschied.** 24. April 1858. Nro. 22. S. 53.

3. Mai

Art. 1. Einwilligung zum Bau einer Cavallerie-Caserne.

Art. 2. Einwilligung zum Bau einer Eisenbahn von Jerzheim nach Helmstedt.

Art. 3. Einwilligung zum Bau einer Infanterie-Caserne zu Blankenburg.

Art. 4. Uebernahme von Bankactien von Seiten der Herzogl. Leihhaus-Anstalt.

Art. 5. Uebereinkunft wegen Uebernahme des Theils vom Schloßbau-Anlehn, mit welchem das landesherrliche Reservat vom Reinertrage des Cammergutes belastet gewesen.

Art. 6. Ermächtigung des Ausschusses zur Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte bei dem Verkaufe des Cammerguts Hohenbüchen.

**Uebereinkunft** über die zur Förderung des Schloßbaues aufgenommenen Anlehen. 19. Juni 1856. S. 59.

Art. 1. Aufhebung des Art. 6. des Vertrags vom 18. März 1835.

Art. 2. Uebernahme der Schloßbau-Anlehen auf die Cammercasse.

Art. 3. Bestimmung über die Amortisation.

**Landtags-Abschied, den 9. ordentlichen Landtag betreffend.** 9./29. September 1858. Nro. 51. S. 229.

Art. 1. Bezeichnung der vereinbarten Geſetze.

Art. 2. Feſtſtellung der Etats der Herzogl. Haupt-Finanzcasse und Kloster-Reinertragscasse.

Art. 3. Ueberweisung von Capitalien der Cammercasse und des Kloster- und Studien-Fonds auf das Herzogl. Leihhaus.

Art. 4. Verwandlung der über Geld lautenden zum Eintauschen bestimmten Landesschuldverschreibungen in Landesschuldverschreibungen über Thaler Courant und Erſatz des zum Baue der Südbahn bewilligten Capitals.

Art. 5. Vertauschung von Cammergrundstücken mit Klostergrundstücken.



- Art. 6. Vorstüsse zur Erweiterung des Braunkohlenbergbaues im Helmstedter Reviere.  
 Art. 7. Neubau eines Hoftheater-Gebäudes.  
 Art. 8. Uebereinkunft wegen der zum größern Stadt-Merare in Braunschweig gehörenden Güter und Gerechtsamen.  
 Art. 9. Vereinbarungen in Beziehung auf das Eisenbahn-Bauwesen.  
 Art. 10. Veräußerung des trockengelegten Leinebette und Verwendung des Erlöses.  
 Art. 11. Abänderungen der Normal-Gehalts für die Staatsdienerschaft.  
 Art. 12. Erneuerung des Mandats des Ausschusses.  
 Art. 13. Zusicherung bestimmter gesetzlicher Vorlagen für den nächsten Landtag.  
 Anlage A. Staatshaushalts-Etat auf die Finanzperiode 1858 bis 1860.  
 Anlage B. Etat der Kloster-Reinertrags-Casse.  
 Anlage C. Vertrag über den Neubau eines Hoftheater-Gebäudes. S. 251.  
 Anlage D. Vertrag zwischen der Herzogl. Landes-Regierung und der Stadt Braunschweig über verschiedene von der Stadt in Anspruch genommene Güter und Gerechtsame und sonstige Vermögensverhältnisse derselben. S. 253.  
 Anlage E. Etats der Normal-Gehalte der Beamten beim Herzogl. Staatsministerium, bei den Gerichten, den Finanz- und den Landesverwaltungsbehörden.

## Leihhausfachen.

**Gesetz**, einige Rechtsverhältnisse der Braunschw. Bank und der Herzogl. Leihhaus-Anstalt betreffend. 23. Mai 1853. Nro. 26. S. 119.

(siehe Bankcheine.) 1. Juni

**Gesetz**, die Verbindung einer Alters-Renten-Anstalt mit der Herzogl. Leihhaus-Anstalt betreffend. 28. Juni 1853. Nro. 33. S. 163.

14. Juli

- §. 1. Die mit Herzogl. Leihhaus-Anstalt verbundenen Alters-Renten-Versicherungs-Anstalt soll unter Gewähr des Staates stehen. §. 2. Bezeichnung der zu Versichernden. §. 3. Feststellung des geringsten und höchsten Betrags der Rente. §. 4. Bestimmung des Anfanges des Rentenbezuges. §. 5. Bestimmungen über die Capital-Einzahlungen. §. 6. Zahlungstermine für fällige Renten. §. 7. Ueber vier Jahre hinaus unerhobene Renten verfallen der Anstalt. §. 8. Bestimmung über Abfindung auswandernder Renten-Inhaber. §. 9. Ungültigkeit von Cessionen und Verpfändungen der Renten und Ausschließung von Arrestanlagen auf Renten und Executionsvollstreckung darin. §. 10. Sportel- und Stempel-Freiheit der Verhandlungen über Renten-Versicherungen. §. 11. Uebertragung der Verwaltung auf Herzogl. Finanzcollegiums. §. 12. Abgesonderte Verwaltung des Vermögens der Alters-Renten-Anstalt.

Anhang. Berechnungstabelle der Versicherungsrenten. S. 168.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Finanzcollegiums, Abtheilung für Leihhausfachen, die Eröffnung der Alters-Renten-Versicherungs-Anstalt betreffend. 12./28. Februar 1854. Nro. 10. S. 47.

Vom 1. März 1854 an nehmen die Leihhaus-Administrationen Versicherungen auf Altersrenten an. Der Tauffchein des Versicherenden ist zu produciren. Form des zu ertheilenden Alters-Renten-Scheins.

**Gesetz**, die Leihhaus-Cassenscheine betreffend. 22./28. Decbr. 1857. Nro. 55. S. 237. (Siehe Bankscheine.)

**Gesetz**, die Verzinsung der bei den Sparcassen belegten Gelder betreffend. 22./28. December 1857. Nro. 54. S. 235.

§. 1. Zinsfuß vom 1. Januar 1858 zu 8 Pf. pro Thaler.

§. 2. Aufhebung des §. 10. des Gesetzes vom 20. December 1834. Nro. 18. die Sparcassen betreffend.

### Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 1. Juni 1859 an Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausfachen.

Der Bericht vom 24. v. Mts., über die Anträge des Herzogl. Stadtgerichts Braunschweig wegen Verfassung der Anlegung von Curatel- und Pupillengeldern in Landesschuldverschreibungen, ist Uns zugegangen. Wir wollen Herzogl. Finanzcollegium autorisiren, von jetzt an und bis auf Weiteres Curatel- und Pupillen-Capitale, welche neu belegt werden, mit 4 Procent jährlich verzinsen zu lassen, zugleich auch diese den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechende Maaßregel auf neu zu belegenden Capitale milder Stiftungen auszudehnen.

Da, was die Curatel- und Pupillen-Capitale anbetrifft, durch die nunmehrige höhere Verzinsung darauf hingewirkt werden wird, daß die Curatoren und Vormünder von der ihnen durch die Declaration vom 12. Juli 1844 gegebenen Erlaubniß zur Anlegung der zu ihrer Disposition kommenden Gelder in Landesschuldverschreibungen im Interesse ihrer Pfliegbefohlenen weniger Gebrauch machen werden, so halten Wir noch zur Zeit eine Ermächtigung der Gerichte zur Verweigerung der Genehmigung zum Ankauf von dergl. Werthpapieren, die nur im gesetzlichen Wege herbeizuführen stehen würde, nicht für erforderlich.

### Maaß und Gewicht.

**Gesetz**, die Uebereinkunft mit Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Bremen und Hamburg, die Einführung des Zoltpfundes als allgemeine Gewichtseinheit betreffend. 15. Mai 1857. Nro. 29. S. 105.

#### 2. Juni

Art. 1. Einführung des gemeinschaftlichen Gewichtssystems vom 1. Juli 1858 an.

Art. 2. Gewichtseinheit ist das Pfund zu 500 Grammen.

Art. 3. Der Centner wird zu 100 Pfd. gerechnet.

Art. 4. Theilungen des Pfundes in Neuloth, Quint und Halbaramme.

Art. 5. Medicinalgewicht.

Art. 6. Juwelenarat.

Art. 7. Nichtzulassung anderer Gewichte.

Art. 8. Ausnahmen beim Münz- und Postgewichte

Art. 9. Bedingung der Zulässigkeit des Rücktritts von dieser Uebereinkunft.

#### Ausführungsbestimmungen.

- §. 1. Bei den durch Uebereinkunft geregelten Uebergangsabgaben von Wein und Traubenmost, Bier und Taback, wird der Centner zu 100 Pfd. kölnisch ferner angewendet.
- §. 2. Anwendung auf die Berechnung der Wagenladung behuf Bestimmung der Breite der Radfolgen beim Gebrauche auf den Chaussees.
- §. 3. Eine Schiffslast gleich 40 Centner des neuen Gewichts.
- §. 4. Die Bestimmungen des Postvereinsvertrags über das Postgewicht bleiben unverändert.
- §. 5. Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen der Maaf- und Gewichtsordnung.
- §. 6. Anwendung der Strafbestimmungen.
- §. 7. Anwendung der Verordnung, die Ausführung der Maaf- und Gewichtsordnung betreffend, vom 28. Octbr. 1837. Nro. 5. Nichten des Gewichts.
- §. 8. Einführung des neuen Gewichts bei der Erhebung von Steuern zc. schon vom 1. Januar 1858 an, im allgemeinen Verkehre vom 1. Juli 1858 an.
- §. 9. Bestimmung über die Mischungsgebühren.

**Bekanntmachung**, die Anstellung von Mischmeistern zu Stadtdoldendorf betreffend. 17/28. April 1858. Nro. 20. S. 49.

**Bekanntmachung**, die Anstellung von Mischmeistern in Schöppenstedt, Schöningen, Königsutter, Borsfelde, Eschershausen, Seesen und Lutter am Barenberge betreffend. 26. April 1859. Nro. 17. S. 69.

5. Mai

## Medicinal-Polizei.

**Gesetz**, die Modification des §. 6. des Gesetzes über den Handel mit Arzneiwaaren, Farbwaaren und Giften, vom 21. März 1843 betreffend. 8/21. Februar 1857. Nro. 11. S. 27.

- §. 1. Den Droguisten ist der Verkauf von Arsenik gänzlich untersagt.
- §. 2. Strafbestimmungen für Uebertretungen solchen Verbots.
- §. 3. Aufhebung des §. 6. des Gesetzes vom 21. März 1843.

## Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 17. Septbr. 1853.

Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 15. Mai d. Jrs., das Reciprocitäts-Verhältniß zwischen dem dießseitigen Staate und dem Königreiche Hannover hinsichtlich der Zulassung approbirter Aerzte und Wundärzte zur Ausübung der Praxis betreffend, lassen Wir dem Herzoglichen Ober-Sanitäts-Collegium Abschrift einer von dem Königl. Hannoverschen Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten Uns gewordenen Erwiderung vom 12. d. Mts. zur Nachricht

und mit dem Auftrage hienueben zugehen, die Herzogl. Kreisdirectionen von dem Inhalte der Anlage in Kenntniss zu setzen.

**Schreiben des Königl. Hannoverschen Ministerii der auswärtigen  
Angelegenheiten vom 12. September 1853.**

Nach vorgängiger Erledigung der mit dem Königl. Ministerio der Justiz und des Innern nach Seiner ergebensten Mittheilung vom 11. Juli d. Jrs. eingeleiteten Verhandlungen über die Zulassung auswärtiger Medicinalpersonen zur Ausübung ihrer ärztlichen und wundärztlichen Praxis im hiesigen Königreiche beehrt sich das unterzeichnete Ministerium dem Herzogl. Braunschw. Hochlöblichen Staatsministerio auf die gefällige Zuschrift vom 22. Mai d. Jrs. in Verfolg seiner obigen Mittheilung Nachstehendes zu erwidern.

Die bisher in den beiden benachbarten Staaten zum Vortheile der beiderseitigen Unterthanen beobachteten Grundsätze, wonach den in dem einen Staate zur Praxis zugelassenen Aerzten und Wundärzten auch die Ausübung ihrer Kunst in dem andern Staate stillschweigend gestattet ist, befanden sich im hiesigen Königreiche noch fortwährend in Geltung und dürften auch von den diesseitigen Verwaltungsbehörden, den Herzogl. Braunschw. Medicinalpersonen gegenüber, unverändert befolgt werden.

Durch das von dem Obergerichte zu Gelle neuerlich abgegebene Polizeistraferkenntniss wider den Landchirurgus Grundner zu Königsutter, ist den obigen Grundsätzen nicht zuwider gehandelt, da der gedachte Landchirurgus vornämlich wegen der Verordnung innerer Arzneimittel an diesseitige Unterthanen in Untersuchung gerathen und bestraft ist. Die Behandlung innerer Krankheiten und die Verordnung innerer Arzneimittel ist nämlich nach der diesseitigen Gesetzgebung den Wundärzten im Allgemeinen verboten, es sei denn, dass dieselben dazu eine besondere Erlaubniss erhalten haben. Ungeachtet der völligen Anerkennung des bestehenden Reciprocitätsverhältnisses musste daher der Landchirurgus Grundner als straffällig erscheinen, da die Beobachtung der vollständigen Gegenseitigkeit in der Zulassung auswärtiger Aerzte und Wundärzte nicht ausschließen dürfte, dass nichts desto weniger die über die Art und den Umfang der Ausübung der Praxis bestehenden diesseitigen Vorschriften auch auf die auswärtigen Medicinalpersonen, von welchen die ärztliche oder wundärztliche Praxis im hiesigen Königreiche betrieben wird, Anwendung finden müssen. In der Hoffnung, dass vorstehende Erläuterungen dazu beitragen werden, die aus der Verurtheilung des Landchirurgus Grundner hergenommenen Besorgnisse des Herzogl. Staatsministerii über die diesseitige Anerkennung des Reciprocitätsverhältnisses zu beseitigen, benutzt zc.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 18. Juni 1855  
an Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium.**

Auf den Bericht vom 19. Mai d. Jrs., No. 293, wollen Wir, im Einverständnisse mit Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium und Herzogl. Finanz-Collegium, zur Vereinfachung des bei der Honorirung der im öffentlichen Dienste verwandten Medicinalpersonen bisher beobachteten Verfahrens nunmehr folgende Bestimmungen treffen:

1. Die im öffentlichen Dienste verwandten Medicinalpersonen haben die Liquidationen der Gebühren zc. für ihre bezüglichen Dienstleistungen bei der bezüglichen Behörde — Gerichtsbehörde, Landesverwaltungsbehörde, Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium — einzureichen, von welcher die Uebereinstimmung der Liquidationen mit den vorgeschriebenen Gebühren zc. Sätzen geprüft, eintretenden Falls durch entsprechende Ermäßigung der liquidirten Beträge herbeigeführt und sodann die Zahlung derselben aus der Casse der requirirenden Behörde — Gerichtscasse, Büreaucasse — verfügt wird.

Die Medicinalpersonen können übrigens verlangen, dass die Liquidationen, wenn die requirirende Gerichts- oder Landesverwaltungsbehörde Ermäßigungen vorgenommen hat, durch Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium festgestellt werden.

Liquidationen über verabreichte Medicamente sind, bevor die Zahlung aus der Casse der requirirenden Behörde erfolgen kann, in jedem Falle durch Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium — wie bisher — festzustellen.

2. Die Höhe der fraglichen Gebühren soll

a. bei Straffachen und Landesverwaltungssachen durch die anliegenden beiden — mit den bisherigen Feststellungsnormen übereinstimmenden — Tarife und

b. bei der auf Veranlassung des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegiums vorgenommenen Dienstleistungen nach den dafür bislang zur Anwendung gebrachten Sätzen

bestimmt werden.

Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium hat von dem Vorstehenden den betreffenden Medicinalpersonen zur Nachachtung Kenntniss zu geben, und wird die erforderliche Anweisung der Gerichtsbehörden und der Landesverwaltungsbehörden gleichfalls hieneben stattfinden.

Was den Physicus und den Landchirurgus in Blankenburg anlangt, so beabsichtigen Wir für jetzt, die hinsichtlich derselben beibehaltenen Ausnahmen von den allgemeinen Tarifen resp. Gehaltsätzen, bei dem nächsten Wechsel in der Person der genannten Medicinalbeamten aufzuheben.

### Gebühren-Tarif

für die in Straffachen als Sachverständige zugezogenen Medicinalpersonen.

#### Ärzte:

1. Wenn keine Reise zu machen war, täglich, ohne Unterschied der Dauer des Geschäfts 2 Thlr.
2. Außerhalb des Wohnorts einschließlich der Transportkosten für einen ganzen Tag 5 „  
für einen halben Tag 4 „
3. Für die Abfassung des Gutachtens, wenn solches nicht füglich zu Protocoll genommen werden kann und schriftlich eingereicht wird, nach Ermessen des Gerichts 1—3 „

#### Wundärzte:

1. Wenn keine Reise zu machen war, täglich, ohne Unterschied der Dauer des Geschäfts 1 „
  2. Außerhalb des Wohnorts, einschließlich der Transportkosten für einen ganzen Tag 3 „  
für einen halben Tag 2½ „
  3. Für Abfassung des Gutachtens, wenn solches nicht füglich zu Protocoll genommen werden kann und schriftlich eingereicht wird, nach Ermessen des Gerichts . . ½—1 „
- Anmerk. Der Physicus und der Landchirurgus zu Blankenburg erhalten keine Gebühren, da dieselben die Geschäfte dieser Art ohne besondere Vergütung zu verrichten haben.

**Gebühren-Tarif**

der Physici und Thierärzte für Dienstleistungen in Landesverwaltungsachen.

**Physici:**

1. Für die Theilnahme an den Militär-Aushebungs-Terminen einschließlich der Transportkosten, täglich . . . . . 2 Thlr.
  2. Die Physici — mit Ausnahme des Physicus zu Blankenburg — für ein auswärtiges Geschäft, incl. der Transportkosten, täglich . . . . . 3 "
  3. Der Physicus zu Blankenburg desgleichen täglich . . . . . 1 "
- Anmerk. Vergütung für die Berichterstattungen und für die Geschäfte im Wohnorte, mit Ausnahme derer sub 1, wird nicht gewährt.

**Thierärzte:**

1. Für Geschäfte im Wohnorte . . . . . 1 Thlr.
  2. Für ein auswärtiges Geschäft, incl. der Transportkosten, für einen ganzen Tag 3 "  
für einen halben Tag 2½ "
  3. Für die Abfassung von Gutachten, nach Ermessen der Kreisdirectionen . . . ½—1 "
- Anmerk. Die Liquidationen wegen angewandter Medicamente unterliegen in allen Fällen der Feststellung Seitens des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegiums, bevor die Kosten auf die Büreaucasse der Kreisdirection zur Zahlung angewiesen werden.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 23. Januar 1856.

Der Bericht vom 17. d. Mts., wegen Verichtigung der wegen Armuth der Schuldner nicht einziehbaren Impfsgebühren aus dem Büreaukostenfonds Herzogl. Kreisdirection ist Uns zugegangen. Da die Impfungskosten unter die Ausgaben für Medicinal-Anstalten gehören, für welche im Staatshaushalts-Stat ein eigenes Statcapital vorhanden ist und dieselben schon aus diesem Grunde nicht unter den Landespolizeiausgaben berechnet werden dürfen, übrigens aber das für die Liquidation der Impfungskosten vorgeschriebene Verfahren völlig geregelt und einfach ist, so muß es bei der dadurch festgesetzten Ordnung sein Verbleiben haben.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 25. Mai 1858.

Ueber die bei Uns von dem Herzogl. Ober-sanitätscollegium zur Sprache gebrachte Frage: von wem die durch ärztliche oder wundärztliche Wiederbelebungsversuche veranlaßten Kosten zu tragen seien? ist von dem Herzogl. Obergerichte der in Abschrift anliegende gutachtliche Bericht erstattet und wie Wir die darin ausgesprochenen Ansichten für richtig halten, so wollen Wir hiemit bestimmen, daß in allen Fällen die Kosten ärztlicher und wundärztlicher Wiederbelebungsversuche auf Liquidation der Medicinalpersonen, von welchen die Versuche angestellt worden sind, aus der Büreaucasse der betreffenden Herzogl. Kreisdirection vorrathungsweise gezahlt und alsdann, wenn die im Berichte des Herzogl. Obergerichts bezeichnete Voraussetzung, unter welcher die subsidäre Verpflichtung der Staatscasse zur definitiven Uebernahme der fraglichen Kosten eintritt, nicht vorhanden ist, von dem zur Tragung der Kosten Verpflichteten wieder eingezogen werden sollen.

- §. 6. Wahl der Stadt- und Amtsdeputirten.
- §. 7. Zusammensetzung der Central-Aushebungs-Commission.
- §. 8. Versammlungsort und Beschlussfassung der Aushebungs-Commissionen.
- §. 9—13. Verfahren der Aushebungs-Commissionen.
- §. 14. Freiwillige Einstellung des auszuhebenden Pferdebestandes.
- §. 15. Entscheidung über angemeldete Recurse.
- §. 16. Uebergang der Gefahr für die ausgehobenen Pferde auf die Militairbehörde.
- §. 17. Zahlung des Schätzungspreises.
- §. 18. Strafen für Entziehung der betreffenden Pferde.
- §. 19. Unentgeltliche Besorgung der Geschäfte der Aushebungs-Commissionen.
- §. 20. Beschränkung der Anwendung der §§. 9—13. des Gesetzes vom 11. Septbr. 1848.
- §. 21. Eintritt des Gesetzes mit dessen Verkündung.

**Gesetz**, Abänderungen des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 22. Juli 1851 Nro. 30. betreffend. 11./24. Mai 1855. Nro. 25.

- §. 1. Die Dienstzeit in der Landwehr 1. Aufgebots soll künftig 3 Jahre betragen.
- §. 2. Die Landwehr 1. Aufgebots bildet das Ersatz-Bundes-Contingent und die Landes-Reserve.
- §. 3. Bildung der Landwehr 1. Aufgebots.
- §. 4. Bestimmungen über den einjährigen Freiwilligen-Dienst.
- §. 5. Bedingungen der Stellvertretung.
- §. 6. Vertretung bereits Eingestellter.
- §. 7. Stellvertretungsantrag. Dienstfähigkeit des Stellvertreters.
- §. 8. Später eintretende Dienstunfähigkeit des Stellvertreters.
- §. 9. Dienstzeit des Stellvertreters.
- §. 10. Desertion eines Stellvertreters.
- §. 11. Verabschiedung des Stellvertreters.
- §. 12. Loosnummertausch.
- §. 13. Anzeige desselben bei Herzogl. Kreisdirection.
- §. 14. Zulässigkeit desselben unter den sämtlichen Dienstpflichtigen des Herzogthums in den ersten fünf Altersklassen.
- §. 15. Desertion des Nummerntauschers.
- §. 16. Aufführungsatteste für Stellvertreter und Nummerntauscher.
- §. 17. Bestimmung über die zur geeigneten Verwendung im Kriege notirten Militairpflichtigen.
- §. 18. Die größern Uebungen der Landwehr finden in der Regel ferner nicht Statt.
- §. 19. Bestimmungen wegen der einjährig Freiwilligen des Jahres 1855.
- §. 20. Bestimmungen über die gegenwärtig dienenden Landwehr-Officiere, Unterofficiere, Spielleute und Soldaten.
- §. 21. Aufhebung früherer entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen.

**Gesetz**, Abänderung der Kriegsartikel betreffend. 11./24. Mai 1855. Nro. 26.

- §. 1. Die beiden letzten Absätze des Art. 1, der Art. 28, der Art. 42 Abs. 2, die Art. 78. 80 bis 94, der Art. 100, der Art. 115 und der erste Satz des Art. 138 der Kriegsartikel werden aufgehoben.

§. 2. Alle Vergehen der Soldaten gegen die allgemeinen Landesgesetze, auf welche nicht in den Kriegsartikeln eine militärische Strafe gesetzt ist, sollen nach Vorschrift der allgemeinen Landesgesetze bestraft werden.

§. 3. Es soll eine neue Redaction der Kriegsartikel erfolgen.

**Gesetz**, Abänderungen und Ergänzungen der Verordnung über die Militärstrafen und Processen betreffend. 11/24. Mai 1855. No. 27.

I. Competenz der Militärgerichte und Civilgerichte in nicht militärischen Strafsachen.

A. Competenz der Militärgerichte.

§. 1. Aufhebung mehrerer früherer Bestimmungen.

§. 2. Alle Militärpersonen sollen wegen nicht militärischer gegen die allgemeinen Landesgesetze verübter Verbrechen oder Vergehen vor die Militärgerichte gestellt werden.

Ausnahmen dieser Regel

§. 3. Ohne Sold beurlaubte und die von der Landwehr entlassenen Personen gehören wegen nicht militärischer Vergehen vor die Civilgerichte.

§. 4. Uebertretungen der Steuer-, Zoll- und Postgesetze, der Polizeigesetze, sowie der Jagd- und Forststrafgesetze, sofern sie zunächst mit Vermögensstrafen bedrohet und nicht mit einer Verletzung militärischer Dienstpflichten verbunden sind, verbleiben der Beurtheilung der Civilgerichte.

§. 5. Eben so die Untersuchungen wegen nicht militärischer Vergehen und Verbrechen, welche von Militärpersonen vor dem Eintritte in den Dienst oder während der Beurlaubung ohne Sold oder während der Entlassung von der Landwehr begangen und erst nach dem Eintritte in den Dienst zur gerichtlichen Verfolgung kommen.

§. 6. Auch wenn eine Militärperson ein nicht militärisches Verbrechen während der Dienstzeit begangen hat und die gerichtliche Verfolgung erst nach der Verabschiedung oder Entlassung aus dem Dienste oder nach der Beurlaubung ohne Sold begonnen hat.

§. 7. Auch die nach §. 2. der Str.-Proc.-Ordn. und §. 2. des Gesetzes vom 31. October 1851 im Wege der Privatanklage zu erfolgenden Vergehen verbleiben der Beurtheilung der Civilgerichte.

§. 8. Militärische Vergehen, welche nach Auflösung des militärischen Verbandes zur Untersuchung kommen, sind nach Analogie der Strafbestimmungen der Kriegsartikel von den Civilgerichten zu beurtheilen.

§. 9. Das Generalkriegsgericht wird ermächtigt, wegen nicht militärischer Vergehen die vor die Militärgerichte gehörenden Personen in bestimmten Fällen vor die Civilgerichte zu verweisen.

B. Verfahren der Militärgerichte bei nicht militärischen Verbrechen.

§. 10. Das Verfahren der Militärgerichte bei nicht militärischen Verbrechen und Vergehen soll dasselbe sein, wie bei militärischen Vergehen, jedoch mit bestimmten Modificationen.

§. 11. Die Kriegsgerichte erkennen in den Fällen, die mit härterer Strafe als 14 Tage Gefängniß und 10 Thlr. Geld bedrohet sind, so wie in allen Untersuchungen gegen Officiere und Militärbeamte von Officiersrange.

§. 12. Geringere Strafsüßel erkennen die Standgerichte.



Recht der Milderung oder Verwerfung des Commandeurs Antrag auf Revision durch das Generalkriegsgericht.

- §. 13—16. Vollziehung der erkannten Strafen.
- §. 17. Erkenntniß über die militairischen strafrechtlichen Folgen.
- §. 18. Verfahren der Beamten und Behörden der gerichtlichen Polizei in Beziehung auf die den Militärgerichten überwiesenen nicht militairischen Verbrechen und Vergehen.

## II. Competenz der Civilgerichte.

- §. 19. Die den Militärgerichten nicht überwiesenen Verbrechen und Vergehen der Militärpersonen verbleiben den Civilgerichten.
- §. 20. Untersuchungsbandlungen der Civilgerichtsbarkeit in Casernen oder in anderen zum ausschließlichen Gebrauch des Militairs bestimmten Localen.
- §. 21. Vernehmung der Militärpersonen in Criminaluntersuchungen vor dem Civilgerichte des Stationsortes.
- §. 22. Vernehmung der Militärpersonen als Zeugen in der Hauptverhandlung. Ausschluss der Oeffentlichkeit auf Antrag der obersten Militärbehörde bei Vernehmung eines Officiers im activen Dienste.

## III. Competenz der Militärgerichte außer Landes und im Felde.

- §. 23. Außer Landes und im Felde erkennen die Militärgerichte über alle nicht militairischen Vergehen der Militärpersonen.
- §. 24. Für Truppen im Bundesdienste finden die bundesrechtlichen Bestimmungen Anwendung.
- §. 25. Zuständigkeit der Militärgerichte im Kriege.

## IV. Das General-Kriegs-Gericht.

- §. 26. Sitz desselben in Braunschweig.
- §. 27. Besetzung desselben.
- §. 28. Qualification der Mitglieder.
- §. 29. Dauer des Amtes.
- §. 30. Ernennung von Aushülfssrichtern.
- §. 31. Unterpersonal.
- §. 32. Ablehnung der Richter und des Secretairs.
- §. 33. Stellung des General-Kriegs-Gerichts.
- §. 34—38. Allgemeine Bestimmungen über den Wirkungskreis desselben als Revisions-Instanz.
- §. 39. Gründe der Aufhebung eines ersten Erkenntnisses.
- §. 40. Ersetzung des ersten Erkenntnisses.
- §. 41. Aenderungen des ersten Erkenntnisses.
- §. 42. In diesen Fällen hat das General-Kriegs-Gericht selbst zu erkennen.
- §. 43. Einsendung der Acten an das General-Kriegs-Gericht.
- §. 44. Collegialischer Geschäftsbetrieb.
- §. 45. Verhandlungs- und Beschlussfähigkeit.
- §. 46. Bestellung von Referenten und Correferenten.
- §. 47. Nähere Bestimmung derselben.

- §. 48. Sitzung zur Berathung.
- §. 49. Thätigkeit der Correferenten.
- §. 50. Verhandlung in der Sitzung.
- §. 51. Protocollführung.
- §. 52. Beschlussfassung.
- §. 53. Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.
- §. 54. Abfassung und Ausfertigung des Urtheils.
- §. 55. Landesherrliche Genehmigung.
- §. 56. Verwerfung nur im Falle einer Nichtigkeit.
- §. 57. Aburtheilung von einem andern Kriegsgerichte im Falle der Verwerfung.
- §. 58. Weiteres Verfahren nach Eingang des landesherrlichen Rescripts.
- §. 59. Im Falle landesherrlicher Verwerfung.
- §. 60. Im Falle der Aufhebung des ersten Erkenntnisses durch des General-Kriegs-Gerichts und erfolgter landesherrlicher Genehmigung.
- §. 61. Im Falle abändernden Urtheils des General-Kriegs-Gerichts und dessen landesherrlicher Genehmigung.
- §. 62. Im Falle eines bestätigenden Erkenntnisses des General-Kriegs-Gerichts und dessen landesherrlicher Genehmigung.
- §. 63. Verfahren nach eingegangenem landesherrlichen Rescripte.
- §. 64. Urtheile des General-Kriegs-Gerichts in standrechtlichen Sachen.
- §. 65. Anordnung der Vervollständigung der Untersuchung.
- §. 66. Nähere Bestimmung für solchen Fall.
- §. 67. Bestellung eines andern Auditeurs.
- §. 68. Aufsichtsrecht des General-Kriegs-Gerichts.
- §. 69. Verpflichtung bei bemerkten Mängeln.
- §. 70. Kosten.
- §. 71. Neue Redaction der Verordnung, die Militärstrafen und Proceße betreffend.

**Verordnung**, den Beginn der amtlichen Thätigkeit des General-Kriegs-Gerichts betreffend. 24./28. Juni 1855. Nro. 32.

**Gesetz**, wegen einer ausdehnenden Erklärung des Art. 148 der Verordnung, die Militärstrafen und Proceße betreffend, vom 29. Octbr. 1821. 25. Juni 1855. Nro. 34. 3. Juli

Die Bestimmung des Art. 148, wonach durch ein Erkenntniß des Civilgerichts wegen Raubes, Diebstahls, versuchter Brandstiftung, Falschmünzens, Meineides und Verfälschung von falschen Schuldverschreibungen und Quittungen bestrafte Militärpersonen, wenn sie nicht ausgestoßen, in die Strafkategorie verlegt werden sollen, wird auch auf das Verbrechen des Betrugs ausgedehnt.

**Verordnung**, die Publication der, in Gemäßheit des §. 3. des Gesetzes vom 11. Mai d. J. Nro. 26. und des Gesetzes vom 11. Mai d. J. Nro. 27. §. 71. vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel u. betreffend. 12./31. Juli 1855. Nro. 40.

## I. Die Kriegsartikel.

1. Abschnitt. Kriegsartikel für die Gemeinen. Art. 1 bis 83.
2. Abschnitt. Kriegsartikel für die Unterofficiers. Art. 84 bis 98.
3. Abschnitt. Kriegsartikel für die Officiers. Art. 99 bis 115.

Reglement über die Militairstrafen als Anhang. Art. 1 bis 39.

Instruction über die Beeidigung der Unterofficiers und Gemeinen. Art. 1 bis 4.

## II. Verordnung, die Militairstrafen und Proceffe betreffend.

Erste Abtheilung. Von dem Verfahren bei der Bestrafung der Militairvergehen.

1. Abschnitt. Von dem Rechte des Commandeurs, Militairvergehen zu bestrafen. Art. 1 bis 15.
2. Abschnitt. Von den Kriegsgerichten. Art. 16 bis 97.
3. Abschnitt. Von den Standgerichten. Art. 98 bis 111.
4. Abschnitt. Von dem Arreste während der kriegsgerichtlichen und standgerichtlichen Untersuchungen. Art. 112 bis 126.

Zweite Abtheilung. Von dem Verfahren bei der Bestrafung nicht militairischer Vergehen der Militairpersonen. Art. 127 bis 162.

Dritte Abtheilung. Von dem General-Kriegs-Gerichte. Art. 163 bis 207.

Vierte Abtheilung. Von dem Verfahren in bürgerlichen Klagesachen der Militairpersonen. Art. 208 bis 224.

**Bekanntmachung**, Druckfehler in der Verordnung vom 12. Juli 1855, die neue Redaction der Kriegsartikel betreffend. 6/13. Novbr. 1855. No. 53. S. 565.

**Gesetz**, Abänderungen der Artikel 35 und 36. des Militair-Straf-Reglements, wegen Beschlagnahme des Vermögens der Deserteurs, betreffend. 11/19. Februar 1859. No. 6. S. 11.

- §. 1. Die Bestimmungen der Art. 35 u. 36. des Reglements über die Militairstrafen werden aufgehoben. Neue Bestimmungen wegen der Beschlagnahme. Anordnung einer Curatel.
- §. 2. Verwaltung des Vermögens für die Herzogl. Kriegscasse.
- §. 3. Vergütung der durch die Desertion verlorenen Militair-Effecten.

**Gesetz** über die Erneuerung des Gesetzes vom 3. März 1855, die Aushebung von Pferden zum Kriegsdienste betreffend. 21/28. Februar 1859. No. 9. S. 21.

- §. 1. Wiederherstellung der gesetzlichen Kraft der Paragraphen 1 bis 20. des Gesetzes vom 3. März 1855 bis zum Schlusse des Jahres 1861.
- §. 2. Anordnung der Wahlen der Deputirten.

## Rescripte x.

Auszug aus dem Garnisondienst-Reglement vom Jahre 1851.

## Einleitung.

Das hiemit erlassene Garnisondienst-Reglement, bei welchem zwar die Verhältnisse der Garnison Braunschweig zum Grunde gelegt sind, dient sämmtlichen in hiesigen Landen befindlichen Garnisonen unter den durch die Ortsverhältnisse und Truppenstärke gebotenen Abände-

rungen und Modificationen zur Richtschnur und Nachachtung, und wird den Commandanten diejenige Behörde bestimmt werden, an welche sie ihre Meldungen und dienstlichen Anträge zu richten haben.

In denjenigen Garnisonen, wo keine Commandanturen sich befinden, übernimmt der Truppenbefehlshaber zugleich den Dienst des Garnison-Commandanten; seine Befehle und Instruktionen empfängt er vom Brigade-Commandeur, unter welchem er auch in Betreff des Garnisondienst-Reglements steht, und hat auch nur an diesen zu berichten.

### Fünfter Abschnitt.

Verhalten der Wachen, Schildwachen &c. in besonderen Fällen.

A. Bei vorläufigen Ergreifungen, Hausdurchsuchungen und förmlichen Verhaftungen.

#### §. 66.

Die jedesmal zum gewöhnlichen oder außergewöhnlichen Wachdienste der Garnison commandirten Offiziere und Mannschaften, einschließlich der Offiziere du jour und der Ronds-Offiziere, sind zur Verhaftung, zur vorläufigen Ergreifung einer Person, sowie zu Hausdurchsuchungen in folgenden Fällen und unter Beobachtung nachstehender Vorschriften befugt und verpflichtet.

#### §. 67.

Die förmliche Verhaftung einer Person darf die Wache nur Kraft eines richterlichen Befehls, oder auf Requisition eines Staatsanwalts, der Ortspolizeibehörde, eines Polizei-Commissairs, der Offiziere des Polizei-Militairs, sowie der bei den Amts- und Stadtgerichten bestellten öffentlichen Ankläger vornehmen.

#### §. 68.

Die Wachen sind befugt und verpflichtet, Personen anzuhalten:

- a. wenn von ihnen ein Verbrecher auf frischer That ergriffen oder verfolgt wird;
- b. wenn der Verdacht vorhanden ist, dass Jemand ein Vergehen begangen habe, oder sich der erkannten Strafe zu entziehen beabsichtige, und Gefahr im Verzuge ist.

Als Betretung auf frischer That ist es im Sinne dieser Instruction nicht nur anzusehen, wenn der Thäter bei Ausführung der strafbaren Handlung, oder gleich nach derselben betroffen, oder öffentlich verfolgt wird, sondern auch dann, wenn er kurz nach Verübung des Vergehens durch sonstige Verdachtsgründe beschwert, auf der Flucht, oder der Flucht verdächtig ist; ferner, wenn er kurz nach der That im Besitze der Waffen, Geräthschaften, Schriften oder anderen Gegenständen betroffen wird, welche ihn als Urheber oder Theilnehmer verdächtig machen.

#### §. 69.

Auf Gesandte fremder Höfe und die zur Gesandtschaft gehörenden Personen erstreckt sich die im §. 68 gedachte Befugniß nicht.

#### §. 70.

Keine Wache ist befugt, aus eigener Machtvollkommenheit und ohne von einem höhern Militär-Vorgesetzten den Befehl dazu erhalten zu haben, einen Offizier festzunehmen, es sei denn, dass:

1. ein Offizier sich eines Verbrechens, namentlich gegen die Wache selbst schuldig macht;
2. ein Offizier sich nicht in Uniform befände und sich den Anordnungen der Wache widersetze, in welchem Falle er wie jede Civilperson behandelt wird

## §. 71.

Vermöge eigener Amtsgewalt werden von den Wachen angehalten:

1. alle Personen, auf welche die in dem §. 68 enthaltenen Bestimmungen Anwendung leiden. Dahin gehörten namentlich auch Personen, welche sich den Wachen thätlich widersetzen, sie insultiren oder beleidigen, oder ihren Anordnungen nicht Folge leisten, besonders in Fällen, wo es auf die Stillung eines Tumultes, Zerstreuung von Aufläufen, Schlichtung von Schlägereien oder Verhinderung eines die öffentliche Ruhe störenden Straßenunfugs ankommt; desgleichen die Uebertreter allgemein bekannter, am Orte geltender Polizeivorschriften, z. B. wegen schnellen Fahrens und Reitens, Beschädigung der Laternen, Trottoirs, Brücken u. s. w., wenn sie diese Vergehen Angesichts der Wachen verüben und der verwirkten Strafe durch die Flucht sich zu entziehen versuchen;
2. Unteroffiziere und gemeine Soldaten, welche, ohne sich im Dienste zu befinden, oder ohne besondere Erlaubniß erhalten zu haben, nach dem Zapfenstreiche außerhalb ihres Quartiers betroffen werden.

## §. 72.

Das Recht in den gesetzlich zulässigen Fällen (§. 68) die vorläufige Ergreifung einer Person den Wachen zu befehlen, haben die denselben vorgesezten Offiziere und Behörden, nämlich:

Der Commandant oder der dessen Funktionen versiehende Offizier, der Brigade-Commandeur, der Platzmajor und die zum Garnisonsdienst commandirten Offiziere.

Sobald diese den Wachen vorgesezten Offiziere und Behörden die vorläufige Ergreifung und Festnahme einer Person befehlen, muß dieselbe ohne weitere Prüfung auf die Gefahr des Befehlenden erfolgen.

## §. 73.

Wird von den Beamten der gerichtlichen Polizei, oder von der Polizeibehörde, oder anderen Beamten, welchen nach den bestehenden Gesetzen die Pflicht obliegt, Verbrechen und Vergehen nachzuforschen, insonderheit von den zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit bestellten Polizeibeamten, den Polizeimilitairs, Nachtwächtern zc. vermöge ihres Amtes auf vorläufige Ergreifung einer Person angetragen, so erfolgt dieselbe gleichfalls ohne weitere Prüfung auf die Gefahr des Requirenten.

## §. 74.

Privatpersonen, welche Jemand auf frischer That ergreifen, betreffen oder verfolgen, sind befugt, die Wachen um deren Unterstützung zu ersuchen, wenn der Thäter fliehet oder der Flucht dringend verdächtig ist, oder Grund zu der Besorgniß vorliegt, daß die Identität der Person sonst nicht festzustellen sein werde.

Einem solchen Ansuchen ist jedoch, wo nicht augenscheinliche Gefahr im Verzuge obwaltet, nur dann Statt zu geben:

- a. wenn der Ansuchende nach den Umständen außer Stande ist, die Hülfe der Polizei zeitig genug in Anspruch zu nehmen, oder, wenn er versichert, daß keine polizeiliche Hülfe zur Hand sei;
- b. wenn, wie z. B. bei bedeutenden Schlägereien in Wirthshäusern, aus der Veranlassung

zu dem Ansuchen sich entnehmen läßt, daß die Polizei nicht im Stande sein würde, ohne Unterstützung des Militärs die vorläufige Ergreifung vorzunehmen.

Wenn dem Gesuche stattgegeben wird, so muß der Ansuchende die Wache an den Ort führen, wo die Unterstützung oder vorläufige Ergreifung erfolgen soll, und dort die zu ergreifende Person bestimmt bezeichnen.

Der Ergreifene wird auf Gefahr des Antragenden zur Wache abgeführt. Der Antragende muß sich nöthigenfalls über seine Person gehörig ausweisen. Kann er dies nicht, so muß er der Wache folgen und im Wachhause, ohne jedoch als Arrestant behandelt zu werden, so lange verweilen, bis der schnelligst herbeigerufene Polizeibeamte das Weitere veranlaßt.

#### §. 75.

Haussuchungen können die Wachen nur auf gerichtlichen Befehl vornehmen.

Dagegen sind sie berechtigt, in den im §. 68 aufgeführten Fällen, um die vorläufige Ergreifung zu bewirken, Wohnungen und sonstige Gebäude zu betreten, einem Jeden den Ein- oder Austritt, sowie die Fortschaffung oder sonstige Beseitigung von Papieren und Effecten zu untersagen und zur Aufrechterhaltung ihrer Anordnungen die geeigneten Maaßregeln zu ergreifen.

#### §. 76.

Von allen auf Grund dieser Instruction vorgenommenen Ergreifungen, oder in Gemäßheit der §. 75 getroffenen Maaßregeln ist sofort der Ortspolizei-Behörde Anzeige zu machen und die Anordnungen der Wache sind nur so lange zulässig und wirksam, bis ein Polizeibeamter herbeigeht oder dessen weitere Verfügung erwirkt ist.

Alle angehaltenen Personen werden nach dem nächsten Wachgebäude gebracht und dem Commandanten oder dem dessen Stelle vertretenden ältesten Militärbefehlshaber gemeldet, der, insofern die Festgenommenen vom Militair sind, weiter über sie disponirt.

Sind die festgenommenen Personen vom Civil, so werden sie sobald als möglich (Betrunkene, wenn sie nüchtern geworden) an die Polizeibehörde abgeliefert; in den im §. 74 bezeichneten Fällen jedoch nur, wenn der schnelligst herbeigerufene Polizeibeamte dies für nöthig erachtet, anderen Falls die Entlassung des Festgenommenen erfolgt.

#### §. 77.

Die Wachen müssen sich bei der Verhaftung und vorläufigen Ergreifung einer Person alles unnöthigen Redens, sowie aller wörtlichen und thätlichen Beleidigungen gänzlich enthalten, andererseits aber, wenn eine förmliche Verhaftung auf Grund richterlichen Befehls, oder eine vorläufige Ergreifung nach §§. 71—75 erfolgen muß, dieselbe nöthigenfalls mit Gewalt erzwingen.

Es müssen daher in jedem speciellen Falle, wenn es irgend möglich ist, so viel Mannschaften abgeschiedt werden, daß der Zweck unter den obwaltenden Umständen jedenfalls erreicht werden kann.

Findet aber der Führer dieser Mannschaften, wenn er an Ort und Stelle anlangt, daß das ihm anvertraute Commando zu schwach ist, um den Zweck zu erreichen, so muß er sofort Denjenigen, der ihn abgeschiedt hat, um die erforderliche Verstärkung des Commando's ersuchen lassen.

#### §. 78.

Sobald die vorläufige Ergreifung oder Verhaftung erfolgt ist, steht der Festgenommene unter dem Schutze der Wache. Führt er Effecten bei sich, für deren Aufbewahrung er nicht

selbst Sorge tragen kann, so liegt die einstweilige Sicherstellung derselben der Wache gleichfalls ob. Festgenommenen Criminal-Verbrechern müssen jederzeit sogleich alle gefährlichen und verdächtigen Werkzeuge, sowie die Brieffschaften, welche sie etwa bei sich führen, abgenommen und an die Behörde abgegeben werden, an welche der Festgenommene überliefert wird.

Die Wachen müssen darauf bedacht sein, dass sowohl die Verhaftung, als die vorläufige Ergreifung einer Person, mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse, auf die möglichst schonende Weise erfolge. Zu dem Ende ist, wenn der Festgenommene zuvörderst nach dem Wachgebäude gebracht worden, mit seiner weiteren Ablieferung immer so lange Anstand zu nehmen, bis sich die etwa herbeigezogene Volksmenge wieder verlaufen hat; auch ist es dem Festgenommenen gestattet, wenn er es wünscht, in einem auf seine Kosten herbeizuschaffenden Wagen, in welchem sodann die ihn begleitende Mannschaft gleichfalls Platz nimmt, nach dem Orte der Ablieferung gebracht zu werden.

#### §. 79.

Die Wachen müssen namentlich zur Nachtzeit, wenn sie Hülferuf oder Nothsignale hören, sogleich die nöthige Hülfe zu leisten bemüht sein. Andererseits aber müssen sie sich aller unnöthigen Einmischungen enthalten, insbesondere wenn sie zur Herstellung der gestörten Ruhe und Ordnung beordert werden und bei ihrem Erscheinen die Ruhe bereits wieder hergestellt ist.

#### §. 80.

Die Mannschaften sind befugt, Personen in Verwahrung zu nehmen, wenn dieselben zu ihrem eigenen Schutze oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit und Sicherheit und Ruhe diese Maassregel beantragen. Die solchergestalt in Verwahrung genommenen Personen müssen jedoch spätestens im Laufe des folgenden Tages entlassen, oder es muss in dieser Zeit das Erforderliche veranlasst werden, um sie der zuständigen Behörde zu überweisen.

#### §. 81.

Werden betrunkene oder kranke Personen an öffentlichen Orten hülfslos gefunden, so liegt der Wache ob, dieselben nach dem nächsten Wachgebäude zu schaffen, und die ersteren so lange unter Aufsicht zu halten, bis sie nüchtern geworden sind; die letzteren aber sobald als möglich an die Polizeibehörde abzuliefern.

### C. Bei einem Auflaufe.

#### §. 87.

Durch den §. 53 ist bereits vorgeschrieben, dass jede Wache in's Gewehr treten soll, wenn sich eine große Menge Menschen derselben nähert. Die Wache bleibt dann mit „Gewehr auf“ oder „ab“ so lange stehen, bis der Haufen vorüber ist oder sich zerstreut hat.

Ist der Zweck dieser Anhäufung augenscheinlich, z. B. das Begleiten eines Leichen- oder anderen Zuges, das Zusehen bei irgend einem Vorfalle und dergleichen, so bedarf es keiner weitem Vorsichtsmaassregeln; ist aber der Zweck derselben nicht zu erkennen, oder ist es sogar dem Wachhabenden bekannt, dass derselben irgend eine Aufregung zum Grunde liegt, so bleibt die Wache mit „Gewehr auf“ ruhig stehen, lässt den Haufen vorbeiziehen, und achtet nur darauf, dass ihr die Tumultanten nicht in eine gefährliche Nähe kommen.

Ist der Haufen so groß, dass ihm die Stärke der Wache nicht gewachsen, und ist der

Platz zu beschränkt, so läßt der Wachhabende die Wache dicht an das Wachhaus zurücktreten, um jenem Raum zu geben, alle Berührungen mit demselben zu vermeiden und sich den Rücken zu sichern. Sobald Alles vorüber ist, schickt er eine Meldung von dem Vorfalle nach der Schlosswache.

## §. 88.

Bleibt der Haufen längere Zeit in einer der Wache gefährlichen Nähe stehen, ohne jedoch irgend Unfug zu treiben, so versucht der Wachhabende durch glimpfliche Weisung ihn zu zerstreuen, oder zum Weitergehen zu bewegen.

## §. 89.

Wenn aber der Haufen tobt und lärmt, Unfug treibt, z. B. Häuser, Bäume, Laternen &c. beschädigt, oder gar feindliche Absichten verräth, so hat der Wachhabende, bevor er einschreitet, zu erwägen, ob die Wache im Verhältniß zu der Anzahl der Tumultanten stark genug sei, um von seinem Einschreiten Erfolg erwarten zu können, den Unordnungen Einhalt zu thun und die Frevler zu vertreiben. Ist dies der Fall, so tritt der Wachhabende vor und fordert mit lauter Stimme die Menge auf, sich zu entfernen. Wird diesem Aufrufe keine Folge geleistet, so hat der Wachhabende solchen mit der Warnung zu wiederholen, daß alle die, welche demselben nicht sofort nachkommen, sich selbst die nachtheiligen Folgen der Nichtbeachtung zuzuschreiben haben. Wenn dieser wiederholten Aufforderung ebenfalls nicht genügt wird, so hat der Wachhabende durch den Gebrauch der blanken Waffe den schuldigen Gehorsam zu erzwingen, den Haufen auseinander zu treiben, und wo möglich die Hauptfrevler oder einige derselben zu verhaften.

## §. 90.

Ist aber die Menge der Tumultanten zu groß, als daß sich der Wachhabende von seinem Einschreiten Erfolg versprechen kann, vielmehr eine Niederlage seiner Mannschaft dabei zu befürchten hat, so beschränkt er sich darauf, die Frevler mit lauter Stimme von ihrem Beginnen abzumahnern und zum Fortgehen zu bewegen, die Wache wie oben zurücktreten zu lassen und sich zu etwaiger Vertheidigung seines Postens bereit zu halten. In dieser Lage muß die Wache allen etwaigen Provocationen eine ruhige Haltung entgegensetzen und sich durch keine Schimpfworte, Neckereien und verhöhrende Reden verleiten lassen, Aehnliches zu erwiedern.

Erfolgt jedoch ein thätlicher Angriff mit Waffen oder anderen Werkzeugen, oder durch wiederholtes Werfen mit Steinen oder anderen Gegenständen, so hat der Wachhabende mit lauter Stimme zu drohen, daß er bei Fortsetzung dieses Beginns von seinen Waffen Gebrauch machen werde. Bleibt diese Drohung fruchtlos, so hat die Wache sich bei möglichster Behauptung ihrer Stellung, mit der blanken Waffe zu vertheidigen, und nur in dem äußersten Falle, wenn der Angriff ungestüm fortgesetzt wird, ist die Wache berechtigt, von ihrer Schusswaffe Gebrauch zu machen. Das Feuern kann jedoch stets nur auf ausdrückliches Commando des Wachhabenden und unter dessen Verantwortlichkeit stattfinden, und muß sofort damit aufgehört werden, sobald der Zweck erreicht ist und der Angriff aufhört.

## §. 91.

Um dieser ihm auferlegten Pflicht der Verantwortlichkeit für die Folgen seines Benehmens genügen zu können, hat sich der Wachhabende den Gang des ganzen Vorfalles und alle vorkommenden Umstände genau zu merken, damit er einen ausführlichen schriftlichen Rapport



davon machen, oder in dem deſhalb abzuhaltenden Verhöre eine umſtändliche und vollſtändige Darſtellung des ganzen Vorfalls geben kann und ſeine Ausſagen zu beſchwören im Stande iſt. Zu dem Ende hat er ſich vorzüglich zu merken, auf welche Art die Tumultanten ſich der Wache näherten, wie Anfangs ihr Verhalten war, und welche Abſichten ſie etwa ausdrückten, welchen Unfug ſie ausübten, welche Umſtände nach und nach und in welcher Reihenfolge ſie eintraten, wie er ſelbſt dabei ſich benommen hat, worin die Veranlaſſung ſeines Einſchreitens beſtand, welche Anordnungen er nach und nach traf, welche Befehle er gab, welche Mahnungen, Aufforderungen oder Drohungen er gemacht, ob er dieſelben zu wiederholen genöthigt geweſen, und wie das Benehmen der Tumultanten dabei war; ob eine thätliche Widerſetzlichkeit ſtattſand, worin ſolche beſtand, ob von Seiten der Frevler ein Angriff mit Waffen oder anderen Werkzeugen geſchah und mit welchen, oder ob mit Steinen oder anderen Gegenſtänden geworfen ward; ob und welchen Gebrauch er dagegen von den Waffen, inſondere von der Schußwaffe gemacht, welche Wirkungen dieſes hervorgebracht und was darauf erfolgt iſt. Zur Vervollſtändigung und Beſtätigung ſeiner Ausſagen hat der Wachhabende auch auf die Localität, auf die Entfernungen, in welcher der eine oder andere Umſtand ſich vor der Wache ereignete, ſowie darauf zu achten, ob unter den Tumultanten ſich ihm perſönlich Bekannte befanden, oder ſolche, die er mit Gewiſſheit bezeichnen kann; ebenſo muß er ſich die Namen derjenigen ſeiner Mannſchaft merken, die ihm Anzeige machten, oder denen er beſondere Befehle ertheilte.

## §. 92.

Im Allgemeinen erhellet aus dieſen Vorſchriften hinlänglich, daß das Benehmen des Wachhabenden ſtets den Charakter der Mäßigung, nöthigenfalls aber auch den der Entſchloſenheit tragen muß; daß er nur dann, wenn es die Stärke ſeiner Mannſchaft erlaubt und er auf Erfolg rechnen kann, einſchreiten darf, hierbei aber kräftig und umſichtig handeln, und im äußerſten Falle ſeinen Poſten muthig vertheidigen ſoll.

## §. 93.

Für Patrouillen ſind die Verhaltensregeln ſchon im §. 61 gegeben und iſt hier nur noch hinzuzuſügen, daß bei einem etwaigen Auslaufe die erwähnte Aufforderung zum Auseinandergehen zweimal in derſelben Art, wie von dem Wachhabenden, geſchehen muß; daß jedoch, wenn die Menge zu groß iſt, um von dem Einſchreiten der Patrouillen Erfolg hoffen zu können, ſie entweder nach Umſtänden eine hinlängliche Verſtärkung erwarten, oder ſich nach ihrer Wache zurückziehen, und von den Umſtänden Meldung machen müſſen. Nur im Fall eines thätlichen Angriffs ſind ſie befugt, ſich ihrer Waffen zu deſſen Abwebrung zu bedienen.

## §. 94.

Die Schildwachen haben, wenn ihren Weiſungen nicht Folge geleiſtet wird, und ſie Widerſtand finden, ſich auf die Vertheidigung ihres Poſtens zu beſchränken, und dabei, werden ſie thätlich inſultirt oder angegriffen, von ihrer blanken Waffe, im äußerſten Falle aber von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Die Schildwachen ſollen nicht voreilig von ihren Waffen Gebrauch machen, wo ihnen noch andere Mittel, z. B. Arretirung, zu Gebote ſtehen. Ein übereilter Gebrauch der Waffen, wo kein Angriff gegen ſie ſelbſt ſtattſand, wird nach dem Geſetze ſtreng beſtraft.

Wenn ein Tumult oder Auslauf in ihrer Nähe entſteht, ſo begeben ſie ſich auf ihren

Posten und ersuchen irgend Jemanden, wo möglich einen Bekannten, die Wache von dem Postfalle in Kenntniß zu setzen.

Werden sie selbst thätlich mit Waffen, Stöcken oder dergl. angegriffen, so machen sie von ihrem Bajonett Gebrauch und suchen den Frevler unschädlich zu machen.

Wendet sich ein Tumult gegen sie selbst und steht ein Angriff auf ihre Person zu gewärtigen, so deuten sie den Ruhestörern an, daß sie von ihrer Waffe gegen Jeden Gebrauch machen werden, der ihnen zu nahe trete, und treiben die Nahestehenden zurück, so daß sie freien Raum auf ihrem Posten und den Rücken frei haben.

Legt sich das feindliche Beginnen gegen sie nicht, glauben sie, daß ohnerachtet ihres entschlossenen Auftretens etwas gegen ihre Person unternommen wird, so benutzen sie den Augenblick, wo die Andringenden mit dem Bajonett zurückgetrieben sind, um das Gewehr zu laden.

Hat sich ein gegen sie tobender und lärmender Haufen durch ihr entschlossenes Benehmen zurückgezogen, und wird nun mit Steinen oder dergleichen nach ihnen geworfen, so sollen sie warnen, daß sie schießen werden. Fruchtet dies nichts, so machen sie von der Schusswache Gebrauch.

#### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 1. Juni 1854.

Auf den Bericht Herzogl. Kreisdirection vom 27./30. v. Mts. erwiedern Wir, daß solche Militärpflichtige, welche mit ihrem Vater, in dessen Gewalt sie sich noch befunden haben, auf Grund der jenem erteilten Pässe zur Auswanderung nach Amerika, ausgewandert sind, als dem Domicile des Vaters folgend und aus dem hiesigen Unterthanenverbande entlassen, aus den Listen der Militärpflichtigen zu streichen sind, daß dagegen hinsichtlich derer, welche für sich ohne Genehmigung nach Amerika ausgewandert sind, ein Gleiches nicht stattfinden könne, eben so wenig wie bei allen Uebrigen, welche unentschuldigt sich nicht stellen, auch wenn man schon vorher Grund hat, anzunehmen, daß sie sich nicht stellen werden. Herzogl. Kreisdirection hat nach diesen Grundsätzen zu verfahren.

#### Höchstes Rescript vom 2. Juni 1854.

Wilhelm, Herzog zc. Der Bericht vom 18. v. Mts. über das Gesuch des Soldaten Johann Albert Julius Rehrhorn aus hiesiger Stadt, um Versezung zur Landwehr, behuf seiner Etablirung als Kaufmann, ist Uns zugegangen und eröffnen Wir der Herzogl. Kreisdirection darauf Folgendes:

Der Entwurf des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 21. Juli 1851 hat die Fassung des Kriegsdienstgesetzes vom Jahre 1837 beibehalten. Die eingetretene Abänderung ist auf einen ständischen Antrag erfolgt und nur als eine Aenderung dieser Fassung angesehen worden, da die ältere Redaction insofern nicht ganz passend gewesen ist, als diejenigen, welche überhaupt nicht waffenfähig oder dienstpflichtig geworden, eine Nachweisung, ihrer Obliegenheit Genüge geleistet zu haben, nicht liefern können. Da nun der §. 42 des Gesetzes von 1851 noch immer die Ausdrücke: seinen Militärpflichten im stehenden Truppcorps sich nicht entzogen habe -- beibehalten hat, bevor diese Pflichten aber ihr Ende erreicht haben, sich von

Niemand sagen läßt, ob er sich denselben entzogen habe, oder nicht? — so ist der Sinn der jetzt geltenden Bestimmung ganz der der frühern und die Dispensation von dem §. 42 des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 2. Juli 1851 für den 2c. Wehrform erforderlich, welche Dispensation Wir, vorkommenden Umständen nach, statt der erbetenen Versetzung zur Landwehr hierdurch ertheilen wollen.

### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 11. März 1856

Es ist eine Verschiedenheit der Ansichten zwischen einer Herzogl. Kreisdirection und einer der Staatsanwaltschaften über die Frage zu Unserer Kenntniß gebracht worden: von welcher Behörde die vor Einleitung des Strafverfahrens gegen einen Militairpflichtigen, wegen Versäumung seiner Militairpflicht vorzunehmende Untersuchung der körperlichen Dienstfähigkeit des Angeeschuldigten anzuordnen sei? — Wir wollen daher zur Beseitigung auch sonst etwa entstehender Zweifel allgemein hierdurch bestimmen, daß in Fällen dieser Art die Herzogl. Kreisdirectionen die Dienstfähigkeit untersuchen und feststellen zu lassen und das Resultat den Staatsanwaltschaften mitzutheilen haben, und sind den adhibirten Aerzten die vorgeschriebenen gewöhnlichen Diäten zu verwilligen.

### Höchstes Rescript vom 11. Mai 1858 an Herzogl. Obergericht.

Wilhelm, Herzog 2c. Der Bericht vom 3. d. Mts., wegen der Verwaltung des Vermögens ausgetretener Militairpflichtiger und der Deserteure, auf Veranlassung einer Anfrage Unsers Herzogl. Kriegscollegiums, ist Uns zugegangen und wollen Wir, in Beziehung auf die im Art. 36. des Reglements über die Militairstrafen enthaltene Vorschrift,

wonach das Vermögen der Deserteure durch die Amts- und Stadtgerichte für die öffentliche Casse zu verwalten ist,

hiedurch bestimmen, daß mit der Verwendung der Einkünfte dieses Vermögens in gleicher Weise verfahren werde, wie der §. 53 des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 21. Juli 1851 rücksichtlich des mit Beschlagnahme belegten Vermögens Ausgetretener vorschreibt.

Herzogl. Obergericht hat daher die betreffenden Gerichte hiernach mit Anweisung zu versehen und erfolgt das mit eingesandte Actenbest hiebei zurück.

### Ministerial-Commission.

**Bekanntmachung**, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betreffend, vom 11./21. Januar 1853. Nro. 2. S. 3.

**Bekanntmachung**, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betreffend. 17./23. Januar 1854. Nro. 7. S. 39.

**Bekanntmachung**, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betreffend. 5./13. Januar 1855.

**Bekanntmachung**, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betreffend. 15./24. Januar 1856. Nro. 2. S. 3.

**Bekanntmachung**, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betreffend, vom 6./15. Januar 1857. Nro. 3. S. 5.

**Bekanntmachung**, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betreffend. 12./22. Januar 1858. Nro. 8. S. 15.

**Bekanntmachung**, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betreffend. 7./13. Januar 1859. Nro. 2. S. 3.

## Münzwesen.

**Verordnung**, die Publication des zwischen den zum Zollverein gehörenden Staaten und dem Kaiserthume Oesterreich und dem Fürstenthume Lichtenstein abgeschlossenen Münzvertrags betreffend. 15. Mai 1857. Nro. 27. S. 65.

2. Juni

### Münzvertrag.

- Art. 1. Das Pfund, zu 500 Grammen, soll der Ausmünzung zur Grundlage dienen.
- Art. 2. Mit Festhaltung der reinen Silberwährung soll entweder der 30 Thalerfuß, oder der 45 Guldenfuß oder der 52½ Guldenfuß als Landesmünzfuß gelten.
- Art. 3. Bezeichnung der Gebiete, in denen einer der gedachten Münzfüße zur Anwendung kommen wird.
- Art. 4. Gleichstellung des Werthes der nach dem neuen Münzfüße ausgeprägten Münzen mit den gleichartigen nach dem frühern Münzfüße geprägten.
- Art. 5. Beschränkung der Ausmünzung in Theilstücken auf das nothwendige Bedürfniss.
- Art. 6. Auf genaue Innehaltung des Gehaltes und Gewichts der einzelnen Münzen soll die möglichste Sorgfalt verwendet werden.
- Art. 7. Bei Bestimmung des in Tausendtheilen auszudrückenden Feingehalts soll die Probe auf nassem Wege angewendet werden.
- Art. 8. Der Thaler soll zu  $\frac{1}{30}$  des Pfundes feinen Silbers mit dem Werthe von  $1\frac{1}{2}$  fl. österreichischer Währung und  $1\frac{1}{4}$  fl. süddeutscher Währung, das Zweithalerstück genau zu dem doppelten Werthe ausgeprägt werden. Diese Vereinsmünzen haben im ganzen Umfange der vertragenden Staaten unbeschränkte Gültigkeit gleich der eigenen Landesmünze.
- Art. 9. Die auf Grund der Münzconvention vom 30. Juli 1830 ausgeprägten Zweithaler- ( $3\frac{1}{2}$  fl.) Stücke und die nach dem 14 Thalerfüße ausgeprägten Einthalerstücke sollen unbeschränkte Gültigkeit gleich den eigenen Landesmünzen haben.
- Art. 10. Das Mischungsverhältniß der Vereinsmünzen wird auf 900 Tausendtheile Silber und 100 Tausendtheile Kupfer festgesetzt.  $13\frac{1}{2}$  doppelte oder 27 einfache Vereinsthalere machen ein Pfund. Feststellung des Gewichts und des Durchmesser und des Gepräges der Vereinsthalerstücke.
- Art. 11. Feststellung der Zahl der von jedem Staate auszuprägenden einfachen Thalerstücke.
- Art. 12. Prüfung der neu ausgegebenen Vereinsmünzen und Einziehung der fehlerhaft befundenen.
- Art. 13. Verpflichtung zur Nichterabsetzung des Werthes der eigenen groben Silbermünzen. Einziehung der durch Abnutzung im Werthe verminderten Münzen.

- Art. 14. Bestimmungen hinsichtlich der Scheidemünze.
- Art. 15. Verpflichtung zur Nichtherabsetzung des Werthes der Scheidemünzen und Einlösung der durch Abnützung im Werthe verminderten Münzen.
- Art. 16. Feststellung des Werthverhältnisses der Münzen des bisherigen Landesmünzfußes im Gebiete des künftigen 45 Guldenfußes.
- Art. 17. Ausschließung von durchlöchernten oder verfälschten Münzstücken.
- Art. 18. Vereinsmünzen in Golde unter der Benennung Krone und halbe Krone zu  $\frac{1}{50}$  und resp.  $\frac{1}{100}$  des Pfundes feinen Goldes.
- Art. 19. Mischungsverhältniß der Goldmünzen zu 900 Tausendtheile Gold und 100 Tausendtheile Kupfer. Feststellung des Durchmessers und Gepräges.
- Art. 20. Anwendung der Bestimmungen der Art. 6 und 12 auch auf die Vereinsgoldmünzen. Zu leichte in öffentliche Cassen gelangte Goldstücke dürfen nicht wieder ausgegeben werden.
- Art. 21. Bestimmungen über Feststellung des Kaufwerthes der Goldmünzen.
- Art. 22. Beschränkung des Rechts zur Ausgabe von Papiergeld mit Zwangscours.
- Art. 23. Feststellung der Gültigkeit der Bestimmungen der allgemeinen Münzconvention vom 30. Juli 1838 und der zwischen einzelnen Staaten getroffenen besondern Vereinbarungen.
- Art. 24. Gegenseitige Mittheilung der Gesetze, welche zur Regelung des Münzwesens von den einzelnen Staaten erlassen werden, und gegenseitige Mittheilung der im Laufe jeden Jahres stattgefundenen Ausmünzungen.
- Art. 25. Gültigkeit des mit dem Handels- und Zollvertrage vom 19. Februar 1853 abgeschlossenen Münzcartells.
- Art. 26. Beitritt anderer Staaten zu dem gegenwärtigen Münzvertrage.
- Art. 27. Die Dauer des Vertrags wird bis zum Schlusse des Jahres 1878 festgesetzt und eine stillschweigende Verlängerung vereinbart.
- Art. 28. Ratification des Vertrags.
- Gesetz**, die neue Münzverfassung betreffend. 15. Mai 1857. No. 28. S. 85.

2. Juni

- §. 1. Münzeinheit und deren Theilung.
- §. 2. Münzgewicht.
- §. 3. Münzwährung.
- §. 4. Gleichstellung mit den Münzen des Vierzebnthalerfußes.
- §. 5. Genaue Innehaltung des Landesmünzfußes.
- §. 6. Ausdruck des Feingehalts. Probe.
- §. 7. Vereinsthaler.
- §. 8. Mischungs-Verhältniß des Vereinsthalers.
- §. 9. Geltung des Vereinsthalers.
- §. 10. Geltung der alten Ein- und Zweithalerstücke.
- §. 11. Das Einsechsthalerstück. Courantmünzen.
- §. 12. Mischungs-Verhältniß der Einsechsthalerstücke.

- §. 13. Geltung der Einsechsthalerstücke.
  - §. 14. Scheidemünze.
  - §. 15. Münzfuß und Mischungsverhältniß der Groschen.
  - §. 16. Neuwerthverhältniß der Kupferpfennige.
  - §. 17. Geltung der Scheidemünzen.
  - §. 18. Annahme der Silbermünzen bei den öffentlichen Cassen.
  - §. 19. Vereins-Handelsmünzen. Kronen.
  - §. 20. Mischungsverhältniß der Kronen.
  - §. 21. Passirgewicht der Kronen.
  - §. 22. Genaue Innehaltung des Münzfußes.
  - §. 23. Geltung der Vereins-Goldmünzen.
  - §. 24. Behandlung zu leichter Vereins-Goldmünzen bei den Staatscassen, Geld- und Credit-Anstalten.
  - §. 25. Aeußere Form der Münzen.
  - §. 26. Die reine Silberwährung als Grundlage des Landesmünzfußes.
  - §. 27. Transitorische Bestimmungen.
  - §. 28. Alte Silber-Scheidemünze.
  - §. 29. Kupferpfennige.
  - §. 30. Zahlungsverbindlichkeiten nach Thaler Gold.
  - §. 31. Courant-Münze der Vereins-Staaten.
  - §. 32. Ausgabe von Banknoten über Gold.
  - §. 33. Aufhebung älterer Gesetze.
- Tabelle zur Umrechnung der Untergroschen und Pfennige in Groschen und Pfennige. S. 100.  
 Beschreibung der äußern Form der Münzen. S. 103.
- Verordnung**, die Einziehung der im Umlaufe befindlichen ältern Silber-Scheidemünzen betreffend. 26. April 1859. Nro. 16. S. 67.

#### 5. Mai

- §. 1. End-Termin der Zulassung im Verkehre.
- §. 2. Einwechselung der fraglichen Scheidemünzen.
- §. 3. Verbot der Ausgabe durch die öffentlichen Cassen.
- §. 4. Annahme bei der Münzcasse nach dem Endtermine.

## Polizei und Verwaltung.

- Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Großherzogl. Oldenburgischen Regierung zu dem Passkarten-Vereine betreffend. 6./15. September 1853. Nro. 52. S. 265.
- Verordnung**, die Publication des mit den Regierungen von Preußen, Sachsen, Hannover u. s. w. hinsichtlich der bei der Verpflegung erkrankter und der Beerdigung verstorbener Angehöriger der anderen contrahirenden Staaten gegenseitig anzuwendenden Grundsätze geschlossenen Vertrages betreffend. 12/25. November 1853. Nro. 64. S. 357.

- §. 1. Erkrankte oder verstorbene hülfsbedürftige Fremde sollen nach denselben Grundsätzen, wie bei eigenen Unterthanen, behandelt werden.
- §. 2. Ein Ersatz der Kosten wird aus öffentlichen Cassen der Heimath des Unterstützten nicht geleistet.
- §. 3. Die Ansprüche auf Ersatz aus dem eigenen Vermögen des Unterstützten oder aus den Mitteln privatrechtlich Verpflichteter bleibt vorbehalten.
- §. 4. Die Uebereinkunft tritt mit dem 1. Januar 1854 in Kraft und wird, wenn nicht 6 Monate vor dem Ablaufe der zunächst vereinbarten 3jährigen Dauer gekündigt wird, stillschweigend auf drei Jahre fortgesetzt.
- §. 5. Allen dem Vertrage noch nicht beigetretenen deutschen Bundesstaaten bleibt der Beitritt offen.

**Beschluss** des Herzogl. Obergerichts, die fortdauernde Gültigkeit der Declaration der Verordnung vom 28. December 1822 (Nro. 1 von 1823 das verbotene Tabakrauchen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen betreffend), vom 13. April 1844 betreffend. 15./29. Juli 1854. Nro. 39. S. 165.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, eine Ergänzung der Bekanntmachung wegen der Einführung russischer Rauchfangröhren vom 5. December 1836 betreffend. 3./16. Juli 1855. Nro. 37.

Bedingungen der Zulassung von Schieferbekleidung um sogenannte russische Schornstein- oder Rauchfangröhren.

**Polizei-Straf-Gesetzbuch** für das Herzogthum Braunschweig. 18. August 1855. Nr. 42.  
6. Septbr.

I. Titel. Allgemeiner Theil.

- A. Umfang des Polizei-Straf-Gesetzbuches §§. 1—7.
- B. Verfolgung der Polizei-Vergehen §§. 8—10.
- C. Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des Criminal-Gesetz-Buches §. 11.
- D. Von den Strafen §§. 12—29.
- E. Von der Pfändung §§. 30 u. 31.
- F. Bedingungen der Strafbarkeit §§. 32 u. 33.
- G. Versuch und Vorbereitung der Polizeivergehen §. 34.
- H. Von den Mitschuldigen und Mitverhafteten §§. 35 u. 36.
- I. Gründe der Strafzumessung und Strafherabsetzung §§. 37—41.
- K. Tilgung der Strafbarkeit §§. 42—45.

II. Titel. Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe.

- A. Störung der öffentlichen Ordnung §§. 46—50.
- B. Feiertagsordnung §. 51.
- C. Ungebühr in Bezug auf den öffentlichen Dienst §§. 52—56.
- D. Vernachlässigungen öffentlicher Verpflichtungen §§. 57—64.
- E. Vergehen in Ansehung des Personenstandes §§. 65—67.
- F. Aufnahme und Anmeldung Fremder und Einheimischer §§. 68—71.
- G. Obdachlosigkeit, Müßiggang, Bettelei, Landstreicherei, Trunkfälligkeit §§. 72—88.

- H. Deffentlicher Anschlag und Ausruf §§. 89 u. 90.
- I. Unerlaubte Sammlungen §§. 91.
- K. Unerlaubter Geschäftsbetrieb §§. 92—99.
- III. Titel. Vergehen gegen öffentliche Treue und Glauben.
  - A. Unwahrheit vor der Obrigkeit oder öffentlichen Beamten §§. 100—103.
  - B. Mißbrauch von Legitimationspapieren §. 104.
  - C. Vereitelung von Beschlagnahmen §. 105.
  - D. Vergehen in Bezug auf Maas und Gewicht §§. 106—114.
  - E. Vergehen in Bezug auf Münzen oder Stempel §. 115.
- IV. Titel. Vergehen wider Leben und Gesundheit.
  - A. Unbefugte Ausübung der Heilkunde §§. 116 u. 117.
  - B. Handel und Verkehr mit Arznei-Waaren, Farbwaaren und Giften §§. 118—124.
  - C. Verbreitung von Krankheiten unter Menschen oder Vieh §§. 125—135.
  - D. Vergehen an Leichen und in Bezug auf deren Beerdigung §§. 136—139.
  - E. Vergehen bezüglich der Beischarrung crepirten Viehes §§. 140 u. 141.
  - F. Vorkehrungen gegen äußere Unglücksfälle
    - a. durch Thiere §§. 142—144.
    - b. durch gefährliche Anlagen §§. 145—147.
    - c. durch gefährliche Handlungen §§. 148—160.
- V. Titel. Vergehen wider die Sitten.
  - A. Concubinat, Liederlichkeit, Verlegung der Schamhaftigkeit §§. 161—163.
  - B. Gaukeleien §. 164.
  - C. Glücksspiele und Auspielen von Sachen §§. 165—172.
  - D. Thierquälerei und dergleichen §§. 173—175.
  - E. Befudelung von Bauwerken §. 176.
- VI. Titel. Vergehen gegen die häusliche Ordnung.
  - A. Vergehen der Diensthoten §§. 177—183.
  - B. Vergehen der Dienstherrschaften §§. 184—186.
  - C. Vergehen der Gesindemaster §. 187.
- VII. Titel. Vergehen gegen die gewerbliche Ordnung.
  - A. Vergehen gegen die Vorschriften über den gildemäßigen Gewerbebetrieb §§. 188—210.
  - B. Beschäftigung von Kindern in den Fabriken §. 211.
  - C. Belohnung der Arbeiter mit Waaren §. 212.
  - D. Nichtbeachtung festgestellter Taxen §§. 213—215.
  - E. An- und Verlegung der Betriebstätten einzelner Gewerbe §§. 216—220.
  - F. Sonstige Vergehen bei Ausübung einzelner Gewerbe §§. 221—237.
- VIII. Titel. Vergehen gegen bau- und feuerpolizeiliche Vorschriften.
  - A. Baupolizei §§. 238—244.
  - B. Feuerpolizei §§. 245—251.
  - C. Brandversicherungswesen §§. 252—254.
- IX. Titel. Vergehen gegen wege- und straßenpolizeiliche Vorschriften §§. 255—267.



X. Titel. Vergehen an Stau-Anlagen und öffentlichen Gewässern §§. 268—272.

XI. Titel. Vergehen gegen die Feldpolizei oder durch sonstige Beeinträchtigung fremden Eigenthums.

A. Beschädigungen von Anpflanzungen §§. 273—275.

B. Hütungsfrevel §§. 276—286.

C. Widerrechtliche Betretung fremder Grundstücke §§. 287 u. 288.

D. Eigenmächtige Grenzveränderung §§. 289—291.

E. Sonstige Ungebühr an fremden Grundstücken §§. 292—300.

F. Erschwerungsgründe bei vorstehenden Freveln §. 301.

G. Beeinträchtigungen durch Culturveränderungen oder vorzeitiges Umpflügen. §§. 302 und 303.

H. Vertilgung der Bucherblumen §. 304.

I. Felddaubenhalten §. 305.

K. Vergehen der Flurpolizei-Officianten §§. 306 u. 307.

L. Erwerb entfremdeter oder gefundener Sachen §§. 308—311.

M. Sonstige Beeinträchtigungen fremder Rechte §§. 312—314.

XII. Titel. Transitorische Bestimmungen §§. 315—318.

**Bekanntmachung** wegen Ergänzung des §. 51 des Polizei-Straf-Gesetzbuches vom 18. August 1855, die Feiertagsordnung betreffend, in Beziehung auf die Stadt Braunschweig. 15./22. September 1855. No. 43.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, eine Abänderung der Bekanntmachung wegen der Einführung russischer Rauchfangröhren vom 5. December 1836 betreffend. 27. Februar 1857. No. 15. S. 37.

5. März

Bei der Aufmauerung der Wangen der so genannten russischen Rauchfangröhren, sowie der Zungen zwischen denselben, dürfen Lehmsteine in Zukunft nicht mehr angewandt werden.

**Verordnung**, die Ausstellung amtlicher Bescheinigungen über das in hiesigen Landen erfolgte Ableben von Ausländern betreffend. 1./17. Juni 1858. No. 37. S. 159.

Verfahren bei Ausstellung von Bescheinigungen bei Absterben fremder Unterthanen ohne Hinterlassung hiesländischer Leibeserben.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Regierung der Landgraffschaft Hessen-Homburg zu dem Passkartenvereine betreffend. 17./26. Februar 1859. No. 5. S. 9.

**Verordnung**, den Erlass einer Instruction für die Anlegung und Prüfung von Dampfkesseln betreffend. 17. März 1859. No. 13. S. 39.

Instruction. 2. April

§. 1. Polizeiliche Erlaubniß zur Anlegung neuer oder wesentlichen Veränderung bereits gebrachter Dampfkessel.

§. 2. Lage des Kessels.

- §. 3. Wände des Kesselraumes.
- §. 4. Material und Wandstärke der Kessel.
- §. 5. Normaler Wasserstand.
- §. 6. Wasserstandsapparate.
- §. 7. Speisevorrichtung.
- §. 8. Sicherheitsventil.
- §. 9. Manometer.
- §. 10. Absperrung des Zuges.
- §. 11. Sicherheitsrohr bei Kesseln mit schwacher Dampfspannung.
- §. 12. Erforderliche Zeichnungen und Beschreibungen.
- §. 13. Prüfung vor der Einmauerung.
- §. 14. Revision nach der Einmauerung.
- §. 15. Gleichzeitige Prüfung und Revision.
- §. 16. Nachträgliche Revision der bereits bestehenden Dampfessel-Anlagen.
- §. 17. Revisionen der im Betriebe befindlichen Kessel.
- §. 18. Verfahren bei Gefahr drohenden Uebelständen.
- §. 19. Verfahren bei Explosionen.
- §. 20. Sachverständige.
- §. 21. Tragung der Kosten.
- §. 22. Betrag der Kosten.
- §. 23. Liquidationsverfahren.

Anlagen A. B. u. C.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung zu dem Passartenvereine betreffend. 13/22. November 1859. Nro. 42. S. 173.

### Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 23. Januar 1853.

Wir veranlassen Herzogl. Kreisdirection, streng darauf zu halten, daß

1. in den Geschäftszimmern, zu welchen das Publikum Zutritt hat,
  2. in den Wartezimmern, auf den Vorplätzen und den übrigen dem Publikum zugänglichen Räumen der Gebäude, in welchen sich die Geschäftslocale befinden,
- das Tabacksräuchen unterbleibe,

auch an die untergeordneten Polizeibehörden die nöthige Anweisung zur Beobachtung obiger Vorschriften zu erlassen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 3. Februar 1853

an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg.

Der Bericht vom 18. v. Mts., die Beschwerde des Commandeurs des Polizeimilitärs, Majors Küsters hieselbst, über die Herzogl. Kreisdirection, wegen verweigerter Transportkosten

für die Henriette S. aus W. betreffend, ist Uns zugegangen und eröffnen Wir der Herzogl. Kreisdirection in dieser Beziehung Folgendes:

Wenn der Transport eines aus der Strafanstalt entlassenen Verbrechers in seine Heimath von der Direction der Strafanstalt für erforderlich gehalten wird, so muß das Polizeimilitair einer delfallfigen Requisition Folge leisten. Wird nun unterwegs eine Fuhr für den Transportaten nothwendig, so sind die Ausgaben dafür in Gemäßheit des unterm 27. Juni 1821 an die Herzogl. Cammer erlassenen Rescripts (Bege Repert. I. S. 371) als Landespolizeikosten zu betrachten und von den Kreisdirectionen zu bewilligen resp. aus deren Bureaukostenfonds zu bestreiten.

Was die Aufnahme der Transportaten in die polizeiliche Gefängnißhaft anlangt, so gehört dieselbe zunächst allerdings nicht zum Ressort der Herzogl. Kreisdirectionen. Vielmehr wird sich in dieser Beziehung der Transportant, auf Grundlage der an ihn ergangenen Requisition resp. des in Folge der Requisition ergangenen Befehls, an das betreffende Amtsgericht resp. wo es, wie in Hessen, an einem solchen fehlt, an den dessen Stelle vertretenden Polizeibeamten zu wenden haben, da diesen Behörden die nächste Aufsicht über die Gefängnisse zusteht.

Wir weisen Herzogl. Kreisdirection hiermit an, sich hiernach in dem vorliegenden und in künftigen Fällen zu achten.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 14. Februar 1853  
an den Major Küster zu Braunschweig.

Wir theilen Ihnen hiebei einen an Uns von dem Ober-Staatsanwalt unterm 9. d. Mts. erstatteten Bericht, die Ablieferung von Sträflingen an die Landesstrafanstalten und von Corrigenden an die Besserungsanstalten zu Bevern durch das Polizei-Militair betreffend, in Abschrift mit und weisen Sie, der darin entwickelten Ansicht beitreten, an, von dem gestellten Verlangen, daß in den Transportzetteln bemerkt werde, daß der mit der vorgeschriebenen Kleidung nicht versehene Transportat in den gedachten Anstalten unter Vorbehalte der Kostenersstattung, die nöthigen Kleidungsstücke empfangen werde, abzustehen und dieserhalb das Erforderliche an die Commandeurs der Polizeimilitair-Stationen zu erlassen.

Circularrescript Herzogl. Staatsministerii vom 29. April 1853  
an die Herzogl. Kreisdirectionen.

Nachdem die durch das Circularrescript vom 5. Juli v. Jrs. geforderten Berichte der Herzogl. Kreisdirectionen über das Verfahren bei der Ertheilung und Visirung von Reiselegitimationspapieren, sowie bei der administrativen Behandlung von Vagabunden erstattet worden sind und Wir die einschlagenden Fragen nochmals genau erwogen haben, so wollen Wir nunmehr, zur Erreichung einer wünschenswerthen Gleichmäßigkeit im Verfahren, so weit dieselbe nach den Verhältnissen thunlich erscheint, folgende Bestimmungen treffen. Im Allgemeinen ist nach dem Grundsatz zu verfahren, daß sowohl die Ertheilung und die Visirung von Reiselegitimationspapieren, als auch die im administrativen Wege zu treffenden Verfügungen über die

Vagabunden — weil beide Geschäfte wesentlich dem Bereiche der Landespolizei angehören — den mit der Verwaltung der Landespolizei beauftragten Behörden, also den Herzogl. Kreisdirectionen und der hiesigen Herzogl. Polizei-Direction, obliegt. Da jedoch, dem Bedürfnisse entsprechende, besondere Modificationen dieses allgemeinen Grundsatzes erforderlich sind, so wollen Wir:

#### I. In Betreff der Reiselegitimationspapiere

1. die Verwalter der Ortspolizei in den Städten, mit Einschluss von Eschershausen, mit der Ertheilung von Pässen und Wanderbüchern an Bewohner des Gemeindebezirks, sowie allgemein mit der Visirung der Pässe und Wanderbücher beauftragen. Dieselben haben die vorschriftsmäßigen Register über diesen Geschäftszweig zu führen, die üblichen Gebühren zu erheben und solche am Schlusse eines jeden Jahrs nebst einem Auszuge aus dem Register an die Herzogl. Kreisdirectionen, behuf Vereinnahmung in deren Büreaufkostenrechnung, einzusenden.

2. Die Secretaire resp. deren Stellvertreter, bei denjenigen Herzogl. Amtsgerichten, welche sich nicht in den Kreishauptorten befinden, ferner die Bürgermeister der Flecken Calvörde und Borsfelde haben

a. die Anträge der Amtseingewesenen, resp. deren Fleckeneinwohner, auf Ertheilung von Pässen und Wanderbüchern, sowie die zur Ausfertigung der Legitimationspapiere erforderlichen Signalements und Notizen zu Protocoll zu nehmen, an die Herzogl. Kreisdirectionen — in irgend bedenklichen Fällen mit Bericht über die Persönlichkeit der Antragsteller — einzusenden, demnächst mit Ausbändigung der Reiselegitimationspapiere zu verfahren, die vorschriftsmäßigen Passregister zu führen, die üblichen Gebühren zu erheben und dieselben am Schlusse eines jeden Jahrs, nebst einem Auszuge aus dem Register an die Herzogl. Kreisdirection behuf Vereinnahmung in deren Büreaufkostenrechnung gelangen zu lassen;

b. allgemein die Visirung der Pässe und Wanderbücher zu besorgen.

3. Durch die vorstehenden Bestimmungen werden die hinsichtlich der Ertheilung von Passarten getroffenen Anordnungen nicht verändert, vielmehr hat es hinsichtlich derselben bei den bestehenden Anordnungen sein ferneres Bewenden.

(Für die Herzogl. Kreisdirection Braunschweig.)

4. Da bei der entfernten Lage des Amtsgerichts Ledinghausen der Anforderung von Reisepässen für die dortigen Einwohner in eiligen Fällen oft nicht zeitig genug würde entsprochen werden können, so wollen Wir dem jetzigen Vorstehenden des dortigen Amts Rathes und bei längerer Abwesenheit desselben, dessen Stellvertreter, die Ertheilung von Reisepässen in eiligen und zugleich unbedenklichen Fällen dergestalt bis auf Weiteres übertragen, dass derselbe, welchem zu diesem Zwecke Planquets, mit der Unterschrift des Kreisdirectors versehen, zu behändigen sind, von einer jeden solchen Passertheilung die Herzogl. Kreisdirection sofort zu benachrichtigen, in irgend bedenklichen Fällen aber die Entscheidung dieser Behörde über die Statthaftigkeit der Passertheilung zu veranlassen und übrigens mit Führung des Passregisters, sowie mit Erhebung und Ablieferung der Gebühren nach Raabgabe der unter 1 und 2 getroffenen Bestimmungen zu verfahren haben soll.

Herzogliche Kreisdirection hat hiernach dem Vorstehenden des Amts Rathes resp. dessen Stellvertreter, das Erforderliche zu eröffnen. In den bisherigen Ressortverhältnissen der hiesigen Herzogl. Polizei-Direction tritt keine Veränderung ein.

(Für die Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel.)

5. Der dem Polizeisecretair Krüger zu Hesse mittelst Rescripts vom 3. April 1851 ertheilte Auftrag bleibt unverändert bestehen.

#### H. In Betreff der Vagabunden.

A. Die Verwalter der Ortspolizei in den Städten mit Einschluss von Eschershausen, haben die Beschaffung fremder in ihrem Gemeindebezirke betroffener Vagabunden in der Regel zu besorgen, und nur in den Fällen, wenn hierzu ein sofort zu ertheilendes Zwangsvisa oder ein Zwangspass nicht genügt, sondern eine Correspondenz mit einheimischen oder fremden Behörden erforderlich wird, das betreffende Individuum an die Herzogl. Kreisdirection abzugeben.

Die in den Amtsbezirken außerhalb der Städte betroffenen Vagabunden sind an den Orten, wo der Sitz einer Kreisdirection nicht sich befindet, von den Amtsgerichtssecretairen oder deren Vertretern, in der Eigenschaft als Hüfsbeamte der Herzogl. Kreisdirection, auf obige Weise wegzuschaffen und wird diesen Beamten die Befugniss zur Ausstellung von Zwangsvisa und Zwangspässen zu diesem Zwecke ertheilt.

B. Wenn ein gerichtliches Verfahren Statt gefunden hat, so haben nach Beendigung desselben die Amts- resp. Stadtgerichte die Vagabunden zum weitem Verfahren abzugeben:

1. in den Orten, wo sich eine Stadtpolizeibehörde und der Sitz einer Kreisdirection befindet:

a. falls der Vagabund der Stadt selbst angehört oder im Stadtbezirke betroffen ist, an die Stadtpolizeibehörde,

b. falls derselbe dem Landgebiete des Kreises angehört oder doch in demselben, ohne ihm anzugehören, betroffen ist, an die Herzogl. Kreisdirection,

2. in den Orten, wo sich eine Stadtpolizeibehörde, nicht aber der Sitz einer Herzogl. Kreisdirection befindet, an die Stadtpolizeibehörde, welche dann hier, wie in den geeigneten Fällen sub 1 a. nach den unter A. gegebenen Vorschriften zu verfahren, in allen Fällen aber, wenn der Vagabund dem Landgebiete des Kreises angehört, der Herzogl. Kreisdirection von dem Vorgekommenen zu den bei derselben zu führenden Personalacten Anzeige zu machen hat;

3. in den Orten, wo sich weder eine Stadtpolizeibehörde noch der Sitz einer Herzogl. Kreisdirection befindet, an die Amtsgerichtssecretaire, resp. deren Stellvertreter, von denen dann dem sub A. Vorgescribenen gemäß zu verfahren ist.

In den Amtsgerichtsbezirken Thedinghausen, Harzburg, Calvörde und Walkenried sind jedoch wegen deren entfernter Lage, die Vagabunden, wenn deren Fortschaffung nicht sofort geschehen kann, nicht Herzogl. Kreisdirection zu übersenden, sondern einstweilen in Verwahrung zu behalten und ist schleunigst an Herzogl. Kreisdirection behuf Einholung der weitem Anweisung Bericht zu erstatten.

Die Herzogl. Kreisdirectionen haben diesem gemäß zu verfahren, auch die betreffenden Polizeibeamten mit Anweisung zu versehen, im besondern auch dahin, dass der wünschenswerthen Gleichmäßigkeit in der Geschäftsbehandlung wegen, die bei hiesiger Herzogl. Polizei-Direction gebräuchlichen Passregisterformulare anzuwenden seien.

An die Herzogl. Ämter resp. Stadtgerichte werden Wir das Nöthige gleichfalls hienüber erlassen.

Die früher von Uns getroffenen Verfügungen über die oben behandelten Gegenstände sind, insoweit sie mit den gegenwärtigen Bestimmungen nicht übereinstimmen, aufgehoben.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 28. März 1853

an den Ober-Staatsanwalt.

Da das seit dem 1. October 1846 für das Königreich Hannover zur Förderung der öffentlichen Sicherheitspflege unter Redaction der Königl. Polizei-Direction zu Hannover wöchentlich in 2 Nummern erscheinende „Polizeiblatt“ mit welchem monatlich auch ein Verzeichniß der angehaltenen Bagabunden ausgegeben wird, sich dort als sehr zweckmäßig bewährt hat, so haben Wir Uns veranlaßt gesehen, eine Einrichtung zu ermitteln, wonach in dasselbe fernerhin auch die von den Gerichts- und Polizeibehörden des Herzogthums zu erlassenden, die öffentliche Sicherheitspflege betreffenden Bekanntmachungen Aufnahme finden sollen und wonach das Blatt künftighin auch den hiesigen Behörden und Landespolizeibeamten zugehen wird.

Jede Nummer des Blattes wird der Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft direct von der Königl. Polizei-Direction zu Hannover zugesendet werden, und ist dafür Sorge zu tragen, daß solche den betreffenden Beamten und so weit es erforderlich, den Unterbedienten der Behörde, bei den Herzogl. Amtsgerichten aber insbesondere den dort mit der Besorgung polizeilicher Geschäfte beauftragten Secrétaire- oder sonstigen Hilfsbeamten und dem Amtsvoigte zur schleunigen Einsicht mitgetheilt resp. den Polizeimilitäirstationen ausgehändigt werde.

Dem Oberstaatsanwälte lassen Wir hierneben Abschrift des Verzeichnisses derjenigen Herzogl. Behörden und Beamten, für welche das Hannoversche Polizeiblatt gehalten werden soll, nebst Angabe der Zahl der Exemplare zur Nachricht resp. Nachachtung zufertigen.

Für die sorgfältige Aufbewahrung des Blattes ist zu sorgen, zu welchem Ende dasselbe jahrgangsweise zu heften oder zu binden und in das bezügliche Inventarium einzutragen ist.

Da das Blatt ausschließlich zur Benützung der öffentlichen Behörden und Beamten bestimmt ist, der Einsicht des Publikums aber nicht zugänglich sein darf, wie denn die Redaction keine Gewähr dafür leistet, wenn durch nichtamtlichen Gebrauch Verwickelungen oder Reclamationen entstehen sollten, so wird denjenigen Beamten und Officianten, welchen nach dem Obigen die Einsicht des Blattes eröffnet ist, zur strengsten Pflicht gemacht, dasselbe oder dessen Inhalt zur Kenntniß anderer Personen nicht zu bringen und haben die Behörden und der Commandeur des Polizeimilitäirs ihre Untergebenen danach anzuweisen, resp. den Beamten, welchen sie das Blatt mitzutheilen oder Einsicht desselben zu verschaffen haben, solches zu eröffnen.

Sollte eine Nummer des Polizeiblattes oder der dazugehörigen Verzeichnisse nicht angelangt oder verloren gegangen sein, so ist davon der Herzogl. Staatsanwaltschaft des Kreises resp. dem Commandeur des Herzogl. Polizeimilitäirs, von diesen aber und den Herzogl. Kreisdirectionen, sowie der Herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig, der Königl. Polizei-Direction zu Hannover und zwar spätestens binnen 14 Tagen, zur Ergänzung des Blattes Anzeige zu machen. Zu sonstigen Zwecken können einzelne Nummern des Blattes nicht verabsolgt werden.

Wegen der Benützung des Polizeiblattes zur Aufnahme der, von den Herzogl. Gerichts- und Polizeibehörden zu erlassenden, die öffentliche Sicherheitspflege betreffenden Bekanntmachungen sind nachstehende Anordnungen zu beachten:

1. Das Polizeiblatt ist für nachstehende Bekanntmachungen bestimmt:

- a. Steckbriefe über nicht verhaftet gewesene oder entwundene Personen, einschließlich der aus den Strafanstalten Entwichenen,
- b. Aufforderungen an die Polizeibehörden, solchen Personen, deren Aufenthalt ungewiss ist, das Erscheinen aufzugeben oder deren Herbeischaffung mittelst Zwangspasses oder Zwangsvisas zu bewirken,
- c. Beschreibung von verhafteten oder unter polizeiliche Aufsicht gestellter Personen, deren nähere Verhältnisse zu ermitteln sind,
- d. Bekanntmachungen über die verfügte polizeiliche Beaufsichtigung gemeinschädlicher oder gefährlicher Personen,
- e. Beschreibungen verschwundener Personen, sofern deren Verschwinden ein an denselben begangenes Verbrechen vermuthen läßt,
- f. Beschreibungen gefundenen Leichen von unbekannten Personen,
- g. Beschreibungen angehaltener verdächtiger Sachen,
- h. Bekanntmachungen von Verbrechen oder Vergehen, deren Thäter unbekannt sind.  
(Hiervon ausgeschlossen sind einfache Diebstähle, Unterschlagungen, Betrügereien und Beschädigungen des Eigenthums, wenn der Werth des Gegenstandes nicht über 15 Thlr. beträgt. Die Aufnahme derartiger in der Regel ausgeschlossener Anzeigen ist jedoch aus besonderen, der Redaction mitzutheilenden Gründen ausnahmsweise namentlich dann gestattet, wenn gegen einen Rückfälligen ein Verdacht vorliegt, der nicht dringend genug ist, um denselben steckbrieflich zu verfolgen.)
- i. Prämien-Auslobungen von mehr als 20 Thlrn.,
- k. Anzeige über in Vollzug gesetzte schwere oder nach Vorschrift der erkennenden Behörde, bekannt zu machende Strafen (§. 24 des Criminalgesetzbuches),
- l. Bekanntmachungen über entwundene, verlorene oder erschlichene Pässe, Wanderbücher, Legitimationscheine und Passkarten,
- m. Bekanntmachungen über vorgekommene falsche Reisepapiere, wenn das Vorhandensein ähnlicher oder eine Wiederholung sich vermuthen läßt,
- n. Bekanntmachungen über entwundene, verlorene oder aufgefundenen Gerichts- oder Polizei-Siegel.

2. Hier Orts zu erlassende Bekanntmachungen der vorgedachten Art sind künftighin der königlichen Polizei-Direction zu Hannover zur Insertion in das Polizeiblatt zuzusenden. Bei der Zusendung ist auf der Adresse neben dem gewöhnlichen Vermerke als herrschaftliche Dienstsache und der Angabe der absendenden Behörde der Inhalt durch Hinzufügung des Wortes „Polizeiblatt“ zu bezeichnen.

3. Ob neben der Insertion der Bekanntmachung in dem Polizeiblatte deren Aufnahme in die hiesigen Anzeigen gleichfalls verfügt werden solle oder müsse, wird in dem einzelnen Falle von den sonst bestehenden Vorschriften und von der Erwägung der in Betracht kommenden Umstände abhängen. Solche Aufnahme ist jedoch jedenfalls dann zu unterlassen, wenn die Bekanntmachung zur Publication in einem auch dem größern Publicum zugänglichen Blatte sich überhaupt nicht eignet, oder aus der Publication in solchem Blatte eine Vereitelung des mit der Bekanntmachung beabsichtigten Zweckes zu besorgen ist.

4. Wegen der in den betreffenden Fällen zu ergreifenden sonstigen Maaßregeln, als directe Requisition benachbarter Behörden und Polizeistellen; Erlass von Anschlägen zc. behält es bei dem bisherigen Verfahren sein Bewenden und eben so wegen des Erlasses von Bekanntmachungen, für deren Aufnahme das Polizeiblatt nicht bestimmt ist.
5. Sobald irgend eine Bekanntmachung u. s. w., welche in das Polizeiblatt aufgenommen ist, ihre Erledigung findet, hat die betreffende Behörde solches sofort der Redaction des Polizeiblattes zur Aufnahme einer entsprechenden Bekanntmachung mitzutheilen und zwar unter Hinzufügung der näheren Umstände, insofern deren Bekanntwerden für andere Polizeibehörden von Interesse sein kann.
6. Auch haben andere Behörden als diejenige, welche die Bekanntmachung erlassen hat, sobald sie auf letztere bezügliche Thatfachen ermitteln, deren Kenntniß Seitens anderer Gerichts- oder Polizei-Stellen für die Erreichung des mit der Bekanntmachung beabsichtigten Zweckes von Wichtigkeit werden kann, solche der Redaction des Polizeiblattes zur Publication schleunigst zugehen zu lassen.
7. Wie ferner das Polizeiblatt bei seiner allgemeinen Tendenz und bei seiner ausschließlichen Benützung durch Gerichts- und Polizei-Beamte nicht nur zur Aufnahme der oben unter 1. a bis n. erwähnten speciellen Bekanntmachungen, sondern auch zur Mittheilung allgemein wichtiger, die Sicherheitspflege fördernder Wahrnehmungen bestimmt ist, so werden die betreffenden Behörden angewiesen, auf die Benützung des Blattes in solcher Beziehung ihr Augenmerk zu richten und vorkommenden Falls derartige Notizen der Redaction zur Publication mitzutheilen.
8. Neben dem Polizeiblatte erscheint monatlich als Zugabe ein Verzeichniß der im Königreiche Hannover angehaltenen Vagabunden und da es zweckmäßig ist, die Anstellung und Publication solcher Verzeichnisse auch rücksichtlich der im Herzogthume Braunschweig angehaltenen Vagabunden einzuführen, so werden die Herzogl. Staatsanwaltschaften und Kreisdirectionen angewiesen, ein Verzeichniß der auf Antrag der öffentlichen Ankläger bestraften resp. bei den Polizeistellen jedes Kreises angehaltenen und mittelst Zwangsvisums oder Transportes in die Heimath verwiesenen Vagabunden monatlich aufzustellen und solches spätestens bis zum 27. jeden Monats (im Februar bis zum 24.) der Herzoglichen Polizei-Direction Braunschweig zugehen zu lassen, von welcher Behörde dann die erhaltenen Mittheilungen unter Hinzufügung der dort angehaltenen Vagabunden in ein General-Verzeichniß zu bringen und bis zum Schlusse des Monats der Redaction des Polizeiblattes zur Mitaufnahme in die Beilage des Blattes zuzusenden ist. Insofern im Laufe eines Monats die Bestrafung oder Anhaltung eines Vagabunden innerhalb des Kreises nicht vorgekommen ist, ist der Herzogl. Polizei-Direction bis zum gedachten Tage hiervon Mittheilung zu machen.
9. Nach den wegen Herausgabe des Blattes bestehenden Anordnungen ist die Redaction an die von der einsendenden Behörde gewählte Form der Bekanntmachung nicht gebunden. Auch ist dieselbe befugt, Anträge auf Bekanntmachungen, welche zur Aufnahme in das Polizeiblatt sich nicht eignen, zurückzuweisen.

Demgemäß sind zur Erleichterung der Redaction die dort üblich gewordenen, aus



den nächsten Exemplaren des Polizeiblattes leicht zu ersiehenden Formen der verschiedenen Publicationen bei den, der Redaction zuzusendenden Mittheilungen thunlichst zu beachten, auch alle unwesentlichen, sich von selbst verstehenden Bemerkungen hinwegzulassen, wie z. B. Aufforderungen, dass auf den Verfolgten zu achten, derselbe an die bekanntmachende Behörde abzuliefern, dass auf die gestohlenen Sachen zu achten sei etc.

Um der Redaction etwaige Fassungsveränderungen zu erleichtern, sind die dorthin zu sendenden Mittheilungen stets auf gebrochenem Bogen mundiren zu lassen.

10. Dagegen sind die Mittheilungen in den wesentlichen Punkten möglichst vollständig zu geben, mithin ist bei allen Personal-Beschreibungen auf die genaue Angabe etwa vorhandener besonderer Kennzeichen Bedacht zu nehmen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 31. Mai 1853  
an Herzogl. Kreisdirection Helmstedt.

Unter den in dem Berichte vom 20. d. Mts. vorgetragenen Umständen wollen Wir die Bestimmungen unter I. 2 a und b. des Circularrescripts vom 29. v. Mts., das Passwesen etc. betreffend, dahin abändern, dass

1. in dem Flecken Borsfelde der Secretair des dortigen Herzogl. Amtsgerichts auch die dem Bürgermeister an gedachter Stelle zugewiesenen Geschäfte und
2. in dem Flecken Calvörde der als Secretair fungirende Registrator des dortigen Herzogl. Amtsgerichts auch die dem dortigen Bürgermeister an gedachter Stelle übertragene Visirung der Pässe und Wanderbücher zu besorgen haben soll.

Herzogl. Kreisdirection hat demgemäß weiter zu verfahren, und wird an die Herzogl. Amtsgerichte Borsfelde und Calvörde das Erforderliche gleichfalls hieneben erlassen werden.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 22. Januar 1853  
an den Ober-Staatsanwalt.

Wir haben über Ihren Bericht vom 10. December v. J., die Beschwerde des Rothfassen Friedrich Beddies zu Broisdorf, wegen ungesetzlicher Verhaftung auf Verfügung der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel betreffend, den Bericht dieser Behörde eingezogen und eröffnen Ihnen, dass Wir nach Inhalt desselben keine Veranlassung finden, disciplinarisch gegen die genannte Herzogl. Kreisdirection einzuschreiten. Da das Verfahren derselben, welches durch die gegen den etc. Beddies vorgekommenen Thatsachen genügend motivirt erscheint, im Allgemeinen von Ihnen nicht angegriffen, sondern nur insofern für nicht gerechtfertigt gehalten wird, als sie den Gemeindevorsteher mit der Vollziehung ihres Befehls beauftragt hat, so würde es sich fragen: ob die Herzogl. Kreisdirection zu einer solchen Beauftragung befugt gewesen sei? — Da nun die Gemeindevorsteher nach §. 70 Nr. 1 der Landgemeinde-Ordnung auch verpflichtet und befugt sind, Aufträge und Anweisungen in allgemeinen Landesangelegenheiten auszuführen, um so mehr also, wenn dieselben Gegenstände der Ortspolizei betreffen, es auch nicht

zu bezweifeln ist, dass gerade in Fällen der vorliegenden Art wirksam und zweckmäßig nur von den Ortspolizeibeamten gehandelt werden kann: so muss diese Frage bejahet werden. Wenn daher der Herzogl. Kreisdirection ein Vorwurf zu machen ist, so kann derselbe nur darin liegen, dass sie in dieser, eigentlich zur Handhabung der Ortspolizei gehörigen Angelegenheit sofort das höchste Maass der von ihr als Zwangsmittel anzuwendenden Gefängnisstrafe verfügt hat, indem die Androhung einer 24stündigen Gefängnisstrafe nach Beschaffenheit der Sache angemessener gewesen wäre, und haben Wir dieses der Herzogl. Kreisdirection zu erkennen gegeben. Wir weisen Sie an, aus diesen Gründen den 2c. Beddies auf seine hierbei wieder angeschlossene Beschwerde abschlägig zu bescheiden.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 9. Februar 1856.

Unter den in dem Berichte vom 30. v. Mts. angeführten Umständen wollen Wir genehmigen, dass die Vorstellung des Schullehrers S. zu B. in Betreff der Regulirung der Baupläze für die daselbst abgebrannten Gehöfte als unbegründet zurückgewiesen werde.

Was sodann die von Herzogl. Kreisdirection hinsichtlich des Schätzungsverfahrens aufgeworfene Frage anlangt, so ist im §. 3 der Feuerordnung für die Landgemeinden nur bestimmt, dass nach Anleitung der Verordnung vom 26. März 1823, über die Abtretung der zum Chausseebau benötigten Grundstücke, zu verfahren sei, wodurch also nicht ausgeschlossen wird, dass der Staatsbehörde die Befugniß zusteht, die lediglich „anleitenden“ gesetzlichen Vorschriften, bei ihrer Anwendung mit den entgegenstrebenden Verhältnissen des einzelnen Falles in Einklang zu setzen. In Fällen der vorliegenden Art kann aber nicht die das fiskalische Interesse vertretende Wegebaubehörde — jetzt Herzogl. Baudirection — sondern muss die bei der Expropriation betheiligte Gemeindebehörde, welche nach Vorschrift der Feuerordnung die Entschädigung zu leisten hat, zur Auswahl des einen Achtmanns für befugt erachtet werden.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 16. April 1856.

Wir erwidern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 14. October 1854 über das Verfahren hinsichtlich der Arrestanlagen auf Gehalte oder Pensionen der Staatsdiener bei administrativen Executionen, dass in Fällen der fraglichen Art die für die Executionsverfügung zuständige Herzogl. Kreisdirection auch die Executionsvollstreckung, ohne Dazwischenkunft der hiesigen Herzogl. Kreisdirection und der Gerichte, jedoch bei activen oder bei pensionirten Staatsdienern zweiter Classe, nach vorschriftsmässiger Einholung Unserer Genehmigung, selbstständig zu vermitteln und zu diesem Ende diejenige Behörde, welche der den Gehalt oder die Pension zahlenden Casse vorgefetzt ist, um Einbehaltung der Gehalts- oder Pensionsquote zu ersuchen hat.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 13. März 1857  
an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg.

Auf den Bericht vom 25. Septbr. d. Jrs., wegen der Weigerung des Königl. Hanooverschen Amts Bremervörde, einen aus der Arbeit getretenen Arbeiter seinem Dienstherrn wie-

der zuzuführen zu lassen, haben wir seiner Zeit ein, den darin vorgetragenen Ansichten entsprechendes, Schreiben an das Königl. Hannöversche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet. Es ist Uns jedoch darauf dasjenige, Unsere Anträge ablehnende, Antwortschreiben vom 7. d. Mts. zugegangen, welches Wir der Herzogl. Kreisdirection abschriftlich zur Nachricht und mit der Anweisung hiebei mittheilen, auch diesseits, den Königl. Hannöverschen Behörden gegenüber nach gleichen Grundsätzen zu verfahren.

### Schreiben des Königl. Hannöverschen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten vom 7. März 1857.

Wir beehren Uns dem Herzogl. Braunsch. Lüneburg. Hochlöblichen Staatsministerium auf die gefällige Zuschrift vom 30. Septbr. v. Jrs. in Betreff der Weigerung des diesseitigen Amts Bremervörde, einen aus der Arbeit getretenen Glasmachergehilfen seinem Dienstherrn wieder zuzuführen, ergebenst zu erwiedern, dass Wir zwar die an den Tag gelegte Bereitwilligkeit, die gegenseitige Zuführung ausgetretener Dienstboten und Arbeiter durch eine Convention zu regeln, in aller Maasse anerkennen, indessen nach den hier beobachteten Grundsätzen Uns zu Unserm Bedauern nicht in der Lage befinden, dem dortigen Antrage in der gewünschten Weise Folge zu geben.

Die Königl. Regierung ist dabei von folgender Auffassung ausgegangen.

Die in den diesseitigen Dienstboten-Ordnungen und in der Gewerbe-Ordnung begründeten Befugnisse der Hanneverschen Verwaltungsbehörden, Dienstboten und Handwerksgefelln, welche unbefugt aus der Arbeit treten, durch Zwangsmittel zu ihrer Pflicht anzuhalten, können auf Dienstmiethverhältnisse, welche im Auslande bestehen, nicht füglich Anwendung finden, so wenig wie in dieser Beziehung die ausländische Gesetzgebung für die Hannöverschen Behörden maaßgebend sein kann. Im Allgemeinen würden Wir es daher nicht missbilligen können, wenn in Ermangelung besonderer Staatsverträge die hiesigen Verwaltungsbehörden Requisitionen ausländischer Obrigkeiten ablehnen, welche auf eine Zuführung dort aus der Arbeit getretener Handwerksgefelln und Dienstboten gerichtet sind.

Dagegen halten Wir die ausländischen Behörden für vollständig befugt, die von ihnen ausgestellten Legitimationen jeder Zeit wieder zurückzunehmen, und dadurch den Grund, auf welchen dem Ausländer der Aufenthalt im hiesigen Königreiche gestattet wird, zu beseitigen. Hierin würde Unseres Erachtens ein Mittel liegen, durch welches die ausländischen Behörden, je nach den Umständen, eine Zuführung oder wenigstens eine Ausweisung des aus der Arbeit getretenen Arbeiters erreichen können, sofern derselbe der requirirenden ausländischen Behörde Unterthan ist und von ihr seine Reisedocumente bezieht.

Wenn nun hiernach für diesen Fall der Abschluss einer besonderen Convention unnöthig sein würde, so müssen Wir es andererseits für bedenklich halten, die weitergehende allgemeine Verpflichtung zur Zuführung im Auslande aus der Arbeit getretener Arbeiter durch eine abzuschließende Uebereinkunft festzustellen, indem eine solche Uebereinkunft mit den in ähnlichen Verhältnissen befolgten Grundsätzen, nach denen die Auslieferung nur in erheblichen Fällen erfolgt, nicht im Einklange stehen würde.

Indem Wir schließlich ergebenst bemerken, dass dem Königl. Ante Bremervörde eine diesen Ansichten entsprechende Eröffnung zugegangen ist, ergreifen Wir gern diese Gelegenheit zc.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 22. März 1857  
an Herzogl. Bau-Direction.

Obwol bereits im §. 3. Abschnitt 3. des Gesetzes vom 19. März 1850, die Organisation der Landesverwaltungs-Behörden betreffend, den Herzogl. Kreisdirectionen die Befugniß beigelegt ist, bei solchen denselben obliegenden Geschäften, welche sie nicht selbst oder durch ihre Hülfssbeamten besorgen können, das Gutachten der einer andern Verwaltungsbehörde untergeordneten Beamten einzuziehen oder durch dieselben die erforderlichen Anordnungen in Ausführung bringen zu lassen und ferner auch diese Bestimmung in dem §. 17. Abschn. 4. des Gesetzes vom 19. December 1851, die Erhaltung der öffentlichen Flüsse und Wasserzüge zc. betreffend, in Beziehung auf vorzunehmende Entwässerungsanlagen sich wiederholt findet, so wollen Wir dennoch zur Beseitigung möglicher Zweifel hienit erklären, dass die Kreisbaubeamten in den den Herzoglichen Kreisdirectionen erforderlich erscheinenden Fällen nicht weniger auch bei der Projectirung und Ausführung der auf die Entwässerung von Grundstücken abzielenden Anlagen, insbesondere auch der, zur Abführung des Schnee- und Regenwassers dienenden Separations-Anlagen mitzuwirken und den defffalls an sie ergehenden Aufforderungen zu genügen haben.

Wir beauftragen Herzogl. Baudirection, die Kreisbaubeamten hiernach mit Anweisung zu versehen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 12. Januar 1858  
an Herzogl. Kreisdirection Braunschweig.

Wir haben auch mit der Großherzoggl. Badischen Regierung eine Uebereinkunft abgeschlossen, wodurch den in den beiderseitigen Staaten von den zuständigen Behörden in der vor-schriftsmäßigen Form ausgestellten Leichenpässen die gegenseitige Anerkennung als gültige Transport-Legitimation zugesichert ist und setzen die Herzogl. Kreisdirection davon hiedurch zur Nachachtung in Kenntniß, indem Wir ein Formular der Großherzoggl. Badischen Leichenpässe mit dem Bemerken beifügen, dass die Befugniß zur Ausstellung derselben außer dem Großherzoggl. Badischen Ministerium des Innern und den vier Großherzoggl. Kreisregierungen, sämtlichen Bezirks-, Stadt-, Land- und Ober-Ämtern zusteht.

**Formular eines Großherzoglich Badischen Leichenpasses.**

Dem . . . . . wird hiedurch gestattet, den entseelten Körper des . . . . . welcher am . . . . . zu . . . . . gestorben und vorschriftsmäßig eingesargt worden ist, nach . . . . . zu verbringen (oder durch das Großherzogthum zu führen) und werden deßhalb sämtliche betreffende Behörden der Orte, durch welche die Leiche geführt wird, ersucht, dieses ungehindert geschehen zu lassen und deren Fortbringung thunlichst zu befördern.

## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 7. Juni 1858.

Die Ansicht, welche Herzogl. Kreisdirection in dem Berichte vom 28. vor. Mts., die Differenz mit dem Amtsrathe des Amtsbezirks Hasselfelde, über die Auslegung des §. 157 der Landgemeinde-Ordnung, betreffend, vertreten hat, ist für richtig zu halten.

Dem Amtsrathe muss nach §. 157 cit. der Armencaffen-Stat alljährlich zur Zustimmung vorgelegt werden. Belaufen aber die Einnahmen sich höher, als bei Feststellung des Stats erwartet werden konnte, so fehlt es an einer gesetzlichen Bestimmung, welche die Herzogl. Kreisdirection beschränkt, darüber auf die dem Zwecke der Amtsarmentasse entsprechende Weise zu verfügen. Wird alsdann die Zweckmäßigkeit einer von der Herzogl. Kreisdirection verwilligten außerordentlichen Unterstützung von dem Amtsrathe angezweifelt, so ist auf den Antrag des Amtsrathes darüber die Entscheidung des Herzogl. Staatsministeriums einzuholen, damit in künftigen Fällen nach den von demselben auszusprechenden Ansichten verfahren werde.

Herzogl. Kreisdirection hat dem Amtsrathe des Amtsbezirks Hasselfelde die vorstehende Entscheidung zu eröffnen.

## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 14. Juni 1858.

Wir haben beschlossen, die Befugniß zur Ausstellung von sogenannten Leichenpässen, welche bisher allein von der Herzogl. Landesregierung ausgestellt worden sind, zugleich auch den Herzogl. Kreisdirectionen von jetzt an beizulegen und setzen dieselben hievon zur Nachachtung in Kenntniß, indem Wir weiter bestimmen, dass

1. in jedem einzelnen Falle vor Ausstellung des Leichenpasses genau zu constatiren ist, ob dem Transporte der Leiche sowol an und für sich, als auch in Hinsicht auf die beabsichtigte Art und Weise des Transports irgend ein Bedenken nicht entgegenstehe und

2. die Leichenpässe nach Maassgabe des angefügten Formulars auszustellen sind.

## Formular eines Leichenpasses.

Demnach von der unterzeichneten Herzogl. Kreisdirection auf Ansuchen gestattet ist, dass die Leiche des . . . . . verstorbenen . . . . . nach . . . . . transportirt werde, so werden alle betreffenden Civil- und Militärbehörden angewiesen resp. ersucht, den Transport der obbesagten Leiche frei und ungehindert geschehen zu lassen und demselben thunlichst förderlich zu sein.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

## Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 15. März 1859.

Wir erwidern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 10. vor. Mts., den §. 100 der allgemeinen Feuer-Ordnung für die Landgemeinden vom 15. October 1852 betreffend, Folgendes:

Der §. 100 cit. ist nicht aufgehoben und es ist ferner danach zu verfahren, namentlich sind angehende Hauswirthe vor Aushändigung der Trauscheine anzuhalten, ein Exemplar der allgemeinen Feuer-Ordnung einzulösen. Auf die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Nicht-

bestehes der Feuer-Ordnung ist unter den einberichteten Umständen und da die, die Aufhebung des §. 109 cit. betreffende, Ansicht des Cassationshofes allerdings begründet erscheint, jedoch zu verzichten und halten Wir die Erlassung eines die Strafbestimmung des §. 109 cit. wiederherstellenden Gesetzes für jetzt nicht für nothwendig.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 17. März 1859.

Wir eröffnen den Herzogl. Kreisdirectionen zur Nachachtung, dass die in den §§. 157 bis 160 des Polizei-Strafgesetzbuches enthaltenen Bestimmungen über die von den Landespolizeibehörden anzuordnenden Prüfung der Dampfkesselanlagen, auf die unter der Leitung von Staatsbehörden stehenden Dampfkesselanlagen, sowie auf fremde Locomotiven, welche auf dieseitigen Staatsbahnen laufen, und auf die Weserdampfschiffe nicht in Anwendung zu bringen sind.

## Posten und Eisenbahnen. Post- und Eisenbahndienst.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Eisenbahn- und Post- Direction, den Postmeilenzeiger betreffend. 8/21. Juni 1853. Nro. 30. S. 121.

Postmeilenzeiger oder Nachweisung der Entfernungen von allen Herzogl. Braunschweigischen Post-Stationen nach den im Umkreise derselben befindlichen Postanstalten und Stationen. S. 123.

Tarif für Extraposten, Courire und Estaffetten S. 131.

**Verordnung**, die Bezeichnung der unter der Leitung der Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction stehenden Verwaltungen betreffend. 10/22. Januar 1855.

1. Die Verwaltung für Bahnbauten wird bezeichnet als Ober-Betriebs-Inspection.
2. Die Telegraphen-Verwaltung zu Braunschweig als Telegraphenamt Braunschweig.
3. Die Güter-, Gepäck-, Eilgut- und Billet-Expedition zu Braunschweig, Bienenburg und Oschersleben als Bahnamt.
4. Die Verwaltungen bei den Stationen zu Wolfenbüttel, Scheppenstedt, Jerzheim und Harzburg als Bahn- und Postamt.
5. Die Verwaltungen bei den Stationen zu Wegerleben u. Schladen als Bahn-Expedition.
6. Die Verwaltungen zu Börßum und Bechelde als Bahn- und Post-Expedition.

**Gesetz**, Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1849, die Festsetzung eines neuen Portotarifs für Brief- und Fahr-Post-Sendungen betreffend. 25. Juni 1855. Nro. 35. 3. Juli

- §. 1. Bei den Landespostanstalten soll das Zollpfund in 30 Lothe eingetheilt werden.
- §. 2. Gewichtsbestimmungen für die Berechnung der Porto-Sätze.
- §. 3. Das Gesetz tritt mit dem 1. October 1855 in Kraft.

**Gesetz**, die Bahnordnung für die hiesige Südbahn betreffend. 11/15. Februar 1856. Nro. 5. S. 11.

Die unterm 9. September 1840 Nro. 37 publicirte Bahnordnung soll auf die im dieseitigen Gebiete belegenen Strecken der Südbahn Anwendung finden.

**Verordnung.** die Publication des zu Wien am 3. September 1855 vereinbarten Nachtrages zu dem revidirten Postvereinsvertrage vom 5. Decbr. 1851 betreffend. 6/19. April 1856. Nro. 13. S. 31.

Art. 1. Aeußere Beschaffenheit und Behandlung der Postsendungen.

Art. 2. Münzwährung, resp. Saldirung.

Art. 3. Transitgebühren.

Art. 4. Beförderung mit der Briefpost.

Art. 5. Unfrankirte und ungenügend frankirte Briefe.

Art. 6. Kreuz- oder Streifband-Sendungen.

Art. 7. Waarenproben und Muster.

Art. 8. Garantie.

Art. 9. Nachnahmen.

Art. 10. Zurückforderung von Postsendungen durch den Aufgeber.

Art. 11. Aufhebung einzelner Artikel des revidirten Postvereins-Vertrages.

Art. 12. Ratification und Dauer des Nachtrages.

**Bestimmungen über die äußere Beschaffenheit und die Behandlung der Postsendungen.**

§. 1. Allgemeine Beschaffenheit der Postsendungen.

§. 2. Adresse.

§. 3. Außenseite der Briefe.

§. 4. Begleitbrief bei Fahrpostsendungen.

§. 5. Erfordernisse eines Begleitbriefes.

§. 6. Mehre Fahrpoststücke zu einem Begleitbriefe.

§. 7. Signatur.

§. 8. Verpackung.

§. 9. Verschluss.

§. 10. Verpackung und Verschluss der Geldsendungen.

§. 11. Von der Postbeförderung ausgeschlossene Gegenstände.

§. 12. Zur Postbeförderung bedingt zugelassene Gegenstände.

§. 13. Kreuzband-Sendungen.

§. 14. Waarenproben- und Musterfundungen.

§. 15. Recommandirte Briefe.

§. 16. Declaration.

§. 17. Durch Expressen zu bestellende Briefe.

§. 18. Nachsendung der Postsendungen.

§. 19. Unbestellbare Postsendungen.

§. 20. Einziehung des Porto für Retourbriefe.

§. 21. Portoerhebung für nachzusendende Retourbriefe.

§. 22. Baare Einzahlungen.

§. 23. Vorschussfundungen.

§. 24. Frankirungs-Bemerk.

§. 25. Mit fremden Freimarken versehene Briefe.

- §. 26. Briefe, welche in Postanstalten couvertirt sind.
- §. 27. Einziehung der Bestellgebühren vom Absender.
- §. 28. Gebührenfreie Anrechnung von Postgefällen.
- §. 29. Lagergeld.
- §. 30. Wiegen der Postsendungen.
- §. 31. Stempeln der Briefe zc.
- §. 32. Franco-Bezeichnung.
- §. 33. Retour-Recepisse.
- §. 34. Behandlung der Nachnahme-Sendungen.
- §. 35. Bezeichnung der Fahrpost-Sendungen.
- §. 36. Briefpost- und Fahrpost-Sendungen.
- §. 37. Eintragung in die Karten.
- §. 38. Anfertigung und Abnahme der Briefkarten. Schlüsse.
- §. 39. Behandlung und Uebernahme der Fahrpost-Sendungen.
- §. 40. Haftung bei Uebernahme der Postladungen.
- §. 41. Verfahren bei Ueberlieferung mangelhaft verpackter Sendungen.
- §. 42. Expeditionswege für Fahrpost-Sendungen.
- §. 43. Einziehung des fehlenden Weiterfranco.
- §. 44. Zurücknahme aufgebener Postsendungen.

**Verordnung**, die Bezeichnung der auf der Eisenbahn von Börsum nach Kreiensen einzurichtenden Stationen betreffend. 14/18. Juli 1856. Nro. 28. S. 129.

- 1. Die Herzogl. Bahn- und Postämter Seesen, Gandersheim und Kreiensen,
- 2. das Bahnamt Salzgitter,
- 3. die Herzogl. Bahn- und Post-Expeditionen Börsum und Lutter am Barenberge,
- 4. die Bahn-Expedition Ringelheim.

**Verordnung**, die Publication des zu München am 26. Februar 1857 vereinbarten zweiten Nachtrages zu dem revidirten Postvereins-Vertrage vom 5. December 1851 betreffend. 2/30. Septbr. 1857. Nro. 45. S. 197.

- Art. 1. Fahrpost-Portoberechnung.
- Art. 2. Festsetzung der Entfernungen.
- Art. 3. Festsetzung der Entfernungen für den Verkehr mit dem Vereinslande.
- Art. 4. Fahrposttarif.
- Art. 5. Gewichtporto.
- Art. 6. Maximalhöhe des Gewichtporto.
- Art. 7. Werthporto.
- Art. 8. Baare Einzahlungen.
- Art. 9. Begleitbriefe.
- Art. 10. Fahrpostverkehr mit fremden Ländern.
- Art. 11. Vertheilung der Portoeinnahme.
- Art. 12. Commission zur Ermittlung der Procentsätze.
- Art. 13. Transitverhältnisse.



Art. 14. Abrechnung.

Art. 15. Unanbringliche Sendungen.

Art. 16. Portoniederschlagung.

Art. 17. Portofreie Sendungen.

Art. 18. Aufhebung einzelner Artikel des revidirten Postvereins-Vertrages.

Art. 19. Ratification und Dauer des Nachtrags.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Hinausschiebung des Termins zur Ausführung des zweiten Nachtrag-Vertrages zum Deutsch-Oesterreichischen Postvereinsvertrage betreffend. 29. Decbr. 1857. Nro. 1. S. 1.

4. Januar 1858.

Der Ausführungstermin wird bis zum 1. April 1858 hinausgeschoben.

**Bekanntmachung**, die fernere Hinausrückung des Termins zur Ausführung des zweiten Nachtrags zum Deutsch-Oesterreichischen Postvereinsvertrage betreffend. 30. März 1858. Nro. 18. S. 45.

2. April

Hinausrückung des Termins auf unbestimmte Zeit.

**Bekanntmachung**, die Ausführung des zweiten Nachtrags zum Deutsch-Oesterreichischen Postvereinsvertrage betreffend. 4./10. Mai 1858. Nro. 24. S. 63.

Der Termin zur Ausführung wird auf den 1. Juli 1858 festgesetzt.

**Gesetz**, die Bahnordnung für die Eisenbahn von Jerxheim über Schöningen nach Helmstedt betreffend. 31. Mai 1858. Nro. 33. S. 137.

5. Juni

Die Bahnordnung vom 9. September 1840 Nro. 37 soll auch auf die Schöninger Bahn Anwendung finden.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection, den Postmeilenzeiger betreffend. 4./16. März 1859. Nro. 11. S. 25.

Der Postmeilenzeiger, welcher die Entfernung der Herzogl. Braunschw. Poststationen nach den im Umkreise derselben befindlichen Postanstalten und Stationen nachweist, wird publicirt.

**Verordnung**, die Bezeichnung der auf der Schöninger Eisenbahn einzurichtenden Stationen betreffend. 2./10. September 1859. Nro. 34. S. 145.

### Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 25. Mai 1855.

Zwischen der Postverwaltung und den Gerichtsbehörden hat sich eine Meinungsverschiedenheit darüber herausgestellt, ob den Postbeamten gestattet sei, die ihnen nach §. 55 der Post-Ordnung zugestandenen Befugnisse zur Aufnahme und Bewirthung von Postreisenden auch durch andere Personen ausüben zu lassen. Da aber, wenn diese Frage, wie von den Gerichtsbehörden geschehen, verneint werden müßte, die durch §. 55 cit. für die Postreisenden erstrebte Annehmlichkeit in den meisten Fällen vereitelt werden würde, weil die Postbeamten zur eigenen Ausübung der fraglichen Befugnisse selten geneigt oder ihrer Dienstgeschäfte wegen nicht im Stande sind,

so haben Wir Uns bewogen gefunden, in einem an die Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection hieneben erlassenen Rescripte den Postbeamten ausdrücklich zu gestatten, die gedachten Befugnisse mit Genehmigung der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection auch durch andere Personen ausüben zu lassen und Wir weisen die Herzogl. Kreisdirectionen in Folge hiervon an, solchen Personen, auf Antrag der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection, Concessionen kostenfrei zu erteilen, wobei Wir jedoch bemerken, dass im Uebrigen die Bestimmungen des §. 55 cit. unverändert bleiben.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 12. August 1855.

Da nach den mit der Königl. Preussischen General-Post-Verwaltung getroffenen Verabredungen Fahrpostsendungen zwischen hiesigen und Königl. Preussischen Behörden nur alsdann portofrei behandelt werden können, wenn solche im gemeinschaftlichen Interesse beider correspondirenden Behörden abgelaufen werden, so haben die hiesigen Behörden die von ihnen ausgehenden, lediglich das Preussische Interesse berührenden Postsendungen nicht ferner als portofrei zu rubriciren, auch, wenn für die aus Preußen eingehenden Preussischen Official-Fahrpostsendungen Preussisches Porto in Anspruch genommen werden sollte, dessen Erstattung bei der distribuirenden Postanstalt unter Beobachtung der Bestimmung des §. 133 der Post-Verordnung zu beantragen.

## Privilegien.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die den Häselärschen Stiftungen daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend, vom 22./27. Januar 1853. Nro. 4. S. 9.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Leseberg'schen Stiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend, vom 22./27. Januar 1853. Nro. 5. S. 11.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Kettelbach'schen Stiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend, vom 3./8. Februar 1853. Nro. 6. S. 13.

**Privilegium** für den Landes-Deconomie-Conducteur Schott zu Seesen. 2/15. März 1853. Nro. 11. S. 45.

Anwendung eines zur Drainirung dienenden Bohrapparates betreffend.

**Bekanntmachung** des Magistrats zu Braunschweig, die der Speiseanstalt für Bedürftige daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 11/18. März 1853. Nro. 12. S. 47.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die den Högrev'eschen Stiftungen daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 12/18. März 1853. Nro. 13. S. 49.

**Privilegium** für den Advocat-Anwalt und Notar Wilhelm Krämer zu Braunschweig vom 30. März 1853. Nro. 18. S. 103.

18. April

Für eine neue erfundene Schreibmaschine wird ein Patent für das hiesige Land auf den Zeitraum von fünf Jahren ertheilt.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Hartkenschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend, vom 8/14. Mai 1853. Nro. 22. S. 111.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Berkelmannschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend, vom 8/14. Mai 1853. Nro. 23. S. 113.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Hinkeschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend, vom 8/14. Mai 1853. Nro. 24. S. 115.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der von Möringschen Stiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend, vom 21./27. Mai 1853. Nro. 25. S. 117.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Sudmeierschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte milder Stiftungen betreffend. 14/21. Juni 1853. Nro. 30. S. 157.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Schwarzeschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend. 14./21. Juni 1853. Nro. 31. S. 159.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Wilmeldingschen Stiftung daselbst verliehenen Rechte einer milden Stiftung betreffend. 15./21. Juni 1853. Nro. 32. S. 161.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Hesseschen Stiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 6/14. Juli 1853. Nro. 36. S. 179.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Stedingschen und Müllerschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend. 1./10. Juli 1853. Nro. 40. S. 197.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Reeseschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend. 15./22. Juli 1853. Nro. 44. S. 223.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Cammannschen Stiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 16./22. Juli 1853. Nro. 45. S. 225.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Bühringschen Stiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 16./22. Septbr. 1853. Nro. 53. S. 267.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Roseschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. 30. Septbr. 1853. Nro. 55. S. 275.

1. Octbr.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection zu Blankenburg, die dem Trumpschen Legate verliehenen Rechte einer milden Stiftung betreffend. 13./23. December 1853. Nro. 66. S. 363.

**Privilegium** für den Ingenieur Jean Louis Vergniais in Lyon. 13./24. März 1854.  
Das Privilegium auf die Anwendung einer Hänge-Brücken-Construction wird auf fünf Jahre ertheilt.

**Privilegium** für den George Spencer zu London. 23. März 1854. Nro. 18. S. 87.  
8. April

Für Verbesserung an den Trägern der Eisenbahnschienen wird ein Patent auf fünf Jahre ertheilt.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Consistoriums, die der Rohdeschen Stiftung zu Wolfenbüttel beigelegten Rechte milder Stiftungen betreffend. 15./29. April 1854. Nro. 20. S. 91.

**Privilegium** für den Mechanicus Schäfer und den Kaufmann Budenberg in Magdeburg. 22. Juni 1854. Nro. 34. S. 153.  
8. Juli

Neue Verbindung einer Dampfpfeispumpe mit einem Kessel.

**Privilegium** für den Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Rath Engerth in Wien. 29. Juni 1854. Nro. 35. S. 155.  
8. Juli

Neue Construction einer Berglocomotive.

**Privilegium** für den Landes-Deconomie-Conducteur Schott in Seesen. 10./21. Juli 1854. Nro. 38. S. 163.

Neue Thouröhren-Presse.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Tuckermannschen Stiftung daselbst beigelegten Rechte milder Stiftungen betreffend. 20./29. Juli 1854. Nro. 40. S. 167.

**Privilegium** für den Mechanicus Böcker zu Groß-Mülßen. 27. Juli 1854. Nro. 44. S. 167.  
24. Aug.

Verbessertes Schloss für Percussionsgewehre.

**Privilegium** für den Pianofortefabrikanten Friedrich Zeitter zu Braunschweig. 15./27. November 1854. Nro. 59. S. 249.

Verbesserung des Tones der Clavier-Instrumente durch Spannkraft in den Rippen des Resonanzbodens.

**Privilegium** für D. A. Kluge in Berlin. 25. Januar 1855. Nro. 5.

Patent auf fünf Jahre für einen Brenn- und Destillir-Apparat.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, die der Schützengesellschaft daselbst beigelegten Rechte einer Corporation betreffend. 9./26. Februar 1855. Nro. 10.

**Bekanntmachung**, die Verleihung der Corporationsrechte an die Bürgergarden-Todtencasse zu Wolfenbüttel betreffend. 20. April 1855. Nro. 23.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, die der Schützenbrüderschaft zu Borsfelde verliehenen Corporationsrechte betreffend. 1/10. Mai Nro. 24.

**Privilegium** für den Hofapotheker Heinrich Wilhelm Mackensen hieselbst. 7/18. Juni 1855. Nro. 28.

Privilegium zur ausschließlichen Bereitung künstlicher Mineralwasser auf 10 Jahre.

**Privilegium** für den B. Moore aus Newyork, zur Zeit in Berlin. 26. Juni 1855. Nro. 36. 11. Juli

Patent für eine neu erfundene Waschmaschine auf fünf Jahre.

**Privilegium** für den Professor Schönmann und den Maschinenfabrikanten Pinus in Brandenburg. 15. August 1855. Nro. 44.

27. Septbr.

Patent für eine verbesserte Straßburger Brückenwaage auf den Zeitraum von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Maschinenfabrikanten Schlickeisen zu Berlin. 27. September 1855. Nro. 49. S. 553. 18. October

Patent auf den drehbaren Boden des von dem 2c. Schlickeisen construirten Apparats zum Theeschneiden auf den Zeitraum von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Apotheker J. N. Grote zu Braunschweig. 13. November 1855. Nro. 56. S. 573. 4. December

Patent auf ein Präparat zur Reinigung und Klärung süßen Wassers behuf Herstellung guten Trinkwassers, sowie auf einen Taschen-Filtrir-Apparat auf die Dauer von 10 Jahren.

**Privilegium** für den Blank Schmiedebesitzer Carl Reimcke zu Brunkenfen 31. März 1856, Nro. S. 27. 10. April

Patent auf eine neue construirte Heupresse für den Zeitraum von fünf Jahren.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, die Löbbbeckesche Stiftung daselbst betreffend. 17/28. Mai 1856. Nro. 18. S. 81.

Der Löbbbeckeschen Stiftung zu Blankenburg „Zur Erinnerung an den 25. April 1856“ werden die Rechte einer milden Stiftung beigelegt.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die dem Taubstummen-Institute daselbst verliehenen Rechte einer milden Stiftung betreffend. 31. Mai 1856. Nro. 21. S. 111.

12. Juni

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Vossischen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend. 6/16. Juni 1856. Nro. 23. S. 115.

Der von der Wittwe des Kaufmanns Johann Heinrich Voss, Johanne Friederike Dorothea, geb. Stöffler errichteten Stiftung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Wittwen und Töchter von Kaufleuten der Stadt Braunschweig werden die Rechte milder Stiftungen verliehen.

**Privilegium** für den Gusseisenfabrikanten Krupp zu Essen. 4/27. Juni 1856. Nro. 25. S. 149.

Patent für eine verbesserte Construction der Kaffeten auf die Dauer von 5 Jahren.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, die der Jacobson'schen Badestiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 28. August 1856. Nro. 35. S. 187.

8. Septbr.

Verliehen mittelst Höchsten Rescripts vom 13. August 1856.

**Privilegium** für den Kaufmann und Agenten J. G. Ruff zu Bieberich im Herzogthume Nassau und den Kreishauaufseher Heusinger zu Nidda im Großherzogthume Hessen. 18. September 1856. Nro. 38. S. 193.

6. October

Patent auf die alleinige Anfertigung und Anwendung neue erfundener Thondachziegel auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Ingenieur Adolph Westren zu Wilhelmshütte bei Sprottau in Schlesien. 12. Decbr. 1856. Nro. 1. S. 1.

8. Januar 1857.

Patent auf die alleinige Anfertigung und Anwendung hydraulischer Pressen zur Gewinnung des Saftes aus Zuckerrüben durch Pressung und gleichzeitige Maceration auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Fabrikanten Wilhelm Becker in Heilbronn. 30. Januar 1857. Nro. 10. S. 25.

18. Februar

Patent auf die ausschließliche Anwendung eines Apparats und Verfahrens zur besseren Conservirung des Biers auf die Dauer von fünf Jahren.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Holzminden, die der Haarmann-Stiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betr. 22. Februar 1857. Nro. 16. S. 39.

12. März

Der in Holzminden zur Unterstützung unemittelter Baugewerkschüler gegründeten Haarmann-Stiftung, werden die Rechte milder Stiftungen verliehen.

**Privilegium** für den Gussstahlfabrikanten Gustav Brüninghaus zu Dortmund. 13./28. März 1857. Nro. 18. S. 43.

Patent auf die ausschließliche Einführung eines Verfahrens zum Feinen von Roheisen auf die Dauer von fünf Jahren.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Gandersheim, die der Jacobson-Schule zu Seesen beigelegten Rechte einer milden Stiftung betreffend. 3./11. April 1857. Nro. 20. S. 47.

**Privilegium** für C. Waltgen und C. Hoffmann in Bremen. 28. März 1857. Nro. 22. S. 51.

18. April

Patent auf die ausschließliche Anfertigung und Anwendung einer Maschine zur Anfertigung von Sandformen für Eisenbahngussstücken, insbesondere Röhren, auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Papierfabrikanten Heinrich Voelters Söhne zu Heidenheim im Königreiche Württemberg. 10/26. Juni 1857. Nro. 34. S. 159.

Patent auf die ausschließliche Einführung des Verfahrens, Papier aus Holz zu bereiten, auf die Dauer von zehn Jahren.

**Privilegium** für den Deconomen Ernst Ziegler zu Heilbronn. 29. Juni 1857. Nro. 36. S. 165. 15. Juli

Patent auf die ausschließliche Anwendung eines Surrogates für die Knochenkohle zum Entfärben von Flüssigkeiten.

**Privilegium** für die Firmen Schäffer und Walcker in Berlin und Joseph Hermann in Prag. 22. Juli 1857. Nro. 41. S. 187.

8. Aug.

Patent auf ausschließliche Anwendung einer Einrichtung zum Heizen der Glätt-, Plätt- und Bügel-Eisen mit Gas auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für die Tabacks- und Cigarrenfabrikanten Blume und Reuter zu Braunschweig. 7/22. October 1857. Nro. 46. S. 219.

Patent auf die ausschließliche Einführung einer Cigarrenmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Dr. August Seyferth aus Langensalza. 9/22. October 1857. Nro. 47. S. 221.

Patent, 1) für einen Condensations-Apparat zur Darstellung von reinem Schwefelkohlenstoff; 2) für Anwendung des Schwefelkohlenstoffes zur Erzeugung bewegender Kraft; 3) für einen Extractions-Apparat zur Ausziehung von Del, Fett, Harz mittelst Schwefelkohlenstoffes, auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für Louis Beauché in Paris. 28. October 1857, Nro. 49. S. 225.

21. Novbr.

Patent auf eine Cigarrenmaschine auf die Dauer von fünf Jahren.

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Stiftung der Wittwe weiland Schulinspectors Lunica zum Besten der Lehrer an der westlichen Bürgerschule daselbst beilegenden Rechte milder Stiftungen betreffend. 30. December 1857. Nro. 2. S. 3.

4. Januar 1858.

Zufolge Höchsten Rescripts vom 27. December 1857 sind der gedachten Stiftung die Rechte milder Stiftungen verliehen.

**Privilegium** für den Kaufmann Louis Wundram zu Braunschweig. 28. Decb. 1857. Nro. 3. S. 5.

8. Jan. 1858.

Patent zur ausschließlichen Einführung eines Verfahrens zur Anfertigung von Umhüllungen für Flaschen u. für die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Baron Theodor von Gilgenheimb zu Weidenau in Oesterreichisch-Schlesien. 3/15. Januar 1858. Nro. 6. S. 11.

Patent auf eine Bodenculturmaschine für die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Kaufmann Eduard August Struwe in Barel. 4/15. Januar 1858. Nro. 7. S. 13.

Patent für das Verfahren Palmöl zu bleichen, mittelst eigenthümlichen Apparates, auf die Dauer von fünf Jahren.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel, die der Göttingischen Stiftung daselbst verliehenen Rechte einer milden Stiftung betreffend.  
24. Januar 1858. Nro. 11. S. 23.

5. Februar

**Privilegium** für den Medicinalrath Friedrich Michaelis zu Magdeburg. 16. Februar 1858. Nro. 12. S. 25. 1. März

Patent auf ein Mittel zur Läuterung des Zuckersaftes bis zum 21. Novbr. 1859.

**Privilegium** für den Zimmer- und Maurermeister F. Timpe zu Rheine. 19. Februar 1858. Nro. 13. S. 27. 5. März

Patent auf eine Walzmangel auf die Dauer von fünf Jahren.

**Bekanntmachung**, die Bertha Seeligersche Stiftung zu Wolfenbüttel betreffend.  
14./29. Mai 1858. Nro. 31. S. 133.

Der Bertha Seeligerschen Stiftung zu Wolfenbüttel für unverheirathete Frauenzimmer werden die Rechte milder Stiftungen verliehen.

**Bekanntmachung**, das Privilegium des Hof-Büchsenmachers Erdwin Seydlich zu Braunschweig betreffend. 2./10. Juni 1858. Nro. 35. S. 145.

Patent auf ein Percussions-Schnellladegewehr auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Landes-Deconomie-Conducteur G. Theilkuhl zu Braunschweig. 28. Juli 1858. Nro. 46. S. 217.

7. Aug.

Patent auf einen verbesserten Heizofen auf die Dauer von fünf Jahren.

**Bekanntmachung**, die der Kranken- und Sterbecasse für die Arbeiter in den herrschaftlichen Steinbrüchen oberhalb Harzburg verliehenen Rechte milder Stiftungen betreffend. 31. Juli 1858. Nro. 47. S. 219.

11. Aug.

**Privilegium** für den Zuckerfabrikanten Krüger zu Sudenburg bei Magdeburg. 25. Septbr 1858. Nro. 54. S. 279.

20. Octbr.

Patent auf ein Mittel zur Entfaltung des Zuckerrübensaftes auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Vorstand des Anhaltischen Fabriken-Vereins für chemische Producte in Rosslau an der Elbe. 6./29. October 1858. Nro. 55. S. 281.

Erfindungspatent auf einen Retortenofen zur trockenen Destillation bituminöser Mineralien auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Zimmer- und Maurermeister Timpe zu Rheine. 15./28. October 1858. Nro. 57. S. 293.

Patent auf eine Maschine zur Herstellung von Ziegeln auf die Dauer von 5 Jahren.

**Privilegium** für den Hofbesitzer C. B. von Renngard zu Jarsdorf in Holstein. 15./28. October 1858. Nro. 58. S. 295.

Patent auf eine Säemaschine auf die Dauer von fünf Jahren.



**Privilegium** für die Fabrikanten G. Korlan und C. F. Kretschmar zu Harburg.  
9./23. November 1858. Nro. 61. S. 391.

Patent auf einen verbesserten Hebel auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Klempnermeister Georg Meyer zu Braunschweig. 22./31. December 1858. Nro. 63. S. 395.

Patent auf eine Vorrichtung zur Abwendung des Schornsteinrauches von den Wohnräumen auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Ingenieur Gordian aus Riddagshausen, jetzt in Osnabrück.  
13./20. Januar 1859. Nro. 3. S. 5.

Patent auf ein Verfahren zur Vercoakung von Braunkohlen und Torf auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für Charles E. Wendt und den Chemiker W. Kubel zu Braunschweig.  
14./23. Februar 1858. Nro. 7. S. 15.

Patent für ein Verfahren zur Verbesserung der Rübenmelasse auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Schlossermeister August Wille zu Braunschweig. 13. April 1859. Nro. 14. S. 63. 5. Mai

Patent auf eine Decimal-Viehwaage auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Fabrikanten Friedenhaus zu Friedensau bei Ludwigshafen  
a. N. 18. April 1859. Nro. 15. S. 65.

5. Mai

Patent auf ein Verfahren zur Verbesserung des Rübenzuckers auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Landwirth Gustav Schmidt aus Greene. 9./26. Mai 1859.  
Nro. 19. S. 75.

Patent auf ein Mittel zur Reinigung der Rübenmelasse auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Schmiedemeister Huth zu Destedt. 13./26. Mai 1859. Nro. 20.  
S. 77.

Patent auf zwei Ackerpflüge auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Apotheker Hermann Lichtenstein und den Kaufmann Carl Salomon zu Helmstedt. 28. Juni 1859. Nro. 25. S. 109.

22. Juli

Patent für ein Surrogat der Knochenkohle und für ein Leuchtgas auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Glashüttenbesitzer Oscar Röhrig zu Braunlage. 19./27. Juli 1859. Nro. 26. S. 111.

Patent auf Benutzung eines Glaschmelzofens auf die Dauer von 10 Jahren.

**Privilegium** für den Mechanicus Henry Bauden zu Troy in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. 1./16. Septbr. 1859. Nro. 35. S. 147.

Patent auf eine Maschine zur Anfertigung von Hufeisen auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für John Eason in London. 14. November 1859. Nro. 48. S. 257.  
27. December

Patent zu verbesserten Apparaten zum Gerben und Färben und zum Extrahiren von Stoffen des Pflanzen-, Thier- und Mineralreichs auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für den Schlossermeister August Wilke zu Braunschweig. 22. Novbr. 1859. Nro. 49. S. 259.

27. Decbr.

Patent zu einer verbesserten Vorrichtung zum Zuwerfen der Thüren auf die Dauer von fünf Jahren.

**Privilegium** für Lewis Wells-Broadwell zu New-Orleans in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. 2./27. December 1859. Nro. 50. S. 261.

Patent auf eine verbesserte Methode, Mahlsleine zuzurichten, auf die Dauer von fünf Jahren.

## Salz.

**Regulativ**, die Ueberlassung von Salz zur Viehfütterung betreffend. 5./18. Juni 1855. Nro. 29.

Die §§. 1—7 des Regulativs vom 29. September 1853 werden aufgehoben.

- §. 1. Das Viehsalz ist nur zum Genuß der Hausthiere bestimmt und darf nicht anders verwendet werden.
- §. 2. Aufsicht der Steuerbeamten über die Verwendung.
- §. 3. Der Bedarf von Viehsalz ist im Monate Juli anzumelden.
- §. 4. Nähere Bestimmung wegen der Anmeldung.
- §. 5. Feststellung der Quantität des zu verabfolgenden Viehsalzes.
- §. 6. Abholung und Bezahlung des angemeldeten Viehsalzes.
- §. 7. Folgen der Versäumung der Empfangnahme.
- §. 8. Zubereitung des Viehsalzes.
- §. 9. Der Preis wird auf 12 Ggr. pro Centner bestimmt.

**Regulativ**, die Ueberlassung von Salz zur Viehfütterung betreffend. 3./11. März 1858. Nro. 15. S. 31.

- §. 1. Benützung des Viehsalzes.
- §. 2. Aufsicht der Steuerbeamten über die Verwendung.
- §. 3. Anmeldung des Bedarfs.
- §. 4. Aufforderung zur Anmeldung.
- §. 5. Maximal-Betrag der Verwilligung.
- §. 6. Verabfolgung des Viehsalzes in bestimmten Quantitäten.
- §. 7. Gemeinschaftliche Anmeldung Mehrerer.
- §. 8. Folgen versäumter Empfangnahme.
- §. 9. Zubereitung des Viehsalzes — Pfannenstein.
- §. 10. Feststellung des Preises auf 16 Groschen pro Centner.
- §. 11. Transitorische Bestimmung.

**Staatsdienst.**

**Gesetz**, das Verzeichniß der Beamten erster Classe betreffend. 28. März 1855.  
Nro. 21. 4. April

- §. 1. Die Bestimmungen des im Anhange des §. 2 des Gesetzes über den Civil-Staatsdienst vom 12. October 1832 enthaltenen Verzeichnisses werden aufgehoben.
- §. 2. Das diesem Gesetze angehängte Verzeichniß tritt als Bezeichnung der Beamten erster Classe in Kraft. Angestellte, welche nach den älteren Bestimmungen zu den Beamten erster Classe gehören, behalten diese Rechte.

**Gesetz**, die Abänderung des Gesetzes vom 8. Juli 1837, die Beamten-Wittwen- und Waisen-Verorgungs-Anstalt betreffend. 31. März 1858. Nro. 19. S. 47.  
14. April

- §. 1. Erhaltung des Bestandes des Capitalvermögens der Anstalt.
- §. 2. Zuschüsse aus dem Kloster- und Studienfonds und aus der Hauptfinanzzasse.
- §. 3. Aufhebung früherer entgegenstehender Bestimmungen.

**Rescripte.**

Höchstes Rescript vom 19. Januar 1857 an den Obergerichts-  
Präsidenten Breymann.

Wilhelm, Herzog v. Wir eröffnen Ihnen, wie Wir die dienstliche Stellung und den Rang des Ober-Staatsanwalts dahin bestimmt haben, daß derselbe nach dem Dienstalter mit den Vice-Präsidenten des Obergerichts rangiren soll, und demgemäß in der gerichtlichen Disciplinarbehörde, sowie in dem Gerichtshofe zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten, und eintretenden Falls in der juristischen Examinationscommission seinen Sitz einzunehmen hat.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 28. April 1857  
an die gerichtliche Disciplinarbehörde.

Wir halten für angemessen, fortlaufend von den Verfügungen Kenntniß zu erhalten, welche im Disciplinarwege gegen die betreffenden Beamten abgegeben werden und wollen daher für die Zukunft der jedesmaligen abschriftlichen Einsendung derselben entgegen sehen. Die bisher seit dem 1. Juli 1850 erlassenen Verfügungen sind Uns ebenfalls noch nachträglich mitzutheilen.

**Stempel. Stempelsteuer.****Rescripte.**

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 20. Februar 1858 an den  
Kreisgerichtsdirector Helmuth zu Blankenburg.

Wir erwidern Ihnen Folgendes auf den Bericht vom 20. November vor. Jrs., die Auslegung des §. 11 Nro. 21 der Stempel-Verordnung vom 29. October 1821 betreffend.

Die Stempelverordnung macht in ihren Bestimmungen einen wesentlichen Unterschied zwischen den dem freien Verkehr unter Lebenden angehörigen Geschäften und den auf erbchaftliche Verhältnisse sich beziehenden Acten. Während bei jenen, wenn die schriftliche Errichtung eines ein Klagerecht begründenden Vertrags stattfindet, der zu adhibirende Stempel regelmäßig  $\frac{1}{3}$  bis  $\frac{1}{2}$  Procent vom Werthe des Gegenstandes beträgt, ist der Stempel für solche Rechtsacte, welche die Begründung und Regulirung erbchaftlicher Verhältnisse betreffen, nur gering, es wird jedoch dieser Unterschied durch die Einführung der s. g. Erbschafts-Stempelsteuer wiederum aufgewogen.

Auf dem hervorgehobenen Unterschiede beruht auch die Vorschrift im §. 11 Nro. 21 der Stempelverordnung, dass die Uebertragung des Eigenthums eines Erbschaftsgrundstücks an den Erben oder an einen Miterben von dem Contractenstempel frei und zu der von den Gerichten deshalb zu ertheilenden Ausfertigung nur der gewöhnliche Productionsstempel von 2 Sgr. zu adhibiren sei.

Bei der Auslegung dieser gesetzlichen Bestimmung kommt es, nach dem angeführten Grunde derselben, nur darauf an, ob im Wege oder in Folge einer Erbschaft das Grundstück an einen Erben oder Miterben übertragen wird, ohne Rücksicht darauf, in welche Form der betreffende Rechtsact eingekleidet wird, und insbesondere muss es ohne Einfluss bleiben, dass im Kreise Blankenburg, abweichend von den übrigen Landestheilen, die Hofübergabe-Contracte regelmäßig in der Form von Kaufverträgen errichtet werden.

Die ausgehobene Vorschrift beschränkt sich ferner nicht auf den Fall einer bereits eröffneten Erbschaft und einer Vertheilung der in derselben befindlichen Grundstücke unter die mehreren Miterben, denn sie redet ausdrücklich auch von der Uebertragung des Eigenthums eines Erbschaftsgrundstücks an den Erben und dass letztere Bestimmung sich nicht etwa nur auf eine Berichtigung des Besitztittels für den eingesetzten Erben beziehe, folgt daraus, dass der Erbe das Grundstück entweder ipso jure oder durch Antretung der ihm kraft Gesetzes oder letztwilliger Verfügung deferirten Erbschaft erwirbt, die Umschreibung des Grundstücks im Hypothekenbuche auf seinen Namen ihm mithin das Eigenthum desselben nicht erst überträgt, sondern nur declarativer Natur ist.

Es fallen deshalb, wie auch bereits in den Rescripten des vormaligen Landes-Steuer-Collegiums vom 25. Januar 1830 und des Herzogl. Staatsministeriums vom 6. October 1837 Bege, Repertorium II. 261. IV. 231.

anerkannt worden ist, auch unter Lebenden eingegangene Verträge dann unter die mehrerwähnte Gesetzesvorschrift, wenn in ihnen Grundstücke im Wege der s. g. erkrühten Erbfolge an den Erben des Verfügenden eigenthümlich übertragen werden. Ob dieses der Fall, oder ob ein reines Vertragsverhältniss inter vivos vorliege, ist quaeslio facti und es wird dabei nicht sowohl auf den Umstand, ob derjenige, auf welchen das Grundstück übertragen wird, der nächste Verwandte des Abtretenden ist, sondern auf den innern Grund der Uebertragung, ob insbesondere Abfindungen an Gleichberechtigte ausgesetzt und überhaupt erbchaftliche Regulirungen getroffen sind, das entscheidende Gewicht gelegt werden müssen. Da das Gesetz allgemein lautet, so kann hierbei ein Unterschied zwischen der Uebertragung bauerlicher und anderer, insbesondere städtischer Grundstücke nicht gemacht werden, wenngleich der bauerrechtliche Grundsatz, dass der zur

Fortsetzung der Wirthschaft unfähig gewordene Hofwirth schon bei seinen Lebzeiten den Hof an einen wichtigen Wirth abzutreten habe, dahin führen wird, dass vorzugsweise unter Bauern Fälle der eben erwähnten Art vorkommen werden. Es ist aber keineswegs jeder Rechtsact schon dann stempelfrei, wenn nur durch denselben die Uebertragung des Eigenthums eines Erbschaftsgrundstücks an den Erben oder an einen Miterben herbeigeführt wird, sondern die Stempelfreiheit findet nur insoweit und insofern statt, als dieses durch denselben geschieht; mithin muss in jedem Einzelfalle geprüft werden, ob der Rechtsact nicht auch andere Bestimmungen mit umfasse, welche dem höhern gesetzlichen Stempel unterworfen sind. Wäre also beispielsweise, in demselben Rechtsacte eine Auseinandersetzung über Capitalvermögen, oder aber eine Ghestiftung mit enthalten, so würden unzweifelhaft auf solche die Stempelsätze unter den Nummern 28 und 39 resp. 35 des Tarifs volle Anwendung finden und da §. 11 Nro. 21 der Stempelverordnung sich nur auf Eigenthums- Uebertragung an Grundstücken bezieht, so können begreiflich Erbverträge, welche nicht sofort den Eigenthumsübergang an solchen bewirken, wie auch Nro. 39 des Tarifs ergibt, von dem Contracten-Stempel nicht frei bleiben.

Sie werden beauftragt, die Gerichte und Notare des dortigen Kreises von dieser Verfügung zur Nachachtung in Kenntniss zu setzen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 12. Septbr. 1858  
an Herzogl. Obergericht.

Durch den §. 14 der landesherrlichen Verordnung vom 29. October 1831, die Stempelsteuer betreffend, ist den Gerichten, in deren Bezirk Erbschaften eröffnet werden, die Mitwirkung bei Feststellung der gesetzlichen Erbschaftsstempelsteuer übertragen worden und Wir haben nach Erlass des neuen Gerichtsverfassungs-Gesetzes vom 21. August 1849, durch welches eine Abänderung jener Vorschrift nicht erfolgt ist, die Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte durch Circularrescript vom 1. Juli 1850 angewiesen, sich der Beforgung der fraglichen Geschäfte ferner zu unterziehen.

Da nach einem Berichte Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction vom 28. vor. Mts. einzelne Gerichte der Meinung sind, dass ihnen eine Mitwirkung bei Feststellung der Erbschaftsstempelsteuer nicht obliege und die genannte Behörde dadurch in die Lage kommen kann, bei den vorgesetzten Gerichtsbehörden Beschwerde zu führen und Remedur zu bewirken zu suchen, so setzen Wir Herzogl. Obergericht von dem Inhalte des gedachten, von Uns unterm 1. Juli 1850 erlassenen Circularrescripts nachträglich hiedurch in Kenntniss.

Schreiben Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction vom 20. Septbr. 1858  
an Herzogl. Obergericht.

Das Herzogl. Staatsministerium hat mittelst Rescripts vom 3. v. Mts. verfügt, dass, um die Controle über die ordnungsmäßige Verwendung des Stempelpapiers bei den Gerichten zu erleichtern, vom 1. November d. Jrs. an für die sämmtlichen Gerichtsbehörden ein besonderes, nur zum Gebrauche für diese bestimmtes und gültiges, Stempelpapier eingeführt werde,

welches sich von dem übrigen Stempelpapier dadurch unterscheidet, dass der Farbenstempel darauf mit blauer Farbe ausgedrückt ist.

Indem wir auf die dieserhalb von uns unterm. heutigen Tage erlassene öffentliche Bekanntmachung in den Braunschw. Anzeigen Bezug nehmen, ersuchen wir, gefälligst Anordnung treffen zu wollen, dass vom 1. November d. Jrs. an bei Herzogl. Obergerichte nur das neu eingeführte Stempelpapier in Anwendung gebracht werde.

Sämmtliche Stempel-Recepturen werden gegen Ende des nächsten Monats in die Lage gebracht werden, den erforderlichen Bedarf von dem neuen Stempelpapier auf Erfordern abgeben zu können, und ersuchen wir, das dann etwa noch vorrätthige schwarz abgestempelte Papier der betreffenden Receptur zum Austausch zugehen zu lassen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 10. December 1858  
an Herzogl. Stadtgericht Wolfenbüttel.

Dem Herzogl. Stadtgerichte erwiedern wir auf den Bericht vom 18. October d. Jrs.: Herzogl. Stadtgericht bestreitet zwar seine Verpflichtung zur Mitwirkung bei Ausmittlung und Feststellung der zu entrichtenden Erbschaftsstempelsteuer an sich nicht, sondern verneint nur, dass seine Thätigkeit mit Feststellung der Steuern aufhöre und dasselbe namentlich in dem Falle, wo die Entrichtung der Steuern von dem Aufhören des Nießbrauchs oder der Rente abhängt, nicht verpflichtet sei, über seinen Gerichtskreis hinaus von Zeit zu Zeit Auskunft über die Fortdauer oder das Aufhören des gedachten Verhältnisses zu ertheilen.

Dieser Ansicht können wir nicht beistimmen.

Die fragliche den Gerichten in der Verordnung vom 29. October 1821 übertragene Mitwirkung beruht nicht nothwendig darauf, dass die damaligen Untergerichte zugleich Verwaltungsbehörden waren, vielmehr ist anzunehmen, dass die fraglichen Geschäfte den Gerichten in ihrer Eigenschaft als Behörden der freiwilligen Gerichtsbarkeit übertragen sind und als solche halten wir die jetzigen Stadt- und Amtsgerichte, auf welche nach dem Gerichtsverfassungsgesetze (wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten) und nach dem Ministerialrescripte vom 1. Juli 1850 die fraglichen Geschäfte übergegangen sind, für verpflichtet, die fragl. Mitwirkung vollständig zu beschaffen, vergleiche §. 19 der gedachten Verordnung verbiß: „nebst den ~~nach~~ etwa nöthigen Bemerkungen“, und namentlich, wo die Erhebung der Steuern von einem bedingenden Umstande abhängt, der Steuerbehörde darüber, und selbst wenn deßfalls Erkundigung über den Gerichtskreis hinaus bei andern Behörden erforderlich sein sollten, von Zeit zu Zeit Auskunft zu ertheilen.

Wir können uns daher nicht veranlasst finden, die zur Beschwerde gezogene Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts hieselbst vom 4. October v. Jrs. aufzuheben.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 10. December 1858  
an Herzogl. Kreisgericht Blankenburg.

In Gemäßheit eines Ministerialrescripts vom 19. October d. Jrs., wovon beglaubigte Abschrift hierneben erfolgt, eröffnen Wir dem Herzogl. Kreisgerichte Folgendes:

Die in der Verordnung vom 29. October 1821, die Stempelsteuer betreffend, den Gerichten speciell übertragene Mitwirkung bei Ausmittlung und Feststellung der zu entrichtenden Erbschaftsstempelsteuer beruht nicht nothwendig darauf, daß die damaligen unteren Gerichte zugleich Verwaltungsbehörden waren, vielmehr liegt es weit näher, solche Mitwirkung als einen Zweig der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufzufassen, weil das Gericht, welches die Publication der Testamente zu besorgen und die Vormundschaft anzuordnen hat, fast nur allein im Stande sein wird, in dieser Beziehung sichere Auskunft zu erteilen. Auch die Notare, denen ein Theil der freiwilligen Gerichtsbarkeit neben den Gerichten übertragen ist, sind für Verwendung des gesetzlichen Stempelpapiers verantwortlich und dessfalliger Controle unterworfen. Notar-Ordn. §. 22.

Es kann nun daraus, daß der nach der Verordnung vom 29. October 1821 den Gerichten obliegenden Mitwirkung in dem Gesetze über die Gerichtsverfassung vom 21. August 1849 nicht ausdrücklich gedacht ist, keinesweges gefolgert werden, daß die Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte von der Mitwirkung bei Feststellung der Erbschaftsstempelsteuer entbunden seien, vielmehr ist anzunehmen, daß auch dieser Geschäftszweig durch §. 20 des gedachten Gesetzes mit der freiwilligen Gerichtsbarkeit den Herzoglichen Stadt- und Amtsgerichten übertragen sei. Sollten hierüber noch Zweifel obwalten, so würde es der Herzogl. Landesregierung zustehen, darüber Bestimmung zu treffen, welche Behörde sich den fraglichen Geschäften zu unterziehen habe. Dieselbe hat nun aber bereits durch Ministerialrescript vom 1. Juli 1850 die Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte angewiesen, sich der Besorgung der die Erbschaftsstempelsteuer betreffenden Angelegenheiten zu unterziehen.

Hiernach halten wir dafür, daß Herzogl. Kreisgericht, welches nach §. 22. des Gerichtsverfassungsgesetzes auch in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit die vorgesezte Behörde der ihm untergeordneten Amtsgerichte ist, sich nicht entziehen kann, über die von Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction bei ihm über das Herzogl. Amtsgericht Blankenburg geführte Beschwerde wegen verweigerter Mitwirkung bei Feststellung der Erbschaftsstempelsteuer zu entscheiden, und weisen wir Herzogliches Kreisgericht an, über die gedachte Beschwerde forderfamst die Entscheidung abzugeben.

## Steuern (directe).

**Gesetz**, eine Ergänzung des Gesetzes vom 24. August 1849 über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer betreffend. 23./30. März 1854. Nro. 17. S. 85.

Die Herzogl. Landes-Deconomie-Commission wird ermächtigt, bei bemerkter Abweichung von den richtig erkannten Bonitirungsgrundsätzen eine neue Abschätzung eines Amtsbezirks oder einzelner Feldmarken durch andere Sachverständige auch ohne vorgängigen Antrag der Feldmarksinteressenten anzuordnen.

**Gesetz**, die Befreiung der Kirchen und übrigen frommen Stiftungen von der Grundsteuer betreffend. 20. April 1855. Nro. 22.

3. Mai

§. 1. Die Grundbesitzungen der Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwenhäuser, Schulen und milden Stiftungen, welche steuerfrei sind, sollen auch künftig von der Grundsteuer befreiet bleiben.

- §. 2. Die zum vereinigten Kloster- und Studienfonds gehörigen Grundstücke bleiben gleichfalls von der Grundsteuer befreiet.
- §. 3. Der §. 7 des Gesetzes vom 24. August 1849 Nro. 33 erleidet auch auf die hier ausgesprochenen Grundsteuerbefreiungen Anwendung.

**Steueraus schreiben**, die Erhebung der allgemeinen Grundsteuer betreffend. 4./16. August 1858. Nro. 48. S. 221.

- §. 1. Aufhebung der Steuern, welche bisher von Grundstücken zu entrichten waren.
- §. 2. Einführung der allgemeinen Grundsteuer.
- §. 3. Aufhebung der Befreiung der Gildegenossen in der Stadt Wolfenbüttel von der Gewerbebesteuer.
- §. 4. Beibehaltung der bisherigen Steuern in der Stadt Braunschweig.

## Strafproceß.

**Gesetz**, die Declaration der gesetzlichen Bestimmungen über die Bestellung von Verteidiger:n für angeklagte Verbrecher betreffend. 25. Juni 1855. Nro. 33.

3. Juli

Wenn mit den nach §. 3. des Gesetzes vom 31. October 1851 Nro. 45 der Competenz der Kreisgerichte überwiesenen Fällen mit diesen connexe geringere Straffälle zugleich zur Verhandlung kommen, so sind in diesen letzten Sachen den Angeklagten Verteidiger auf Kosten der Staatscasse nicht zu bestellen.

**Gesetz**, das Verfahren hinsichtlich der Vergehen, welche nur auf Antrag der Verletzten bestraft werden, betreffend. 28. Januar 1856. Nro. 4. S. 9.

7. Februar

- §. 1. Die auf Privatanlagen erlassenen Erkenntnisse sollen ohne Antrag des Privatanklägers vom Gerichte ungesäumt für vollstreckbar erklärt werden.
- §. 2. Der Privatankläger kann die Strafe nur innerhalb dreier Tage nach publicirtem Erkenntniß ganz oder theilweise erlassen.
- §. 3. Die frühern entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen werden aufgehoben.

**Circularrescript** Herzogl. Cassationshofes an sämtliche Herzogl. Kreis-, Amts- und Stadt-Gerichte, die vorschriftsmäßige Verfolgung der Richtigkeitsbeschwerde in Strafsachen betreffend. 6./11. April 1857. Nro. 21. S. 49.

Die Befolgung der Vorschriften des §. 160 der Strafproceßordnung rücksichtlich der Einreichung der Anmeldung des Rechtsmittels und der Darstellung der Beschwerdepunkte in mehrfacher Ausfertigung wird eingeschärft.

**Gesetz**, die Ergänzung der der Strafproceßordnung vom 22. August 1849 angehängten Sportel-Ordnung betreffend. 26. Mai 1857. Nro. 31. S. 125.

10. Juni

- §. 1. Sportellsag für Verhandlung und Erkenntniß über Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.
- §. 2. Sportellsag für das Verfahren und Erkenntniß in Betreff Anerkennung der Identität Verurtheilter.



- §. 3. Sportelsatz für gerichtliche Erkenntnisse und Verfügungen über Anträge auf Wiedereinsetzung in politische und bürgerliche Rechte.
- Gesetz**, Abänderungen der Strafproceßordnung betreffend. 4/20. Mai 1858. No. 26. S. 69.
- §. 1. Bestimmung über die Beordnung von Verteidigern in den bisher zur schwurgerichtlichen gehörigen, jetzt zur freisgerichtlichen Competenz überwiesenen Strassachen.
- §. 2. Bestimmung über die Nothwendigkeit der Voruntersuchung.
- §. 3. Bestimmung über Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft.
- §. 4. Bestimmung über die Fassung des Wahrspruchs und des Urtheils.
- §. 5. Verhaftung der in den Anlagestand Versetzten.
- §. 6. Bestimmung über die Ladung von Zeugen in Schwurgerichtssachen.
- §. 7. Aufhebung von Bestimmungen der Strafproceßordnung und des Gesetzes vom 30. December 1851. No. 45.
- §. 8. Bestimmung über Vernehmung des Angeklagten, Wahl eines Verteidigers und über die Frist zur Einbringung von Einwendungen gegen die Competenz des Criminalsenats oder wegen Richtigkeit des bisherigen Verfahrens.
- §. 9. Entscheidung über solche Einwendungen durch den Cassationshof.
- §. 10. Einreichung des Verzeichnisses der Zeugen und deren Einrichtung.
- §. 11. Verweisung vor die nächste öffentliche Sitzung des Schwurgerichts und Ladung des Angeklagten.
- §. 12. Stellung des Angeklagten am Schwurgerichts-Sitzungsorte 24 Stunden vor der Sitzung.
- §. 13. Bildung einer Liste der Geschwornen.
- §. 14. Bestimmungen über die Qualifikation zum Geschwornen.
- §. 15. Bestimmungen über die Unzulässigkeit zum Amte eines Geschwornen.
- §. 16. Bestimmungen über die Unzulässigkeit für einzelne Sachen.
- §. 17. Behinderung einzelner Classen der Angestellten für die Zeit ihrer Anstellung, wie der Mitglieder des Hoftheaters.
- §. 18. Aufstellung der Listen der als Geschworne zulässigen Personen und Berufungen dagegen.
- §. 19. Einsetzung der von den Verwaltungsbehörden aufgestellten Listen an den Criminal-Senat.
- §. 20. Bildung der Listen der Haupt- u. Ergänzungs-Geschwornen u. Ladung der Geschwornen.
- §. 21. Bestimmungen für den Fall der Erschöpfung der Liste der Ergänzungs-Geschwornen.
- §. 22. Entschuldigungsgründe für die Ablehnung des Amtes eines Geschwornen.
- §. 23–27. Nähere Bestimmungen wegen Geltendmachung der Entschuldigungen.
- §. 28. Bestrafung des Richterscheitens geladener Geschwornen.
- §. 29. Bestrafung fälschlicher Angabe eines Entschuldigungsgrundes.
- §. 30. Ergänzung der geladenen aber nicht erschienenen Geschwornen.
- §. 31. Vorführung der ungehorsam nicht erschienenen Geschwornen.
- §. 32. Sitzungszeit der Geschwornengerichte.
- §. 33. Bestimmung der Richter aus den Mitgliedern des Criminal-Senats.
- §. 34. Zulässigkeit der Aburtheilung eines Strassalles in einer spätern Sitzung oder an einem andern Orte.

- §. 35. Eröffnung der Schwurgerichtssitzung.
  - §. 36. Wahl der Geschwornen.
  - §. 37. Aufhebung des §. 138 der Strafproceßordnung. Aenderweite Bestimmung über die Schlussklärung durch den Präsidenten.
  - §. 38. Aufhebung des §. 139 der Strafproceßordnung. Aenderweite Bestimmung über Feststellung der den Geschwornen vorzulegenden Fragen.
  - §. 39. Bestimmungen im Falle ein Strafverfahren auf erhobene Richtigkeitsbeschwerde als nichtig aufgehoben ist.
  - §. 40. Ersatz von Reisekosten an die Geschwornen.
  - §. 41. Abänderungen der Spottel- und Gebühren-Taxe.
  - §. 42. Transitorische Bestimmungen.
  - §. 43. Neue Redaction der Strafproceßordnung.
- Gesetz**, Abänderungen der §§. 160, 161 u. 184 der neuen Redaction der Strafproceßordnung betreffend. 22. November 1859. No. 47. S. 253.
10. December
- §. 1. Vollstreckbar-Erklärung der Erkenntnisse des Schwurgerichtshofes.
  - §. 2. Anmeldung der Richtigkeitsbeschwerde gegen ein schwurgerichtliches Erkenntniß.
  - §. 3. Verfahren nach der Vollstreckbarkeits-Erklärung.
  - §. 4. Aufrechterhaltung der nicht abgeänderten Bestimmungen der §§. 160, 161 und 184 der Strafproceßordnung.

### Rescripte.

Bericht Herzogl. Oberlandesgerichts vom 9. Juni 1842, das Verfahren in Gewerbesteuer-Contraventionsfachen betreffend, an Herzogl. Staatsministerium.

Nach den uns zur Begutachtung mitgetheilten Actenstücken hat das Herzogl. Kreisgericht Holzminden eine Gewerbesteuer-Contraventionsfache gegen den Handlungsdiener R. zu S., wegen unbefugt getriebenen Hausirhandels mit Manufacturwaaren, als zu dessen Competenz nicht gehörig zurückgewiesen, ungeachtet die dortige Herzogl. Kreisdirection auf den Antrag des Amtes die defraudirte Steuer zu 4 Thlr. nachgewiesen hat, die Strafe des vierfachen Betrages derselben mithin 16 Thlr. betragen und die Zuständigkeit des Amtes übersteigen würde. Als Grund dafür hat dasselbe in seiner Verfügung vom 12. April d. Jrs. angeführt, dass der Herzogl. Kreisdirection nur eine Nachweisung der Steuer in zweifelhaften, eine absolute Feststellung derselben aber in nur arbiträren Fällen zustehen, die Selbstständigkeit des richterlichen Urtheils also wieder als Regel eintreten müsse, die defraudirte Steuer auch in dem fraglichen Falle, zufolge des §. 7 des Gewerbesteuergesetzes, eine höhere Strafe als 10 Thlr. nicht werde begründen können.

Wir sind der Ansicht, dass so wenig diese Verfügung als das übrige Verfahren in dieser Sache, den Gesetzen entspreche, wie wir im Folgenden darzulegen uns bemühen werden.

Der für Hausirer im Gewerbesteuer-Tarif von 1837 pag. 197 der Gesetzsammlung be-

stimmte Steuersatz beträgt von 1—6 Thlr. Wenn also das Herzogl. Amt die fragliche Untersuchungssache ohne Weiteres an das Herzogl. Kreisgericht gesandt hätte, so war dessen Competenz nach Analogie der gesetzlichen Bestimmung für Criminalsachen im §. X. des Patents vom 10. Juli 1840 an sich schon begründet, weil das höchste gesetzlich angedrohte Strafmaass die amtliche Competenz überstieg und diese Zuständigkeit war so lange anzunehmen, bis die Steuer auf den concreten Fall von der zuständigen administrativen Behörde auf gesetzliche Weise so niedrig bestimmt worden wäre, dass der vierfache Strafbetrag derselben unter die Competenz des Herzogl. Kreisgerichts herabgesunken sein würde.

Wenn nun das Herzogl. Amtsgericht aber sich an die Herzogl. Kreisdirection wandte, um den einfachen Steuersatz für den vorliegenden Fall feststellen zu lassen und wenn diese Behörde hierauf einging und die Steuer qu. in Gemäßheit des §. 53 des Gewerbesteuergesetzes auf 4 Thlr. hoch festsetzte, so entsprach dies, unseres Erachtens, den gesetzlichen Vorschriften nicht, denn der §. 53 C. c. beschränkt die Befugniß der Herzogl. Kreisdirectionen zur Nachweisung des Betrages der defraudirten Steuer in zweifelhaften Fällen auf diejenigen, wo es sich um Bestimmung streitiger Grenzen der Gewerbe und Handelsbefugnisse bereits concessionirter Gewerbetreibender handelt, welcher Fall hier keineswegs eintrat. Vielmehr mußte die Feststellung des Steuerbetrags von der gesetzlich dazu autorisirten Behörde geschehen. Diese ist aber nach klarer Bestimmung des §. 25 des Gewerbesteuergesetzes keine andere als das Herzogl. Steuercollegium.

Da der Steuersatz, welchen der Denunciat R. defraudirt hatte, zwischen 1—6 Thlr. schwankte, so konnte es nie Sache des Gerichts sein, denselben zu bestimmen, sondern dies mußte durch Requisition des Herzogl. Steuercollegiums geschehen und hiernach war, sofern das Gericht sich von der Gesetzlichkeit des solchergestalt bestimmten Steuersatzes überzeugt oder vielmehr nicht einen offenbaren Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften darin fand, der Strafbetrag und mit demselben die Competenzfrage zu reguliren. Das Herzogl. Kreisgericht Holzminden war also keineswegs für befugt zu halten, wie es gleichwohl gethan, den Steuerbetrag selbst nach Vorschrift des §. 7 des Gewerbesteuergesetzes zu arbitriren.

Dem verehrten Herzogl. Staatsministerium geben wir diesernach ehrerbietigst anheim, sowohl die Herzogl. Kreisdirection als auch das Herzogl. Kreisgericht Holzminden dem Obigen gemäß bescheiden zu wollen.

### Vericht Herzogl. Oberlandesgerichts vom 9. Januar 1843 an Herzogl. Staatsministerium.

Das Herzogl. Kreisgericht Holzminden will in der im Rescripte, welches Herzogliches Staatsministerium in der Gewerbesteuer-Contraventionsache wider den Handlungsdiener R. am 18. Juni v. Jrs. an dasselbe erlassen, enthaltenen Anleitung und Zurechtweisung eine Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit finden und aus den eingesandten Abstimmungen der votirenden Mitglieder desselben ergibt sich, dass die Majorität derselben dieser Ansicht beigetreten ist.

Uns scheint jedoch dasselbe Zweck und Richtung verfehlt und die Gründe des erwähnten Rescripts nicht wiederlegt zu haben.

Die einfache Frage, um welche es sich handelt, dürfte sich dahin feststellen lassen: ob in Gewerbesteuer-Contraventionsfällen alsdann, wenn

der Tarif einen, zwischen einem Minimum und Maximum unbestimmten Steuersatz für ein außerhalb der Classen besteuertes Gewerbe, wie z. B. für Hausfirer, festsetzt, die hiernach in einzelnen Fällen jedesmal nöthig werdende Fixirung des Steuersatzes zum Ressort des Herzogl. Steuercollegiums, oder der Gerichte gehöre?

Die Verpflichtung der Gerichte in dergleichen Contraventionsfällen beschränkt sich nun darauf:

1. zu ermitteln, ob eine Contravention gegen das Gesetz wirklich stattgehabt hat?  
und sofern dies der Fall ist,
2. das darauf gesetzte Strafmaaß vorschriftsmäßig zu bestimmen.

In beiden Beziehungen sind die Gerichte unabhängig.

Um nun in Gewerbesteuer-Contraventionen das Strafmaaß bestimmen zu können, ist es, da solches gesetzlich in einer dem vierfachen Betrage des einfachen Steuersatzes gleichen Geldstrafe besteht, unumgänglich nöthig, den letzten zuvörderst auf gesetzliche Weise zu ermitteln.

Dieser Satz ist nun entweder unmittelbar aus dem Gesetze zu entnehmen, sofern er an sich bestimmt ist, wie die Sätze in den Classen und einige außer denselben, z. B. für Buchdrucker und Frachtfahrer, oder solcher erfordert erst noch eine Fixirung innerhalb des Minimum oder Maximum der gesetzlichen Sätze, wie z. B. bei den Hausfirern. Nach §. 25 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 4. April 1837. gehört diese Feststellung des Steuerbetrages zum Ressort des Herzoglichen Steuercollegii und erst wenn eine solche Fixirung definitiv erfolgt ist, steht ein solcher Steuersatz den unmittelbar durch das Gesetz fixirten Sätzen gleich.

Wenn nun aber der Steuersatz, welchen ein Contravenient zu zahlen haben würde und nach welchem dessen Strafe zu bemessen ist, sich, unseres Erachtens, nach dem mutmaßlichen Umfange, in welchem das Gewerbe hätte betrieben werden können, wenn die Befugniß dazu ordnungsmäßig erlangt wäre, (§. 7. l. c.) richten muß, nicht aber, wie Herzogl. Kreisgericht Holzminden irrig anzunehmen scheint, nach dem durch die Untersuchung ermittelten Umfange des unbefugt ausgeübten Gewerbes zu bestimmen ist, so ist nicht abzusehen, warum die Befugniß des Herzogl. Steuercollegii zu Fixirung des Steuersatzes in Contraventionsfällen auf das untersuchende Gericht übergehen solle, und wie im entgegengesetzten Falle die Unabhängigkeit der Justiz dadurch gefährdet werden solle, vielmehr sind die Gerichte an den solchergestalt verfassungsmäßig und gesetzmäßig fixirten Steuersatz gebunden und würde nur dann eine Ausnahme hiervon eintreten, wenn die erfolgte Fixirung den gesetzlichen Vorschriften geradehin entgegen wäre, z. B. wenn der zwischen 2 und 6 Thlrn. gesetzlich unbestimmte Steuersatz für Hausfirer unter das Minimum oder über das Maximum hätte fixirt werden wollen, welchenfalls dem Gerichte mindestens eine nähere Erörterung dieses Umstandes obliegen würde, indem es durch keinen Antrag gegen das Gesetz zu erkennen würde vermocht werden können.

So viel uns bekannt, ist auch diesemgemäß von den Gerichten stets verfahren und ein Bedenken hingegen konnte während der Gültigkeit der Gewerbesteuer-Verordnung von 1821 um so weniger entstehen, als in dieser (§. 32) neben Erlegung der Strafe, die Nachzahlung der gesetzlichen Steuer vorgeschrieben war und kein Gericht den Versuch gemacht hat, in demselben Erkenntnisse, welches beide Punkte umfassen mußte, die Strafe anders als nach dem vierfachen

Beträge des von der Steuerbehörde arbitrirten Steuersatzes festzustellen. Durch das Gesetz von 1835 (Nro. 35) und das Gewerbesteuergeſetz von 1837 iſt in allen jenen Verhältniſſen, wie die einſchlägigen Beſtimmungen der Verordnung von 1821 ergeben, (§. 20. 23. 32) nur das geändert, daß gegenwärtig die Nachzahlung der defraudirten Steuer wegfällt.

Gleichwohl würde auch den Contravenienten, falls ſie durch den vom Herzogl. Steuer-Collegium fixirten Satz beſchwert zu ſein erachten ſollten, gleich jedem andern Steuerpflichtigen das demſelben nach §. 14. l. c. geſtattete Reclamationsrecht nicht abzuprechen ſein und erſt nachdem dieſes auf dem vorgeschriebenen Wege erledigt worden, würde der ſolddergestalt definitive fixirte Steuersatz zur Grundlage der Strafbeſtimmung dienen können. Dieſe Proceedur, welche ſowohl in erſter als zweiter Inſtanz würde eintreten und möglicherweise ſowohl auf die Competenzfrage als auf eine Abänderung des erſten Erkenntniſſes würde influiren können; hat jedoch keineswegs, wie die Abſtimmung der Mitglieder des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden zum Theil anzudeuten ſcheinen, die Natur eines Rechtsmittels, vielmehr würde ſie nur als eine vervollſtändigte Inſtruction zu betrachten ſein, welche entweder der Thätigkeit des Contravenienten überlaſſen werden, oder noch beſſer, ſofort vom unterſuchenden Gerichte auf Antrag vorzunehmen ſein würde.

Sollte demnach durch die definitive Feſtſtellung des Steuersatzes in erſter Inſtanz das Strafmaaß unter die Competenz der Kreisgerichte hinabſinken, ſo würde alsdann nichts entgegen ſtehen, die Sache an das betreffende Amt zurückzuweiſen. Träte dagegen daſſelbe erſt in der Bertheidigungsinſtanz ein, ſo würde das kreisgerichtliche Erkenntniß nicht als nichtig aufzuheben, ſondern die ermäßigte Strafe vom Gerichte zweiter Inſtanz mit Abänderung des erſten Erkenntniſſes auszusprechen ſein.

Wenn nun aber der unerwartete Fall eintreten ſollte, daß das Herzogl. Kreisgericht Holzminden, ungeachtet daſſelbe in der Reſchen Sache keinen Anſtand genommen, nach Abgabe des Reſcripts Herzogl. Staatsminiſteriums vom 18. Juni v. Jrs. zu verfahren, von ſeiner Anſicht, die einfache Steuer zum Behuf des zu ermittelnden Strafbetrages nach eigenem Ermessen zu fixiren, nicht abzubringen wäre, ſo würden wir wohl nicht im Stande ſein, deſſen Erkenntniß von Amtswegen als nichtig aufzuheben und zur Abgabe eines andern Erkenntniſſes mit Erfolg Auflage ertheilen zu können, vielmehr würde alsdann, da der Steuerbehörde ein Rechtsmittel nicht zuſteht, auch zum Nachtheil des Angeklagten auf deſſen etwaige weitere Bertheidigung nicht reformirt werden darf, nichts weiter übrig bleiben, als zu beſtätigen, ſollte auch das kreisgerichtliche Erkenntniß als geſchwidrig und zu milde betrachtet werden müſſen.

Ob dieſe Angelegenheit zur Requirirung im Wege der Geſetzgebung geeignet ſei, erſcheint uns vorerſt noch zweifelhaft, zumal Bedenken der fraglichen Art bei den übrigen Gerichten noch überall nicht zum Vorſchein gekommen ſind und wenigstens abzuwarten ſein dürfte, welches Reſultat eine fernere Belehrung des Herzogl. Kreisgerichts Holzminden herbeiführen werde.

Reſcript Herzogl. Staatsminiſterii vom 8. März 1843  
an Herzogl. Kreisgericht Holzminden.

Die in dem Poſſcripte vom 22. Novbr. v. Jrs. geäußerten Bedenken haben uns um ſo mehr bewogen, die in Unſerm Reſcripte vom 18. Juni v. Jrs., Nro. 4897, dem Herzogl.

Kreisgerichte eröffneten Grundsätze, nochmals in genaue Erwägung zu ziehen, als Wir die verfassungsmäßig feststehende Unabhängigkeit der Gerichte innerhalb des ihnen zustehenden Wirkungskreises für die wesentlichste Grundlage jeder geordneten Staatsverfassung halten. Wir haben daher den gutachtlichen Bericht des Herzogl. Oberlandesgerichts über diesen Gegenstand erfordert und lassen denselben d. d. den 9. Januar d. Jrs., dem Herzogl. Kreisgerichte hieneben in Abschrift zugehen. Wir können Uns auf dessen Inhalt nur beziehen, da derselbe mit den in Unserm Rescripte vom 18. Juni v. Jrs. ausgesprochenen Ansichten völlig übereinstimmt und diese weiter entwickelt, indem Wir nur noch Folgendes bemerken.

Die Bestimmung des Steuersatzes überhaupt, sowie die Bestimmung der Größe desselben innerhalb des in Dem Tarife gelassenen Spielraums ist unstreitig Verwaltungssache. Schon das Landesgrundgesetz spricht sich ausdrücklich darüber aus, daß die Gerichte, obwohl unabhängig in ihrer Sphäre, nicht befugt sind, in den Geschäftskreis der Verwaltungsbehörden hinüber zu greifen. Ganz diesem Grundsätze gemäß ist in dem Gesetze über die Organisation der Steuer-Direction (No. 30 vom Jahre 1832) dieser Gegenstand bestimmt worden, da Steuersachen nur insofern, als sie von der Vorentscheidung über Privatrechte abhängen, Gegenstand gerichtlicher Discussion werden sollen. Das Gewerbebesteuergesetz bestimmt nun überdies ausdrücklich, daß die Veranlagung der Steuern zum Ressort des Steuer-Collegiums gehören solle (§. 25) und schließt damit jede Einwirkung der Gerichte bei Veranlagung der Steuern oder was dasselbe ist, bei Bestimmung der Größe des Steuersatzes, von selbst aus. Eben so wenig wie über denselben im Wege des Civilprocesses gestritten werden kann, kann durch die Einleitung eines Strafverfahrens in dieser Beziehung die Competenz des Gerichts begründet werden. Hält dasselbe den bestimmten Steuersatz für gesetzwidrig, so muß es deshalb mit dem Steuercollegium communiciren und, falls es dessen Erwiderung nicht für genügend erachtet, die Entscheidung der Landesregierung erwirken, über die Richtigkeit des auf solche Weise im Verwaltungswege ordnungs- und verfassungsmäßig formell bestimmten Steuersatzes aber steht den Gerichten eine Cognition nicht zu.

Wir können kaum zweifeln, daß das Herzogl. Kreisgericht bei nochmaliger Erwägung sich von der Richtigkeit der oben ausgesprochenen, auf klaren gesetzlichen Vorschriften beruhenden Grundsätzen überzeugen werde und halten mit dem Herzogl. Oberlandesgerichte die Erlassung gesetzlicher Bestimmungen über diesen Gegenstand um so weniger für erforderlich, als selbst für einzelne zur Entscheidung kommende Fälle die bestehende Gesetzgebung eine Aushülfe gewährt, indem, wenn von den Gerichten hier ihre Competenz verkannt werden sollte, das Steuercollegium, auf Grund des §. 21 des Gesetzes über die Ministerial-Commission, gegen eine solche ungebührliche Ausdehnung der Competenz der Gerichte bei Ausübung der Strafrechtspflege den Einspruch zu erheben und eine Entscheidung der Ministerial-Commission zu erwirken befugt sein würde, wozu Wir das Herzogliche Steuer-Collegium in vorkommenden Fällen hieneben angewiesen haben.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 22. Decbr. 1852.

Ueber die mittelst Berichts vom 1. d. Mts. Uns angezeigte Reclamation des Königl. Preussischen Oberpostdirectors zu Magdeburg, betreffend ein von dem Amtsgerichte Helmstedt

in Anklagesachen wider den Brauer F. zu S. abgegebenes Erkenntniß, haben Wir Uns veranlaßt gefunden, das Gutachten des Ober-Staatsanwalts einzuziehen, lassen den Bericht desselben vom 8. d. Mts. der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection abschriftlich hiebei zugeben und erklären Uns mit der darin geäußerten Ansicht einverstanden.

**Bericht des Ober-Staatsanwalts an Herzogl. Staatsministerium  
vom 8. December 1852.**

In Gemäßheit der Landschaftsordnung von 1832 §. 205 können Landeseinwohner, welche im Auslande strafbare Handlungen begangen haben, im hiesigen Staatsgebiete nicht anders zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden, als insofern jene Handlungen nach gemeinen deutschen Criminalrechte (jetzt dem Criminalgesetzbuche) mit Strafe bedrohet sind.

Die Convention mit dem Königreiche Preußen vom 9. Decbr. 1841 enthält in den Artikeln 36, 37, 38, soweit nicht hinsichtlich der Uebertretung der Forst- Jagd- und Zollgesetze besondere Verträge bestehen, keine von dem Landesgrundgesetze abweichende Bestimmungen, indem Art. 36 ausdrücklich von Verbrechen redet, im Gegensatz von Vergehen und Uebertretungen, bei welchen die Art. 37 und 38 aufgestellten Grundsätze zur Anwendung kommen.

Das Herzogl. Amtsgericht Helmstedt hat daher die Einleitung des Strafverfahrens wider den Brauer F. zu S., wegen im Königl. Preussischen Staatsgebieten verübter Postcontravention, meiner Ansicht nach, mit Recht abgelehnt, und in dieser Beziehung nur auf zu gestattende Selbstgefellung (Art. 38) verweisen können. Denn obwol Art. 38 seiner Fassung nach den Zweifel übrig läßt, wie es bei einer Uebertretung solcher polizeilichen Vorschriften zu halten sei, welche in beiden Staaten (und zwar, Postcontraventionen der vorliegenden Art anlangend, für das hiesige Herzogthum nach der Postverordnung von 1832 §. 63) bestehen, und es scheinen könnte, daß deßfalls die im Art. 38 nachgelassene freiwillige Gefellung nicht statfinde, so mögte doch letzte nur als eine zum Vortheile der Angeschuldigten gereichende Vergünstigung zu betrachten sein, auf welche das Verbot freiwilliger Prorogation (Art. 4) schwerlich in Anwendung zu bringen ist.

**Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 3. Januar 1853  
an sämtliche Staatsanwälte.**

Aus an mich eingesandten Acten und öffentlichen Blättern habe ich ersehen, daß mehre der Herren Staatsanwälte die gerichtliche Genehmigung zur steckbrieflichen Verfolgung solcher Personen beantragen, welche Verbrechen oder Vergehen verübt zu haben verdächtig, entflohen sind. Es entspricht dies Verfahren den Bestimmungen der Strafproceßordnung nicht. Vielmehr ist in den geeigneten Fällen und wenn die Verhaftung nicht selbstständig von den Herren Staatsanwälten angeordnet werden kann (Str.-Pr.-Ordn. §. 29, Gesetz über die gerichtliche Polizei §. 9.) auf Ertheilung gerichtlichen Haftbefehls, wo und dafern der Flüchtige betroffen werden sollte, anzutragen und der ertheilte Haftbefehl als Steckbrief, mit hinzugefügter Personenbeschreibung, bekannt machen oder mit Bezug auf den Haftbefehl die steckbriefliche Verfolgung, als Mittel zum Zwecke, eintreten zu lassen.

**Circularrescript der gerichtlichen Disciplinarbehörde vom 25. Jan. 1853  
an sämtliche Kreisgerichte.**

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß von einigen Untersuchungsrichtern das Alter des vernommenen Angeeschuldigten, Zeugen und Sachverständigen zu den Acten nicht immer gehörig registrirt wird. Wir weisen daher, insonderheit mit Bezug auf §. 60 des Crim.-Ges.-Buchs. und §. 103 der Str.-Pr.-Ordn. die Herzoglichen Kreisgerichte hiermit an, den bei ihnen angestellten Untersuchungsrichtern sowie den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten die Auflage zu ertheilen, daß künftig die Bezeichnung des Alters der vernommenen Personen nicht unterlassen werde, widrigenfalls zu gewärtigen ist, daß die Nachholung auf Kosten derjenigen Beamten, welche jene nöthig gemacht haben, geschehe.

**Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 29. Januar 1853  
an den Staatsanwalt zu Gandersheim.**

Auf die Berichte vom 21. und 27. d. Mts. erwidere ich bei Rücksendung der Untersuchungsacten wider den Rothsaffen J. zc., wegen Diebstahls, das Folgende:

In Uebereinstimmung mit dem gemeinen Rechte haften nach der Str.-Pr.-Ordn. §. 67. Abs. 1. mehrere Schuldige für die Kosten des Verfahrens solidarisch. Diese Solidarpflicht ist zwar beschränkt auf die Kosten der Proceßur bis zum Erkenntniß, solches einschließend, indem die Kosten der Rechtsmittel (Str.-Pr.-Ordn. §. 67 Abs. 2) und die Kosten der Strafvollziehung den Einzelnen treffen, sie umfaßt dagegen auch die Kosten der Vertbeidigung der Mitschuldigen, sofern deren Vertbeidigung nach der Schwere der ihnen angedrohten Strafe zur Rechtsbeständigkeit des Verfahrens nothwendig erscheint (Str.-Pr.-Ordn. §. 7. §. 101. Abs. 3).

Obige Grundsätze sind schon vom Herzogl. Oberlandesgerichte und vom Gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichte (vergl. Resolution des Ober-Appell.-Ger. vom 7. April 1848 in Bege's Repertor. Th. 6. S. 40 u. 41) fortwährend angewendet und kann es keinen Unterschied begründen, ob die Vertbeidigung der Mitschuldigen lediglich durch die auf das verübte Verbrechen selbst gesetzte Strafe oder durch Hinzukommen von in der Person der Mitschuldigen liegenden Straferschwerungsgründen bedingt ist, da nach §. 7 der Str.-Pr.-Ordn. über Nothwendigkeit formeller Vertbeidigung und also dieses wesentlichen Bestandtheiles des Verfahrens, die angedrohte Strafe entscheidet, die angedrohte Strafe aber durch gleichmäßige Berücksichtigung beider jener Momente bestimmt wird. (Einführungs-Patent zum Crim.-Ges.-Buche, Motive §. X. S. 132)

Die gegenwärtige Strafsache anlangend, mußte dem Mitangeschuldigten B. ein Vertbeidiger in Gemäßheit des Gesetzes vom 30. October 1851, Art. 45, §. 3, von Amtswegen allerdings beigeordnet werden, da B. rückfällig, wegen des an sich mit Zwangsarbeit bis zu einem Jahre bedrohten Diebstahls, Zwangsarbeit bis von 5 Jahren verwirkt hatte, letztgedachte Strafe also die im vorliegenden Falle die gesetzlich angedrohte war, und daß bei Prüfung der Frage, ob Vertbeidigung nothwendig sei, die vorhandenen Straferschwerungsgründe mit in Betracht zu ziehen sind, ergibt sich nicht nur aus dem Vorstehenden, sondern wird auch dadurch



als unzweifelhaft nachgewiesen, daß wenn auf dem Verbrechen an sich Zwangsarbeit nicht unter 1 Jahre steht, nicht die kreisgerichtliche, sondern die schwurgerichtliche Zuständigkeit begründet ist. (§. 2. Art. 1b. des angeführten Gesetzes.)

Demzufolge wird, falls Herzogl. Kreisgericht Gandersheim solidarische Verurtheilung der drei Angeklagten in die Kosten des Verfahrens ohne weiter gemachten Zusatz ausgesprochen hätte, auch die Kosten der Vertheidigung des unvermögenden B. von dem allein zahlfähigen Rothsaßen J. einzuziehen gewesen sein.

Da jedoch Herzogl. Kreisgericht also gesprochen hat:

das Gericht verurtheilt sämtliche Angeklagte zur solidarischen Tragung und Erlegung der Untersuchungskosten zu 13 Thlr. 20 Ggr., wie auch jeden der Angeklagten zu Bezahlung der Gebühren seines Vertheidigers,

so können nach diesem Wortlaute des Erkenntnisses vom 29. Septbr. vor. Jrs. die durch Vertheidigung des B. erwachsenen Kosten von dem Rothsaßen J. nicht mit eingefordert, sondern sie müssen, wie bereits am 23. October vor. Jrs. geschehen ist, auf die Staatscasse angewiesen werden (Sportel- und Gebühren-Ordn. in Strafsachen B. Bemerkung b.)

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 23. Februar 1853 an die Herzogl. Kreisgerichte.

Nach dem §. 92 Abs. 4 der Str.-Pr.-Ordn. sollen nach Verkündigung der Entscheidung darüber, ob der Angeklagte schuldig sei, der Staatsanwalt sowie der Angeklagte und dessen Vertheidiger auf besondern Antrag mit ihren etwaigen Bemerkungen über den Rechtspunkt nochmals gehört werden und sodann erst die Entscheidung über die Rechtsfrage und die Strafe erfolgen.

Der Antrag auf nochmaliges Gehör über den Rechtspunkt wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß etwa schon vor Abgabe der Entscheidung über die Schuldfrage nach Abgabe des §. 91 auch über die Rechtsfrage verhandelt ist, wie der in dem §. 92. Abs. 4 gebrauchte Ausdruck „nochmals“ unzweifelhaft ergibt.

Da aber ferner nicht vorgeschrieben ist, daß der bezeichnete Antrag vor Verkündigung der Entscheidung über die Schuldfrage gestellt werden müsse, so folgt daraus, daß das nochmalige Gehör über den Rechtspunkt auch noch nach der eben erwähnten Verkündigung beantragt werden darf. Es soll nun hin und wieder die Verkündigung der Entscheidung über die Rechtsfrage und die Strafe unmittelbar ohne alle Unterbrechung mit der über die Schuldfrage verbunden gewesen sein. Dies Verfahren kann nach den angeführten gesetzlichen Bestimmungen nicht für zweckmäßig gehalten werden, indem dann die nach Verkündigung des ersten Theils der Entscheidung zulässigen Anträge nur durch eine Unterbrechung des Actes der Verkündigung von Seiten des Betheiligten, der nochmals gehört zu werden wünscht, möglich gemacht werden würden. Wir finden uns daher veranlaßt, die Herzogl. Kreisgerichte hierdurch anzuweisen, nach Verkündigung der Entscheidung über die Schuldfrage eine angemessene Pause zum Behufe der etwa zu stellenden Anträge einzutreten und daß solches geschehen sei, in dem Sitzungsprotocoll ausdrücklich bemerken zu lassen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 6. April 1853.

Benutzung der Landpostboten zur Insinuation gerichtlicher Verfügungen, siehe Civil-Proceß.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 23. Septbr. 1853.

Den Herren Staatsanwälten lasse ich die vom Herzogl. Staatsministerium mitgetheilte Bekanntmachung der Redaction des Oeberhardtschen Polizei-Anzeigers in Coburg (Jahrgang 1852 No. 75) die Steckbriefliche Verfolgung flüchtiger Verbrecher in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von Seiten deutscher Behörden betreffend, hierneben abschriftlich zur Nachricht zugehen.

Oeberhardtscher Polizei-Anzeiger. Coburg den 12. Septbr. 1853.

#### Bekanntmachung.

Nachdem der zwischen dem Königreich Preußen und anderen Staaten des deutschen Bundes einerseits, und den Vereinigten Staaten von Nordamerika andererseits, wegen der in gewissen Fällen zu gewährenden Auslieferung der vor der Justiz flüchtigen Verbrecher abgeschlossene Vertrag in den betreffenden Staaten zur Publication gelangt ist, so erlauben wir uns darauf erbeugt aufmerksam zu machen, daß Steckbriefe hinter diejenigen Verbrecher, welche in Vereinigten Staaten von den deutschen Behörden verfolgt werden, in jenen Staaten durch Vermittelung unseres Organes, allgemeine Verbreitung erhalten.

Decret des 2. Senats Herzogl. Obergerichts vom 15. Octbr. 1853.

In der Untersuchungssache wider den Tagelöhner C. W. zu Braunschweig, wegen Diebstahls, wird auf die von dem Angeklagten übergebene, mit dem Berichte des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 30. vor. Mts. sammt den Acten eingesandte Beschwerde, nach Anhörung des Ober-Staatsanwalts, hiedurch zum Bescheide ertheilt, daß, da, abgesehen von einzelnen gerichtlichen Verfügungen in Strafsachen, welche auf eine erhobene Beschwerde von dem vorgesetzten Gerichte abgeändert werden können — §. 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849 §. 36. 73. 84. der Strafproceßordnung — alle richterlichen Verfügungen und Entscheidungen und die in Folge derselben vorgenommenen Untersuchungsbehandlungen nur mittelst der gegen das auf dieselben gestützte Erkenntniß, in welchem erst die eigentliche Verletzung liegen kann, gerichteten Richtigkeitsbeschwerde anfechtbar sind — §. 157 der Str.-Pr.-Ordn. §. 9 des Gerichtsverfassungsgesetzes — solchemnach die erhobene Beschwerde formell unstatthaft erscheint, sodann aber auch Mängel und Verstöße gegen die Vorschriften des §. 83 der Str.-Pr.-Ordn. in der in den Acten befindlichen Anklage um so weniger gefunden werden können, als in den den Kreisgerichten zur Aburtheilung überwiesenen Strafsachen auf die Anklage, ohne daß wie bei den zur Competenz des Criminal-Senats gehörigen Sachen — §. 98 der Str.-Pr.-Ordn. — der Staatsanwalt über die Verlegung in den Anklagestand weiter gehört wird, sofort ein Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens gefaßt werden muß — §. 84

der Str.-Pr.-Ordn. — und deshalb die geschehene gehörige, durch den §. 83 der Str.-Pr.-Ordn. überall nicht verbotene thatsächliche und rechtliche Begründung der Anklage, um einer sofortigen Zurückweisung derselben in einer der drei im §. 84 hervorgehobenen Richtungen im Voraus, so viel als thunlich zu begegnen, für unzulässig nicht erachtet werden kann;

die Beschwerde als unstatthaft und unbegründet zurückzuweisen sei.

**Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 27. October 1853  
an den Staatsanwalt zu Blankenburg.**

Die mit Ihrem Berichte vom 1. d. Mts. an mich eingesandt gewesenen Untersuchungs-acten wider den Gärtner E. H. in B., wegen Störung des Hausfriedens eventuell wegen Beleidigung, lassen ersehen, daß Sie wider benannten H. öffentliche Anklage wegen Störung des Hausfriedens erhoben haben, zugleich aber die Beschädigte dem Strafverfahren in der Maasse sich angeschlossen hat, daß von ihr eventuell, für den Fall der Freisprechung des Angeschuldigten von der öffentlichen Anklage, dessen Bestrafung wegen Beleidigung im Wege der Privatanklage beantragt und zu solchem Zwecke die von Ihnen verfasste Anklageschrift Seitens der Beschuldigten mit unterschrieben worden ist.

Da jedoch die, wenn auch eventuelle, Cumulation oder Verbindung öffentlicher Anklage mit einer Privatanklage weder für statthaft noch für angemessen gehalten werden kann, so eröffne ich Ihnen dieses hiemit zur künftigen Beachtung.

**Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 10. November 1853  
an sämtliche Staatsanwälte.**

Hierdurch veranlasse ich die Herren Staatsanwälte, den bei den Herzogl. Amts- und Stadt-Gerichten Ihres Kreises angestellten öffentlichen Anklägern (Gesetz über die gerichtliche Polizei §. 12) mit Bezug auf gegenwärtiges Rescript die Anweisung zu ertheilen: daß dieselben, wenn von den Herzogl. Amts- und Stadt-Gerichten eine erhobene Anklage wegen nicht begründeter Zuständigkeit, oder weil die angeschuldigte Handlung gegen kein Strafgesetz verstoße, oder weil die gerichtliche Verfolgung nur auf geschehenen Antrag vorgenommen werden könne (Gesetz über die gerichtliche Polizei §. 15) zurückgewiesen wird, — davon, sowie von allen ähnlichen mit gerichtlicher Verfolgung der Strafsachen in Verbindung stehenden Angelegenheiten, den Herren Staatsanwälten sofort behüfliche Anzeige zu machen haben.

Die Herren Staatsanwälte werden alsdann gedachte öffentliche Ankläger mit entsprechender Instruction versehen, eventuell über den Gegenstand an mich Bericht erstatten.

**Rescript Herzogl. Obergerichts vom 7. März 1854  
an Herzogl. Kreisgericht Wolfenbüttel.**

In der Untersuchungssache, den auf der Domaine Steterburg in der Nacht vom 22/23. Februar verübten Diebstahl betreffend, communiciren wir dem Herzogl. Kreisgerichte anliegend

Abschrift der durch Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft uns zugegangenen Beschwerde des Staatsanwalts Götz vom 5./6. d. Mts., daß Herzogl. Kreisgericht Anstand genommen habe, die nur auf kurze Zeit, bis dahin nämlich beantragte in Haftbehaltung der Tagelöhner L. und Sp. zu genehmigen resp. zu verfügen, daß dieses zur Vermeidung von Collisionen mit Personen, welche der Theilnahme an dem fraglichen Verbrechen verdächtig sind, erforderlich sein dürfte.

Nach dem Inhalte der Beschwerde, in Verbindung mit den betreffenden Acten ist das vorliegende Verbrechen allerdings von Bedeutung und hinsichtlich der Thäter liegen nicht geringe Anzeigen vor, indem der Tagelöhner L. wenigstens der nachherigen Theilnahme daran geständig ist und soviel den Tagelöhner Sp. anlangt, demselben das Zeugniß des zc. L. entgegensteht. Dazu kommt, daß die von zc. L. ferner bekundeten Angaben des Sp. in Verbindung mit den anliegenden frühern Untersuchungsacten zc. R. und Compl. wohl dazu geeignet sind, diese in der Beschwerde des Staatsanwalts bezeichneten Personen als Mitthuldige zu verdächtigen und auch gegen selbige einzuschreiten.

Unter diesen Umständen nehmen wir, da wir unsere Competenz durch den §. 36 der Str.-Pr.-Ordn. begründet erachten, um so weniger Anstand, die einstweilige Zurückbehaltung der Tagelöhner L. und Sp. in der Haft zu genehmigen und resp. zu verfügen, als die ursprünglichen Bestimmungen, die Beschränkung der persönlichen Freiheit betreffend, durch den §. 23 des Gesetzes vom 19. März 1850, über die gerichtliche Polizei u. s. w., demgemäß Modificationen erlitten haben.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 21. März 1854  
an sämtliche Staatsanwälte.

Die Herren Staatsanwälte empfangen hierneben Abschrift des Herzogl. Ministerial-Rescripts vom 8. d. Mts., um solches Rescript den Oberförstbeamten und den bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten angestellten öffentlichen Anklägern (Ges. über die gerichtliche Polizei §. 4 u. 12) Ihres Kreises mit der Eröffnung zugeben zu lassen, daß demnach, wie alle forst- und jagdpolizeilichen Vergehen, so insonderheit Contraventionen wider die Gesetze vom 12. September 1851 No. 39 und vom 16. April 1852 No. 23, von den Forstbeamten gerichtlich zu verfolgen, den letzten mithin desfallige Anzeigen zu überweisen seien.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 8. März 1854  
an den Ober-Staatsanwalt.

Wir erwidern auf Ihren Bericht vom 1. d. Mts., daß alle forst- und jagdpolizeilichen Vergehen, ohne Unterschied, unzweifelhaft durch die Forstbeamten zu verfolgen sind.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 3. Juni 1854  
an Herzogl. Kreisgericht Blankenburg.

Aus den an uns gelangten Untersuchungsacten, das in der Nacht vom 3./4. Mai 1854 in der Wüble des Müllers A. zu B. ausgebrochene Feuer betreffend, haben wir gesehen, daß

das über die Localbeſichtigung am 4. Mai c. aufgenommene Protocol nicht, den Proceßvorſchriften gemäß, von dem dabei gegenwärtig geweſenen Secretair niedergeſchrieben und beglaubigt worden, und daß der Unterſuchungsrichter, auf ſolche Ordnungswidrigkeit von dem Staatsanwalte aufmerkſam gemacht (ſol. 35. act.) dennoch ſein beobachtetes Verfahren hat rechtfertigen wollen.

Da es nun bekannt genug iſt, daß nach gemeinem Strafproceſſe regelmäßig nicht dem Richter, ſondern dem zuzuziehenden Secretaire oder ähnlichen Officianten zuſteht, die erforderlichen Protocolle aufzunehmen, unſere Str.-Pr.-Ordn. auch hiervon nicht abweicht (cf. §. 43. §. 81. §. 92. §. 155) ſo ſehen wir uns veranlaßt, jenes Verfahren des Unterſuchungsrichters zu mißbilligen und Herzogl. Kreisgericht anzuweiſen, den Letztern davon in Kenntniß zu ſetzen und darauf zu halten, daß ähnliche Unzuträglichkeiten vermieden werden.

### Erkenntniß Herzogl. Obergerichts vom 17. Juni 1854.

In Unterſuchungſachen wider den Poſamentirgeſellen Heinrich R. aus B., wegen diffi-  
lenten Lebenswandels, wird auf die von dem Staatsanwalte hieſelbſt gegen den Beſchluß des  
hieſigen Herzogl. Kreisgerichts vom 10. d. Mts. erhobene Beſchwerde, nach Anhörung des Ober-  
Staatsanwalts, auf Grund des §. 36 der Str.-Proc.-Ordn. erkannt:

daß, da die Unterſuchung und Erkennung der Ablieferung an die Beſſerungsanſtalt gegen  
trunkfällige, müßiggängerische oder andere unſittliche Perſonen durch §. 3 des Geſetzes  
vom 14. Januar 1849 Art. 6. den Gerichten als richterliche Handlungen überwieſen  
ſind, mithin die Unterſuchung und Aburtheilung nach Maasgabe der Str.-Proc.-Ordn.  
erfolgen muß,

daraus, daß bei den durch Geſetz vom 14. Januar 1849 resp. vom 29. Juli 1833  
bezeichneten geſetzwidrigen Handlungen und den denſelben durch das Geſetz gedrohten  
Uebeln eine polizeiliche und präventive Natur und Abſicht vorwaltet, dieſes aber bei  
den übrigen durch das Criminalgeſetzbuch und andere Geſetze mit Strafe bedrohten  
Handlungen entweder gar nicht oder nicht im gleichen Maße der Fall iſt, die Unan-  
wendbarkeit der Beſtimmungen der Str.-Proc.-Ordn., ſobald wegen ſolcher unſittlichen  
Handlungen der Antrag auf Vorunterſuchung geſtellt oder Anklage erhoben iſt, nicht  
im mindeſten folgt,

ebendeſſhalb, ſobald die gerichtliche Unterſuchung eingeleitet iſt, nach klarer Beſtim-  
mung des §. 9 der Str.-Proc.-Ordn. über die Verhaftung eines derartigen Angeſchul-  
digten und die Fortdauer der Haft allein die Gerichte und keine andere Behörde zu  
entſcheiden im Stande und in der Lage ſind, die Unterſuchungshaft wegen Sicherung  
der Unterſuchung oder der Vollſtreckung des Strafurtheils für zuläſſig und nothwendig  
durch das Geſetz erklärt iſt, nun aber ein haltbares Motiv dafür, daß der geſetzliche  
Grund und Zweck der Unterſuchungshaft nicht bei Perſonen, welche wegen unſittlichen  
Lebenswandels zur Unterſuchung gezogen ſind, zutreffe, nicht zu erfinden ſteht,

bei dem R. aber, der den Acten nach völlig mittellos, einem vagabondirenden und  
unſittlichen Lebenswandel ergeben und deſſhalb der Flucht im höchſten Grade verdächtig

ist, zur Sicherung sowohl der Untersuchung als der Vollstreckung des demnächst etwa erfolgenden recurtheilenden Erkenntnisses die Verhaftung erforderlich erscheint, unter Beseitigung des Beschlusses vom 10. Juni d. Jrs. des R. fordersamst zu verhaften und zu dem Ende den zu remittirenden Acten eine beglaubigte Abschrift dieser Entscheidung beizufügen sei.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 30. Juni 1854  
an den Staatsanwalt zu Gandersheim.

2c. Jedoch veranlasse ich Sie, künftig auch bei Anzeigen über geschehene Einstellung des weitem Verfahrens, sofern die Competenz nicht völlig klar ist, denjenigen Stellen des Criminalgesetzbuchs oder der in den betreffenden Fällen sonst zur Anwendung kommenden Strafgesetze, auf deren Grund die kreisgerichtliche Competenz als vorhanden anzunehmen, speciell nachmahhaft zu machen — gleichwie solches in Ansehung der zur Competenz des Obergerichts gehörigen Strafsachen in dem Einsendungsberichte nach Vorschrift meines Circular-Rescripts vom 23. Septbr. 1850 zu geschehen hat.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 22. Septbr. 1854  
an sämmtliche Staatsanwälte.

Wenn in von den Herren Staatsanwälten als Anklägern anhängig gemachten Strafsachen gegen kreisgerichtliche Erkenntnisse die Richtigkeitsbeschwerde (Str.-Pr.-Ordn. §. 84. 157) erfolgt, oder in solchen Sachen auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (Str.-Pr.-Ordn. §. 173) angetragen wird, geschehe dieses von Anklägern oder von Angeklagten, so veranlasse ich die Herren Staatsanwälte, neben den gerichtlichen Acten zugleich die staatsanwaltschaftlichen Acten an mich einzusenden, um von letztern bei Verhandlung der Sache vor dem Cassationshofe oder vor dem Anklage-Senate den erforderlichen Gebrauch machen zu können, indem ich anderen Falls oft genöthigt bin, aus den gerichtlichen Acten, deren Einsicht mir allerdings freisteht, insonderheit aus der Anklageschrift bequigen Extract anzufertigen oder anfertigen zu lassen.

Mit den gerichtlichen Acten werden demnächst auch die staatsanwaltschaftlichen Acten den Herren Staatsanwälten zurückgesendet werden.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 2. October 1854  
an den Ober-Staatsanwalt.

Auf Ihre Berichte vom 9. Septbr. vor. Jrs. und 2. Novbr. vor. Jrs., die Befugniß der Staatsanwaltschaft, in Privatanklagesachen über die abzugebende Entscheidung sich zu äußern, betreffend, sind Wir der Ansicht, daß solche Befugniß der Staatsanwaltschaft zustehe und daß daher von Seiten der Staatsanwaltschaft dieser Ansicht gemäß verfahren werde. Sollte dieselbe dabei auf Hindernisse stoßen, so haben Sie Uns davon Anzeige zu machen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 9. October 1854 an sämtliche  
Herzogl. Kreis-, Stadt- und Amtsgerichte.

Die Verordnung, die Militärstrafen und Proceße betreffend, bestimmt im Art. 138, daß die im Art. 136 daselbst genannten, wegen nichtmilitärischer Vergehen von den Civilgerichten zur Untersuchung gezogenen Militärpersonen direct vorzuladen, von diesen Vorladungen jedoch bei den Unterofficieren und Tambours von der Reserve dem Compagnie-Chef und bei den Landwehrdragonern und Jägern den Stationscommandanten Nachricht zu geben sei.

Wenn gleich nun rücksichtlich der zur Untersuchung gezogenen Stationscommandanten eine ausdrückliche gesetzliche Vorschrift wegen einer ihren Vorgesetzten zu ertheilenden Benachrichtigung nicht existirt, so weisen Wir doch, bei der Gleichheit des Grundes, sämtliche Herzogl. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Amtsgerichte hierdurch an, auch in diesen Fällen den militärischen Vorgesetzten des Geladenen von der Vorladung in Kenntniß zu setzen.

Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 21. Februar 1855  
an sämtliche Staatsanwälte.

In Folge einer zwischen Königl. Preussischen Behörden und einem der Herren Staatsanwälte entstandenen Differenz hinsichtlich der nothwendigen Kosten, welche durch Requisition auswärtiger Behörden in Untersuchungssachen bei denselben erwachsen sind, ist auf einen Antrag mittelst Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 17. d. Mts. No. 1409 genehmigt worden, daß die durch solche Requisitionen erwachsenden nothwendigen Kosten (Auslagen) so lange durch Postvorschuss erhoben werden dürfen, als die requirirten auswärtigen Behörden das reciprocum beobachteten.

Die Herren Staatsanwälte werden deshalb angewiesen, in vorkommenden Fällen danach zu verfahren und die von fremden Behörden durch Postvorschuss erhobenen Kosten so lange zu ersetzen, als diese auch dießseitige, auf dieselbe Weise zu erhebende, Kosten zu vergüten sich nicht weigern.

Sollte indessen diese Weigerung ab Seiten einer auswärtigen Behörde eintreten: so ist nur gegen diese das von derselben beanspruchte Verfahren im Gegenfalle eintreten zu lassen, wenn eine delfalls gemachte Vorstellung erfolglos geblieben, und darf ein gleiches Verfahren nicht auch gegen alle anderen Gerichtsbehörden desselben Landes entgegengestellt werden, da eine Erhebung nothwendiger Kosten durch Postvorschuss die Regel bleiben muß.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 9. Juni 1855 an sämtliche  
Herzogl. Kreisgerichte.

Die Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft hat uns davon in Kenntniß gesetzt, daß bei Berechnung der Stempel in Strafsachen von den Gerichten nicht nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren wird, indem ein Stempelsatz von einigen dieser Behörden nur für das Straferkenntniß, von andern auch für sonstige gerichtliche Verfügungen, sowie für Privateingaben erhoben ist.

Da nach dem §. 3 des Gesetzes vom 11. Septbr. 1851 Nro. 38 die Stempelgebühr durch die neue Sportelordnung in Straffachen keine Aenderung erlitten hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß auch jetzt wie früher die Vorschriften der landesherrlichen Verordnung vom 29. October 1821, die Stempelsteuer betreffend, maassgebend — namentlich also die Bestimmungen im §. 2 Nro. 1 und 3, §. 3 und §. 11 Nro. 8 und 9, fortwährend in Anwendung zu bringen sind.

Wir weisen demnach die Herzogl. Kreisgerichte an, diese gesetzlichen Normen in Zukunft genau zu beachten.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 14. Juli 1855 an Herzogl.  
Kreisgericht Blankenburg.

Dem Herzogl. Kreisgerichte Blankenburg eröffnen wir auf den Bericht vom 30. Juni d. Jrs. rücksichtlich der in Untersuchungssachen zu berechnenden Stempelgebühren: 8. Juli

1. Die Privatanklagen sind ohne Zweifel als Eingaben von Privatpersonen, wodurch wesentlich die Wahrnehmung eines Privatinteresses bezweckt wird, zu betrachten, mithin nach §. 2 Nro. 1 des Gesetzes vom 29. October 1821 dem gewöhnlichen Stempel unterworfen.

2. Die Vorschriften, daß zu Vollmachten, je nach dem Werthe des Gegenstandes, ein Stempel von 6 Ggr. bezüglich 12 Ggr. genommen werden solle, ist nur auf Civilproceße zu beziehen. — Werden in Straffachen Vollmachten überreicht, so kann dabei nur der gewöhnliche Productionsstempel in Anwendung kommen.

3. Die von den Staatsanwälten auf den Grund des §. 5 der Str.-Proc.-Ordn. vorzunehmenden Acte sind sämmtlich Ausflüsse der Gerichtsbarkeit und müssen daher als gerichtliche angesehen werden. Der Stempel ist demgemäß in den einzelnen Fällen ganz in derselben Weise zu adhibiren, als ob die Ausführung von dem Gerichte selbst besorgt wäre.

4. Die Mittheilungen dagegen, welche sich die Gerichte, Untersuchungsrichter und Staatsanwälte gegenseitig zu machen haben, unterliegen als den reinen Dienst betreffend der Stempelsteuer nicht. In der Regel würde von einer Stempelabgabe auch schon deshalb keine Rede sein können, weil jene Communicationen br. m. im Conceptione zu erfolgen pflegen. Ob zu den gegenseitigen Mittheilungen, Benachrichtigungen zc. Formulare angewendet werden, oder nicht, erscheint irrelevant.

5. Die gerichtliche Verfügung, mittelst welcher die Liste der zu vernehmenden Auskunftspersonen den Parteien zugestellt wird (§. 86 und 103 der Str.-Proc.-Ordn.) ist als proceßleitendes Decret dem gewöhnlichen Stempel von 2 Ggr. unterworfen, da es bei den gerichtlichen Verhandlungen keinen Unterschied macht, ob in dem Bescheide ein Präjudiz ausgesprochen, oder damit nur eine Benachrichtigung der Parteien bezweckt wird.

Die von dem Herzogl. Kreisgerichte angeregten Bedenken werden im Obigen ihre Erledigung finden. Auch wird dasselbe durch Anwendung der sub 3 und 4 angedeuteten Grundsätze sich wohl im Stande sehen, die in Zukunft etwa noch auftauchenden Zweifel selbst zu lösen.



### Rescript des Ober-Staatsanwalts vom 9. November 1855 an sämtliche Staatsanwälte.

In dem Rescripte vom 30. Juni 1852 Nro. 1311, das Rechnungswesen bei den Gerichten betreffend, ist unter Nro. 4 wegen der für das Herzogl. Obergericht oder den Cassationshof auf meine Verfügung, sowie auf Requisition einzuziehenden Gelder bestimmt worden, daß in diesen Sachen die Vorlegung der betreffenden Executionsmandate an den Sportelrechnungsführer nicht erforderlich sei.

Da indessen das Herzogl. Finanzcollegium laut eines mir jetzt erst mitgetheilten, an sämtliche Gerichte erlassenen, Circularschreibens vom 31. Mai 1853 hinsichtlich des gerichtlichen Rechnungswesens die Bestimmung getroffen hat, daß vom 1. Juli 1853 an, alle zur Einziehung kommenden Gelder ohne Ausnahme, mithin auch diejenigen, welche weder in die Gerichtscasse fließen, noch an städtische oder Amtscassen abzuliefern sind, sondern durchlaufen und wieder ausgezahlt werden, in das Sportelregister aufzunehmen, und dem Cassenführer durch den Sportelextract zur Erhebung zu überweisen seien, und daß diesemgemäß im Formulare zum Sportelregister, zum Sportelextracte und dem Quittanzbuche der Gerichtsvoigte eine besondere Rubrik mit der Bezeichnung „sonstige Einnahmen“ ausgeworfen werden, so setze ich Sie davon mit dem Bemerken in Kenntniß, daß hiernach die unter Nro. 4 meines Rescripts vom 30. Juni 1852 enthaltene Bestimmung wegfalle, und daß wegen aller und jeder Gelder, deren Erhebung durch die Staatsanwaltschaften angeordnet wird, die betreffende Verfügung dem Rechnungsführer der Gerichtscasse zur Eintragung und Behandigung an den betreffenden Gerichtsvoigt zu überliefern sei.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 7. Juni 1853 an Herzogl. Kreisgericht Blankenburg.

Auf den Bericht vom 5./11 April d. Jrs., die Bekanntmachung Theiliger mit den Beschlüssen der Staatsanwaltschaft über Einstellung des weiteren Verfahrens in Untersuchungssachen betreffend, wird dem Herzogl. Kreisgerichte Blankenburg unter Wiederausschluss der übersandten Acten Folgendes eröffnet:

Da weder eine allgemeine Vorschrift besteht, noch in der Natur der Sache die Nothwendigkeit begründet ist, daß den Anzeigern von Verbrechen die durch die Staatsanwaltschaft beschlossene Einstellung des weiteren Verfahrens regelmäßig mitgetheilt werde, so können wir keinen Mangel der Gesetzgebung darin finden, wenn dieselbe in dieser Hinsicht über das Verfahren und die Competenz der Behörden keine Normen enthält. Im Allgemeinen wird es den Mandanten zu überlassen sein, ob und wie sie ihr etwaiges Interesse wahrzunehmen für angemessen erachten und namentlich werden die Gerichte deshalb besondere Anträge zu erwarten haben. Sollte durch besondere Umstände ausnahmsweise eine Thätigkeit des Gerichts von Amts wegen nothwendig oder sachdienlich erscheinen, so steht dem Gerichte kein positives Hinderniß im Wege, nach besser Ueberzeugung einen entsprechenden Beschluss zu fassen und wegen dessen weiterer Ausführung auf § 5 der Str.-Proc.-Ordn. zu recurriren.

Wir finden daher keine dringende Veranlassung, über den angeregten Gegenstand allgemeine Anordnungen zu erwirken.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 22. Mai 1854  
an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Zufolge Rescripts Herzogl. Staatsministerii vom 17/21. d. Mts. werden, da in neuerer Zeit von einigen Gerichten in Untersuchungssachen Fuhrkosten nach der Gebührentaxe in Civilsachen berechnet und liquidirt werden, sämtliche Gerichte hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß solches nicht statthaft sei, indem in Strafsachen nur der Ertrag der wirklich aufgewandten und nachgewiesenen Transportkosten gefordert werden könne, und in Betreff der Entschädigung der Justizbeamten für zu Fuße unternommene Official-Reisen die Bestimmung des Ministerial-Rescripts an das Herzogl. Finanzcollegium vom 18. April 1839 zur Anwendung komme, nach welchem 1 Thlr. 4 Ggr. für die Meile Entfernung vom Siege des Gerichts und darunter, zugebilligt werden.

Herzogl. Kreisgericht hat die Stadt- und Amtsgerichte seines Kreises hiervon zur Nachachtung in Kenntniß zu setzen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 23. Februar 1855  
an Herzogl. Amtsgericht Walkenried.

Auf den Bericht vom 9/14. d. Mts., die Vorladung der Stationscommandanten als Auskunftspersonen betreffend, eröffnen wir dem Herzogl. Amtsgerichte Folgendes:

Die im Art. 154 der Verordnung, die Militärstrafen und Proceße betreffend, enthaltene Bestimmung, daß die im Art. 138 daselbst benannten Militärpersonen, behuf deren Vernehmung als Zeugen, von dem Gerichte des Stationsortes direct vorgeladen werden, setzt ihren Worten nach voraus, daß die Vernehmung der vorgeladenen Militärpersonen von dem Gerichte des Stationsortes geschehen soll und geschieht — vergl. Art. 162. —

Sollten dagegen Militärpersonen von dem Gerichte des Stationsortes einem andern außerhalb des Stationsortes befindlichen Gerichte, insonderheit einem ausländischen Gerichte — Convent. mit Preußen von 1840 Art. 43 — mit Hannover von 1798 Art. 9 — zu dem vorangeführten Zwecke gestellt werden, so erscheint — in Uebereinstimmung mit den Vorschriften des Herzogl. Ministerialrescripts vom 25. März 1854 No. 1338 — unzweifelhaft, daß des Behufs die Vorladung durch den militärischen Vorgesetzten, die Vorladung der Stationscommandanten folglich durch den Commandeur des Polizeimilitärs zu bewirken ist.

Das Herzogl. Amtsgericht Walkenried hat sich hiernach künftig zu achten.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 9. Mai 1855 an Herzogl.  
Kreisgericht Holzminden.

Von Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft ist unter Beifügung der Acten, die Anklagesache wider Christiane F. zu B. wegen Aufnahme in die Arbeits- und Besserungsanstalt betreffend,

darüber Beschwerde geführt, daß Herzogl. Kreisgericht, in Untersuchungssachen der bezeichneten Art die in der Sporteltage, für Strassachen vorgeschriebenen Gebühren nicht zu erheben beschlossen hat.

Wir finden uns veranlaßt, dem Herzogl. Kreisgerichte in dieser Beziehung Folgendes zu eröffnen:

Nachdem in Gemäßheit des Gesetzes vom 14. Januar 1849 Art. 6 der Aufnahme in die Besserungsanstalt ein gerichtliches Verfahren vorhergegangen, und dies Verfahren, wie in andern Zuchtpolizeisachen, jetzt nach den Bestimmungen der Str.-Proc.-Ordn. vorgenommen werden muß — Herzogl. Ministerialrescript vom 25. Juli 1850 und Instruction vom 28. Juli 1850, Bege Repert. Th. 7. S. 8. kann es keinen Zweifel leiden, daß in den bemerkten Anklagesachen auch diejenigen Gerichtsgebühren zu erheben sind, welche die der Str.-Proc.-Ordn. angehängte Sportel- und Tag-Ordnung enthält. Eine Beschränkung der von dem Verurtheilten zu erlegenden Kosten auf Stempelgebühren und Gebühren der Auskunftspersonen erscheint daher nicht platzgreifend.

Uebrigens war im vorliegenden Falle, weil durch am 21. Februar d. Jrs. publicirtes Erkenntniß die Angeklagte H. zur Aufnahme in die Arbeits- und Besserungsanstalt bis Ostern 1857 und zur Tragung der Untersuchungskosten verurtheilt worden, Untersuchungskosten aber die Gerichtsporteln in sich begreifen — Str.-Proc.-Ordn. §. 67, 192 — das Herzogliche Kreisgericht nicht befugt, sein abgegebenes Erkenntniß in Betreff des Kostenpunkts, wie gleichwol mittelst des am 27. Februar d. Jrs. zu den Acten registrirten Beschlusses geschehen, zu modificiren, indem anderweite rechtliche Bestimmung nur in der Cassationsinstanz hätte getroffen werden können — Str.-Proc.-Ordn. §. 156. —

Das Herzogl. Kreisgericht wird also wegen Einziehung der Gerichtsporteln nachträglich das Geeignete zu verfügen haben.

### Bescheid Herzogl. Obergerichts vom 11. April 1856.

Auf die bei Herzoglichem Obergerichte mit dem Antrage der Ober-Staatsanwaltschaft vom 26. v. Mts. überreichte Beschwerde des Staatsanwalts zu Braunschweig, in Betreff der Beschlagnahme auf das Vermögen ausgetretener Militairpflichtigen wird Folgendes zum Bescheide ertheilt:

1. Nach den §§. 47 und 53 des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 21. Juli 1853 soll das Vermögen der im Signalisirungs- und Aushebungstermine ungehorsam ausgebliebenen Militairpflichtigen mit Beschlagnahme belegt, über das mit Beschlagnahme belegte Vermögen der für ausgetreten erklärten Pflichtigen eine Curatel angeordnet und den Ausgetretenen jede Disposition unter Lebenden und auf den Todesfall über das Vermögen entzogen werden. Diese Vorschriften stimmen im Allgemeinen mit den im §§. 175—178 der Str.-Proc.-Ordn. hinsichtlich flüchtiger Verbrecher gegebenen Bestimmungen überein. Es folgt aus diesen gesetzlichen Bestimmungen, daß das competente Kreisgericht die Beschlagnahme des Vermögens des ungehorsamen Pflichtigen nach Maßgabe der hervorgehobenen gesetzlichen Bestimmungen auszusprechen hat, wobei es begreiflich nicht darauf ankommen kann, da diese Beschlagnahme

mit den daran geknüpften Rechtsfolgen das ganze Vermögen betrifft und bis zur Entschuldigang des Ungehorsams oder bis zur Abbüßung der Strafe bezüglich Begnadigung, oder endlich bis zum Tode, resp. der Todeserklärung des Pflichtigen dauert, ob zur Zeit des Antrags auf die Beschlagnahme bereits Vermögensobjecte desselben vorhanden sind oder nachgewiesen werden können. Herzogl. Kreisgericht war daher verpflichtet, die Beschlagnahme des Vermögens der Militairpflichtigen C., H., M. und W. auf Grund des Antrags des Staatsanwalts auszusprechen. Die Ausführung dieses richterlichen Beschlusses, z. B. durch Beantragung von Sicherheitsmaaßregeln in Bezug auf einzelne Vermögensobjecte u. s. w. ist Sache des Staatsanwalts und dieser hat sich deshalb an die zur Verfügung derartiger Acte competente Behörde zu wenden. Die Vermerkung der Beschlagnahme in Bezug auf Abfindungen u. s. w. in dem Hypothekenbuche des Ortes, in welchem das Grundstück liegt, von dem eine solche Abfindung erfolgen soll, gehört dem Geschäftskreise der mit Führung der Hypothekenbücher betrauten Herzogl. Amtsgerichte an. Daher war ein Antrag auf eine solche Vermerkung von dem Staatsanwalte nicht bei dem Herzogl. Kreisgerichte, sondern bei dem zuständigen Herzogl. Amtsgerichte in Ausführung des Kreisgerichtlichen Beschlusses, durch welchen die Beschlagnahme des Vermögens im Allgemeinen verfügt war, zu stellen, und Herzogl. Kreisgericht konnte, ohne wider den §. 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes in das Instanzenrecht einzugreifen, über einen solchen ungehöriger Weise bei ihm gemachten Antrag gar nicht sofort eine Entscheidung abgeben.

2. Es ist zwar richtig, daß ein Gläubiger nur aus dem wirklichen Vermögen seines Schuldners seine Befriedigung erlangen kann und jede Verringerung desselben zu seiner Beeinträchtigung nicht anzuerkennen braucht, daß ferner in Aussicht stehende Erbschaften bei dem Leben des Erblassers um so weniger zu einem solchen Vermögen gehören, als dieselben von den Gesetzen zu dem bloß möglichen Erwerbe, auf welchen der Gläubiger an sich kein Recht hat, gerechnet werden, indem der Gläubiger die Antretung einer Erbschaft von seinem Schuldner, wenn dieser ein heres extraneus ist, nicht fordern kann.

L. 28. pr. Dig. de V. S.

L. 6. pr. §. 2. Dig. Quae in fraudem. 42. 8.

L. 3. Cod. de revocand. his. 7. 75.

L. 12. Dig. de acquir. vel amitt. hered. 29. 2.

Til. Cod. de rep. vel abst. hered. 6. 31.

Allein ein ganz anderes Verhältniß tritt bei der Aussicht oder dem Anfall auf resp. von Erbschaften in Bezug auf diejenigen, welche sich zur Erfüllung der Militairpflicht nicht gestellt haben, ein. Diese sind den Abwesenden, deren Vermögen unter Curatel gestellt ist, gleich zu achten, jedoch mit dem dadurch, daß eine wegen eines solchen Ausbleibens verfügte Beschlagnahme, ein rechtliches, die Abwesenheit dagegen ein factisches, Hinderniß in Beziehung auf die Verwaltung und Verfügung über das Vermögen bildet, begründeten Unterschiede, daß den delinquirenden Militairpflichtigen nicht, wie den Abwesenden, bei der Rückkehr in die Heimath oder wenn eine gültige Disposition vorgelegt wird, das Vermögen zu eigener Verwaltung wieder übergeben wird, resp. deren Disposition maßgebend ist, sondern daß die Beschlagnahme nur in den in dem §. 53 cit. erwähnten drei Fällen und mit den dort angeführten Rechtsfolgen erlischt, und daß dem bei Erfüllung der Militairpflicht Säunigen jede Disposition unter Lebenden und auf

den Todesfall, während der Dauer der Beschlagnahme durch das Gesetz entzogen und deshalb nichtig und wirkungslos ist. Beide Curatelen, der Abwesenden und der ausgetretenen Militairpflichtigen, sind indeß lediglich curae honorum und die Curatoren vertreten in beiden Fällen nicht die Person und den rechtlichen Willen der Abwesenden resp. Ausgetretenen. Daraus folgt, daß, wenn einem solchen ungehorsamen Militairpflichtigen als suus heres ipso jure eine Erbschaft erworben wird, die Erbschaft, weil derselbe zu dem Dispositionsacte, zu obstiniren, überall nicht befugt ist, als mit dessen Vermögen vereinigt von den Curatoren verwaltet wird, und die Curatoren das mit Beschlagnahme belegte Vermögen des Militairpflichtigen, wenn diesem als heres extraneus eine Erbschaft deferirt wird, weil derselbe die rechtliche Befugniß zur Antretung oder Ausschlagung der Erbschaft während der Dauer der Beschlagnahme überall nicht hat und dem Curator diese Befugniß nach dem in dieser Beziehung in unserm Lande zur Anwendung kommenden Römischen Rechte gleichfalls nicht zusteht, die angefallene Erbschaft vorläufig bis ein rechtsgültiger Act der Erwerbung oder der Ausschlagung stattfinden kann, in seine Aufsicht und Verwaltung zu nehmen hat.

Rudorf, Vormundschafts-Recht Th. I. §§. 19. 20.

Kraut, Vormundschafts-Recht Th. II. §§. 62 u. 66.

v. Holzschuber, Theorie der Casestil Th. II. 1. S. 236.

3. Es ist daher das Rechtsverhältniß zwischen Gläubiger und Schuldner in Bezug auf die Frage, ob bei einer auf das gesammte Vermögen eines ungehorsamen Militairpflichtigen verfügten Beschlagnahme, diese Beschlagnahme in dem Hypothekenbuche bei demjenigen Grundstück, in Bezug auf welches ein erbrechtlicher Vortheil desselben in Aussicht steht, zu vermerken ist, nicht normirend, vielmehr wird diese Frage in jedem einzelnen Falle nach den in Betracht kommenden Verhältnissen und Umständen zu beantworten sein. Für eine vom vorn herein, selbst ohne den Widerspruch des Eigenthümers auszusprechende Zurückweisung eines deßfalligen Antrags des Staatsanwalts liegen um so weniger genügende Gründe vor, als in bauerrechtlichen Verhältnissen, die z. B. im vorliegenden Falle auch angeregte Frage, ob den auf einem Hofe gebornen Kindern nicht schon wirklich erworbene, in dem Hofe mitenthaltene Vermögensrechte nach dem bereits stattgefundenen Tode des einen oder andern der Eltern zustehen, nicht ohne nähere Kenntniß der Verhältnisse unbedingt verneint werden kann.

Diesemnach wird unter Beseitigung der entgegenstehenden Entscheidung des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 15. März d. Jrs. die Beschlagnahme des gesammten Vermögens der ungehorsamen Militairpflichtigen C. aus B., H. zu H., M. u. W., ebendaher, mittelst dieser, demselben in originali zuzufertigenden Verfügung angeordnet und dem Staatsanwalte in Braunschweig die weitere Ausführung dieses Beschlusses überlassen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 8. September 1856  
an Herzogl. Kreisgericht Blankenburg.

Aus dem abschriftlich beigelegten Berichte des dortigen Staatsanwalts vom 28. v. M., welcher uns, um das Erforderliche im Aufsichtswege zu verfügen, von der Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft mitgetheilt ist, wird Herzogl. Kreisgericht ersehen, daß jener die in der Privatan-

Klagefachgegnider den Viehhändler S. zu R., wegen Beschädigung an der Person, sowie wegen thätlicher und wirthlicher Verletzung, unterm 22. vor. Mts. abgegebene Entscheidung in Bezug auf den Kostenpunkt mit den bestehenden Gesetzen nicht übereinstimmend gefunden hat.

Wir halten uns verpflichtet, dem Herzogl. Kreisgerichte hinsichtlich der in jenem Berichte angeregten Fragen, zur Berücksichtigung in künftig vorkommenden Fällen das Nachstehende bemerzlich zu machen:

I. Der §. 67 der Str.-Proc.-Ordn. bestimmt in Ansehung der Kosten des Strafverfahrens:

„Wird ein Privatankläger abgewiesen oder läßt er die Anklage fallen, so hat er die „Kosten des ganzen Verfahrens zu erstatten“

und das Gesetz vom 11. September 1851 Nro. 38. §. 1. fügt erläuternd hinzu:

„In den §. 67 der Str.-Proc.-Ordn. Abs. 3 vorgeschriebenen Fällen richtet sich der „zu erhebende Pauschsatz der Kosten nach dem beantragten Strafmaasse, oder, wenn „ein bestimmter Antrag nicht gestellt worden, nach dem geringsten in die Competenz „des betreffenden Gerichts fallenden Maasse.“

Im Fragefalle war in der Anklage die Erkennung der gesetzlichen Strafe auf Grund der §§. 198 Nro 2 des Grim.-Ges.-Buchs. und 2 Nro. 6 des Gesetzes vom 28. Januar d. Jrs. Nro. 3 beantragt, also einer Strafe, welche unter den geringsten Betrag der Kreisgerichtlichen Competenz nicht hinabsank und es mußte demnach nicht nur im Falle einer Verurtheilung, sondern auch einer Freisprechung kein anderer Sportsatz als von 4 Thln. nach der Sportel- und Gebührenordnung in Strafsachen A. 2. A. zur Berechnung kommen.

Der Anspruch auf Erlegung dieses Betrages konnte aber der Staatscasse dadurch nicht entzogen werden, daß eine theilweise Freisprechung des Angeklagten und die Verurtheilung desselben in eine geringere als die in der Anklage beantragte Strafe erfolgt ist, vielmehr durfte dieser Umstand nur dahin führen, den nach der Schlussbestimmung im §. 1 des Gesetzes vom 11. September 1851 jedenfalls mit Vornahme der Hauptverhandlung verwirkten Pauschsatz der Kosten auf beide theilweise unterliegende Parteien in angemessener Weise zu erteilen.

Wenn daher der Angeklagte, weil er lediglich zu einer Polizeistrafe von 5 Thln. verurtheilt worden, nach Abs. 1. B. verglichen mit Abs. 2. Anmerkung der Sportel- und Gebührenordnung mit vollem Rechte nur zur Erhebung eines Sportsatzes von 16 Sgr. angehalten ist, so hätte daneben die mit ihren weiter gehenden Anträgen abgewiesene Anklägerin, als insoweit unterliegender Theil, dem in §. 67 der Str.-Proc.-Ordn. aufgestellten Grundsätze gemäß, zur Zahlung des Ueberrestes des Pauschsatzes mit annoch 3 Thlr. 8 Sgr. verurtheilt werden müssen.

II. Es steht nach §. 3 des Gesetzes vom 11. September 1851 fest, daß die Stempelgebühr in Strafsachen neben dem Sportel zu erheben ist. Nach der Stempelsteuer-Verordnung vom 29. October 1821 §. 2 Nro. 3 und §. 11 Nro. 8, sowie nach dem derselben angehängten Tarife pag. 130 folg. soll für die richterlichen Verfügungen und Erkenntnisse sowohl, als für die Eingaben der Betheiligten in Strafsachen ein Stempelsatz dann erhoben werden, wenn über 10 Thlr. Geld oder 14 Tage Gefängnißstrafe erkannt wird, wogegen bei Aussprechung einer geringern Strafe diese Stempelverpflichtung nicht eintreten soll. In dem vorliegenden Falle ist nun auf einen so hohen Strafbetrag nicht erkannt, mithin jene gesetzliche, die Verwendung des Stempels,

insbesondere zu den gerichtlichen Verfügungen bedingende Voransetzung nicht eingetreten und da eine Ausdehnung der zwar angeführten Gesetze, welche den abgewiesenen Privatankläger zur Erlegung der Kosten des Strafverfahrens — also nach Tit. 8 der Str.-Proc.-Ordn. zur Zahlung der in der Sportel- und Gebührenordnung aufgeführten Beträge — verpflichten, auf die davon verschiedene Stempelgebühr nicht zulässig ist, so kann allerdings im Fragefalle von Anwendung jener Bestimmung der Stempelverordnung, dem ganz oder theilweise abgewiesenen Privatankläger gegenüber, die Rede nicht sein.

Es unterwirft jedoch ferner der §. 2 Nro. 1 u. 7 dieser Verordnung dem gewöhnlichen Productionsstempel zu 2 Ggr. alle von Privatpersonen an öffentliche Behörden gerichtete Eingaben und deren Anlagen, sobald dieselben nicht den öffentlichen Dienst, sondern irgend ein Privatinteresse oder persönliches Gesuch betreffen und es ist bereits in unserm Rescripte vom 14. Juni vor. Jrs., conf. Zeitschrift für Rechtspflege II. S. 160 — ausgeführt worden, daß diese Gesetzesvorschrift auch auf Privatanlagen Anwendung finde. Da nun der §. 12 jener Verordnung die fernere Vorschrift enthält, daß der Stempelspflicht unterworfenen Eingaben auf den Stempelbogen selbst geschrieben sein müssen und da die Anklägerin dadurch, daß sie im vorliegenden Falle die Aussprechung einer innerhalb der kreisgerichtlichen Zuständigkeit liegenden Strafe beantragte, von vorn herein anerkannt hat, daß hier eine Sache vorliege, in welcher die im §. 11 Nro. 8 der mehrerwähnten Verordnung verheißene Stempelbefreiung nicht zutrefte, so hätte dieselbe, wenn auch nur bis zur Abgabe des Erkenntnisses, durch welches erst der Ungrund dieser Annahme festgestellt ward, zu ihren gerichtlichen Eingaben und deren Anlagen den Productionsstempel allerdings zu adhibiren gehabt, ohne im Fragefalle deren Erstattung von dem Angeklagten beanspruchen zu können.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 18. October 1856 an sämtliche Kreisgerichte.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß einige Herzogl. Amtsgerichte, gestützt auf das Circularrescript vom 5. December 1840 Nro. 45 in Straffachen wegen willkürlicher Verabsäumung des Landeschulbesuchs Kosten für das Verfahren im Falle einer Verurtheilung des Angeklagten nicht zur Berechnung bringen.

Da indeß jenes Circularrescript nur die gebührenfreie Hebung der nach §. 7 des Gesetzes vom 23. April 1840 erkannten Strafgeelder verfügt, also nach seinem Wortlaute nur nachläßt, daß diejenigen Nebengebühren, welche — abgesehen von der Erkenntniß-Taxe — nach der damals geltenden Sportelordnung vom 11. Mai 1835 bei Straffachen jeder Art stattfanden, insoweit als sie für die Verfügung der Erhebung jener Strafgeelder hätten erhoben werden müssen, nicht zur Berechnung kommen sollen; überdies durch ein Ministerial-Rescript vom 19. vor. Rts. ausdrücklich anerkannt worden ist, daß keineswegs durch das Circularrescript vom 5. December 1840 ein Erlaß sämtlicher Kosten in Straffachen der bezeichneten Gattung habe bewilligt werden sollen; nun aber jene auf die frühere Sportelordnung sich stützende Bestimmung mit dem Erlasse der Sportel- und Gebührenordnung für Straffachen vom 22. August 1849 und dem dieselbe ergänzenden §. 11 des Einführungsgesetzes vom 19.

März 1850 um so mehr hinwegfallen müßte, als diese das gesammte Sportelwesen in Strafsachen neu regulirende Gesetze Gebühren für die Hebung von Strafgeldern, insbesondere die in der Sportelordnung vom 11. Mai 1835 sub II. E. bemerkten Schreib-, Insnuations- und Begegebühren überall nicht beibehalten haben, so ertheilen wir den Herzogl. Kreisgerichten den Auftrag, die Amtsgerichte ihres Bezirks anzuweisen, daß die durch die Sportel- und Gebührenordnung für Strafsachen vom 22. August 1849 und durch den §. 11 des Einführungsgesetzes vom 19. März 1850 für das Verfahren in Strafsachen festgestellten Kosten-Pauschsätze, wie überall, so auch in Strafsachen wegen willkürlicher Versäumung des Landeschulbesuchs zur Berechnung zu bringen seien.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 22. December 1856  
an Herzogl. Staatsministerium.

2c. Mit leitenden Grundsätzen, die nämliche Folgerung zu beweisen und zu widerlegen oft brauchbar, ist nicht auszukommen. Allseitiges Einverständniß über die Grundsätze hindert nicht, daß bei deren Anwendung auf den einzelnen Fall die Meinungen auseinander gehen und mannigfaltige Fehlgriße gethan werden. Dies zeigt die in Bezug genommene Anklagesache wider K. wegen Kupperei.

Soll der der ablehnenden Verfügung Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 8. Juli d. Jrs. untergelegte und im Berichte des Kreisgerichts-Directors Riesel vom 23. November d. Jrs. wiederholt auseinandergelegte Grundsatz davon verstanden werden:

daß behuf Einleitung gerichtlicher Voruntersuchungen, zumal wenn sie wider benannte Personen zu richten, unsichere Vermuthungen nicht genügend, sondern bestimmte Wahrscheinlichkeitsgründe geschehener Verübung eines Verbrechens nöthig seien,

so ist solcher Grundsatz nicht neu, und im Aenderungsrescripte Herzogl. Obergerichts 2. Senates vom 18. Juli d. Jrs. zutreffend, in Anwendung gebracht. Etwa weiter greifenden Abzweckungen kann jedoch kein Bewegungsraum verstattet werden.

Mehr als bestimmte Wahrscheinlichkeit ist behuf Eröffnung der Voruntersuchung nicht erforderlich. Denn wenn die Einleitung des Hauptverfahrens durch Angabe von Beweisen oder durch Vorhandensein erheblicher Verdachtsgründe gegen den Angeeschuldigten bedingt wird, so müssen zur Veranlassung der Voruntersuchung, namentlich falls zunächst Dasein und Art eines Verbrechens in Frage kommen und zu erforschen sind, Thatumstände von minderer Bedeutung hinlänglich erscheinen. Die Veranlassungsgründe können beruhen auf Denunciationen, auf Gerüchten, auf Selbstanzeige des Thäters, auf Ergreifung in frischer That u. s. w. Ob und inwiefern solche Gründe einzeln oder in ihrer Gesamtheit und in ihren Wechsel-Verhältnissen dergestalt bestimmte Wahrscheinlichkeit hervorzubringen vermögen, daß sie näherer Aufklärung unterzogen zu werden geeignet sind und deshalb gerichtliche Voruntersuchung geboten ist, läßt sich nicht allgemein angeben, muß vielmehr, weil lediglich Thatfrage — (in quo genere plerumque sub autoritate juris scientiae perniciose erratur L. 91. §. 3. Dig. de V. O. 45. 1.—) nach Beschaffenheit des besondern Falles erwogen und beurtheilt werden.

Sind nun in Folge dessen die Anträge auf Eröffnung der Voruntersuchung für statt-



nehmig zu erachten, so ist diese an- und fortzustellen (Str.-Proc.-Ordn. §. 31). Nicht aber dürfen alsdann noch Untersuchungsgericht und Untersuchungsrichter ihre gesetzliche Thätigkeit zurückhalten wollen, am wenigsten hinsichtlich derjenigen Handlungen, zu deren Vornahme der Staatsanwalt überall nicht (Str.-Proc.-Ordn. §. 27. 28) oder nur ausnahmsweise (Str.-Proc.-Ordn. §. 29) die Befugniß hat, während daneben die vorschriftsmäßige Betheiligung des Staatsanwalts, eventuell auf gerichtliche Veranlassung (Str.-Proc.-Ordn. §. 5) selbstverständlich bestehen bleibt.

Alles dieses ergibt das Wesen der Sache, und ist aus den Bestimmungen der Str.-Proc.-Ordn. über Einleitung des Hauptverfahrens (§. 82. 83. 84.) über Verzekung in Anklagestand (§. 98.), über Zweck der Voruntersuchungen (§. 32. 35.), über, so weit ohne Gefährdung der Strafrechtspflege geschehen konnte, genau begrenzte Ein- und Mitwirkung der Polizei- und der Staatsanwälte bei Erforschung der Vergehen, Ermittlung des Thatbestandes und der Thäter (Str.-Proc.-Ordn. §. 23. 25. 27. 28. 31. Gesetz, die gerichtliche Polizei betreffend, §. 1. 5—9.) deutlich zu entnehmen.

Es bedarf daher, was die Begründung der Anträge auf Voruntersuchung anlangt, der Aufstellung leitender Grundsätze zum künftigen Richtmaß, indem vorhanden, nicht, nur ist wünschenswerth, daß die gegebenen erkannt und richtig gehandhabt werden, und können übrigens im Oberaufsichtswege und in Ausführungsverordnungen (Landschaftsordnung §. 101.) allenfalls Anwendungsregeln für in den Gesetzen angenommene leitende Grundsätze bezeichnet, nicht aber die leitenden Grundsätze selbst erst aufgestellt werden.

In vorbemerktter Anklagesache würde von Einleitung der Voruntersuchung gänzlich haben Abstand genommen werden können, wenn nicht ein zur schwurgerichtlichen Competenz gehöriges Verbrechen (Crim.-Ges.-B. §. 190. No. 1.) indicirt, mithin Voruntersuchung unbedingt nöthig (Str.-Proc.-Ordn. §. 33. 42.) gewesen wäre.

### Rescript des Anklagesenats Herzogl. Obergerichts vom 14. März 1857 an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig.

Wir remittiren hierneben die mit Bericht vom 24. v. Mts. eingesandten Requisitions-Untersuchungs-Acten gegen den Wechster R. zu C., wegen unstatthafter Colligizenz von Lotterieloosen, und eröffnen Ihnen auf den Recurs des Lotterie-Inspectors Zerling zu Braunschweig nach Anhörung des Oberstaatsanwalts Folgendes:

Wenn die beantragte Zeugen-Vernehmung des Lotterie-Inspectors Zerling zu Braunschweig ein nach gemeinem deutschen Strafrechte strafbares Vergehen beträfe, so würde derselbe allerdings für verbunden zu achten sein, in dem Umfange, wie in dem Antrage des Staatsprocurators des Kurfürstlich Hessischen Obergerichts zu Cassel vom 2. Januar c. enthalten ist, Zeugniß ablegen, weil ihm solches als Staatsbürger obliegt, eigener Nachtheil, der dem Zeugen aus seiner Aussage erwachsen kann, ihn nicht davon befreiet,

Mittermeier, vom Beweise im Strafproceße. §. 40. S. 308. folg.

desselben Deutsches Strafverfahren. Th. I. §. 67. S. 343. folg.

auch weder ersichtlich, daß er in Bezug auf jenen Gegenstand zum Amtsgeheimnisse verpflichtet

sei, das Gegentheil davon vielmehr aus dem Schreiben der Lotterie-Direction vom 28. Decbr. v. Jrs. und aus den Aussagen der Lotterie-Pächter zum Protocolle vom 20. Januar c. zu entnehmen ist und endlich die mit Kurheffen abgeschlossene Convention vom 5. Mai 1823 Art. 9. zu solcher Rechtshülfe verpflichtet. Allein ein solcher Fall scheint nach den ergangenen Requisitionen hier nicht vorzuliegen, sondern nur eine Uebertretung von Gewerbe-Steuer oder polizeilichen Strafgesetzen, welche nicht in den Bereich jener Convention kommen, und da auch der Geschäftsverkehr, über welchen das umfangreiche Zeugniß abgelegt werden soll, zu einem hier erlaubten und concessionirten gehört, so kann die Verbindlichkeit der hiesigen Landes-Einwohner zur Ablegung eines Zeugnisses nicht aus den strafrechtlichen Grundsätzen entnommen werden. Sie haben daher die requirirte Zeugenvernehmung einstweilen und bis solche anderweit genügend begründet und nachgewiesen sein wird, daß ein nach gemeinem Criminalrechte zu bestrafendes Verbrechen der Requisition zum Grunde liege, zu beanstanden, und von dieser Verfügung den dortigen Staatsanwalt in Kenntniß zu setzen.

### Schreiben des Anklagesenats Herzogl. Obergerichts vom 4. Juli 1857 an den Ober-Staatsanwalt.

Auf Ihr, die Vorstellung des Staatsprocurators des Kurfürstl. Obergerichts zu Cassel betreffendes Schreiben vom 21/23 vor. Mts. erwiedern wir Ihnen, daß wir keine genügende Gründe finden, von unserer an das Herzogl. Kreisgericht Braunschweig in Betreff der Requisitions-Untersuchungssache wider den Wechsel M. zu C., über die beantragte Zeugen-Vernehmung des Lotterie-Inspectors Zerling erlassenen Weisung abzugehen.

In der mit dem Kurfürstl. Hessischen Gouvernement abgeschlossenen Convention vom 5. Mai 1823 ist die gegenseitige Rechtshülfe bei Zeugen-Vernehmungen u. nur bei Criminal-Untersuchungen stipulirt, insbesondere im 1. Absätze des Art. 1 die gedachte Auslieferung auf Verbrechen und zwar auf solche, welche nach den Grundsätzen der beiderseitigen Lande eine peinliche Strafe nach sich ziehen, beschränkt, und im Gegensatz von Verbrechen im letzten Absätze des Art. 1 über die Accise- und Contrabande-Vergehen Bestimmung getroffen.

Daß die Auslieferung von Delinquenten — und nach denselben Grundsätzen ist die Gestellung und Abhörnung von Zeugen zu bemessen — nur bei Verbrechen, die als solche nach gemeinem insbesondere in den Landen der Contrahenten geltenden Criminalrechte anzusehen sind, festgesetzt ist, ergibt sich auch daraus, daß die jenem Vertrage zum Grunde liegende Convention mit Hannover de 1798 Art. 1 Begehung eines Verbrechens supponirt, „welches nach den Grundsätzen der gemeinen in Deutschland geltenden Rechte eine peinliche Strafe nach sich zieht“, in gleicher Weise die Convention mit der Fürstl. Waldeckischen Regierung de 1846 auf ein Verbrechen geht (§. 1), „welches nach den Grundsätzen der in beiderseitigen Landen geltenden Rechte eine peinliche Strafe nach sich zieht“, nach strafrechtlichen Sprachgebrauche aber „Verbrechen“ und „Vergehen“ nicht gleichbedeutenden Sinn in sich fassen und ein Vergehen, welches seiner innern Natur nach ein wirkliches Polizei-Vergehen ist, auch wenn es mit härteren als polizeilichen Strafen bedrohet sein sollte, nicht aufhört, die Natur eines Polizei-Vergehens beizubehalten. — Crim.-Ges.-Bch. S. 145. —

Wir können daher die Ansicht, daß die obgedachte Convention de 1823 auf den vorliegenden Fall insbesondere auf mit Strafen bedrohte Gesetzes-Übertretungen jeder Art, namentlich auch s. g. fiscalischer oder polizeilicher Strafgesetze anzuwenden sei, und daß lediglich die Höhe der verwirkten Strafe die Gesetzes-Übertretung zu einem „Verbrechen“ und die Strafe zu einer „peinlichen Strafe“ erhebe, nicht für die richtige ansehen, und, so gern wir auch sonst bereit wären, die beantragte Rechtshülfe zu gewähren, uns nach Lage der Sache doch nicht für ermächtigt halten, die Vernehmung des Zeugen Zerling, da derselbe die Ablegung eines Zeugnisses im Interesse des hiesigen Lotterie-Betriebes verweigert hat, zu verfügen und zu dem Zwecke folgeweise Anordnung von Zwangsmaassregeln zu veranlassen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 8. September 1857  
an Herzogl. Obergericht.

Wir sind mit der in dem Bericht vom 2. d. Mts. über das Verfahren des Herzogl. Stadtgerichts hieselbst, in Untersuchungssachen wider die unverehelichte Dorothea L. von D., wegen Betrugs, ausgesprochene Ansicht einverstanden und beauftragen das Herzogl. Obergericht, demgemäß das genannte Herzogl. Stadtgericht zu belehren und zurecht zu weisen.

Bericht Herzogl. Obergerichts vom 2. September 1857  
an Herzogl. Staatsministerium.

2c. Wider Dorothea L. von der Amtsfreiheit zu D., angezeigt während ihres Aufenthalts zu Braunschweig ein Betrugsverbrechen im Werthe von 2 Thlr. 14 Ggr. begangen zu haben, ist deshalb bei Herzogl. Stadtgerichte Braunschweig die Anklage erhoben.

Herzogl. Stadtgericht hat, behuf der Untersuchung, Termin auf den 5. Mai d. Jrs. angesetzt, hierzu die Angeklagte unter der Verwarnung vorgeladen, daß bei ihrem Nichterscheinen dennoch gegen sie werde verfahren und erkannt werden und das Königlich Hannöversche Amtsgericht zu Osterode requirirt, der Angeklagten solche Vorladung insinuiren zu lassen. Vom Königl. Amtsgerichte ist der Requisition Folge gegeben, und daß über die beschaffte Ladung ausgefertigte Document dem Herzogl. Stadtgerichte eingesandt worden.

Im Untersuchungsstermine (5. Mai d. J.) ist jedoch Angeklagte nicht erschienen, daher mit der Beweisaufnahme und dem Erkenntnisse im Ungehorsame wider Angeklagte verfahren und das Erkenntniß, wodurch sie zu 14tägiger Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, sofort verkündigt.

Unter abschriftlicher Mittheilung des Urtheils hat demnächst Herzogl. Stadtgericht das Königl. Amtsgericht Osterode ersucht, die erkannte Strafe an der Angeklagten in Vollzug zu setzen, worauf von der Staatsanwaltschaft des Königl. Obergerichts zu Osterode erwiedert ist, daß das abgegebene Strafurtheil all dort nicht vollzogen werden könne, bevor von der diesseitigen Behörde die Genehmigung des Königl. Hannöverschen Justiz-Ministeriums erwirkt sei.

In Folge dessen hat Herzogl. Stadtgericht in dem an Herzogl. Staatsministerium unterm 27. Juni d. Jrs. erstatteten Berichte beantragt, die Genehmigung des Königl. Justiz-Ministeriums zu Hannover behuf Vollziehung des Erkenntnisses zu erwirken und Herzogl. Staats-

ministerium laut Rescripts vom 2. Juli d. Jrs. No. 6050 zum Zwecke der Genehmigung der Strafvollziehung das erforderliche Vorschreiben erlassen.

Wenn nun Herzogl. Staatsministerium vom Königlich Hannoverschen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mittelst Schreibens vom 17. Juli d. Jrs. benachrichtigt wird, daß die Staatsanwaltschaft des Königl. Obergerichts zu Osterode vom Königl. Justiz-Ministerium in gewohnter Weise angewiesen sei, die Dorothea L. an Herzogl. Stadtgericht Braunschweig auszuliefern, übrigens sothanes Schreiben die Schlussbemerkung enthält:

„Königl. Justiz-Ministerium habe dafür gehalten, daß das im gegenwärtigen Falle vom „Herzogl. Stadtgerichte Braunschweig beobachtete Verfahren, statt sofort die Auslieferung zu beantragen, gegen die Beschuldigte in contumaciam zu verfahren und dann „deren Auslieferung, behuf der Strafvollziehung zu beantragen, dem Geiste der Convention wohl nicht entspreche und daß dasselbe durch Wiederholung eines derartigen „Verfahrens zu seinem Bedauern in die Lage sich versetzt sehen würde, eine sonst zu „bewilligende Auslieferung abzulehnen.“

so sind wir allerdings der Meinung, daß das in dieser Sache vom Herzoglichen Stadtgerichte Braunschweig wahrgenommene Verfahren der Convention vom 12. April 1798 nicht gemäß gewesen sei.

Denn Art. 1 der Convention beschränkt sich, wie im Circularrescripte Herzogl. Staatsministeriums vom 21. Mai 1834 (Ges.- und Verordn.-Sammlung 1834 No. 4) wörtlich hervorgehoben worden, keineswegs auf capturfähige Verbrechen, sondern muß überall zur Anwendung kommen, wo die Untersuchung gegen einen hiesigen, (also auch gegen einen Hannoverschen) Unterthan und dessen eventuelle Bestrafung dem auswärtigen (Hannoverschen oder Braunschweigischen) Gerichte überlassen werden soll.

Herzogl. Stadtgericht würde daher, aufstatt die Angeklagte L. sofort durch Requisition Königl. Amtsgerichts Osterode zum Untersuchungsstermine vorzuladen, zunächst an Herzogliches Staatsministerium den Antrag auf conventionsmäßige Erwirkung der Sistirung der L. behuf der Untersuchung und eventuellen Bestrafung zu richten gehabt haben und wir lassen an seinen Ort gestellt, ob Königl. Amtsgericht Osterode jener Requisition Folge zu geben ermächtigt war; nicht vielmehr solche in Ermangelung vorgängiger Genehmigung des Königl. Justiz-Ministeriums abzulehnen gehabt hätte. Dagegen kann, die Richtigkeit der Ladung und folglich den Ungehorsam der Angeklagten vorausgesetzt, Herzogl. Stadtgericht, welches diese Voraussetzungen nicht für ungewiß gehalten hat, kein weiterer Vorwurf treffen, daß dasselbe, beim Richterscheinen der Angeklagten, in dem anberaumten Untersuchungsstermine gleichwol mit der Beweisaufnahme und Erkenntniß-Verfündigung vorgeschritten ist (Str.-Proc.-Ordn. §. 78).

Wir geben anheim, Herzogl. Stadtgericht Braunschweig zurecht zu weisen und verstellen zu höherm Ermessen, inwiefern den Königl. Hannoverschen Ministerien von dem eigentlichen Verlaufe der Sache Kenntniß zu geben und zu veranlassen sei, daß auch dem Königl. Amtsgerichte Osterode das Geeignete bemerkt gemacht, eventuell den Königl. Hannoverschen Justiz-Behörden die nämliche Instruction erteilt werde, wie solche das Circularrescript vom 21. Mai 1834 No. 4 für die hiesigen Justizbehörden enthält zc.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 29. September 1857  
an Herzogl. Amtsgericht Schöningen.

In der Anklagesache wider den Schäfer R. aus R., wegen Hudekrevels, ist das Protocoll vom 11. August d. Jrs. lediglich „in fidem Emil Peters“ unterschrieben, ohne dass die Eigenschaft des Peters, in Folge welcher er das Protocoll aufgenommen hat, bezeichnet ist. Von dem Herzogl. Cassationshofe ist zwar dieser Umstand nicht für eine so wesentliche Verletzung der Proceßgesetze erachtet, dass die auf denselben gestützte Richtigkeitsbeschwerde als begründet angenommen ist, indess enthält die gerügte Unterlassung dieser Bezeichnung jedenfalls eine Ordnungswidrigkeit, auch erscheint es zweckmäßig, dass der Protocollführer das Protocoll nicht blos durch seine Unterschrift beglaubigt, sondern bereits im Eingange des Protocolls sich als anwesende Gerichtsperson mit aufführt. Herzogl. Amtsgericht hat dafür Sorge zu tragen, dass für die Zukunft das Protocoll nach diesen dem §. 81 der Str.-Proc.-Ordn. entsprechenden Vorschriften geführt werde.

Circularrescript Herzogl. Obergerichts vom 30. November 1857  
an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Der Oberstaatsanwalt hat wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass von einigen der Herzogl. Kreis- resp. Stadt- und Amtsgerichte die Anmeldungschriften von Richtigkeitsbeschwerden in Anklagesachen von dem erkennenden Gerichte den Gegnern des Beschwerdeführers mitgetheilt worden.

Da nun nach klarer Vorschrift des §. 161 und des §. 162 der Str.-Proc.-Ordn. dergleichen Anmeldungen an den Cassationshof mit eingesandt und von diesem den Parteien gegenseitig mitgetheilt werden sollen, in diesem Sinne daher auch der §. 160 der Str.-Proc.-Ordn. Abs. 2 (welcher offenbar von der Beschwerdeschrift und nicht von der, oft nur protocollarischen Anmeldung redet) verstanden werden muss, so wird Herzogl. Kreisgericht das richtige Verfahren in diesem Punkte künftig zu befolgen und den in seinem Kreise befindlichen Stadt- und Amtsgerichten die gleiche Auflage zu ertheilen, hierdurch angewiesen.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 1. Februar 1858 an Herzogl.  
Kreisgericht Blankenburg.

Vom Herzogl. Cassationshofe sind uns die Acten in der Privatanklagesache B. wider U., wegen Verläumdung und Beleidigung, mitgetheilt, bei deren Rücksendung wir dem Herzogl. Kreisgerichte auf die von der Anklägerin unterm 23. v. Mts. eingereichte Beschwerde nachstehendes eröffnen:

In Privatanklagesachen findet zwar regelmäßig eine Voruntersuchung nicht statt, gleichwohl kann dieserhalb die Benützung von Anklage- oder Entlastungszeugen, welche, ihres vom Orte des Gerichts über 5 Meilen entfernten Wohnorts wegen, zu der Hauptverhandlung nicht vorzuladen sind (Str.-Proc.-Ordn. §. 59) selbstverständlich nicht ausge-

geschlossen sein, indem vielmehr die Vernehmung mittelst Requisition, zu deren Erlassung das Gericht dem Untersuchungsrichter behüßigen Auftrag zu ertheilen hat, dergestalt zu bewirken ist, daß die Verlesung der betreffenden Vernehmungsprotocolle in dem Hauptverhandlungstermine (Str.-Proc.-Ordn. §. 131) geschehen kann.

Wir weisen daher Herzogl. Kreisgericht im Bege oberer Aufsicht hierdurch an, mit Beseitigung seiner den Zeugen u. verwerfenden Bescheide vom 16. und 21. v. Mts., die Vernehmung dieses Zeugen mittelst Requisition beschaffen zu lassen, und nach dem Eingange des Vernehmungsprotocolls Termin zu der beschlossenen Hauptverhandlung anzusetzen.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 10. August 1858 an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Da von den Gerichten des Landes die Frage:

ob und welche Gebühr den Forstbeamten und Walдарbeitern, welche in Forst- oder Jagdstrafsachen von den Gerichten, auf deren Ladung, als Auskunftspersonen erschienen sind, aus der Gerichtscasse zu zahlen sei?

verschieden beantwortet ist, so eröffnen wir dem Herzogl. Kreisgerichte nach Maassgabe eines Ministerial-Rescripts vom 4. d. Mts. Nro. 4102 Folgendes, um danach die Localgerichte des Kreises mit Anweisung zu versehen.

Im §. 192 der Str.-Proc.-Ordn. ist grundsätzlich festgestellt, daß die Auskunftspersonen in Strafsachen nur eine Entschädigung zu erwarten haben, daß diese nur dann sofort aus dem Gerichtsverwaltungs-kostenfonds erfolgt, wenn die Auskunftspersonen von dem Gerichte vorgeladen sind, daß die verausgabte Gebühr demnächst, von dem vermögenden Schuldigen wieder einzuziehen ist und daß das Maass dieser Gebühr nach der Exportel- und Gebühren-Ordnung in Strafsachen, jezt dem §. 10 des Gesetzes vom 30. Octbr. 1851 Nro. 45, bemessen werden soll.

Es liegt kein Grund vor, in Ansehung der Forst- und Jagd-Officianten, dieselben mögen im Staatsdienste stehen oder nicht, eine Ausnahme von diesen gesetzlichen Vorschriften eintreten zu lassen, insbesondere ist nicht gerechtfertigt, denselben die gesetzliche Entschädigung aus dem Grunde zu versagen, weil die Ablegung eines Zeugnisses in Strafsachen der angegebenen Art als eine Dienstpflicht der Forstbeamten aufgefaßt werden müsse, oder weil den Letztern, insofern sie selbst den betreffenden Frevel entdeckt haben, schon durch die Anmeldegebühr eine ausreichende Vergütung für ihre Bemühungen zu Theil werde.

Dem wenn gleich sämtliche Forst- und Jagdbeamten vermöge ihrer Dienstpflicht jede den Forst- und Jagdgesetzen widerstreitende Handlung der vorgesetzten Forstbehörde anzuzeigen und die vorbereitenden Schritte zu thun haben, damit der Uebertreter zur Anklage gezogen werden könne, so haben sie doch, wenn sodann das gerichtliche Strafverfahren auf Antrag der Oberforstbehörde eingeleitet worden, den an sie ergehenden Ladungen der Gerichte, behuf der Vernehmung als Auskunftspersonen, nicht vermöge ihrer speciellen Dienstpflicht als Forstbeamte, sondern kraft allgemeiner staatsbürgerlichen Verpflichtung Folge zu leisten. Ebenso kann daraus, daß demjenigen Forstofficianten, welcher einen Forstfrevel entdeckt, im Forststrafgesetze vom 26.

Juli 1837 §. 42 2c. hiefür eine an die Stelle der frühern Pfandgebühr getretene, nach §. 44 selbst bei freiwillig erfolgender Straferlegung zu entrichtende Anmeldegebühr bewilligt ist, kein Grund hergenommen werden, demselben diejenige Entschädigung zu entziehen, welche das Gesetz jedem durch Gericht vorgeladenen Zeugen für die durch sein Erscheinen etwa herbeigeführten Vermögens-Nachtheile zugesprochen hat.

Für die von einigen Gerichten ausgesprochene Ansicht aber, daß wenigstens den im Staatsdienste stehenden Forstbeamten, namentlich alsdann, wenn sie nicht in dem Bezirke desjenigen Gerichts anständig sind, vor welchem ihre Vernehmung als Auskunftsperson stattfindet, entweder überhaupt, oder doch wenn keine Verurtheilung eines zahlungsfähigen Freblers erfolgt, die Zeugengebühr könne vorenthalten werden, fehlt es an jedem gesetzlichen Rechtfertigungsgrunde.

Das Maasß der Zeugengebühr ist allerdings im Einzelfalle dem richterlichen Ermessen, unter Berücksichtigung der durch das Gesetz vom 30. October 1851 festgesetzten Maximalbeträge, anheimgestellt; da aber die zu entrichtende Gebühr stets nur eine Entschädigung des Zeugen für diejenigen Nachtheile sein soll, welche ihm durch Befolgung der gerichtlichen Ladung zugefügt werden, sei es, daß solche in baaren Ausgaben z. B. Zehrung, oder in Versäumniss bestehen, so ist es unrichtig, wenn einzelne Gerichte, ohne weitere Ausmessung jener Nachtheile, den Forst- officianten regelmäßig die gesetzlich zulässige höchste Zeugengebühr zugebilligt, oder auf die höhere oder geringere dienstliche Stellung des Zeugen ein entscheidendes Gewicht gelegt haben.

Die durch das Gesetz vom 30. October 1851 normirte Zeugengebühr enthält zugleich eine Entschädigung für Versäumniss. Die herrschaftlichen Forstbeamten, Revierjäger und Forst- lehrlinge, sowie die Forstaufseher in herrschaftlichen Forstrevieren, kann durch das Erscheinen vor Gericht ein Nachtheil durch Versäumniss nicht treffen, vielmehr in dieser Beziehung nur der öffentliche Dienst Einbuße erleiden. Bei der richterlichen Arbitrirung der jenen Personen zu bewilligenden Zeugengebühr ist hierauf stets Rücksicht zu nehmen; es sind mithin bei ihnen nicht die unvermeidlichen, den Verhältnissen der Zeugen entsprechenden, durch ihr Erscheinen vor Gericht hervorgerufenen Ausgaben bei Ausmessung jener Gebühr in Betracht zu ziehen; eine Entschädigung für Versäumniss aber darf daneben nicht bewilligt werden.

### Rescript Herzogl. Obergerichts vom 10. Decbr. 1858 an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte und Herzogl. Stadtgericht Braunschweig.

Die Strafproceßordnung von 1849 und deren neue Redaction von 1858 enthält §. 92 die ausdrückliche Vorschrift:

„daß das Gericht nach geheimer Berathung zu erkennen habe, — und daß das Urtheil über Thatfragen nur ein einstimmiges sein, der Wahrspruch nur durch einstimmiges Urtheil der Richter zu Stande kommen könne,

mit den weiteren Bestimmungen, daß Thatfachen, über deren Beweis die Richter sich zu einigen nicht vermögen, für nicht erwiesen, nach Beschaffenheit für erwiesen gelten.

Solchergestalt erscheint, wie unzulässig, so unangemessen, daß nicht erfolgte Einigung der Richter über den Beweis von Thatfachen in das zu verkündende Urtheil mit aufgenommen und durch dieses zu öffentlicher Kenntniß gebracht werde, indem vielmehr der abzugebende Wahr-

spruch auf den Grund der gepflogenen geheimen und, wenn nöthig, geheim zu haltenden (Staatsdienstgesetz §. 24) Berathung lediglich dahin gehen kann und darf:

dass die in Frage kommende Thatfache als erwiesen, oder als nicht erwiesen anzunehmen sei.

Wir weisen die Herzogl. Kreisgerichte und das Herzogl. Stadtgericht Braunschweig an, hiernach bei Abfassung der zu publicirenden Wahrsprüche und Urtheile künftig allgemein sich zu achten.

Resolution Herzogl. Staatsministerii vom 30. April 1859

an den Obergerichtsadvocaten L. zu B.

Auf Ihr Gesuch vom 21. v. Mts, um Anweisung von Gebühren auf die Staatscasse in der Privatanklagesage S. wider B., ertheilen Wir Ihnen, nachdem Wir zuvor den Bericht des Herzogl. Cassationshofes eingezogen haben, hiedurch folgende Resolution:

Der §. 67 der Strafprocessordnung schreibt vor, dass der Schuldige auch in die Kosten des Verfahrens zu verurtheilen sei, sowie außerdem, bezüglich der Privatankläger, dass, wenn die Privatanklage abgewiesen wird, oder der Privatankläger seine Anklage fallen lässt, derselbe die Kosten des ganzen Verfahrens zu erstatten habe.

Es sollen daher hiernach in Privatanklagesachen der Staatscasse Kosten nicht zur Last fallen.

Wenn nun im vorliegenden Falle der Cassationshof die Entscheidung über die Kosten der Cassationsinstanz zum Gnderkenntnisse verstellt hat, so ist dieses nicht nur nach den ausgehobenen gesetzlichen Bestimmungen nicht gerade unzulässig gewesen, sondern es ist auch hiedurch allein dem Ankläger ein Nachtheil nicht zugefügt worden, indem, wenn schließlich die Verurtheilung der Angeklagten erfolgte, diese auch in die Kosten des Verfahrens und zwar die der Cassationsinstanz nicht ausgeschlossen, zu verurtheilen war, und der Ankläger auf diese Weise seine Kosten erstattet erhalten hätte, und weil, wenn wie im vorliegenden Falle geschehen, der Ankläger hinterher im Wege des Vergleiches seine Anklage fallen lässt, derselbe auch nach der allegirten Gesetzesvorschrift sich nicht entlegen kann, die Kosten des Verfahrens, zu welchen auch die der Cassationsinstanz zu rechnen sind, selbst zu tragen.

Es könnte sich daher nur fragen, ob dieser Auffassung die Vorschrift unter c. der allgemeinen Bemerkungen zu B. I. der Sportelordnung vom 22. August 1849 entgegenstehe? Dieses muss aber verneint werden, weil sich nicht annehmen lässt, dass, indem das Gesetz durch die obgedachte Bestimmung im §. 67 Vorsorge getroffen hat, dass in Privatanklagesachen der Staatscasse Kosten nicht zur Last fallen, gleichzeitig und im Widerspruche hiemit durch die angezogene Vorschrift unter c. das Gegentheil habe bestimmt werden sollen. Die lezterwähnte Vorschrift ist daher nur dahin zu verstehen, dass sie lediglich auf öffentliche Anklagen, im Gegensatz zu Privatanklagen, Bezug hat und zu ihrer Anwendbarkeit voraussetzt, dass von dem zu einer Strafe verurtheilten Angeklagten die Richtigkeitsbeschwerde gegen den öffentlichen Ankläger mit Erfolg ergriffen sei; und es tritt dieselbe auf diese Weise in volle Harmonie mit den mehr citirten Bestimmungen des §. 67.

Wir können daher, aus diesen Gründen, den von Ihnen gemachten Ausführungen nicht beipflichten und in Folge davon den auf dieselben basirten Anträgen nicht entsprechen.



Rescript Herzogl. Obergerichts vom 7. Juni 1859 an Herzogl.  
Amtsgericht Haffelfelde.

Aus den uns mitgetheilten Acten, J. S. der Ehefrau des Zimmermanns Heinrich S. geb. S. zu A., Anklägerin, wider den Bäckermeister Wilhelm S. daselbst, Angeklagten, wegen Beleidigung, haben wir ersehen, daß Herzogl. Amtsgericht auf die eingereichte Anklage, in welcher die Bestrafung des Angeklagten nach Maßgabe der Bestimmungen im §. 198 des Crim.-Ges.-Buchs beantragt worden ist, unterm 5. v. Mts. ein sofort verurtheilendes Erkenntniß abgegeben, folchergestalt die Vorschriften im §. 74 der Str.-Pr.-Ordn. zur Anwendung gebracht hat.

Da jedoch das im §. 74 der Str.-Proc.-Ordn. normirte Verfahren nur bei solchen Vergehen Anwendung findet, welche zunächst ausschließlich mit Geldstrafe bedrohet sind, nicht aber auch bei solchen Vergehen, welche, wie Beleidigungen, (Crim.-Ges.-B. §. 198) mit Gefängniß oder verhältnißmäßiger Geldstrafe bedrohet werden, bei denen mithin die Geldstrafe lediglich als Surrogat der Gefängnißstrafe erscheint (Crim.-Ges.-B. §. 18) und in Fällen leztgedachter Art nach den Vorschriften der §§. 75. 76 ac. der Str.-Proc.-Ordn. zu verfahren ist (vergl. Wege Repert. Th. VII. S. 137) so wird das Erkenntniß Herzogl. Amtsgerichts vom 5. v. M. im Wege oberer Aufsicht hierdurch beseitigt, und Herzogl. Amtsgericht angewiesen, auf die Anklage des im §. 75 der Str.-Proc.-Ordn. normirte Verfahren einzuleiten, auch künftig nach den bestehenden Gesetzen sich zu achten.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 18. Juni 1859 an Herzogl.  
Amtsgericht Haffelfelde.

Auf den Bericht vom 28./30. Mai d. Jrs. eröffnen wir dem Herzogl. Amtsgerichte Folgendes:

Während im Art. 36 der mit dem Königreiche Preußen zur Förderung der Rechtspflege unterm 9. December 1841 abgeschlossenen Uebereinkunft festgesetzt ist:

daß Verbrecher und andere Uebertreter von Strafgesetzen, soweit nicht die nachfolgenden Artikel Ausnahme bestimmen, von dem Staate, dem sie angehören, nicht ausgeliefert, sondern daselbst wegen der in dem andern Staate begangenen Verbrechen zur Untersuchung gezogen und bestraft werden und daher auch ein Contumacialverfahren des andern Staates gegen sie nicht stattfindet,

und im Artikel 37 hinsichtlich der Vollziehung der wider die Unterthanen des einen Staates wegen im Gebiete des andern Staates begangener Vergehen oder Verbrechen von den Gerichten des lezten abgegebenen Straferkenntniße nähere Bestimmungen getroffen sind,

sollen nach Art. 38 Unterthanen des einen Staates, wenn sie sich in dem andern Staate bloß polizei- und finanzgesetzlicher Uebertretungen (vergl. Art. 37) schuldig gemacht haben, welche in dem Staate, dem sie angehören, gar nicht verpönt sind und welche demnach auch von diesem Staate nicht bestraft werden können, auf vorgängige Requisition zwar nicht zwangsweise vor das Gericht des andern Staates gestellt, denselben soll aber daselbst sich zu stellen verstatet werden, damit sie sich gegen die Anschuldigungen vertheidigen und gegen das in solchem Falle zulässige Contumacialverfahren zu wahren vermögen.

Diese conventionsmäßigen Bestimmungen haben durch §. 7 des Polizeistrafgesetzbuches vom 18. August 1835 eine Abänderung nicht erleiden können und jedenfalls ist die Zulässigkeit der Bestrafung von Landeseinwohnern im Auslande begangener Polizeivergehen Seitens hiesiger Gerichte, neben anderen von der wörtlichen Voraussetzung abhängig gemacht:

dass nicht wegen derselben Uebertretungen bereits im Auslande ein Strafverfahren eingeleitet sei.

Werden aber von Preussischen Gerichten in Bezug auf von hiesigen Unterthanen im Gebiete des Preussischen Staates begangene polizeiliche Uebertretungen Requisitionen, namentlich wegen Insnuation von Strafverfügungen erlassen,

(wir wollen bemerken, dass bei Untersuchung von Polizeivergehen im Königreiche Preußen — Gesetz vom 3. Mai 1852 Art. 122—128 — ein ähnliches Verfahren besteht, wie solches für zur amtsgerichtlichen Competenz gehörige mit Geldstrafe bedrohte Vergehen die hiesige Str.-Proc.-Ordn. (§. 74) normirt hat),

so liegt klärlieh zu Tage, dass im Auslande, im Königreiche Preußen, ein Strafverfahren wegen dieser Polizeivergehen bereits eingeleitet worden sei, dass mithin in Fällen der Art von den hiesigen Gerichten eine anderweite Untersuchung und Bestrafung ausgeschlossen bleiben müsse.

Herzogl. Amtsgericht empfängt demnach die Anweisung, künftig von Preussischen Gerichten wegen solcher polizeilicher Uebertretungen erlassene Verfügungen den hiesigen Unterthanen zwar nicht mit Auflage der Folgeleistung, jedoch behuf der Kenntnissnahme zu dem im Art. 38 ausgedrückten Zwecke insinuiren zu lassen. Daneben versteht sich von selbst, dass die durch Preussische Gerichte in Polizei-Contraventionsfachen erkannten Strafen und Kosten von hiesigen Unterthanen nicht beigetrieben werden können, hierauf gerichtete Requisitionen also abzulehnen sind. Die eingefandten Acten erfolgen anbei zurück.

Rescript Herzogl. Obergerichts vom 18. Juli 1859 an Herzogl.

Amtsgericht Lutter a. Bbg.

Auf den Bericht vom 30. Mai / 2. Juni d. Jrs., den dem Halbspänner B. in L. zugefügten Diebstahl betreffend, erwiedern wir Nachstehendes:

Eigentliche Voruntersuchung findet zwar in den zur Competenz der Herzogl. Amts- und Stadtgerichte gehörigen Strafsachen nicht statt (Str.-Proc.-Ordn. §. 33). Hieraus ist jedoch nicht zu folgern, dass in amts- und stadtgerichtlichen Strafsachen dem Hauptverfahren überall keine gerichtlichen Vorbereitungsbehandlungen,

als deren Fortsetzung und Ergänzung die Voruntersuchung zu betrachten ist (Str.-Pr.-Ordn. §. 35),

vorhergehen sollen, indem solche Vorbereitungsbehandlungen,

so weit selbige die Sicherung der Rechtsverfolgung, namentlich die Feststellung und Sicherung des Thatbestandes, die Ermittlung der im Laufe der Zeit verschwindenden Anzeigen betreffen,

auch in amts- und stadtgerichtlichen Straffällen allerdings nöthig werden können, und unter der Voraussetzung, dass sie zur Sicherung der Rechtsverfolgung nöthig erscheinen, nach der ausdrück-

**280** Strafproceß. Rescripte. Vereins- u. Versammlungsrecht. Volkszählung.

lichen, auf gedachte Thatfachen sich mit beziehenden Bestimmung im §. 32 der Str.-Pr.-Ordn., sogar von Amtswegen, um so mehr also nach Antrag des beteiligten Anklägers vorgenommen werden müssen, besonders wenn die Vorbereitungs-handlungen von der Beschaffenheit sind, dass zu deren Vornahme den Staatsanwälten und sonstigen Beamten der gerichtlichen Polizei die Befugniß gesetzlich entzogen ist (Str.-Proc.-Ordn. §. 27, 28).

Dem im vorliegenden Falle für die Nothwendigkeit der Feststellung des Thatbestandes durch eidliche Vernehmung des Beschädigten sich entscheidenden Rescripte Herzogl. Kreisgerichts Sandersheim vom 23. Mai d. Jrs. ist daher Genüge zu leisten, und geben die eingesandten Acten anbei zurück.

**Vereins- und Versammlungsrecht.**

**Gesetz**, polizeiliche Maaßregeln gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts und die Bestrafung gesetz- und ordnungswidriger Vereine und Versammlungen betreffend. 4/16. Juli 1853. Nro. 37. S. 181.

- §. 1. Umfang des Gesetzes. §§. 2—7. Polizeiliche Maaßregeln gegen den Mißbrauch des Vereinsrechts. §§. 8—19. Polizeiliche Maaßregeln gegen den Mißbrauch des Versammlungsrechts. §§. 20—33. Strafbestimmungen.

**Verordnung**, die Publication des Bundesbeschlusses vom 13. Juli d. Jrs. über das Vereinswesen betreffend. 21. September 1854. Nro. 51. S. 213.

5. October

**Bundesbeschluss**. §. 1. Keine Vereine sind zu dulden, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, oder mit der Bundes- und Landesgesetzgebung ihrem Zwecke nach nicht im Einklange stehen. §. 2. Kenntnissnahme vom Zwecke und der Einrichtung jedes Vereins. §. 3 und 4. Besondere Bestimmungen rücksichtlich politischer Vereine, insbesondere Nichtzulassung von Minderjährigen, Lehrlingen und Schülern, und Unstatthaftigkeit der Verbindung mit anderen Vereinen. §. 5. Obzirkelliche Ueberwachung und Auflösung der Versammlungen. §. 6. Verbot der Versammlungen der bewaffneten Macht ohne Befehl. §. 7. Strafbestimmungen. §. 8. Aufhebung der Arbeitervereine.

**Gesetz**, die Ausführung des §. 8. des Bundesbeschlusses vom 13. Juli d. Jrs., wegen der Arbeitervereine, betreffend. 16/23. Novbr. 1854. Nro. 58. S. 247.

- §. 1. Verbot der Arbeitervereine, welche politische, socialistische oder communistische Zwecke verfolgen. §. 2. Strafbestimmung. §. 3. Auflösung bestehender Vereine. §. 4. Zuständigkeit der Gerichte.

**Verordnung**, die Auflösung des „Arbeitervereins“ in hiesiger Stadt und des „Arbeiterbildungsvereins“ in der Stadt Helmstedt betreffend. 30. Juli 1855. Nro 41. 13. Aug.

**Volkszählung.**

**Verordnung**, die Zählung der Bevölkerung und der Gebäude betreffend. 3./8. November 1855. Nro. 52. S. 559.

Regulativ, die Völkzählung betreffend.

A. Allgemeine Vorschriften.

1. Die Zählung soll am 3. December stattfinden.
2. Die Zählung ist an diesem Tage in allen Theilen des Herzogthums zu beginnen und zu vollenden.
3. Die Zählung geschieht theils durch die Civil- theils durch die Militärbehörden.

B. Besondere Vorschriften für den Gebrauch der angeschlossenen Zählungsliste.

Verordnung, die Zählung der Bevölkerung und der Gebäude u. betreffend. 19./27. October 1858. Nro. 56. S. 283.

Regulativ S. 284.

Zählungsliste S. 291.

## Wechselrecht.

Plenarbeschluss Herzogl. Obergerichts, Zinsenversprechen von eigenen Wechseln betreffend. 4./13. October 1856. Nro. 39. S. 195.

Aus einem Wechsel mit Zinsenversprechen, in welchem eine bestimmte Zahlungszeit festgesetzt ist, kann wechselfähig geklagt werden.

## Weser-Schiffahrt.

Verordnung, die Publication der unterm 3. September 1857 vollzogenen Additionalacte zur Weserschiffahrts-Acte vom 10. September 1823. 5/19. Juli 1858. Nro. 42. S. 173.

Additionalacte zur Weser-Schiffahrtsacte vom 10. Septbr. 1823, abgeschlossen am 3. Septbr. 1857 zwischen den Weser-Ufer-Staaten, als Königreich Preußen, Königreich Hannover, Kurfürstenthum Hessen, Herzogthum Braunschweig, Fürstenthum Lippe und der freien Stadt Bremen.

- Art. 1 Anwendung der Artikel über Berechtigung zur Weser-Schiffahrt auf den Transport von Personen und Güter. Gleichstellung der Dampfschiffe.
- Art. 2. Anwendung auch auf Holzflöße.
- Art. 3. Einrichtung der Patente im Allgemeinen.
- Art. 4. Bestimmungen für das Schiffer-Patent und das Schiffs-Patent.
- Art. 5. Aufhören der Gültigkeit des Schiffs-Patents.
- Art. 6. Ausstellung, Einrichtung und Geltung des Schiffer-Patents.
- Art. 7. Aufhören der Gültigkeit des Schiffer-Patents.
- Art. 8. Polizeiliche Vorschriften.
- Art. 9. Verfahren wegen Uebertretung der polizeilichen Vorschriften.
- Art. 10. Art der Bezeichnung der Fahrzeuge.
- Art. 11. Aufhebung des §. 6. der Weser-Schiffahrtsacte.
- Art. 12. Aufhebung der am Schlusse des §. 8. der Weser-Schiffahrtsacte wegen Veröffentlichung der Frachtpreise durch den Druck gegebenen Bestimmung.

- Art. 13. Verträge in Beziehung auf die Ausübung der Weser-Schiffahrt für eine Reihesfolge von Schiffen auf längere Dauer bedürfen der Genehmigung der Regierung des Wohnsitzes der Contrahenten.
- Art. 14. Protest gegen einen Reiheschiffahrts-Vertrag.
- Art. 15. Einführung des Zolpfundes an Stelle des Bremer Pfundes.
- Art. 16. Die Bestimmungen der Weser-Schiffahrtsacte über den Weser-Zoll sind außer Wirksamkeit gesetzt für die Dauer des Vertrags vom 26. Januar 1856.
- Art. 17. Mittheilung der Pläne zu neuen Anlagen im Weser-Strome.
- Art. 18. Mittheilungen über geschene Begräumung der Schiffahrts-Hindernisse und der darauf gewendeten Kosten.
- Art. 19. Bestimmung für die Einrichtung neu zu bauender Weserbrücken.
- Art. 20. Eintritt der Wirksamkeit der Additional-Acte.
- Art. 21. Gegenseitige Mittheilung der in Beziehung auf die Weser-Schiffahrt in jedem Staate erlassenen und künftig ergehenden Gesetze, Verordnungen, Statuten u. Gebührentarife.
- Art. 22. Beschleunigung der Geschäfte der Revisions-Commission und Verfahren bei etwaigen Beschwerden.
- Art. 23. Beibehaltung der nicht abgeänderten Bestimmungen der Weser-Schiffahrtsacte.
- Anlage 1. S. 183. Muster eines Schiffs-Patents.
- Anlage 2. S. 184. Muster eines Schiffer-Patents.
- Anlage 3. S. 185. Muster eines Schiffer-Patents zur Führung von Holzflößen.
- Anlage 4. S. 186. Polizeiliche Vorschriften für die Schiffahrt auf dem Weser-Strome.
- I. Schiffsführung. §. 1.
  - II. Legitimations-Papiere zum Schiffahrts-Betriebe §. 2.
  - III. Jeugnisse für die Maschinisten auf den Passagier-Dampfschiffen §. 3.
  - IV. Dienstbücher der Schiffsmannschaft.
    1. Verpflichtung der Dienstkente §. 4.
    2. Inhalt der Dienstbücher §. 5.
    3. Verpflichtung des Dienstherrn §. 6.
  - V. Construction, Ausrüstung und Erhaltung
    1. der Fahrzeuge §. 7.
    2. der Holzflöße §. 8.
  - VI. Führung des Stenerrenders §. 9.
  - VII. Belastung der Schiffe und Flöße §. 10.
  - VIII. Beifahrzeuge §. 11.
  - IX. Verhalten rücksichtlich
    1. der Fahrbahn,
      - a. Innehaltung derselben §. 12.
      - b. Nichtbeschädigung derselben §. 13.
    2. der Ufer, Brücken und anderen Werke §. 14.
    3. des Ausiegens und Ankerns,
      - a. an den Ufern und Brückenpfeilern §. 15.

- b. in der Fahrbahn oder entfernt vom Ufer §. 16.
- 4. des Ableichens §. 17.
- 5. des Passirens gefährlicher oder schwieriger Stromstellen §. 18.
- 6. des Passirens der Brücken §. 19.
- 7. des Passirens der Fähranstalten §. 20.
- 8. des Fahrens bei Dunkelheit oder Nebel, imgleichen durch scharfe Stromkrümmungen mit hohen Uferwänden §. 21.
- 9. des Begegnens der Schiffe oder Flöße,
  - a. im freien Strome,
    - aa. der Segelschiffe oder Flöße §. 22.
    - bb. der Dampfschiffe §. 23.
    - cc. der Segelschiffe oder Flöße und der Dampfschiffe §. 24.
  - b. bei schmaler Fahrbahn §. 25.
- 10. des Ueberholens u. Vorbeifahrens vorausgehender Fahrzeuge durch nachfolgende,
  - a. im freien Strome §. 26.
  - b. bei schmaler Fahrbahn §. 27.
- 11. gegenseitiges Verhalten aneinander vorbeifahrender See- u. Stromfahrzeuge §. 28.
- 12. des Vorbeifahrens der Dampfschiffe an kleineren und an schwer beladenen größeren Schiffen §. 29.
- 13. der Merkmale und Warnungszeichen §. 30.
- 14. der Pulverladungen §. 31.
- X. Gegenseitige Befugnisse und Obliegenheiten
  - 1. der Schiffsführer, Mannschaft und Passagiere §. 32.
  - 2. der Schiffsführer, Lootsen und Schiffsmannschaften §. 33.
- XI. Verpflichtung der Schiffsführer und der Mannschaft
  - 1. in Ansehung der Güterladungen §. 34.
  - 2. bei entdeckten Schiffs-Diebstählen §. 35.
  - 3. verbotener Handelsverkehr der Schiffer §. 36.
  - 4. bei Unglücksfällen §. 37.
- XII. Verpflichtung der Führer eines Fahrzeugs zum Halten eines Exemplars dieser Vorschriften §. 38.
- XIII. Strafbestimmungen §. 39.
- XIV. Mithaftung wegen der Geldstrafe §. 40.
- XV. Aufhebung früherer schiffahrtspolizeilicher Vorschriften §. 41.
- Anlage. Formular eines Dienstbuchs. S. 204 u. 205.
- Anlage 5. der Additionalacte zur Weser-Schiffahrtsacte.

Vergleichende Uebersicht der bei der Weser-Schiffahrt in Betracht kommenden Gewichte, Längen- und Getreide-Maasse. S. 206—210.

**Bekanntmachung**, die Controlirung der Transporte von Salz und übergangsabgabepflichtigen Gegenständen auf der Weser betreffend. 14./28. Juli 1858. Pro. 45. S. 215.

## Zoll (indirecte Steuer). Zoll- und Handelsverträge.

**Gesetz**, die Aenderungen des Tarifs der Eingangsabgaben in den zum Steuerverein gehörigen Theilen des Herzogthums betreffend. 23./26. Februar 1853. Nro. 8. S. 17.

**Nebst** Anl. A. u. B., enthaltend Verzeichnisse der vom 1. März 1853 an eintretenden Aenderungen der Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben im Steuervereinsgebiete. S. 21. u. 37.

**Gesetz**, über die Einführung eines neuen Zoll-Tarifs im Harz-Leine-Districte vom 29./30. März 1853. Nro. 15. S. 55.

§. 1. Der besondere Zolltarif für den Harz- und Leine-District wird aufgehoben.

§. 2. Der allgemeine Zolltarif vom 30. Juli 1851 wird auch in diesen Theilen des Herzogthums, jedoch mit einigen Abänderungen eingeführt.

§. 3. Auch das Gesetz vom 30. Juni 1850, die Eingangserzollung des ausländischen Zuckers und Syrups, sowie die Besteuerung des Rübenzuckers betreffend, wird auf den Harz-Leine-District erstreckt.

§. 4. Dies Gesetz tritt vom 30. März 1853 an in Wirksamkeit.

**Gesetz**, die Ermäßigung der Eingangsabgaben für verschiedene zoll- und steuervereinsländische Erzeugnisse und die gänzliche Befreiung anderer Erzeugnisse dieser Art von der Eingangsabgabe betreffend. 31. März 1853. Nro. 16. S. 57.

5. April

§. 1. Verzollung steuervereinsländischer Erzeugnisse bei unmittelbarer Einführung derselben aus dem Gebiete des Steuervereins.

Anl. I. Verzeichniß solcher steuervereinsländischer Erzeugnisse.

§. 2. Verzollung zollvereinsländischer Erzeugnisse bei unmittelbarer Einführung in die zum Steuervereine gehörenden Braunschweigischen Gebietstheile.

Anl. II. Verzeichniß solcher zollvereinsländischer Erzeugnisse.

§. 3. Allgemeine Bestimmungen über das Verfahren bei Versendung inländischer Erzeugnisse und Fabrikate aus dem Gebiete des Zollvereins in das Gebiet des Steuervereins und umgekehrt.

§. 4. Die gewährten Zollerleichterungen und Befreiungen treten vom 5. April d. Jrs. an in Kraft.

Anhang zu vorstehendem Gesetze vom 31. März/5. April 1853 Nro. 16, die Berichtigung mehrer Druckfehler betreffend. Nro. 20. S. 107.

**Gesetz**, die Herabsetzung der Eingangsabgaben für einige Artikel betreffend, vom 2./7. Mai 1853. Nro. 21. S. 109.

Der Eingangszoll von Wein, Most und Cider, Caffee, Tabackslättern, Thee und Franzbranntwein wird ermäßigt.

**Gesetz**, betreffend den Steuersatz vom inländischen Rübenzucker und die Eingangszoll-Sätze vom ausländischen Zucker und Syrup für den Zeitraum vom 1. Septbr. 1853 bis Ende August 1855. 2./14. Juli 1853. Nro. 34. S. 169.

- §. 1. Feststellung der Steuer vom inländischen Rübenzucker auf sechs Silbergroschen vom Zollcentner der rohen Rüben.
- §. 2. Feststellung des Eingangszolls vom ausländischen Zucker und Syrup.
- Gesetz**, den Salzdebit betreffend. 30. Juni 1853. Nro. 41. S. 199.

## 19. Juli

- §. 1. Die Einföhrung ausländischen Salzes und der Salzdebit im Innern des Landes bleibt Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction überlassen. Der Hausirhandel mit Salz ist gänzlich untersagt.
- §. 2. Nähere Bestimmungen über den Salzdebit im Innern.
- §. 3. Bestimmungen über den Transport des Salzes von einem Orte zum andern.
- §§. 4—7. Controle über den Salzverbrauch im Innern.
- §. 8. Bestimmungen über Salzsellereien.
- §. 9. Verpflichtung der Ortseinwohner zur Beziehung des Salzes aus der Gemeinde-Sellerei.
- § 10 u. 11. Vertheilung der von jeder Gemeinde zu beziehenden Salzmenge.
- §. 12. Bestimmungen für den Fall eines Mehrbezuges von Salz aus der Niederlage.
- §. 13. Bestimmungen über Gemeindefalzbücher.
- §. 14. Einziehung der Niederlagepreise für das zu wenig bezogene Salz.
- §. 15. Reclamationen gegen solche Einziehungsaus schreiben.
- §. 16. Bekanntmachung sonstiger Controlvorschriften.
- §. 17. Strafe der unbefugten Ein-, Durch- oder Ausführung von Salz oder des Handels im Innern, des Hausirhandels und Transports von einem Orte zum andern.
- §. 18. Ordnungsstrafen für Uebertretung anderer Vorschriften dieses Gesetzes.
- §. 19. Substitution von Gefängnißstrafe im Falle des Unvermögens der zu Geldstrafe Verurtheilten.
- §. 20. Anwendung der Bestimmungen des Zollstrafgesetzes auf die Untersuchung und Bestrafung der Vergehen gegen dies Gesetz.
- §. 21. Die Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction ist die zur Ausführung dieses Gesetzes competente Behörde.
- §. 22. Herzogl. Staatsministerium ist ermächtigt, dieses Gesetz oder einzelne Bestimmungen desselben in einzelnen Landestheilen zeitweise außer Anwendung zu erklären.
- §. 23. Erlöschen der zum Handel mit Salz ertheilten Concessionen, und Aufhebung der Gesetze vom 23. Februar 1837 Nro. 6. und 21. Decbr. 1841. Nro. 33.
- Gesetz**, die Ueberlassung von Salz zur Viehfütterung und zu gewerblichen Zwecken gegen ermäßigte Preise betreffend. 30. Juni 1853. Nro. 42. S. 211.

## 19. Juli

- §. 1. Zur Viehfütterung und Düngung, sowie an gewisse Gewerbetreibende soll unter vom Herzogl. Staatsministerium zu bestimmenden Bedingungen und Controlen Salz zu ermäßigten Preisen verabfolgt werden.
- §. 2. Strafe wegen Verwendung des zu ermäßigten Preisen empfangenen Salzes zu andern Zwecken.
- §. 3. Verlust der Begünstigung im Falle des Mißbrauchs.
- §. 4. Strafe für unrichtige Angaben behuf Erlangung der Begünstigung.



§. 5. Anwendung der zutreffenden Bestimmungen des Zollstrafgesetzes auf Untersuchung und Bestrafung der Vergehen gegen dies Gesetz.

§. 6. Das Herzogl. Staatsministerium ist ermächtigt, den §. 1 dieses Gesetzes in einzelnen Landestheilen zeitweise außer Anwendung zu erklären.

§. 7. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1854 in Kraft.

**Gesetz**, die Eröffnung des freien Verkehrs zwischen dem Harz-Leine-Districte und den übrigen Theilen des Zollvereins. 9./11. Aug. 1854. Nro. 46. S. 227.

§. 1. Eintritt des freien Verkehrs zwischen dem Harz-Leine-Districte und den übrigen schon jetzt im Zollvereine befindlichen Ländern und Gebietstheilen und Aufhebung der Verordnung vom 20. Decbr. 1843. Nro. 28.

§. 2. Bestimmung der Ausgangsabgabe für Schaafwolle, rohe und ungekämmte.

§. 3. Dies Gesetz tritt mit dem 15. August d. Jrs. in Kraft.

**Gesetz**, über Aufhebung der Eingangsabgaben von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und andern Mühlenfabrikaten. 9./12. Septbr. 1853. Nro. 51. S. 263.

Die Eingangsabgaben von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und anderen Mühlenfabrikaten werden bis zum letzten December 1853 aufgehoben.

**Gesetz**, die Erweiterung des Gesetzes vom 31. März d. J. über die Ermäßigung der Eingangsabgaben für verschiedene zoll- und steuervereinsländische Erzeugnisse und die gänzliche Befreiung anderer Erzeugnisse dieser Art von der Eingangsabgabe betreffend. 22./24. Septbr. 1853. Nro. 54. S. 269.

Da nach dessen §. 4 die Wirksamkeit dieses Gesetzes nur bis zum Schlusse des Jahres 1853 bestimmt ist, bedarf dasselbe eines Auszugs nicht.

**Regulativ**, die Ueberlassung von Salz zur Viehfütterung, zur Düngung und zu gewerblichen Zwecken gegen ermäßigte Preise betreffend. 29. Septbr. 1853. Nro. 56. S. 277. 7. Octbr.

§. 1. Verwendung des Salzes zur Viehfütterung und Verabreichung desselben nur an Landwirth.

§. 2. Beaufsichtigung der Verwendung durch die Steuerbeamten.

§. 3. Anmeldung des Bedarfs bei der Salzniederlage.

§. 4. Bestimmung des niedrigsten und höchsten Betrages des zu verabreichenden Salzes.

§. 5. Verfahren im Falle der Nichtannahme des angemeldeten Salzes.

§. 6. Zubereitung des Viehsalzes.

§. 7. Feststellung des Preises auf 12 Ggr. pro 100 Pfd.

§§. 8 u. 9. Debit des Dungsalzes.

§§. 10—13. Ueberlassung von Gewerbsalz.

Anhang zum Gesetze Nro. 54, die Berichtigung eines Druckfehlers betr. Nro. 57. S. 283.

**Gesetz**, die Verlängerung des für die Aufhebung der Eingangsabgaben von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und andern Mühlenfabrikaten in dem Gesetze vom 9. v. Mts. Nro. 51 festgestellten Termins betreffend. 26./31. Decbr. 1853. Nro. 59. S. 287.

Der Termin wird bis zum 1. September 1854 verlängert.

**Gesetz**, wegen Abänderung des Vereins-Zolltarifs. 1./3. November 1853. Nro. 60. S. 289.

Zu den keiner Abgabe unterworfenen Artikeln werden einige hinzugefügt, bei andern wird der Ein- und Ausfuhrzoll verändert.

**Gesetz** über die einstweilige Aufhebung der Eingangsabgabe für Reis. 7./10. November 1853. Nro. 61. S. 297.

Die Eingangsabgabe für Reis wird bis zum Schlusse des Jahres 1853 aufgehoben.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Vereins-Zolltarif betreffend. 5./16. November 1853. Nro. 62. S. 299.

Erste Abtheilung. Gegenstände, welche gar keiner Abgabe unterworfen sind.

Zweite Abtheilung. Gegenstände, welche bei der Einfuhr oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind.

Dritte Abtheilung. Von den Abgaben, welche zu entrichten sind, wenn Gegenstände zur Durchfuhr angemeldet werden.

Vierte Abtheilung. Hinsichtlich der Schiffsabgaben bei dem Transport von Waaren auf der Elbe, der Weser, dem Rhein und dessen Nebenflüssen, wird auf die Wiener Congreß-Acte und auf die einzelnen Verträge verwiesen.

Fünfte Abtheilung. Allgemeine Bestimmungen.

**Verordnung**, die Publication des Vertrages über die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereins und der damit in Verbindung stehenden Verträge und Vereinbarungen betreffend. 27./31. December 1853. Nro. 67. S. 365.

1. Vertrag zwischen Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt, die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereins betreffend, vom 4. April 1853. S. 368.

Art. 1. Der Zollverein wird auf die 12 Jahre vom 1. Januar 1854 bis letzten Decbr. 1865 fortgesetzt.

Art. 2. Der zwischen dem Königreiche Hannover u. Herzogthume Oldenburg bestehende Steuerverein schließt sich vom 1. Januar 1854 dem Zollvereine an.

Art. 3. Dem Gesamtvereine gehören alle Staaten an, welche bisher in dem Zollvereine oder dem Steuervereine begriffen waren.

Art. 4. Die einzelnen Landestheile der verschiedenen Staaten, welche sich ihrer Lage wegen zur Aufnahme in den Gesamtverein nicht eignen, bleiben ausgeschlossen, die bisher gewährten Verkehrsvereinfachungen aber bestehen.

Art. 5. Erhebung und Verwaltung der Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben wird im Gesamtvereine, jedoch mit Gestattung einzelner durch locale Interessen gebotener und dem Gesamtvereine unnachtheiliger Ausnahmen, auf gleichen Fuß gebracht.

Art. 6. Veränderungen in der Zollgesetzgebung können nur unter Uebereinstimmung sämmtlicher Glieder des Gesamtvereins bewirkt werden.

- Art. 7. Freiheit des Handels und Verkehrs und Gemeinschaft der Einnahmen an Zöllen.
- Art. 8. 9. u. 10. Aufhebung der bisher an den Grenzen zwischen Zollverein und Steuerverein erhobenen Eingangsz-, Durchgangsz- und Ausgangsz-Abgaben, mit Ausnahme der zu Staatsmonopolen gehörenden Gegenstände, (Spielkarten und Salz) und der im Innern mit einer Steuer belegten inländischen Erzeugnisse.
- Art. 11. Bestimmungen über Besteuerung ausländischer und inländischer Erzeugnisse.
- Art. 12. Wegen der Rübenzuckerbesteuerung wird auf die besondere Uebereinkunft verwiesen.
- Art. 13. Chausseegelder auf den Hauptverbindungsstraßen dürfen den Betrag der gewöhnlichen Herstellungs- und Unterhaltungskosten nicht übersteigen.
- Art. 14. Das Königreich Hannover und Herzogthum Oldenburg treten den Verabredungen wegen Herbeiführung gleichen Münz-, Maasz- und Gewichtssystems bei.
- Art. 15. Hinsichtlich der Wasserzölle und Begegeld-Gebühren auf Flüssen bleibt es bei den besondern Verträgen und Bestimmungen des Wiener-Congresses.
- Art. 16. Aufhebung der Stapel- und Umschlagsrechte.
- Art. 17. Bestimmungen über Kanal-, Schleusen-, Brücken-, Fähr-, Hafen-, Waage-, Krabnen- und Niederlage-Gebühren.
- Art. 18. Beförderung der Gewerbthamkeit im Allgemeinen.
- Art. 19. Bestimmungen wegen der Seeschiffahrt.
- Art. 20. Hannover und Oldenburg treten dem Zollcartell gegen den Schleichhandel und Defraudation innerer Verbrauchs-Abgaben bei.
- Art. 21. Von der Gemeinschaft der Einnahme der contrahirenden Staaten an Eingangsz-, Ausgangsz- und Durchgangsz-Abgaben bleiben ausgeschlossen
1. die Steuern, welche im Innern jedes Staates von inländischen Erzeugnissen erhoben werden;
  2. die Wasserzölle;
  3. Chausseeabgaben, Pflaster-, Damm-, Brücken-, Fähr-, Kanal-, Schleusen-, Hafengelder, sowie Waage- und Niederlage-Gebühren und dergl.;
  4. Zollstrafen und Confiscate.
- Art. 22. Vertheilung der in die Gemeinschaft fallenden Abgaben.
- Art. 23. Bestimmungen über Vergünstigungen für einzelne Gewerbetreibende.
- Art. 24. Zollbegünstigungen einzelner Messplätze, namentlich Rabatt-Privilegien sollen thunlichst beschränkt werden.
- Art. 25. Ausfälle wegen Begünstigungen in der Zollabgaben-Einrichtung für Einzelne (Posthaltungen, Gesandte) dürfen der Gemeinschaft nicht in Rechnung gebracht werden.
- Art. 26. Das Begnadigungs- und Strafverwandlungsrecht bleibt jedem der contrahirenden Staaten in seinem Gebiete.
- Art. 27. Die Ernennung der Beamten und Diener bei den Local- und Bezirksstellen für die Zollerhebung und Aufsicht bleibt jedem Staate in seinem Gebiete.
- Art. 28. Gemeinschaftliche Zolldirection des Königreichs Hannover und Großherzogthums Oldenburg.
- Art. 29. Aufstellung der Uebersichten der Zolleinnahmen.

- Art. 30. Bestimmungen über Erhebungs- und Verwaltungskosten.
- Art. 31. Anstellung von Controleuren.
- Art. 32. Kenntnissnahme von der Geschäftsführung der Zoll-Directionen durch abzuordnende Beamte, und wechselseitige Mittheilungen der Ministerien.
- Art. 33. Jährliche Zollconferenzen.
- Art. 34. Geschäftskreis solcher Conferenzen.
- Art. 35. Verfahren bei dem Eintritte außerordentlicher Ereignisse.
- Art. 36. Bestreitung des Aufwandes für die Bevollmächtigten.
- Art. 37. Keine Nachsteuer-Erhebung in Hannover und Oldenburg, bei deren Eintritte in den Zollverein.
- Art. 38. Aufnahme anderer deutscher Staaten in den Zollverein.
- Art. 39. Erleichterungen des Verkehrs mit andern deutschen Staaten durch Handelsverträge.
- Art. 40. Die Detail-Ausführung der Verträge soll durch gemeinschaftliche Commissarien geschehen.
- Art. 41. Dem zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossenen Handels- und Zollvertrage vom 19. Februar 1853 treten die Zollvereinsstaaten bei.
- Art. 42. Insofern dieser Vertrag nicht vor dem 1. Januar 1864 gekündigt wird, ist solcher auf 12 Jahre verlängert.
- II. Uebereinkunft zwischen Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvertrage gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt, wegen Besteuerung des Rübenzuckers, vom 4. April 1853. S. 395.
- Art. 1. Der Rübenzucker soll in allen Zollvereinsstaaten gleichmäßig besteuert werden.
- Art. 2. Grundsätze für die Abmessung der Steuer.
- Art. 3. Feststellung des Steuerbetrags.
- Art. 4. Feststellung eines Termins für die Bekanntmachung des Steuersatzes für jede spätere zweijährige Periode.
- Art. 5. Der Ertrag der Rübenzuckersteuer ist gemeinschaftlich.
- Art. 6. Die allgemeinen Bestimmungen rücksichtlich der Zollgesetzgebung und Verwaltung finden auf die Rübenzuckersteuer Anwendung.
- Art. 7. Die Wirksamkeit der Uebereinkunft beginnt mit dem 1. September 1853.
- III. Handels- und Zollvertrag zwischen Preußen und Oesterreich, vom 19. Februar 1853. S. 399.
- Art. 1. Der gegenseitige Verkehr soll durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote gehemmt werden, jedoch mit einigen namentlich bezeichneten Ausnahmen.
- Art. 2. Im Betrage, der Sicherung und Erhebung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben, dürfen keinen fremden, mit den Contrahenten nicht bereits im Zollvereine oder sonstigen Vertragsverhältnissen stehenden Staaten größere Begünstigungen zugestanden werden.
- Art. 3. Sofort eintretende Verkehrs erleichterungen und Tarifsbestimmungen über Eingangszölle.
- Art. 4. Bestimmungen wegen künftiger Erhöhungen oder Ermäßigungen der Tarifsätze.
- Art. 5. Tarifsbestimmungen über Ausgangszölle und Uebereinkunft wegen der Durchgangszölle.

- Art. 6. Für bestimmte Gattungen von Waaren wird Befreiung von Eingangs-, Ausgangs- oder Durchgangs-Abgaben zugesichert.
- Art. 7. Erleichterungen in der zollamtlichen Behandlung.
- Art. 8. Vereinigung der beiderseitigen Grenzzollämter an demselben Orte.
- Art. 9. Innere Abgaben auf Hervorbringung, Zubereitung oder den Verbrauch eines Erzeugnisses sollen die Erzeugnisse des andern Staates nicht in lästigerer Weise treffen.
- Art. 10. Zollcartel zur Verhütung und Bestrafung des Schleichhandels.
- Art. 11. Unzulässigkeit von Stapel- und Umschlagsrechten.
- Art. 12 u. 13. Bestimmungen über die Seeschifffahrt.
- Art. 14. Gleichstellung bei Benugung der natürlichen und künstlichen Wasserstraßen im gegenseitigen Gebiete mit den Schiffsführern und Fahrzeugen des eigenen Staates.
- Art. 15. Gleichstellung in der Benugung der Chaussees und sonstigen Straßen, Kanäle, Schlenfen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lootsenwesens, der Krabbe- und Waage-Anstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr.
- Art. 16. Gleichstellung in der Benugung der Eisenbahnen.
- Art. 17. Erleichterungen bei Benugung der Eisenbahnen.
- Art. 18. Beförderung der Gewerbsamkeit.
- Art. 19. Abschluß eines Münzcartels.
- Art. 20. Beschützung der Unterthanen des gegenseitigen Contrahenten im Auslande durch die eigenen Consule.
- Art. 21. Controle-Bestimmungen.
- Art. 22. Nichtanwendung der Vertragsbestimmungen auf die seinem Zollgebiete nicht angeschlossenen Landestheile eines Contrahenten.
- Art. 23. Vereinbarung über das Zusammentreten von Commissarien behuf Ausführung der Vertragsbestimmungen.
- Art. 24. Die Anlagen dieses Vertrags gelten für integrierende Theile desselben.
- Art. 25. Dauer des Vertrags vom 1. Januar 1854 bis letzten December 1865 und Bestimmung des Zusammentretens von Commissarien im Jahre 1860 behuf Erzielung einer Zolleinigung.
- Art. 26. Jedem Zollvereinsstaate mit Preußen bleibt der Beitritt zu diesem Vertrage vorbehalten.
- Art. 27. Ratifikation des Vertrags.
1. Anhang. Verzeichniß derjenigen Gegenstände, welche im Zwischenverkehr zwischen Preußen und Oesterreich eingangszollfrei oder zu einem ermäßigten Zwischenzollsatz zuzulassen sind. S. 411.
  2. Anhang. Verzeichniß derjenigen Gegenstände, von welchen im Zwischenverkehr zwischen Preußen und Oesterreich Ausgangsabgaben erhoben werden können. S. 436.
  3. Anhang. Zollcartel. S. 437.
  4. Anhang. Münzcartel. S. 446.

IV. Uebereinkunft zwischen Preußen, Sachsen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsverein gehörigen Staaten und Braunschweig, betreffend die Theilung der gemeinschaftlichen Ausgangs- und Durchgangsabgaben, vom 4. April 1853. S. 449.

- Art. 1. Die in den genannten Staaten zur Erhebung kommenden Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben sollen nach Verhältniß der Bevölkerung vertheilt werden.
- Art. 2. Die Bevölkerung von Staaten, welche dem Zollsysteme eines andern Staates, unter der Verabredung der Zahlung von Zollanteilen, beigetreten sind, wird in die Bevölkerung des Staates eingerechnet, welcher die Zahlung leistet.
- Art. 3. Ermittlung des Standes der Bevölkerung.
- Art. 4. Ausgleichung wegen der Wasserzölle und Schiffsabgaben.
- Art. 5. Anwendung der zu dem Separat-Artikel 14 unter sämtlichen Mitgliedern des Zollvereins sub 1 u. 2 getroffenen Vereinbarungen.
- Art. 6. Anfang und Dauer dieses Vertrags.

**Protocoll**, die Fortdauer der Uebereinkunft zwischen Preußen und Braunschweig, wegen gleicher Besteuerung innerer Erzeugnisse, vom 4. April 1853. S. 453.

Die dieserhalb getroffene Uebereinkunft vom 19. October 1841 wird auf die 12 Jahre vom 1. Januar 1854 bis letzten December 1865 erstreckt, jedoch mit einem Vorbehalte wegen der Branntweinsteuer in den Kreisen Holzminden und Gandersheim.

**Vertrag**, zwischen Preußen, Sachsen, Hannover, Kurhessen, den außer Preußen und Kurhessen bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine theilnehmenden Staaten, Braunschweig und Oldenburg, die gleiche Besteuerung von Wein und Taback, sowie den gegenseitigen freien Verkehr mit diesen Artikeln und die Gemeinschaftlichkeit der Uebergangs-Abgaben von denselben betreffend, vom 4. April 1853. S. 456.

- Art. 1. Feststellung einer gleichen Besteuerung des Tabacksbaues und des Weinbaues zur Kelterung von Most.
- Art. 2. Beim Uebergange dieser Erzeugnisse aus dem Gebiete des einen der contrahirenden Staaten in das Gebiet des andern findet keine Abgaben-Erhebung oder Abgaben-Rückvergütung statt. Die Abgaben von diesen aus andern Vereinsstaaten eingehenden Artikeln werden auf gemeinschaftliche Rechnung erhoben.
- Art. 3. Vertheilung dieser auf gemeinschaftliche Rechnung erhobenen Abgaben.
- Art. 4. Controle-Bestimmungen.
- Art. 5. Anfang und Dauer des Vertrags.
- Art. 6. Verabredung der Fortdauer des Vertrags im Falle nicht eintretender Kündigung.

**Protocoll**, die Fortdauer der Uebereinkunft zwischen Preußen, Sachsen und den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins einerseits, und Braunschweig andererseits, den gegenseitig freien Verkehr mit Bier und die Gemeinschaftlichkeit der Uebergangsabgabe von Bier betreffend, vom 4. April 1853. S. 461.

Die dieserhalb unterm 19. October 1841 geschlossene Uebereinkunft wird auf die neue Zollvereinsperiode bis letzten December 1865 erstreckt.

**Uebereinkunft** zwischen Hannover und Braunschweig, wegen der Zoll- und Steuer-Verwaltung in verschiedenen Braunschweigischen Gebietstheilen, vom 20. Decbr. 1853. S. 463.

- Art. 1. Der Königlich Hannöverschen Regierung wird im Amte Ibedinghausen und in verschiedenen einzelnen Braunschweigischen Ortschaften, die Verwaltung der Zölle, der Rübenzuckersteuer, der Fabrikationsabgaben von Branntwein und Bier und der Uebergangsabgaben von Branntwein, Bier, Taback, Wein und Traubenmost und der Salzsteuer überlassen.
- Art. 2. Die Verwaltung geschieht nach den Königlich Hannöverschen Gesetzen und Verordnungen oder sonstigen administrativen Bestimmungen.
- Art. 3. Abänderungen der einschlagenden im Königreiche Hannover bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bedürfen behuf ihrer Anwendung in den Braunschweigischen Gebietstheilen der Zustimmung Herzogl. Braunschweigischer Regierung.
- Art. 4. Gleichmäßige Besteuerung des Branntweins und Biers in diesen angeschlossenen Gebietstheilen mit der im Königreiche Hannover.
- Art. 5. Das Herzogl. Braunschw. Gesetz über den Salzdebit vom 23. Februar 1837 bleibt in den angeschlossenen Gebietstheilen bestehen.
- Art. 6. Die etwa erforderlichen Steuerbeamten werden in den angeschlossenen Gebietstheilen durch die Braunschweigische Landesregierung angestellt, jedoch auch für die Königlich Hannöversche Regierung in Eid und Pflicht genommen.
- Art. 7. Solche Beamten sind jedoch in Beziehung auf ihre Dienstobliegenheiten und hinsichtlich der Disciplin der Königlich Hannöverschen Regierung untergeordnet.
- Art. 8. Die betreffenden Beamten können zugleich mit der Controle der privat Braunschweigischen Abgaben beauftragt werden.
- Art. 9. Schilder und Siegel der in den angeschlossenen Gebietstheilen zu errichtenden Zoll- und Steuerämter, sollen die Braunschweigischen Hoheitszeichen führen und die Zoltpfähle, Schlagbäume zc. die Herzogl. Braunschweigischen Landesfarben.
- Art. 10. Untersuchung und Bestrafung der in den fraglichen Gebietstheilen vorkommenden Zoll- und Steuer-Vergehen vor den Braunschweigischen Gerichten.
- Art. 11. Die Geldstrafen und Confiscationen fallen der Königlich Hannöverschen Strafcasse zu.
- Art. 12. Die Ausübung des Begnadigungs- und Strafverwandlungsrechts verbleibt Sr. Hoheit dem Herzoge von Braunschweig.
- Art. 13. Gemeinschaft der Branntweinsteuer und Uebergangsabgaben von Branntwein.
- Art. 14. Dauer der Uebereinkunft bis letzten December 1865.

**Uebereinkunft** zwischen Hannover und Braunschweig, die in den Communion-Besitzungen zu erhebenden indirecten Abgaben betreffend, vom 20. December 1853. S. 468.

- Art. 1. Vertheilung der Verwaltung der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgaben, der Rübenzuckersteuer, der Branntwein und Biersteuer und der Uebergangs-Abgaben von Branntwein, Bier, Taback, Wein und Traubenmost, sowie des Salzdebites unter den contrahirenden Staaten.
- Art. 2. Zur Anwendung zu bringende Gesetze und Bestimmungen.
- Art. 3. Publication der Gesetze und Bestimmungen durch das Communion-Bergamt zu Goslar.
- Art. 4. Vertheilungs-Maassstab des Einkommens.

Art. 5. Feststellung der Competenz in Contraventionsfachen.

Art. 6. Competenzbestimmungen für criminelle Untersuchungen auf Grund der Zoll- u. Steuer-gesetze.

Art. 7. Dauer der Uebereinkunft bis letzten December 1865.

**Landesherrliches Patent**, die vom 1. Januar 1854 an in Anwendung kommenden Zoll- und Steuergesetze betreffend. 27./31. December 1853.

Vom 1. Januar 1854 an sollen im ganzen Herzogthume zur Anwendung kommen:

1. das durch das Patent vom 21. December 1841 publicirte Zollgesetz,
2. die Zollordnung vom 21. December 1841,
3. das Zollstrafgesetz vom 21. December 1841,
4. das Gesetz wegen des Waffengebrauchs der Grenzaufsichtsbeamten vom 21. December 1841,
5. das Gesetz über Besteuerung des inländischen Tabacks vom 21. December 1841,
6. das Gesetz, den Zollcartel betreffend, vom 21. December 1841,
7. die Gesetze, die Besteuerung des Rübenzuckers betreffend, vom 24. August 1846 und 2. Juli 1853,
8. der Zollvereinstarif vom 5. November 1853,
9. die Gesetze wegen Erhebung und Controlirung der Branntweinsteuer, sowie wegen Besteuerung des Braumalzes vom 21. December 1841 sollen im Herzogthume jedoch mit Ausnahme des Amtsbezirks Thedinghausen, der Enclaven Bodenburg, Destrup, Ostharlingen, und Delsburg, in und bei Goslar, des Auerhahns und der Ortschaften Duttenstedt, Eßfinghausen und Meerdorf und des Braunschweigischen Antheils an Woltorf, zur Anwendung kommen.
10. Im Amtsbezirk Thedinghausen und den übrigen ausgenommenen Gebietstheilen bleiben das Gesetz vom 23. April 1835 über die vom inländischen Biere zu entrichtende Fabricationsabgabe und das Gesetz vom 23. April 1835 über die Besteuerung des inländischen Brauntweins nach dem Rauminhalte der Maischbottiche geltend.

Die übrigen durch das Patent vom 20. November 1845 für die dem Steuervereine angeschlossenen Gebietstheile publicirten Gesetze treten vom 1. Januar 1854 an außer Wirksamkeit.

**Gesetz**, die Besteuerung der inländischen Branntweinfabrikation im Amtsbezirk Thedinghausen und einigen anderen Braunschweigischen Gebietstheilen betreffend. 27./31. December 1853. No. 69. S. 477.

Dies Gesetz findet Anwendung in dem Amtsbezirk Thedinghausen, den Ortschaften Bodenburg, Destrup, Delsburg und Ostharlingen, in den Enclaven in und bei Goslar, dem Auerhahn und den Ortschaften Duttenstedt, Eßfinghausen, Meerdorf und dem diesseitigen Antheile an der Ortschaft Woltorf.

- §. 1. Bestimmung des Steuerfasses für Branntwein und Getreide, Kartoffeln, Mehl und mehlig Substanzen.
- §. 2. Bestimmung des Steuerfasses für nicht mehlig Substanzen, welche zur Branntweinge-winnung verwendet werden.



§. 3. Bestimmung des Steuersatzes für landwirthschaftliche Brennereien.

§. 4. Bestimmung einer Steuervergütung bei der Ausfuhr.

§. 5. Verwilligung einer Steuervergütung bei der Ausfuhr von Liqueur.

§. 6. Eintritt der Bestimmungen dieses Gesetzes vom 1. Januar 1854 an.

**Gesetz** wegen Verzollung des ausländischen Syrups. 29/31. Decbr. 1853. Nro. 70. S. 481.

Der Zollsatz von 2 Thln. soll nur auf Syrup, welcher keinen krystallisirbaren Zucker enthält, Anwendung finden, anderer Syrup mit 4 Thln. vom Centner versteuert werden.

**Bekanntmachung** über die Erklärung des Gesetzes vom 30. Juni d. Jrs. Nro. 41 den Salzdebit betreffend, außer Anwendung für einzelne Landestheile. 30. December 1853. Nro. 1. S. 1.

5. Januar 1854.

Das Gesetz vom 30. Juni 1853 Nro. 41 wird bis zum 31. December 1865 außer Anwendung erklärt, in den Amtsbezirken Calvörde und Thedinghausen, den Ortschaften Bodenburg, Destrup, Ostharlingen, Delsburg, Duttonstedt, Effinghausen, Reerdorf und Woltorf, den in der Feldmark der Stadt Goslar belegenen sämtlichen Enclaven einschließlich der Fahrenholz'schen Delmühle, den in der Stadt Goslar belegenen Kloster Frankenberg, dem zwischen Goslar und Oker gelegenen von der Communion-Verwaltung erbauten Weggeld-Receptur-Gebäude und dem Auerhahn.

**Gesetz** über die Bestrafung der Zollvergehen gegen fremde Staaten, in welchen durch Handelsverträge die Gegenseitigkeit verbürgt ist. 3/10. Jan. 1854. Nro. 2. S. 3.

**Art. 1.** Wenn durch einen fremden Staat auf Grund eines Handelsvertrags die Vergehen gegen hiesige Zollgesetze unter Strafe gestellt sind, sollen auch hier die in diesem Gesetze ausgesprochenen Strafen wegen Vergehen gegen die Zollgesetze des fremden Staates zur Anwendung gebracht werden.

**Art. 2.** Die Untersuchung und Bestrafung der Vergehen gegen die Zollgesetze des fremden Staates erfolgt durch dieselben Behörden und in denselben Formen, wie die Untersuchung und Bestrafung der Vergehen gegen die hiesigen Zollgesetze unter Anwendung des §. 10 des Zollstrafgesetzes vom 21. December 1841.

**Art. 3.** Durch besondere Verordnungen soll bestimmt werden, in welcher Maaße dieses Gesetz zu Gunsten eines fremden Staates zur Anwendung kommen soll.

**Verordnung**, die Anwendung des Gesetzes vom heutigen Tage, über die Bestrafung der Zollvergehen gegen fremde Staaten u. auf die Vergehen gegen die Kaiserlich Oesterreichischen Zollgesetze betreffend. 3/10. Januar 1854. Nro. 3. S. 7.

Die Vorschriften des Art. 1 und 2 des angegebenen Gesetzes vom heutigen Tage finden vom 1. Januar 1854 an für die Dauer des mit Oesterreich abgeschlossenen Zoll-Vertrags auf Uebertretungen der Kaiserlich Oesterreichischen Ein-, Aus- u. Durchgangs-Abgaben-Gesetze Anwendung.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Ausfuhr-Vergütung von raffinirtem indischen Zucker betreffend. 4/19. Jan. 1854. Nro. 4. S. 11.

Die Ausfuhr-Vergütung für exportirte Raffinade aus indischem Rohzucker wird auf 6 Thlr. pro Centner herabgesetzt.

**Bekanntmachung**, die Erhebung der Uebergangs-Abgaben betreffend. 16/23. Januar 1854. Nro. 5. S. 13.

§. 1. Erzeugnisse, von denen Uebergangs-Abgaben erhoben werden.

§. 2. Beträge, der zur Erhebung kommenden Uebergangs-Abgaben.

**Bekanntmachung**, die Steuer-Vergütung für ausgeführten inländischen Brantwein und Bier betreffend. 16/23. Januar 1854. Nro. 6. S. 29.

§. 1. Ort der Erzeugung, Qualität und Quantität des Brantweins, auf welchen Steuer-Vergütung erfolgt.

§. 2. Bezeichnung der Staaten und Gebietstheile, nach denen die Ausfuhr gerichtet sein muß.

§. 3. Betrag der Steuer-Vergütung.

§§. 4 u. 5. Bedingungen der Zulässigkeit des Anspruches auf Steuer-Vergütung.

§. 6. Form der Anmeldung des Anspruches auf Steuer-Vergütung.

§. 7. Verfahren bei der Verfeudung des Brantweins.

§. 8. Liquidation und Zahlung der Steuer-Vergütung.

§. 9. Bestrafung von Defraudationen.

§. 10. Betrag der Steuer-Vergütung bei der Ausfuhr von Bier.

**Bekanntmachung**, die Zollabfertigung an der Weser, sowie dem Grenzbezirk dafelbst, betreffend. 28. Januar 1854. Nro. 8. S. 41.

4. Februar

Der Weserstrom wird im Sinne des Zollgesetzes vom 21. December 1841 so weit als Ausland behandelt. Feststellung der Binnenlinien und Zollstrasse bis zum Nebenzollamte Holzminden.

**Bekanntmachung**, die Ermächtigung des Steueramts in Delligsen zur Erledigung von Uebergangsscheinen über steuerfreien Brantwein betreffend. 18/24. Februar 1854. Nro. 9. S. 45.

**Verordnung**, die Publication des zwischen den Zollvereinsstaaten und dem Königreiche der Niederlande unterm 26. und 31. December v. Jrs. wegen der Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an den Zollverein geschlossenen Vertrages betreffend. 6/16. März 1854. Nro. 11. S. 49.

**Vertrag** zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurheffen, dem Großherzogthume Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt einerseits und dem Großherzogthume Luxemburg andererseits, wegen Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins. 26/31. December 1853.

**Art. 1.** Die Verträge vom 8. Februar 1842 und 2. April 1847 sollen bis letzten December 1865 in Kraft bleiben.

**Art. 2.** Wegen einzelner Abänderungen und Ergänzungen sind besondere Vereinbarungen getroffen.

**Art. 3.** Wenn der gegenwärtige Vertrag nicht zwei Jahre vor dessen Ablauf gekündigt wird, soll derselbe auf 12 Jahre verlängert angesehen werden.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Legitimation des Sachverkehrs im Weser-Grenz-Bezirk betreffend. 2./16. März 1854. Nro. 12. S. 55.

Die legitimationspflichtigen Gegenstände werden bezeichnet.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Ermächtigung des Rebenzollamts I. zu Holzminden, zur unbeschränkten Zollerhebung betreffend. 7./18. März 1854. Nro. 13. S. 57.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die in Folge der Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollvereine eingetretenen Veränderungen in der Organisation der Zoll- und Steuer-Verwaltung betreffend. 12./22. März 1854. Nro. 14. S. 59.

Bezeichnung der vom 1. Januar 1854 an in Wirksamkeit tretenden Steuerämter und Control-Bezirke.

**Bekanntmachung**, die Wiederaufhebung der Bekanntmachung vom 28. Januar d. Jrs. über die Zollabfertigung an der Weser, sowie dem Grenzbezirk dasselbst, betreffend. 8./14. April 1854. Nro. 19. S. 89.

Ein Grenzzollbezirk gegen beide Ufer der Weser soll bis auf Weiteres nicht gezogen werden.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Legitimation des Sachverkehrs im Weser-Grenz-Bezirk betreffend. 18./29. April 1854. Nro. 21. S. 93.

Die Bekanntmachung vom 2. vor. Mts., die Legitimation des Sachverkehrs im Weser-Grenz-Bezirk betreffend, wird aufgehoben.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Ermächtigung der Steuerämter Halle und Ottenstein, zur Erledigung von Uebergangsschweinen über Branntwein betreffend. 4./12. Mai 1854. Nro. 24. S. 107.

**Bekanntmachung**, die Erklärung der Straßen von Polle nach Ottenstein und von Bodenwerder nach Halle zu Uebergangsstrassen für die Steuerämter Ottenstein und Halle betreffend. 23. Mai 1854. Nro. 27. S. 113.

3. Juni

**Bekanntmachung**, die Feststellung des Zollgrenzbezirks im Amtsbezirk Thedinghausen betreffend. 27. Mai 1854. Nro. 28. S. 118.

3. Juni

**Berichtigung** eines Druckfehlers in dem unterm 5. November 1853 publicirten Vereins-Zolltarife. 26. Mai 1854. S. 117.

**Gesetz**, die Brauntweinsteuer betreffend. 29. Mai 1854. Nro. 29. S. 119.

8. Juni

Der Betrag der Brauntweinsteuer wird vom 1. Aug. 1854 an anderweit festgestellt.  
**Bekanntmachung**, die Ermächtigung des Steueramts in Delligsen zur Erledigung von Uebergangsscheinen über steuerfreies Bier betreffend. 22. Juni 1854. Nro. 32. S. 149.

5. Juli

**Gesetz**, die Erhöhung des Eingangszolles für Hefe betreffend. 1./8. Juli 1854. Nro. 33. S. 151.

Der bisherige Eingangszoll von 8 Thlr. pro Centner wird auf 11 Thlr. erhöht.  
**Bekanntmachung**, die Ausführung des Art. 18 des Handels- und Zollvertrags mit Oesterreich vom 19. Februar 1853 betreffend. 21. Juli 1854. Nro. 41. S. 169.

5. Aug.

Die gleiche Besteuerung der Unterthanen des andern Staates, welche Gewerbe oder Handel treiben und deren Legitimation betreffend.  
**Gesetz**, die Verhinderung von Salzeinschwärzungen aus den der Königl. Hannöverschen Zoll- und Steuer-Verwaltung überwiesenen diesseitigen Gebietstheilen in die benachbarten Vereinsstaaten betreffend. 4./14. August 1854. Nro. 42. S. 177.

- §. 1. Die Einführung von Salz aus den bezüglichlichen Landestheilen wird bei 10 Thlr. Strafe pro Zollcentner verboten.
- §. 2. Beschränkung des Salzverkehrs im betreffenden Factoreibezirke.
- §. 3. Verpflichtung zur Haltung von Salzbüchern.
- §. 4. Verbot des Transports von Salz ohne Bescheinigung.
- §. 5. Verpflichtung der Factore und Verkäufer des Salzes zur Buchführung über Bezug und Absatz des Salzes.
- §. 6. Ordnungsstrafen bei andern Contraventionen.
- §. 7. Verpflichtung der Steuer, Zoll- und Polizei-Beamten zur Verhütung der Salzeinschwärzungen.
- §. 8. Verfahren wie in Zollstrafsachen.

Anlage. Bestimmungen zur Verhinderung der Salzeinschwärzungen aus Hannover und Oldenburg.

**Bekanntmachung**, die Erklärung der Ammenfer-, der Goslar-Langelshheimer-Straße und der Königl. Hannöverschen Südbahn zu Uebergangsstrassen betreffend. 27. August 1854. Nro. 45. S. 191.

4. Septbr.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Ermächtigung der Steuerstelle zu Badenhausen zur Erledigung von Uebergangsscheinen über Bier und Brauntwein betreffend. 8./16. Septbr. 1854. Nro. 46. S. 193.

**Bekanntmachung**, die Ermächtigung des Steueramts Halle zur Erledigung von Uebergangsscheinen über Bier und die Erklärung der Straße von Elze nach Halle zu einer Uebergangstraße für das Steueramt Halle betreffend. 8./16. Septbr. 1854. Nro. 47. S. 195.

**Gesetz**, die Verlängerung des für die Aufhebung der Eingangs-Abgaben von Getreide u. festgestellten Termins betreffend. 26./30. September 1854. Nro. 49. S. 199.

Der Termin wird bis zum letzten December 1854 verlängert.

**Bekanntmachung**, die Steuervergütung für ausgeführten inländischen Brauntwein betreffend. 4./13. October 1854. Nro. 52. S. 217.

Die Steuervergütung wird auf 6½ Thlr. für jedes Quartier zu 50 % Alcohol nach Tralles festgestellt.

**Regulativ** für den Packhof zu Braunschweig. 23. September 1854. Nro. 53. S. 219.  
8. October

- I. Allgemeine Bestimmungen §§. 1 u. 2.
- II. Welche Personen das Niederlagerecht in Anspruch nehmen können §§. 3 u. 4.
- III. Welche Waaren zur Niederlage gelangen können §§. 5—9.
- IV. Anmeldung und Annahme zur Niederlage §§. 10—19.
- V. Behandlung der Waaren während des Lagerns. 1) Beaufsichtigung der Waaren §§. 20—23. 2) Umgebung der Waaren §§. 24—27. 3) Einnahme der Proben §. 28. 4) Legitimation zur Verfügung über die Waaren und Verfahren mit den Niederlagescheinen §§. 29—31. 5) Lagergeld §. 32. 6) Lagerzeit §. 33.
- VI. Verfahren bei weiterer Bestimmung über die lagernden Waaren. 1) Im Allgemeinen §§. 34 u. 35. 2) Bei der Anmeldung zur Verzollung §§. 36 u. 37. 3) Bei der Anmeldung zur Versendung nach dem Inlande §§. 38 u. 39. 4) Bei der Anmeldung zur Versendung nach dem Auslande §. 40. 5) Besondere Bestimmungen §. 41. 6) Strafbestimmungen §§. 42 u. 43.

**Gesetz**, eine Ergänzung des Gesetzes über die Besteuerung des im Inlande erzeugten Rübenzuckers vom 24. August 1846 betreffend. 9./18. October 1854. Nro. 54. S. 239.

- §. 1. Jede absichtliche Verfürgung der Rübenzuckersteuer soll als Defraudation angesehen werden.
- §. 2. Strafbestimmungen für solche Defraudanten.

**Gesetz**, die Aufhebung des §. 13 der Verordnung vom 22. Juni 1826 betreffend. 9./18. October 1854. Nro. 55. S. 241.

**Gesetz**, die fernere Verlängerung für die Aufhebung der Eingangs-Abgaben von Getreide u. festgestellten Termins betreffend. 13./20. November 1854. Nro. 57. S. 245.

Die Eingangsabgabe von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Mehlfabrikaten soll bis zum letzten September 1855 nicht erhoben werden.

**Bekanntmachung**, die Wiederherstellung der Binnen-Controle in Beziehung auf den Verkehr mit Brauntwein in einigen Gegenden des Königreichs Hannover betreffend. 1./22. December 1854. Nro. 61.

Die Binnen-Controle hinsichtlich des Verkehrs mit Brauntwein wird in den Hauptsteueramtsbezirken Minden, Hannover, Hildesheim, Gelle und Osnabrück vom 1. November 1854 an wiederhergestellt.

**Bekanntmachung**, die im Königreiche Hannover angeordnete Zollvergütung für die Ausfuhr von Tabacksfabrikaten aus fremden Tabackslättern betreffend. 6./22. December 1854. Nro. 62.

- §. 1. Zollvergütung von 2 Ggr. 8 Pf pro Zollcentner der im Inlande aus ausländischen Blättern verfertigten Tabacksfabrikate, welche nach dem Auslande ausgeführt werden.
- §. 2. Nur Fabrikanten, deren Lager mindestens 1500 Centner an fabricirten Taback und Tabackslättern und Stengeln fortwährend beträgt und deren Fabrik in einem Orte gelegen ist, woselbst ein Hauptamt oder ein solches Nebenamt besteht, dem die erforderlichen Befugnisse zustehen, wird die Vergütung bewilligt.
- §. 3. Schriftliche Erklärung des Fabrikanten darüber, ob in der Fabrik nur fremde oder auch inländische Blätter verarbeitet werden sollen, bei dem Zollamte abzugeben.
- §. 4. Die fremden Blätter sind nur unmittelbar aus dem Auslande oder aus Niederlagen in Mengen von mindestens 20 Centnern zu beziehen, auch muß der Fabrikant ausdrücklich versichern, auf keine andere Weise Tabackslätter ankaufen zu wollen.
- §. 5. Controle-Bestimmung über den Bezug von Tabackslättern.
- §. 6. Rückvergütung nur auf Versendung in Mengen von mindestens  $\frac{1}{2}$  Centner.
- §. 7. u. 8. Controle-Bestimmungen über Versendungen nach dem Auslande.
- §. 9. Berechnung und Zahlung der Rückvergütung.
- §. 10—15. Controle-Bestimmungen über die Verarbeitung inländischer Blätter neben den ausländischen in den betreffenden Fabriken, auf welche keine Rückvergütung stattfindet.
- §. 16. Besondere Bestimmungen hinsichtlich der Buchführung.
- §. 17. Bestimmungen hinsichtlich der Comtoirbedienten und Fabrikarbeiter.
- §. 18. Der wegen Defraudation bestrafte Fabrikant verliert den Anspruch auf Rückvergütung.
- §. 19. Gestattung von Ausnahmen bleibt dem Finanzministerium vorbehalten.

**Bekanntmachung**, Ergänzung der unterm 21. Juli d. Jrs. (Nro. 41 der Gesetz- und Verordnungsammlung) erlassenen Bekanntmachung, die Ausführung des Art. 18 des Handels- u. Zollvertrags mit Oesterreich vom 19. Februar vor. Jrs. betreffend. 14./22. Decbr. 1854. Nro. 63.

Die Gleichstellung der Angehörigen des Zollvereins mit den Oesterreichischen Unterthanen in dem Gebiete der Kaiserlich Oesterreichischen Militairgrenze ist soweit in Vollzug gesetzt, als sich dieselbe nur auf eine Gleichstellung mit denjenigen Oesterreichischen Unterthanen bezieht, welche nicht der Militairgrenze angehören, da auch diese gewissen Beschränkungen daselbst unterliegen.

**Bekanntmachung**, die Erklärung der Straße von Grobnde über Hehlen und Remnade nach Bodenwerder und Polle zu einer Uebergangstraße für den nach Bodenwerder resp. Polle durchgehenden Brauntwein betreffend. 1./7. Februar 1854. Nro. 4.

**Regulativ**, für die bedingte Niederlage unverzollter Waaren in Wolsenbüttel. 7./21. Februar 1855. Nro. 8.

1. Allgemeine Bestimmungen §§. 1 u. 2.
2. Welche Personen das Niederlagerecht in Anspruch nehmen können §§. 3 u. 4.

3. Welche Waaren zur Niederlage gelangen §§. 5—9.
4. Anmeldung und Annahme zur Niederlage §§. 10—19.
5. Behandlung der Waaren während des Lagerens §§. 20—32.
6. Verfahren bei weitem Bestimmungen über die lagernden Waaren §§. 33—40.
7. Strafbestimmungen §. 41.

**Regulativ** für die bedingte Niederlage unverzollter Waaren in Holzminden. 7./21. Februar 1855. Nro. 9.

1. Allgemeine Bestimmungen §§. 1 u. 2.
2. Welche Personen das Niederlagerrecht in Anspruch nehmen können §§. 3 u. 4.
3. Welche Waaren zur Niederlage gelangen können §§. 5—9.
4. Anmeldung und Annahme zur Niederlage §§. 10—19.
5. Behandlung der Waaren während des Lagerens §§. 20—32.
6. Verfahren bei weitem Bestimmungen über die lagernden Waaren §§. 33—40.
7. Strafbestimmungen §. 41.

**Gesetz**, die Herabsetzung des Eingangszolls für Talg betreffend. 22./26. Februar 1855. Nro. 12.

Vom 1. April 1856 an wird der Eingangszoll für Talg auf 2 Thlr. für den Centner herabgesetzt.

**Bekanntmachung**, das Gesetz vom 22. Februar 1855 über die Herabsetzung des Eingangszolls für Talg betreffend. 27. Februar 1855. Nro. 17.

22. März

Die Herabsetzung des Zolls leidet auf Stearin keine Anwendung.

**Gesetz**, den Steuerfuß von inländischem Rübenzucker und die Eingangszollsätze von ausländischem Zucker und Syrup für den Zeitraum vom 1. Septbr. 1855 bis Ende August 1857 betreffend. 13./19. Juli 1855. Nro. 39.

- §. 1. Die Steuer vom inländischen Rübenzucker wird auf 6 Silbergroschen vom Zollcentner der rohen Rüben bestimmt.
- §. 2. Bestimmung des Zollsatzes vom ausländischen Zucker und Syrup.

**Gesetz**, die fernere Verlängerung der Aufhebung der Eingangsabgaben für Getreide u. s. w. betreffend. 22./27. Septbr. 1855. Nro. 45. S. 513.

Die Eingangsabgaben von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl daraus, geschroteten und geschälten Körnern, Graupe, Gries und Grütze, gestampfter und geschälter Hirse, sollen bis zum letzten September 1856 nicht erhoben werden.

**Gesetz**, die Besteuerung des im Inlande aus Rüben bereiteten Syrups betreffend. 1./6. October 1855. Nro. 48. S. 551.

- §. 1. Die Steuer von Syrup aus Rüben wird der Steuer vom Rohzucker aus Rüben gleichgesetzt.
- §. 2. Die Gesetze vom 24. August 1846 Nro. 29, vom 2. Juli 1853 Nro. 34, vom 9. October 1854 Nro. 54 finden auch auf den aus Rüben bereiteten Syrup Anwendung.

**Bekanntmachung**, die einstweilige Aufhebung der Steuervergütung für ausgeführten inländischen Brauntwein betreffend. 30. November 1855. Nro. 55. S. 571.

1. December

Vom 30. November 1855 an soll bis auf Weiteres eine Steuervergütung für ausgeführten inländischen Branntwein nicht ferner zugestanden werden.

**Verordnung**, die Publication des zweiten Abschnitts des Separat-Artikels 8 zum Artikel 8 des Vertrags über die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereins vom 4. April 1853 betreffend. 13./22. Februar 1856. Nro. 6. S. 13.

Bestimmungen über Ausfuhrverbote bei dem Eintritte außerordentlicher Umstände, insbesondere auch bei einem drohenden oder ausgebrochenen Bundeskriege — ferner wegen Maaßregeln zur Abwehr gefährlicher ansteckender Krankheiten für Menschen und Vieh.

**Gesetz**, die Ermäßigung der Thoraccise für Stärke betreffend. 10./15. März 1856. Nro. 7. S. 19.

Die Thoraccise für Stärke, welche in Stücken eingeht, wird in Braunschweig und Wolfenbüttel von 9 Ggr. auf 4 Ggr. 6 Pf. pro 100 Pfd. ermäßigt.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Aufhebung des von der Königlich Bayerischen Regierung erlassenen Verbots der Ausfuhr von Pferden betreffend. 12./19. März 1856. Nro. 8. S. 21.

Das betreffende Ausfuhrverbot der Königl. Baierschen Regierung ist vom 20. März an außer Wirksamkeit gesetzt.

**Gesetz**, die Herabsetzung der tarifmäßigen Tara-Vergütung für den in Ballen oder Säcken eingehenden rohen Kaffee betreffend. 31. März 1856. Nro. 10. S. 25.

7. April

Die tarifmäßige Tara-Vergütung für den in Ballen oder Säcken eingehenden rohen Kaffee wird vom 1. Juni 1856 an von 3 Procent auf 2 Procent des Bruttogewichts herabgesetzt.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Aufhebung des von der Königlich Preussischen Regierung erlassenen Verbots der Ausfuhr von Pferden betreffend. 9./16. April 1856. Nro. 12. S. 29.

Das Ausfuhrverbot von Pferden aus den Königlich Preussischen Staaten ist vom 3. April 1856 an aufgehoben.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Aufhebung des von der Großherzoglich Badenschen Regierung erlassenen Verbots der Ausfuhr von Pferden betreffend. 14./24. April 1856. Nro. 14. S. 73.

Das betreffende Verbot der Ausfuhr von Pferden wird vom 15. April 1856 an aufgehoben.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Aufhebung des von der Königlich Preussischen Regierung erlassenen Verbots der Durchfuhr beziehungsweise Ausfuhr von Waffen und Kriegsmunition betreffend. 17./24. April 1856. Nro. 15. S. 75.

Das betreffende Verbot ist vom 12. April 1856 an aufgehoben.

**Bekanntmachung** des mit der Republik Mexico abgeschlossenen Handels- und Schifffahrts-Vertrags vom 10. Juli 1855. 16. Mai 1856. Nro. 20. S. 85.

9. Juni



- Art. 1. Abschluß eines Freundschaftsbundes zwischen den deutschen Staaten und der Republik Mexico.
- Art. 2. Allgemeine Bestimmungen wegen gegenseitiger Gestattung der Verkehrs- und Handelsfreiheit für die Bewohner der contrahirenden Länder.
- Art. 3. Bestimmungen über Lasten-, Tonnen-, Leucht-, Hafen-, Lootsen- und Quarantaine-Gelder sowie den Vergelohn.
- Art. 4. Gleichstellung in den Abgaben von den Waaren auf den gegenseitigen Schiffen mit den Abgaben von Waaren, welche auf Nationalschiffen eingeführt werden.
- Art. 5. Legitimation der Schiffe.
- Art. 6. Abgaben von Erzeugnissen des Bodens oder Kunstfleißes der contrahirenden Staaten bei deren Einführung oder Durchföhrung in oder durch den gegenseitigen Staat.
- Art. 7. Das Princip, die Flagge deckt die Waare, wird gegenseitig anerkannt und nur Kriegscontrabande ausgenommen.
- Art. 8. Nähere Bestimmung der den Einwohnern der contrahirenden Staaten gegenseitig zu gestattenden Handels- und Gewerbsfreiheit.
- Art. 9. Beobachtung der auf Hafenpolizei, auf Ladung und Löschung der Schiffe und auf Sicherung der Waaren bezüglichcn gegenseitigen Gesetze und Local-Verordnungen. Gegenseitige Befreiung der Unterthanen und Bürger des andern Staates vom Militärdienste und Verpflichtung derselben zum Polizeidienste im Falle dringenden Bedürfnisses zur Sicherheit der Personen und des Eigenthums.
- Art. 10. Gegenseitige Zusicherung des Schutzes der Personen und Güter der gegenseitigen Unterthanen. Gegenseitige Gestattung der freien Ausübung aller privatrechtlichen Befugnisse und Dispositionen unter Lebenden oder von Todes wegen und Gleichstellung in den hierauf bezüglichcn Abgaben und Auflagen mit den Eingebornen. Vorbehalt des Rechts der Ausweisung bei übeln Verhalten. Bestimmung über Vererbung von Grundstücken.
- Art. 11. Freiheit der Religionsübung unter Beobachtung der Gesetze des betreffenden Landes.
- Art. 12. Bestimmungen zum Schutz der gegenseitigen Unterthanen im Kriegesfalle zwischen den contrahirenden Staaten.
- Art. 13. Bestimmungen für den Kriegesfall eines der contrahirenden Staaten mit andern Staaten.
- Art. 14. Diplomatische Verbindungen der contrahirenden Theile.
- Art. 15. Zusicherung der gegenseitigen Theilnahme an allen andern Staaten künftig zu gewährenden weiter gehenden Vergünstigungen in Beziehung auf Handel oder Schifffahrt.
- Art. 16. Den deutschen Staaten, welche künftig dem deutschen Zollvereine beitreten, wird das Recht des Beitritts zu diesem Vertrage vorbehalten.
- Art. 17. Dauer des Vertrags und stillschweigende Fortsetzung.
- Art. 18. Ratification des Vertrags.

**Verordnung**, die Publication des Vertrags zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen und den übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits, wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse vom 26. Januar 1856 und des Vertrags

zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen und der freien Hansestadt Bremen, wegen Suspension der Beserzölle, von demselben Datum, betreffend. 5./22. Juli 1856. No. 29. S. 131.

Das Herzogthum Braunschweig ist beiden in rubro bezeichneten Verträgen und den dazu gehörenden Uebereinkünften, als

1. wegen Unterdrückung des Schleichhandels,
  2. wegen Errichtung eines zollvereinsländischen Hauptzollamts und einer Niederlage für Zollvereinsgüter in der Stadt Bremen,
  3. wegen des Anschlusses Bremischer Gebietstheile an den Zollverein und
  4. wegen der Besteuerung innerer Erzeugnisse in den nach der Uebereinkunft 3 dem Zollvereine angeschlossenen Bremischen Gebietstheilen
- beigetreten.

**Vertrag** zwischen Preußen, Hannover und Kurhessen für sich und in Vertretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits, wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse.

- Art. 1. Gleichstellung der gegenseitigen Schiffe der contrahirenden Staaten in den öffentlichen Abgaben mit den Nationalschiffen.
- Art. 2. Freie Ausfuhr und Einfuhr aller Erzeugnisse und Gegenstände des Handels, welche auf Nationalschiffen stattfinden darf, auch auf den Schiffen des andern contrahirenden Theils.
- Art. 3. Gleichstellung in den Abgaben von den geladenen Waaren mit den auf Nationalschiffen transportirten. Auch Zusicherung der auf Nationalschiffen transportirten Waaren zugebilligten Prämien-Abgaben. Erstattungen oder sonstige Begünstigungen.
- Art. 4. Zusicherungen in Beziehung auf den Betrag, die Sicherung und die Erhebung der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgaben.
- Art. 5. Unterdrückung des Schleichhandels.
- Art. 6. Errichtung eines zollvereinsländischen Hauptzollamts in Bremen.
- Art. 7. Errichtung einer Zollvereins-Niederlage in der Stadt Bremen.
- Art. 8. Anchluss einiger Bremischer Gebietstheile an den Zollverein und Uebereinkunft wegen Besteuerung der inneren Erzeugnisse in den angeschlossenen Bremischen Gebietstheilen.
- Art. 9. Gegenseitige Zusicherung der Abgabenfreiheit für Ankäufe der Fabrikanten, für das von denselben betriebene Geschäft, sowie für Reisende, welche nur Muster bei sich führen und Bestellungen suchen.
- Art. 10. Uebereinkunft über zollfreie Einföhrung bezeichneter Gegenstände aus dem Bremischen Gebiete — mit Ausschluss von Vegeack und Bremerhafen in den Zollverein.
- Art. 11. Zusicherung der Freiheit von Eingangs- oder Durchgangs-Abgaben für die zu Messen und Jahrmärkten zugeführten unverkauft gebliebenen und zurückzuföhrnden Waaren.
- Art. 12. Ausdehnung der Erleichterungen des §. 11 auf das von Viehmärkten unverkauft zurückzuföhrnde Vieh.
- Art. 13. Gleichstellung in den Mess- u. Markt-Abgaben der gegenseitigen Angehörigen mit den eigenen.

- Art. 14. Erleichterungen für die Besitzer durch die neue Zolllinie getrennter Grundstücke im Bremischen Gebiete.
- Art. 15. Persönliche Verhältnisse der in Bremen oder im Bremischen Gebiete stationirten Zollbeamten.
- Art. 16. Commissarische Detail-Ausführungen der Verträge.
- Art. 17. Befugniß der Stadt Bremen zur Bestellung eines Commissars in Zollvereinsangelegenheiten.
- Art. 18. Dauer des Vertrags und Uebereinkunft wegen stillschweigender Fortsetzung.

**Uebereinkunft** zwischen Preußen, Hannover und Kurheßen für Sich und in Vertretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und Bremen andererseits, wegen Unterdrückung des Schleichhandels.

- Art. 1. Gegenseitige Verpflichtung zur Unterdrückung des Schleichhandels.
- Art. 2. Umfang dieser Verpflichtung.
- Art. 3. Uebermachung der des Schleichhandels Verdächtigen.
- Art. 4. Verbot der Waaren-Anhäufungen oder Ablagen in der Nähe der Landesgrenze, welche den Schleichhandel zum Zweck haben.
- Art. 5. Beschränkung der Handelsconcessionen im Bremischen Gebiete.
- Art. 6. Die Grenz-, Zoll- und Steuerbeamten, auch Polizeibehörden, sollen angewiesen werden, auch die gegenseitigen Interessen des andern Contrahenten mit wahrzunehmen.
- Art. 7. Insbesondere sind die Zoll-, Steuer- und Polizei-Beamten verpflichtet, beabsichtigte Uebertretungen der Zoll- und Steuergesetze des andern contrahirenden Theils auf alle Weise zu verhindern.
- Art. 8. Gestattung der Verfolgung der Spuren begangener Contraventionen in das Gebiet des andern Theils durch die Steuer und Zollbeamten.
- Art. 9. Gestattung der Anhaltung der auf der That betroffenen Contravenienten und der Beschlagnahme der Contraventionsobjecte und Transportmittel.
- Art. 10. Zusicherung eines besondern Schutzes der Zoll- und Steuerbeamten des andern Theils bei Verfolgung der Contraventionen.
- Art. 11. Gegenseitige Verpflichtung der contrahirenden Staaten, die Contraventionen der eigenen Unterthanen gegen das Ein-, Aus- und Durchgangssystem des andern contrahirenden Staates mit Strafen zu bedrohen.
- Art. 12. Nähere Bestimmung über die Bestrafung solcher Contraventionen.
- Art. 13. Bestimmung von Ordnungsstrafen.
- Art. 14. Beschränkung auf Androhung von Geldstrafen.
- Art. 15. Bestimmungen über das Verfahren in diesen Contraventionsfachen auf Requisitionen des andern Theils.
- Art. 16. Verfahren durch die Landesbehörden bei Contraventionen gegen die Gesetze des andern contrahirenden Theils.
- Art. 17. Ausübung des Begnadigungs- und Strafmilderungsrechts.
- Art. 18. Verabredungen wegen Sicherung des Transports auf der Ober- und Unterweser.
- Art. 19. Maaßregeln zur Unterdrückung des Schleichhandels durch die Flußschiffer und Haftung der Schiffseigenthümer für die verurtheilten Geldstrafen.

- Art. 20. Beschleunigung der Fahrt der Leichterschiffe.  
 Art. 21—24. Controlemassregeln für die die Unterweser befahrenden Fluss- und Leichterschiffe.  
 Art. 25. Auf der Weser soll längs des Hannoverschen und Oldenburgischen Ufers keine Niederlage unverzollter Waaren auf Schiffen geduldet werden.  
 Art. 26. Controlirung offener Boote auf der Unterweser.  
 Art. 27. Die Bestimmungen der Artikel 20—26 beziehen sich auch auf die Lesum bis Burg.  
 Art. 28. Verfahren im Falle des Einfrierens von Schiffen am Hannoverschen oder Oldenburgischen Weser- oder Lesum-Ufer.

Art. 29. Verpflichtung zur Erlassung der behuf Ausführung des Vertrags erforderlichen Gesetze.  
**Uebereinkunft** zwischen Preußen, Hannover und Kurhessen für Sich und in Vertretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits, wegen Errichtung eines zollvereinsländischen Hauptzollamts und einer Niederlage für Zollvereinsgüter in der Stadt Bremen.

- Art. 1. Geschäftsumfang des Hauptzollamts in Bremen.  
 Art. 2. Unterstellung desselben unter die Zolldirections-Behörde zu Hannover.  
 Art. 3. Zollabfertigung für Waaren aus Bremen nach dem Zollverein.  
 Art. 4. Zollaufsicht insbesondere wegen des Transports mittelst der Schifffahrt nach der oberen Weser und auf der Eisenbahn.  
 Art. 5. Verpflichtung der Eisenbahnbeamten in Bremen auf Wahrung des Zollinteresses.  
 Art. 6. Verpflichtung der Steuerbeamten der freien Hansestadt Bremen zur Wahrnehmung des Zollinteresses der Zollbeamten.  
 Art. 7. Anwendung der allgemeinen Vorschriften der Zollordnung auf die Waarenabfertigungen nach dem Zollvereine.  
 Art. 8. Verzollung der Effecten der Eisenbahn-Passagiere, welche nach dem Zollvereine gehen.  
 Art. 9. Nähere Bestimmung des Abfertigungsverfahrens durch die Vollzugscommission.  
 Art. 10. Die Locale und Anstalten für die Abfertigungen des Hauptzollamts stellt die freie Hansestadt Bremen.  
 Art. 11. Errichtung einer Zollvereins-Niederlage in der Stadt Bremen, welche als Theil des Zollvereins angesehen wird.  
 Art. 12. Die Baulichkeiten für diese Niederlage stellt die freie Hansestadt Bremen. Die Verwaltung der Niederlage geschieht durch die von der freien Hansestadt Bremen dazu eingesetzte Behörde. Beaufsichtigung und Controle durch das zollvereinsländische Hauptzollamt.  
 Art. 13. Befreiung der aus dieser Niederlage in den Zollverein zurückgehenden Waaren von Bremischen Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben. Bestimmung einer Controle- und Lagergebühr.

Art. 14. Ueberweisung der Detailausführungen an die Vollzugscommission.  
**Uebereinkunft** zwischen Preußen, Hannover und Kurhessen für Sich und in Vertretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und Bremen andererseits, wegen des Anschlusses Bremischer Gebietstheile an den Zollverein.

- Art. 1. Bezeichnung der anzuschließenden Bremischen Gebietstheile und Feststellung der Zollgrenzen durch beiderseits zu ernennende Commissarien.
- Art. 2. Einführung der im Zollvereine geltenden Bestimmungen über Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben in diese angeschlossenen Gebietstheile.
- Art. 3. Zustimmung des Senats der freien Hansestadt Bremen zu etwaigen Abänderungen der im Art. 2 gedachten Bestimmungen.
- Art. 4. Aufhebung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben an den Grenzen der angeschlossenen Bremischen Gebietstheile.
- Art. 5. Uebereinkunft in Betreff des Salzes für die angeschlossenen Gebietstheile.
- Art. 6. Beibehaltung der bestehenden Verbots- und Beschränkungsgeetze für die Einfuhr von Spielkarten und Kalendern für die sämmtlichen zum Zollvereine gehörenden Staaten und Gebietstheile.
- Art. 7. Anwendung der unter den Zollvereins-Staaten im Vertrage vom 4. April 1853 getroffenen Verabredungen in Betreff der inneren Steuer auf die an den Zollverein anzuschließenden Bremischen Gebietstheile.
- Art. 8. Anwendung der Verabredungen zwischen den Staaten des Zollvereins, wegen Besteuerung des im Umfange des Vereins aus Rüben bereiteten Zuckers in den angeschlossenen Gebietstheilen.
- Art. 9. Beitritt der freien Hansestadt Bremen bezüglich der in Frage stehenden Gebietstheile zu andern speciell bezeichneten Verabredungen zwischen den Zollvereinsstaaten.
- Art. 10. Einrichtung der Verwaltung, entsprechend den im Art. 2 genannten Gesetzen und Verordnungen, in den anzuschließenden Bremischen Gebietstheilen.
- Art. 11. Besetzung der in den anzuschließenden Bremischen Gebietstheilen zu errichtenden Hebe- und Abfertigungsstellen, sowie der Aufsichtsbeamtenstellen.
- Art. 12. Unterordnung der in den anzuschließenden Gebietstheilen angestellten Zoll- und Steuer-Beamten in Beziehung auf Dienstobliegenheiten und Disciplin.
- Art. 13. Bezeichnung der Schilder vor den Localen der Hebe- und Abfertigungsstellen.
- Art. 14. Untersuchung und Bestrafung der in den angeschlossenen Bremischen Gebietstheilen begangenen Zollvergehen.
- Art. 15. Ueberweisung der Geldstrafen und confiscirten Gegenstände an den Bremischen Fiskus.
- Art. 16. Ausübung des Begnadigungs- und Strafverwandlungsrechts.
- Art. 17. Bestimmungen über die Zollabgaben-Theilung.
- Art. 18. Verpflichtung der Stadt Bremen zur Verhinderung der Beeinträchtigung der Zolleinkünfte des Vereins durch die Einführung oder Anhäufung in Bremen geringer als im Zollvereine mit Abgaben belasteter Waaren.

**Uebereinkunft** zwischen Hannover für sich und in Vertretung Oldenburgs einerseits und Bremen andererseits, wegen der Besteuerung innerer Erzeugnisse in den dem Zollvereine angeschlossenen Bremischen Gebietstheilen.

- Art. 1. Es soll eine Gleichstellung der Besteuerung innerer Erzeugnisse in den angeschlossenen Bremischen Gebietstheilen mit den in Hannover resp. Oldenburg bestehenden Besteuerungs-Grundsätzen bewirkt werden.

- Art. 2. Bestimmungen hinsichtlich der Besteuerung des Branntweins, Biers und Salzes.  
 Art. 3. Bestimmung hinsichtlich der Besteuerung des Tabackshaues.  
 Art. 4. Bestimmung wegen Besteuerung des inländischen Weins.  
 Art. 5. Erlass der den vorstehenden Verabredungen entsprechenden Gesetze und Verordnungen durch den Senat der Stadt Bremen.  
 Art. 6. Abänderungen der vorstehenden Bestimmungen bedürfen der Zustimmung des Senats.  
 Art. 7. Anwendung der über die Verwaltung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben getroffenen Einrichtungen auch auf die Verwaltung der hier in Rede stehenden Steuern.  
 Art. 8. Gemeinschaft der Einkünfte durch die Besteuerung der inneren Erzeugnisse in den angeschlossen Gebietsheilen zwischen Bremen, Hannover und Oldenburg.  
 Hinsichtlich der Einkünfte von der Besteuerung des Biers nur Gemeinschaft zwischen Bremen und Hannover.

**Vertrag** zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen und der freien Stadt Bremen wegen Suspension der Weserzölle.

- Art. 1. Suspension der Erhebung der Weserzölle mit dem Eintritte des mit der freien Stadt Bremen wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse abgeschlossenen Vertrags.  
 Art. 2. Die Großherzogl. Oldenburgische, Herzoglich Braunschweigische und Fürstlich Lippesche Regierung sollen zum Beitritt zu diesem Vertrage eingeladen werden.  
 Art. 3. Dauer dieses Vertrages und Ratification desselben.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Erklärung des Communicationsweges von Heiningen über die Börsumer Mühle nach dem neuen Bahnhofe bei Börsum zur Uebergangsstraße für Bier betreffend.  
 30. Juli 1856. Nro. 30. S. 175.

6. Aug.

**Bekanntmachung** der Erklärung vom 7. Juli d. J.: die Ausdehnung der im Handels- und Schiffahrts-Vertrage zwischen den Staaten des Zollvereins und dem Königreiche beider Sicilien, vom 27. Januar 1847, für die directe Fahrt verabredeten Begünstigungen, hinsichtlich der Zoll- u. Schiffahrts-Abgaben, auf die indirecte Fahrt, betr. 23. August 1856. Nro. 33. S. 181.

1. Septb.

**Bekanntmachung**, die Steuervergütung für ausgehenden Branntwein betreffend.  
 30. August 1856. Nro. 34. S. 185.

5. Septb.

Die Steuervergütung soll vom 1. November 1856 an wieder in Kraft treten.

**Gesetz**, die fernere Verlängerung der Aufhebung der Eingangssteuer für Getreide u. s. w. betreffend. 5./10. September 1856. Nro. 36. S. 189.

Die bezeichneten Eingangsabgaben sollen bis zum letzten December 1856 nicht erhoben werden.

**Bekanntmachung**, des Herzoglichen Staatsministeriums, die Erklärung der Bahnstrecken von Salzgitter über die Stationen Lutter a. Abge. und Seesen

nach Sandersheim und von Salzgitter über die Stationen Borsum und Wolfenbüttel nach Braunschweig zu Uebergangsstraßen zc. betreffend. 21./27. Septbr. 1856. Nro. 37. S. 191.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die von der K. K. Oesterreichischen Regierung angeordnete Erhöhung des Eingangszolls für „Gummifäden außer Verbindung mit andern Materialien“ bei dem Eingange aus dem freien Verkehre des Zollvereins betreffend. 23./28. Januar 1857. Nro. 5. S. 9.

Der gedachte Eingangszoll ist auf 3 Gulden 15 Kreuzer pro Centner erhöht.

**Verordnung**, die Erleichterung des Gewerbsbetriebes zwischen der freien Stadt Bremen und dem Zollvereine betreffend. 24. Januar 1857. Nro. 6. S. 11.

5. Februar

- §. 1. Gegenseitige Befreiung der Fabrikanten und Gewerbetreibenden von der Entrichtung der Gewerbesteuer, wenn das Geschäft im gegentheiligen Gebiete nur in Ankäufen für das in der Heimath betriebene Geschäft oder nur im Suchen von Bestellungen nach Mustern besteht.
- §. 2. Die gegenseitigen Angehörigen werden hinsichtlich der Abgaben auf Messen und Märkten den eigenen Unterthanen wechselseitig gleichgestellt.
- §. 3. Erforderliche Legitimationen.
- §. 4. Umfang der Erleichterungen im Mess- und Marktverkehr.

**Bekanntmachung**, die zollfreie Zulassung gewisser, vom Bremischen Gebiete, mit Ausschluss von Vegesack und Bremerhafen, nach dem Zollvereine versendeter Gegenstände betreffend. 24. Januar 1857. Nro. 7. S. 15.

5. Februar

- §. 1. Bezeichnung der Gegenstände, denen der zollfreie Eingang zugesichert ist.
- §. 2. Befreiung der auf dem Landwege oder der Oberweser aus dem Bremischen Gebiete eingehenden Gegenstände qu. von jeder Nachweisung.
- §. 3. Erforderliche Nachweisung bei dem Eingange der fraglichen Gegenstände auf der Unterweser abwärts.
- §. 4. Aufhebung der Declarationscheine für die aus dem Zollvereine stammenden Gegenstände der fraglichen Art.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Umwandlung des Nebenzollamts I. zu Holzminden in ein Steueramt mit Niederlagerecht zc. betreffend. 13./21. Februar 1857. Nro. 12. S. 29.

Vom 1. März 1857 an wird das Nebenzollamt I. zu Holzminden in ein Steueramt mit Niederlagerecht, dem zugleich unbeschränkte Befugniss hinsichtlich der Zollerhebung und unbeschränkte Befugniss zur Erledigung und Ausfertigung von Begleitscheinen beigelegt wird, umgewandelt.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Veröffentlichung der §§. 3 u. 4 der von dem Senate der freien Hansestadt Bremen am 10. December v. Jrs. publicirten Verordnung über die Publication und Anwen-

derung des Zollgesetzes, der Zollordnung, des Zolltarifs und Zollstrafgesetzes des Zollvereins betreffend. 13./21. Februar 1857. Nro. 13. S. 31.

§. 3. Allgemeine Bestimmungen über die Anwendung des Zollgesetzes, der Zollordnung, des Vereinszolltarifs und des Zollstrafgesetzes.

§. 4. Anwendung auch auf den Verkehr bei den auf das nicht eingeschlossene Bremische Gebiet vorgeschobenen Zollämter und Anlageposten.

**Gesetz**, die Declaration des §. 33 des Gesetzes vom 23. April 1835, über die Besteuerung des inländischen Brauntweins betreffend. 28. April 1857. Nro. 23. S. 53. 8. Mai

Bestimmung über den Verbrauch der übergäbrenden Maische zum Viehfutter.

**Bekanntmachung**, die weitere Ausführung des mit der freien Hansestadt Bremen abgeschlossenen Vertrages vom 26. Januar 1856, wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse, betreffend. 13./21. Mai 1857. Nro. 25. S. 57.

1. Ermächtigung des vereinsländischen Hauptzollamts zu Bremen zur Abfertigung von Waaren nach dem Zollvereine unter Schiffsverschlus.

2. Erhebung der Ausgangsabgabe von ausgangszollpflichtigen Gegenständen, welche nicht aus der Zollvereins-Niederlage entnommen sind.

**Gesetz**, die Erhebung verschiedener Abgaben nach dem neuen Münzgesetze und der neuen Gewichts-Einheit betreffend. 15. Mai 1857. Nro. 30. S. 113.

2. Juni

§. 1. Abgaben, welche in den neuen Münzsorten zu erheben und bei denen als Maassstab das Zolpfund zum Grunde zu legen.

§. 2. Anwendung bei der Besteuerung des Braumalzes.

§. 3. Anwendung in den Salzniederlagen.

§. 4. Anwendung auf den Salzverbrauch.

§. 5. Eintritt der Gesetzeskraft.

Anlage I. Tarif der Thor-Accise S. 117. Befreiungen von der Thor-Accise S. 119. Regeln der Anwendung des Tarifs.

Anlage II. Tarif der Mahl-Accise S. 121.

Anlage III. Tarif der Schlacht-Accise S. 123.

Anlage IV. Brückengelds-Tarif S. 124. Befreiungen von Erlegung des Brückengeldes.

**Verordnung**, die Publication des zwischen den sämtlichen Zollvereinsstaaten einerseits und der Orientalischen Republik del Uruguay andererseits unterm 23. Juni 1856 geschlossenen Freundschafts-Handels und Schifffahrts-Vertrags betreffend. 31. Mai 1857. Nro. 32. S. 127.

19. Juni

Art. 1. Friedens- und Freundschafts-Vertrag.

Art. 2. Freiheit des Handels und der Schifffahrt mit Einschluss der Kriegsschiffe.

Art. 3. Gegenseitige Begünstigung rücksichtlich der Abgaben, Zagen oder Auflagen auf die Waaren.

Art. 4. Gegenseitige Begünstigung in den Abgaben von den Schiffen.



- Art. 5. Gleichstellung der gegenseitigen Schiffe mit den eigenen bei der Einfuhr von Erzeugnissen und Waaren.
- Art. 6. Erleichterungen bei dem gewerblichen u. Handels-Verkehre der beiderseitigen Unterthanen.
- Art. 7. u. 8. Bestimmungen über Erwerbungen und Vererbungen, sowie über Schutz der Rechte im Allgemeinen.
- Art. 9. Befreiung der gegenseitigen Unterthanen vom Zwangs-Militairdienste.
- Art. 10. Befugniß zur Bestellung von Consuln.
- Art. 11. Frist zur Auswanderung der gegenseitigen Unterthanen im Falle eines Bruchs der Vereinbarung.
- Art. 12. Besondere Vereinbarung zum Schutz der beiderseitigen Unterthanen während des Aufenthalte im gegenseitigen Gebiete.
- Art. 13. Gegenseitige Auslieferung der Deserteure.
- Art. 14. Dauer des Vertrags.
- Art. 15. Ratification des Vertrags.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, betreffend die Zollvergütung für die Ausfuhr von Tabacksfabrikaten aus ausländischen Tabacksbältern. 13./24. Juni 1857. No. 33. S. 151.

- §. 1. Betrag der Zollvergütung.
  - §. 2. Bedingung der Bewilligung.
  - §. 3. Schriftliche Erklärung des Fabrikanten über die Verarbeitung nur fremder oder auch inländischer Blätter.
  - §. 4. Beziehung der Tabacke bei Verarbeitung nur fremder Blätter.
  - §. 5. Verzollung der Tabacksbältern.
  - §. 6. Quantität der Versendung mit dem Anspruche auf Rückvergütung.
  - §. 7. Verfahren behuf Erlangung der Rückvergütung.
  - §. 8. Contoführung über die Versendungen nach dem Auslande.
  - §. 9. Zahlung der Rückvergütung.
  - §. 10. Bestimmungen bei Verarbeitung auch inländischer Blätter.
  - §. 11. Beschränkung des Ankaufs inländischer Blätter.
  - §. 12. Führung eines Conto über den Zugang an inländischen und den Ausgang von Fabrikaten von ausländischen Blättern.
  - §. 13. Keine Rückvergütung auf Ausfuhr von Fabrikaten aus inländischen Blättern.
  - §. 14. Bestimmung der Rückvergütung bei Vermischung inländischer und ausländischer Blätter im Fabrikate.
  - §. 15. Nachweisung des wirklich erfolgten Ausgangs auch der ohne Vergütung auszuführenden Mengen.
  - §. 16. Buchführung über den Ankauf, das Fabrikationsverhältniß und die Versendungen.
  - §. 17. Sonstige Controle-Bestimmungen.
  - §. 18. Verlaß des Anspruchs auf Rückvergütung.
  - §. 19. Gestattung von Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Regulativs.
- Gesetz**, den Steuerfuß von inländischen Rübenzucker und die Eingangszollsätze

von ausländischem Zucker und Syrup für das Jahr vom 1. Septbr. 1857 bis Ende August 1858 betreffend. 29. Juni 1857. Nro. 35. S. 161.

6. Juli

§. 1. Bestimmung des Steuersatzes auf 6 Groschen vom Zollcentner Rüben für das Jahr vom 1. Septbr. 1857 bis Ende August 1858.

§. 2. Bestimmung des Eingangszolls von ausländischem Zucker für den im §. 1 bezeichneten Zeitraum.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, die Eingangszollsätze von ausländischem Syrup betreffend. 8./15. August 1857. Nro. 42. S. 189.

Der Eingangszoll von ausländischem Syrup wird festgestellt.

**Verordnung**, die Publication der zwischen den Regierungen der sämtlichen Zollvereinsstaaten einerseits und der Königl. Großbritannischen Regierung, als Schutzmacht der vereinigten Staaten der Ionischen Inseln andererseits unterm 11. November 1857 vereinbarten Erklärung hinsichtlich der Handels- und Schifffahrts-Verhältnisse zu den vereinigten Staaten der Ionischen Inseln betreffend. 6./20. Mai 1858. Nro. 27. S. 91.

Die Unterthanen und Schiffe der Ionischen Inseln sollen in Handels- und Schifffahrtsangelegenheiten im Zollvereine dieselben Begünstigungen genießen, wie die Unterthanen und Schiffe Großbritanniens.

**Verordnung**, die Publication des zwischen den sämtlichen Zollvereinsstaaten einerseits und Persien andererseits unterm 25. Juni 1857 geschlossenen Freundschafts- und Handelsvertrags betreffend. 31. Mai 1858. Nro. 36. S. 147.

17. Juni

Art. 1. Freundschaftsbund der contrahirenden Staaten und deren Unterthanen gegenseitig.

Art. 2. Gleichstellung der Behandlung der Botschafter und Bevollmächtigten mit denen der meistbegünstigten Nationen.

Art. 3. Zusicherung des Schutzes und des Handels der gegenseitigen Unterthanen.

Art. 4. Entrichtung von Ein- und Ausfuhr-Abgaben.

Art. 5. Verfahren bei Civilprocessen und in Angelegenheiten der Criminalgerichtsbarkeit.

Art. 6. Nachlass eines verstorbenen dem gegentheiligen Contrahenten angehörigen Unterthans.

Art. 7. Ernennung von Consulen und Bestimmung deren Residenzen.

Art. 8. Dauer des Vertrags.

Art. 9. Ratification des Vertrags.

**Verordnung**, die Publication der Uebereinkunft wegen Besteuerung des Rübenzuckers und wegen Verzollung des ausländischen Zuckers und Syrops betreffend. 11./21. Juni 1858. Nro. 38. S. 161.

Art. 1. Aufhebung der Bestimmungen der Uebereinkunft vom 4. April 1853.

Art. 2. Erhöhung der Steuer auf  $7\frac{1}{2}$  Silbergroschen vom 1. September 1858 an.

Art. 3. Beibehaltung des bisherigen Eingangszolls vom ausländischen Zucker; Feststellung des Eingangszolls von Syrup auf 3 Thlr. für den Centner.

Art. 4. Vorbehalt einer Abänderung des Besteuerungsmaßstabes.

Art. 5. Eintrittstermin für Veränderungen im Steuerfuge.

Art. 6. Beibehaltung der in vorstehenden Artikeln nicht aufgehobenen Bestimmungen der Uebereinkunft vom 4. April 1853.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Ausfuhr-Vergütung für den in inländischen Siedereien raffinirten indischen Zucker betreffend. 22. Juni 1858. Nro. 41. S. 171.

### 3. Juli

Die Zollvergütung der fraglichen Zucker wird auf  $5\frac{1}{2}$  Thaler vom Centner Nettogewicht herabgesetzt.

**Bekanntmachung**, die Steuervergütung für ausgeführten inländischen Branntwein betreffend. 12./24. Juli 1858. Nro. 44. S. 213.

§. 1. Aufhebung der Bekanntmachung vom 16. Januar 1854.

§. 2. Bedingungen der Gewährung der Steuervergütung.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Vereinigung des Steueramts Langelshelm sammt Salzniederlage mit dem Steueramte Lutter a. B., sowie die Errichtung einer Uebergangs-Abfertigungsstelle in Aßfeld betreffend. 7./16. August 1858. Nro. 49. S. 223.

**Gesetz**, das Verbot der Ausführung von Pferden über die Grenzen des Zollvereins betreffend. 7./10. März 1859. Nro. 10. S. 23.

§. 1. Verbot der Ausführung von Pferden.

§. 2. Strafbestimmung für die Uebertretung des Verbots.

§. 3. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

**Regulativ** über die Bestimmungen wegen Gewährung der Zollbegünstigung für im Inlande zubereitete und in das Ausland versandt werdende Tabaksfabrikate. 13./30. Juni 1859. Nro. 21. S. 79.

§. 1. Betrag der Zollvergütung.

§. 2. Bedingungen für die Fabrikanten.

§. 3. Bedingungen hinsichtlich der Fabrikate.

§. 4. Bedingungen hinsichtlich der Beziehung des ausländischen Tabaks.

§. 5. Bedingungen hinsichtlich der Zoll- oder Steuerstelle.

§. 6. Bedingungen über die Quantitäten der Versendungen.

§. 7. Verfahren beuf Erlangung der Zollvergütung.

§. 8. Berechnung und Zahlung der Zollvergütung.

§. 9. 10 u. 11. Mitverarbeitung von inländischem Tabak.

§. 12. 13 u. 14. Nähere Bestimmungen über das Verfahren zur Erlangung der Zollvergütung.

§. 15. Controlemaaßregeln von Seiten der Zoll- und Steuerstelle.

§. 16. Bestimmungen über die Buchführungen der Fabrikanten.

§. 17. Verpflichtung des Arbeiterpersonals der Fabrikanten.

§. 18. Zurücknahme der Vergünstigung.

Beilage I. Notizbuch über Ausführung der Tabaksfabrikate.

Beilage II. Conto der Zoll- und Steuerstelle.

Beilage III. Versendungen unter Controlo.

**Bekanntmachung** den Uebergangsverkehr mit Branntwein zwischen dem Herzogthume Braunschweig und dem Großherzogthume Luxemburg betreffend. 27. Juli 1859. Nro. 27. S. 113.

5. Aug.

Die gefeßliche Uebergangsabgabe kommt zur Erhebung und Steuerbonification wird geeigneten Falls gewährt.]

**Verordnung**, die Publication des zwischen den sämtlichen Zollvereinsstaaten einerseits und der Argentinischen Conföderation andererseits unterm 19. September 1857 geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrags betreffend. 23. August 1859. Nro. 31. S. 121.

3. Septbr.

Art. 1. Freundschaftsvertrag.

Art. 2. Handelsvertrag.

Art. 3. Gleichstellung in Handels- und Schiffahrts-Angelegenheiten mit den meistbegünstigten Nationen.

Art. 4. Bestimmungen über Einfuhr- und Ausfuhr-Abgaben.

Art. 5. Schiffahrts-Abgaben.

Art. 6. Rückzölle und Prämien.

Art. 7. Schiff-Legitimationen.

Art. 8. Schutz der Personen, des Eigenthums und Handelsbetriebes.

Art. 9. Polizei- und Justizpflege.

Art. 10. Befreiung der gegenseitigen Unterthanen von Militair-Diensten.

Art. 11. Bestellung von Consulen.

Art. 12. Zusicherung des Schutzes der gegenseitigen Unterthanen auch im Falle einer Aufhebung des Vertrags.

Art. 13. Besondere Bestimmungen zur Sicherung der Personen und des Eigenthums der gegenseitigen Unterthanen.

Art. 14. Dauer des Vertrags.

Art. 15. Ratification des Vertrags.

**Geseß**, die Abänderung des Vereins-Zolltarifs betreffend. 26. October 1859. Nro. 40. S. 163.

5. Novbr.

I. Erste Abtheilung des Tarifs. Zusatz von Gegenständen, welche keiner Abgabe unterworfen sind.

II. Zweite Abtheilung des Tarifs. Verschiedene Abänderungen.

III. Dritte Abtheilung des Tarifs. Verschiedene Abänderungen.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Vereins-Zolltarif betreffend. 16. November 1859. Nro. 43. S. 175.

9. December

Erste Abtheilung. Gegenstände, welche keiner Abgabe unterworfen sind. S. 179.

Zweite Abtheilung. Gegenstände, welche bei der Einfuhr oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind. S. 182.

**Dritte Abtheilung.** Von den Abgaben, welche zu entrichten sind, wenn Gegenstände zur Ausführung der Durchfuhr angemeldet werden. S. 238.

**Vierte Abtheilung.** Bestimmung wegen der Schifffahrts-Abgaben. S. 240.

**Fünfte Abtheilung.** Allgemeine Bestimmungen. S. 241.

**Gesetz, die Wiederaufhebung des Gesetzes vom 7. März d. Jrs., das Verbot der Ausführung von Pferden über die Grenzen des Zollvereins betreffend.** 24./27. December. 1859. No. 52. S. 265.

**Bekanntmachung, die Steuervergütung für ausgeführten inländischen Branntwein betreffend.** 30./31. December 1859. No. 53. S. 267.

Eine Veränderung des Steuervergütungs-Satzes wird bekannt gemacht.

### Rescripte.

**Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 21. Juni 1859.**

Wir eröffnen der Herzogl. Kreisdirection zur Nachricht und Nachachtung, daß auf der XIII. General-Conferenz in Zollvereins-Angelegenheiten, behuf Beseitigung hervorgetretener Zweifel, eine, die Bestimmung im dritten Absätze des Art. 18 des Vertrags über die Fortdauer und Erweiterung des Zollvereins vom 4. April 1853, erläuternde Erklärung dahin vereinbart worden ist:

1. unter den in dem vorerwähnten Absätze gedachten Gewerbetreibenden sind auch Handel-treibende zu verstehen;
2. die von diesen Gewerbetreibenden gemachten Ankäufe müssen allerdings für das von ihnen im Heimathlande betriebene Geschäft gemacht werden. Es ist aber nicht erforderlich, daß sich das Ankaufen nur als eine Nebenhandlung zu dem eigentlichen Geschäftsbetriebe verhält oder gar auf Gegenstände sich beschränkt, welche in dem von dem Ankäufer betriebenen Geschäft weiter zu verarbeiten sind. Vielmehr bezieht sich die vertragmäßige Bestimmung unzweifelhaft auch auf solche Ankäufe, die behuf des Wiederverkaufs gemacht werden; sofern das von dem betreffenden Gewerbetreibenden im Heimathlande betriebene Geschäft den Wiederverkauf mit sich bringt.

# Chronologisches Verzeichniß

der

## Rescripte, Instructionen, Berichte u.

zum

### achten Theile des Repertoriums.

1841.	Seite	1842.	Seite	1843.	Seite	1844.	Seite	1845.	Seite
12. September R. S. D.-L.-G.	31	9. Juni R. S. D.-L.-G.	247	9. Januar B. S. D.-L.-G.	248	1. Juli R. S. St.-M.	45	11. Januar R. S. Confistor.	147
				8. März R. S. St.-M.	250			12. Januar R. S. St.-Minist.	6
								18. Januar R. S. d. R.-D.	9
								20. Januar R. S. St.-Minist.	54
								21. Januar R. d. D.-St.-A.	10
								25. Januar R. S. D.-Ger.	53
								1. Februar R. d. D.-St.-A.	35
								4. Februar R. S. St.-Minist.	35
								10. Februar R. S. d. D.-Ger.	148
								11. Februar R. S. D.-Ger.	97
								14. Februar R. S. St.-Minist.	75
								15. Februar R. S. Confistor.	147
								19. Februar R. S. Confistor.	148
								20. Februar R. S. D.-Ger.	97
								7. März R. S. D.-Ger.	256
								8. März R. S. St.-Minist.	257
								18. März R. S. St.-Minist.	75
								21. März R. d. D.-St.-Anw.	257
								8. April R. S. Confistor.	149
								15. Mai R. S. St.-Minist.	75
								22. Mai R. S. D.-Ger.	263
								1. Juni R. S. St.-Minist.	207
								2. Juni Höchstes Rescript.	207
								3. Juni R. S. Ober-Ger.	257
								9. Juni R. S. St.-Minist.	76
								10. Juni Höchstes Rescript.	36
								12. Juni R. S. St.-Minist.	6
								16. Juni R. d. D.-St.-Anw.	36

## Seite

17. Juni R. h. Ober-Ger.	258
30. Juni R. d. D.-Staatsanw.	259
18. Juli R. d. D.-Staatsanw.	36
4. August R. h. Ober-Ger.	54
4. August R. h. Ober-Ger.	98
2. September R. h. Ober-G.	37
19. September R. h. Ober-G.	100
19. September R. h. Ober-G.	19
19. September R. h. Ober-G.	97
19. September R. h. Ober-G.	56
21. September R. h. Ober-G.	21
22. Sept. R. d. D.-Staatsanw.	259
29. September R. h. D.-Ger.	21
2. October R. h. Staatsmin.	259
4. October R. h. Confistor.	153
9. October R. h. Staatsm.	260
1. November R. h. Confistor.	154
6. November R. h. D.-Ger.	57
22. November R. h. Confistor.	157
9. December R. h. Confistor.	158
28. Decbr. R. d. Cassationsh.	20
30. December R. h. Ober-G.	58

## 1855.

16. Januar R. h. Ober-Ger.	60
27. Januar R. h. Staatsm.	60
21. Febr. R. d. D.-Staatsanw.	260
23. Februar R. h. Ober-Ger.	263
4. April R. h. Ober-Ger.	22
9. Mai R. h. Ober-Gerichts	263
12. Mai R. h. Confistoriums	159
25. Mai R. h. Staatsminift.	230
9. Juni R. h. Confistoriums	159
9. Juni R. h. Ober-Gerichts	260
7. Juli R. h. Confistoriums	159
14. Juli R. h. Ober-Gerichts	261
7. August R. h. Staatsmin.	62
7. August R. h. Staatsmin.	68
12. August R. h. Staatsmin.	231
8. September R. h. Staatsm.	76
21. September R. h. Staatsm.	69
17. October R. h. Staatsm.	70
18. October R. h. Staatsm.	46
30. October R. h. Confistor.	160
3. November R. h. Staatsm.	95
7. November R. h. Confistor.	160
9. November R. d. D.-St.-A.	262
9. November R. d. D.-St.-A.	38
10. November R. h. Confistor.	161
24. November R. h. Confistor.	162
26. November R. h. D.-Ger.	101
15. December R. h. Staatsm.	101
20. December R. h. Staatsm.	101
20. December R. h. Ober-G.	62
20. December R. h. Confistor.	162
29. Decbr. D. d. Cassationsh.	23

## 1856.

5. Januar R. d. D.-St.-A.	95
9. Januar R. h. Confistor.	163

## Seite

12. Januar R. h. Staatsm.	77
13. Januar R. h. Staatsm.	77
18. Januar R. h. Confistor.	164
23. Januar R. h. Staatsmin.	193
24. Januar R. h. Ober-Ger.	102
26. Januar R. h. Confistor.	164
31. Januar R. h. Staatsmin.	102
7. Februar D. d. Cassationsh.	23
8. Februar R. h. Staatsmin.	78
9. Februar R. h. Staatsmin.	223
13. Februar R. h. Ober-Ger.	24
1. März R. h. Confistoriums	165
11. März R. h. Staatsminift.	208
4. April R. h. Staatsminift.	70
11. April R. h. Ober-Gerichts	264
16. April R. h. Confistoriums	165
16. April R. h. Confistoriums	166
16. April R. h. Staatsminift.	223
29. April R. h. Ober-Gerichts	24
29. April R. h. Ober-Gerichts	83
7. Mai R. h. Ober-Gerichts	25
9. Juni R. h. Staatsminift.	7
16. Juni R. h. Ober-Gerichts	96
16. Juni R. h. Ober-Gerichts	25
16. Juni R. h. Ober-Gerichts	84
19. Juni R. h. Staatsminift.	70
19. Juni R. d. ger. Disc.-B.	26
22. Juni R. h. Staatsminift.	25
19. Juli R. h. Staatsminift.	103
22. Juli R. h. Staatsminift.	38
24. Juli R. h. Staatsminift.	78
25. Juli R. h. Ober-Gerichts	103
8. September R. h. Ober-G.	26
8. September R. h. Ober-G.	266
29. September R. h. Ober-G.	39
3. October R. h. Staatsm.	39
15. October R. h. Confistor.	167
18. October R. h. Staatsmin.	79
18. October R. h. Ober-Ger.	268
26. November R. h. Confist.	168
22. December R. h. Ober-G.	269

## 1857.

7. Januar S. h. Fin.-Coll.	104
11. Januar R. h. Kreisdirect.	184
19. Januar höchstes Rescript.	240
23. Januar R. h. Confistor.	168
28. Februar R. h. Staatsm.	105
7. März Sch. R. h. Staatsm.	224
9. März R. h. Ober-Gerichts	105
13. März R. h. Staatsminift.	223
14. März R. h. Ober-Gerichts	270
22. März R. h. Staatsminift.	225
7. April R. h. Kreisdirection	14
28. April R. h. Staatsminift.	240
16. Mai R. h. Ober-Gerichts	41
16. Mai R. h. Staatsminift.	168
23. Mai R. h. Confistoriums	169
19. Juni R. d. ger. Discipl.-B.	26
23. Juni R. h. Ober-Gerichts	63

## Seite

23. Juni Ber. h. Ober-Ger.	106
4. Juli R. h. Ober-Gerichts	104
15. Juli R. h. Confistoriums	169
16. Juli R. h. Staatsminift.	63
16. Juli R. h. Staatsminift.	171
16. Juli R. h. Staatsminift.	64
18. Juli höchstes Rescript.	108
2. September Ber. h. D.-G.	108
2. September Ber. h. D.-G.	272
8. September R. h. Staatsm.	108
8. September R. h. Staatsm.	272
29. September R. h. Ober-G.	274
7. October R. h. Ober-Ger.	110
26. October R. h. Ober-Ger.	110
30. November R. h. Ober-G.	274

## 1858.

22. Januar R. h. Staatsm.	225
15. Januar R. h. Ober-Ger.	111
1. Februar R. h. Ober-Ger.	274
3. Februar R. h. Confistor.	172
15. Februar R. h. Ober-Ger.	114
15. Februar R. h. Ober-Ger.	112
20. Februar R. h. Ober-Ger.	113
20. Februar R. h. Ober-Ger.	27
20. Februar R. h. Ober-Ger.	240
2. März R. h. Staatsminift.	114
4. März höchstes Rescript.	126
12. März R. h. Fin.-Coll.	116
12. März Ber. h. Ober-Ger.	116
3. April R. h. Staatsminift.	116
12. April R. h. Staatsminift.	118
8. Mai Ber. h. Ober-Ger.	194
11. Mai höchstes Rescript.	208
25. Mai R. h. Staatsminister.	193
7. Juni R. h. Staatsminister.	226
14. Juni R. h. Staatsminift.	226
14. Juni Ber. h. Ober-Ger.	119
19. Juni R. h. Staatsminift.	119
21. Juni Ber. h. Ober-Ger.	120
21. Juni Ber. h. Ober-Ger.	121
26. Juni R. h. Staatsminift.	119
30. Juni R. h. Staatsminift.	120
10. August R. h. Staatsmin.	172
10. August R. h. Ober-Ger.	275
2. September R. h. Ober-G.	122
6. September höchstes Rescript.	122
12. September R. h. Staatsm.	242
20. September R. h. Staatsm.	71
20. Sept. S. h. J. u. St.-A.	242
1. October R. h. Ober-Ger.	65
4. October R. h. Ober-Ger.	27
27. November R. h. Confistor.	172
29. November R. h. Staatsm.	123
1. December R. h. Confistor.	173
10. December R. h. Ober-Ger.	243
10. December R. h. Ober-Ger.	243
10. December R. h. Ober-Ger.	276

## 1859.

	Seite		Seite		Seite
12. Januar R. h. Confistor.	176	5. April R. h. Staatsminist.	128	18. Juli R. h. Ober-Ger.	279
10. Februar R. h. Ober-Ger.	28	9. April R. h. Staatsminist.	129	4. August R. h. Staatsmin.	178
14. Februar R. h. Ober-Ger.	124	30. April R. h. Ober-Ger.	277	14. September R. h. Confist.	180
19. Februar R. h. Staatsmin.	124	1. Juni R. h. Staatsminist.	189	17. September R. h. Ober-G.	131
4. März R. h. Ober-Ger.	125	7. Juni R. h. Ober-Ger.	278	17. September R. h. Ober-G.	133
5. März R. h. Confistor.	177	10. Juni R. h. Ober-Ger.	29	26. Septbr. . . h. Staatsm.	131
15. März R. h. Staatsminist.	226	18. Juni R. h. Ober-Ger.	278	22. October R. h. Staatsm.	133
17. März R. h. Staatsminist.	227	21. Juni R. h. Staatsminist.	314	30. November R. h. Confistor.	181
26. März Ber. h. Ober-Ger.	128	25. Juni R. h. Confistor.	179	6. December R. h. Staatsm.	135
30. März R. h. Confistor.	179	12. Juli R. h. Staatsminist.	11	17. December R. h. Confistor.	181
1. April R. h. Ober-Ger.	29	13. Juli R. h. Staatsminist.	177	20. December R. h. Ober-G.	136
4. April Ber. h. Ober-Ger.	129	18. Juli R. h. Ober-Ger.	14	28. December R. h. Confistor.	182

## Chronologisches Verzeichniß

der

Gesetze, Verordnungen und Circular-Rescripte,

welche

in der Verordnungs-Sammlung enthalten sind.

## 1853.

	Seite		Seite		Seite
8. Januar . . . . .	185	28. Juni . . . . .	188	18. November . . . . .	66
11. Januar . . . . .	208	30. Juni . . . . .	285	13. December . . . . .	233
12. Januar . . . . .	5	30. Juni . . . . .	285	20. December . . . . .	291
22. Januar . . . . .	231	1. Juli . . . . .	232	20. December . . . . .	292
22. Januar . . . . .	231	2. Juli . . . . .	284	27. December . . . . .	287
3. Februar . . . . .	231	3. Juli . . . . .	50	27. December . . . . .	293
15. Februar . . . . .	41. 50	4. Juli . . . . .	280	27. December . . . . .	293
23. Februar . . . . .	284	5. Juli . . . . .	85	29. December . . . . .	294
28. Februar . . . . .	41. 50	5. Juli . . . . .	41	30. December . . . . .	294
2. März . . . . .	231	6. Juli . . . . .	232		
11. März . . . . .	231	15. Juli . . . . .	232		
14. März . . . . .	12	16. Juli . . . . .	232		
29. März . . . . .	284	20. Juli . . . . .	83		
30. März . . . . .	65	10. August . . . . .	86		
30. März . . . . .	231	16. August . . . . .	86		
31. März . . . . .	284	6. September . . . . .	211		
7. April . . . . .	66	9. September . . . . .	286		
24. April . . . . .	284	16. September . . . . .	232		
2. Mai . . . . .	284	22. September . . . . .	286		
8. Mai . . . . .	232	29. September . . . . .	286		
8. Mai . . . . .	232	30. September . . . . .	232		
11. Mai . . . . .	8	12. October . . . . .	286		
21. Mai . . . . .	232	17. October . . . . .	71		
23. Mai . . . . .	188	26. October . . . . .	286		
23. Mai . . . . .	71	1. November . . . . .	287		
7. Juni . . . . .	45	5. November . . . . .	287		
14. Juni . . . . .	232	7. November . . . . .	287		
14. Juni . . . . .	232	7. November . . . . .	287		
15. Juni . . . . .	232	12. November . . . . .	211		

## 1854.

3. Januar . . . . .	294
3. Januar . . . . .	294
4. Januar . . . . .	295
16. Januar . . . . .	295
16. Januar . . . . .	295
17. Januar . . . . .	39
28. Januar . . . . .	295
12. Februar . . . . .	188
18. Februar . . . . .	295
2. März . . . . .	295
6. März . . . . .	295
7. März . . . . .	296
12. März . . . . .	47
12. März . . . . .	296
13. März . . . . .	233
22. März . . . . .	244
23. März . . . . .	233
8. April . . . . .	296





## Chronologisches Verzeichniß zum achten Theile.

319

	Seite
13. Juni . . . . .	310
29. Juni . . . . .	311
29. Juni . . . . .	236
13. Juli . . . . .	187
14. Juli . . . . .	187
16. Juli . . . . .	13
22. Juli . . . . .	236
29. Juli . . . . .	187
4. August . . . . .	67
8. August . . . . .	311
2. September . . . . .	88
2. September . . . . .	229
7. October . . . . .	236
9. October . . . . .	236
14. October . . . . .	67
23. October . . . . .	236
20. November . . . . .	187
10. December . . . . .	47
19. December . . . . .	5
21. December . . . . .	10
22. December . . . . .	189
22. December . . . . .	189
28. December . . . . .	236
29. December . . . . .	230
29. December . . . . .	193
30. December . . . . .	236
30. December . . . . .	72

## 1858.

3. Januar . . . . .	236
4. Januar . . . . .	236
12. Januar . . . . .	209
20. Januar . . . . .	10
21. Januar . . . . .	67
24. Januar . . . . .	237
15. Februar . . . . .	73
16. Februar . . . . .	237
19. Februar . . . . .	237
3. März . . . . .	239
25. März . . . . .	47
26. März . . . . .	88
30. März . . . . .	230
31. März . . . . .	240
17. April . . . . .	189
19. April . . . . .	48
24. April . . . . .	187

	Seite
30. April . . . . .	89
4. Mai . . . . .	230
4. Mai . . . . .	89
6. Mai . . . . .	312
14. Mai . . . . .	237
20. Mai . . . . .	42
20. Mai . . . . .	42
20. Mai . . . . .	43
26. Mai . . . . .	45
31. Mai . . . . .	230
31. Mai . . . . .	136
31. Mai . . . . .	311
1. Juni . . . . .	214
11. Juni . . . . .	311
15. Juni . . . . .	89
15. Juni . . . . .	10
22. Juni . . . . .	312
5. Juli . . . . .	281
11. Juli . . . . .	10
12. Juli . . . . .	312
14. Juli . . . . .	283
28. Juli . . . . .	237
31. Juli . . . . .	237
4. August . . . . .	245
7. August . . . . .	312
29. August . . . . .	89
9. September . . . . .	187
14. September . . . . .	67
25. September . . . . .	237
6. October . . . . .	237
15. October . . . . .	237
15. October . . . . .	237
19. October . . . . .	281
20. October . . . . .	137
9. November . . . . .	238
17. December . . . . .	193
20. December . . . . .	137
22. December . . . . .	238
23. December . . . . .	9

## 1859.

7. Januar . . . . .	209
13. Januar . . . . .	238
17. Januar . . . . .	89
21. Januar . . . . .	67
11. Februar . . . . .	200

	Seite
12. Februar . . . . .	79
14. Februar . . . . .	238
21. Februar . . . . .	200
4. März . . . . .	230
9. März . . . . .	89
17. März . . . . .	214
13. April . . . . .	238
18. April . . . . .	238
26. April . . . . .	211
26. April . . . . .	189
26. April . . . . .	184
9. Mai . . . . .	238
13. Mai . . . . .	238
13. Juni . . . . .	312
21. Juni . . . . .	68
28. Juni . . . . .	68
28. Juni . . . . .	238
3. Juli . . . . .	68
19. Juli . . . . .	238
27. Juli . . . . .	313
6. August . . . . .	11
9. August . . . . .	11
9. August . . . . .	11
22. August . . . . .	11
23. August . . . . .	313
30. August . . . . .	11
1. September . . . . .	238
2. September . . . . .	230
5. September . . . . .	89
5. September . . . . .	90
8. October . . . . .	11
20. October . . . . .	137
26. October . . . . .	313
28. October . . . . .	137
31. October . . . . .	90
9. November . . . . .	185
10. November . . . . .	215
14. November . . . . .	238
16. November . . . . .	313
22. November . . . . .	43
22. November . . . . .	247
22. November . . . . .	238
2. December . . . . .	238
9. December . . . . .	68
24. December . . . . .	314
30. December . . . . .	314

# R e g i s t e r

für

## s ä m m t l i c h e a c h t B ä n d e

des

### R e p e r t o r i u m s .

#### A.

**Abfahren des Holzes** Th. III. S. 67. 98. des **Ruhholzes** III. S. 99. 113.

**Abfallholz**, Zueignung desselben von den **Forstbedienten** III. 117.

**Abfindung von Bauerhöfen**, Bestimmung derselben I. 171. 175. III. 136. **Landesherrl. Dispensation** desshalb III. 296. von **Rittern**, **Schrift**, **Freiassen** und sonstigen **Landgütern** VIII. 42.

**Abfindung des Brennholz-Sollhabens** der **Berechtigten** VIII. 5.

**Abgaben**. **Ausgleichung** derselben I. 171. 175. IV. 244. **Liquidat.** derselben I. 165. **Aufsicht** darüber I. 179. **Erhebung** derselben I. 342. s. auch **Steuern**, **städtische** I. 346. **indirecte**, **Vertrag** desshalb II. 131. **dingliche**, **Zustimmung Dritter** zu **Ablösungen** III. 181. **Eingangs- und Durchgangs-** IV. 234. 244. in **Braunschweig u. Wolfenbüttel** 239. 243. 245. **Festsetzung auf Courantgeld** 241. **Ausgangs-** IV. 243. **Abgaben-Freiheit** 249. **Execution** 254. **Domaniäl- und gutherrliche** 101. **Indirecte** — **Kemter** dabei IV. 36. **An die Wege-** **besserungscassen** V. 9. **Eingangs- und Durchgangsabgaben** im **Hollvereine**, **gemeinschaftliche** deren **Theilung** VIII. 291. **Ubergangsabgaben**, **Erhebung** VIII. 295. **Erhebung** nach dem neuen **Münz-** **gesetze** und der neuen **Gewichts-Einheit** VIII. 308.

**Abgeordnete der Ständeschlassen** zum **Landtage** III. 285. 289. zur **Landesversammlung** VII. 97.

**Abladen der Waaren** I. 441. **accisbarer Gegenstände** II. 2.

**Ablehnung der Wahl** zur **Landesversammlung** III. 289.

**Ablesen der Verordnungen** von den **Canzeln** I. 254.

**Ablieferung der Gerichtsgebühren** III. 187.

**Ablösungen** IV. 1. 5. 6. 78. V. 1. **Ergänzung der** **Ordnung** IV. 6. **Eintragung in die Hypotheken-** **bücher** 3. **An den preussischen Grenzen** 6. **Capitale** 3. 6. 146. **Zinsen** 6. **Befestigung** 7. **Anlehen** 3.

**Von Bauerz Gütern auf städtischer Feldmark** IV. 305. **Verfahren** 4. **Recess** 5. **Ausübung der Ablösungs-** **Ordnung** 5. **Gebühren** 5. 7. **Normalpreise** 5. **Präclution** V. 2. **Auszahlung der Gelder** 2. **Stempel- und Sporelfreiheit** 2. **Legte Natural-** **lieferung** V. 3. **Abtag für Erhebung** 3. **Ablösungen** VI. 6. VII. 5. VIII. 5. der **Holzberechtigten** VI. 5. in **Seesen** 5. in **Communionforsten** 5. in den **Amtsgerichtsbezirken Harzburg und Lutter a. Obge.** VIII. 5.

**Ablösungs- und Modificationscapitale** IV. 52. 146. **Anlehen vom Leihhause** 175. **Eintragung in das** **Hypothekenbuch** VI. 60. 68. 69. 70. 72. 73. **Lösung** derselben 69. 75.

**Ablösung der Zehnten** I. 108. der **Holzberechtigten** III. 156. **dinglicher Abgaben**, **Zustimmung** **Drit-** **ter** III. 181. der **Realrechte** III. 284.

**Ablösungs-Verträge**, **verfassungswidrige** III. 37. **Confirmation** V. 3.

**Ablösungs-Recess**, **Eintragung** VI. 68. 70. 72. 91. **Vorlegung** derselben bei der **Hypothekenbe-** **hörde** 73. **Abschlagszahlungen auf Ablösungsca-** **pitale**, **jährliche**, im **Hypothekenbuche** nicht zu **lösen** VI. 74.

**Abnahme der Gemeinde-Rechnungen** I. 89. **folg.** II. 104.

**Abrechnungsgebühren** der **Domainenpächter** III. 240.

**Abfällen des Holzes** auf dem **Stamme** III. 163.

**Abschied des Militärs** I. 277. der **Beamten** III. 25.

**Abschätzungsgebühren** der **Gebäude** bei **Brand-** **schäden** V. 11.

**Abschiedsgefuße** des **Militärs** I. 303.

**Abschlussrechnung** der **Cammer- und Kloster-Re-** **chnungen** III. 47.

**Abschriften**, **Ertheilung** derselben I. 155. **beglau-** **bigte** III. 121. **Stempel** dazu 349. der **Obli-** **gationen** IV. 87.

- Abhebung der Beamten III. 25.  
 Absicht, gewinnfichtige, bei der Unterschlagung V. 19.  
 Abspenstigmachen der Kunden I. 131.  
 Abstimmung in der Landschaft III. 290.  
 Abtretung der Grundstücke zu Staatszwecken IV. 306.  
 Abwesende, Ladung II. 174. VIII. 25. Curatel V. 83.  
 Abzählungsprotokolle des Holzes III. 132. 143.  
 Abzug vom Solde I. 283. 287.  
 Abzugsrecht I. 1. Aufhebung mit Sachsen-Weimar I. 1. Bundesbeschluss I. 1. Aufhebung mit Preussen I. 1. Oesterreichische Verordnung über Abzugsfreiheit I. 1.  
 Accidens, Forst- III. 67. 127. der Forstbedienten, wegen Pfändung preussischer Unterthanen III. 100. von Kohlen III. 119.  
 Accisbare Waaren, Abladen derselben III. 2. Declaration derselben I. 126. 429. folg. 440.  
 Accise I. 405. 414. 474. III. 1. IV. 9. von Eisenwaaren I. 407. 408. Ueberweisung derselben an die Landessteuercasse I. 253. von Essig I. 430. in Braunschweig u. Wolfenbüttel II. 1. 3. 6. 9. 29. 30. 34. 292. III. 1. Tarif II. 4. Wahl- u. Schlacht- — Aufhören derselben II. 262.  
 Accise-Aufscher II. 284.  
 Accise-Defrauden — Gebühren IV. 86. wegen nicht wieder declarirter Durchgangs-Waaren III. 3. Verhütung und Entdeckung derselben I. 442. Feststellung derselben II. 27. 30. Bekanntmachung der Strafen II. 53. Gebühren in solchen Sachen IV. 86.  
 Accise-Dienstregister II. 6. 25.  
 Accise-Einnehmer, Instruction für dieselben I. 420. 442. II. 25.  
 Accise-Fixum III. 190.  
 Accise-Freiheit hannoverscher Berg- und Hüttenprodukte I. 444.  
 Accise-Inspectoren II. 4. 284. Mittheilung der Erkenntnisse in Defraudationsfällen II. 55.  
 Accise-Officanten, Vorladung derselben I. 169. Straftheile II. 3. Abhebung derselben II. 3. s. auch Steuer-Aufscher.  
 Accise-Register II. 11.  
 Accise-Revision II. 5. folg. 27.  
 Accise-Tarif II. 4.  
 Accise-Urprungscertificate II. 33.  
 Accouchir-Anstalt, Aufnahme darin I. 365.  
 Acten, Auffuchung derselben I. 113. Foliiren derselben I. 162. Untersuchungs-Mittheilung an die Cammer II. 45. ältere, capiren derselben IV. 119. VI. 108. Verwaltungs- V. 131. Einforderung von der Kreisdirection V. 4. 18. Mittheilung an die Kreisdirection VI. 16. 18. in Steuercontraventionsfällen VI. 146. Beschränkung der Veröffentlichung durch den Druck. VIII. 12.  
 Acteneinsendung I. 147. Gebühren und Porto dafür in Criminalsachen I. 31. in Gemeintheilungsfällen III. 181.  
 Acteneinsicht I. 19. Gebühren dafür I. 114. beim Kreisgerichte I. 292.  
 Actenverschickung I. 141. 142. 145. IV. 116.  
 Acten-Verzeichnisse I. 21. 26. IV. 117.  
 Acten über die Corrigenden V. 9.  
 Actiengesellschaften, Veranziehung zu Communalbeiträgen VIII. 74.  
 Actuare I. 153. Verrichtung im Falle der Verbindeung der Beamten 156. 170. Abhaltung der Auctionen I. 166. Rechnungsführung der Kreisarmencasse I. 4. 7. Holzverkauf I. 83. Reise- und Zehrungskosten derselben IV. 84. 92. 118. in Verwaltungsfällen VI. 110.  
 Adjudication der Theilungen V. 122.  
 Adjudicationsdecret I. 179.  
 Adjudicationsschein. Mittheilung an die Kreisämter von den Districtsgerichten II. 253. Stempel dazu III. 350. Ausfertigung derselben III. 221. Ausstellung und Confirmation VI. 98.  
 Administration der Jagdnutzungen VII. 33.  
 Administrations-Acten, deren Edition VI. 115.  
 Administrationsfachen, Gebühren V. 57.  
 Administrative Behörden, deren Zuständigkeit VI. 113. wo dieselbe der Justizbehörde vorgelegt ist II. 172. Vergleich II. 45. Kreisämter II. 175. 177. Aemter IV. 131. Entscheidung in Gewerbe- und Gildesachen III. 194.  
 Administrative Justizverwaltung VI. 23.  
 Adoption V. 86. in wie fern zulässig bei Kindern in väterlicher Gewalt VIII. 121.  
 Adressen, Post I. 389. Briefe III. 344. in Administrationsfachen V. 118.  
 Adventitia bona, Befugnisse des Vaters daran V. 138. VIII. 62.  
 Advocaten V. 79. 80. VI. 96. 97. VII. 55. Zulassung derselben I. 145. 153. IV. 115. der ausländischen I. 175. Wohnort I. 154. VI. 102. Prüfung I. 157. IV. 119. VII. 58. Pflichten II. 153. 159. VII. 57. der armen Parteien II. 158. Aufenthalt derselben auf dem Lande III. 209. VII. 57. Auslösung der Decrete von denselben III. 217. Zahl derselben IV. 118. 119. 120. VII. 57. Gebühren derselben V. 84. VII. 12. Advocatenammer VII. 57.  
 Advocaten-Ordnung VII. 57. 60. advocatorische Praxis VII. 57. Zulassung hannoverscher VIII. 105.  
 Aelterlicher Consens zur Wiederverheirathung der Kinder I. 335. III. 274.  
 Aemter, Domanal-, Beiträge derselben zu den Armengebern II. 40. den Stadtgerichten gleich IV. 123. Vertheilung der Arbeiten bei denselben IV. 113. bei Verwaltung der indirecten Steuern IV. 36. Disciplinargewalt über dieselben IV. 7.  
 Aerzte, Aufsicht über dieselben I. 339. chirurgische Curen derselben II. 212. eidliche Bestätigung der Gutachten derselben II. 53. Behandlung armer Kranker II. 299. Gutachten in Criminalsachen I. 106. über Gemüthsfranke III. 307. beim Militair VII. 105. Kosten für Wiederbelebungsversuche VIII. 193. 194.  
 Aehnde Sachen, Transport derselben auf der Eisenbahn VI. 42.  
 Aeufferungen, freie auf dem Landtage III. 286.  
 Affixionsgebühren II. 111.  
 Aferleben IV. 51.  
 Agende, Kirchen-, Befolgung derselben II. 199.  
 Agenten, der auswärtigen Versicherungen IV. 26. 34.

- Agio IV. 52.  
 Agnaten, Zustimmung zur Belegung der Ablösungs-  
 capitale IV. 6.  
 Aichämter IV. 117.  
 Aichmeister im Amte Calvörde IV. 177. Anstellung  
 derselben VIII. 190.  
 Aichung der Gemäße IV. 177. Stempelung 177. Ge-  
 bühren VIII. 190.  
 Academische Zeugnisse IV. 161.  
 Albus, beßische IV. 205.  
 Alexi, Pflegehaus IV. 181. Verpflegung darin II.  
 210. Aufnahme darin III. 297. 303. folg. 309.  
 Alimentationsklagen II. 168.  
 Almosensammeln in den an den öffentlichen Wegen  
 belegenen Armenhäusern II, 241.  
 Aloe, Handel damit V. 109.  
 Altaristen VII. 83.  
 Altenthail, Eintragung in's Hypothekenbuch VI.  
 62. 113.  
 Altarlichte VI. 128.  
 Alleeackerfeld bei Büddenstedt, Hypothekenbuch für  
 dasselbe VI. 82. 90.  
 Alphabetisches Verzeichniß der Hypothekenbücher VI.  
 66. 92.  
 Alter der Kinder zum Schulbesuche III. 273. der Con-  
 firmanden IV. 147.  
 Alter, Eintragung in die Kirchenbücher IV. 143. der  
 Angekuldigten, Zeugen- und Sachverständigen  
 VIII. 253.  
 Alterthümer und Kunstschätze, kirchliche, Bewahrung  
 derselben VIII. 157. 158.  
 Alters-Renten-Anstalt VIII. 188.  
 Altväter, Beitrag derselben zur Schulstubeheizung  
 IV. 163.  
 Altvaterländerei, Viehcontribution davon IV. 244.  
 Altvatertheil, Bestimmung desselben I. 171. 175.  
 Alvensdorf, Zulegung von Grundstücken vom Ge-  
 meindebezirke Reinsdorf VIII. 67.  
 Ammenjer Straße, Erklärung zur Uebergangstraße  
 VIII. 297.  
 Amortisation der Cammer- und Landes Schulden IV.  
 166. 170.  
 Amtsarmencassen VII. 48. 119. Verwilligungen  
 daraus VIII. 226.  
 Amtscassen IV. 53.  
 Amtshandelsbücher, Gebühren IV. 88. VI. 62.  
 67. Seitenzahl derselben im Hypothekenbuche zu  
 bemerken VI. 67.  
 Amtsgefängnisse, VII. 8.  
 Amtsgerichte, VII. 13. 56. 60. 137. Gerichtsstand  
 der Beamten und Officianten VIII. 89. Rech-  
 nungsführung VIII. 90. Geschäftsübersichten in  
 der Strafrechtspflege VIII. 95. Beschwerden gegen  
 Verfügungen der Kreisgerichte in Vormundschafts-  
 sachen VIII. 97. 98. Stellung der Beamten zu den  
 Kreisgerichtsdirectoren VIII. 101. 102. Beschäfti-  
 gung der Rechtsandidaten VIII. 89. 90.  
 Amtsgerichtsfecretaire VII. 61.  
 Amtsräthe VII. 48. 49. Mitwirkung bei Verwilli-  
 gungen aus den Armencassen VIII. 226.  
 Amtsrath VII 57. 60.  
 Amtsunterbediente, deren Anstellung I. 171.  
 Amtsvogte, Feuervisitation durch dieselben I. 353.  
 Lieferung der Schreibmaterialien VIII. 95. Auc-  
 tionen, deren Abhaltung 167. Couvertiren der  
 Decrete in Cammerprocessen 181. Führung der  
 Register über die Forststraßen 46. 78. 79. II. 163.  
 Gebühren für das Anheften der Anschläge II. 111.  
 Insignationsgebühren 111. Weisengelder 111. Ge-  
 bühren in Gemeinde- und Officialfachen III. 183.  
 Vollstreckung der Executionen III. 253.  
 Amtsverbrechen VI. 27. 28. 31. der Prediger 31.  
 Amtsverbesserungsschassen VII. 151.  
 Amtszimmermeister, Instruction für dieselben I.  
 359. Eid derselben 363.  
 Amtszimmer- und Maurermeister, Anfertigung der  
 Baurisse, Taxationen II. 43. 235.  
 Analoge Anwendung der Medicinalgesetze V. 37.  
 Analogie VI. 33.  
 Analogische Steueransetzung I. 448.  
 Anastasianisches Gesetz VII. 43.  
 Anatomisch-chirurgische Lehranstalt V. 106.  
 Anatomie, Einsendung der Leichen an dieselbe V.  
 106. 108. II. 55. 58. III. 296. IV. 44.  
 Anbauer, neue II. 241. IV. 311. III. 285. Bestäti-  
 gung der Contracte 158. Freijahre derselben I. 430.  
 431. Baudouceure derselben 454. Domainialprästa-  
 tionen III. 62. Recht, Pferde auf die Gemeinde-  
 weide zu treiben 178. Ansprüche bei Gemeinheits-  
 theilungen 182. Stimmberechtigung bei der Wahl  
 der Landstände 292. Weiderechtigung derselben  
 VI. 47. VIII. 45.  
 Anbauerwesen VII. 27. 94. 95. Verträge über Theil-  
 ung VIII. 41. 43. 44. 45. 50.  
 Aneignung fremder Sachen V. 19.  
 Anerbenrecht an einem Bauergrute IV. 138. 305.  
 am Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen  
 Landgute VIII. 42.  
 Anforderung des Holzes I. 66. III. 88. 107. 119.  
 131. 136. 153. 177.  
 Angekuldigte, Rechte derselben III. 287. VII. 142.  
 Anhalt-Bernburg, Convention wegen Verhütung und  
 Bestrafung der Forst- und Jagdsireuel VI. 43.  
 Uebereinkunft wegen Förderung der Rechtspflege  
 VI. 97.  
 Anis, Handel damit V. 110.  
 Ankergefäß IV. 177.  
 Anlageproceß wegen Accise-Defraude II. 3. 4. 35.  
 Ankläger, öffentliche, VII. 20. 61. 62. Lieferung der  
 Schreibmaterialien VIII. 95.  
 Anlagen zu Gesuchen, Stempel dazu II. 161.  
 Anlehen bei Ablösungen IV. 6. 8.  
 Anleihe, Staats- I. 241. VI. 43. 29. Einwilligung  
 der Stände I. 248.  
 Anmelddungsstermin für den einjährig-freiwilligen  
 Dienst VII. 106.  
 Annus luctus I. 199.  
 Anonyme Anzeigen I. 464.  
 Anpflanzungen, öffentliche I. 1. III. 3. in den For-  
 sten III. 168.  
 Anschläge der Bäume, Tagelohn dafür III. 169.  
 Anschläge, Bau- I. 350. 359. folg. 374. folg. Bau-

- holz-, Anfertigung derselben II. 64. Prüfung und Revision derselben III. 107. Zeit der Einbringung II. 80. Im Weserdisftrikte II. 90. Anheftungsgebühr derselben II. 111.
- Anschreiben der Gerichtsbehörden I. 115. VI. 48. der Exorteln IV. 91.
- Anstalten, öffentliche, Aufsicht darüber I. 181. sparsfreie, Erhebung der Gerichtsnebengebühren VIII. 88. 101.
- Ansteckende Krankheiten, s. auch epidemische u. Krankheiten, Anzeige derselben durch die Prediger II. 213. Entdeckung derselben III. 297.
- Antheile an Strafen in Gewerbesteuer-Contraventionsfällen I. 450
- Antichrotische Nukungen, Ablösung derselben I. 107.
- Antebatirungen im Hypothekenduche VI. 67.
- Antiquare, Befugnisse derselben IV. 101.
- Anträge in der Landschaft I. 250. der Landstände III. 283. 290.
- Antretzung der Strafen, vorläufige I. 131.
- Anwältle VII. 12. 14. 57. 59. Auslösung der Decrete durch dieselben III. 217. Gebühren derselben V. 84.
- Anweisung, Holz- III. 163. Holzanweisungsgelder II. 103.
- Anzeigen, Braunsch., Besorgung derselben III. 179. Injertionsgebühren IV. 5. 9. Bekanntmachung der Gesetze VII. 61. Aufnahme der Privatannoncen VI. 14. Bekanntmachung der Verlassungen 111. Beilagen zu denselben 213. tägliches Erscheinen derselben III. 340. Bekanntmachung der Strafen durch dieselben I. 28. Wegen Beleidigung des Polizeimilitairs I. 311. Wegen Nichtgebrauch des Stempels I. 308. §. 18. Bekanntmachung gestohlener Sachen I. 23. Bekanntmachung der Steuerdefraude-Bestrafung II. 53.
- Anzeiger zur hannoverschen Zeitung II. 250.
- Apanagen III. 287.
- Apfelsinen, Handel damit IV. 103.
- Apotheker, Gewerbescheine zum Destilliren I. 450.
- Materialhandel derselben I. 132. Verabreichung der Medicin auf alte Recepte II. 210. 211. Privilegien derselben III. 348. Verabfolgung von Chloroform VI. 134. Schulden I. 157. Beileidigung der Schulden VIII. 24.
- Appellation in Civilsachen I. 142. 143. 144. 152. 154. vom Conßistorio I. 204. in Criminalsachen I. 58. 146. III. 26. Verwaltungssachen I. 142. 343. Competenzbestimmung nach der Dauer der Strafe III. 26. s. auch Berufung.
- Appellations-Commission I. 141. 144. Verfahren bei derselben I. 144.
- Appellations-Kaufgericht, dessen Aufhebung VII. 59.
- Appellations-Summe I. 154. V. 80.
- Appellation in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit V. 70. an das Oberappellationsgericht IV. 115.
- Arbeit, Entstehen dafür I. 132. der Hofscheuler I. 76. 77. III. 99. 154. IV. 67. der Schuldner VI. 111. Handwerks-, auswärtige II. 114.
- Arbeiten, Gülfesvollstreckung durch Zwangs-Arbeit VI. 96.
- Arbeiter, Beschwerden derselben IV. 37. Vereine VIII. 280.
- Arbeitsanstalt IV. 14. V. 7. VI. 12. VII. 7. 8. 9. 10. VIII. 9.
- Arbeitsbuch VII. 54.
- Arbeitslöhne I. 349. 349. für Bau-, Rug- u. Gerährholz u. Erhebung derselben III. 106. 107. 115.
- Arbeitsverträge zwischen Meistern und Gesellen VII. 54.
- Arbeitszeit der Handwerksgejellen VII. 54.
- Argentiniſche Conföderation, Freundschafts-Pandels- und Schiffabtrags-Bertrag VII. 313.
- Arme, Armenanstalten I. 2. II. 35. III. 3. IV. 10. 11. V. 3. VI. 9. VII. 6. VIII. 5. Kranke IV. 182. V. 4. 107. Geldstrafen an dieselben IV. 10. Gebühren für die Gefindebücher 11. Kündigung, Erhebung und Belegung der Capitale 12. Ränzferren 12. Schulgeld IV. 153. Kranke hienige und preußische Unterthanen V. 5. Versorgung und Aufsicht I. 179. 349. I. 349. 353. s. auch Kranke, arme, Vermögensstoffe an dieselben VI. 9. I. 3. 5. 8. 10.
- Armenkrankenhaus in Braunschweig V. 4. Aufnahme erkrankter u. verfabster Ausländer VIII. 95.
- Armencaffen, Amts- IV. 53. deren Capitallen IV. 215. Rechnungsabnahme VI. 9. Strafgebelter an dieselben V. 18. Beiträge dazu von den Domainenpächtern III. 4. von Schulz- und Pfandverschreibungen III. 4. von Kaufcontracten in Braunschweig III. 5. Controle derselben III. 5.
- Armencaffen, Gemeinder-, Administration durch ausländische Prediger III. 4. Dienststrafgelder II. 180.
- Armencaffen-Rechnungen I. 2. 4. 100. VI. 9. VII. 6. 37. Verwaltung der kirchlichen VIII. 5. Wirkung des Amtsrathes bei Bewilligungen durch die Kreisdirectionen VIII. 226.
- Armencollegium, Zuziehung der Rittergutsbesitzer u. V. 52.
- Armendeputation VII. 45.
- Armengelder aus Contracten I. 8. VI. 149. Beiträge von den Häuslingen der herrschaftlichen u. Tagelöhnerwohnungen II. 40. von Verlassungen in Braunschweig III. 185. Controlirung bei Erhebung und Aufbewahrung III. 261. von Kaufcontracten in Braunschweig III. 5. Verzeichnisse derselben III. 5. der Prediger und Cantoren III. 8. Befreiung der Contracte Herzoglicher Cammer VIII. 54.
- Armen- und Begebefferungsbeiträge, notwendiges Legat II. 35. Berechnung derselben II. 36. VI. 149. erfolgen nur aus Contracten, durch welche Eigenthum oder dingliche Rechte erworben werden VIII. 56. 64.
- Armenhäuser an den Wegen II. 241.
- Armenparteien I. 113.
- Armenordnung für Wolfenbüttel V. 3.
- Armenrecht I. 114. 115. 152. 165. Gestattung derselben II. 107. VI. 113. Ertheilung beim Vordandenfein vermögender Streigenossen VIII. 15. Prüfung der dabei erforderlichen Armuthsatteste VIII. 123.
- Armenſachen beim Oberappellationsgericht IV. 115. Armenproceſſen VI. 99. 109. 113. VIII. 123. 124.

- Armenfcheine VI. 10.  
 Armensteuer. Aufbringung derselben VI. 10. Heranziehung der Prediger und Cantoren III. 8.  
 Armenstift, Eröffnung desselben I. 10.  
 Armenwesen in Braunschweig V. 4. Verwaltung des kirchlichen VIII. 5.  
 Armenpflege VII. 45. 47.  
 Arrest der Soldaten während der Untersuchung I. 296. auf Unterstützungsgelder der Reserve-Unterofficiere I. 306. der Angekuldigten II. 55. auf Kleidung der Forstschaulpieler II. 174. der Schuldner VI. 111.  
 Arrestanlegung I. 152. auf den Lohn der herrschaftlichen Forst-, Berg- und Hütten-Arbeiter IV. 120. auf Gehalt der Staatsdiener 128. 137. auf Capitalien beim Leihhause 138. auf Gehalte oder Pensionen der Staatsdiener VIII. 223.  
 Arrestaten, Entweichenslassen derselben I. 283.  
 Arrestproceß VII. 30.  
 Arretirungen der ausgetretenen Cantonisten I. 334. der Verbrecher I. 153. wegen Ruhestörung III. 28. der preussischen Forstrevier III. 171. eigenmächtige VI. 36. vom Militair VI. 28. 30. 36.  
 Arrha der Procuratoren IV. 135. 136.  
 Artistisches Eigenthum VII. 11. 12.  
 Arzneiwaaren, Handel damit IV. 179. V. 58. 105. 106. 109. für arme Kranke I. 349. Handel damit VII. 190.  
 Arzt, Liquidation der Gebühren I. 23. 24. 29. 30. 349. Ausübung der Praxis im Hannoverschen VIII. 190.  
 Arztrechnung für Waldarbeiter s. Büchsenpennigcasse III. 155.  
 Aische, Aufkauf derselben IV. 93. 103. 209. 244.  
 Aspiranten, Forst-, Prüfung derselben III. 154. 155.  
 Affecuranzen IV. 20. 25. V. 6. auswärtige 26. 34. von Beamten 32. Gebühren für die Concessionen 34. Hagelschaden 110. Brandversicherung V. 10. Agenten 10. Revisionen II. 43. der Gebäude und Effecten in den Städten II. 42.  
 Affecuranz-Gesellschaften I. 12.  
 Affecuranz-Nummer in den Berichten aufzuführen. I. 351.  
 Affessoren, Amts-, Erkenntnisse v. denselben IV. 219.  
 Afffeld, Feststellung der Bedarfsätze der Holzberechtigten VIII. 83. Errichtung einer Uebergangs-Abfertigungsstelle VIII. 311.  
 Afflässe, Handel damit IV. 101.  
 Attestate für Candidaten I. 157. wegen Zurücksetzung bei der Militairpflicht I. 317. 324. wegen freiwilligen Dienst 328. aus den Kirchenbüchern I. 223. Ausstellung derselben II. 162. 164. wegen Studien II. 225. 226. 227. als Anlagen zu Gesuchen II. 261. wegen zollpflichtiger Gegenstände II. 336. 337. wegen Mißwachs III. 241. gerichtliche für Advocaten, Notare und Auditoren III. 241. der juristischen Examinationscommission VI. 107. zur Legitimation beim Wildtransport VIII. 47.  
 Atteste, Ertheilung durch Herzogliches Obergericht VIII. 97.  
 Attestirung der Beläge zu der Büchsenpennigcasse III. 95. 115.  
 Abungskosten I. 114. 119. der transportirten Gefangenen I. 353. Liquidation II. 47. 54. VII. 17. 147. der Wechelschuldner sind armen Parteien nicht aus der Gerichtscasse vorzuschießen VIII. 26. Berechnung derselben VIII. 116.  
 Auctionen II. 170. 171. Bekanntmachung, Gebühren dafür V. 57. in Braunschweig III. 233. Holz- IV. 59. Gebühren I. 88. 166. 181. Ablieferung der Gelder und Protocolle I. 167. folg. 83. f. auch Holzverkauf III. 232. I. 166. 172. in Vormundschafftssachen I. 176. Gebühren dafür I. 166. Ablieferung der Gelder I. 167. von Amtsvoigten III. 232. von herrschaftlichen Sachen III. 234. Nebengebühren V. 57. in Wolfenbüttel V. 80. Erhebungsgebühr V. 57. Protocolle, Zustellung an die Forstschreiber III. 155.  
 Auditeur, Pflichten desselben I. 294.  
 Auditoren IV. 114. Examen 119. Arbeiten 120. VI. 104. Advociren I. 176. Gerichtsstand III. 232.  
 Aufgebot V. 101. der Verlobten IV. 146. 148. 161. der Ausländer VII. 149. der Dienstboten I. 201. Wiederholung desselben I. 207. nach der Ehecheidung I. 207. Ort desselben I. 189. 192. Eintragung in's Kirchenbuch bei Dispensation I. 240. zur Eingehung einer anderweiten Ehe. Production des Ehecheidungsurtheils in originali II. 195. neues III. 266. 267. Scheine dabei III. 272.  
 Aufgeld bei öffentlichen Caffen IV. 296. auf Zinscoupons IV. 52. auf Geldebeträge VIII. 47.  
 Aufkauf von Aische, Lumpen und rohen Fellen IV. 93. VIII. 75.  
 Aufläufe, Schadensersatz von Seiten der Gemeinden VI. 46. VIII. 19. 45. 47.  
 Auflassung, gerichtliche I. 140. in Braunschweig II. 110. 156. in Helmstedt II. 177. III. 185. städtischer Grundstücke III. 220. gerichtliche VI. 59. VII. 37.  
 Aufnahme der Ausländer und Fremden II. 244. 247. folg. veranmter Personen III. 368.  
 Aufräumungskosten des Brandschuttes II. 43.  
 Aufrufsgebühren in Untersuchungsachen I. 114.  
 Aufrubr. Bestrafung II. 44.  
 Aufsicht über das verkaufte Holz III. 98.  
 Aufsichtsbehörden über Beamte der gerichtlichen Polizei VII. 20.  
 Aufsichtsgelder, Forst-, III. 65.  
 Aufsichtsrath des Obergerichts VIII. 25. 118.  
 Aufwartungsgebühren in Untersuchungsachen III. 183.  
 Au porteur lautende Obligationen, Gebühren für Aukercours-Erklärung IV. 85. Aukercours-Erklärung von Gemeinden zugehörnde VIII. 62.  
 Ausbesserung der an fremden Orten gefertigten Arbeiten I. 131.  
 Auseinandersetzung der Prediger III. 252. IV. 146. Gebühren dafür IV. 162.  
 Auseinandersetzungsnachweis des Gemeinde- und Gemeinheitsvermögens VII. 52.  
 Ausfuhr von Waffen I. 344.  
 Ausgaben, Landes- I. 252. der Cammer- und Klosterrechnungsführer III. 44. der Kirchen VII. 85.

Ausgangsabgaben IV. 243.  
 Ausgangspass bei Durchgangswaren III. 3.  
 Ausgesetztes Kind I. 212.  
 Ausgetretene Militairpflichtige I. 334. VII. 105.  
 Aushebungs-Commission für Pferde zum Kriegsdienste VIII. 195.  
 Aushebungstermin der Militairpflichtigen VII. 105.  
 Ausgewiesene IV. 208. 214. 281. 288. 290.  
 Ausgleichung der öffentlichen Abgaben IV. 244.  
 Auslagen des Gerichts VII. 14. der Beamten III. 186.  
 Ausländer, Bürgerrecht derselben IV. 72. 75. Gewerbeheine für dieselben I. 402. 420. 424. 449. 452. 453. deren Aufnahme in die Gilden VII. 52. verstorbene s. Fremde verstorbene. Aufnahme derselben II. 244. 247. 251. 253. 313. in die Concurren II. 167. Forstwogen derselben III. 79. s. auch Forstfrevler. Verkauf von Holz an selbige III. 251. Ausweisung derselben VI. 139. 152. Aufnahme verhafteter erkrankter in das Armenkrankenhaus VIII. 95.  
 Ausländische Wertmeister bei herrschaftlichen Bauten III. 18. Gemeine-Forsten III. 66.  
 Ausland, Verbrechen in demselben I. 32.  
 Auslegung der Gesetze VI. 33.  
 Auslieferung der Capitalien, Sicherstellung III. 207.  
 Auslieferung der Verbrecher an hannoversche Gerichte II. 59. der preussischen Forstfrevler III. 171. 172. Vertrag desshalb mit Preußen und andern Staaten des deutschen Bundes VIII. 86. Bundesbeschluss desshalb VIII. 86. Convention mit Preußen VIII. 278.

Ausmauerung der Begräbnisse III. 277. VIII. 140. 141.  
 Auswurf der Landschaft I. 248. 249. Function III. 283. 286. 291. Präsident III. 286. der Landesabgeordneten VII. 98.  
 Außerordentliche Vorfälle V. 23. Berichte desshalb I. 159. 380.  
 Autorenrechte VI. 13. VII. 12.  
 Autorisation behuf Entwässerung der Grundstücke VII. 90.  
 Auspahn V. 66. bei den Bauern in Braunschweig II. 237.  
 Auspielen, lotteriemäßig V. 105.  
 Auspfindung VII. 13.  
 Austrägalinstanz IV. 114.  
 Auswanderung IV. 310. III. 284. VI. 12. Militairpflichtiger VII. 106. VIII. 6. 207. Emigrations-Consens II. 251. Bedingungen VIII. 6. Geschäftsführung zur Förderung derselben VIII. 7.  
 Auswärtige, Aufnahme IV. 212. II. 244. 247. 313. Fabricate II. 113. 114. 120. Gemeindeförsten III. 66. Subscribentensammler III. 239. Verhältnisse, III. 284. Verstorbene, deren Eintragung in das Kirchenbuch I. 217.  
 Autorisation zu Executionen II. 263. 265. 267.  
 Außercoursetzung des Papiergeldes VII. 7.  
 Ausweichen der Fuhrleute I. 388.  
 Ausweisung der Weide III. 123. nach der Subhastation III. 232.  
 Auszüge aus Kirchenbüchern V. 88. I. 223. II. 225.  
 Auszüge aus den Cantonrollen I. 325.  
 Auszuweisende VII. 28. 111. 112.

## B.

Bachhäuser-Gemeinde I. 359. 363. 368. Verpachtung s. Gemeinde-Güter. Wohnung dabei III. 333. 334.  
 Backöfen I. 359. VI. 142. VII. 123.  
 Baden, Beitritt zum Passkardendevote VII. 112. Ueberkunft wegen der Leichenwäffe VIII. 225.  
 Badenhausen, Steueramt VIII. 297.  
 Bäcker, Gemeinde- I. 308. V. 60. Gewerbebefugniß V. 61. Geschicklichkeitsprobe III. 179. Tagelöhner desselbst III. 180. 196. Handel mit Brot III. 179. Feilbäckerei IV. 99. Weizenhandel IV. 257.  
 Bäckerwaren. Hausiren damit IV. 99. 103.  
 Bäuerliche Erbtheilungen IV. 305.  
 Bäuerliche Grundstücke V. 1.  
 Bahnamt VIII. 227.  
 Bahnhofgrundstücke, Veräußerung VI. 89. vor Wolfenbüttel. Beilegung zum Stadtbezirke VIII. 66.  
 Bahnpolizei VII. 30.  
 Bayerische Postordnung V. 128.  
 Bajonette, Ziehen derselben I. 284.  
 Bank, braunschweigische, Rechtsverhältnisse zum Leihhause VIII. 7. 8. Bestätigung für dieselbe VIII. 8. Rechtsverhältnis zur Leihhausanstalt VIII. 188.  
 Bankerotte I. 234. Untersuchung desshalb II. 50. IV. 14. V. 60. VII. 141. Erklärung und Ergänzung der Verordnung, die Bankerotte betreffend VIII. 87.  
 Bankheine IV. 12. V. 6. VI. 55. VII. 7. VIII. 7.

Form der Notizen der braunschw. Bank VIII. 8.  
 Bankzettel IV. 166. der Leihhaus-Anstalt VIII. 189.  
 Banquiers, Personalsteuer derselben IV. 243.  
 Baptisten VII. 88. Verweigerung der Taufen VIII. 143. 144. 177. 178.  
 Barbiergerechtigkeit in Wolfenbüttel, Immobilienrechte VIII. 53.  
 Barnstorf, Zulegung eines Ackerstücks vom Gemeindebezirke Watenstedt VIII. 67.  
 Barnsteine, Größe derselben II. 246.  
 Bauanschlüsse II. 64. III. 11. II. 80. II. 90. s. auch Bauweise.  
 Bauarbeiten, Verdingung derselben III. 17. ausländische Wertmeister dabei III. 18.  
 Bauart der Dörfer I. 355. 359. 364.  
 Baubediente III. 11. Diäten wegen Prüfung der Meisterrückstände II. 120. Beordnung der Bauten geistlicher Gebäude III. 20. 116. 183. Zahlungsanweisung für dieselben III. 19. Diäten III. 11. 20. Ueberweisung von Forststrafen III. 164.  
 Baubefichtigungen III. 16. 107. 153.  
 Baubeamte, Diäten IV. 13. 14.  
 Baucasse III. 11. Berechnung der Dienste IV. 13.  
 Bauden, Privilegium VIII. 238.  
 Baudirection III. 11. IV. 263. VII. 30. Proceß derselben IV. 12. 123. 163. V. 6. VII. 30.



Baubouceure I. 12. 254.  
 Bauen I. 355. 359. 364. 370. 374. folg. abgebrannter Orte u. Häuser III. 12. 18. der Holzberechtigten III. 129. Bauirection III. 8. Geschäftsgang III. 16.  
 Bau-Entreprise II. 113.  
 Bauerhöfe I. 171. IV. 131. Uebertragung derselben I. 161. Abtheilung dafür in den Hypothekenbüchern III. 205. Land derselben auf städtischer Feldmark IV. 305. bei Erbtheilungen IV. 305. Bebauung V. 128. Combination derselben VI. 98. Brandversicherung derselben VII. 11. wüste, Vereinigung in einer Land VIII. 44. Veräußerung von Pertinenzien VIII. 51.  
 Bauern, Bestätigung der Verträge derselben I. 156. 158. II. 155. Ausspann derselben in Braunschweig II. 237.  
 Bauergrüder VII. 36.  
 Bauerrechtliche Erbtheilungen III. 206.  
 Bauerrecht IV. 305. VIII. 41.  
 Baufach, Geschäftsgang III. 16.  
 Baugelder der Pächter, deren Verwendung III. 16. 62.  
 Bauhandwerker I. 35. Lohn derselben I. 348. Prüfung IV. 105.  
 Bauforderungen IV. 12. 52. 261.  
 Bauholzverwilligung IV. 60. Anforderung 62. Revision IV. 62. 64. Bedarf-Ablösung VII. 5. Berechtigte VII. 36.  
 Bauholzansforderung I. 66. 85. 362. II. 84. 88. 90. 102. Etats I. 69.  
 Bauholzanschläge III. 19. 107. 153. Revision derselben I. 85. III. 16. 19. 21. 107. 129. 153. Verkauf und Abgabe III. 119. III. 132.  
 Bau- und Kugholz-Gesuche II. 81. Absonderung III. 67. Bauung und Abfahren 88. Etats 126. 177. Verabfolgung ohne Verwilligung III. 131. 136.  
 Bauintpector-Cammer III. 16.  
 Baukosten, Verwilligung III. 11. Zahlung durch Gemeinde-, Kirchen- und sonstige Rechnungsführer III. 11 der Domänen während der westphälischen Occupation III. 40.  
 Baulebung I. 425.  
 Baulichkeiten an Kirchen I. 183. der Försterwohnungen III. 82. 162. 177.  
 Baulichkeiten an Pfarrgebäuden IV. 109. 147. 151.  
 Baualöhne I. 349.  
 Baumaterialien, Abschleppen derselben I. 349. Anweisung derselben III. 11. unentgeltliche Verabfolgung an die Bauofficianten III. 131. 136.  
 Baumöl VII. 153.  
 Baumschulen, Obst- II. 242. III. 337.  
 Bauofficianten, Instruction derselben IV. 264. Diäten in Gemeinde-Angelegenheiten I. 100. III. 11. bei Bauten geistlicher Gebäude III. 20. Ausfertigung der Atteste bei Baurechnungen der Domänenpächter III. 29. Zahlungsanweisung für dieselben III. 19. Baurevision derselben III. 126.  
 Baupläne zu geistlichen Gebäuden IV. 163. Anfertigung derselben II. 43.  
 Baurevision II. 43.  
 Baurevisionsprotocolle III. 153.  
 Bauriffe und Anschläge I. 350. 355. 359. 370. III.

15. Genehmigung derselben I. 355. 370. 374. folg. geistlicher Gebäude I. 385. Anfertigung derselben II. 43. 235. Einsegnung derselben II. 237. wegen Neubauten II. 241. Belohnung dafür III. 20.  
 Baufummen, Verwilligung III. 11.  
 Bauten geistlicher Gebäude IV. 163.  
 Bauten, herrschaftliche, Caution desshalb II. 211. öffentliche II. 62. Einreichung der Berichte II. 241. Revision derselben II. 252. Kosten desshalb II. 253. der Kirchen in Braunschweig II. 195. Gemeinde- III. 11. der geistlichen Gebäude III. 15. von Pise III. 18. an geistlichen Gebäuden III. 183.  
 Bauten, herrschaftliche V. 6. an Chausseen V. 122.  
 Bauverding-Contraste III. 17. 240.  
 Bauverwaltung II. 62.  
 Bauvorschlüge III. 10. 17.  
 Bauwesen, Aufsicht darüber I. 179. 359.  
 Beamte, Administrationsbehörden IV. 131. Justiz-Vertheilung der Geschäfte V. 119. IV. 113. Stadt- IV. 73. Behinderung derselben I. 170. Gerichtsstand I. 155. Prüfung I. 157. städtische I. 345. Mitglieder der Schulcommission I. 206. Beleidigung derselben II. 44. Verantwortlichkeit III. 25. Caution, Verabschiedung, Urlaub, Gehalt, Bestrafung III. 25. 26. der Stände-Versammlung III. 289. VII. 100. Auslagen derselben in gerichtlichen Angelegenheiten III. 186. Beforgung der Bauangelegenheiten geistlicher Gebäude III. 183. Beleidigung derselben VI. 107. Einsegnungen, dienstliche, deren Adressirung VI. 118. Reise- Transport- und Zehrungskosten VI. 49. Befugniß zu Verhaftungen und Hausdurchsuchungen VII. 19. der gerichtlichen Polizei VII. 19. Beerdigungen derselben VII. 19. 38. Gerichtsstand der bei den Stadt- und Amtsgerichten angestellten VIII. 89. Zeit der Vorschläge zu Beförderungen und Zulagen VIII. 90. Stellung der bei den Stadt- und Amtsgerichten fungirenden zu den Kreisgerichts-Directoren VIII. 101. 102. Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt, Theilnahme der Prediger VIII. 136.  
 Beauché, Privilegium VIII. 236.  
 Beauftragung der Districtsgerichte I. 153.  
 Bedarf des Landes III. 287.  
 Bedemund, Beibringung desselben I. 240. Gebühren dafür I. 374. s. auch Trauscheine.  
 Bedingungen bei gerichtlichen Verkäufen VI. 105.  
 Beerdigung der Staatsdiener VII. 19. 38. der Soldaten I. 289. der Zeugen in Untersuchungsachen I. 20. der Aerzte über ihr Gutachten II. 53. der Maurermeister II. 244.  
 Beerdigung, zu frühe I. 238. der Todten II. 194. stille III. 256. unzeitige IV. 141. 149. 209. 210. außer dem Kirchhofe IV. 141. Todtgeborne IV. 162.  
 Beerdigungskosten unbekannter Leichen IV. 47. der Selbstmörder VIII. 131. 132. 133. Neben dabei an den Gräbern nur den Geistlichen erlaubt VIII. 137.  
 Beförderungen und Zulagen der Gerichtsbeamten, Zeitpunkt der dieselhalb vom Herzöglichen Obergerichte zu machenden Vorschläge VIII. 90.

- Beförderungsgesuche IV. 117.  
 Befreiung vom Militair I. 275. 316. 317. 324. von Steuern, Aufhebung derselben I. 252. eines Verbrechens VI. 32. der Contracte Herzoglicher Cammer über Grundstücke von Beiträgen zur Armen- und Wegebesorgungscasse VIII. 54.  
 Befristung bei der Steuereinzahlung II. 263. VI. 146. bei Domanialgefällen III. 50.  
 Beglaubigung der Abschriften I. 155. der Unterschriften II. 164.  
 Begnadigungsgesuch II. 154. VI. 38. Wirkung desselben IV. 48. Verichte darauf V. 18.  
 Begnadigungsrecht III. 287. Ausübung VIII. 34. 35.  
 Begraben der Leichen nach der Reihe III. 277. Lebendige III. 297. 298.  
 Begrabene, Eintragung in das Kirchenbuch I. 217.  
 Begräbnisse in Waisenbützel VI. 122.  
 Begräbnisplätze II. 194. VII. 82. Befriedigung und Ausmauerung III. 277.  
 Behandigungsurkunde ist stets zu den Acten zuzugeben VIII. 16. 22. 23.  
 Behrbergen der in Braunschweig ausspannenden Bauern II. 237.  
 Behörden und Anstalten, sportelfreie, Erhebung der Gerichtsnebengebühren VIII. 88. 101.  
 Behügel der gepflanzten Heister III. 90.  
 Beihilfe zur Befreiung von Gefangenen VI. 32.  
 Beirreitung der herrschaftlichen Intraden I. 404. 415. 419. 428.  
 Beilagen zu den Braunschw. Anzeigen IV. 213.  
 Beiträge, Sammeln zu Unterstützungen IV. 186.  
 Bekanntmachung der Urtheile gegen Militairpersonen I. 295. 303. 389. 402. von Administrationsbehörden durch die Verordnungs-Samm. III. 356.  
 Bekleidung unvermögender Sträflinge VII. 134.  
 Beköstigung der einquartierten Militairpersonen III. 317.  
 Belege zur Büchsenpennigcassen-Rechnung III. 95. 115. zu der Forstrechnung III. 132. 136.  
 Bekleidung der Soldaten I. 284. 300. 306. 310. 311. der Staatsbehörden I. 169. der Gerichte III. 233. der Obrigkeit VI. 34. mehr von einer Person gegen mehrere VI. 38.  
 Belgien, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag VII. 54.  
 Belohnungen der Fusaren und Fußjäger, wegen besonderer Thätigkeit I. 306. 329. wegen Anzeige von Brandstiftungen II. 57. wegen Fressendieberei II. 58.  
 Beneficium inventorii II. 163.  
 Beneficialerben IV. 133.  
 Bentierode, Aufhebung des Gemeindeverbandes mit Rimmerode VIII. 66.  
 Bentink, gräfliche Familie, Zuerkennung der Rechte des hohen Adels VIII. 45.  
 Benutzung fremden Eigenthums V. 19.  
 Berechnung in Holzablosungssachen VII. 5.  
 Berichtigungen, Real-Aufnahme in's Hypothekenbuch VI. 63.  
 Bergarbeiter, Arrestation auf deren Lohn IV. 120. Vorladung derselben I. 169. Execution gegen dieselben VI. 107.  
 Bergbau IV. 14. Aufsicht darüber I. 179. auf Steins- und Braunkohlen I. 256. Berg- und Güttenwesen VIII. 73. 74.  
 Berg-Hausbalt, Communion-, Abgabe des Holzes an denselben III. 91.  
 Berg- und Gütten-Leute, Citation derselben II. 157.  
 Bergfeld, Reviervorsterwohnung, Vereinigung mit Kübeland VIII. 67.  
 Bergverordnete, accisefreie II. 9.  
 Berkingsche Windmühle, Beilegung zum Gemeindegemeinthe Burgdorf VII. 68.  
 Verichte, Anführen der Brandversicherungsnummer in denselben I. 351. wegen außerordentlicher Vorfälle I. 159. 380. auf Supplik I. 465. wegen Remissionen I. 431. 446. 458. wegen Gewerbesteuer I. 439. in Steuer-, Accise-, Weggeld- und Stempelsteuer-sachen I. 444. wegen Ablieferung der Depositenfelder II. 158. wegen Brandschäden, Angabe der Mobilienversicherung II. 254. Einrichtung derselben II. 234. in Forst-sachen III. 271. Unterscheiden des Namens der Referenten III. 350. in Gewerbe- und Wils-sachen III. 196. in Official-sachen, stempelfrei III. 340. an das Herzogl. Finanzcollegium VI. 43. an das Herzogl. Consistorium VI. 123. in Ehe-scheidungs-sachen IV. 90. in Vormundschafts-sachen IV. 80.  
 Berliner Scheffel IV. 177. Gemäß 177.  
 Berlinische Feuerversicherungs-Anstalt, Zulassung zur Geschäftsführung in Braunschweig VIII. 11.  
 Berkelmannsche Stiftung in Braunschweig VIII. 232.  
 Berufung in Civil-sachen I. 142. 143. 144. VII. 13. in Criminal-sachen I. 146. vom Consistorio I. 294. in Verwaltungs-sachen I. 142. 343. der Landtschaft III. 283. 291. in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit V. 67. f. auch Appellation, Rechtsmittel beim Oberappellationsgerichte IV. 115. Beschwerdepunkte, Notivirung VIII. 14.  
 Beschädigung öffentlicher Anpflanzungen I. 1. der Helmsiedler Wallpromenade III. 3.  
 Beschäler I. 341.  
 Bescheide in vim publicati II. 161. Auslösung derselben III. 217.  
 Bescheinigungen aus den Kirchenbüchern I. 223. für geleistete Forststrafarbeit III. 118.  
 Beschlagnahmung in Accise-Defraudations-sachen II. 27.  
 Beschlagnahme VII. 20. des Vermögens ausgetretener Militairpflichtiger VIII. 264.  
 Beschlüsse der Landtschaft III. 290.  
 Beschuldigte, Vernehmung derselben VII. 142.  
 Beschluß-Etat. Bild. III. 162.  
 Beschwerden, Recht derselben III. 284. in Verwaltungsangelegenheiten I. 142. 343. außergerichtliche V. 70.  
 Beschwerungs-scheine, Unterliegung derselben III. 205.  
 Besen zum Schornsteinfegen IV. 209.  
 Besen, Verkauf IV. 56.  
 Besiegelung der Anlagen IV. 87. gerichtlicher Ausfertigungen IV. 213. der Hypothekenscheine III. 205.

- Besichtigung der Feuerstellen, Gebühren das. III. 337.  
 Besserungsanstalten IV. 14. 15. 170. V. 7. VI. 12. VII. 7. 8. 9. 10. Gesundheitszustand der Ger-  
 rigenen IV. 25. Militairpflicht derselben IV. 25.  
 Kosten der Unterhaltung IV. 25. Trunkgelder IV. 25.  
 Besitz, jüngster I. 152. Räumung, vertragsmäßige,  
 Stempel VIII. 55.  
 Besitzthum VII. 91.  
 Besitztitel IV. 87. VI. 61. 63. 68. 72. 83. 113.  
 Bestätigung der Contracte V. 71. 79. VI. 81. 113.  
 der Ablösungscontracte IV. 7. V. 3. und Gemein-  
 heitstheilungs-Recess IV. 83. VI. 81. bauerlicher  
 Contracte I. 156. 158. II. 175. 177. 178. III. 216.  
 219. IV. 129. im Substitutionsverfahren IV. 139.  
 der Contracte über Erbenzinsgrundstücke III. 38.  
 der Contracte in den Städten III. 213. 215. 220.  
 Besteuerung innerer Erzeugnisse, Uebereinkunft dess-  
 halb mit Preußen VIII. 291. von Wein und La-  
 bad VIII. 291.  
 Bestrafung wegen Beleidigung des Polizeimilitairs  
 I. 300. der Soldaten I. 280. folg. 290. wegen  
 nicht militairischer Vergehen I. 297. der Contra-  
 ventionen gegen die Begeordnung und Gesetze über  
 Schauffeegelderhebung VI. 38.  
 Bettfedern, Reinigungsmaschine VII. 123.  
 Betriebssets für herrschaftliche Forsten, Instruc-  
 tion desshalb III. 138.  
 Betriebsordnung der Eisenbahncommission V. 42.  
 Betrug VI. 41. Bestrafung des Versuchs einfachen  
 VIII. 31.  
 Bettstuden, Abhaltung derselben in den Kirchen  
 VIII. 162. 163.  
 Bettstube I. 2. 351. III. 4. III. 332. der Gesellen I.  
 130. II. 232.  
 Beurkaufte Soldaten, Gerichtsstand derselben I.  
 280. Einberufung derselben I. 301. franke I. 302.  
 Bestrafung und Proceß derf. III. 323.  
 Bewern, Correctionsanstalt IV. 14. 15. 169. VI. 12.  
 VII. 7. 8. 9. 10. Militairpflicht der daselbst deti-  
 nirt gewesenen IV. 191. 310.  
 Bevölkering, Zählung VIII. 281.  
 Bevollmächtigung der Anwälte VII. 14. in Cam-  
 merproceßten I. 159. der Registratoren und Proto-  
 collführer bei den Amts- und Stadtrichtern zur  
 Vertretung der Parteien, unzulässig VIII. 27.  
 Beweis durch Zeugen, Antretung I. 157. zum ewigen  
 Gedächtniß VII. 13.  
 Beweismittel behuf Befreiung vom Militair I. 324.  
 Beweisverfahren I. 142. VII. 13.  
 Beziehung der Forstgrenze III. 95. 111. 147.  
 Bibelgesellschaften I. 12.  
 Bibliothek der Landschaft, öffentliche III. 284. in  
 Wolfenbüttel IV. 169.  
 Bienenzucht III. 337.  
 Bier, billige Preise desselben I. 255. Lagerung des-  
 selben III. 296. Besteuerung desselben IV. 239.  
 Bieraccise im Braunschweig und Wolfenbüttel II.  
 34. Vertrag mit Preußen zc., wegen freien Ver-  
 kehrs damit VIII. 291.  
 Bier- und Brauntweinhandel nicht für Hoken zc. III.  
 187.  
 Biermalzaccise IV. 243.  
 Biertonne im Amtsbezirke Calvörde IV. 177.  
 Bigamie I. 285.  
 Bilderverke, Nachbildung derselben VI. 14.  
 Bildungsanstalten IV. 169.  
 Birkenhalsche Mühle, Aufhebung des Gemeinde-  
 bezirks mit Heimburg und Begründung des Ge-  
 meindebezirks Michaelstein VIII. 67.  
 Bittschriften von Gemeinden IV. 37. Anfertigung  
 derselben II. 304. VII. 116. Recht der Landschaft  
 solche anzunehmen III. 280. 286. einzelner Cor-  
 porationen III. 290.  
 Blankenburg, Anwendung des Forststrafdirectorii  
 in Rücksicht des Kiebbholzes II. 81. Erbenszins  
 bei Sterbefällen II. 156. Contributionsfuß III.  
 357. Kranken- und Sterbecasse VI. 134. Klein-  
 kinderbewahranstalt VII. 123. Schützengesellschaft  
 VIII. 233.  
 Blankerts zur Anweisung der Holzverkäufe III. 161.  
 zu Holzabgaben III. 163.  
 Blauer Montag VII. 54. I. 130.  
 Blasiusstift I. 254. Verwaltung der Güter I. 181.  
 Blattern, Verfahren bei deren Ausbruche IV. 179.  
 Kosten desshalb IV. 182. Zuspung I. 382. 331.  
 Epidemie II. 213.  
 Bleckpappen in den Cassen nicht anzunehmen I.  
 337.  
 Blechwaaren, Anmalen derselben II. 115. 116.  
 lackirte, Handel damit III. 193.  
 Blindeninstitut IV. 185.  
 Bligableiter auf den Kirchthürmen II. 42.  
 Blöche, sichte, Versteigerung derf. III. 131.  
 Blume und Reuter, Privilegium VIII. 236.  
 Boden, Kirchen, Vermietbung III. 266.  
 Bodenbung, Gerichtstage daselbst VII. 62.  
 Bodenwerder'sches Stadtfeld VII. 49. Uebergangs-  
 straße VIII. 296.  
 Börßum, Bahn- und Post-Expedition VIII. 229.  
 Uebergangsstraße VIII. 307.  
 Böttcherholz, sichte, Abgabe desselben III. 165.  
 Bohlen zu Schweinföven u. Kuchfäßen III. 126. 151.  
 Bonitirung der Känderei IV. 4. 255.  
 Bordelle III. 331.  
 Bornholtsche Stiftung VII. 124.  
 Boten in Forstangelegenheiten III. 76. Löhne derf.  
 III. 171.  
 Botengänger VI. 100. 224.  
 Bradensieder Mühle VII. 49.  
 Brand im Walde II. 235.  
 Brandbeschädigung, Kosten desshalb II. 241. Re-  
 mission desshalb II. 233. herrschaftlicher Gebäude  
 VI. 13.  
 Brandbriefe II. 44.  
 Brandcassenbeiträge III. 22.  
 Brandschaden I. 12. 13. II. 41. VII. 11. Taxation  
 43. Belohnung wegen der Anzeige der Anstiftung  
 II. 57. Kosten II. 241. Anzeige II. 41. Aufräu-  
 mungskosten II. 43.  
 Brandschutt, Aufräumungskosten II. 43.  
 Brandstiftung I. 285. VI. 28. IV. 25. 27. V. 10.  
 VI. 13. VII. 11.

- Brandversicherung I. 12. III. 21. VIII. 10. Taxation  
dieserhalb I. 303. zu hohe II. 42. Absehung des  
Bauholzwerthes der Bauholzberechtigten III. 19.  
Revision der Gebäudetaxen III. 21. in den Städten  
II. 42.
- Brandversicherungsangelegenheit, Sporteln in  
denselben I. 129.
- Brandversicherungsanstalt, Direction über diese  
248. II. 42. Mitwirkung der Bauirection III. 11.  
21. Erhöhung der Gebäudetaxen III. 21. Herab-  
setzung III. 22. Aufnahme der geistlichen Gebäude  
III. 22.
- Brandversicherungsgelder, Einsammlung dersel-  
ben I. 342. Vorstöße IV. 27. 30. Berichte dessel-  
ben IV. 29. Taxation IV. 29. 33. Anmeldung  
IV. 30. 31. Cataster IV. 30. 31. Continuation  
IV. 31. 33. 34. Absehung der Versicherungssumme  
IV. 33. Verlegung der Gebäude IV. 33. Entschä-  
digungsgelder, Verwendung IV. 32. 33. Höhe der  
Beiträge VIII. 10. Feststellung nach dem neuen  
Münzfuß VIII. 10.
- Brandversicherung, auswärtige IV. 26. 31. An-  
meldung 30. 32. Taxationsgebühren V. 11. Ver-  
einfachung des Geschäftsganges II. 15. der Baur-  
höfe V. 29. Bedingung der Zulassung auswärtiger  
Gesellschaften VIII. 10.
- Brandversicherungsnummer in den Berichten an-  
zuführen I. 351. Beibehaltung derselben bei Er-  
richtung der Hofgebäude auf neuen Plätzen VIII. 12.
- Braunwein, Veraccisierung 303. 304. 412. 413. II.  
3. 30. Besteuerung IV. 233. 237. 238. 242. VII.  
152. 154. auf den Domainen, Gewerbesteuer da-  
von VI. 148. Herstellung durch Vermischung des  
Spiritus mit Wasser VIII. 75. 76. Befugniß zum  
Handel damit VIII. 78. Steuervergütung für aus-  
geführten inländischen VIII. 295. Steuer, Fest-  
stellung VIII. 297. Steuervergütung VIII. 298.  
Herstellung der Binnencontroale in Hannover VIII.  
298. einstweilige Aufhebung der Steuervergütung  
VIII. 300. 307. Besteuerung des inländischen, De-  
claration VIII. 308. Steuervergütung für aus-  
geführten inländischen VIII. 312. 314.
- Braunweinbrennen, Beschänkung desselben I. 256.  
der Domainenpächter III. 38.
- Braunweinbrenner, Accise-Vergütung II. 3. Ge-  
brauch von Braunkohlen und Torf III. 334. Ge-  
werbeschein zum Verkauf im Kleinen III. 338.  
Concessionsgebühren V. 63. Anlegung von Kalz-  
quetschmaschinen VIII. 76.
- Braunweinbrennereien, Anlegung derselben IV.  
105. Braunweinhandel der Krüger V. 62. auf  
dem Lande I. 426. nicht von Hoken III. 187. von  
Kaufleuten III. 189. Besteuerung im Amte The-  
dinghausen VIII. 293.
- Brantweinverkauf I. 14. von den Braunweinbren-  
nern in kleinen Quantitäten III. 197.
- Brauaccise II. 29.
- Brauen für Domainenpächter III. 38. VI. 148.
- Brauer IV. 242. verarmte in Wolsenbüttel IV. 186.  
in Braunschweig, Ausspannen bei denselben II.  
237. Verkauf des Biers in kleinen Quantitäten  
Bege's Repert. VIII. Th.
- III. 197. Gewerbeschein zum Verkauf im Kleinen  
III. 358.
- Brauer, Reihe II. 121. III. 334.
- Braunkohlen, Bau darauf I. 256. von den Braun-  
weinbrennern zu gebrauchen III. 334 IV. 142. VII.  
123.
- Braunschweig, Stadtgerichte II. 161. IV. 43. VII.  
37. Verhältniß zu der Landesregierung IV. 74.  
Gebiet der Stadt IV. 215. Instruction für die  
Provisoren der Kirchen und milden Stiftungen  
IV. 153. Güter und Inreden der IV. 170. Ab-  
gaben IV. 239. 243. 245. Wahlbezirke für die  
Stadtverordneten V. 49. Armenanstalt I. 3. Accise  
II. 1. 3. Accise-Declarationsscheine II. 6. 9. Brau-  
accise daselbst II. 29. Wahlaccise II. 34. Schlach-  
taccise III. 1. Armengelder von Kaufcontracten III.  
5. Untersuchung und Verfassung der Polizeicon-  
traventionen III. 33. VI. 21. Aufficht über die  
geistlichen Stiftungen III. 270. Insinuationsge-  
bühren daselbst II. 107. Auflassung, gerichtliche  
I. 156. II. 110. Bestellung der Orphebten VI.  
60. 71. Aufhebung der Bestimmung der Unter-  
gerichtsordnung über Verpflichtung des Käufers  
beim Empfang untauglicher Waaren VIII. 86.  
Beschluss Herzogl. Obergerichts über die verbind-  
liche Kraft des Statuts, das Halten von Hunden  
betreffend VIII. 87. Anstellung eines Registrators  
bei dem Stadtgerichte daselbst VIII. 89. Pachthof  
daselbst, Regulativ VIII. 298.
- Braunschweigische Anzeigen III. 340.
- Braunschweigische Münze, Gerabsehung IV. 206.
- Brautpaare, Eintragung in's Kirchenbuch I. 215.
- Bremen, Beitritt zum Passartenverein VII. 109.
- Bremer Handelsvertrag II. 131. 132. 135. 135. VIII.  
301. folg. Gewerbebetrieb, Erleichterung VIII.  
308.
- Brennholz, Arbeitslohnverhehung dafür III. 107. der  
Schullehrer III. 263.
- Brennholzabgaben VII. 32.
- Brennholzbedarf, Ablösung VII. 5.
- Brennholzfuhren zur Hofstätte II. 186.
- Brennholzverkauf III. 67. Deputate der Geistlichen  
III. 76. für die Einwohner bei Wolsenbüttel III. 84.
- Brennholzrenten VII. 5.
- Brennholzunterstützung IV. 59. 60.
- Breslau, Zulassung der Feuerversicherungsgesellschaft  
daselbst zum Geschäftsbetriebe in der Stadt Braun-  
schweig VIII. 11.
- Briefe auf der Post III. 343. 344. erbrochene III.  
344. unfrankirte Abgabe derselben III. 346.
- Briefgeheimniß III. 343.
- Briefkasten III. 346.
- Briefporto VI. 141. im Oesterreichischen und Preu-  
sischen V. 140. 141.
- Briefpostgewicht III. 344.
- Briefträger III. 344.
- Brieftragen I. 105. in Forstangelegenheiten III. 76.
- Brillen, Verkauf derselben VIII. 73.
- Brinkfeger, Bestätigung der Contracte I. 158. Brenn-  
holzbedarf für dieselben III. 85. Stimmberechtigt  
zur Wahl der Landstände III. 292.

Brinkfischerstellen, Uebertragung derselben I. 161.  
 Brod, Hausiren damit IV. 99. billige Preise desselben I. 255. Handel damit von Gemeindebäckern III. 196. Hausiren damit III. 197. Verkauf desselben II. 116. 122.  
 Brodformunterstützung I. 67. III. 5. Todesfall der Unterstützten II. 36.  
 Bröckeln VI. 152. Gemeindebezirk, Beilegung des Vorwerks Ernestinenthal VIII. 65.  
 Brückengeld IV. 240. nicht zu erhöhen II. 131. von den Herrendiensten III. 356.  
 Brünninghaus, Privilegium VIII. 235.  
 Brunnen, Befriedigung derselben I. 383. auf den Pfarrhöfen, Reparatur derselben III. 277.  
 Brunshausen IV. 281. Gemeindeverwaltung VIII. 68.  
 Buchbinder, Befugniß derselben IV. 100. Gilden III. 190.  
 Buchdrucker, Namenangabe derselben VI. 14. Verlagsrechte derselben VIII. 14.  
 Buchhandel IV. 100. Freiheit desselben VI. 14. Portofreiheit III. 234.  
 Buchhändler, Handelsbücher derselben V. 131. auswärtige, Subscibentensammeln III. 339. Bekanntmachung der Insolvenzen und der gerichtlichen Verkäufe bei denselben VIII. 29. Abgabe von einem Freigemeinde ihrer Verlagswerke an die Bibliothek VIII. 76.  
 Buch über den Viehstand in Braunschweig und Wolfenbüttel III. 1.  
 Büchernachdruck I. 14. III. 23. VI. 13. 14. VIII. 12.

Bücherverbote III. 23. VI. 14. VII. 12. VIII. 12.  
 Büchsenpennigcasse für die Holzbauer III. 83. 128. 129. 130. Gelder III. 86. attestiren der Apothekerrechnungen III. 95. 115. Bezahlung III. 155.  
 Büreaus, Post-, Eröffnung derselben III. 344.  
 Bürgen in Acclise-Defraudations-Sachen II. 4. wegen Steuern IV. 250.  
 Büddestedter Hypothekenbuch VI. 90. 93.  
 Bühring'sche Stiftung zu Braunschweig VIII. 232.  
 Bürgergarde III. 23.  
 Bürger-Hülfs-Cassen-Verein zu Gandersheim VI. 123.  
 Bürgermeister I. 345. 346.  
 Bürgerpflicht zur Unterstützung der Beamten der gerichtlichen Polizei VII. 20.  
 Bürgerrecht II. 248. IV. 72. der Ausländer IV. 75. VII. 43.  
 Bürgerseine, Stempel dazu III. 202.  
 Bürgerwehr VI. 47.  
 Burgdorf, Beilegung der Berking'schen Windmühle zum Gemeindebezirk VIII. 68.  
 Bund, deutscher, dessen Beschlüsse III. 36. zum Schutze litterarischen Eigenthums VIII. 12. 13.  
 Bundestag IV. 35.  
 Bundestagsbeschlüsse wegen des Militärs I. 273.  
 Bundestagsgesandtschaft, heftige Circularnote an dieselbe IV. 134.  
 Bundeschiedsgericht VII. 28.  
 Bundestruppen, Gerichtsstand derselben VII. 28.  
 Burgberg VI. 152.

## C.

Cadaver, Ablieferung an die Anatomie II. 58. 58. III. 296. IV. 44. V. 106. Transport V. 108. Kosten V. 108.  
 Calvörde, Anker- und Biergemälz daselbst IV. 177.  
 Cammermeister IV. 177. Interessentenfort III. 161.  
 Post dahin über Belpke III. 347. Follencasse VI. 134. Schützenverein VII. 124. Verwaltung des Passwesens VIII. 222.  
 Cammann'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 232.  
 Cammerdirectorium, dessen Aufhebung VII. 30. f. Kammer.  
 Cämmerei, Vermögen IV. 72. 73. Cämmerer I. 345.  
 Campen, mit, Contribution und Landschlag daselbst IV. 244.  
 Candidaten, Prüfung derselben I. 157. 182. 391. im Examen nicht bestandene IV. 193. der Rechte VIII. 89. des höhern Schulamts, Berichte über ihren Aufenthalt und ihre Beschäftigung VIII. 137.  
 Cantinen I. 60.  
 Canton-Commission I. 275. folg. Pöbbsius, Consulente dabei I. 316. Entscheidungen derselben I. 318. folg. Kosten II. 218. Diäten IV. 192.  
 Cantonisten, Ertheilung von Pässen an dieselben I. 355. Geirathen derselben I. 279. 331. Loosen I. 277. Gebrechen I. 342. folg. Untersuchung vor dem Nachlosen I. 325. wegen Blattern I. 331. 332. Zurücksetzung derselben I. 317. Untersuchung I. 320.

anderweite Untersuchung vor der Gesundheits-Commission I. 325. Absendung an den Casernenverwalter I. 326. die nicht voll zwei Jahr dienen I. 326. folg. Arretirung der Ausgetretenen I. 334. übergangene I. 320. freiwillige I. 322. Raap I. 323. Beibringung der Atteste behuf der Befreiung I. 324. Vorarbeiten wegen der Aushebung I. 325. Untersuchung der gedrücklichen II. 215. Zurücksetzung II. 217. Betrieb der Seifensiederei kein Befreiungsgrund II. 217. nachträglich zu stellende II. 217. 218. 220. Entlassung derjenigen mit höhern Nummern II. 217. Eintritt der Freiwilligen II. 217. Listen II. 219. 222. Stellvertretung und Nummerntausch II. 220. kranke, Nachsendung derselben II. 220. 227. ausgetretene, Einstellung derselben II. 201. Reisekosten der Kranken III. 222. 227. die sich den höhern Wissenschaften widmen II. 225. 226. 227. Tage der Einstellung II. 227. in Bevern IV. 310. Verheirathung derselben IV. 190. Untersuchung ders. in Braunschweig IV. 193. Krankheit derselben IV. 193. Ungeborfam derselben IV. 193. Stellvertretung IV. 193. im Examen nicht bestandene IV. 193.

Cantonreglement I. 274. Abänderung III. 383.  
 Cantonrollen I. 275. IV. 158. Anfertigung ders. I. 306. Führung derselben I. 318. Anmerkungen I. 319. Nachträge I. 319. zwischen Proclamationen

- und Copulation I. 207. Auszüge daraus I. 325.  
 Kosten derselben I. 327. Vorbereitung zur Recti-  
 fication und Completirung I. 331. Extracte aus  
 den Kirchenbüchern zur Ergänzung ders. II. 225.  
 Cantonfachen der Kreisämter u. Magistrate I. 348.  
 Cantoren, Heranziehung derselben zur Armensteuer  
 III. 8.  
 Canzeln, Ablesen der Verordnungen I. 254.  
 Capelle, Hof-, Spar- und Leihcasse derselben IV.  
 187.  
 Capitale, Ablösungs- IV. 6. 8. 52. der Pupillen IV.  
 136. der öffentlichen Cassen IV. 215. der Kirchen  
 VI. 124. Ausleihung I. 158 der Minderjährigen  
 I. 160. folg. Sicherstellung III. 207. VIII. 114. 115.  
 Carousselhalter IV. 103.  
 Cartelconvention IV. 187. Bundesbeschluss wegen  
 Auslieferung der Deserteure VIII. 45.  
 Cartel mit Hannover I. 272. mit Preußen I. 273.  
 mit Churfürstenthum Hessen I. 273. zwischen den  
 Bundesstaaten III. 317.  
 Caserne, Infanterie- IV. 171.  
 Cassation, der Offiziere I. 287.  
 Cassationshof, VII. 13. 56. 60. rechtliche Wirkung  
 der Entscheidungen desselben VIII. 85.  
 Cassenquittungen VII. 30.  
 Cassel, Requisition an die Gerichte daselbst in Civil-  
 sachen VI. 109.  
 Casse, Büchsenpennitz- s. Büchsenpennig.  
 Cassenmünze I. 332.  
 Cassenwesen III. 63.  
 Cassen, General-, Hofstaats-, Hauptfinanz- IV. 52.  
 Uebergabe derselben IV. 226.  
 Cassenscheine IV. 166.  
 Cassiren älterer Acten IV. 119. VI. 108. der Stem-  
 pel I. 113.  
 Cassirer, Vorladung derselben I. 169.  
 Cassiren der Pferde I. 340. 381.  
 Catechismus, kleiner von Dr. Martin Luther, erklärt  
 von Ernesti, Einführung VIII. 137. 179.  
 Catechismuslehren, Abhaltung derselben VIII. 162.  
 163.  
 Catechumenen, Schulgeld der Dispenfirten III. 272.  
 Dispensation derselben III. 273.  
 Cautelar-Clauseln II. 174.  
 Caution, wegen der Sportelrechnung I. 122. in Cri-  
 minalsachen V. 39. wegen Herausgabe periodischer  
 Druckschriften VIII. 12.  
 Cautionseinstellungen, Zinsen I. 245. von Unter-  
 nehmern herrschaftlicher Bauten II. 111. III. 21.  
 der Staatsdiener III. 25. der Domainenpächter  
 III. 38. der Eisenhändler III. 47.  
 Cautionscapitale, Rückzahlung IV. 166. nicht zu  
 die gerichtlichen Geschäftsübernahmen mit aufzuneh-  
 men VIII. 101.  
 Cautionsgelder aus westphälischer Zeit IV. 171.  
 Cautionsinstrumente, Sportel- u. Stempelgebühr  
 IV. 85.  
 Cautionseistung der Advocaten IV. 117.  
 Cavallerie VII. 105.  
 Censur IV. 35. V. 15. I. 14. III. 23. VI. 14. Ver-  
 legung der Censurgehete I. 169. außerhalb Landes  
 gedruckter religiöser Schriften der Landeseinwohner  
 III. 24. Hofjachen, Staatsangelegenheiten betref-  
 fend III. 24.  
 Centralgewalt Deutschlands VI. 57.  
 Certificate, Reise-, Ursprungs- II. 33.  
 Cession der Forderungen I. 140. II. 149. 151. VI.  
 79. Eintragung derselben II. 151. der Hypothek-  
 forderungen Sr. Sobelt oder der Domainen zc.  
 Eintragung für unrechtmäßige Besitzer III. 205. der  
 Ablösungscapitale IV. 8.  
 Chauffeeanlagen, Abtretung von Grundstücken dazu  
 I. 256. 467. IV. 261.  
 Chauffeebau I. 245. Kosten desselben I. 252. Ver-  
 bindlichkeit der Häuslinge dazu I. 469. Veran-  
 schlagung III. 11. V. 122.  
 Chauffeegehalt IV. 261. 263. VII. 151. 152. der Pre-  
 diger und Förster auf Amtreisen IV. 276. Con-  
 tract desselben, Ablieferung der Strafen I. 468.  
 Bezahlung desselben in Officialgeschäften I. 469.  
 Freipässe I. 470. Erhebung III. 11. Befreiung III.  
 365. auf der Hilsstraße III. 365. Tarif I. 253.  
 von Wagen mit breiten Rädern I. 468. nicht zu  
 erhöhen II. 131. Aufsicht II. 284. 291. Freiheit  
 II. 308. Verrechnung IV. 276. 277.  
 Chauffeegehaldeinnehmer, Vorladung derselben I.  
 170. Instruction II. 307. Frevel, Aufsicht des Po-  
 lizeimilitärs II. 311.  
 Chauffeepolizeivergehen I. 470.  
 Chirurgen, Aufsicht über dieselben I. 339. Zuziehung  
 bei armen Kranken I. 349. Concession I. 136. 453.  
 Befugniß VI. 133. Gehalt V. 106. Remuneration  
 V. 107. beim Militair VII. 105. Belohnung für  
 Rettung Verunglückter II. 209. Curen derselben  
 II. 212. Liquidation der Kosten armer Kranker  
 s. Pöblici.  
 Chloroform VI. 134.  
 Cholera III. 295. 301. Grundsatz der Ausbringung  
 der Kosten III. 299. 300. 301. 302. Bestrafung  
 der Vergehen gegen die zur Abwendung derselben  
 erlassenen Vorschriften III. 26.  
 Choralbuch III. 280.  
 Christliche Confession III. 287.  
 Cichoriendarren, Feuerversicherung ders. V. 256.  
 Cichorienkaffee, Zoll davon II. 321.  
 Citation, der Militairpflichtigen IV. 189. der Par-  
 teien in Person IV. 127. Cistral- von Aemtern  
 und Stadtgerichten VI. 101. der Grenzfeuer-  
 wehr VI. 157. zu Terminen I. 163. schriftliche in  
 Criminalsachen III. 183. der Berg- und Pütten-  
 leute II. 157. der Realgläubiger II. 166.  
 Civilbedienten- Wittwen- u. Pensionscasse I. 253. 473.  
 Civilgerichte, Competenz derselben bei Verbrechen  
 und Vergehen der Militairpersonen VIII. 197.  
 Civilgesetzbuch I. 248.  
 Civilgesetzgebung I. 248.  
 Civilproceß, Civilproceß-Ordnung VII. 12. Abge-  
 kürztes Verfahren VIII. 15.  
 Civil-Staatsdienst III. 25. 287. IV. 36. V. 16.  
 VII. 18. Gesetz über denselben III. 283.  
 Civilstands-Register, Anführen in den Kirchen-  
 rechnungen IV. 152. Aufnahme derselben I. 208.

- Classifier, deutsche, Herausgabe derselben IV. 49.  
 Claus IV. 281. Gemeindeverwaltung VIII. 68.  
 Clausburggemeinde IV. 281.  
 Coarxfabrication VI. 143.  
 Collecteurs, Lotterie I. 369. V. 104. Beschränkung III. 294.  
 Collegialisches Verfahren im Stadtgerichte Braunschweig VII. 57.  
 Collegium Carolinum, Schüler desselben III. 267.  
 Colloquia mit den nach Braunschweig versetzten Predigern III. 259. bei Versetzung der Prediger VIII. 137.  
 Colonia, Feuerversicherungs-Gesellschaft, Zulassung zum Geschäftsbetriebe in der Stadt Braunschweig VIII. 11.  
 Commissarien, landesfürstliche in der Landschaft III. 289. 290.  
 Commissionaire bei Schließung von Contracten I. 158. 437.  
 Commissionen, landschaftliche I. 250. 251. III. 289. 290. VII. 100.  
 Commissionsgebühren in Angelegenheiten geistlicher Gebäude I. 116.  
 Commissionsgeschäfte, Gewerbeschein I. 437.  
 Communalsteuer IV. 72. 76. VII. 45. Heranziehung der Actiongesellschaften VIII. 71.  
 Communicationswege IV. 262.  
 Communionsbesitzungen mit Hannover IV. 239. Uebereinkunft mit Hannover, wegen der zu erhebenden indirecten Abgaben VIII. 294.  
 Communions-Berg-Gütern- und Salinen-Haushalt, Abgabe von Holz III. 91.  
 Communionsorte, Militärpflichtigkeit daselbst V. 116.  
 Communions-Pargorsten, Ablösungen VII. 5.  
 Communions-Parggebiete, Jurisdictionsverhältnisse VIII. 108. 117. 118.  
 Competenz der Gerichte VII. 56. 59. 131. 132. VI. 34. 37. 38. I. 44. III. 207. beim Interdictionsverfahren IV. 124. 128. in Concursachen IV. 125. in Criminalsachen VI. 43. 44. 45. 117. in Militäruntersuchungssachen IV. 45. VIII. 197.  
 der Stadtgerichte in Braunschweig IV. 43. in Justizsachen IV. 118. der Gerichte in Civilprocessen I. 141. folg. 142. 144. 155. in Untersuchungssachen I. 152. 153. wegen der Widerklage I. 158. des Braunschw. Districtsgerichts und Stadtgerichts II. 161. wegen Bestrafung der Forst- und Jagdwegen, Steuerdefraudationen und Diebstahl II. 44. der Kreisämter in Untersuchungssachen II. 52. in Rücksicht der freiwilligen Gerichtsbarkeit II. 149. folg. 161. 175. 177. 178. in Civilsachen II. 166. 168. unschätzbarer Gegenstände II. 179. in Injurienachen III. 217. 218. der Ständeverammlung III. 286. der Kreisdirectionen V. 18. in Untersuchungssachen V. 36. gegen das Polizeimilitair V. 24. bei Klagenhäufung V. 80. beim Conat eines Jagdfrevels III. 147. folg. bei politischen Verbrechen VIII. 87. des Criminalsenats des Obergerichts in Strasssachen und der Schwurgerichte VIII. 89. zur Bestellung von Vormündern VIII. 108. 109. 110.  
 Competenzbestimmung beim einfachen Diebstahl I. 32. in Jagd- und Forstfreveln auch Steuer-Contraventions- und ähnlichen Sachen I. 19. wegen anderer Verbrechen I. 20. 32. gerichtliche im Mortificationsverfahren VIII. 20. im Vollstreckungsverfahren VIII. 21. 22. im Mortificationsverfahren VIII. 56. bei Erlassung von Edictalien VIII. 60. 61. 62. hinsichtlich der, wegen verbrecherischer Handlungen, gegen Kinder zu ergreifender polizeilicher Massregeln VIII. 88. zur Bestellung von Vormündern VIII. 119. behuf Verfügung der Vererbung der Selbstmörder VIII. 131. 132. 133.  
 Competenzconflicte III. 287. zwischen Kreisgericht und Amtsgericht VIII. 20.  
 Competenz zu Verriegelungen und Entriegelungen II. 159. 163. f. auch Verriegelungen.  
 Competenzfreitigkeiten VI. 113. 114. 121. Gerichtshof zur Entscheidung derselben VII. 59.  
 Concessionen I. 125. IV. 93. 101. 103. 109. folg. der Apotheker I. 132. für die Leineweber I. 136. II. 121. III. 190. der Krüger und Müller I. 136. II. 121. der Chirurgen I. 136. 453. Abgaben davon I. 253. Legitimation durch dieselbe I. 148. 452. folg. zwei verschiedene für dieselbe Person I. 453. zum Hausiren I. 457. zum Hofen- und Victualienhandel I. 42. 125. Bericht an die Oberhauptleute I. 458. II. 265. Ertheilung derselben zu Wirtschaften II. 262. zu Gewerben II. 118. 120. der Garnhändler III. 121. zum Viehhandel II. 123. Gebühr dafür III. 241. der Handwerker auf dem Lande III. 196. der Kleinhandler auf dem Lande III. 361. für Müller IV. 202. Gewerbetreibende IV. 241. zu Fabrikanlagen, Berücksichtigung des Interesses des Berg- und Hüttenwesens VIII. 73. 74.  
 Concessionisten, Rücksicht der Bücher derselben I. 381.  
 Concurrenz zur Erhaltung billiger Preise I. 347.  
 Concurrs über Rittergüter, Erscheinen in der Landschaft während desselben I. 147. Gebühren IV. 91. Ver- und Entriegelung I. 177. II. 163. Vorzug der Ablösungscapitale IV. 3. Particular II. 167. ausländische Gläubiger als Liquidaten II. 168. Erkenne von Aemtern u. Stadtgerichten VI. 101. Kosten VI. 109.  
 Concursgelder, Belegung beim Leihhause II. 154. Concurskosten I. 159.  
 Concurssprocess II. 168. VII. 13.  
 Concurssmasse, Verwaltung derselben IV. 126.  
 Concurssachen, Competenz IV. 125. 129. VI. 101. VII. 13.  
 Conditoren, Gewerbeschein zum Destilliren I. 450. Befugniß V. 61.  
 Conducteurs der Landes-Deconomie-Commissionen IV. 36.  
 Conduitenlisten über die Gehilfsjäger III. 99.  
 Confirmation der Hypotheken I. 140. der Verträge II. 175. der Verträge der Bauern II. 155. IV. 122. 129. 177. 178. 253. über Erbseninsgrundstücke III. 28. über städtische und bäuerliche Grundstücke III. 213. 215. 216. 219. 220. der Contracte V.

73. 79. VI. 81. 113. VII. 37. der Ablösungsverträge V. 3. und Gemeintheilungsrecessen VI. 81. bei Substationen IV. 139. der Catechumenen I. 186. 199. 206. in Braunschweig III. 253. Geisteschwacher III. 268. IV. 140. 146. 310.
- Confirmationsclausel IV. 87.
- Confirmanden, Alter derselben IV. 147.
- Confirmirte, Eintragung in's Kirchenbuch I. 214. 228. IV. 142.
- Confiscation III. 287. des Vermögens der Deserteure I. 305.
- Confitanten-Verzeichnisse I. 210.
- Confrontation I. 292.
- Conscription, der Ausdruck zu vermeiden II. 214.
- Consens, älterlicher, bei Verheirathung der Kinder I. 235. III. 274. militairischer und obrigkeitlicher I. 240. 283. 286. 192. III. 252. 253. der Meier- und Erbenzinspflichtigen zu Verpfändungen I. 35. 113. IV. 122. zur Veräußerung der Fahrenzinsgüter III. 62. zur Veräußerung von Meier- und Erbenzinsgütern III. 249. zur Verheirathung der Gehilfsjäger III. 182. erbenzinsherrlicher vom Consistorio III. 274.
- Consensgebühren III. 211.
- Conservation der Bauerhöfe IV. 131.
- Consistorium, Verwaltung desselben I. 182. Aufsicht über Prediger und Schullehrer I. 255. Anzeige an dasselbe wegen der Pfarrrecessen II. 158. gerichtliche Ansprüche gegen dasselbe, wegen administrativer Verfügungen II. 161. Ueberaufsicht desselben bei Processangelegenheiten III. erbenzinsherrlicher Consens desselben III. 274. Gebühren IV. 307. Ueberaufsicht über das Kirchenvermögen IV. 106. VI. 127.
- Consumptionssteuer, Ermäßigung derselben II. 262. 263.
- Conti der Großhändler über Messgüter VIII. 195.
- Contracte, Abgabe davon zur Armen- und Bege-  
besserungscasse I. 3. 7. 8. 380. VI. 9. 10. VIII. 54. der Bauern, Bestätigung I. 156. 158. II. 155. 175. 177. 178. 253. V. 31. 79. VI. 81. 113. VIII. 37. Nachcontracte über Gemeindegüter I. 104. über Domianalgüter III. 37. Bestätigung ders. in den Städten III. 213. 215. 219. V. 75. Diäten dieserhalb I. 117. Mätlergebühren I. 158. mit Herzogl. Cammer III. 36. 239. Gebühren IV. 87. in Braunschweig III. 184. 185. über dingliche Rechte VII. 37.
- Contradictor, Erscheinen desselben in der Landschaft I. 247.
- Contrafignatur des Ministers I. 248. der Euitungen IV. 52.
- Contraventionen, polizeiliche, der Kinder VII. 22.
- Contribution VII. 128. Beibehaltung derselben I. 252. der Kirchen I. 436. Wiedereinführung ders. I. 407. 410. 418. von der Nahrung, die, welche sie geben, sind von der Gewerbesteuer frei I. 253. von der Nahrung und den Handwerken I. 133. von der Nahrung I. 411. 148. III. 359. 361. 362. 363. wer dazu anzusetzen I. 450. 451. 459. Ein-  
sendung des Hauptzeugs darüber I. 460. von Ma-  
terialwaaren II. 266. Vereinigung derselben mit dem Fouragegelde und dem Proviantgelde II. 299. Berechnung derselben 300. von den Rothfassen-  
pferden II. 302. ungewisse von den Pferden II. 303. der Leinewebergessellen II. 116. der Viehhän-  
dler II. 123. monatlich zu erheben II. 268. auf  
dem Lande III. 357. vom Kornhandel III. 358.  
von Pferden III. 360. von Frachtpferden III. 360.  
vom Rindvieh III. 361. von Erbenzinsgrundstücken  
III. 351. 356. von Gütern u. Victualienhändlern  
IV. 247. in Courant IV. 206. 207. im Amte  
Campen IV. 244. von Leibzuchtsländerel u. Vieh  
IV. 244. von Rothfassenpferden IV. 249. 251. 252.  
vom Viehe IV. 249. 252. 255. 256. vom Viehe  
der Officianten IV. 256. Execution IV. 254. Gr-  
lass IV. 255.
- Contributionsfuß, rectificirter III. 357. IV. 255.  
in Blankenburg und Balkenried III. 357. Catator  
IV. 253. Revision I. 454.
- Controle wegen der Armen- u. Bege-  
besserungsgelder III. 5. bei den Districtsgerichten III. 5. Hauungs-  
III. 164. der Forstcultur III. 165. Lagerbuch III.  
165. der Landwehr VII. 105. des Bildtransports  
und Bildhandels VIII. 47.
- Controlebuch, Schlacht-, in Braunschweig u. Wol-  
senbüttel III. 1.
- Controleure der Kriegscasse IV. 253.
- Contumacial-Erkenntnisse, Insinuation dersel-  
ben I. 150.
- Conventionen mit Hannover IV. 30. Sachsen-Gotha  
VI. 42. und Preußen VI. 31. 42. 43. siehe Han-  
nover u. Anhalt-Bernburg VI. 43. Neuz-Schleß,  
Neuz-Blauen, Neuz-Greiz VI. 42.
- Conventionsmünze IV. 205. in den Cassen anzu-  
nehmen I. 337. Herabsetzung IV. 171. VI. 138.
- Conventionalstrafen VI. 17. 102.
- Convocationsstage III. 286. 291. der Landeskabge-  
ordneten-Versammlung VII. 100.
- Copialien für die Kirchenbücher I. 229. in Gemein-  
rechnungssachen II. 105. für Depositscheine über  
Documente und Pertinenzen II. 106. in Processachen  
II. 112. für Kirchenrechnungsabnahme-Protocolle  
II. 196. f. auch Schreibgebühr VI. 53. 111.
- Copialienrechnung I. 114. 122. Berechnung V. 55.  
in Gewerbesteuercontraventionen V. 56. der Ad-  
vocaten V. 85. in Administrations-Kirchensachen  
V. 97.
- Copisten I. 122. Protocolliren derselben III. 342.
- Copulation, Benachrichtigung wegen der Proclama-  
tion I. 237. Ort derselben I. 189. 192. Gebühren  
I. 190. der Dienstboten I. 190. 201. der Weßlen  
I. 201. unmittelbar nach dem zweiten Aufgebote  
I. 202. Zwischenraum I. 202. der zur anderweiten  
Ehe schreitenden Geschiedenen II. 195. auf dem  
Krankensette III. 259. Scheine desshalb III. 272.  
Gebühren IV. 150. der Dienstboten IV. 158. im  
Auslande IV. 161. Beibringung der Reception-  
scheine IV. 250. der Consense IV. 260. 266. Auf-  
sicht des Consistoriums I. 183. V. 68. die Beschei-  
nungen beauf derselben sind bei den Kirchenbü-  
chern des Orts der Trauung aufzubewahren VIII.



Copulationslisten I. 207. 231. 234. IV. 140. der Juden I. 235.  
 Copulationscheine, Inhalt IV. 141. Eintragung in das Kirchenbuch IV. 144.  
 Copulirte, Eintragung in das Kirchenbuch I. 215. Bescheinigungen derselben I. 223. Eintragung in die Listen III. 251.  
 Corporationen VII. 45. 48.  
 Corporationsrechte VI. 134. 143.  
 Corpus delicti I. 153. Feststellung von den Kreis-ämtern II. 52. 55.  
 Correctionsanstalt V. 7. Hausordnung V. 8. u. 9.  
 Correferent I. 154. beim Oberappellationsgericht IV. 118.  
 Correspondenzen, Militair- IV. 45.  
 Corrigenden, Kleidung V. 7. 8. Acten und Gutachten über dieselben V. 9. Geburts- und Taufschein V. 9. Confirmation V. 9. Augenentzündung V. 10. Gründe der Detention V. 10. Militairpfrift IV. 25. 191. V. 111. Krankheit IV. 25. Kosten IV. 25. Verbalten der Herzogl. Aemter gegen dieselben VI. 12. jugendliche VII. 10.  
 Coupons, Zins- IV. 165. auf Geld lautende IV. 206.  
 Courantgeld, Ablieferung an's Leibhaus IV. 129.  
 Courantmünze IV. 204. 205. 206. 241. VI. 129. 138.  
 Couriertaxe III. 342. 345.  
 Cours der Cammer- und Landesschuldverschreibungen IV. 6. außer Cours gesetzte Obligationen IV. 166.  
 Couvert der Decrete in Cammerprocessen I. 181. Ein-sendung darunter V. 57.  
 Cramer'sche Legaten-Stiftung VI. 126.  
 Credit wegen Stempelpapiers I. 444.  
 Criminalacten, Ein-sendung derselben I. 25. Mit-theilung an die Cammer II. 45. Einforderung derselben V. 4. 18.  
 Criminalgesetzbuch I. 248. IV. 37. Auslegung V. 37. Anführen desselben VI. 27.  
 Criminalgesetzgebung I. 248.  
 Criminaljustiz I. 16. II. 44. III. 26. IV. 36. V. 17. VI. 15. VII. 19. VIII. . Hannover'sche Con-vention IV. 36. 44. Mittheilung der Urtheile wider Staatsdiener IV. 36. Kosten 121. Ausliefe-rung politischer Verbrecher IV. Competenz IV. 37. 43. 44. 45. 117. Convention mit Waldeck VI. 15.

mit Belgien VI. 15. Verfahren vor den Gerichten VI. 17. 97. Erkenntnisse VI. 27. Vergehen gegen die öffentliche Ordnung IV. 37. Vollziehung der Strafe von auswärtigen Gerichten IV. 44. in Ge-werbesteuerfällen IV. 45. im Allgemeinen IV. 46. Zuständigkeit des Criminalsenats und der Schwur-gerichte VIII. 89.  
 Criminalkostenrechnung I. 353.  
 Criminalprocess VI. 22. 23. 26. 27. 28. Aufnahme der Protocolle II. 51. Vertheidigung in demselben VI. 35.  
 Criminalsachen, elective Einlegung II. 59. wegen kostenfreier Requisitionen II. 46. 50. Eidesleistung darin III. 26. Aufwartungsgebühren III. 183. Sporeln IV. 84. 85.  
 Criminalstrafen, Vollziehung schwerer III. 26.  
 Criminaltabelle I. 21. 27. 311. VII. 21. Termin der Ein-sendung III. 31. Todesfälle anzuführen V. 18.  
 Criminalverbrechen, Zusammentreffen mit Polizei-vergehen VI. 24.  
 Culturetat, Forst- III. 141. Gelber für Gemeinde- und Interessenten-Waldungen III. 164. Controle III. 164. 165. !  
 Kulturkosten III. 166.  
 Kulturlagerbuch III. 165. 169.  
 Cur beurlaubter Soldaten III. 324.  
 Cura absentis V. 83.  
 Curatel I. 152. VII. 150. für Herzog Carl IV. 110. für eine Concursmasse IV. 125. nicht den Regi-stratoren und sonstigen Officianten bei dem Cu-ratelgerichte zu übertragen VIII. 112.  
 Curatelgelber, beim Leihhause zu belegen I. 259. II. 154.  
 Curatelsachen, Competenz III. 207.  
 Curatoren, Ankauf von Cammer- und Landesschuld-verschreibungen V. 103. 110. Bestellung derselben I. 157. II. 163. ruhender Erbmassen I. 177. Concurs- und vacanter Erbschaften II. 164. wegen Verschwendung II. 172. liberatorium II. 174. Ver-zuntrennungen VII. 21. Curatorien-Luteren II. 160. Alter der Curatoren VIII. 122. 123.  
 Curialien II. 145.  
 Curien der Landchaft I. 246. s. auch Städte.  
 Cyriacusstift I. 253. Verwaltung I. 181.

## D.

Dachdecker IV. 92.  
 Dachdeckerarbeit von Maurern III. 189.  
 Dachdeckerlehrling, Diebstahl desselben V. 65.  
 Dachrinnen in Braunschweig II. 246. in Wolfen-büttel IV. 214.  
 Dächer, Haus-, Unterkaffung III. 21. Unterdecken III. 336.  
 Dänemark, Frachtbriefe bei Postfassen dahin II. 257.  
 Dammwib, Tage dafür III. 126. Controle des Trans-ports VIII. 47.  
 Dämpfe, Regelung der Sperrung VII. 125.  
 Dampffessel VII. 124. Prüfung derselben VIII. 227.

Dampfmaschinen, retirende VI. 143.  
 Dampfschiffahrt auf der Weser V. 41.  
 Darlehne des Leihhauses IV. 175. für Handel und Gewerbe VI. 43. 54. VII. 99. VI. 131.  
 Darlehnsbanffcheine VI. 56.  
 Darleihen an das Leihhaus VI. 129.  
 Darmstadt, Requisition an dessen Gerichte in pein-lichen Sachen I. 24.  
 Declaration des Circularrescripts vom 3. März 1842 VI. 76. des Landtagsabschieds von 1597 u. 1770. IV. 109. Post- III. 347. des Schlichtviehes in Braun-schweig u. Wolfenb. III. 1. der Waaren f. Grenzpfäffe.

- Declarationsscheine, Accise II. 6. 7. 9.  
 Declarirung accisepflichtiger Gegenstände II. 1. 6. 9.  
 Decretum de alienando et solvendo I. 160. 161.  
 Decrete in Cammerprocessen I. 181. in vim publicati II. 161. Auslösung derselben III. 247.  
 Decreta de solvendo in Vermögenssachen IV. 137.  
 Dedication, Erlaubniß dazu III. 202.  
 Defension der Angekludigten V. 38. der Verbrecher II. 51. VI. 17. 22.  
 Defensionsgebühren III. 32. VI. 16.  
 Defensionskosten I. 115. III. 32.  
 Defensoren II. 159.  
 Defraude, Accise II. 27. 30.  
 Defraudation, der Post III. 344.  
 Defraudationsstrafe, Bekanntmachung durch die Anzeigen II. 53.  
 Degenziehen, vom Militair, Strafe desshalb I. 284.  
 Denkmäler, Inschriften darauf II. 199.  
 Delligen, Steueramt, Erledigung von Uebergangsscheinen über steuerfreien Branntwein VIII. 295. über steuerfreies Bier VIII. 297.  
 Denuncianten, Antheil an Strafen I. 450. III. 352. VII. 137.  
 Denunciation, welche zu berücksichtigen I. 20. der Fusaren, Antheil an den Strafgeldern III. 319. wegen Gewerbesteuer-Conventionen IV. 242.  
 Denunciationsfachen, Sporteln und Kosten darin IV. 47.  
 Denunciationsprotocolle VII. 137.  
 Depeschen, telegraphische, der Landespolizeibehörden VII. 120.  
 Deponate, wegen der Accise II. 7. 8. 9.  
 Deponirte Gelder, Ablieferung derselben an das Leihhaus III. 342.  
 Deposita I. 152. 153. 154. 172. 173. 259. Aufsicht der Oberhauptleute darüber I. 359. Einsetzung an das Districtsgericht I. 153. an's Leihhaus I. 154. von Documenten und Pretiosen II. 106. in Untersuchungsfachen VII. 134. von Werthpapieren der Stiftungen VIII. 111. 110.  
 Depositengebühren I. 154. von Documenten und Pretiosen II. 106.  
 Depositengelder, quartalige Nachweisung derselben IV. 124. Ablieferung in Courantgelde IV. 129. beim Leihhause IV. 176. Verzeichniß darüber I. 173. Belegung beim Leihhause I. 259. II. 206. Berichtigungen der Ablieferung II. 158.  
 Depositentkasten, Verwahrung desselben I. 172.  
 Depositenscheine, Verwahrung derselben I. 154. Einsetzung an das Leihhaus I. 260. IV. 120. 130.  
 Depositengewesen III. 207. Aufsicht darüber IV. 122.  
 Deposition, bei den Kreisgerichten VI. 107. defraudirter Sachen II. 4.  
 Deputantenhäuser, Ordnung in denselben III. 62.  
 Deputatholz der Forstbeamten III. 158.  
 Deputirte aus den Districtsgerichten I. 152. der Freisassen zum Landtage, Reisekosten derselben II. 203. Gilde IV. 93. der Stadt V. 52. I. 352. 345.  
 Deputatist, Wohnungsrecht IV. 283.  
 Defecture I. 262. 263. 264. V. 119. Pardon derselben I. 269. Auslieferung derselben I. 272. 273, 279. 281. Confiscation des Vermögens I. 305. Bericht desshalb I. 305. Auslieferung I. 329. Beschlagnahme des Vermögens VIII. 200. 208.  
 Desertionsprocesse I. 43.  
 Deserviten, in Untersuchungsfachen III. 32. der Anwälte V. 84. VI. 96.  
 Destillateurs, Gewerbescheine derselben I. 450. Befugnisse IV. 241. 242.  
 Destillationsapparat VII. 123.  
 Detachements, Militair, Verpflegung III. 320.  
 Detailhandel erster Classe, Befugniß III. 360.  
 Detailhändler III. 362. IV. 95.  
 Detentionsdauer in der Besserungsanstalt VII. 7. VIII. 9. 10.  
 Deutsche, Bund I. 33. IV. 48. VIII. 45. dessen Beschlüsse III. 36. Verhältniß der Herzog zu demselben III. 284.  
 Centralgewalt VI. 57. Classifier IV. 49.  
 Deutschkatholiken VI. 124.  
 Diäten, beim Verkauf der Zinsfrüchte I. 115. wegen Bauten der geistlichen Gebäude I. 118. wegen Testamentenaufnahme, Ehestiftungen, Contracte I. 116. folg. der Landstände I. 251. VII. 100. der Fusarenofficiere I. 274. der Baubedienten für Prüfung der Meisterstücke II. 120. der Bauofficianten III. 11. IV. 13. 14. in Kirchen- u. Geschäften IV. 20. 183. in Verwaltungsangelegenheiten III. 186. VII. 18. des Cammerconsulenten III. 239. bei Cammerverwaltungsübergaben III. 248. des Bbbsci IV. 84. 118. der Kreisdirectoren IV. 192. für Gerichtsperken V. 56. in Civilprocessfachen VII. 14. der Beamten VI. 126. der Kreisgerichtsdirectoren VIII. 100. der Justizbeamten bei Gütsübergaben VIII. 103.  
 Diarium, Führung von den Forstschreibern III. 96.  
 Diebesflinten I. 347.  
 Diebstahl V. 19. Competenzbestimmung I. 18. II. 44. dritter I. 32. 285. geringer I. 32. vom Militair I. 248. 285. Verordnung desshalb I. 254. an der Grenze IV. 45. mehreren zusammentreffende VI. 33. 36. Urtheile desshalb VI. 37. Bestrafung des Versuchung einfachen VIII. 31.  
 Diebstahlige Stiftung VII. 124.  
 Dielen von den herrschaftlichen Sägemühlen I. 87.  
 Diener, herrschaftliche, Urlaub derselben II. 305.  
 Dienst der Häuslinge I. 35. 39. Erlassung desselben III. 37. Dienstgeld III. 35. 39.  
 Dienstabrechnung I. 41.  
 Dienstaufwandsgelder IV. 75.  
 Dienstbarkeit, Ablösung derselben I. 107.  
 Dienstberechtigung IV. 81.  
 Dienstbeschwerden I. 343.  
 Diensthoten, Gasten derselben für Gudefrevet, siehe Gärten. Unterjuchung derselben beuf des Militairdienstes I. 317. 320. 323. Verfertigung der Handwerksarbeiten I. 124. Gesellen als Diensthoten I. 129. Copulation und Aufgebot derselben 190. 201. IV. 185. Domicil derselben I. 201. Wohnortsrecht II. 236. III. 367. IV. 282. 283. Rastler IV. 210. 213. Entlassung V. 139.  
 Diebstuch, Verfälschung VI. 30. IV. 220.

- Dienstleid VII. 19. II. 145.  
 Dienstentsehung der Prediger VI. 31.  
 Dienstgeld, Erlassung desselben I. 60. Verzeichniß desselben II. 60. Berechnung IV. 13 III. 35. 39.  
 Dienstkleidung I. 34. II. 60. IV. 49.  
 Dienstpferde, Contribution davon IV. 256.  
 Dienstpflicht, Ablösung desselben I. 108. IV. 2. Einwilligung der Berechtigten IV. 7. Vernachlässigung von den Forstbeamten III. 65. Militair-VI. 134.  
 Dienstreglement, Verlegung desselben I. 169.  
 Dienstfachen, Bezeichnung der Briefe V. 143.  
 Dienstiegel III. 210. der Ortsvorsteher I. 90. III. 180.  
 Dienststrafgelder zur Cammercasse II. 180.  
 Dienstwohnung der Dienstofficianten III. 72.  
 Dienstvergehen VI. 31.  
 Dienstzeit der Gesellen I. 130.  
 Dienstzwang I. 154. 343.  
 Dingliche Rechte an Grundstücken, VII. 36. VIII. 41.  
 Diptycha, s. Kirchenbücher.  
 Direction der Bergwerke VII. 30. der Domainen VII. 30. der Brandversicherung II. 42.  
 Disciplinarbehörde VII. 31. 56. gerichtliche, Anzeige der gegen Beamte erlassenen Verfügungen an Herzogl. Staatsministerium VIII. 240.  
 Disciplinargewalt über Beamte V. 16. 24. Notare V. 81. VII. 56. über Gemeindebeamte VII. 43. 45. 48.  
 Disciplinarstrafen V. 16. 18. 24. 37. 81. VI. 27.  
 Disciplinarvergehen VI. 110.  
 Disciplinarverfahren gegen Beamte der gerichtlichen Polizei VII. 28.  
 Dismembration der Pertinenzstücke IV. 129. 306.  
 Dispensation wegen der Confirmation I. 215. vom Eheverbote I. 183. von kirchlichen Vorschriften VII. 89. von den Wanderjahren I. 134. bei Verheirathen der Soldaten III. 252. 254. der verstorbenen Halbschwester Mann III. 259. bei Copulationen auf dem Krankenbette III. 259. der Catechumenen III. 273. Ertheilung vom Regenten II. 284. landesherrliche IV. 137. vom Consistorio IV. 310. vom Meißgebote wegen Ertheilung Minderjähriger IV. 132. 305. von obervormundschaftlicher Aufsicht IV. 136. wegen Verheirathung des Stiefsohns mit der zweiten Frau des Stiefvaters V. 97. von Genügeleistung der Militairpflicht VIII. 208.  
 Districte, Landes- I. 339.  
 Districtscontroller II. 259.  
 Districtsgerichte I. 152. 154. Mitglieder derselben I. 155. deputirte Beamte I. 153. Rangiren nach dem Dienstalter I. 155. Ressortverhältnisse gegen die Cammer II. 172. Verbindung mit den Kreisämtern II. 160. 163. 165. Forstwroren III. 132. 137. Armen- und Begeßerungsgelder bei denselben III. 3.  
 Doppeltes Hypothekenbuch VI. 93.  
 Doctenstroß III. 21. unter die Dächer III. 336.  
 Doctoren der Medicin, Aufsicht über dieselben I. 339. eidliche Bestärkung der Gutachten II. 53.  
 Documente, Aufstellung II. 164. Depositen und Schreibgebühren dafür II. 106. Pöhen zu denselben III. 219. Besiegelung IV. 87.  
 Dörfer, Verwaltung in denselben I. 345. 346. V. 52. Bauart in denselben II. 355. Wiederaufbau der abgebrannten III. 11. 15.  
 Dohnenstellen III. 115. VII. 32.  
 Domainen I. 35. IV. 49. Beitrag zu den Armengeldern II. 40. Beitrag zu der Ausgabe der Dorfgemeinden I. 90. 106. III. 36. Güter, Pachtcontracte über dieselben III. 37. veräußerte IV. 171. Kriegskosten derselben III. 39. Rechnungsführung III. 45. Beitrag zum Unterhalte verarmter Tagelöhner III. 368.  
 Domainengefälle, Beitreibung derselben I. 415. 419. III. 49. Befristung III. 50. der Anbauer III. 62.  
 Domainenpächter, Beitrag zum Ortsvorstehergehalte I. 106. Bevollmächtigte in Cammerprocessen I. 160. 171. Polizeibeamte I. 343. Beitrag zu den Armen- und Begeßerungskosten II. 40. III. 4. Rechnung der Contractsbauelder zeitig einzulegen III. 20. Bedingungen in den Contracten III. 37. Brauen und Branntweinbrennen derselben III. 38. Caution derselben III. 38. Tragung der Kriegskosten III. 39. 40. 41. Verwendung der Baugelder III. 62. Leistung von Vorspann III. 318.  
 Domainenrechnungsführer III. 43.  
 Domainenverwaltung I. 179.  
 Domainenabgaben IV. 101.  
 Domainialgefälle, Anzeige derselben bei Subhastationen IV. 49.  
 Domainialgrundstücke, Eintragung in das Hypothekenbuch VI. 91.  
 Domicil der Dienstboten I. 201. Begründung derselben I. 370. 373. preussischer Vagabunden I. 352. der Gefrau eines im Auslande wohnenden Mannes I. 353. der Gäuslinge und Feldhüter I. 369. 370. der Kinder I. 373. durch Heirath I. 373. Ablieferung der Verwiesenen I. 343. 358. 366. s. auch Wohnortrecht.  
 Domicilveränderung IV. 135.  
 Donationsurkunde, Gebühren dafür III. 242.  
 Dorf- und Feldbeschreibung III. 334. VI. 64.  
 Dorf-Ordnung III. 285.  
 Doppelwebestühle VII. 123.  
 Dorfsgrundstück, Verpfändung II. 174. Veräußerung, Bedingung der Gültigkeit VIII. 52.  
 Drechsler, Absatz der Waaren in's Ausland I. 453.  
 Drehorgelspieler IV. 103.  
 Dreikartenspiele IV. 110. 208.  
 Dreißigmarische Stiftung VII. 124.  
 Drebbriefe, Bestrafung II. 44.  
 Drömling, Entwässerung IV. 209.  
 Droguisten, Handels derselben mit Arzneiwaaren, Farbwaaren und Giften IV. 179. V. 15.  
 Drehen IV. 37.  
 Druckfehler im Reglement wegen Führung der Kirchenbücher I. 229. in der Verordnung vom 5. Mai 1815 §. 27. III. 79. 86. 87.  
 Druckschriften, Verbot derselben V. 15. Zueignung an die Bundesversammlung I. 33. Schutz derselben

VIII. 12. 13. Unterdrückung derselben VIII. 12.  
 Beschlagnahme derselben VIII. 12.  
 Drucker, Buch-, Angabe des Namens und Wohnorts  
 VI. 14.  
 Dacksteinbrauerei, Steuern IV. 243.  
 Duell, Bestrafung beim Militair I. 264. 287.  
 Dünung, Vergütung bei Auseinandersetzung der  
 Prediger III. 255  
 Duplicatquittung, Einsendung V. 57. über Steu-  
 ern II. 284. 289. über Brandcassenbeiträge III. 22.  
 Durchgang accisbarer Waaren II. 11.

Durchgangsabgaben IV. 244. Uebereinkunft mit  
 Preußen zc. wegen Theilung der gemeinschaftlichen  
 VIII. 291.  
 Durchgangswaaren, auf den Ausgangspässen an-  
 zumeiden III. 3.  
 Durchgangszoll im Hannoverschen II. 337. 338.  
 im Preussischen von Möbeln III. 268.  
 Durchmarsch, Convention mit Preußen V. 110.  
 Durchmarsch- und Etappen-Convention mit Preu-  
 ßen IV. 187.

## E.

Easen, Privilegium VIII. 239.  
 Edictal-Citation, der Realgläubiger II. 171. der  
 Abwesenden I. 130. II. 175. der Gläubiger von  
 den Aemtern zu erlassende III. 233. wegen der  
 Cammergläubiger III. 248. wegen Ablösungen IV.  
 3. Bauforderungen I. 2. Frist dazu I. 134. Be-  
 kanntmachung I. 134. Gebühren I. 91. VI. 49.  
 Competenz I. 48. 129. V. 72. von Aemtern und  
 Stadtgerichten VI. 101. eines Abwesenden, auch  
 auf dessen Erben zu erstrecken VIII. 25.  
 Edictal-Proceß VII. 13. Competenz VIII. 60. 61. 62.  
 Edition der Verwaltungsacten und Urkunden V. 131.  
 VI. 114. VII. 15. Verfahren, Pauschlag desshalb  
 VIII. 27.  
 Egypten-Kloster V. 7.  
 Ehe, anderweite, Production des Ehescheidungsurtheils  
 in originali II. 195. Trauscheine II. 304. Ein-  
 gehung, Bescheinigungen III. 364. IV. 161. zwi-  
 schen Christen und Juden VI. 120.  
 Eheberedungen, zwischen Protestanten und Katho-  
 liken über die confessionelle Erziehung der Kinder  
 VIII. 178.  
 Ehefrau, eidliche Entsagung deren Gerechtsamen II.  
 174. Selbstschuldnerin II. 174. Wohnortsrecht III.  
 368. Volljährigkeitserklärung der in Preußen be-  
 vormundeten, in das Herzogthum eingetretetheten  
 VIII. 128. 129.  
 Ehegatten, Erbfolge derselben II. 154.  
 Eheliches Kind, Geburtszeit desselben I. 213.  
 Ehemann, Vater eines unehelichen Kindes, Eintra-  
 gung in das Kirchenbuch III. 251.  
 Ehen, Eingehung zwischen römisch-katholischen und  
 Protestanten II. 197. der Unteroffiziere und Sol-  
 daten III. 252. zwischen Christen und Juden VIII.  
 46. 160. 161.  
 Ehesachen I. 43. 144. 152.  
 Ehescheidung, Aufgebot nach derselben I. 207. IV.  
 50. Eintragung in das Kirchenbuch V. 87. 93.  
 von Tisch und Bett V. 98. Berichte desshalb IV.  
 50. Bescheinigungen VI. 50. Anträge IV. 129.  
 der Lutheraner und Katholiken VI. 124. aus lan-  
 desherrlicher Nachvollkommenheit, Verfahren des-  
 halb VIII. 98. 99. 100.  
 Ehescheidungsurtheil, Production in originali vor  
 anderweiter Ehe II. 195.  
 Ehestiftung, Diäten bei deren Aufnahme I. 116.  
 Wege's Repert. VIII. 14.

Bestimmung der Abfindungen I. 171. Spotel zu  
 den Contracten VIII. 63. 64.  
 Eheverbot, Dispensation I. 183.  
 Ehrenamt der Gemeinderäthe VII. 46.  
 Ehrenbürgerrecht IV. 72. VII. 43.  
 Ehrenmedaille I. 26. 287.  
 Ehrenzeichen IV. 50. des Militairs I. 26. 286.  
 Eheskämpe III. 103.  
 Eid, Erbhuldigungs- II. 145. der Soldaten I. 289.  
 der ständischen Abgeordneten III. 286. der Juden  
 V. 80. VIII. 106. 107. Erbieten zu einem falschen  
 VII. 24.  
 Eidesleistung in Criminalsachen III. 26. substitutio  
 ad vidend. jur. IV. 136.  
 Eidliche Erhärtung des objectiven Thatbestandes VII.  
 133.  
 Eierhandel, gewerbesteuerfrei II. 301.  
 Eigenthum des Viehes, Haften für Hudeprevell I. 77.  
 Benugung V. 19. Sicherheit III. 284. der Schul-  
 häuser VII. 83.  
 Einbeck, Münchshof daselbst IV. 169.  
 Einführung der Prediger, Gebühren desshalb III.  
 275. IV. 161. Kosten I. 202.  
 Eingangszoll II. 317. Abgaben IV. 244. Ermässi-  
 gung III. 284. 286. Aufhebung desselben von  
 Getreide, Hülsenfrüchten und Wehl VIII. 286.  
 Uebereinkunft mit Preußen zc. wegen Theilung des  
 gemeinschaftlichen VIII. 291. von Pese, Erhöhung  
 VIII. 297.  
 Eingeständniß I. 159.  
 Einheit der Person zwischen Vater und Sohn II. 261.  
 Einkommensteuer VII. 125. 129.  
 Einsagen gegen Officiere III. 222.  
 Einlegungsschrift I. 145. 242. der Vorstellung I. 19.  
 Einnehmer, Acise, Instruction I. 420. Fort- III. 74.  
 Einquartirung III. 317. 320. fremder Truppen I.  
 339. Befreiung des Leibhausgebäudes II. 206.  
 Kosten des detachirten Militairs II. 227.  
 Einquartirungskast VII. 45. der Domainen III.  
 39. Befreiung der Postofficianten III. 343.  
 Einräumung in Forstgrenzen III. 62. 177.  
 Einrede der Vorausklage VII. 43.  
 Einrücken in die Anzeigen, Gebühren III. 340.  
 Einschlachten von den Wirthen III. 188.  
 Einsegnung der Wöchnerinnen III. 269.  
 Einsendung der Acten in Criminalsachen I. 31. 147.

- Einspruch gegen Fortsetzung processualischer Verhandlungen IV. 194. der Verwaltungsbehörden IV. 133. VII. 60.
- Einstellung des Verfahrens in Strafsachen VII. 146.
- Eintragung der Hypotheken I. 139. Einspruch wegen Vorzug des Fiscus I. 140. der Obligationen II. 152. der Hypothekforderungen Sr. Durchlaucht oder der Domainen von unrechtmäßigen Besitzern cedirt III. 205.
- Einwilligung der Betheiligten bei Dienstablösungen IV. 7.
- Einwohnerrecht, Landes- III. 284. IV. 72.
- Eisen, Besteuerung desselben I. 407. 408.
- Eisenbahn, Anlage v. Braunschweig nach Oshersleben IV. 172. nach Garzburg IV. 171. 172. und Post-Verwaltung VII. 30. VIII. 227. Direction, die darunter stehenden Verwaltungen VIII. 227. von Börsum nach Kreienfeld, Stationen VIII. 229. Schöninger, Stationen VIII. 230.
- Eisenbahnactien, Ankauf und Verkauf derselben bei Herzogl. Leihhause VII. 100.
- Eisenbahnbeamte VI. 111.
- Eisenbahncontraventionen VI. 42.
- Eisenbahngewichte VI. 42.
- Eisenbahnen IV. 51. V. 41. VI. 41. Commission V. 51. Bahnordnung V. 51. Anwendung auf die Oshersleber V. 51. Abfindung der Realberechtigten V. 51. Regulativ über Behandlung der Waaren VI. 41. Passpolsrei VI. 41. 138. VII. 30. Forderungen VI. 42. Transport feuergefährlicher Sachen VI. 42. Fahrpersonal VII. 29.
- Eisenbahnordnung V. 42. für die Südbahn VIII. 227. für die Bahn von Zerheim nach Helmstedt VIII. 230.
- Eisenbahnstationsgebäude V. 143.
- Eisenhändler, Caution derselben III. 208.
- Eisenfabricate, Ursprungscertificate II. 33.
- Eisenfactoren I. 443. Gerichtspostelsfreiheit ders. III. 184.
- Eisenhandel, Gewerbesteuer davon I. 461.
- Eisenwaaren, Handel damit I. 353. 371. 443.
- Ellenwaarenhändler, Befugnisse IV. 95.
- Elze-Galler Straße, Erklärung zur Uebergangstraße VIII. 297.
- Emigrationsconsense II. 244. 251. IV. 310. VI. 128. VII. 119. Gebühren V. 61.
- Enclaven, Steuern derselben III. 200.
- Engerth, Privilegium VIII. 233.
- England, Convention wegen Büchernachdruck VI. 13. 14.
- Entbindungsanstalt in Braunschweig, Aufnahme der Schwangeren I. 365.
- Entfernung der Pflänzlinge in den Forsten III. 168.
- Entlassung der Beamten III. 25.
- Entleihe, Eintragung in das Kirchenbuch I. 218.
- Entrepreneurcontracte, Bau- II. 113. III. 17. Sandeln dagegen III. 17. ausländischer Werkmeister III. 18.
- Entschädigungsflagen gegen den Staat III. 287.
- Entscheidung in Verwaltungsangelegenheiten I. 343. des Cassationshofes rechtliche Wirkung VIII. 85.
- Entscheidungsgründe sind den Erkenntnissen der Kriegsgerichte beizufügen VIII. 126. 127. 128.
- Entsiegelungen, Competenz II. 159. 163. Benachrichtigung von den Districtsgerichten an die Aemter II. 160.
- Entwässerung der Grundstücke VII. 89. im Oshersleber Bruche VIII. 184.
- Entzündliche Stoffe IV. 209.
- Ephoren, geistliche, Revision der Kirchenbücher I. 222.
- Epidemien, Anzeige durch die Prediger II. 213. Verhalten dabei II. 213.
- Epidemische Krankheiten I. 29. 339. 349. 352.
- Erbsfindungen im Hypothekenbuche VI. 90.
- Erbbegrabniß I. 217.
- Erben, Beneficial- IV. 133. Verbindlichkeit zur Reparatur der Pfarrgebäude IV. 147. deren Sterbemonat IV. 164.
- Erbenzins, Ablieferung desselben III. 43. Gefahr III. 62. von Mühlen und Krügen III. 325. 330. 331. bei Sterbefällen in Blankenburg II. 156. Eintragung in das Hypothekenbuch VI. 60. 72. 82.
- Erbenzinsbriefe, neue, der Domainen- und Klostererbenzinspflichtigen III. 38. Gebühr dafür III. 241. für Kirchen II. 195. 196. VI. 127. der Stephanikirche zu Helmstedt II. 195. Schreib- und Siegelgebühren dafür III. 316. Steuerfreiheit darin verpfändt III. 351.
- Erbenzinsgrundstücke II. 153. Veräußerung III. 211. 241. Laudemien vom Leihhause III. 213. Consens des Herzogl. Consistorii III. 274. in den herrschaftlichen Forsten, Nachmessung derselben III. 88. Steuer davon III. 351. Contribution III. 356.
- Erbenzinsgüter, Verpfändungen I. 35. Subhastation I. 179.
- Erbenzinsherr, Zustimmung desselben zu Ablösungen III. 181.
- Erbenzinsherrlicher Consens IV. 122. 160. III. 274.
- Erbenzinslehne III. 294.
- Erbenzinsmühen III. 326.
- Erbfolge in das Vermögen eines Verschollenen IV. 130. der Bauern IV. 305. der Ehegatten, Declaration der Verordnung II. 154. Regierungs- III. 284. der Landesherren rücksichtlich der Immobilien III. 201. Bauern III. 206. in Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstige Landgüter VIII. 42.
- Erbhuldigung III. 284. 291. II. 145. der Gildemitglieder I. 125. der Landstände I. 252. der Inquilinen III. 202.
- Erbhuldigungsgeid VII. 54.
- Erbmassen, Bestellung der Curatoren für ruhende I. 177.
- Erbregister, Abschriften daraus III. 335.
- Erbischaften, vacante, Verriegelung derselben II. 163. Anstellung der Curatoren II. 164. Zoll davon IV. 301.
- Erbischaftsgrundstücke, Stempel bei Uebertragung derselben VIII. 58. 59. 60. 241.
- Erbischaftsflage IV. 130.
- Erbischaftsstempel I. 397. 399. IV. 229. 230. Nachweisung desselben I. 400. 401. wegen unehelicher Kinder I. 403. Controlirung II. 259. von früh-

- ter Erbschaft II. 261. Mitwirkung der Gerichte bei Ermittlung derselben VIII. 242. 243. 244. Erbschaftsvertrag, Stempelsteuer davon IV. 230. Erbtheilungen, bürgerliche III. 206. IV. 305. Erhöhung der Gebäudetaxe in der Brandversicherung III. 21. Erkenntnisse I. 142. Befiegelung derselben I. 123. in Untersuchungssachen I. 146. VI. 27. Publication I. 147. 150. Execution I. 150. gegen Militärpersonen I. 300. 311. in Steuerdefraudationsen I. 431. 454. 460. Schlussformeln II. 155. in Strafsachen, Bekanntmachung II. 53. 55. in Forstrevellsachen III. 87. rectorische, Rechtsmittel III. 212. gegen Steuerbeamte, Mittheilung an die Zoll- u. Steuerdirection V. 38. in Forststrafsachen, Ausfertigung IV. 43. 53. wegen Vergehen gegen die Militairpflicht IV. 189. des Oberappellationsgerichts IV. 116. Einspruch dagegen IV. 116. gegen Staatsdiener in Untersuchungssachen, Mittheilung an die vorgesetzten Behörden VI. 16. Namensunterschrift der Richter VIII. 27. Empfehlung zur Begnadigung darin, unzulässig VIII. 41. Erlass an Steuern I. 446. 458. IV. 256. Erlaubnißscheine zur Grasung in den Forsten III. 170. Erleichterung, öffentliche I. 349. Erlöschen der Hypotheken VI. 83. Ermordete, Eintragung in das Kirchenbuch I. 218. Ernesti, Einführung des Katechismus VIII. 137. 179. Ernestinenthal, Verlegung zum Gemeindebezirke Bröckeln VIII. 65. Eröffnungsrede in der Landschaft III. 289. Erze, edele, Bau darauf IV. 169. Erziehung, des Regenten III. 284. confessionelle der Kinder aus Ehen zwischen Protestanten und Katholiken VIII. 178. Essig, Accise davon I. 430. Estaffetten III. 345. Etablissements, verschiedene, der Kaufleute III. 193. Etappenconvention mit dem Königl. Preussischen Gouvernement I. 270. III. 319. IV. 187. V. 140. Etappen und Verspannweisen I. 339. Etat, Bau- und Ausholz- III. 126. Haupt- der Nahrungskontribution I. 460. Nahrungs- I. 345. 346. Staatshaushalts- III. 283. VII. 30. 31. 100. Landeshaushalts- IV. 170. 171. der Kloster-Reintragscasse VII. 31. 100. der Cammer III. 187. IV. 171. des Kloster- und Studienfonds IV. 171. 172. Eventualbelehnte VII. 26. Eweiserberg IV. 281. Examen, Forst- IV. 59. der Rechtscandidate IV. 119. VII. 56. Instruction IV. 120. VII. 58. der Militairpflichtigen IV. 193. der Forstcandidate II. 87. 91. III. 98. 154. 155. der Forstaspiranten III. 98. 154. 155. Examinations-Commission zur Prüfung der Forstaspiranten III. 155. zur Prüfung der Candidate des Schularis IV. 146. zur Prüfung der Candidate der Rechte VII. 56. 58. VI. 104. 107. Exceptionsschrift in Concursprocessen II. 168. Execution, der Erkenntnisse der Appellationscommission I. 144. in Untersuchungssachen I. 147. 150. wegen der Steuer- und Grundabgaben I. 154. Instruction wegen herrschaftlicher Intraden I. 415. Leitung durch die Kreiseinnehmer und Domainen-Recepturen I. 419. wegen der Steuern I. 404. 415. 424. 428. wegen Gemeindefteuern I. 346. in den Sold des Militairs I. 283. 287. Gebühren desselb III. 323. gegen Officiere III. 222. Vollstreckung erkannter III. 235. in die Postfecten III. 343. Suspension derselben in Steuersachen II. 264. der Urtheile in Accise-Defraudationsachen II. 34. 35. gegen herrschaftliche Lohnarbeiter IV. 120. VI. 107. wegen rückständiger Steuern IV. 250. 254. VI. 149. gegen Bürgen IV. 250. Füllsgelder und Gebühren desselb I. 118. administrative auf Gehalte und Pensionen VIII. 223. Executionsgebühren in Cammersachen I. 114. Executionsobjecte, Mangel derselben III. 50. Executionsordnung I. 33. Executionsreglement I. 415. den Domainen-Recepturen mitgetheilt III. 49. Executivprocess I. 145. VII. 13. Executoren, Gehalt derselben I. 128. 435. Geschäft ders. I. 135. Verhalten ders. I. 447. Reglement für dies. I. 415. Beleidigung ders. I. 418. deren Protocoll VI. 149. Executorsteuer I. 407. der Kirchen I. 436. Exemption von den Steuern I. 448. Exmission nach der Subhastation III. 232. Expedition, Beschleunigung derselben I. 163. Expeditionenstunde der Accise-Einnehmer II. 26. Exportationscheine I. 430. Expectanzscheine, Gebühren dafür III. 241. Expropriationsverfahren, Schätzung dabei VIII. 223. Extracte, Forstcassen- III. 75. Extraordinaire Bedürfnisse IV. 170. Extraposten I. 387. Extrapostraisende, Anhalten derselben wegen des Zolls II. 318. Extrapostrcourier-Taxe III. 342. 345.

## F.

- Fabrikantlagen zu Harzburg u. Schöningen VII. 99. Fabrikanten, Verdingung der Gesellen bei denselben I. 129. Fabrikate, auswärtige, der Schloffer II. 113. der Schuster II. 114. Fabriken, Aufsicht der Cammer über dieselben I. 179. Fälschung, vom Militair begangene I. 284. VI. 31. Fälschmünzer VI. 32. Färben des wollenen Garns von den Hutmachern III. 194. Fahrenzins, Consens zur Veräußerung III. 62. Fahrlässigkeit bei Uebertretung der Zollgesetze II. 319.

Fallwild III. 98. 121.  
 Familiensfideicommiss VII. 26.  
 Familienfreunde, Gutachten wegen Erbtheilung IV. 122.  
 Familienname, Angabe in den Kirchenbüchern IV. 141. unehelicher Kinder V. 83. Veränderung V. 86.  
 Familiengüter IV. 51. Stammgüter, Errichtung VIII. 43.  
 Fanggeld für Raubthiere III. 100.  
 Farbe der Rigen zu Documenten III. 219.  
 Farbewaaren, Handel IV. 179. V. 58. 106. 109. VIII. 190.  
 Fasanen IV. 54.  
 Fatale interpositionis I. 19. 142. 145.  
 Fecten der Gesellen I. 130.  
 Federwildpret, Tage dafür III. 123. 125.  
 Feier des 25jährigen Regierungsantritts des Herzogs Wilhelm VIII. 136.  
 Feiertelder für erkrankte Waldbarbeiter III. 171.  
 Feiertage, Schießen u. Jagen an denselben III. 126.  
 Feiertagsordnung I. 44. 254. V. 43.  
 Feilbäckerei IV. 99.  
 Feilbäcker VII. 105.  
 Feilbeschreibungen, Abschrift daraus III. 334. Be-  
 richtigung IV. 245.  
 Feilbdiebstahl I. 23. Vergleiche Schand- und Straf-  
 pfahl I. 20.  
 Feilbhüter, Domicil derselben I. 369. Beedigung  
 derselben I. 385. in jeder Gemeinde III. 333.  
 Feilmarkt, Solzung dazugehörend IV. 278.  
 Feilpolizei, Aufsicht der Oberhauptleute darüber  
 I. 339.  
 Feildtaubenhalten und Wegschießen derselben II.  
 61. V. 43.  
 Feildvermessungsbeschreibungen I. 368. 378. Re-  
 vision derselben I. 454. Abschrift daraus III. 334.  
 Felle, robe, Aufkauf derselben I. 357. 443. IV. 93.  
 103. 104. 209. 217. 244.  
 Fenster, Reparatur derselben in den Pfarrwohnungen  
 III. 277.  
 Ferien der Schullehrer IV. 148.  
 Fesselung der Gefangenen I. 19.  
 Festungsarbeit der Soldaten I. 286.  
 Festungsarrest der Militärpersonen I. 22.  
 Feudalrechte IV. 51. Aufhebung derselben III. 284.  
 VII. 26.  
 Feuer im Walde II. 235.  
 Feueranlagen VII. 123.  
 Feuerkasse I. 366. 374. 465. Amts- IV. 53. Capital  
 IV. 11. IV. 215. Abnahme der Rechnungen  
 IV. 52.  
 Feuereimer II. 248.  
 Feuergefährliche Sachen, Transport derselben und  
 ährender Sachen auf der Eisenbahn VI. 42.  
 Feuerherren I. 353.  
 Feuerinstrumente III. 178.  
 Feuerlöschungscommissarien I. 354. 356.  
 Feuerlöschungsgeräthschaften I. 354.  
 Feuerlöschungsordnung zur Woffenbüttel V. 139.  
 Feuerlöschgesellschaften I. 379.  
 Feuerordnung I. 347. 353. 355. III. 283. 327. in

Braunschweig III. 344. IV. 215. V. 139. Decla-  
 ration V. 6. Aufhebung der Bestrafung wegen  
 Nichtbesitzes derselben VIII. 226. 227.  
 Feuersbrünste, Anzeige derselben I. 352. VI. 28.  
 Taxation IV. 29. 30. Vergütung der dabei verab-  
 reichten Lebensmittel IV. 215. Aufräumungskosten  
 II. 241. 243.  
 Feuersprigen I. 354. Fortschicken derselben zur Gölse  
 III. 328. 332. 335. 339.  
 Feuerstellen III. 16. Beschützung III. 337.  
 Feuerversicherung I. 12. II. 252. 253. der Eiche-  
 riendarren I. 256.  
 Feuerungsmaterial zur Heizung der Schulstuben  
 III. 267.  
 Feuervisitationen I. 353. 374.  
 Fichtenblöße, Versteigerung III. 131.  
 Fichtenholz für Böttcher III. 165.  
 Fichtenpflanzungen III. 168.  
 Fichtenfaamen, Einsammeln desselben I. 68.  
 Fideicommiss I. 45. V. 43. VI. 83. 90. Ablösung  
 derselben I. 107. 108.  
 Fideicommisscapital IV. 170.  
 Fideicommissnachfolger VII. 26.  
 Fideimiationsgebühren IV. 84. 86. 87. 88.  
 Fideimiation der Abschriften I. 155.  
 Fieranten, Interimschne derselben I. 452. Ge-  
 werbesteuer ders. III. 361. IV. 251. s. Ausländer.  
 Filialgemeinden, Kirchenbücher derselben I. 210.  
 228. Administration der Armenkasse III. 3.  
 Filzschuhe, Verhandel damit VIII. 72.  
 Finanzkasse, Haupt- III. 63. Controle III. 64.  
 Finanzcollegium II. 61. 179. III. 63. 283. 287.  
 VII. 30. IV. 232. 233. Processse derselben IV. 123.  
 Gerichtsstand IV. 128.  
 Finanzen III. 63. 287. IV. 52. VI. 42. VII. 30.  
 VIII. 46.  
 Finanzetat IV. 169. VI. 42.  
 Finanzgesetz VII. 30. 31.  
 Finanzverwaltung VIII. 30.  
 Findling, Eintragung in das Kirchenbuch I. 212.  
 Fiscalische Anlagen 169.  
 Fischdiebstahl II. 62. VII. 32.  
 Fischen in Gehegewässern IV. 58.  
 Fischerei, herrschaftliche II. 68. 73.  
 Fischereiwogen I. 53. VII. 31. allgemeine Bestim-  
 mungen I. 54.  
 Fischotter, Tödtung derselben III. 97.  
 Fischegebühren Herzogl. Cammer I. 180. von Ver-  
 pachtungsgegenständen III. 96. 242. 249. 293. Er-  
 hebung III. 247. bei Raftverpachtungen III. 86.  
 96. für Verpachtung der Forstgrundstücke IV. 59.  
 Fiskus, Hypothel derselben wegen der Steuern I. 139.  
 Protestation bei Eintragung der Hypotheken I. 140.  
 142. Beschränkung der Privilegien III. 287. Pro-  
 cessen IV. 123.  
 Flachsrotten III. 118. VII. 32. Belegen mit Rasen-  
 törfen II. 241. 243.  
 Flecken, I. 94. Verwaltung I. 346. Verfahren wegen  
 Befegung der Handwerker III. 196.  
 Fleisch I. 255. von krankem Viehe I. 381. Hausiren da-  
 mit III. 195. Handel III. 188. der Gartkühe III. 197.

- Fleischerbunde III. 335.  
 Fleischverkauf aus dem Auslande II. 254.  
 Flinten, Jagd- III. 84. den Wilddieben abgenom-  
 mene III. 96.  
 Flüchtige Grundstücke VI. 64. 91.  
 Flüsse, öffentliche VII. 111.  
 Furschügen IV. 290.  
 Förster, Vorladung derselben I. 66. 170. Unterord-  
 nung derselben III. 66. Dienstwohnungen derselben  
 III. 72. 82. Gewalt derselben gegen Forstrevierler  
 III. 87. Tragen der Hirschfänger III. 87. Reli-  
 gationen in den Dienstwohnungen III. 82. Gegen-  
 wart bei Forstwrogen-Untersuchungen III. 80. 132.  
 137. Holzhandel derselben III. 155. Häuser, Bau-  
 ten an denselben III. 82. 162.  
 Fohlenschneider, Prüfung derselben I. 357.  
 Folliten der Acten I. 162.  
 Forderungen für Baue IV. 52. im Concurse IV.  
 125. im Hypothekenbuche VI. 63. des Schuldners,  
 deren Beschlagnahme VII. 13.  
 Forderungsrecht VII. 43. VIII. 50.  
 Forellendieberei II. 58.  
 Formulare zu Kirchenbüchern I. 229. in Steuerfa-  
 chen VII. 129.  
 Forst- und Jagdwesen I. 45. II. 62. IV. 53. V. 44.  
 VI. 43. VII. 31. VIII. 47.  
 Forstarbeit I. 56. 76. 77. III. 164. Arrest auf den  
 Lohn der Forstarbeiter IV. 120.  
 Forstaspiranten. Prüfung derselben II. 87. 91. III.  
 154. 155. Beförderung III. 154. 176. Aufenthalt  
 bei den Revierförstern III. 176. Prüfung VIII. 47.  
 Forstaufsichtsgelder III. 65. 74. 131.  
 Forstausgaben, geringfügige, Liquidation derselben  
 III. 83.  
 Forstbeamte, Anzeige der Forstreviel durch dieselben  
 VII. 35. Jagdbefugnisse 46. Zeugengebühren in  
 Forststrassachen VIII. 275.  
 Forstbeitragselder III. 65. 74. 131. von Privat-  
 forsten IV. 53. Forstbesoldungsbeiträge II. 102. 103.  
 Forstcultur IV. 170. III. 156.  
 Forsten, Holzverkauf IV. 59. Ablösung der Dienst-  
 barkeiten I. 109. Gemeinde- I. 85. Privat-, Jagd-  
 reviel darin I. 87. VII. 35. Begrenzung derselben  
 I. 51. Vermuthung derselben I. 169. Verwaltung  
 I. 179. Wese-, Bauholzansforderungen II. 90.  
 Weide III. 123. 170. Ausübung IV. 66. Ge-  
 meinde-, Anweisung darin IV. 67. herrschaftliche,  
 Anlegung eines Hypothekenbuchs dafür VIII. 84.  
 Forstbuzgelder, Niederschlagung der inexistibeln I.  
 69.  
 Forstbuzlisten, Einsendung III. 84. V. 47.  
 Forstcassenextract III. 75.  
 Forstdienststellen, Prüfung der Bewerber VIII. 47.  
 Forsterheber III. 74.  
 Forstexaminations-Commission VIII. 47.  
 Forstrevierler IV. 54. 60. Aufnahme in den Gefäng-  
 nissen V. 44. Register V. 47. Berichte wegen Er-  
 laß der Strafen V. 47. Aufsicht V. 48. Schadens-  
 ersaß IV. 67. Instruction I. 77. Vollziehung der  
 Strafen I. 57. Sistrung und Verfolgung ders.  
 III. 89. 90. 137. 171. 172. Hauszuchung III. 89.  
 Arbeiten III. 99. aus dem Preussischen III. 106.  
 Bescheinigung für geleistete Estrararbeit III. 118.  
 körperliche Züchtigung III. 150. Nachsuehung III.  
 155. widerpenstige IV. 61. 62. Verfolgung durch  
 die Oberforstbeamten VIII. 48.  
 Forstreviel I. 45. 47. 255. IV. 54. 60. Schadens-  
 ersaß IV. 67. Competenz der Districtsgerichte I.  
 88. in preussischen Forsten I. 32. 67. 83. Instru-  
 ction für die Husaren I. 67. 304. folg. Maasregeln  
 zur Verhütung derselben in den preussischen Grenz-  
 waldungen I. 58. im Wendenfurter Forstreviere II.  
 81. in Gemeindewaldungen II. 89. im Hannover-  
 schen gelegene braunschweigischen Forsten III. 85.  
 in dem Preussischen III. 106. der Preußen in braun-  
 schweigischen Waldungen III. 171. Bestrafung wie-  
 derholter V. 48. Convention desshalb mit Preußen  
 IV. 68. mit Hannover IV. 69. Gefängnisstrafen  
 desshalb VII. 33. in Privatforsten I. 87. II. 81.  
 von Ausmärtigen III. 79. 89. 171.  
 Forstrevieleckenntnisse III. 154. III. 87.  
 Forstrevielprotocolle, fehlerhafte I. 69. Form der-  
 selben III. 150. Einsendung derselben III. 153.  
 Beweis derselben IV. 68.  
 Forstgrenzen, Regulirung derselben III. 95. 111.  
 126. 147. Revision III. 73. 126. 147.  
 Forstgrund, Benutzung III. 117. Abgang davon III.  
 177. Verpachtung III. 177. IV. 59.  
 Forstgrundstücke, Verpachtung IV. 59. 88.  
 Forstlehrling II. 91. III. 98.  
 Forstmanual III. 136. 147.  
 Forstmeisterei III. 79.  
 Forst- und Jagdofficianten, Vernachlässigung ihrer  
 Dienstpflicht III. 65. Gewalt gegen Forstrevierler  
 III. 87. 177. Gegenwart bei Forstwrogenunter-  
 suchung III. 132. Pläten derselben III. 150. Holz-  
 handel ders. III. 155. Verbindlichkeit zur Landfolge  
 IV. 67. Rothwehr derselben VI. 25.  
 Forstofficiantenwohnung IV. 169.  
 Forstpersonal, Besoldungen von Privatforstbesitzern  
 IV. 53.  
 Forstpolizei I. 49. 53. Vergehen I. 49. Aufsicht der  
 Oberhauptleute I. 339.  
 Forstproduct, Anmaßung desselben durch die Forst-  
 bedienten III. 127.  
 Forstrechnungen über die Klosterforsten III. 103.  
 Manuale über Bauer- u. Löhne III. 115. Belege  
 dazu III. 132. 136. 147.  
 Forstrechnungsweisen II. 73. III. 74. 132. 136.  
 173. Instruction wegen der Belege III. 132. 136.  
 147. III. 149. Reste der verstorbenen Revierförster III.  
 149. Rechnungsmanuale der Revierförster III.  
 147. Reste der Forstgefälle III. 152. Erhebung  
 der Geldauskünfte III. 74. 157. 161. Vorkaufset-  
 tel III. 170.  
 Forstrevenüen, Erhebung derselben III. 74. 157.  
 161. aus den Klosterforsten III. 103.  
 Forstschläge I. 51.  
 Forstschreiber, Bauholzrevision I. 85. Erhebung der  
 Bauerlöhne III. 91. 106. 170. Führung eines  
 Hauptdiariums III. 96. der Manuale III. 115.  
 Zustellung der Holzauktionsprotocolle III. 155.



- Forstschreibtage, Holzansforderungen außer denselben II. 68. Zweck derselben III. 86.
- Forststrafarbeit III. 65. 99. 154. Controle III. 92. Verzeichniß III. 100. 113. Rückstände III. 163. Listen III. 163. Vollziehung IV. 61. 67. der Soldaten im activen Dienst VII. 35.
- Forststrafgesetz, Anwendung des Criminalgesetzbuchs IV. 48. analoge Anwendung VI. 30.
- Forststraf-Directorium I. 47. Ergänzung I. 56. III. 65. Declaration I. 255. Anwendung auf Flößholz in Blankenburgischen II. 81. Abänderung III. 64. 65.
- Forststrafen von auswärtigen Frevlern III. 79. 113. auf Geld und Arbeit III. 154.
- Forststrafserkenntnisse auf Arbeit I. 46. folg. 76. 77.
- Forststrafsgelder I. 30. IV. 53. 54. 57. Ummwandlung I. 69. Berechnung III. 74. 75. freiwillige Zahlung III. 85. Erkenntniß darauf III. 154.
- Forststrafschäßen I. 45. Declaration derselben I. 56. Competenz I. 88. Extracte für jede Oberförsterei II. 80.
- Forsttheilung IV. 81.
- Forstvergehen, Gefängnißstrafen desshalb VII. 33. siehe Forstwrogen.
- Forstvermessungen, siehe Vermessung der Forstgrenzen III. 73. 111. 177.
- Forstweideservitut, Ablösung IV. 80.
- Forstwrogen I. 45. 47. 255. Competenz wegen deren Untersuchung I. 152. 153. prompte Untersuchung II. 81. Citation in Braunschweig II. 85. Beleidigung der Landwehrjäger II. 85. Extracte für jeden Oberförster II. 80. Abänderung der Competenz II. 41. an der hannoverschen Grenze II. 62. an der preussischen Grenze II. 63.
- Forstwrogenuntersuchung III. 132. 137. Gegenwart der Forstbedienten III. 150. delicti commissi III. 152. wegen nicht verwendeten Bauholzes III. 153.
- Forstzins für verwilligtes Brennholz IV. 59.
- Forstzinsfreie Holzverwilligung IV. 59. 60.
- Forstzins für herrschaftliche Bauten, Ausführung in den Rechnungen III. 132.
- Forum der Erbschaftsfrage IV. 130. contractus IV. 138. 139. V. 81. VI. 105. 113. continent. causar. I. 159. ec identitate II. 163. delicti commissi I. 24. privilegiatum I. 141. 154. 160.
- Fouragegeld, Vereinigung mit der Contribution II. 299. Berechnung desselben II. 300.
- Frachtbriefe zc. bei Postwaaren in's Schleswigsche und Holsteinsche II. 257. Vorzeigung bei der Zollentrichtung II. 318. Vorlegung I. 6. Post. III. 344.
- Frachtfahren von Bauern III. 191.
- Frachtfuhrleute, Concession II. 122. Versenden der Sachen durch dieselben III. 191. 343. Contribution von Pferden III. 360. Reisepässe derselben IV. 120. Gewerbesteuer IV. 257.
- Frankfurt, Handelsvertrag II. 134. 135. Beitritt zum Passartenverein VII. 114.
- Frankiren der Briefe III. 344.
- Frankreich, Pässe dahin I. 348. Vertrag zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigenthums VIII. 12.
- Französische Forderungen I. 89.
- Französische Unterthanen, hülfbedürftige V. 5.
- Frauen, Wohnortsrecht III. 308. der Soldaten, Cur und Medicin für dieselben III. 324. als Besitzer von Rittergütern, Vertretung in der Landschaft I. 246. Gewerbebetrieb derselben IV. 142. Fuß und Kleider VII. 52.
- Freier Handel II. 131.
- Freigewicht auf der Post III. 344.
- Freijahre der Neuanbauer I. 430. 431.
- Freiheitsstrafen wegen Zoll- und Steuercontraventionen VII. 136. 137.
- Freimaurerlöge VII. 123.
- Freipässe wegen Weggelbes I. 470.
- Freisassen, Reisekosten ders. zum Landtage II. 203.
- Freisassengut, Erwerbung II. 315. Untheilbarkeit VIII. 42. Vererbung VIII. 42.
- Freitische in Göttingen III. 241.
- Freiwillige zum Militair I. 276. 304. 322. Atteste derselben I. 328. Cantonisten II. 217. einjährige VII. 104.
- Freiwillige Gerichtsbarkeit I. 141. 148. 153. 154. 156. II. 175. 180. VII. 36. 37. VIII. 50. Aufnahme der Protocolle II. 156. Competenz II. 149. folg. 161. 175. 177. 178. 253. VI. 109. Ver- u. Entseignungen II. 159. 161. Aufbewahrung der Testamente II. 161. Atteste II. 164. freiwillige Subhastationen und Verpachtungen II. 164. 170. Aucionen II. 170. Gaudelen bei derselben II. 174. Aufficht der Districtsgerichte III. 214. Gebühren V. 57. Berufung V. 67. Ausübung von der Landes-Deconomie-Commission IV. 7. Sporteln IV. 85.
- Fremde, III. 254. Anmelden ders. I. 341. IV. 219. Aufsicht desshalb I. 344. Verstorbene, Eintragung in das Kirchenbuch I. 217. Aufnahme II. 247. in Consequen II. 167. Bürgerrecht derselben IV. 72. 75. Auslieferung an auswärtige Gerichte VII. 64.
- Frescomalerei II. 113.
- Freudenmägde, Leiden derselben V. 107.
- Friedenhaus, Privilegium VIII. 238.
- Frift zur Rechtfertigung beim Oberappellationsgerichte IV. 116.
- Fromme Stiftungen IV. 183. Aufsicht darüber I. 183. Belegung der Capitalien derselben I. 187.
- Früchte, keine Gewerbesteuer davon II. 301.
- Führung der Cantontrollen I. 318.
- Fuhren, Markt, V. 61. Gefangenen- I. 364. 371. gelegentliche II. 122. in Zehnmärkten III. 191.
- Fuhrgewerbe III. 190. 191.
- Fuhrleute, Forstwrogen derselben I. 51. Ausweichen derselben I. 388. Concession derselben II. 122. Reisepässe IV. 120. Gewerbesteuer IV. 257.
- Fuhrlöhne I. 383.
- Fuhrtransport der Inquisiten I. 24.
- Fußartillerie VII. 105.
- Fußjäger I. 271. sind den Kriegsartikeln unterworfen I. 285. Beleidigung ders. I. 300. 306. 310. 311. Untersuchung der Excesse ders. I. 311. Belohnungen I. 329. Aufsicht auf die Wege II. 311. Bekanntmachung der Urtheile wegen Beleidigung ders. II. 53. Antheil an Strafgeldern III. 319.
- Furtum us. V. 19.
- Gutterfräuter, Schonung IV. 165.



Gährung des Biers III. 296.  
 Gärtneranstalt, Corporationsrechte IV. 93.  
 Gail und Gaare, Vergütung derselben bei Auseinanderlegung der Prediger III. 253.  
 Galanteriewaarenhändler IV. 100.  
 Sandersheim, Generalinspections- u. Prediger- Wittwen- und Waisencasse IV. 187. Leihhaus IV. 174. Holzberechtigung VI. 43. Bürgerhilfscassenverein VII. 123. Bahn- und Postamt VIII. 229.  
 Gardehusaren II. 216. freiwillige II. 219. Beurlaubte II. 221.  
 Sarkoch, Handel mit Prülflecken III. 193. Befugnisse V. 67. III. 197.  
 Sarküchen auf dem Rande I. 426.  
 Garn, Ausgangsoll III. 371.  
 Garnhändler, Beerdigung II. 121.  
 Garnhandel I. 451. sein Ansehung des Gewürzhandels II. 265. III. 352. 360.  
 Garnhaspel, Magdeburger IV. 178.  
 Garnison-Dienstreglement VIII. 200. folg.  
 Garnisonsschule VII. 82.  
 Gartenbeschreibungen VI. 66.  
 Gartenfrüchte, keine Gewerbesteuer II. 301.  
 Gassenflächter, Aufnahme in die Gilde II. 114.  
 Gast- u. Schenkwirthe, Gewerbesteuer IV. 242. Verlegung der Wirtschaften VIII. 70. polizeiliche Erlaubniß zur Haltung von Regelbahnen VIII. 75.  
 Gatterwärterwohnung am Stammberge VII. 49.  
 Gaudler IV. 103. umherziehende IV. 242. Zulassung derselben II. 255. Gewerbeschein III. 350.  
 Gebäude, geistliche II. 252. neue, Entfernung derselben von andern V. 6. im Hypothekenbuche VI. 64. Zählung VIII. 281.  
 Gebäudetaxen, Erhöhung in der Brandversicherung III. 21.  
 Geborne, Verzeichnisse derselben I. 212. 227. Listen derselben I. 231. 234. Gestorbene, Verzeichniß II. 225.  
 Gebrechen der Cantonisten II. 215.  
 Gebühren für's Meistwerden I. 153. in Landesverwaltungs- u. Brandcassen-Angelegenheiten I. 120. in Gemeindeangelegenheiten I. 123. für Laufen I. 186. 227. für's Siegel I. 113. 123. für Bescheinigung aus den Kirchenbüchern I. 224. der Taxatoren bei Pachtübergaben I. 181. der Geistlichen für kirchliche Handlungen II. 302. gerichtliche s. Gerichtsporteln — preussischer Gerichte in Untersuchungssachen I. 50. für das Läuten bei Beerdigung neugeborner Kinder III. 253. des Postzelmilitärs bei Executionen III. 323. bei fürstl. Cammer III. 96. 239. Beziehung unbewilligter III. 25. Fürstl. fürstl. Cammer III. 96. für Erwerb der Erbenzinsgrundstücke vom Leihhause mittelst Subhastationen III. 213. Aufschreiben derselben IV. 91. Gerichts- IV. 84. Liquidation IV. 91. in Gerichtssachen IV. 78. 84. 87. 91. in Criminalsachen IV. 85. in Gemeinheitsheilungssachen IV.

82. in Ablösungs- und Separationsachen bei den Stadtgerichten und Aemtern IV. 82. in Denunciationsachen IV. 47. in Accise-Defraudationsachen IV. 86. für Abnahme der Gemeinderrechnungen IV. 76. für Abnahme der Kirchenrechnungen IV. 152. für Verpachtung der Forstgrundstücke IV. 59. 87. beim Consistorio IV. 307. in Gewerbesteuer-Contraventionsachen V. 56. der Unterbedienten V. 56. Erhebung in Processsachen V. 57. in Administrationsachen V. 57. Ablieferung V. 57. im Preussischen V. 57. bei Substitution allodialer Grundstücke V. 58. für Emigrationsconsens V. 61. der Gerichtsunterbedienten VI. 50. der Zeugen und sonstigen Auskunftspersonen VI. 50. 51. VII. 14. Nebengebühren VI. 96. VIII. 88. 101.  
 Gebührenfreiheit in Ablösungsachen V. 2. in Vormundschaftsachen V. 56. im Preussischen V. 57. Nebengebühren VIII. 88. 101.  
 Gebührentaxe in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit VII. 37.  
 Geburten, ungezichte, Beerdigung derselben IV. 162. Eintragung in das Kirchenbuch I. 214. VI. 119. in Mißgehen zwischen Christen und Juden VIII. 46.  
 Geburtsfälle, Anzeige davon IV. 141. 145. I. 208. VIII. 46. in einer andern Gemeinde I. 227.  
 Geburtshelfer, Zuziehung desselben I. 234.  
 Geburtslisten I. 207. 212. 227. 231. 234. VI. 118. der Juden I. 235. IV. 88. 140. VIII. 142. 143.  
 Geburtscheine I. 223. Beibringung derselben von den Wittmen I. 235. behuf der Confirmation in Braunschweig III. 255.  
 Gefälle, Cammer-, Ablieferung derselben III. 43.  
 Gefängnisse II. 173. VII. 7. Aufnahme der Gefangenen II. 45. VI. 18. Berechnung der Kosten für Unterhaltung der Gefangenen VIII. 116.  
 Gefängnißstrafe I. 20. VI. 35. VII. 77. 33.  
 Gefahr im Verzuge in Rechtsachen beim Oberappellationsgerichte IV. 117.  
 Gefährbezugs s. Fahrgenzins.  
 Gefangene, Befreiung IV. 37. Vernehmung V. 4. in Wolsenbüttel V. 24. in Braunschweig V. 25. Transport der Gefangenen V. 36. Aufsicht der Oberhauptleute I. 339. 340. Transport derselben I. 24. 352. 371. II. 116. 119. 351. Fesselung II. 19. Aufsicht VI. 18. Bekleidung VI. 19. unvermögende, deren Bekleidung VII. 133. Communication mit denselben VI. 33. Hülfleistung zu deren Befreiung VI. 32. Vorführung ders. vor die Gerichte VII. 147.  
 Gefangenen-Führen s. Führen.  
 Gefangenentkosten, Liquidation derselben II. 47. 54. resubditirte, deren Berechnung II. 57. Rechnung derselben II. 173.  
 Gefangenwärter, Gebühren desselben I. 114.  
 Geflügel, Taxe dafür III. 122.  
 Gefundene Sachen I. 18. IV. 46. Kosten desselben IV. 46.

- Gehalt der Staatsdiener III. 25. Arrest darauf IV. 128. VII. 13. VIII. 223. Zahlung ders. III. 25.
- Gehilfsjäger, nicht als herrschaftliche Jäger zu betrachten III. 81. Anweisung für dieselben III. 81.
- Conbuitenliste über die. III. 99. Verheirathung ders. III. 128. Verlegung ders. III. 187.
- Gehilfspersonal der Landchaft III. 289.
- Gehilfen, der Rater IV. 99. der Ruffanten V. 65.
- Geistliche und Schuldiener, Gesuche, Einreichung ders. IV. 159. Gnadenbewilligungen für dieselben VI. 128.
- Geistesranke, Aufnahme in das Alexi-Pflegehaus IV. 181. Instruction desshalb III. 307. Special-Curatoren ders. III. 268.
- Geistliche, deren Lebenswandel III. 262. 263. Steuerfreiheit ders. I. 90. 404. Heranziehung zur Armensteuer III. 8. Brennholzdeputate derselben III. 76. Concurrenz zu den Gemeindefasten II. 193. Gebühren für kirchliche Handlungen II. 202.
- Geistliche Gebäude, Baulichkeiten derselben I. 183. Besorgung der Bauten an dens. III. 15. Diäten dafür III. 20. 183. Beitrag der Rittergüter zu deren Reparatur und Unterhaltung der Schulgebäude I. 205. Bauten ders., Diäten dabei I. 116.
- Geistliche Güter, Obliegenheit der Kreisgerichte desshalb I. 343.
- Geistliche Stiftungen, Verwaltung deren Vermögens I. 183. in Braunschweig, Aufsicht darüber III. 270. Portofreiheit der Correspondenzen VIII. 176. 177.
- Geitelde, Beilegung von Theilländerei zum Gemeindebezirke VIII. 66.
- Geld, Ausleihung und Sicherstellung III. 207. Verabreichung IV. 171. 206. falsches IV. 205. 206. keine verbrauchbare Sache V. 21.
- Geldabgaben, Ablösung derselben IV. 2. 5.
- Geldablieferung an die Cammercasse I. 43.
- Geldbriefe, Verriegelung derselben I. 389.
- Gelder, Belegung beim Leihhause II. 154.
- Geldentschädigung für Brennholzabgaben VII. 32.
- Geldforderungen, Beitreibung derselben VII. 13.
- Geldforststrafen, Verwandlung ders. IV. 67. Beitreibung IV. 69.
- Geldforten IV. 165.
- Geldstrafe VII. 20. 23. 146. für Forstverbrechen III. 154. Verwandlung ders. I. 20. in Steuercontraventionsfachen I. 453. Beitreibung IV. 44. Berechnung V. 3. 17. 39. Ablieferung VI. 16. Verwandlung in Gefängniß VI. 20.
- Gelehenes Holz III. 129.
- Gemeindeabgaben VII. 45. 47. Concurrenz der Geistlichen und Schuldiener II. 193. Aufbringung derselben in Borßelde III. 181.
- Gemeindeämter VII. 43. 44. 46.
- Gemeindeangelegenheiten IV. 72. V. 49. VI. 46. VIII. 65. Zugiehung der Rittergutsbesitzer V. 52. Gebühren in dens. I. 120. 121.
- Gemeindebachhäuser I. 359. 363. 368. Wohnung dabei III. 333. 334.
- Gemeindebedäcker, Besugnisse IV. 100. V. 60. Wohnung I. 368. Geschäftlichkeitsprobe III. 179. 180.
- Gemeindebeamte IV. 73. VII. 43. 44. 46.
- Gemeindebegräbnissplätze VII. 82.
- Gemeindebezirk VII. 46.
- Gemeindecapitale, Kündigung IV. 77. Aufsehung vom Leihhause IV. 77.
- Gemeindecassen, Beitreibung der Restituenda II. 105.
- Gemeindediener VII. 45. 47.
- Gemeinde-Eigenthum, Vertretung der Stadtdeputirten V. 52.
- Gemeindeforsten I. 88. Aufsicht darüber III. 65. 131. auswärtiger III. 66. Widersegligkeit gegen Anordnungen in denselben III. 72. Anlage der Culturen III. 156. Culturgelberhebung III. 164. f. auch Gemeindevandalen.
- Gemeindegüter IV. 72. Verzeichniß V. 52. Veräußerung, Verpachtung I. 88. 89. 104. 342. 344. 348. Contracte darüber I. 445. Inventarium derselben I. 90. Sporteln wegen deren Verpachtung II. 104. folg.
- Gemeindegossen VII. 43. 46.
- Gemeindegrundstücke u. Gerechtsame VII. 49. Veräußerung ders. VIII. 70.
- Gemeinden III. 284. Bezahlung der Einführungskosten der Prediger I. 204. Pfindrecht derselben I. 139. Vernehmung ders. I. 177. Aufsicht über die. I. 179. Ueberreichung der Beschwerden nur von drei Deputirten II. 44. Vernehmen ders. auf den Kirchhöfen nach vollendetem Gottesdienste III. 263. Bezirke ders. III. 284. Bildung derselben III. 284. VII. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. Schadensersatzpflicht bei Aufläufen VII. 19. VI. 46. 97. Rechtsstreite VII. 46. VII. 49. Vermögensverwaltung ders. VIII. 68. 69.
- Gemeindefasten, Beitragsverbindlichkeit der herrschaftlichen Officialen I. 105. Heranziehung der Prediger und Schuldiener I. 90. 104. III. 299.
- Gemeindeglieder I. 104. 105. VIII. 43. 46.
- Gemeindeordnung IV. 169. VII. 43. 46. Auslegung und Anwendung des §. 11. der Gemeindeordnung VIII. 69.
- Gemeindeproucess I. 343. III. 216. VI. 46. VII. 49. IV. 74. 120. Vernehmung der Gemeinden II. 176. Kosten desshalb III. 206.
- Gemeinderath I. 342. VIII. 46. 82. Vermögensverwaltung II. 104. Rechnungsabnahme II. 104. Rechnungen der Neu-Pettrhor-Gemeinde in Braunschweig II. 283.
- Gemeinderrechnungen, Zugiehung der Rittergutsbesitzer V. 52. Verfahren IV. 52. 74. VII. 47. Abnahmegebühr IV. 76. I. 90. 104. 123. Stat I. 91. folg. Abnahme 94. 342. Aufsicht der Oberhauptleute und Abnahme ders. I. 339. 342.
- Gemeinderrechnungsstat III. 179. 180.
- Gemeinderrechnungsfachen, Copialien II. 105. die bei dem gerichtlichen Revisionsverfahren zu beobachtenden Formen betreffend VIII. 66.
- Gemeinderothbedienste I. 90. 140.
- Gemeinderothbewiesen I. 102. Behütung derselben I. 255. 472.
- Gemeindefschulden IV. 72. 77. Sicherheit dafür VIII. 70.

Gemeindefchuldner VII. 47. 48.  
 Gemeindefchulen, Einkommen der Lehrer VIII. 136. 142. neue Lehrbücher nicht ohne Genehmigung Herzogl. Consistorii einzuführen VIII. 147. Rechnungsbücher anzulegen VIII. 147. 148. Rectionspläne VIII. 144. 145. 146. 149. 150. 151. 152. 173. folg.  
 Gemeindefchuß VII. 48.  
 Gemeindesteuer IV. 72. der Staatsdiener IV. 75. 76. Veranlagung derselben I. 345.  
 Gemeindertheilung II. 105. VI. 47. Grundstücke auf Bezirken mehrer Gerichte II. 105. 106. Mittheilung an Herzogl. Cammer- und Landes-Steuer-Collegium II. 106.  
 Gemeinderermögen I. 34. 344. VII. 47.  
 Gemeindeverwaltung I. 342. 345. folg. 348. 354. VII. 43. 46.  
 Gemeindevorsteher VII. 47. 49. Beamte der gerichtlichen Polizei VIII. 32. Anzeige der Sterbefälle bei den Predigern VIII. 184.  
 Gemeindevorband VII. 46.  
 Gemeindevandalen I. 62. 85. V. 46. Culturen in denselben I. 88. Ausroden ders. IV. 66. Ausweisung in dens. IV. 67. Bauholz daraus V. 46. Aufsicht darüber II. 65. III. 65. 131. Schadenserlag wegen Forstfrevel II. 89. III. 85. 160. Besoldungsbeiträge II. 102. f. auch Gemeindeforsten.  
 Gemeindeweide, Recht Pferde darauf zu treiben III. 178.  
 Gemeinbewiesen I. 102.  
 Gemeinheit VII. 45. 47.  
 Gemeinheitstheilung IV. 74. 120. V. 54. VI. 47. VII. 43. I. 107. 255. auswärtiger Gemeinden I. 110. 111. 255. Kosten I. 111. Einfindung der Aeten an die Landes-Deconomie-Commission III. 181. Berechtigung der Anbauer III. 182. in Braunschweig V. 82. Veränderung des Grundvermögens des Cammergutes und Kloster- und Studienfonds IV. 168.  
 Gemüse, keine Gewerbesteuer davon II. 301.  
 Gemüthsfranke III. 307.  
 Gendarmerie, preussische, Mittheilung der Steckbriefe I. 351.  
 Generalhypothek nur auf eigene Grundstücke zulässig VIII. 58.  
 Generalcasse IV. 52.  
 Generalkriegsgericht VIII. 198. 199.  
 Generalsuperintendent in Braunschweig I. 183.  
 Geometer zur Vermessung der Höheitsgrenzen II. 145.  
 Gerben VII. 123.  
 Gerechtsame, Competenz der Gerichte II. 179. Befreien derselben III. 330. Eintragung in das Hypothekenbuch VI. 63.  
 Gerichte, Eintheilung derselben I. 141. 152. Verhältnis derselben gegen einander I. 148. III. 207. Beileidigung derselben III. 233. Unabhängigkeit III. 287. Zuständigkeit VII. 12. 56. 59. 131. 132. Zuständigkeit in administrativen Sachen VI. 23. 113. Unterföhung der Parteien zur Verbeischaffung von Beweismitteln VIII. 16. Mitwirkung bei Ausmittelung der Erbschaftssteuer VIII. 242.

Pegg's Repert. VIII. Th.

Gerichtliches Verfahren I. 142.  
 Gerichtliche Polizei VII. 19. Gemeindevorsteher, Beamte derselben VIII. 32. Eingriffe darin VIII. 91.  
 Gerichtbarkeit III. 286. freiwillige I. 141. 148. 153. 154. 156. freiwillige, Aufsicht der Districtsgerichte III. 214. f. freiwillige Gerichtsbarkeit.  
 Gerichtsbeamte, deren Titulatur VII. 62.  
 Gerichtsferien VII. 60.  
 Gerichtsgebühren VII. 14. 37. 39. Bestimmung verschiedener I. 113. Anschreiben derselben I. 115. VI. 48. in Untersuchungssachen I. 119. Einfindung derselben VI. 108. der sportelfreien Partei VI. 11. annectirte, Einziehung durch die Amtsgerichte VIII. 18. 19. bei Scheidung aus landesherrlicher Nachvollkommenheit VIII. 19. Freiheit der Behörden VIII. 53. sportelfreier Behörden VIII. 88. 101.  
 Gerichtshandelsbücher V. 74. Aufbewahrung II. 161. VI. 62. 67.  
 Gerichtshülfs- und Unterbeamte VII. 18.  
 Gerichtshof wegen verletzter Landesverfassung IV. 114.  
 Gerichtskreise I. 152. III. 207.  
 Gerichtspersonen, deren Ablehnung VII. 12. 131.  
 Gerichtsscretaire VIII. 57. Verleihung des Titels Assessor VIII. 88. Dienstkleidung VIII. 97. Amts-, können, auch wenn sie das Votum haben, nicht an den freigerichtlichen Geschäften Theil nehmen VIII. 110. Beforgung richterlicher Geschäfte durch dieselben VIII. 131.  
 Gerichtssiegel I. 113. 123.  
 Gerichtsporteln I. 111. II. 106. III. 163. IV. 83. V. 55. VI. 48. f. auch Gebühren. Rechnung darüber I. 114. Abrechnung II. 107. für Auflassung der Grundstücke in Braunschweig II. 110. Ablieferung II. 110. für Aufnahme freiwilliger Verträge in Processen II. 112. für Bestätigung der von Notarien aufgenommenen Contrate III. 183. wegen der Domainen III. 184. Verlass väterlicher Grundstücke in Braunschweig III. 184. 185. Theilung ders. III. 185. für Mandate III. 185. Ablieferung III. 187. vom Leihhause bei Substationen III. 213. Ordnung, Ergänzung IV. 84. 91. in Vormundschafts- und Curatelsachen IV. 86. Anschreiben ders. IV. 91. beim Oberappellationsgerichte IV. 118. in Zoll- und Steuercontraventionsachen VI. 35. 43. 49. Bestimmung zweifelhafter VI. 48. Erhebung VI. 52. Einfindung VI. 108. Freiheit der Behörden VIII. 53.  
 Gerichtsportelpapier IV. 85.  
 Gerichtsstand, privilegiert I. 141. 153. 154. des Gerichtspersonals I. 155. des Militärs I. 263. 264. 280. 284. VII. 106. continentiae causarum ex identitate II. 168. der Soldaten III. 323. wegen Todeserklärung IV. 130. der bei den Stadt- und Amtsgerichten angeestellten Beamten und Officianten und deren Angehörigen VIII. 89. des Wohnsitzes VIII. 129. 130.  
 Gerichtsunterbediente I. 153. f. auch Unterbediente und Gerichtshülfs- und Unterbeamte.  
 Gerichtsverfassung, veränderte I. 154. VII. 55. 56. 57. VIII. 89.

- Gerichtsverwaltungs-kosten I. 383. II. 107. III. 341. VI. 110. VII. 114. 118. V. 55. 129. Rechnung desshalb VIII. 104.  
 Gerichtsvollzieher VIII. 18.  
 Gesellschaft, händelverträge III. 331. 332.  
 Geschäfte der Justizbeamten IV. 113.  
 Geschäftsgang, Vereinfachung V. 15. VI. 45. im Kaufsache III. 16.  
 Geschäftsordnung der Landschaft III. 282. 289. IV. 167. VII. 100.  
 Geschäftstüberzichtstabellen III. 222. 234. des Kirchenrechnungswesens III. 279. der Gerichte, Hypothekenverzeichnisse darin VII. 100.  
 Geschenke, Annahme von Unterofficieren I. 286. von Officieren I. 287. von Jollosufficanten II. 319.  
 Geschäftlichkeitsprobe I. 131. der Fischer I. 135. der Ruffanten III. 358. der Handwerker, die nicht auf Bestellung arbeiten III. 194.  
 Geschiedene, Wiederverheirathung derselben V. 93.  
 Geschlecht der Kinder, Angabe in den Kirchenbüchern III. 251.  
 Geschlechtstanne V. 86.  
 Geschwister, vollbürtige u. halbbürtige, Succession in Mitter-, Schrift-, Freisassen u. sonstige Landgüter VIII. 42.  
 Geschworne I. 100. Amts- II. 104.  
 Geschwornengericht VI. 15. 97. VII. 131. Zuständigkeit VIII. 89.  
 Gesellen I. 129. folg. Wanderbuch ders., Geschenk ders. I. 130. Lohn I. 130. Streitigkeiten zwischen Meister und Gesellen I. 130. Unzuf., Schimpfen ders. I. 131. Heirath ders. I. 201. 331. Untersuchung der einwandernden wegen ihrer Gesundheit II. 210. Umhererschweifen ders. II. 232. Wohnortsrecht ders. II. 235. Dirigirung der Wanderschaft III. 190. umhererschweifende frange III. 297. Verbindungen IV. 93. Wandern IV. 96. VI. 140. Wohnortsrecht IV. 282. Prüfung IV. 105. V. 63. VII. 53. jüdische IV. 218. Meister- IV. 92. der Maler IV. 99. jüdische IV. 104. arbeiten für sich IV. 109. Wiederzuführung der in das Händelver- sche entwichenen VIII. 223. 224.  
 Gesellenprobefuß VII. 53.  
 Gesellenvertrag VII. 54.  
 Gesetze, Ueberschreitung verbiethender I. 169. Form ders. III. 286. Uebertretung VI. 40.  
 Gesetzeskraft der weltlichlichen Gesetze I. 141.  
 Gesetzgebung, Zustimmung der Landstände I. 248. Verfügung wegen deren Mängel I. 248. Mitwir- kung der Landschaft III. 286.  
 Gesellschaftliche Hypotheken I. 139. 140. f. auch Hypothek.  
 Gesellschaftliche Ordnung, Aufrechterhaltung ders. II. 202.  
 Gesinde, Entlassung desselben V. 139. Personalsteuer desselben VII. 131. Dienstbuch, Verfälschung des- selben VI. 30. Gebühren dafür IV. 11. Copulation desselben IV. 158. Wohnortsrecht IV. 282. 283.  
 Gesindel, Maapregeln dagegen I. 351. f. auch Va- gabunden.  
 Gesindemakler IV. 210. 213.  
 Gesindeordnung, Gebühren dafür IV. 169. I. 256. 347. III. 283. 329. Declaration ders. V. 139. Ab- änderung des Verfahrens in Gesindesachen VIII. 79. 80.  
 Gestohlene Sachen, Bekanntmachung ders. durch die Anzeigen I. 23. Kosten der Bekanntmachung II. 58. vindication III. 27.  
 Gestorbene, Eintragung in das Kirchenbuch I. 217. Listen derselben I. 231. Listen darüber VII. 142. 143.  
 Gestüt, Land- I. 255. 341. IV. 170.  
 Gesuche, Bittschriften II. 304. um Bau- und Zug- holz II. 81. um Begnadigung II. 54. Stempel zu den Anlagen II. 261. der Waldarbeiter III. 149. abgeschlagene, Wirkung IV. 48. der Geistlichen und Schuldiener IV. 158.  
 Gesundheitsbeeineignung der Inquisiten beim Eintritte in die Strafanstalt I. 123.  
 Gesundheitscommission für Cantonisten II. 227.  
 Gesundheitszustand der Corrigenen IV. 25.  
 Getaufte, Verzeichniß derselben I. 212. 227.  
 Getreide, Eingangsbegabe II. 135. VII. 154. 157. Durchführung durchs Händelverträge II. 137. Steuern davon II. 262. Abholen desselben von den Mül- lern III. 339.  
 Getreidegemäße IV. 177.  
 Gevattern, Anzahl derselben I. 202. IV. 152.  
 Gevatternopfer III. 265.  
 Gewalt der Forstbedienten gegen Forstrevoler III. 86. 177.  
 Gewässer, Bege- IV. 58.  
 Gewehr, Jagd-, fertiges III. 147. der Jagdrevoler I. 305. Wildbieds- I. 347. Jagd-, Sicherung der- selben III. 84. den Wildbieden abgenommene III. 96. mit Percussionskloschlüssen IV. 58. mit Zünd- hütchen IV. 209.  
 Geweihe, deren Aneignung VII. 32.  
 Gewerbe und Gilden IV. 92. V. 58. II. 113. III. 187. VIII. 71. Verreibung unzümtiger IV. 43. Darlehen desshalb VI. 131. Fuhr-, III. 190. 191. Grenzen zwischen dens. I. 135. unbefugtes, Bestra- fung I. 131. Legitimation dazu I. 132. Abände- rung des Gesetzes über den gildemäßigen Gewerbe- betrieb VIII. 72.  
 Gewerbebetrieb und Etablissement I. 464. III. 359. Zulassung Königl. händelverträge Unterthanen VIII. 76. Bedingungen der Zulassung im Händelverträgen VIII. 75. 76. unständiger, Befugniß zur Gestat- tung und Aufnahme in die Gewerbescheinrollen VIII. 79.  
 Gewerbeconcessionen, Gebühren V. 61.  
 Gewerbefreiheit II. 114. Zahl der Gewerbegegnissen II. 114.  
 Gewerbeordnung I. 133. 254. VII. 52.  
 Gewerberath VII. 54.  
 Gewerbescheine I. 133. 408. Anfertigung I. 439. folg. für Anwärter auf Märkten I. 420. 424. 449. 452. 453. 457. für Detailhändler I. 432. für Kaufleute I. 447. zum Kaufm. I. 457. zum Han- deln als Kaufmann I. 459. mit Eisen I. 464. für Sengstreuter I. 341. für Krüger I. 424. für Lohn- hütcher I. 386. an Militairpflichtige und Minder- jährige I. 134. Befreiete davon II. 114. auf Me-

- jen und Wärdten II. 117. für die Musiker in Braunschweig II. 117. 299. Birthe der Clubbs II. 262. Legitimation durch dieselben II. 118. zum Handel mit Bruchsteinen II. 300. für Früchte, Butter &c. II. 301. für Kornmäßer und Viehhändler II. 264. 352. Berichte an die Oberhauptleute darüber II. 265. Zweck deren Ausfertigung III. 196. IV. 92. auf Jahrmärkten IV. 256. für Lotterje-Collecteure V. 104.
- Gewerbesteuer I. 408. IV. 242. wer dazu heranzuziehen I. 451. Reclamation I. 411. VII. 130. der Zieranten III. 361. von Kleinbändlern III. 361. der Frachtfuhrleute III. 360. von Birthen der Clubbgesellschaften II. 262. für die im Tarif nicht genannten Gewerbe I. 445. für Höfer und Vicualienbändler IV. 247. der Zieranten IV. 251. für Müller IV. 203. für Grophändler IV. 242. reisender Kaufleute IV. 245. in den Zollvereinsstaaten VI. 155. Sachen, Verfahren darin VIII. 247. folg.
- Gewerbesteuer-Contravention II. 113. folg. IV. 242. VII. 127. Bestrafung derselben II. 408. Untersuchung I. 460. Einfindung der Strafgebel IV. 102. Gerichtsproteln V. 24. 56. Geldstrafen V. 3.
- Gewerbesteuer-Contraventionsfachen V. 56. VI. 147. Verfahren in denselben VIII. 247. folg.
- Gewerbesteuerfachen VII. 128.
- Gewerbesteuerstrafen VII. 147. 148.
- Gewerbesteuerverzeichnisse I. 447.
- Gewerbetreibende, deren Befugnisse IV. 242. Concession und Legitimation ders. I. 133. 448. II. 118. Verhältniß ders. auf dem Lande I. 133. Begünstigung im Zollverein VIII. 314.
- Gewerbsinterimscheine für Zieranten I. 452. 453. 457.
- Gewerbspolizei I. 179.
- Gewicht IV. 177. Vergleichstabellen II. 131. Eisenbahn- VI. 42.
- Gewohnheit, Gültigkeit derselben VI. 33.
- Gewürzwaarenhandel, Gewerbeschein dazu I. 459. Besteuerung IV. 95.
- Gifte, Handel damit IV. 197. V. 58. 106. 109. VIII. 190.
- Gilde, Beitreten zu derselben III. 190.
- Gildeartikel, Gildebriefe I. 124. 135.
- Gildeauskünfte III. 188.
- Gildbefugnisse, Entscheidung der Streitigkeiten darüber III. 194.
- Gildebeiträge I. 131.
- Gildebezirke VII. 52.
- Gildedeputirte I. 126. IV. 93. VII. 53.
- Gilbediener VII. 53.
- Gilderechtsame, Verlust derselben I. 131.
- Gildeliste VII. 53.
- Gildemitglieder VII. 52. 53.
- Gilden I. 123. folg. II. 113. Mitglied verschiedener I. 131. Grenzen in Rücksicht deren Arbeiten I. 135. IV. 92. Statuten derselben VII. 52.
- Gildeordnung I. 123. 254. VI. 23. Declaration III. 190.
- Gildprivilegien I. 124. 135.
- Gildetodtencassen I. 128. Stempelfreiheit derselben I. 137. vergl. 139. §. 1. Nro. 5.
- Gildervermögen I. 124. Administration desselben I. 132.
- Gildenvorsteher, Wahl derselben I. 134. Amtsvergehen derselben VI. 22. VII. 53.
- Gildensammlung VII. 53.
- Gilgenheimb, Privilegium VIII. 236.
- Gläubiger, ausländische II. 167.
- Glas, Accise davon I. 144.
- Glaser, Holzarbeiten derselben I. 137.
- Glaubensbekenntnisse, verschiedene VI. 120.
- Glaubenssatz, Handel damit V. 110.
- Gleichheit vor dem Richter III. 287.
- Glücksspiele IV. 110. 208.
- Gnadenhalbjahr der Predigerwitwen IV. 147. 151.
- Renar der Militairpensionaire II. 215.
- Gnadenmonate VI. 116.
- Gnadenruhehalte, Aushebung derselben VII. 18.
- Gold, Goldmünze, IV. 52. VI. 138. und Silberarbeiter, Gewerbebefugnisse VIII. 72.
- Gordian, Privilegium VIII. 238.
- Goslar, Steuerämter IV. 244. Langelsheimer Straße, Erklärung zur Uebergangstraße VIII. 297.
- Gottesdienst, Beiwohnung von den Soldaten I. 280.
- Schießen und Jagen unter demselb. III. 128. bei städtischen Wahlen V. 50.
- Grabesolgebührenerschaft in Braunschweig V. 110.
- Grabsteine, Regnahme derselben III. 265. 271. 277.
- Graben, Verriichtung derselben VI. 113.
- Gräber, Befriedigung und Ausmauerung III. 277.
- Verfertigung IV. 220. Tiefe ders. V. 94. Reben an denselben nur den Geistlichen erlaubt VIII. 137.
- Ausmauern ders. VIII. 140. 141.
- Gramme, Gewichtstheil des Zolspundes VIII. 189.
- Grasnutzung, in der Forst III. 170.
- Grasraupe, Vertilgung derselben I. 371.
- Gratuliren zum neuen Jahre II. 250.
- Grenzangelegenheiten, Gebühren der Amtsbeizte III. 183.
- Grenzaufsichtsbeamte, deren Vorladung V. 23.
- Aufsicht auf Forst- und Jagdrevuel V. 48.
- Grenzbeziehungsprotocoll, Forst- III. 126.
- Grenzcommission I. 256. VII. 30.
- Grenze II. 445. Hoheits- VI. 57. des wolsenbüttelschen und schöningenschen Districts I. 256. des Fürstenthums Blankenburg I. 257. des Harzdistricts I. 258. des Bederdistricts I. 258. Forst-, Revision ders. III. 73. 111. 126. 147. Weide- III. 123. preussische und hannoversche IV. 110. Forstrevuel an derselben IV. 68. Verbrechen an ders. IV. 45.
- Grenzfurchen, Auspflügen und Ausgraben derselben VIII. 184. 185.
- Grenzpfähle I. 426. 429. 440. II. 1. 25. Terrains dazu II. 4.
- Grenzpassämter II. 25. 33. Anmelden der Durchgangswaaren III. 3.
- Grenzpassbeamte, Instruction II. 4.
- Grenzregulirung mit dem Königreiche Hannover I. 256.

Grenzachen I. 141. III. 292. VII. 30.  
 Grenzsteueraufsicher, deren Vorladung VI. 157.  
 Grenzwaldungen, Forstfrevler darin IV. 56. 58.  
 Grenz Zoll II. 317. Aemter II. 336 Beamte, Instruc-  
 tion für dieselben II. 322.  
 Grobder Straße über Heften, Erklärung zur Ueber-  
 gangstraße VIII. 299.  
 Großbritannien, Vertrag wegen des Nachdrucks VI.  
 14. VIII. 13.  
 Großhändler I. 125. Handel mit Arzneiwaaren, Far-  
 ben und Giffen IV. 179.  
 Grote, Privilegium VIII. 234.  
 Gruben, Sand-, Lehm- u., Zuwerfen derselben III.  
 338.  
 Grund und Boden, Abtretung wegen Bauens III. 12.  
 folg.  
 Grundabgaben IV. 206. 207. 241. Zustimmung be-  
 theiligter Dritter III. 181.  
 Grundacten VI. 62. 71.  
 Grundbesitzer, Veränderung bei denselben I. 36.  
 Grundprästationen, Register über dieselben I. 153.  
 Grundsteuer I. 403. 404. Ermäßigung ders. II. 262.  
 263. VII. 125. 126. Erhebung einer allgemeinen  
 VIII. 244. Befreiung der Kirchen und frommen  
 Stiftungen davon VIII. 244. 245.  
 Grundstücke, Abtretung IV. 51. bei Ablösungen IV.  
 3. zu Staatszwecken IV. 263. 306. Besitzer ders.,  
 Befreiung vom Militair I. 317. Abtretung zum  
 Wegebau I. 467. IV. 261. 263. Bekanntmachung  
 der Verlassung I. 139. IV. 111. V. 72. 74. VI.  
 95. Pflegsbesohlene, Verpachtung I. 177. Verkauf  
 derselben III. 212. Veränderung mit denselben an-  
 zusetzen I. 457. 461. Verfassung derselben I. 156.  
 177. II. 110. 166. Verkauf derselben den Kinder-

jährigen gehörig I. 157. 160. 161. Erwerbung  
 derselben, Wohnortsrecht desshalb II. 252. III. 369.  
 der Minderjährigen, Verkauf derselben II. 172. 173.  
 Erwerbung derselben von Israeliten III. 206. im  
 Preussischen III. 351. väterliche, Sporteln davon  
 in Braunschweig III. 183. theilbare V. 1. Classi-  
 fication IV. 255. in verschiedenen Gemeindebezirken,  
 Eintragung in das Hypothekenbuch VI. 67. 91.  
 Bezeichnung im Hypothekenbuche VI. 61. flüchtige  
 64. deren Entwässerung VII. 89. und Grundges-  
 rechtsame VII. 36. Verkauf auf das Meistgebot,  
 Sportelsatz VIII. 65. Veräußerung Minderjähri-  
 gen angehöriger VIII. 113. 114.  
 Guckfasterhalter IV. 103.  
 Gürtler II. 120.  
 Güte, Versuch derselben I. 153. Gebühr dafür I. 114.  
 in Feuerdefraudachen I. 404.  
 Güter, Beiträge zum Armengelde II. 40. gestohlene,  
 vindication ders. III. 27. unbewegliche, Hülfsvoll-  
 streckung in dieselben VII. 13. Land-, Diäten bei  
 Uebergabe ders. VIII. 103.  
 Güterabtretung II. 50. in Bankroten VII. 141.  
 Güterbestätiger II. 123. Schreibgeld, Abfordern  
 desselben III. 198. Gebühren ders. III. 198. Be-  
 fugnisse ders. III. 199. Bureau IV. 209.  
 Gummifäden, Eingangszoll VIII. 308.  
 Gndram'ische Stiftung VII. 124.  
 Gurgelwasser VI. 133.  
 Gustav-Adolphs-Verein V. 110.  
 Gutachten in Criminalsachen V. 106.  
 Guttsbesitzer, Polizeibeamte I. 341. 343.  
 Gutsherrliche Abgaben IV. 101.  
 Gutsinventare s. Inventar.  
 Gymnasialen, Befreiung vom Militair I. 275. 317.

## S.

Saarmann'sche Stiftung VIII. 235.  
 Särberlin'sche Stiftung VII. 124.  
 Säringe, Handel damit IV. 103.  
 Säfeler'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 231.  
 Häuser, Annalen derselben II. 113. Wiederaufbau  
 abgebrannter III. 12. Theilung derselben IV. 129.  
 Häuslinge, Dienstleistung ders. I. 35. Walbarbeiter,  
 Dienstgeld ders. I. 42. auf herrschaftlichen Aemtern,  
 Beitrag zum Armengelde II. 40. Schutgeld III.  
 276. 281. Wohnortsrecht III. 369. Verzeichnisse  
 I. 35. 39. 41. 42. 44.  
 Häufe, rohe, Aufkauf ders. IV. 93. 103. 104. 209.  
 217. 244.  
 Haserdeputat der Förster III. 159.  
 Hasermost II. 79.  
 Hast, polizeiliche III. 29. Schutz gegen Verlängerung  
 ders. III. 287.  
 Hagelsteuer I. 254.  
 Hagelschaden-Affecuranz III. 199. VIII. 80. aus-  
 wärtige IV. 110. V. 6. 67. Vereinigung der für  
 das Herzogthum Braunschweig und der für das  
 Königreich Hannover VIII. 80.  
 Hagenwasser IV. 58.

Habausen, Bellegung der Revierförsterwohnung zum  
 Gemeindebezirke VIII. 66.  
 Halbschwester, Verheirathung mit der verstorbenen  
 Halbschwester Mann III. 259.  
 Halbgramme, Gewichtstheil d. Zollsundes VIII. 189.  
 Halle, Steueramt, Ermächtigung zur Erhebung von  
 Uebergangsgeldern und Uebergangstraße nach Be-  
 denwerder VII. 296. 297.  
 Halsteisen I. 20.  
 Hamburg, Sammlung dafür IV. 209. forum con-  
 tractus VI. 112.  
 Hanauer Zeitung II. 250.  
 Handel, freier II. 131. Begriff desselben III. 193.  
 194. mit lauirten Klempnerwaaren III. 193. mit  
 Arzneiwaaren V. 106. 107. 109. nach Proben V.  
 67. mit gefrevelltem Holze III. 64. und Gewerbe,  
 Darlehne desshalb VI. 131. mit Gewerbezeug-  
 nissen VII. 52. in's Hannoversche IV. 103. mit  
 Zucker und Kasse, Zulassung der Krämer dazu  
 VIII. 74. auf Messen nach Proben VIII. 195.  
 Handelsartikel IV. 93.  
 Handelsbefugniß IV. 93. 103. 241. auf dem Lande  
 IV. 109.

- Handelsbetrieb und Kaufmannschaft V. 60. Begünstigung im Zollvereine VIII. 314.
- Handelsbücher V. 131.
- Handelsgericht I. 145. VII. 58. in Braunschweig III. 284. IV. 169.
- Handelsleute auf dem Lande, Erneuerung deren Concession I. 381.
- Handelsleute mit Kleinigkeiten IV. 103. 109.
- Handelsreisende, Besteuerung derselben II. 283.
- Handelsverhältnisse III. 284.
- Handelsvertrag II. 136. III. 200. IV. 172.
- Handlanger, Lohn derselben I. 348.
- Handlung erster Classe III. 360. 362. Material- und Waaren III. 493. Zwang zur Leistung oder Unterlassung VII. 13.
- Handlungsdiener, Handeln nach Proben III. 195.
- Handschuhmacher, Befugniß VIII. 72.
- Handwerker, Baulöhne I. 348. 349. Concession I. 448. Gehalt I. 201. 331. Lohn I. 348. Gasten für die Arbeit I. 132. Legitimation I. 133. die nicht auf Bestellung arbeiten, Geschäftlichkeitsprobe III. 194. Handel V. 59. im Militair VII. 105.
- Handwerksarbeit, auswärtige II. 114.
- Handwerksburschen, umherschweifende, franks III. 297. Dirigirung deren Wanderchaft III. 190.
- Handwerksgefellten, Prüfung ders. V. 63. Verbindung ders. IV. 93. Wandern IV. 96. jüdische IV. 218. VII. 54. II. 232. 210. III. 297.
- Handwerksmißbräuche I. 131. VII. 54.
- Handwerker II. 114.
- Hannover, Cartel mit demselben I. 272. Convention wegen Untersuchung und Bestrafung der Verbrecher I. 24. VI. 30. wegen der Holz-, Wild- und Fischentwendung II. 62. Handelsvertrag II. 130. 131. 134. 135. 137. Transport der Bagabunden in's Hannoversche II. 235. Durchgangszoll II. 337. 339. Bestrafung der Forstfrevel in Braunschweig im Hannoverschen belegenen Forsten III. 85. Postconvention III. 267. Zollconvention III. 370. Rechtshülfe VI. 105. Heimathsverhältnisse daselbst VI. 153. Conventien in Criminalsällen IV. 36. 44. wegen Forststrafen IV. 57. 69. wegen des Handels IV. 103. der Posten IV. 224. der Abgaben IV. 233. 239. der Ausgewiesenen IV. 208. 214. 281. 288. Bedingungen der Zulassung zum Gewerbebetriebe daselbst VIII. 76. 77. Uebereinkunft über Jurisdictionsverhältnisse im Communen-Parzgebiete VIII. 117. 118. Polizeiblatt VIII. 219. Weberzuführung der dahin entwichenen Arbeiter VIII. 223. 224. Auslieferung der Verbrecher VIII. 272. folg. Verhinderung von Salzeinschwürzungen VIII. 297.
- Hannoversche Gerichte, Auslieferung der Verbrecher an dieselben II. 59. der Bagabunden II. 235.
- Hannoversche Cammer, Sportelfreiheit derselben I. 120. III. 183.
- Hannoversches Militair, Hülfeleistung desselben I. 350.
- Hannoversche Pässe, Wanderbücher etc. V. 129. Lohnfischer V. 131.
- Hannoversche Verordn. wegen Wilddiebstahls IV. 58.
- Hannoversche Unterbanen, Contractgerichtsstand IV. 138. 139. Zulassung zum Gewerbebetriebe VIII. 76.
- Harlingerode, Zollamtsgebäude VI. 152.
- Harke'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 231.
- Harzantichten, Privilegium desshalb III. 347.
- Harzburg, Raurevision daselbst III. 107. Fabrikanlage daselbst VII. 99. Feststellung der Bedarfslage der Holzberechtigten VIII. 83. Statut, das Ausgraben und Auspflügen der Grenzfurchen betreffend VIII. 185. Bahn- und Postamt VIII. 227. Kranken- und Sterbecasse der Steinbrucharbeiter VIII. 237.
- Harzforsten VI. 5.
- Harz-Leine-District, Eröffnung des freien Verkehrs VIII. 286.
- Harzproducte, accefesfrei II. 9.
- Haseknüsse, zur Mast gehörig II. 82.
- Hafen, Tare III. 122. 125.
- Häspel, Garn-, Magdeburger IV. 77.
- Hauerlöbne III. 91. Manuale darüber III. 115. Rechnungen III. 132.
- Hauptdiarium III. 96.
- Hauptfinancasse II. 82. III. 63. IV. 52.
- Hauptschuldner, Vorausschlag desselben VII. 43.
- Hausbücher in Wolfenbüttel IV. 212.
- Haus, Erwerb desselben, Wohnortrecht desshalb II. 252.
- Hausdächer, s. Dächer.
- Hausdiebstahl I. 25. Bekanntmachung der Verordnungen darüber II. 57. Bericht an kais. Geheimrathscollegium III. 27.
- Hausgesetze III. 284.
- Hausiren mit Eisen I. 353. 371. IV. 93. 103. mit Leinwand I. 372. mit Brot II. 116. IV. 251. mit Butter, Gartenfrüchten II. 301. im Preussischen II. 302. Verkauf auf den Wochenmärkten II. 116. Mißbrauch der Gewerbeheine auf Messen u. Märkten II. 117. 266. der Viehhändler VI. 147. zollvereinsländische Bedingungen der Zulassung VIII. 74.
- Hausirer, Arrestirung derselben VI. 30.
- Hausirergewerbeheine II. 117. 266.
- Hausirerhandel I. 125. 137. 403. 409. III. 195. V. 64. mit Vetterleloosen V. 105. Gegenstände desselben I. 414. mit Gartenämereien I. 415. nach Proben I. 438. Vorrath dabei zum Besten des Publicums I. 440. 457. in Braunschweig, Träger dazu II. 266. mit Fleisch III. 195. mit Brot III. 197. mit Vetterleloosen III. 294. mit Zinngießwaaren und Leibern III. 351. in Messen III. 363. mit Drucksachen, Weichröntung VIII. 12.
- Hausirerheine zu Messen und Märkten II. 117. 266.
- Hausordnung der verwesenen Pflanzungsanstalt IV. 15. der Strafanstalt in Wolfenbüttel V. 24. der Strafanstalt in Braunschweig V. 25.
- Hauszucht VII. 19. 20. 131. von den Forstfiscianten III. 64. bei auswärtigen Forstfiscianten III. 89. 155. durch die Staatsanwälte ohne gerichtliche Autorisation VIII. 33. 34.
- Hauszucht, Gebühren dafür I. 183.



- Hautboisten, Cur u. Medicin für dieselben III. 324.  
 Haunungscontrole, Forst- III. 146. 164.  
 Haunungsstat III. 139.  
 Haunungs- und Cultur-Vorschläge III. 106.  
 Hazardspiele IV. 110.  
 Hebammen VII. 102. Kosten für dieselben IV. 183.  
 V. 107. 109. Zuziehung fremder I. 339. Zuziehung  
 derselben I. 234. Eintragung deren Namen in die  
 Sterblisten III. 251. Anzeige von Geburtsfällen  
 IV. 145. Berichte wegen ders. IV. 480. Verschul-  
 dung ders. VI. 24.  
 Heberegifter der Acciseinnehmer II. 26. über Forst-  
 bußgelder III. 75. der Rechnungsführer der Cam-  
 mer III. 41.  
 Hechelspiger IV. 103.  
 Heide, lebendige III. 126.  
 Heerstraße zu fahren I. 440—442. Aufräumung der-  
 selben II. 251. Besserung II. 307. Bezeichnung  
 IV. 263.  
 Heise, Erhöhung des Eingangszolls VIII. 297.  
 Heften der Contracte mit Seide IV. 86. 88.  
 Hegezeit VII. 33.  
 Hehlerei VI. 25.  
 Heidehieb, Ablösung IV. 80.  
 Heimathlose VII. 111.  
 Heimathsverders III. 368. 396. IV. 286. VI. 153.  
 Heimathsscheine I. 370. 373. Ausstellung II. 247.  
 250. transitorische IV. 286.  
 Heimathsverhältnisse IV. 153.  
 Heimbürger Försterhaus IV. 281. Gemeindebezirk  
 VIII. 67.  
 Heimfallsrecht VIII. 82. Vertrag wegen Aufhebung  
 mit Nordamerika VIII. 82.  
 Heiningen, Straße nach Börzum, Uebergangsstraße  
 VIII. 307.  
 Heinsche Stiftung VI. 134.  
 Heinschädische Statuten VI. 82.  
 Heirath der Kinder, Consens der Eltern III. 274.  
 der Soldaten III. 252. 253; des Stiefsohns mit  
 der zweiten Frau des Stiefvaters V. 97. der Sol-  
 daten I. 192. 283. der Dienstboten I. 201. der  
 Cantonisten I. 279. 331. der Gefellen I. 129. der  
 Gehülfenjäger III. 128. der Soldaten und Cante-  
 nisten IV. 190.  
 Heirathscensens, Eintragung in die Kirchenbücher  
 I. 240. 287.  
 Heirathsscheine (Bedemund) I. 465. 374. s. auch  
 Trauscheine.  
 Heister, Pflanz-, Behügeln ders. III. 90.  
 Heizung der Gefangenhäuser II. 54. der Schulst-  
 uben, Beiträge dazu III. 267. IV. 163. V. 94.  
 Heizungskosten, Liquidation IV. 123.  
 Helm, Brannntweinblafen II. 30.  
 Helmstedt, Verwaltung der Güter der ehemaligen  
 Universität I. 254. Poststation III. 342. Schützen-  
 gesellschaft VII. 123. Schulcommission III. 282.  
 Mitglieder ders. I. 206. Statuten I. 177. Wap-  
 penmärke, Beschädigung der Anlagen III. 3.  
 Leihhaus II. 205.  
 Hengste, Zucht IV. 208.  
 Hengstlegen I. 340. 381.  
 Hengstreuter I. 341.  
 Herausgeber periodischer Schriften VI. 14.  
 Herbergen I. 130. VII. 54. bei den Brauern in Braun-  
 schweig II. 238. Verlegung ders. VIII. 70.  
 Herders Schriften IV. 35.  
 Herrendienst, Abrechnung I. 41. Beschwerden I. 343.  
 Ansagen I. 356. Natural der Häuslinge III. 37.  
 Abfindung IV. 2.  
 Herrschaftliche Bauten II. 111. Dienstsachen II.  
 257. I. 181. Jäger III. 81. 87. Sachen, Verkauf  
 ders. mittelst der Auctionen III. 233. Dienstsachen,  
 Bezeichnung V. 143.  
 Herzog Carl, Curatel IV. 111.  
 Herzog Wilhelm, Regierungsantritt III. 202. fünf-  
 undzwanzigjähriger Regierungsantritt, Feier VIII.  
 136.  
 Herzogin, Titel der vermittelten I. 137.  
 Herzoglich, Prädicat I. 138.  
 Hessesche Stiftung in Braunschweig VIII. 232.  
 Hessen, Cartel I. 273. Handelsvertrag II. 130. folg.  
 Convention wegen Auslieferung der Verbrecher I.  
 17. Beitritt zum Passantenverein VII. 110. Ort,  
 Polizeigericht daselbst VIII. 94.  
 Hessen-Darmstadt I. 165. Beitritt zum Passanten-  
 verein VII. 111.  
 Hessische Posten, Declaration auf dens. III. 347.  
 Note an den Bundestag IV. 134. Münzen IV.  
 205. Gerichte, Requisition derselben in Civilsachen  
 VI. 109.  
 Hettling'sche Stiftung VIII. 237.  
 Hegen mit Hunden in fremden Jagdrevieren VII. 32.  
 Himpten, Centnergewicht II. 137. Verhältniß des  
 neuen zu dem alten V. 2.  
 Hinkel'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 232.  
 Hirsche, Schießen derselben III. 173.  
 Hirschfänger, Tragen desselben III. 87.  
 Hirtin, eigene, Kleebedüngung durch dieselben I. 241.  
 Bestrafung wegen Hudebrevel I. 56. 77.  
 Hochfürstliche Durchlaucht II. 145.  
 Höfe, Bauers, Erhaltung ders. I. 171. Combination  
 ders. VI. 98. Annahme von Minderjährigen VI.  
 99. Ankauf eines zweiten IV. 311. bonum ad-  
 vocationum Abtretung IV. 138. selbstständige Zu-  
 behörungen IV. 278. Bebauung V. 128.  
 Höhere Wissenschaften, Erklärung des Ausdrucks IV.  
 188.  
 Höker, Concessionen III. 361. Contribution III. 363.  
 IV. 247.  
 Hoscappelle, Spar- und Leihcasse ders. IV. 189.  
 Hofgericht, Ober- II. 154. 155.  
 Hofhaltung, Immobilien IV. 170.  
 Hofintendantur IV. 111.  
 Hofmarschallamt, Sportfreiheit VI. 51.  
 Hofpostants, Zeitungsexpedition III. 346.  
 Hofschauspieler, in der Domkirche eingepfarrt III.  
 268. nicht wählbar zu Geschwornen VII. 144.  
 Hofstaatscasse IV. 52.  
 Hoftheater, siehe Hofschauspieler. Verwilligung zum  
 Neubau VIII. 188.  
 Hogreve'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 231.  
 Heiheit, Prädicat V. 69.

- Hoheitsgrenze II. 145. gegen Hannover I. 256. VI. 57.
- Hohlgeschäfte, Nüchung IV. 177.
- Hohnsleber Hypothekenbuch VI. 93.
- Hofen, Handelsartikel ders. I. 432. Nachsicht deren Bücher, Beerdigung I. 381.
- Hofenhandel I. 42. nicht auf Bier und Branntwein zu erstrecken III. 187.
- Holz zum Bauen I. 362. der Gemeinden I. 85. für die Bäcker im Weserdistricte II. 82. gestohlenes I. 53. gestreiftes angekauft III. 64. Aufsicht über das verkaufte III. 99. gekauftes zc. III. 129. Kirchen- III. 74. 131. 156. Preis desselben III. 150. Abfahren III. 67. 98. Scheine desshalb III. 72. herrschaftliches, Zollfreiheit desselben III. 89. Abfagen desselben III. 163. für Inquilinen, Ablösung VIII. 5.
- Holzabfuhr aus den Forsten III. 67. 89. 99. 114.
- Holzabgabeanweisungen, Blanketts dazu III. 163.
- Holzabgabebestimmungen III. 161.
- Holzansforderungen I. 66. III. 107. 126. 153. Etats ders. I. 69. außer den Schreibrägen II. 88. Einsendung ders. II. 84. 102. aus den Weserforsten II. 90.
- Holzankauf der Forstbedienten in den Auktionen III. 155.
- Holzanzahlungsgelder in Gemeindeforsten II. 103.
- Holzauctionen, Bekanntmachung IV. 59. 124. Kosten IV. 59. Protocolle IV. 59.
- Holzausweisungen IV. 56. im Gemeindeforste IV. 67.
- Holzberechtigungen III. 107. 126. 129. VI. 43. VIII. 83. Ablösung ders. III. 156. Gerabekung an der Brandversicherung desshalb III. 19. 126. in Harzburg, Feststellung der Bedarfssäge VIII. 83. in Alsfeld und Wolschagen, Feststellung der Bedarfssäge VIII. 83. im Kreise Holzminnen, Feststellung der Bedarfssäge und des Verhältnisses der verschiedenen Holzarten VIII. 83. Eintragung in das Hypothekenbuch VIII. 83. 84. 85.
- Holzentwendung an der hannöverschen Grenze II. 62. an der preussischen Grenze II. 63.
- Holzfällen, Scheine desshalb III. 79.
- Holzfuhrn zur Poststätte II. 186.
- Holzgeld der Schulfinder III. 263.
- Holzgerechtigkeit VI. 3.
- Holzhandel III. 67. von Revierförstern III. 155.
- Holzhauer, Befreiung von der Personalsteuer I. 452.
- Instruktion ders. I. 64. Beerdigung I. 66. Lohnbücher ders. III. 98. f. auch Waldarbeiter.
- Holzhauer- und Bindelohn, Einziehung III. 79. Bekanntmachung der Instruktion III. 86. und Rücklöshne I. 67. Vorschüsse III. 82. 170.
- Holzklüfte, Länge derselben III. 107. 154.
- Holznutzung der Prediger V. 97.
- Holzminnen, Einquartirungskosten IV. 109. Prediger-Wittwen- und Waisen-Esterbäche VI. 143. Neglement wegen Anlegung der Schiffe u. Klöße VII. 157. Postkation, Entfernung von Förstern III. 342. Bedarfssäge der Holzberechtigten VIII. 83. Nebenzolamt I., Ermächtigung zur unbefchränkten Zollerhebung VIII. 296. Niederlage unverzollter Waaren VIII. 300. Umwandlung des Nebenzolamts in ein Steueramt VIII. 308.
- Holzminnener Straße, Aufsicht des Militärs II. 311.
- Holzrechnungsweisen f. Fortrechnungsweisen.
- Holzrente als Abfindung für das Brennholz-Sollhaben VIII. 5. Eintragung in das Hypothekenbuch VIII. 84.
- Holz- und Schlagscheine III. 72.
- Holztaxe, Verkauf nach denselben III. 131. 150.
- Holztheile, Ausweisungen IV. 56. 57.
- Holz-, Zubehör der Feldmark IV. 278. der Kirchen, Aufsicht darüber III. 131. Gemeinde-, Beibungsbeiträge II. 102.
- Holzgerechtigkeit, Ablösung IV. 80. VI. 3.
- Holzunterstützungen IV. 59. 60. V. 45. Verwilligungen, freie V. 46. 47. Berechtigungen V. 47.
- Holzverabfolgung ohne vorgängige Verwilligung III. 131. 136. 148. überwiesene in Ausgabe zu stellen III. 150. rasch zu verkaufen III. 150. 151.
- Holzverkauf durch Meistgebot I. 83. in's Ausland III. 131. 151. aus herrschaftlichen Forsten III. 67. 98. 131. Kosten desshalb III. 89. nach der Lage III. 131. 150. von den Ebersfürstern aus der Hand III. 119. 150. 151. 154. des Bauholzes III. 119. an einzelne Unterthanen III. 156. Blanketts zur Abgabe III. 161. Quittungen III. 161. Bekanntmachung IV. 124. V. 45.
- Holzverwilligung, forstzinsfreie IV. 59. 60. 62.
- Holzverwüstungen I. 169.
- Holzzettel, Revision derselben III. 126.
- Homöopathische Arzneien, Preise III. 303.
- Hospital, Militair-, Aufnahme in dasselbe III. 324.
- Hude und Weide, in den Forsten III. 123. Besteuerung IV. 255. auf den Stoppeln IV. 165.
- Hudefflächen, Bepflanzung derselben in den Forsten III. 168.
- Huderevel, Gasten wegen der von den Hirten verübten I. 77.
- Hudewrogen I. 52. 53. im Braunschweigischen und Hannöverschen gelegenen Forsten III. 85.
- Hühnerdorf, Verfassung dasselbst III. 333.
- Hülfsbedürftige französische Unterthanen V. 5.
- Hülfsvollstreckung durch Zwangsarbeit VI. 96.
- Hülfsfrüchte, Aufhebung der Eingangsabgabe VII. 154. 157.
- Hüttenarbeiter, Verladung I. 469. Arrest auf deren Lohn IV. 120. Execution gegen diesel. VI. 107.
- Hüttenbediente, Dienstkleid derselben I. 34.
- Hüttenleute, Verladung ders. II. 157. auf Communionhütten, Gerichtsbarkeit III. 352.
- Hüttenproducte, accessfrei II. 9.
- Hüttenwerke, Kohlung dafür III. 81.
- Hüttenwesen IV. 14.
- Hütung der Biesen I. 472.
- Hufschmidt, Forderung auf dem Lande III. 195.
- Hunde, Fleischer- III. 335. Gerumlaufen derselben III. 335. Forderung derselben, Schiefgeld dafür III. 81. Fegen im Jagdreviere VII. 32. Halten derselben in Braunschweig, Statut VIII. 87.
- Hundekrongelder, Berechnung III. 79.

Gurenbrüche, aufgehoben II. 47.  
 Gurenhaus, Aufhebung III. 331.  
 Husaren, nachher Landwehrrägen und Landweh-  
 jäger I. 331. 332. Dienst in Friedenszeiten I. 265.  
 Gerichtsstand I. 268. Requisition I. 268. 302.  
 Vereinigung mit den Fußjägern I. 271. Dienst-  
 reisen der Officiere I. 274. Instruction wegen der  
 Forstfrevel I. 67. 304. Bestrafung der Beleidigung  
 ders. I. 306. Untersuchung der Excesse ders. I. 311.  
 Belohnung I. 306. 329. Disputation nach accise-  
 pflichtigen Waaren I. 443. Grade, Einstellung dazu  
 II. 216. Antheil an den Strafgebern III. 319.  
 Bekanntmachung der Urtheile über Vergehungen  
 gegen dies. II. 53. Vermögensverhältnisse IV. 190.  
 Huth, Privilegium VIII. 238.  
 Hutmacher, Färben des wollenen Garns III. 194.  
 Werkhandel mit Filzschuhen VIII. 72.  
 Hypothek, stilschweigende und geschliche I. 139. 254.  
 Rang ders. I. 139. 140. 142. 148. Confirmation  
 ders. I. 139. 148. in Rücksicht des Fiscus I. 140.  
 142. Löschung II. 148. 153. Anmeldung der von  
 den Beamten bestellten II. 148. der landesherrli-  
 chen Domainen II. 148. 149. von Notarien und  
 unter Privatpersonen bestellte II. 149. des Per-  
 sonals der Districtsgerichte u. Kreisämter II. 155.  
 der pignora corporum III. 203. Rang V. 60. 70.  
 71. 83. VI. 68. Eintragung V. 70. 74. der Ab-  
 lösung IV. 3. 7. 8. 9. 111. Zweck ders. VI. 83.  
 Löschung eingetragener VI. 83. General- VI. 68.  
 conventionelle VI. 69. Erlöschen VI. 83. General-  
 in wie fern zulässig VIII. 57.

Hypothekarische Klage bei den Stadtgerichten und  
 Kreisämtern II. 165. folg.  
 Hypothekbestellung V. 75. wegen herrschaftlicher  
 Bauten, portelfrei II. 111. Zuläge und Verbesse-  
 rungen I. 155.  
 Hypothekencapitale der Landgemeinden, Ründigung  
 IV. 77.  
 Hypothekenbücher I. 148. 152. Kosten ders. I. 114.  
 Abtheilung darin für die Bauerhöfe III. 205. für  
 die herrschaftlichen Forsten VIII. 83.  
 Hypothekeneintragung, Schreibgebühr dafür III.  
 205. wegen abgelöster Dienste IV. 7. 9. aus dem  
 alten in ein neues Hypothekenbuch VI. 82.  
 Hypothekenforderung Er. Durchlaucht, Eintra-  
 gung der Gessionen unrechtmäßiger Besitzer III.  
 204.  
 Hypothekenlösung IV. 9. V. 70. VI. 83. Ge-  
 bühren V. 87. 88.  
 Hypothekenordnung III. 284. VI. 59.  
 Hypothekenschein I. 140. 153. Stempel dazu I. 402.  
 Befestigung III. 205. Gebühren IV. 90. Inhalt  
 VI. 63.  
 Hypothek, Verschreibung auf den Inhaber II. 150.  
 Eintragung und Führung der Hypothekenbücher  
 II. 152. Lösungsbescheinigungen II. 153. in Wol-  
 fenbüttel VI. 82. verloren VI. 85.  
 Hypothekenverzeichnisse in den Geschäftsübersich-  
 ten VIII. 101.  
 Hypothekenwesen I. 138. folg. 148. III. 203. 207.  
 IV. 111. 114. VI. 58. Aufsicht der Oberhauptleute  
 I. 339. in Braunschweig I. 156. V. 69. VI. 71.

## J.

Jacobson'sche Waisenanstalt VII. 124. Badefestigung  
 VIII. 235. Schule VIII. 235.  
 Jäger, Fuß- I. 271.  
 Jagd, Eröffnung der niedern I. 55. 56. II. 63. Ver-  
 pachung V. 86. an Gemeinden I. 76. Instand-  
 haltung I. 65. 68. Beschluß ders. III. 69. Re-  
 sultat derselben III. 162. Aufhebung auf fremden  
 Grundstücken VI. 43. Ausübung derselben VI. 43.  
 Benutzung ders. VI. 47. an Feiertagen III. 128.  
 Jagdaufscher VII. 31.  
 Jagddienste I. 63. II. 63.  
 Jagdfolge in's Hannoversche II. 83. Recept mit Han-  
 nover V. 44.  
 Jagdfrevel I. 45. 47. 56. VI. 31. 43. VII. 31. 33.  
 35. in Privatforsten I. 87. Instruction für die  
 Husaren dierhalb I. 304. folg. prompte Unter-  
 suchung II. 81. Conat ders. III. 147. folg. Con-  
 fiscation des Gewerbs VI. 26. I. 305. Aufnahme  
 der Frevler in die Gefängnisse V. 44. Verfolgung  
 durch die Oberforstbeamten VIII. 48.  
 Jagdgewerbe, Sicherung derselben I. 305.  
 Jagdinteressentenschaften VII. 33.  
 Jagdnutzung VII. 33.  
 Jagdpersonale, Befugnisse derselben VI. 46.  
 Jagdproducte und Fischereiprodukte, gesteuerte VII.  
 31.

Jagdpolizeivergehen VII. 32.  
 Jagdrecht VII. 33.  
 Jagdregeln III. 173.  
 Jagdreglement II. 73. III. 68. Abänderung dessel-  
 ben III. 153.  
 Jagdreviere VII. 33.  
 Jagdrevieren III. 74.  
 Jagdscheine VII. 33.  
 Jagdschuß VII. 31. 33.  
 Jagdstrafgesetze IV. 57. VII. 31.  
 Jagdtreiber III. 173.  
 Jagdverbot für Prediger und Schullehrer VII. 83.  
 Jagdvergehen IV. 70.  
 Jagdverhältnisse an der Grenze gegen Hannover  
 I. 259.  
 Jagdverpachtung VII. 33.  
 Jagdwesen IV. 53. VII. 31. Erkenntnisse darin IV. 53.  
 Jagdwogen I. 53. 56. Instruction der Husaren  
 dierhalb I. 304. f. auch Jagdfrevel.  
 Jahrmärkte, Gewerbescheine, f. Markt, Gewerbe-  
 scheine.  
 Jerzeim, Bahnhof VI. 89. Bahn- und Postamt  
 VIII. 227.  
 Jerzerberg VI. 149.  
 Illuminationen, öffentliche I. 349.  
 Inmensenucht III. 373.

- Immobilien, deren Verlassung V. 72. 74. Bekanntmachung I. 139. Verkauf der Minderjährige I. 157. 160. 161. der Landesherren, Erbfolge darin III. 201. der Hofhaltung IV. 170. siehe auch Grundstücke. Rechte derselben, Barbiergerechtigkeit in Wolfenbüttel VIII. 53.  
 Impfung der Kuhpocken IV. 178. Instruction desselben IV. 179. Kosten desselben VIII. 193.  
 Impfung der Schafpocken I. 368.  
 Impfungeregister, Pocken: I. 382.  
 Incerta contributionis von den Pferden III. 303.  
 Incourserklärung von au porteur Obligationen der Gemeinden VIII. 62. der Kirchen VIII. 165.  
 Indigo, Versteuerung desselben III. 3.  
 Industrie, Aufsicht darüber I. 179.  
 Industrieschule in Luchum IV. 186.  
 Industrie-Unterricht VI. 120.  
 Infanteriedienst VII. 105.  
 Inhaftirte, Transport ders. V. 36.  
 Inhaftirung der Inquisiten von den Kreisämtern II. 55.  
 Injurien gegen die Obrigkeit I. 464. der Soldaten I. 284. gegen die Gerichte III. 233. VI. 34. Strafgesetze desselben III. 8. Competenz III. 217. 218. von einer Person gegen mehrere Personen VI. 38.  
 Injurienfachen I. 143. 152. 154. IV. 37. VII. 140. Competenz II. 178. IV. 45. VII. 56. Ablieferung der Strafgesetze III. 36.  
 Inquilinen, Erbhuldigung ders. III. 202. Beitrag zu Kirchenbauangelegenheiten VIII. 171.  
 Inquisiten, Fesselung I. 19. Transport I. 24. 343. Vermögensumstände I. 25. Verhaftung I. 26. Vornamen, Stand, Alter, Aufenthalts- und Geburtsort I. 26. Arretirung II. 55. Körperliche Züchtigung II. 57. Vernehmung in andern Gerichtsbezirken III. 27. über die Rechtfertigungsgründe III. 27.  
 Insertionsgebühren beim Intelligenzcomtoir III. 340.  
 Insinuation der Ladung von sächsischen Gerichten V. 81. durch den Großherzog. Staatsprocurator in Mainz IV. 134. der Processdristen IV. 117. in Wolfenbüttel IV. 127. der Contumacialerkenntnisse I. 156. Befchleunigung I. 163. folg. der Copien II. 111. der Decrete in Braunschweig II. 107. 111. Beforgung durch die Landpostboten VIII. 92. 93.  
 Insinuationsdocumente in Concursprocessen II. 168. Ausstellung und Einlieferung zu den Acten VIII. 16. 22. 23.  
 Insinuationsgebühren IV. 89. VI. 50. in Cammerprocessen I. 114.  
 Insolvenzerklärung II. 50.  
 Inspectio actorum I. 82. Gebühr dafür I. 114.  
 Inspectoren, Accise, Mittheilung der Erkenntnisse in Defraudationsfachen an dieselben II. 55. in Zolldefraudationsfachen II. 337.  
 Instruction in Untersuchungsfachen I. 146. für Abfassung ärztlicher Gutachten III. 307. für Accise-einnehmer I. 420. II. 25. für Amtszimmermeister I. 359. zur Aufhebung der Cantonrollen I. 306.  
 wegen Auffinden des Materials zum Begebau I. 468. für Cammerbauconducture wegen der Baurechnungen III. 132. zur Belegung der Holzernahme in den Forstrechnungen III. 107. zur Bestimmung über Verwilligung freier Cur zc. der Militärpersonen III. 324. für Schauffeergebinnehmer II. 307. für Domaineneinnehmer I. 40. zur Erhebung der Forstrenten II. 170. III. 74. bei Messung der Höheitgrenze II. 145. VI. 57. für die Forstbeamten zur Aufstellung des Betriebetats III. 138. wegen der Strasarbeit der Forstfrevler I. 77. 82. der Forstfiscianten II. 64. das Forstrechnungswesen betreffend II. 73. für Grenzpassbeamte II. 4. für Grenzcollektanten II. 322. für Holzhauer und Wasenbinder I. 64. III. 86. für die Hufaren in Betreff der Forst- und Jagdfrevler I. 67. 304. wegen Beitreibens der herrschaftlichen Intradan I. 415. für Köhlermeister III. 77. für Kohlenvolgte I. 36. für die Kreiseinnehmer II. 267. für Passschreiber I. 426. für Rechnungsführer der Cammer- und Klostergüter III. 41. zur Regulirung der Forstgrenze III. 111. der Pauerlohnsmannuale III. 115. für die Schatzkammer I. 433. für Sollinger Steinbrecher II. 181. für Tagation der Wildschäden II. 94. 102. für die Wildhüter II. 85. wegen des Wildschadens III. 123. zur Prüfung der Bauhandwerker IV. 105. für Militairmedicinalbeamte IV. 189. in Untersuchungsfachen VI. 28. f. auch Criminalprocess. für die Commission zur Prüfung der Candidaten der Rechte VII. 58. für die öffentlichen Ankläger in Zoll- und Steuer-Contraventionsfachen VII. 158.  
 Instructionsrichter III. 27.  
 Instruirung der Untersuchungsfachen II. 52. 55.  
 Integritätschein I. 189. 202.  
 Intelligenzcomtoir VI. 95. Aufnahme der Privatannoncen VI. 14. gerichtlicher hannoverscher Behörden VI. 95. der braunschweigischen VI. 95.  
 Interessentenholz, Besoldungsbeiträge II. 102. Culturgelverhebung III. 164.  
 Interimscheine der Fieranten I. 452.  
 Interimswirtschaft, Tagation des Inventariums I. 177. Spottel zu den Contracten desb. VIII. 63. 64.  
 Interpositio remediorum I. 112.  
 Introduction der Prediger, Gebühren desselben III. 275.  
 Inventaraufnahme bei Vormundschaften III. 214. Verbot in Testamenten III. 214. über Vermögen der einundzwanzigjährigen Personen III. 216.  
 Inventarien, Aufnahme ders. I. 153. 176. Tagation bei Anordnung der Interimswirtschaft I. 177. über landesherrliche Mobilien und Immobilien im Besitz der Forstbeamten III. 99. der Kirchen, Pfarren, Schulen IV. 152. Guts-, Eintragung in das Hypothekenbuch VI. 63. Rechtswohlthat II. 163. kann die Errichtung den Vormündern testamentarisch erlassen werden? VIII. 125. 126.  
 Inventur, Competenz der Gerichte in Braunschweig II. 162. 163.  
 Ionischen Inseln, Handels- und Schifffahrts-Verhältnisse VIII. 311.

Journal der Rechnungsführer Herzoglicher Cammer III. 41.

Journalzirkel V. 65.

Irre, Verpflegung im Alexi-Pflegehause II. 210.

Irrenanstalt, Aufnahme darin III. 297. 303. folg. 309.

Irthum, wesentlicher bei Ablösungsverträgen VII. 6.

Israeliten II. 153. III. 206. IV. 112. V. 76. VI.

96. beabsichtigte Heirath derselben mit einer Christin I. 206. Verhältnisse und Unterricht I. 255.

Unterricht deren Kinder I. 394. Heiraths-, Geburts- und Sterbelisten I. 235. Eintragung in die Kirchenbücher I. 236. Ehelgebühren von dens. I. 199. Getaufte, Eintragung in das Kirchenbuch I. 214. Gehalt des Rabiners II. 153. Processkostenersatzung II. 175. Taxatoren III. 337. Vermehrung deren Familien III. 206. Erwerbung der Grundstücke III. 206. bürgerliche Verhältnisse III. 204. Schugbriefe III. 241. Taxation durch dies. IV. 213.

Juden, Rabbinerreglement V. 77. Parochialgebühren IV. 115. Ehen zwischen Christen und Juden VI. 96. 120. f. auch Israeliten. Eid, Form der Ab-

leistung VII. 106. 107. 108. Ehe mit Christen, Kinder daraus VIII. 46. 160. 161.

Jüdische Gemeinde IV. 112. Handwerksgefallen IV. 105. 218. Wohlthätigkeitsanstalt IV. 186.

Kaffee, Herabsetzung der Taravergütung VIII. 301.

Kalber, Einholen mit Hunden III. 353.

Käse, keine Gewerbesteuer davon II. 301.

Kaffeebrenner VI. 142.

Kalender, ungestempelte III. 348. Handel damit IV. 101.

Kaff, Zoll davon III. 371.

Kammer, II. 179. III. 236. 237. 238. Communica-

tion mit den Kreisämtern I. 380. Dienstleistung des Personals I. 35. Geschäftskreis I. 179. Er-

kennung von Strafen gegen Officianten I. 22. Königlich hannoversche, Exportfreiheit derselben I. 120. Fälle, in denen sie der Justizbehörde vor-

gesetzt ist II. 45. 172. Ressortverhältniß gegen die Districtsgerichte II. 172. im Auftrage oder auf

Verfügung ders. II. 180. Mittheilung der Unters-

suchungsacten II. 45. Forderung an dieselbe III. 243. Verlegung der Achtung gegen dieselbe III. 249. Correspondenz mit den Kreisämtern III. 250.

Kreisdirection in deren Stelle IV. 123.

Kammerangaben IV. 104.

Kammeranwalt, Kammerproceß, Namens-derselben I. 67.

Kammerbaubediente, Besorgung der Bauten an geistlichen Gebäuden III. 15. 16.

Kammerbaupreceptor, Bereisung der Districts III. 16.

Kammerbaumeister, Anfertigung der Pläne II. 235.

Kammercapitale, Ablösungs-, Löschung derselben im Hypothekenbuche VI. 75.

Julius-Halle VII. 58.

Jungfrau, aufgebotene I. 139. V. 101.

Jungesblut, Finanzrath IV. 52.

Jura stolae von durchpassirenden Leichen II. 198. für Militairpersonen III. 254.

Jurisdiction über Militair I. 263. 264. 280. über die Soldaten II. 323. im Communion-Parzgebiete VIII. 108. 117. 118.

Justiz, Beförderung ders. I. 162. unabhängig von der Administration II. 172. u. 45. Trennung der Ver-

waltung III. 287. 291. Unabhängigkeit derselben III. 27. Eingriffe in dieselbe VI. 78.

Justizadministration der Unterthanen der Nach-

barstaaten II. 205.

Justizbeamte, Gerichtsstand ders. I. 155. 241. hin-

sichtlich der Bestellung von Hypotheken II. 155.

Aufnahme der Obligationen von einem nicht in-

teressirten Gerichtsmitgliede II. 156. Deputirte aus dem Districtsgerichte I. 152. Behinderung

ders. I. 170. Reisekosten IV. 84. 92.

Justizverfassung I. 140. 152. 254. II. 153. III. 207. 283. IV. 113. 119. 305. V. 79. VI. 96. VII. 55. VIII. 85.

Justizverwaltung I. 340.

Justizverzögerung IV. 114. 115. 117.

Justizwesen, Einrichtung desselben III. 207. 283.

Juwelenarat VIII. 189.

## R.

Kammercasse I. 180. Gelbablieferung an dieselbe I. 43. Erhebung der Fiscigebühren III. 239.

Kammercollegium I. 179. Revision der Armen-

cassenrechnung I. 4. III. 237.

Kammerconsulent, Diäten desselben III. 239. Be-

nachrichtigung von den Beschlüssen III. 249. siehe Kammer.

Kammerdirectorium, Aufhebung desselben VII. 30.

Kammeretat IV. 171.

Kammerfiscus, Gebühren für denselben I. 180. III. 96. 239. 242. Taxe desselben III. 239. dessen Hy-

pothek I. 140. 142.

Kammergefälle III. 43. Beitreibung derselben III. 139.

Kammergut III. 287. Etat desselben III. 287. Rech-

nungsführung für dasselbe III. 41. Veränderungen

damit in Folge Ablösungen und Gemeinheitstheil-

ungen IV. 168. Bedarf des Landesfürsten daraus IV. 170.

Kammerjäger IV. 103.

Kammerintraden, Beitreibung derselben III. 239.

Kammer- und Klosterfection III. 250.

Kammerkrüge, Berücksichtigung bei Ertheilung von

Concessionen zu Schenkungswirtschaften VIII. 73.

Kammerobligationen, Umschreibung II. 187. Ver-

tauschung gegen Landesschuldverschreibungen VIII. 46. Form und Vollziehung VII. 47.

Kammerpächtergebühren, Diäten dabei III. 248.

Kammerproceß III. 239. VI. 141. Gebühren in

dens. I. 114. 123. Anwälte bei dens. I. 159. 160

167. 171. Porto in dens. I. 180. Couvert der Decrete I. 181.  
 Kammer Schulden I. 182. 253. IV. 165. 166. 169. Tilgung IV. 166.  
 Kammer Schuldverschreibungen, Ankauf derselben V. 79. von Contracten V. 115. au porteur lautende, Competenz zur Incurserklärung VIII. 89. Umtausch gegen Landesschuldverschreibungen VIII. 165. 166.  
 Kamillen, Handel damit V. 109.  
 Kanzeln, Verordnungen von denselben zu verlesen I. 254.  
 Karrenstrafe I. 20. gegen gemeine Soldaten I. 286. erlittene, schließt vom Militair aus II. 216. Ansetzung ders. salva appellat. II. 58.  
 Karten, Spiels, Stempel III. 349.  
 Kartenspiele, verbotene IV. 410.  
 Katakismus, Landes- I. 255.  
 Katakismen, Confirmation I. 186. 199. 206.  
 Katholiken, Stolzgebühren I. 199. Eintragung in das Kirchenbuch I. 236. Copulation, Tausch und Begräbniß I. 236. Schulgeld I. 205. Verheirathung mit Protestanten I. 207. II. 197.  
 Kauf des zweiten Hofes IV. 311.  
 Kaufcontracte, Sporteln für Bestätigung der notariellen III. 183. bei Herzogl. Kammer III. 240. 242. 249.  
 Kaufgericht I. 145. 155. VII. 59.  
 Kaufleute auf dem Lande IV. 409. verarmte in Wolfenbüttel IV. 186. in Holzminnen IV. 186. reisende IV. 245. 247. 301. en detail I. 432. III. 360. en gros I. 432. Gewerbescheine derselben I. 447. 459. verschiedene Classissements III. 193.  
 Kaufmann erster Classe, Befugniß ders. III. 362.  
 Kaufmannsverein in Braunschweig IV. 93.  
 Regelbahren, polizeiliche Erlaubniß zur Haltung derselben von Seiten der Gastwirthe VIII. 75.  
 Kesselflicker IV. 103.  
 Kesselhändler I. 450. zum Hausiren I. 353.  
 Kesselheerd in den Pfarrhäusern, Reparatur derselben III. 277.  
 Kettelbach'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 231.  
 Kieselsteine, Ausfuhr im Amte Luebdinghausen IV. 208.  
 Kind, ausgesetztes I. 212. eheliches, Geburtszeit I. 213. Eintragung des unehelichen in's Kirchenbuch I. 213. 215. 238. des tauchstummen und blinden I. 215. des todtegeborenen I. 218. 238. 239. des ehelichen I. 239.  
 Kinder, arme K. 2. Anzeige der Geburt I. 186. Tausch I. 186. uneheliche, Anerkennung ders. von Ehemännern I. 201. peculium adventitium derselben II. 154. decretum de alienando II. 169. dienende, Absehung von der Personalsteuer II. 304. todtegeborene, Eintragung in die Kirchenbücher III. 251. uneheliche, Angabe deren Eltern III. 251. 252. Angabe des Geschlechts III. 251. neugeborene, Rüsten bei der Beerdigung und Gebühren dafür III. 255. Schulbesuch III. 273. 280. Heirath III. 274. Schulgeld der privatim unterrichteten III. 280. Passagiertage für dies. III. 242. Bestrafung ders.

IV. 42. in der Corrections-Anstalt V. 7. 9. uneheliche IV. 140. VI. 118. Eintragung in die Kirchenbücher IV. 140. Wohnortrecht IV. 284. 286. legitimirte IV. 140. strafbare Handlungen derselben VII. 20. 22. Bestrafung der über 14 Jahr alten für Vergehen, welche vor vollendetem 14. Lebensjahre begangen sind VIII. 39. aus Mischehen zwischen Christen und Juden VIII. 46. 160. 161. uneheliche, Bestellung von Vormündern für dies. VIII. 88. verbrecherische Handlungen derselben, polizeiliche Maßregeln desshalb VIII. 88.  
 Kinderpflegeanstalt IV. 186.  
 Kinderchristen, Handel damit IV. 100.  
 Kirche, christliche III. 287. Aufsehung gegen dieselbe VII. 20.  
 Kirchen, Crementssteuer ders. I. 436. Versicherung gegen Brandschäden II. 42. in Braunschweig, Verwaltung deren Vermögens. Aufsicht über die Gebäude II. 194. Eintragung der Hypotheken III. 203. Baulichkeiten an denselben III. 15. 16. Diäten dafür III. 20. Schutz derselben V. 95. und Schulangelangenhellen VI. 120. VIII. 136. Bewahrung der Alterthümer und Kunstschätze derselben VIII. 157. 158. Zahlung der Gebühren für Vorstellung der General- und Superintendenten VIII. 172. und frommen Stiftungen, Befreiung von der Grundsteuer VIII. 244.  
 Kirchenbücher II. 187. III. 250. IV. 140. V. 88. VI. 118. bei den reformirten und katholischen Gemeinden III. 250. Aufbewahrung ders. I. 220. Aufsicht über Führung ders. I. 183; Formulare dazu I. 229. in tabellarischer Form I. 207. folg. Vergleichungsformulare unter dem Duplicate I. 238. Bescheinigungen aus denselben I. 223. Trudfehler derselben I. 229. Einfindung derselben I. 221. Eintragung der unehelichen Kinder I. 237. fremder Religionsverwandten I. 235. Führung während der Predigervacanzen I. 237. Revision derselben I. 222. 230. von dem Generalsuperintendenten I. 239. verlorene I. 222. Auszüge aus dens. II. 188. 255. Glaubwürdigkeit IV. 141. Führung IV. 141. Eintragung der Confirmirten IV. 310. Eintragung der richtigen Namen IV. 141. die der Superintendenten sollen Muster sein IV. 142. Gleichförmigkeit IV. 142. Auszüge IV. 142. Eintragung der Verstorbenen in verschiedenen Pfarochien IV. 143. Eintragung des Alters IV. 143. der Proclamation und Copulation IV. 144. das Alter der Mutter IV. 144. der unehelichen Kinder IV. 141. der Wittve IV. 143. der legitimirten Kinder IV. 140. der Ehescheidungen IV. 93. Auszüge V. 88. Beläge VI. 119. Monitor IV. 121. Eintragung der Nothtaufen VIII. 141. Auszüge daraus zu den tabellarischen Verzeichnissen der Sterbefälle für die Amts- und Stadtgerichte beauf der Vormundschaften VIII. 153. Einlieferung der monatlichen Sterbelisten VIII. 172. 173.  
 Kirchenbuchführer, Vorschrift für dies. V. 91. Anmeldung der Geburten bei denselben VI. 119. Aufbewahrung der Beläge VI. 119. Aufnahme der per subsequens matrimonium legitimirten Kinder

- in die Listen der Gebornen zc. VIII. 164. Aufstellung der Listen der Copulirten, Gebornen und Gestorbenen VIII. 167. 168. Verzeichnisse wegen der Schußblatternimpfung VIII. 169.
- Kirchencapitalien VI. 124. 146. II. 154.
- Kirchendiener, Bestellung ders. III. 288. und Schuttdiener, Aufsicht über diesel. I. 183. Bewilligung von Unterstützungen aus dem Kirchenvermögen VIII. 162.
- Kirchenforsten III. 74. 131. 156.
- Kirchengebäude, Herstellung ders. I. 254. Anmelddung von Brandschäden an dens. VIII. 166. 167. Beitrag zur Unterhaltung von Inquilinen VIII. 171.
- Kirchengelder, Belegung beim Leihhause II. 154. VI. 124. 146. Verwilligung daraus, erforderliche Genehmigung Herzogl. Staatsministerii VIII. 160.
- Kirchengewalt III. 287. VII. 76.
- Kirchengüter, Veräußerung IV. 160. Verpachtung VIII. 182. 183.
- Kirchenholzungen s. Kirchenforsten.
- Kirchenmieggrundstücke IV. 249.
- Kirchenprovisoren VII. 83. in Braunschweig II. 194. Instruction IV. 165.
- Kirchenrath, Rang derselben III. 348.
- Kirchenrechnungen, Hauptbericht desshalb I. 100. Abnahmeprotocolle I. 184. Ronitur I. 193. Berichte desshalb I. 193. 195. Obliegenheiten der Kreisgerichte bei Abnahme ders. I. 343. Ablegung ders. II. 188. Gebühren dafür III. 259. pünktliche Abnahme III. 279. Inventarium IV. 152. Gebühren IV. 152. Ronitur zc. VII. 73. 84. Anwendung des neuen Münzfußes VIII. 169. 170. 171.
- Kirchenrechnungswesen der Klosterkirchen III. 257.
- Kirchensiegel in den Kirchenrechnungen anzuführen IV. 152.
- Kirchenverbesserung III. 289.
- Kirchenvermögen, Verwaltung I. 183. 344. III. 283. 287. VI. 126. Sicherung desselben IV. 146. der Patronatkirchen IV. 146.
- Kirchenvisitationen, Vorlegung der Kirchenbücher I. 122. Geschenke der Opferleute dabei III. 266. Kosten IV. 152. 153.
- Kirchenvisitatoren I. 183. 207. VII. 110. 114. Rang ders. I. 192. Vollziehung der Brandversicherungs-Anmeldungen III. 22. Aufsicht über kirchliche Armenverwaltung VIII. 5.
- Kirchenvorstände, Vorstellung und Verpflichtung ders. VIII. 161. 162. Annahme der Leichenfrauen durch diesel. VIII. 168. Protocolle über Verhandlungen ders. VIII. 179. 180.
- Kirchenwesen, Verbesserung III. 289.
- Kirchhöfe IV. 229. Aufsicht darüber I. 202. II. 194. Benützung ders. III. 261. Anlage V. 51.
- Kirchthurmruhen, Reparatur IV. 151.
- Klagen des Militärs in bürgerlichen Processsachen I. 299. 302. folg. Häufung, Appellationssumme V. 80. Verjährung persönlicher und Einführung kurzer Verjährungsfristen VIII. 50.
- Klapperjagddienste II. 63.
- Kleebütung I. 240. 255. IV. 165.
- Kleiderhandel V. 59. 64.
- Kleiderseller I. 418. 419. 423.
- Kleidungsstücke, Anmessen ders. VII. 123. Vermerkung der von den Sträflingen in die Strafanstalten mitgebrachten VIII. 32.
- Klempner, Befugniß zur Verarbeitung des schwarzen Eisenblechs VIII. 72.
- Klempnerwaaren, Latiren ders. II. 115. 116. Verkauf ders. von den Kramadlern II. 120. Handel damit III. 193.
- Klingebeutelgelder IV. 11. Aufbewahrung ders. I. 10. III. 261. Erhebung III. 261. Eigenthum ders. III. 275. Sammlung abgekauft V. 3.
- Klöster, Beibehaltung der bisherigen Einrichtung III. 247. 249.
- Klosterfonds III. 283. 287. Verwaltung desselben III. 64. Rechnung desselben III. 41. VI. 42. 43. Ablösungscapitale, Löschung im Hypothekenbuche VI. 60. 75. bei Gemeinheitstheilungen IV. 168. Etat IV. 169. 171. Verwendung IV. 170.
- Klosterforsten, Berechnung der Revenüen III. 103. 106.
- Klostergüter, Verwaltung ders. I. 253. Beitrag ders. zu dem Armengelde II. 40. Rechnungsführung über diesel. III. 41. Processse desshalb IV. 123. Veräußerung IV. 171.
- Klosterkirchen, Obergaußicht darüber III. 257.
- Klosterstellen, Expectanzen, Gebühren dafür III. 241.
- Klubbgesellschaftswirthe, Gewerbesteuer II. 262. IV. 242.
- Klüfte, Walter. III. 107. 154.
- Kluge, Privilegium VIII. 233.
- Knöpfe, Uniform. IV. 49.
- Knopfmacher, Handel mit Wolle III. 191. Befugnisse derselben IV. 95.
- Köhlerrmeister, Instruction für diesel. III. 77. Unterordnung ders. III. 80.
- Körperliche Züchtigung u. Zuchthausstrafe der Forstfrevler III. 150.
- Köter, Spanndienst, Pflugdienst ders. II. 303.
- Kohlen, Accidenz dafür III. 119. Verabfolgung an die Schmiede III. 119.
- Kohlenvoigt, Instruction desselben I. 36.
- Kohlung für die Hüttenwerke III. 81.
- Kontracte, Bestätigung ders. II. 175. der Bauern II. 155. 177. 178. Ablösungs. IV. 7. V. 73. Befugniß an die Armen darin VI. 9. 10. s. Concontracte.
- Korlan und Kretschmar, Privilegium VIII. 238.
- Korn, Eingangabgabe davon II. 135. Centnergewicht dafür II. 137. Durchführung durch's Hannöversche II. 137. Abholen durch die Mäuler II. 339. Zins, Ablieferung III. 43.
- Kornhandel, Concession dazu III. 358.
- Kornmüller, Gewerbeschein II. 264.
- Kornunterstützung I. 10.
- Kosten, der Cantonecommission II. 218. Liquidation ders. I. 327. des Transports der Verbrecher I. 344. 353. 358. 367. wegen der Servitutablösungen I. 111. in Untersuchungssachen I. 21. VI. 40. der Begnadigungsgefuche II. 54. bei Feuersbrünsten

- II. 241. der Revision wegen der Brandversicherung  
 II. 43. in Steuercontraventionsfachen bei Freisprechungen III. 31. wegen der Hebammen III. 299. wegen der Cholera III. 299. folg. wegen gefundener Sachen IV. 46. Erstattung in Processen IV. 121. in Untersuchungen IV. 121. bei der zweiten Entscheidung über Kostenliquidationen hat es auch bei Kostenrechnungen der Curatoren Gemüthskranker sein Bewenden VIII. 100. in Untersuchungsachen, Solidarverpflichtung der Angeklagten VIII. 253.
- Kothsassen**, Contribution von den Pferden II. 302. IV. 251.
- Kothsassen-Ringepflug** IV. 49.
- Krähenhütte** VII. 32.
- Krämer**, Advocat, Privilegium VIII. 231.
- Krämer**, Gewerbesteuer I. 459. auf dem Lande IV. 109. Handel mit Zucker und Kaffee VIII. 74.
- Kränze**, Leichen- IV. 159.
- Kräpfrankheit** VI. 133. 139.
- Kramnadel**, Verkauf von Schloßwaaaren II. 120.
- Kranke**, arme, Unterstützung ders. I. 2. 3. ärztliche Hülfe I. 29. 349. Transport ders. I. 371. Kosten I. 383. im Hannöverschen I. 383. beurlaubte Soldaten I. 302. nicht an das Zuchthaus und die Zwangsarbeitsanstalt abzuliefern I. 22. 29. Gesellen I. 130. Cantonisten, Nachsendung derselben II. 220. Lage, an denen sie zu senden II. 227. Vorstöße desshalb II. 227. Gemüths-, Gutachten der Aerzte darüber III. 307. Behandlung derselben, Kosten IV. 182. V. 107. Lehrlinge, Kosten VII. 53. Corrigenden IV. 25.
- Krankenbett**, Trauung auf dems. III. 259.
- Krankencasse** der Handwerker I. 130. VII. 54. und Sterbecasse in Blankenburg VI. 134.
- Krankenhaus**, Aufnahme darin I. 349.
- Krankheiten**, Anführen in den Sterbelisten I. 234. der Cantonisten I. 312. ansteckende, Verichtigung der Kosten I. 29. Verordnung wegen Aufsicht der Oberhauptleute I. 339. Verordnung, die Behandlung armer Kranker betreffend I. 349. Anzeige derselben durch die Prediger II. 213. Verhalten dabei II. 213. Entdeckung ders. III. 297. epidemische I. 29. 339. 349. Ueberrahme der Leitung des Heilmerathscollégiums I. 352. der Sträflinge VI. 15. 35. der Lehrlinge VII. 53. epidemische, Anzeige durch die Prediger VIII. 159.
- Kreisämter** I. 152. Communication mit Herzoglicher Cammer I. 380. Polizeileistung I. 153. Gerichtsstand der Beamten I. 155. Hülfbeamte der Landes-Deconomie-Commission I. 110. Obliegenheiten ders. I. 348. Militairfachen ders. I. 348. Competenz in Untersuchungsachen II. 52. 55. Verbindung mit den Districtsgerichten II. 160. 163. 165. 170. 173. 175.
- Kreisarmencassen** I. 3. 4. 6. 7. 8. 10. Dienststrafgeißel zu denselben II. 180.
- Kreisbeamte**, Behinderung ders. I. 170. Rang ders. I. 192. Gerichtsstand ders. I. 241. in Militairfachen I. 343. Verwaltung der Kreisbeamtenstellen durch Mitglieder der Districtsgerichte I. 153.
- Kreisbaubeamte** VI. 13.
- Kreisscasse** III. 22. IV. 61. Zahlung an diesel. VI. 104.
- Kreissassen-Controleur** IV. 153.
- Kreiscommissionen** IV. 2. VII. 110.
- Kreisdeputirte** behuf der Aushebung der Pferde zum Kriegsdienste VIII. 195.
- Kreisdirectionen** VI. 128. VII. 8. 9. 110. 114. 115. in die Stelle der Cammer getreten IV. 123. Berichte in Militairfachen an diesel. IV. 192. Berichte wegen Mängel der Rechtspflege IV. 133. deren Competenz VI. 113. Zuziehung von andern Behörden untergeordneten Beamten VIII. 225.
- Kreienzen**, Bahn- und Postamt VIII. 229.
- Kreise**, Gerichts- I. 152. III. 207.
- Kreiseinnehmer** I. 404. Ausstellung der Duplicatquittungen über Brandcassenbeiträge III. 22. persönlichen Erscheinen vor Gericht VI. 146. Zahlung an diesel. VI. 104.
- Kreisgefängnisse** VII. 8.
- Kreisgerichte** I. 141. 142. 241. VII. 13. 56. Aufsicht ders. über die Aerzte zc. I. 339. Abnahme der Kreisarmencassen-Rechnungen I. 5. Verfahren vor dens. I. 142. Sorge für die Armen I. 3. Beschäftigung der Rechtsacademisten VIII. 89. 90. Rechnungsführung VIII. 90. Verfügungen in Vormundschaftsachen, Beschwerdeführung VIII. 97. 98. Disziplinarlag der Kreisgerichtsdirectoren VIII. 100. Stellung der Kreisgerichtsdirectoren zu den Beamten der Stadt- und Amtsgerichte VIII. 101. 102.
- Kreisphysicus**, Confulent der Cantoncommission I. 316. f. auch Physici.
- Kriegsartikel** I. 262. 280. Modification ders. IV. 180. neue Redaction IV. 189. Anwendung ders. VI. 28. Abänderung ders. VIII. 196. neue Redaction VIII. 199.
- Kriegsbedürfnisse**, Ausführung ders. I. 264. 269. 344.
- Kriegsbereitschaft**, Aufheben derselben VIII. 45.
- Kriegscollégium** I. 300. 331. einstweilige Aufhebung desselben III. 254.
- Kriegsdienst** VI. 135. VII. 104. Verpflichtung dazu IV. 187. 188. VIII. 196. Aushebung der Pferde dazu VIII. 195. 200.
- Kriegsführen** I. 262. 264. der Domänen III. 39. Repartition auf die Pferde bei dens. III. 39. für einquartirte Militairpersonen III. 317.
- Kriegsgerichte** I. 291. II. 213. 214. VIII. 200. die Erkenntnisse ders. auch wegen nichtmilitairischer Verbrechen sind mit Entscheidungsgründen abzugeben VIII. 126. 127. 128.
- Kriegslasten** der Domänen III. 39.
- Kriegsleistungen** der Domänen III. 39. 40.
- Kriegsschäden** I. 244. Ausgleichung mit den Domainenpächtern III. 39. 40. 41.
- Kriegsteuer** von 1806. I. 244.
- Kronen** von Nadelholzbäumen, Verkauf ders. I. 55.
- Krüge**, Aufhebung der in der westphälischen Zeit angelegten I. 350. Erbszins- III. 326. Patent- III. 330. Pachtgeld davon III. 331. Anlegung ders. III. 331. Verlegung VIII. 70.
- Krüger**, Gewerbscheine für diesel. I. 424. Concessionen ders. I. 453. II. 121. Branntweinhandel ders. V. 62.



Krüger, Fabrikant, Privilegium VIII. 237.  
 Krupp, Privilegium VIII. 235.  
 Küblingen, Abgabe mehrer Häuser an den Gemeindegeldbesitzer Schuppenstedt VIII. 68.  
 Küche der Offizianten, Contribution davon IV. 361. 256.  
 Kuhpocken I. 392. II. 209. Impfung IV. 178. Straßen desshalb IV. 182.  
 Kuhställe, Rinde und Hobeln dazu III. 151.  
 Kummel, Handel damit V. 110.  
 Kunden, Aufhalten ders. I. 132. Abspenstigmachen VII. 54.  
 Kündigung der Landgemeindecapitale IV. 77. der Beamten III. 25. der Handwerksgefallen VII. 54.

Kunst, Werke derselben, Sicherung gegen Nachdruck VIII. 13.  
 Kunsthändler IV. 100. Bekanntmachung der Insolvenz und gerichtlichen Verkäufe VIII. 29.  
 Künstler, Gesellen derselben I. 129.  
 Kunstmaler II. 113. 116. IV. 99.  
 Kupferstiche, Handel damit IV. 101.  
 Kürschner, Gewerbebefugnisse V. 59. VIII. 71.  
 Kupferhändler s. Kesselhändler.  
 Kurheissen, Convention wegen Auslieferung der Verbrecher I. 17.  
 Kurkosten armer Kranker s. Kranke, auch Physici.  
 Kutschergewerbe III. 191.

## L.

Ladiren der Klempnerwaaren II. 115. 116.  
 Ladiren, Malen von denselben IV. 99.  
 Ladirfabrikanten II. 115. 116.  
 Ladirte Waaren der Klempner III. 193.  
 Ladefschneide über Frachtgüter II. 9. in Braunschweig und Wolfenbüttel IV. 248.  
 Ladung der Frachtwagen IV. 262.  
 Ladungen in Strafsachen VII. 62.  
 Lagerhäuser, Cultur. III. 165. 169. Waldplätzen III. 177.  
 Lagerstirk der Gefangenen II. 54.  
 Latzigen, Handel damit V. 109.  
 Land, Classification desselben IV. 255.  
 Landgartenhandel IV. 101.  
 Landhirten, Liquidation ders. III. 298. 303.  
 Landesabgeordnete VII. 97. 100.  
 Landesbehörden III. 287. Klagen über dies. I. 248.  
 Landescreditinstitut IV. 175.  
 Landesculturgesellschaft VII. 89.  
 Landesdirection III. 282.  
 Landeseinwohnerrecht III. 284.  
 Landesfürst III. 284. Bedarf desselben III. 287.  
 Landesgericht, Titel desselben IV. 120. I. 141. 153. Verfahren von demselben I. 143. Aufsicht über die Kreis- und Stadtgerichte I. 148. über die Districtsgerichte I. 153. Präsentationsrecht der Stände I. 245.  
 Landesgrundgesetz VII. 97. 100.  
 Landeshaushaltsrat IV. 170.  
 Landesherliche Gerechtsame, Vertheidigung ders. I. 180.  
 Landesherliche Nachschußkommenheit, Bescheidung durch dies. VIII. 98. 99. 100.  
 Landesmünze I. 419.  
 Landes-Deconomié-Commission I. 407. 110. VII. 26. 43. 91. Untersuchung der Kräfte der Meierhöfe I. 261. IV. 82. Competenz in Separations-Streitigkeiten IV. 83. Salariencasse ders. IV. 5. Verfügung wegen Lösung und Eintragung in das Hypothekenbuch VII. 71.  
 Landesordnung, Anwendung derselben V. 1.  
 Landespolizei I. 179. 180. 346. 352. 380. VII. 43. 59. allgemeine Medicinal. I. 29. 341. 346. 352.

Landeschuld IV. 165. 166. Tilgung IV. 166. I. 252. 253.  
 Landeschulden-Liquidation, Präklusivtermin II. 155.  
 Landeschuldenobligationen I. 241. Ankauf V. 79. von Curatoren V. 118. VIII. 189. Vertauschung der Cammerchuldenverschreibungen-VIII. 46. Form und Vollziehung ders. VIII. 47. Competenz zur Incourserklärung VIII. 89. Gebühren für die Incourserklärung für Kirchen oder geistlichen Einrichtungen zugehörige VIII. 165.  
 Landessteuerkasse I. 245. 247. 252.  
 Landessteuercollegium I. 245. 247. 253.  
 Landesverfassung, Gerichtshof im Falle der Verlegung IV. 114.  
 Landesversammlung VII. 97. 100.  
 Landesverwaltungs-Angelegenheiten I. 120.  
 Landesverwaltungsbehörden VII. 110.  
 Landesverweisung IV. 208.  
 Landfiscal I. 168.  
 Landfolge II. 251.  
 Landfolge der Hofoffizianten IV. 67. Landfolgedienst VI. 149.  
 Landgemeinden, Hypothekkapital, Kündigung IV. 77.  
 Landgemeindecapital IV. 169. VII. 46.  
 Landgericht I. 255. 341. Unterhaltung IV. 170.  
 Landmeister I. 125. Gebühren ders. I. 135. Eintrittsgelder II. 113.  
 Landphysicus s. Physici.  
 Landpostboten, Besorgung der Inquisitionen gerichtlicher Verfügungen durch dies. VIII. 92. 93. 135.  
 Landrabbiner I. 394. II. 153.  
 Landrentenmeister I. 245.  
 Landrecht I. 246. II. 203. III. 283. V. 102. VI. 128. VII. 96. Sectionen ders. I. 249. Stimmenmehrheit I. 249. Anträge ders. III. 283. Rechte ders. III. 285. Geschäftsordnung III. 283. 287. 289. Wahlcollegium, Versammlung, Geschäftsordnung, Wahlgesetz, Landparitus IV. 166. 169. 170. 171. 172. Landrecht, Landesgrundgesetz VIII. 185.  
 Landchaftliche Stipendien II. 203.  
 Landchaftsausschuß I. 248. 250.  
 Landchaftsbediente I. 252.

- Landschafts-Commissarien I. 251.  
 Landschaftsdeputirte der Freisassen II. 203.  
 Landschaftscoffizianten I. 249.  
 Landschaftsordnung I. 245. 252. III. 283. 284.  
 Landschaftspräsident I. 249.  
 Landschaftssiegel I. 249.  
 Landtags, Erhebung desselben I. 413. im Ante Cam-  
 pen IV. 244.  
 Landtschullehrerwitwen VI. 151.  
 Landtschulordnung III. 257.  
 Landstände III. 285. Pflichten ders. I. 247. Eid ders.  
 I. 249. Wahl ders. III. 288.  
 Landstreicher, Regregeln gegen dieselben I. 351.  
 Transport ders. I. 343. III. 327. Züchtigung III.  
 330. Competenz zur Züchtigung III. 339. 341.  
 Landsturm I. 263.  
 Landyndicus IV. 36. 166. 169.  
 Landtag III. 286. VI. 128. außerordentlicher IV. 171.  
 172. Zusammenberufung desselben I. 249. Termin  
 dazu I. 249. Sectionen I. 249. Vertagung I. 257.  
 Schluß III. 286. 290. Eröffnung III. 289.  
 Landtagsabschied I. 252. VI. 128. Druck I. 251.  
 vom 12. October 1832 III. 283. von 1845 V. 102.  
 Declaration des von 1597 u. 1770 IV. 169. von  
 1842 IV. 172. von 1835 IV. 169. vom 2. August  
 1837 IV. 171. von 1838 IV. 172. von 1839 IV.  
 172. vom 18. August 1842 IV. 172. vom 6. Mai  
 1845 V. 102. vom 4. Juni 1847 VI. 128. vom  
 27. November 1848 VI. 129. vom 11. März 1852  
 VII. 99. vom 7. November 1853 VIII. 185. vom  
 5. September 1855 VIII. 186. vom 24. April 1858  
 VIII. 187. vom 9. September 1858 VIII. 187.  
 Landtagswahlgesetz IV. 172.  
 Landwehr I. 262. VI. 135. VII. 105. Uebungen,  
 Stellung der Pferde VIII. 195.  
 Landwehrdragoner I. 300. 331. 332. sind den  
 Kriegsartikeln unterworfen I. 285. Belidigungen  
 ders. I. 300. 306. 310. Untersuchung deren Excesse  
 I. 311. Belohnung ders. I. 306. 329. Diäten bei  
 Untersuchung auswärtiger Forstwogen III. 150.  
 Militairdetachment III. 317. 321. Service-Ent-  
 schädigung ders. III. 321. Contracte desshalb III.  
 222.  
 Landwehrjäger s. Landwehrdragoner. Beerdigung  
 ders. wegen der Forstwogen II. 85. Verhaftung  
 durch dieselben VI. 29. Verübung von Jagdfreveln  
 VI. 31.  
 Langelsheim, Steueramt; Vereinigung mit Lutter  
 am Harenberge VIII. 312.  
 Lasten, Staats, III. 284. der Gemeinden III. 284.  
 Ablösung ders. IV. 1.  
 Laub sammeln im Psefdisirte II. 85. 89.  
 Laub- und Streuhaken IV. 89.  
 Landmientengeld der III. 213. bei Herzogl. Cammer  
 III. 240.  
 Lebendigbegrabene II. 297. 298.  
 Lebensbedürfnisse, Concurrenz zur Erhaltung bil-  
 liger Preise I. 255. 347.  
 Lebensversicherungen V. 6. Zulassung auswärtiger  
 Grischaffen VIII. 78.  
 Leberthran, Verkauf desselben V. 107.  
 Lectionspläne in den Gemeindefchulen VIII. 144.  
 145. 146. 173. folg.  
 Lebige Personen IV. 219.  
 Leder VII. 123.  
 Legate an die Armen VI. 9.  
 Legatenassen, Samson'sche IV. 187. Wäterkings'sche  
 IV. 187.  
 Legitimation der Staatsgläubiger IV. 165. 166.  
 zur Ablösung IV. 1. auf der Eisenbahn V. 41.  
 der Lotterie-Collecteure V. 104. zum Gewerbe I.  
 132. 448. II. 118. zu Erbzinsgrundstücken I. 35.  
 in der Landtschaf III. 289.  
 Legitimationsatteste, gerichtliche VIII. 102.  
 Legitimirte Kinder IV. 140.  
 Lementirer IV. 94. Wafen derselben IV. 99.  
 Lehmgruben, Zwerfen derselben III. 339.  
 Lehmsteine, Größe derselben II. 246.  
 Lehn VII. 26. Ablösung I. 107. IV. 3. 51. Capitale  
 IV. 6. Zins IV. 51. Aufhebung des Lehnver-  
 bandes, Erst VIII. 41.  
 Lehne extra ontem III. 292. Erbzins- III. 294.  
 Lehncommission I. 256.  
 Lehnsherr VII. 26.  
 Lehnssachen I. 141. 256. III. 292. Reindorf'sche III.  
 294. und Grenzfachen II. 205.  
 Lehnstämme VII. 26.  
 Lehnstammcapitale, Eintragung in's Hypotheken-  
 buch VI. 90.  
 Lehnverband VI. 26. Aufhebung derselben VIII.  
 41. 43.  
 Lehnzinsen VII. 26.  
 Lehrbrief I. 123. 128. VII. 54.  
 Lehrbücher, neue, nicht ohne Genehmigung Herzogl.  
 Consistorii in den Schulen einzuführen VIII. 147.  
 Lehrburschen, Lehrlinge I. 329. VII. 53. I. 128.  
 Forst III. 93.  
 Lehrer an den Gemeindefchulen, Einkommen derselben  
 VIII. 136. 142. Nichtberechtigung der Schulvor-  
 stände zur Prüfung ders. bei der Anstellung VIII.  
 142. Rechenbachbücher anzulegen VIII. 147. 148.  
 Lehrherren I. 131.  
 Lehrvertrag VII. 53.  
 Lehrzeit VII. 53.  
 Leibzucht, Eintragung in das Hypothekenbuch VI. 62.  
 Leibzüchter, Beitrag zur Schulstubeinzeigung IV. 163.  
 Leibzuchtsänderel und Vieh, Contribution davon  
 IV. 244.  
 Leichen, Beerdigung IV. 141. 149. 179. 209. 210.  
 Aufbewahrung gesunderer IV. 163. aus dem Wasser  
 geogene IV. 211. an die Anatomie zu schicken II.  
 55. 58. III. 296. IV. 44. V. 106. Transport da-  
 hin V. 108. gefundene, Beerdigungskosten IV. 47.  
 Befichtigung ders. I. 31. Eintragung in's Kirchen-  
 buch I. 217. Durchpassiren derselben jura stolae  
 II. 198. Begraben nach der Reihe III. 277.  
 Leichenbegängnisse, Mißbräuche dabei IV. 179.  
 Leichenfrauen, deren Annahme durch die Kirchen-  
 vorstände VIII. 168.  
 Leichenfronen IV. 159.  
 Leichenöffnung, Kassen III. 299.  
 Leichenpässe, Uebereinkunft desshalb mit dem Groß-

- Herzogthum Baden VIII. 225. Befugniß zur Aus-  
 stellung und Form ders. VIII. 226.  
 Leichenschau III. 297. 298. IV. 150. V. 123. VI. 133.  
 Leichensteine, Inschriften darauf II. 199. Be-  
 nennung derselben III. 265. 271. 277. Gebühren wegen der  
 Errichtung, VIII. 140. 141.  
 Leichenwagen VI. 121.  
 Leih- und Creditanstalt, Aufsicht darüber I. 180.  
 Leihhaus I. 259. V. 102. VI. 129. Exportfreiheit  
 desselben I. 115. Belegung der Kirchencapitalien  
 bei demselben I. 187. in Helmstedt II. 205. Scheine  
 desselben II. 205. Belegung der Pupillengelder II.  
 154. Bezahlung der Laubemien III. 213. Ab-  
 lieferung der Deposita III. 342. Pfänder, Verkauf  
 ders. II. 205. Obligationen II. 206.  
 Leihhausanstalt III. 287. IV. 175. VI. 130. VII.  
 100. Zweck der Anstalt IV. 175. Pfandmaklerge-  
 schäft IV. 175. Pfandscheine, Zurücknahme IV.  
 176. Ablieferung der Depositengelder IV. 124. 129.  
 Anlehn bei Ablösungen IV. 3. 5. Darlehne dar-  
 aus IV. 175. Darlehnscommission VI. 132. Rechts-  
 verhältnisse zur drausich. Bank VIII. 188. Alters-  
 Renten-Anstalt VIII. 188.  
 Leihhausbankscheine VI. 55. Leihhauscassenscheine  
 VIII. 8. 9.  
 Leihhauscapitale VII. 100. 101. Arrest darauf IV.  
 137.  
 Leihhauscassen VII. 7. Leihhauscassenscheine VIII.  
 189.  
 Leihhauscommission VII. 30.  
 Leihhausobligationen, Ausfertigung, Abforde-  
 rung IV. 175. Competenz zur Incurserklärung  
 VIII. 89.  
 Leihhausfachen VII. 30. 100.  
 Leineweber, Concessionen ders. I. 136. 452. II. 121.  
 III. 190. Aufnahme in die Gilde II. 114.  
 Leinweberei der Maurergesellen außer dem Gilde-  
 verbande II. 116.  
 Leinwebergesellen II. 116.  
 Leinwebergewerbe V. 65. Dispensation desselb  
 V. 65.  
 Leinwebervehrlinge VI. 55.  
 Leinlappern IV. 103.  
 Leinsamenhandel I. 136. Concession dazu I. 453.  
 Leipziger Lebensversicherungsanstalt V. 6.  
 Leitern zum Schornsteinlegen IV. 209.  
 Leichenstreichen VII. 32.  
 Leibesgasse Stiftung in Braunschweig VIII. 231.  
 Lesegesellschaft, Inspection-, Postfreiheit III. 257.  
 Leseholzberechtigung VII. 5.  
 Lesekabinette, Gallen ders. V. 65. Leseverein auf  
 dem Lande VIII. 153. 154.  
 Lesser Holz VI. 67.  
 Lex anastasianna VII. 43.  
 Liberatorkrumm II. 174. für die Rechnungsführer Her-  
 zoglicher Cammer III. 97.  
 Licht für Gefangene II. 54.  
 Lichtenberg, Vereinigung der Gemeinden Oberfreden  
 und Niederfreden VIII. 66.  
 Lichtenstein und Salomon, Privilegium VIII. 238.  
 Lichtenhall, Hoheit u. Gerichtsbarkeit darüber III. 211.  
 Lieder, Hausiren damit III. 351.  
 Lieferungen, Kriegs- und Domainen III. 39. 40.  
 41. Befreiung der Prediger und Schullehrer davon  
 III. 252.  
 Lieferungscontracte bei Herzogl. Cammer, Gebüh-  
 re dafür III. 240. 243.  
 Lippe, Beitritt z. Passirantenverein VII. 112. Schaum-  
 burg-, Oberappellationsgericht VIII. 88.  
 Liquidanten, ausländische II. 167.  
 Liquidationen, der Advocaten IV. 230. der Bau-  
 forderungen IV. 52. der Procuratoren und Advoca-  
 ten IV. 85. Gebühren IV. 91. der Forderungen  
 VI. 50. in Concursen IV. 125. 129. der Gefangen-  
 enkosten II. 47. 54. 57. der Kirchencapitale bei  
 der Landes Schulden-Commission II. 188. 193. der  
 Landes Schulden I. 242. der Steuern I. 165. der  
 Defensionsgebühren III. 32. der Forderungen an  
 Herzogliche Cammer III. 248. der Curokosten für  
 Baldbarbeiter, Revision und Auszahlung derselben  
 III. 155. zur Büchsenpennnisrechnung III. 83.  
 der geringfügigen Forstausgaben III. 83. Compe-  
 tenz IV. 50. der Zeugengebühren IV. 50. Summa  
 mehrerer V. 85.  
 Liquidationscommission I. 241.  
 Liquidationstermine VI. 50.  
 Listen, der Gebornen I. 231. II. 225. der unter-  
 suchten Cantonisten I. 320. folg. der einzulegenden  
 Cantonisten II. 219. 222. Beglaubigung derselben  
 II. 219. Forstbuß-Einsendung derselben III. 84.  
 der Stimmberechtigten zum Landtage III. 289. der  
 Copulirten, Gebornen und Gestorbenen von den  
 Kirchenbuchführern aufzustellen VIII. 142. 143.  
 152. 153. 158. Aufnahme der per subsequens ma-  
 trimonium legitimirten Kinder VIII. 164. Auf-  
 stellung der Listen der Copulirten, Gebornen und  
 Gestorbenen VIII. 167. 168. Aufnahme der un-  
 ehelichen Kinder behuf Anordnung von Vormund-  
 schaften für dieselben VIII. 169.  
 Literarisches Eigenthum VII. 11. 12.  
 Litidenunciation gegen Herzogl. Consistorium II.  
 161.  
 Lizen zu Documenten III. 219.  
 Localbeamte I. 177.  
 Localcommission in Ablösungs- und Separations-  
 sachen IV. 4.  
 Localpolizei I. 346. 347. II. 265.  
 Locus regit actum IV. 130.  
 Leebede, Stiftung VIII. 233.  
 Löhne der Baubauwerker I. 348. 349. 362.  
 Löhnungsabzüge I. 269.  
 Löschung der Hypotheken IV. 9. VI. 69. 70. 73.  
 Löschung der Obligationen II. 150. auf Inhaber  
 II. 150.  
 Lösungsgeräthschaften I. 254.  
 Logirbücher, Stempelung VI. 104.  
 Lodensplanungen in den Forsten III. 168.  
 Lohnarbeiter, herrschaftliche, Execution gegen dies.  
 IV. 120.  
 Lohnführer, Reisepässe derselben IV. 220.  
 Lehn für Bau- und anderes Holz III. 106. 107. 108.  
 für Pferdskitten III. 178.

Lohnbedientenordnung V. 132.  
 Lohnbücher der Holzhauer III. 98.  
 Lohnfuhrer, Postschein dafür II. 256.  
 Lohnkutscher, Gewerbechein ders. I. 386. Lösung  
 des Postcheins von denselben II. 256. aus dem  
 Hannoverschen V. 131.  
 Lohnkutschergewerbe III. 191.  
 Lohnungssassen der Forstschreiber III. 170.  
 Lohnzettel für die Waldarbeiter III. 126.  
 Loosen der Cantonisten I. 276. folg. Vertauschung  
 der Lose I. 277. doppelte Lösung I. 320. 322.  
 der Dienstboten I. 317. 320. 323. wegen Zurück-  
 zahlung der Landes Schulden I. 144.  
 Lotterien IV. 177. V. 104. Collectiven dazu V. 104.  
 Aufsicht darüber I. 180. verbotene IV. 147. preu-  
 ßischer Promessen I. 379. auswärtige II. 208.  
 Lotteriellecteure, Gewerbesteuer ders. IV. 242.

Verfügung wegen dens. I. 369. Beschränkung ders.  
 auf dem Lande III. 294.  
 Lottospiel V. 124.  
 Luchmische Industrieschule IV. 186.  
 Lübeck, Beitritt zum Passartenverein VII. 111.  
 Lüneburg, Fürstenthum, Observanz wegen gestohle-  
 ner und geraubter Güter daselbst III. 27.  
 Lumpen, Auktion IV. 93. 209. 244. Ausführen ders.  
 I. 356. Factoren, Sammler I. 356. IV. 218.  
 Lutter am Bbge., Hypothekenbücher VI. 61. Bahn-  
 und Postexpedition VIII. 229.  
 Lutter, Dr. Martin, kleiner Catechismus, erklärt von  
 Ernesti, Einführung desselben VIII. 137.  
 Luxemburg, Großherzogthum, Anschluss an den Zoll-  
 verein VIII. 295. Uebergangsverkehr mit Brannt-  
 wein VIII. 312.

## M.

Maß und Gewicht IV. 177. Uebereinkunft wegen  
 Einführung des Zolpfundes VIII. 189.  
 Maß der Cantonisten I. 323. 328.  
 Maßboden für Forstbediente III. 169.  
 Mackensen, Hofapotheker, Privilegium VIII. 234.  
 Mätkergebühr I. 158.  
 Mängel bei der Rechtspflege IV. 133.  
 Märkte, Getreide auf denselben von Eingangsabga-  
 ben befreit II. 135. 137.  
 Märkische Stiftung VII. 125.  
 Magdeburg-Braunschw. Eisenbahn IV. 51.  
 Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft, Zulaf-  
 sung zum Geschäftsbetriebe in Braunschweig VIII.  
 11.  
 Magistrat IV. 73. in Braunschweig und Wolfenbüt-  
 tel I. 345. 346.  
 Malaccise, Aufheben derselben II. 262. in Braun-  
 schweig und Wolfenbüttel II. 3. IV. 240. 243.  
 Malgänge, Anlage neuer, Grundstücke deshalb  
 IV. 196.  
 Mahlmühlennanlagen IV. 169. 195.  
 Mahnverfahren VIII. 24.  
 Mainz, kaiserlicher Staatsprocurator daselbst IV. 134.  
 Majorennitätsklärung schließt nicht alle Dis-  
 positionsbeschränkungen aus VIII. 103.  
 Maßsteuer II. 30.  
 Maffer, Gefinde- IV. 210. 213. Pfand- IV. 176.  
 Malen der Tischler II. 116. der Klempnerwaaren II.  
 115. 116. III. 193. keine Tapeziererarbeit III. 192.  
 Maler, Verein derselben IV. 97.  
 Malergewerbe II. 113. 116. f. Zimmermalerei.  
 Malterholz, lange Klüfte in denselben III. 107.  
 Inhalt III. 154. Maßstock dazu III. 170.  
 Malz, Actie davon II. 3. IV. 243. Quetschmaschine  
 derselben VIII. 77.  
 Mandatum de administranda justitia IV. 117.  
 Mandatorius in loco II. 170.  
 Mandatar der Herzogl. Kammer I. 159.  
 Mandate des Obergerichtsgerichts, Gebühren da-  
 für I. 113. zur Inquisition, Gebühren das. III. 185.  
 Meg's Repert. VIII. Th.

Manifestationszeit VII. 13.  
 Manuale, Forstrechnungs- und Rechnungsführer Her-  
 zoglicher Kammer III. 41. der Forstschreiber über  
 Fauerlöhne III. 115. 147.  
 Manuscripte, Portofreiheit der Buchhandlungen die-  
 serhalb III. 346.  
 Maripontenpfeiler I. 438.  
 Markgenossen III. 234. IV. 72. VII. 43. 46.  
 Marktfuhrer V. 61. Gewerbesteuer davon IV. 257.  
 Marktgewerbecheine für Auswärtige I. 420. 424.  
 452. 453. 457. IV. 256.  
 Markwaaren VII. 54.  
 Mascherode, Beilegung von Grundstücken vom Ge-  
 meindebezirke Rautheim VIII. 67.  
 Maschinenfäbriker IV. 104.  
 Maß II. 65. Propter- und Faser- II. 79. Verpackung  
 derselben III. 86.  
 Masbruch, Fällen des Holzes darin II. 66.  
 Masfirogen I. 52.  
 Materialien zum Begebau, Abtretung von Grund-  
 stücken zur Gewinnung I. 467. Auffinden derselben  
 I. 468.  
 Materialwaarenhandel III. 360. im Kleinen, Ge-  
 werbesteuer davon II. 266. Gewerbechein der Apo-  
 theker deshalb I. 132. 454. 459. verschiedenes Ge-  
 schäft von Warenwaarenhandel III. 193.  
 Materialwaarenhändler, Befugniß III. 362. Be-  
 steuerung IV. 95. Handel derselben mit Arznei-  
 waaren, Farben und Oelen IV. 180.  
 Maturitätsprüfungen I. 255.  
 Maturitätszeugnisse IV. 162. der Candidaten der  
 Medicin V. 106.  
 Maurer IV. 92. Malerarbeit ders. II. 113. IV. 99.  
 Mischmalerei ders. II. 113. Geschicklichkeitsprobe  
 wegen Anlage von Feuerstellen zu Braunkohlen  
 zc. III. 334. Prüfung wegen Anlage der Feuer-  
 stellen III. 16. im Kreise Blankenburg Befugnisse  
 den Steinhauern gegenüber VIII. 71.  
 Maurerarbeit von Dachdeckern III. 189.  
 Maurergesellen, Gehülfen der Maler II. 113.

- Maurermeister, Beerdigung derselben II. 132. 244.  
Wahl ders. zu Tazaren II. 43. Wittwen ders. II. 113.
- Medaille, Rettungs- IV. 50. Militair I. 26. 269. 271.
- Medicamente auf alte Recepte II. 210. für Soldatenfrauen II. 214.
- Medicin, Candidaten derselben V. 106. für beurlaubte Soldaten III. 324.
- Medicinalbeamte III. 303. Militair- I. 287. IV. 189. Instruction derselben, beauf der Militäraushebung VII. 105. Gebühren ders. VIII. 191. 192.
- Medicinal-Kisten I. 217.
- Medicinalordnung IV. 169.
- Medicinalpolizei II. 208. III. 295. IV. 178. V. 103. VI. 133. VII. 101. Gesetze, analoge Anwendung V. 37. VIII. 190.
- Medicinfrämer IV. 183.
- Medicinische Pflanzerei I. 29. VII. 12. 23.
- Mehl, Aufhebung des Eingangszolls VII. 154. 157.
- Mehlhandel IV. 104. V. 60. der Bäcker IV. 257.
- Rehrheit der Stimmen in der Landchaft I. 250.
- Meier, Consens zur Verpfändung I. 35.
- Meierberechtigte, Zustimmung zu Ablösungen III. 181.
- Meierbriefe, Schreib- und Siegelgebühren dafür III. 316. Lösung derselben III. 43. Weinkauf derselben III. 240. 317.
- Meiergelder beim Stifte Eteterburg III. 317.
- Meiergüter, Einziehung ders. I. 169. Consensgebühren wegen Veräußerung ders. III. 211. Pertinenzqualität V. 1.
- Meierherrliche Rechte IV. 132.
- Meierhöfe, Unterjuchung der Kräfte derselben I. 255. 260.
- Meierpfarrgrundstücke IV. 249.
- Meierverfassung III. 316.
- Meierzins, Ablösung IV. 1. 2. V. 3. letzte Naturallieferung V. 3. Normalmaße IV. 178. Verfahren bei Annahme I. 39. Ablieferung III. 43.
- Meisengelder I. 113. IV. 89. für Copien II. 111. der Amtsvogte in Gemeinde- und Officialsachen III. 180. 181.
- Meineid, vom Militair begangen, Bestrafung I. 285.
- Meinungsfreiheit III. 284.
- Meistbietend verkaufen oder verpachten durch Privatpersonen I. 172.
- Meister, Meisterrecht I. 129. 131. 135. folg. VII. 54. Ertheilung der Gesellenzeugnisse I. 129. Betragen gegen die Gesellen I. 130. Faffen für die Arbeit I. 132. Genügleistung der Militairpflicht I. 134. Zahl derselben II. 114. Vermögen II. 115. Bezeugnisse II. 116.
- Meisterbriefe I. 131. VII. 54.
- Meisterbuch VII. 54.
- Meistergefelln IV. 92.
- Meisterprüfungen der Bauhandwerker IV. 105. II. 125.
- Meisterstück II. 120. Verfertigung V. 63.
- Meisterwitwen I. 132. VII. 53.
- Meistgebot, Dispensation davon IV. 122. Verkauf der Grundstücke Minderjähriger II. 172.
- Meliorationen der Forsten in Dienstgrundstücken III. 82.
- Memoriale II. 304. Verfertigung derselben I. 464.
- Messe, braunschweigische, Accisenleg während derselben II. 3. Hieranten, Gewerbesteuer ders. III. 361.
- Messen und Märkte IV. 184. 242. V. 110. VII. 195. Gewerbeschein dazu, Mißbrauch II. 117. Sauer-scheine II. 266. Waarenverkauf IV. 94.
- Messcontante, Abrechnung IV. 185.
- Messordnung IV. 184. Vergehen dagegen IV. 185. Erhebung der Messkosten VIII. 195.
- Messwaaren V. 110. VII. 54. Contr der Großhändler VIII. 195. Aufhebung des Verbots des Handels nach Proben VIII. 195.
- Mexico, Handels- und Schiffahrtsvertrag VIII. 301.
- Mestren, Privilegium VIII. 285.
- Meyer, Privilegium VIII. 238.
- Michaelis, Privilegium VIII. 237.
- Michaelstein, Begründung eines Gemeindebezirks VIII. 67.
- Mietentschädigung der Forstofficianten III. 100.
- Mischmalerei der Maurer II. 113.
- Milde Stiftungen VI. 134. IV. 185. V. 110. Pensionsanstalt des Hoftheaters IV. 114. Aufsicht über dieselbe I. 183. Rechnungswesen derselben I. 195. Eintragung der Hypotheken III. 203. in Braunschweig III. 270. Sicherung deren Vermögens III. 187.
- Milderung der Strafen in Defraudationsfällen II. 53.
- Milde Zwecke, Beiträge dazu IV. 170.
- Militair, Soldaten, Abzug am Solde I. 230. Arretirung derselben I. 363. 364. Aufnahme in die Gilde II. 118. Ausgaben für dasselbe I. 252. Beamte, Unterwerfung unter die Kriegsartikel I. 286. Befreiung von demselben I. 275. 316. Bestrafung I. 254. 263. 290. wegen nicht militairischer Vergehen I. 311. durchmarschirendes, Kosten I. 252. 270. Einquartirungskosten II. 227. 228. Jurisdiction über dasselbe I. 263. 264. 311. Zusatzverfassung I. 254. 274. Militairwesen I. 262. II. 213. IV. 187. 310. V. 110. Pflichtigkeit derselben I. 137. 248. 254. 274. Gewerbsbetrieb I. 134. Freireiung davon I. 324. zum Polizeidienste III. 317. VI. 28. Gebühren bei Executionen III. 324. Requisitionen von der Gildobrigkeit beauf Ausübung der Gesetze I. 301. 302. von den Abkanen I. 301. Sterbe- und Gnadenmonate bei demselben II. 215. Untersuchungen gegen dasselbe I. 286. 311. schnelle Betreibung der Untersuchungen I. 311. Unterführung der Gildobrigkeit I. 265. des Hannöverschen I. 350. Urtheile von den Civilgerichten wegen bürgerlicher Vergehen I. 311. Verbeirathung derselben I. 192. Ausgaben desselb IV. 172. casernirtes, Lebensmittel für dasselbe V. 63. Verbeirathung derselben IV. 190. Arretirung durch das Polizeimilitair VI. 36. Auforderung an dasselbe zur Widersechtlichkeit VII. 20.
- Militairärzte V. 116. 117.
- Militairausgaben VII. 99.
- Militairaushebung, Auszüge aus den Kirchenbüchern desselb IV. 142. 143. VII. 104. 105.

Militäraushebungskosten V. 112.  
 Militärcommission V. 143.  
 Militärconvention mit Preußen VII. 99.  
 Militärcorrespondenz IV. 46.  
 Militärdienstpflicht VI. 134. 135. Militärdienst  
 der Freiwilligen VII. 104.  
 Militärführen VI. 134.  
 Militärgesundheitscommission V. 117.  
 Militärgerichte, Competenz derselben VIII. 197.  
 Militärjurisdiction VII. 108.  
 Militärmusikchöre V. 64.  
 Militärpersonen VII. 82. 138. Competenz gegen  
 dieselben in Untersuchungsachen IV. 45. deren  
 Vernehmung mittelst Requisition VI. 136. Erschei-  
 nen vor Gericht VI. 136. Mittheilung der Straf-  
 erkennntnisse gegen dieselben VI. 136. Ertheilung  
 der Heirathsconferse oder Banderbücher VI. 136.  
 sind von Verhandlung gerichtlicher Sachen ausge-  
 schlossen VIII. 27.  
 Militärpflicht, IV. 187. 191. Vergehen in Be-  
 ziehung auf Erfüllung derselben IV. 189. VII. 104.  
 105. der detinirt gewesenen IV. 194. der im Exa-  
 men nicht bestandenen IV. 193. der Corrigenden  
 in Bavern IV. 310. der Compotair-Befreiten IV.  
 311. der Stellvertreter IV. 311. Dispensation  
 davon VIII. 207. u. 208.  
 Militärpflichtige VII. 40. 104. 108. Ladung der-  
 selben IV. 189. zurückgesetzte, übersehene, abwe-  
 sende und in der Correctionsanstalt detinirt gewe-  
 sene V. 111. 113. ausgetretene V. 111. 113. 116.  
 zurückgesetzte der Studien wegen V. 114. Vorla-  
 dung V. 115. Listen V. 116. in den Communioror-  
 ten V. 115. bestrafte V. 118. ausgebliebene V. 118.  
 119. übergangene V. 120. zur Untersuchung nicht  
 erschienene VI. 136. Auswanderung derselben VIII.  
 6. 207. Untersuchung der Dienstfähigkeit derselben  
 VIII. 208. Vermögensbeschlagnahme VIII. 264.  
 Militärsachen, Berichte desshalb an die Kreisdirec-  
 tionen IV. 192.  
 Militärstrafen und Proceffe IV. 189. VI. 15. 28.  
 134. 136. VII. 56. VIII. 197. 199.  
 Militärstrafe IV. 187.  
 Militärvergehen IV. 192.  
 Militärverwaltung, Trennung des dauernden Be-  
 dürfnisses von dem außerordentlichen IV. 169.  
 Militärwesen IV. 187. V. 110. VI. 134. VII. 103.  
 VIII. 195.  
 Militärwittwenkasse IV. 186. VI. 151.  
 Minderjährige VII. 5. 40. Theilung deren Güter  
 IV. 122. Concurrenz bei Beneficialerbschaften IV.  
 133. Substation der Güter derselben IV. 135.  
 305. Erhebung von Capitalien IV. 136. Annahme

von Bauerhöfen VI. 99. Aufhebung der Begün-  
 stigung rücksichtlich der Verjährung persönlicher  
 Klagen VIII. 50. Beschwerden über ehevormund-  
 schaftliche Verfügungen VIII. 97. 98. Ver-  
 äußerung der Grundstücke ders. VIII. 113. 114.  
 Belegung der Capitalien ders. VIII. 114. 115.  
 Mineralwasser, künstliche V. 143.  
 Ministerialcommission IV. 194. V. 121. VI. 137.  
 VII. 103. VIII. 208.  
 Mittheilung, Zustimmung zur Belegung der Mo-  
 dificationscapitale IV. 6.  
 Mobilien, deren Auspfändung VII. 13.  
 Mönchmühle, Aufhebung des Gemeindebezirks mit  
 Heimbürg und Begründung des Gemeindebezirks Ri-  
 chardsstein VIII. 67.  
 Möring, Stiftung in Braunschweig VIII. 232.  
 Mohrrübensaft, Handel damit V. 110.  
 Monitor der Kirchenrechnungen, Gebühren dafür VI.  
 121.  
 Moore, Privilegium VIII. 234.  
 Mortificationsverfahren IV. 155. V. 71. 72. 80.  
 bei dem Stadtgerichte in Braunschweig V. 72.  
 Competenz VIII. 20. 56.  
 Mühlen IV. 328. V. 121. VII. 109. Anlegung V. 121.  
 in Braunschweig und Wolfenbüttel IV. 198. 199.  
 Verkauf ders. IV. 172. Anlegung ders. behuf der  
 Spiritusfabrication VIII. 73.  
 Mühlenberg IV. 282.  
 Mühlengewerbe IV. 195. IV. 104.  
 Müller, Handel mit Mehl V. 60.  
 Müllersche Stiftung VII. 124.  
 Münchhof in Gimbed IV. 169.  
 Mündlichkeit der Rechtspflege VI. 97.  
 Mündliche Verträge zu Protocol V. 123.  
 Münzconvention IV. 206. Münzcartel VIII. 290.  
 Münzen VII. 109. IV. 204. V. 121. in Zahlung an-  
 zunehmende V. 206. herabgesetzte IV. 171. 206.  
 Gold- und Silberfuß VI. 138. Fuß IV. 165. An-  
 wendung der neuen in der Rechnungsführung der  
 geistlichen Institute VIII. 169. 170. 171.  
 Mühenmacher, Befugniß derselben V. 59. VI. 56.  
 VIII. 71.  
 Museum IV. 169.  
 Musikalien, Handel damit IV. 101. Händler, Be-  
 kanntmachung der Insolvenz und gerichtlichen Ver-  
 käufe VIII. 29.  
 Musikalische Werke, Nachdruck derselben IV. 35.  
 Musikanten, umherziehende IV. 103. Gehäusen V. 65.  
 Musikchöre, Militär- V. 64.  
 Mutationsetats IV. 93. VI. 148.  
 Muttergut der Kinder VI. 103. VIII. 111. 112.

## N.

Nachbildung, unbefugte VI. 13. 14.  
 Nachdruck, Bücher- I. 14. III. 23. IV. 35. V. 16.  
 VI. 13. 14. Vertrag mit Frankreich VIII. 12. Bun-  
 desbeschluss VIII. 12. u. 13. Vertrag mit Großbrit-  
 annien VIII. 13.

Nachlass der Conventualinnen, Vertheilung desselben  
 III. 210.  
 Nachlaßen der Cantonisten I. 320. 322.  
 Nachweisung der Erbenjägergrundstücke in den herr-  
 schaftlichen Forsten III. 88.

Nachsteuer IV. 239.  
 Nachsuchung nach gestohlenem Holze im Auslande III. 155.  
 Nachtgallen, Einfangen derselben II. 232.  
 Nachtwachen II. 247. in den Dörfern I. 351. 353. folg.  
 Nachtwächter, Vorladung derselben I. 169.  
 Nadelholzfröhen, Verkauf derselben I. 55.  
 Nahrungscontribution I. 411. 418. III. 361. 362. 363. wer dazu anzusehen I. 450. 451. 459. Freiheit der Leinewebergesellen II. 116. vom Viehhandel II. 123. von Höfem und Virtualienhändlern IV. 247.  
 Namensrechtschreibung in den Kirchenbüchern IV. 141.  
 Namensunterschrift der Richter unter Erkenntnisse VIII. 27.  
 Namensveränderung V. 86.  
 Namen unehelicher Kinder V. 83.  
 Nassau, Beitritt zum Passkartenverein VII. 111.  
 Nationalvertreter VI. 41.  
 Naturalabgaben, Ablösung derselben IV. 2. 5.  
 Naturaldienst der Häuslinge III. 37.  
 Nebenausgaben der Dorfgemeinden, Beiträge dazu von den Domainen I. 90.  
 Nebengebühren V. 57.  
 Nebenstraßen II. 1. 3. 28.  
 Nebenwege II. 318.  
 Regogeegebühren I. 158.  
 Reindorfische Lehen III. 294.  
 Neubau abgebrannter Häuser und Dörfer III. 12.  
 Neubauer, Freijahre ders. I. 430. 43. Contracte mit der Gemeinde V. 129. Domainengefälle ders. III. 62.  
 Neubau V. 6. 124. 127. 128. Holzansforderungen II. 88. 102. außer den Schreibtagen II. 84. Einrichtung der Berichte ders. II. 241. Revision ders. II. 252.  
 Neuhaus IV. 208.  
 Neujahrblasen II. 250. Singen III. 254. 258.  
 Neuloth, Gewächstheil des Hoppfundes VIII. 189.  
 Neu-Perithor: Gemeinde, Vermögensverwaltung II. 238.  
 Neustadmühle in Braunschweig VII. 109.  
 Nichtigkeitsbeschwerde I. 19. 142. 145. 147. 154. 156. IV. 115. 116. 118. 119. in Strassachen VII. 131. Gedrängte Motivierung VIII. 14. Vorbehalt der Motivierung ist unzulässig VIII. 23. zu weitläufige Motivierung als unförmlich zurückgewiesen

VIII. 23. Verfolgung VIII. 245. 274. Kosten wegen derselben in Privatanklagesachen VIII. 277.  
 Niederlande, Handels- und Schifffahrtsvertrag VII. 156.  
 Nießbrauch des Vermögens der Kinder VI. 102. des Waters an den Adventitien der Kinder VIII. 62. 63.  
 Nordamerika, Vertrag wegen Aufhebung des Heimfallsrechts VIII. 82.  
 Normaletat für die Verwaltungsbehörden VII. 100. 110.  
 Normalgehalt III. 25. IV. 169. der Richter und Staatsanwälte VII. 55. 56. der Gerichts-Sülfs- und Unterbedienten VII. 18.  
 Normalmaße für die Postbedienten III. 169.  
 Normalpreise bei Ablösungen IV. 2. 5. 7.  
 Normalstand des Bildes III. 153. 365.  
 Notenhof IV. 280.  
 Notare I. 142. 338. V. 79. 80. VI. 9. 97. VII. 55. 57. Disciplinarstrafe gegen dies. V. 81. Prüfung ders. I. 157. Siegel ders. I. 339. III. 209. Zahl ders. IV. 118. 119. 120. Prüfung ders. IV. 119. Beamte IV. 123. Berechnung der Armen- und Begeßerungsgelder von dens. II. 36. Lösung der Hypothek wegen Cautionen ders. II. 148. Aufnahme der Obligationen und Verträge von dens. II. 149. folg. 175. Verpflichtung zur Angabe der Vermächtnisse in Contracten VI. 10.  
 Notariatsgebühren, Urtheile darüber IV. 123.  
 Notariatsinstrument I. 338. Siegel I. 339. III. 209.  
 Notariatspraxis VII. 57.  
 Notariatsregister I. 148. westphälische, Aufbewahrung derselben II. 161.  
 Notariatsurkunden in fremder Sprache IV. 136.  
 Rothtaufen, Eintragung in's Kirchenbuch VIII. 141.  
 Rothwehr IV. 40. VI. 25.  
 Nova, Schriften an den Präsidenten des Oberappellationsgerichts IV. 117.  
 Nummern-tauscher, Militair: I. 277. V. 115. 119. VIII. 196. Bemerkung in dem Signalement I. 329. Anzeige desselben II. 219.  
 Rugholz, Abfahren aus den Forsten III. 99. Anforderung I. 66. Gesuche, Einreichung ders. II. 81. Bezahlung desselben II. 81. Verabfolgung desselben mit Bewilligung III. 131. Verkauf aus der Hand III. 150. zur Böttcherprofession III. 165.  
 Rugholzbedarf, Ablösung der Berechtigung darauf VII. 5.  
 Rughießer, Beitrag zu den Reparaturen IV. 50.

D.

Obduction VI. 21. Kosten desselben III. 299. VI. 34. 133.  
 Oberappellationsgericht I. 149. Gerichtsporteln desselben I. 252. Competenz III. 207. IV. 115. Aufsicht darüber IV. 114. Personal IV. 115. Criminalsachen IV. 117. Geschäftstage IV. 117. Zahl der Mitglieder IV. 118. Erkenntnisse, Publicate IV. 118. Sitzung IV. 118. Ferien IV. 118. Secrétaire IV. 115. 118. Siegel IV. 118. Registratur

und Productenbuch IV. 118. Fiscal IV. 118. Visitation IV. 118. für Schaumburg-Lippe, Uebertragung der Geschäfte auf den ersten Senat Herzoglichen Obergerichts VIII. 88.  
 Oberappellationsgerichts-Ordnung IV. 114. Ergänzung IV. 114. 169.  
 Oberappellationsgerichtsräthe, Gerichtsstand IV. 115. Befoldung IV. 145. Urlaub IV. 115. Vormundschaft der Kinder IV. 115.

- Ober-Betriebs-Inspection VIII. 227.  
 Oberbauverwaltung II. 62.  
 Oberförster, Holzauktion I. 183. Aufsicht über die Gemeindeförster I. 85. Verkauf des Holzes aus der Hand III. 119. Verfolgung der Forst- und Jagdfrevel VIII. 48.  
 Obergericht VII. 13. 55. 56. Aufsichtsrecht desselben VIII. 25. 118. Ertheilung von Attesten über Rechtsfragen VIII. 97.  
 Obergerichtsmitglieder VII. 57.  
 Obergerichtsadvocaten VII. 57.  
 Oberhaupt, Staats-, III. 284.  
 Oberhauptleute I. 142. 339. 340. 342. 380. Sorge derselben für die Armen I. 3. Aufsicht über die Kreisarmencasse I. 1. 4. 8. Gemeindecassendruckereien I. 94. Mittheilung der Straferkenntnisse gegen die Hufaren I. 269. Aufsicht über die gute Ordnung — Polizeiangelegenheiten I. 339. 343. Berichte wegen der Gewerbescheine und Concessionen I. 458. II. 265. Zufendung der Arrestanten an die Gefängnisse II. 45.  
 Oberhofgericht II. 154. 155. 157.  
 Oberhofmarschallamt IV. 90. VI. 51.  
 Oberinspection der indirecten Steuern IV. 241.  
 Oberlandesgericht IV. 120. Befugnisse in Opprobriensachen VI. 76. in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit VI. 100.  
 Obersanitätscollegium, Prüfung der Chirurgen IV. 101. VI. 28.  
 Oberschunter, Reglement IV. 209.  
 Obergewaltmündschaftliche Befugnisse IV. 136. Genehmigung, ist auch bei im Testamente des Erblassers gestatteter Veräußerung von Grundstücken Minderjähriger erforderlich VIII. 113. 114. Genehmigung bei Belegung der Capitalien Minderjähriger VIII. 114. 115.  
 Oberstaatsanwalt VII. 57. Recherche der Staatsanwälte VIII. 94. Rang desselben VIII. 240.  
 Obligation, Gebühren dafür I. 113. Bestätigung und Cession I. 140. auf Inhaber I. 151. Mortification I. 151. 158. Landesschulden I. 241. altbraunschweigische I. 243. Schlossbau I. 242. westphälische I. 242. 243. verlorene I. 242. Cession von unrechtmäßigen Besitzern II. 149. Anmeldung der Cession II. 151. Cammer-, Umschreibung ders. II. 157. der Notare, Bestätigung ders. II. 149. Lösung der auf den Inhaber lautenden II. 150. Mortification II. 156. Leibhaus-, abhandeln gekommene II. 176. Eintragung ders. II. 152. Aufnahme über die das Personal der Districtsgerichte und Kreisämter betreffenden II. 155. 156. Aufnahme vom Notar II. 175. Leibhaus II. 206. Beiträge zur Armen- und Verbesserungscasse III. 4. Lösung V. 70. 71. 72. Mortification V. 72. auf den Inhaber IV. 165. der Cammer- und Landesschulden IV. 166. Außerrechnung IV. 166. Mortification IV. 165. 166. über Ablosungscapitale V. 6. 8. VI. 60. Cours der Cammer- und Landesschuldenvertheilungen IV. 6. außer Cours erklärte, Gebühren dafür IV. 85. doppelte Ausfertigung IV. 87. Aufnahme ders. VI. 70. 71. verlorene VI. 85.  
 Obrigkeit, Vergehen gegen dies. IV. 37. 39. 42. Verleumdung gegen dies. I. 464. II. 44.  
 Obstbaumschulen, Obstkultur II. 242. III. 337.  
 Obstdiebstahl an den Wegen IV. 263.  
 Oeconomie, separate, Begründung des Wohnortsrechts II. 236.  
 Oeconomiecommission I. 107. 110. IV. 4. 82. Untersuchung der Kräfte der Meierhöfe I. 260. Conducteure IV. 36. Salariencasse IV. 5.  
 Oesen in den Windmühlen II. 243. 245.  
 Öffentliche Anpflanzungen III. 3.  
 Öffentliche Ruhe, Störung ders. III. 28. Bestrafung desselben III. 25. Acteneinfendung an Herzogliches Staatsministerium III. 36.  
 Öffentliche und geheime Sitzungen der Landschaft III. 291.  
 Öffentlichkeit der Gemeindeangelegenheiten VI. 46. der Rechtspflege VI. 97.  
 Oelmühlen, Anlegung derselben IV. 202.  
 Oelsburg VII. 57.  
 Oesterreich, Zoll- und Handelsverträge VIII. 290. 294. 297. 299.  
 Oesterreichische Gerichte, Schriftwechsel mit denselben VIII. 96. 105.  
 Officianten, deren Verladung I. 169. herrschaftliche auf dem Lande, Beitragsverbindlichkeit zu Gemeindefällen I. 105. im Staatsdienste, Verbindlichkeit zum Militärdienste I. 262. der Landschaft I. 252. Bau III. 11. untere, Verabschiedung III. 25.  
 Officiere VII. 108. Kriegsartikel I. 286. Exclusion gegen dies. III. 221. 322. Vergehen gegen dies. IV. 37.  
 Oldenburg, Handelsvertrag II. 131. 132. 134. 135. Vertrag mit denselben IV. 241.  
 Oleum jecoris Asilli V. 108.  
 Okkupanten IV. 183.  
 Obergerichte, Führung der Kirchenbücher I. 209. Gebühren II. 202. Lebenswandel III. 262. 263. Geschenk bei Kirchenvisitationen III. 266. in Braunschweig, Sterbecasse V. 110. deren Wittwen, Sterbemonat IV. 165.  
 Optische Fabricate, Verkauf derselben VIII. 73.  
 Orden IV. 209.  
 Ordination der Prediger I. 183.  
 Ordinationen in Civilprocessen III. 219.  
 Ordnung der Abstimmung in der Landschaft III. 290. gesetzliche, Aufrechterhaltung II. 202. öffentliche, Störung II. 44. Mittheilung der Verordnung desselben II. 60. IV. 37. 39. 42.  
 Organisation der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung VII. 30. der Landesverwaltungsbehörden VII. 110.  
 Organisten, deren Wittwen, Sterbemonat IV. 165.  
 Orgel, Unterhaltung derselben V. 100.  
 Orgelspiel, Kirchen- II. 198. Dreh- IV. 103. herumziehend I. 438.  
 Ortsarmencasse I. 5.  
 Ortscafzen, Wiederaufbau abgebrannter III. 12. 15.  
 Ortsvorsteher III. 285. IV. 74. VII. 49. Zustimmung bei Führung der Armencassenrechnung I. 5. Erhebung der Pauer-Rückertlöse I. 67. Erlassung des Herrendienstes I. 381. Entlassung ders. I. 89.



346. Absetzung VI. 17. Wahl I. 342. IV. 74. Anstellungsbesugniß I. 89. 342. 346. Dienstkegel I. 90. II. 83. 338. III. 180. IV. 74. Achtung derselben zu Beweisen I. 343. Remuneration derselben I. 100. 101. 103. folg. 342. 346. 381. f. Ortsvorstehergehalt. Nichtberechnung ders. für Erhebung der Steuern I. 104. Anzeige von Verbrechen I. 133. der Gutsjaren II. 46. wegen der Cur armer Kranker I. 349. Einsammlung der Steuern I. 342. Ansagen des Herrendienstes I. 356. Instruction für dieselben I. 100. Wahl und Geschäfte derselben II. 103. 104. Erlassung der Reibedienste II. 104. Ausstellung der Ursprungscertificat II. 33. Gehülfen, Wahl und Remuneration ders. II. 123. 250. Ausstellung der Ursprungsatteste II. 326. Atteste wegen Jolles II. 337. Erhebung von Re-

misen der Steuern III. 357. Reparatur an Gemeindegebäuden, Besugniß VI. 47. siehe Gemeindevorsteher.  
Ortsvorstehergehalt VI. 118. 140. Beitrag dazu I. 100. 101. 103. 106.  
Ortsvorsteherwahl I. 342. IV. 74. VII. 49. Beziehung der Rittergutsbesitzer V. 52.  
Pächtersleben, Bahnamt VIII. 227.  
Pächtersleber Bruch, Unterhaltung der Entwässerungsanlagen VIII. 184.  
Pottenstein, Steueramt, Ermächtigung zur Erhebung von Uebergangssteuern VIII. 296. Straße von Pölle, Uebergangsstraße VIII. 296.  
Purriersection im Militair VII. 105.  
Pyderdamm, Ausdehnung des Handelsvertrags mit Hannover III. 201.

## P.

Pacht bei Ablösungen IV. 3.  
Pachtcontracte über Domainengüter III. 37. über Gemeindegüter I. 104. Gebühren dafür III. 240. 242. 244. über Kirchgrundstücke, Stempel dazu VIII. 182. 183.  
Pächtergelder, Cammer-, Ablieferung ders. III. 43. Pachtübergaben, Gebühren wegen ders. I. 117.  
Pächterträger, Gewerbesteuer derselben III. 361.  
Pachthausofficianten, Vorladung ders. I. 169.  
Pachthäse II. 2. 6. 7. Niederlegung entzündlicher Stoffe IV. 209.  
Pächter, Domainen-, Sportelfreiheit III. 184. Verwendung der Pausgelder III. 16. 62. der Ritter-Cammer- und Klostergüter, Zugiehung zur Ortsvorsteherwahl V. 52.  
Pässe VI. 138. 139. Führung ders. IV. 214. V. 122. VI. 139. der Frachtführerleute IV. 220. auf der Eisenbahn V. 41. 122. VI. 41. Militärpflichtiger V. 119. Gebühren V. 122. bayerische Verordnung V. 128. Formulare V. 140. Bieh- I. 373. Grenz- I. 426. 429. 440. II. 1. 25. Vorzeigung und Ausstellung I. 344. 348. der nach Frankreich Reisenden I. 348. II. 234. Ertheilung ders. I. 355. 378. Gebühren dafür I. 379. Verzeichniß über die Gebühren II. 237. für die Formulare I. 383. Logeführung in Paris III. 331. für Auswanderer VI. 138. Fogelühren III. 331. 332.  
Papier von inländischen Fabriken IV. 212. zu den Acten VI. 97.  
Papierfabrikant, Gewerbesteuer I. 411.  
Papiergeld IV. 166. VII. 7. f. Bankzettel, Bankcheine.  
Papierhändler, Besugniß derselben IV. 401.  
Papiermüller, Bestellung der Factoren und Lumpensammler I. 356.  
Papiertapeten, Zoll davon II. 337.  
Parden I. 262. 269. 300. 327.  
Paris, Gesandtschaft, Logeführung der Pässe III. 331.  
Parochialgebühren der Reformirten, Katholiken u. Juden I. 199.  
Parochiallasten I. 106.

Parochien, auswärtige, Kirchenbuch ders. I. 210.  
Parole, Verrathen derselben I. 282.  
Parteien, Vernehmung ders. in Person IV. 127.  
Particular-Concurrenz II. 167.  
Parzellirung der Pertinenzgrundstücke IV. 129.  
Passagiere, Post-, Garantie für ihre Effecten II. 256.  
Passagiertage für Kinder III. 342. Aufhebung derselben.  
Passämter II. 25. 33.  
Passbeamte, Grenz-, Instruction ders. II. 4. Dienstführung II. 285.  
Passarten, Reislegitimation durch dieselben VII. 111. 113.  
Passartenverein mit Bremen VII. 109. mit Mecklenburg VII. 110. mit Kurfürstenthum Hessen VII. 110. mit Schwarzburg-Rudolstadt VII. 111. mit Schwarzburg-Sondershausen VII. 111. mit Lübeck VII. 111. mit Nassau VII. 111. mit Frankfurt VII. 111. mit dem Großherzogthum Hessen VII. 111. mit Württemberg VII. 111. mit Mecklenburg-Strelitz VII. 111. mit Baden VII. 112. mit Pippin Detmold VII. 112. mit Waldeck VII. 112.  
Passpolschei auf den Eisenbahnen VI. 42. 138. deren Verwaltung VIII. 217.  
Passregister II. 1.  
Passschreiber, Instruction derselben I. 426. 442.  
Passschreine II. 2. 6. 9. 10. 28. III. 370. in Braunschweig und Wolfenbüttel IV. 248.  
Pastoren, Dienstverhältniß ders. III. 284. Gnadenbewilligungen für dieselben III. 128.  
Patente, Erfindungs- V. 143. Gebühren dafür III. 242. Substitutions- V. 85.  
Patentmahlen I. 335.  
Patron, Zahl derselben IV. 152.  
Patrimonialgerichtsbarkeit I. 154.  
Patron, Kirchen-, Zahlung der Paten in Bauangelegenheiten der geistlichen Gebäude III. 20. der Schulstellen VI. 114.  
Patronatfidei, deren Capitale IV. 146.  
Patronatrecht der Prälaten I. 254. III. 256. 257. 368. von Sierburg III. 271.

- Pauschätze für die Anwälte in Civilprocesssachen von 50 bis 200 Thlr. VIII. 15. für das Editi-  
 onsverfahren VII. 27.  
 Peculium adventitium II. 154. 169.  
 Peinliche Sachen IV. 43. Competenz IV. 37. 43. 117.  
 Pelzwärfe IV. 217.  
 Pension der Wittwen und Waisen IV. 186. der Un-  
 terofficierswittwen VII. 103. Arrest darauf VIII.  
 223.  
 Pensionaire IV. 36. Versorgung und Unterstützung  
 derselben I. 179. Militair V. 119. Sterbe- und  
 Gnadenmonat derselben II. 215.  
 Pensionirte, Todesfälle derselben anzuzeigen III. 64.  
 Militairpersonen, freie Cur und Medicin III. 324.  
 Pensionirung der Staatsdiener III. 25. VII. 18.  
 Pensionsanstalt für das Hoftheater IV. 114.  
 Pensionsetats IV. 36.  
 Percussionsgeschäfter IV. 58.  
 Percussionszünbütchen IV. 209.  
 Periodische Schriften VI. 14.  
 Persien, Freundschafts- u. Handelsvertrag VIII. 311.  
 Personal der Herzogl. Aemter V. 16.  
 Personalarrest VII. 17. gegen Officiere III. 221.  
 Personalgläubiger, deren Verladung III. 233.  
 Personalsteuer I. 410. IV. 243. Verbeibaltung ders.  
 I. 253. der Aesere- und auf Wartegeld stehenden  
 Soldaten I. 458. IV. 257. der Walдарbeiter III.  
 353. 362. Befreiung ders. davon I. 452. Reclama-  
 tion desshalb I. 411. Abhebung der Familienglie-  
 der, der Wittwen und Kinder II. 304. Ermäßig-  
 ung II. 262. Erhebung VI. 148. Sachen VII.  
 129. Befreiung der Tippschen Obergerichtsräthe  
 VII. 130.  
 Personalsteuer- Mutationsetats I. 458. Erhebungs-  
 gebühr IV. 251. Paßs derselben IV. 255.  
 Personarum unitas II. 261.  
 Pertinenz, Meiergut V. 1.  
 Pertinenzen, Theilung ders. IV. 129.  
 Abtretung zu Staatszwecken IV. 306. Eintragung  
 in's Hypothekenbuch VI. 63. 64. 91. bauerliche,  
 Aufnahme von Veräußerungsverträgen VIII. 41. 51.  
 Pertinenzqualität I. 256. des aus der Special-  
 theilung zugefallenen Landes V. 55. zu Braun-  
 schweig V. 82.  
 Petrihorgemeinde in Braunschweig, Vermögens-  
 verwaltung II. 238.  
 Pfänder, Leibhaus, Verkauf II. 205. wegen der Dar-  
 lehne zur Unterstützung des Handels und der Ge-  
 werbe VI. 130.  
 Pfändung der Forstseuler, Gewalt dabei III. 177.  
 der Posten III. 343.  
 Pfand, antichrotisches, Ablösung I. 107.  
 Pfandgebühr von preussischen Forstfreiem III. 160.  
 Pfandwaller IV. 176.  
 Pfandreht der Gemeinde I. 139.  
 Pfandscheine des Leibhauses IM. 176.  
 Pfarren, Lasten derselben I. 106. Gemeindelasten I.  
 90. Einkünfte aus Klöstern I. 254. Steuerfreiheit  
 I. 401. Befreiung von der Grundsteuer II. 262.  
 Ablösungscapitale IV. 6. Gebäude derselben, Bei-  
 trag zur Unterhaltung von den Rittergütern I.
205. Einsetzung in die Brandcasse III. 22. Gr.  
 bauung und Erhaltung IV. 147. 151. VI. 125.  
 Pfarr- und Kirchengüter, Aufsicht darüber III. 131.  
 Pfarrmeiergrundstücke IV. 249.  
 Pfarr-Processe, Anzeige an das Consistorium II. 158.  
 Pfarr-Registaturen, Veriegung II. 193.  
 Pfarrstellen, Verbesserung ders. I. 255. IV. 169.  
 Pfarrvacanzgelder, Verwilligung derselben IV. 148.  
 151.  
 Pfarrwittwenhäuser, Reparatur III. 264. V. 98.  
 Verkauf VIII. 148. Weidabfindung VIII. 148. 149.  
 Pfarrwittwenhausrechnungen I. 193. II. 188.  
 Hauptbericht desshalb I. 100. Abnahme-Protocoll  
 II. 196.  
 Pfarrwittwenthum, Steuerfreiheit I. 404.  
 Pfarrwittwenthumrechnungen VII. 73.  
 Pferde, der reitenden Rösler III. 158. Contribution  
 davon III. 360. IV. 249. 250. 252. 256. Contribu-  
 tion von den Rothpaffen-Pferden II. 302. unge-  
 wisse Contribution von den Pferden II. 303. auf  
 die Gemeinbeweidung zu treiben III. 178. Ausfüh-  
 rung derselben 139. Nennen VI. 140. Stellung  
 zu Landwehrbrüngen VIII. 195. Aushebung zum  
 Kriegsdienste VIII. 195. Aufhebung der Ausfuhr-  
 verbote VIII. 301. Verbot der Ausfuhr über die  
 Grenzen des Zollvereins VIII. 312. Wiederaufhe-  
 bung solchen Verbots VIII. 314.  
 Pferdebedarf für das Militair VII. 104.  
 Pferdediebstahl III. 27.  
 Pferdehirtentlohn III. 178.  
 Pferdelegen I. 340. 381.  
 Pferdeleger, Gewerbesteuer derselben I. 451.  
 Pferdezug I. 340.  
 Pflanzling, Forst III. 168.  
 Pflastergeld, nicht zu erhöhen II. 131.  
 Pflageanstalt für dürstige Kinder IV. 186.  
 Pflichten der Einwohner III. 284.  
 Pflucherei I. 131. 135.  
 Pfluchjagen I. 127.  
 Phoenix, deutscher, in Frankfurt, Zulassung zur Brand-  
 versicherung im Herzogthume VIII. 10.  
 Physicat in Echershausen II. 210. im Amte Selms-  
 stedt III. 300.  
 Phisici, Liquidation der Gebühren I. 23. 24. 29. 30.  
 349. 357. 384. Consulanten der Cantoncommission  
 I. 316. 325. Zuziehung bei armen Kranken I. 349.  
 Ruppdenkempung II. 209. in Holzwinden, Ent-  
 schädigung für ärztliche Behandlung außer ihrem  
 Kreise II. 209. Diäten bei der Cantoncommission  
 II. 222. Wistung der einwandernden Handwerks-  
 gesellen III. 297. Liquidation ders. III. 298. 303.  
 Gutachten über Gemüthskranke III. 307. Remu-  
 neration V. 107. Gebühren für Dienstleistungen  
 in Landesverwaltungsachen VIII. 193.  
 Pia corpora, Rechnungsweisen ders. I. 195. Eintragung  
 deren Hypotheken III. 203. Sicherung deren Ver-  
 mögens IV. 146. Rechte ders. IV. 195. Capitale  
 ders. V. 95.  
 Pisebau III. 18.  
 Plaggenhieb, Ablösung IV. 80.  
 Plankammer IV. 13. V. 123. 128.

- Planrisse zu Neubauten I. 374. folg.  
 Pocken, Register wegen deren Impfung I. 382. unterm Militair I. 331. 332. s. auch Schutzpocken.  
 Kuh-, Impfung IV. 178. Instruction desshalb IV. 179. Menschen-, Verfahren bei deren Ausbruche IV. 179.  
 Politische Vereine III. 327.  
 Politische Verbrechen IV. 37.  
 Polizei I. 153. und Verwaltung I. 254. 343. 344. 348. II. 232. III. 327. IV. 208. V. 121. VI. 138. VII. 109. medicinisch-polizeiliche Untersuchungen, Diäten desshalb I. 29. Prüfung der Maurer wegen der Anlage der Feuerstellen III. 16. administrative I. 153. Gewerbs- I. 179. Landesicherheit I. 179. allgemeine Medicinal- I. 29. Local- und Landes- II. 265. auf den Eisenbahnen VI. 42. VII. 30. gerichtliche VII. 19. VI. 25. 33. Eingriffe in die gerichtliche VIII. 91.  
 Polizeiarrest III. 29.  
 Polizeiaufsicht der entlassenen Verbrecher IV. 46.  
 Polizeibeamte I. 154. 341. folg. 343. 345. 346. 347. VII. 20.  
 Polizeibehörden, Bewohnung der Polizeigerichte I. 346. in den Städten IV. 74. in Braunschweig VI. 21. zuständige, in Gefängnissen VIII. 79. 80.  
 Polizeibezirke I. 348.  
 Polizeiblatt, hannöversches VIII. 219.  
 Polizeicommissaire VII. 137.  
 Polizeiconventionen der Rinder VII. 22.  
 Polizeidelicte, Bestrafung V. 37. VI. 20. 21. 23. 24.  
 Polizeidirection in den Städten I. 343. 344. folg. in Braunschweig VII. 8. 110.  
 Polizeigericht I. 346. 347. Kosten dieserhalb I. 115. in Braunschweig III. 34. auswärtige, Abhaltung ders. IV. 125. zu Hesse VIII. 94.  
 Polizeigewalt, Mitwirkung bei den Gerichten III. 287.  
 Polizeigesetzbuch VI. 33.  
 Polizeihülfsbeamte, Achten auf das Armenwesen I. 5.  
 Polizeihülfsleistungen, Kosten desshalb I. 105.  
 Polizeilich zu strafende Diebstähle VI. 33. 36.  
 Polizeimilitair III. 317. IV. 28. Bestrafung wegen Beleidigung desselben I. 300. 306. 310. Untersuchung der Excesse desselben I. 311. Anzeige der Verbrechen an dasselbe I. 333. Aufsicht wegen Chausseefrevel II. 311. Antheil an den Strafgebern III. 319. Gebühren desshalb bei Executionen III. 323. Diäten bei Untersuchung auswärtiger Forstwogen III. 152. Competenz für Untersuchungen gegen dasselbe V. 24. Gebühren für Transportirungen IV. 190. Arretirung von demselben VI. 36. gerichtliche Vorladung und Vernehmung VII. 107. Erscheinen vor den Civilgerichten VIII. 94. 95.  
 Polizeisachen IV. 121.  
 Polizeistrafen, Bettreibung von Auswärtigen IV. 133. Verwandlung in Gefängniß VI. 20. Vollziehung VI. 29.  
 Polizeistrafgelehrer I. 3. 4. 6. 8. Verzeichnisse ders. III. 5.  
 Polizeiuntersuchungen I. 145. 152. 153.  
 Polizeivergehen I. 27. 141. 145. 152. 153. 324. Bestimmung desshalb I. 341. in Braunschweig, Untersuchung und Bestrafung ders. III. 33. Verfahren bei in Preußen von hiesigen Unterthanen verübten VIII. 278.  
 Polizeiverwaltung in den Städten VII. 44. 46. 110.  
 Polle, Strafe nach Ottenstein zur Uebergangsstraße erklärt VIII. 296.  
 Porto, Brief- IV. 121. im Oesterreichischen und Preussischen V. 140. 141. Freiheit V. 142.  
 Porto I. 386. VI. 141. Freiheit in Cammerprocessen I. 180. VI. 141. für Acten in Parteisachen I. 173. in Armenparteisachen I. 152. Liquidation in Officialisachen I. 388. für nicht wieder eingezogene I. 388. Taxe III. 344. s. auch Postwesen.  
 Portofreiheit III. 344. Vorchrift desshalb I. 389. der Ortsvorsteher I. 91. Mißbrauch ders. III. 344. der Buchhandlungen III. 346. der Inspectionsschreibgesellschaften III. 257. der Dienstbriefe III. 267. der Herzogl. Kammer IV. 221. braunschweigischer Behörden im Hannöverschen IV. 221. 224. der Correspondenz geistlicher Stiftungen VIII. 176. 177. der Correspondenzen in Sachen der Prediger-Bittwencassen VIII. 177. der Fahrpostsendungen zwischen hiesigen und Königl. preussischen Behörden VIII. 234.  
 Portotarif VII. 121. Festsetzung eines neuen VIII. 227.  
 Portotage, preussische VII. 121.  
 Porzellantitter IV. 103.  
 Posamentirer, Befugnisse derselben IV. 95.  
 Post VI. 141. VII. 121. actisbare Gegenstände auf ders. II. 1. Gebühren für Besorgung zur Post II. 112.  
 Postanstalt, Verpflichtung ders. 343. Vorrechte ders. III. 343.  
 Postbeamte, Befugniß zur Aufnahme und Bewirthung von Reisenden VIII. 230. 231.  
 Postboten, Land-, Benutzung zur Insinuation gerichtlicher Verfügungen VIII. 17. 92. 93.  
 Postcontrabention, im Auslande verübte VIII. 252.  
 Postconvention mit Hannover III. 346.  
 Postdeclaration III. 347.  
 Posten III. 342. V. 140. VI. 141. VII. 121, VIII. 227. ordinaire III. 344. Extra- I. 387. III. 345. denselben auszuweichen I. 388. die Briefe in Forstangelegenheiten durch dieselben zu befördern III. 76. Declaration der Postordnung von 1832 IV. 220. 221. Modification ders. IV. 221. Entfernung der Station zwischen Gandersheim und Wülfenbeck IV. 221. Vertrag mit Hannover IV. 224.  
 Postdefraude IV. 100.  
 Posthalter, Befugniß derselben V. 143.  
 Posthülfskasse III. 344.  
 Postmellenzettel VIII. 227. 230.  
 Postordnung, Anwendung IV. 100.  
 Postpassagiere, Garantie für ihre Effecten II. 256.  
 Postpassagierfahrne I. 386.  
 Postrecognitionsgeld II. 256.

- Postfchein II. 256.  
 Postfchreiber, Vorladung derselben I. 169.  
 Postfchreibereien I. 426. 429. 440.  
 Poststation, Entfernung zwischen Holzminden und  
 Götter III. 342. Verzeichniß der Entfernungen  
 ders. in hiesigen Landen III. 342. zu Wolfenbüttel  
 III. 343.  
 Poststrafbestimmungen III. 344.  
 Posttaxe III. 342. 344. VII. 121.  
 Postverordnung III. 343. Wirksamkeit ders. III. 345.  
 Posttaxordnung, händische VII. 121.  
 Postverkehr mit dem deutsch-österreichischen Postver-  
 ein VII. 122.  
 Postvereinsvertrag, Nachtrag VIII. 228. 229. zweiter  
 Nachtrag VIII. 229. Ausführung desselben  
 VIII. 230.  
 Postverwaltung III. 343. VII. 30. VIII. 227.  
 Postvorschuss VI. 141. 142.  
 Postwesen I. 386. II. 255. Aufsicht darüber I. 180.  
 Trinkgelde bei dems. II. 256. Post- und Trink-  
 geld von Seesen nach Norbheim II. 256. Werth-  
 angabe II. 257. Frachtbrief bei Sendungen in's  
 Dänische II. 257.  
 Postzeitungs Expedition III. 345.  
 Präclusion in Ablösungssachen V. 2. der Realgläu-  
 biger V. 71.  
 Präclisibeseid, Gebühren IV. 91. Abgebung  
 IV. 129. Erkennen von den Aemtern und Stadt-  
 gerichten VI. 101. 102.  
 Präclisitermin im Landeschuldenwesen hinsichtlich  
 westphälischer Staatspapiere II. 157.  
 Präfectur, Aufhebung derselben I. 137.  
 Präjudiz des Eingekändnisses I. 159.  
 Prälaten, Curie der Landschaft I. 246. Dienstoblie-  
 genheit ders. I. 253. Patronatrecht I. 254.  
 Prämie für Entdeckung der Wildbiebe III. 106. Ar-  
 reitirung auswärtiger Forstfreier III. 137. für  
 Verbeischaffung der Feuerspritzen III. 339.  
 Präoccupatorische Vorstellungen verboten IV. 117.  
 Präparanden, Schul-, Militairpflicht ders. I. 316.  
 Präsentation auf eine Schulstelle, Gebühren dafür  
 III. 278. Vacanz in Steterburg III. 284.  
 Präsentationsrecht zu zwei Stellen im Oberge-  
 richt I. 254.  
 Präsident der Landschaft I. 249. 251. III. 289. Ge-  
 schäfte desselben an Convocationstagen III. 291.  
 Vicepräsident I. 249. 251. des Landschaftsausschus-  
 ses III. 286.  
 Prästation der Neuanbauer III. 62.  
 Prävention bei Klagenhäufung V. 80.  
 Prämie, Gärtner, Verlegung dessen Gartens an den  
 Stadtbezirk Wolfenbüttel VIII. 66.  
 Prediger, Anzeige von verunglückten Personen I. 24.  
 Armencaffenführung I. 5. Einführungskosten I.  
 202. III. 275. Heranziehen ders. zu den Gemeinde-  
 lasten I. 90. 404. Remotion ders. I. 255. Bil-  
 dungsanstalt für dies. I. 255. Verantwortlichkeit  
 wegen richtiger Führung der Kirchenbücher I. 209.  
 ausländische, Administration der Armencaffen in-  
 ländischer Filiale III. 4. Heranziehung zur Armen-  
 casse III. 8. Befreiung ders. zu Vierzehningen III.  
 III. 252. Auseinandersehung, Vergütung von Gail  
 und Gaare III. 252. Lebenswandel III. 262. Dienst-  
 verhältniß III. 284. kleine Reparaturen beim Ab-  
 gange zu beschaffen III. 277. Anmeldung fremder  
 Personen IV. 219. Auseinandersehung IV. 146.  
 Einführungskosten IV. 161. 162. V. 99. Ver-  
 besserung IV. 169. Holzanzug V. 97. Prozesse  
 V. 98. Dienstsezung VI. 31. Verbot der Jagd-  
 ausübung VII. 83. Gnadenbewilligung für die-  
 selben VI. 128. Theilnahme an der Beamten-  
 Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt VII.  
 136. 137. 138. 139. 140. Colloquien bei Ver-  
 setzungen VIII. 136. Verfahren bei der Wahl der-  
 selben durch die Gemeinden VIII. 154. 155. 156.  
 157. Anzeige epidemischer Krankheiten VIII. 159.  
 Mitwirkung bei Ertheilung der Erlaubniß zu Tanz-  
 belustigungen VIII. 163. Anmeldung der Brand-  
 schäden an kirchlichen Gebäuden VIII. 166. 167.  
 Predigerwittwen, Gnadenhalbjahr IV. 147. 151.  
 Sterbemonat IV. 164. Anzeige fremder Personen  
 IV. 289.  
 Predigerwittwen- und Waisencasse, in Holzminden  
 VI. 134. 143.  
 Predigerwittwenhäuser V. 98. Process desshalb  
 V. 99.  
 Preis, des Holzes III. 150. der Lebensbedürfnisse I.  
 347.  
 Preise, Normal- IV. 2. 7.  
 Presse VI. 14. Mißbrauch III. 24. IV. 35. VIII. 12. 13.  
 Pressfreiheit III. 284.  
 Pressvergehen, Zuständigkeit der Gerichte VIII. 13.  
 Pretiosen, Deposition II. 106.  
 Preußen, Ablieferung der Verbrecher I. 25. 87. Sper-  
 telfreiheit in Armenunterstützungssachen I. 517.  
 Cartel I. 273. Convention I. 58. Requisition in  
 Steuercontraventionsachen II. 46. 50. 265. III.  
 234. in Untersuchungssachen, Sperteln dafür II.  
 50. Uebereinkunft wegen der Forstfrevel II. 63.  
 Anwendung des Forststrafdirectorii wegen der Flüge  
 auf der Vede II. 81. Transport der Vagabunden  
 nach Preußen II. 235. Entrichtung der Steuern  
 II. 265. Häuften in Preußen II. 302. Vintation  
 nach gestreutem Holze III. 106. 127. 171. Forst-  
 frevel III. 89. 90. 106. 170. 171. Schaden- und  
 Wertherlaß III. 128. Gtapenconvention III. 319.  
 Bestigungen daselbst III. 351. Uebereinkunft mit  
 demselben IV. 42. 43. 56. wegen Forstfrevel IV.  
 68. 93. Rechtspflege IV. 120. 187. 208. wegen  
 der Ausgewiesenen IV. 281. der Heimathsreverse  
 IV. 287. Verträge mit demselben V. 38. 57. 110.  
 wegen des Büchernachdrucks VI. 13. 14. zur För-  
 derung der Rechtspflege VI. 31. Receptionsscheine  
 VI. 153. Transport der Arrestanten I. 352. 358.  
 365. 367. 372. Unterthanen, Gewerbebetrieb im  
 Herzogthume VI. 56. Wohnortrecht III. 369. arme  
 Kranke V. 5. Eistirung V. 39. Gebiet, Forstfrevel  
 in dems. I. 32. 67. 83. Hypothekenbuch, Inscrip-  
 tionen aus dems. VI. 81. Grenzen, Ablösung IV.  
 6. Courant, Annahme desselben in den Wilschär-  
 ren III. 148. Durchgangssoll von Reubles III.  
 268. Gendarmarie, Mittheilung der Steckbriefe

- I. 351. Militärstrafen I. 270. Entschädigungsfälle wegen des durchmarschirenden Militärs I. 271. Rentenversicherungsanstalt IV. 226. Zusatzartikel zu der Uebereinkunft wegen Förderung der Rechtspflege VIII. 89. Auslieferung der Verbrecher VIII. 278. Verfahren in Polizeistrafachen VIII. 278.
- Prillefen, Handel damit III. 193.
- Primogenitur-Ordnung VIII. 42.
- Priorität der Forderungen VI. 59.
- Prioritätsurtheil II. 168.
- Privatanklagen VII. 132. 139. Voruntersuchung desshalb VIII. 274. Kosten in der Cassationsinstanz VIII. 277. Verfahren auf dies. VIII. 278. Gerichtskosten VII. 266.
- Privatbäche VII. 112.
- Privatförster, Benachrichtigung von den Forstregulierungssterminen III. 113.
- Privatförster, Frevel in dens. I. 87. 255. Beitrag zur Befoldung der Forstbeamten IV. 53. Ausübung IV. 66. Forstbefoldungsbeiträge VIII. 48.
- Privatvereinbarung über Ablösungen VIII. 5.
- Privilegien II. 258. III. 347. V. 143. VII. 123. VIII. 231. Rücksichten dabei I. 253. für Schriftsteller I. 390. folg. IV. 224. 225. des Fiscus III. 287. der Gilden I. 124. 135. Gebühren dafür III. 241. Erfindungs- V. 143. Bestehen ders. III. 330. Hypothekers III. 348.
- Privilegirter Gerichtsstand I. 141. 154. 160.
- Proben, Hand- V. 67. 110. Verkauf danach I. 438. III. 195.
- Probezeit der Lehrlinge VII. 53. der Gesellen VII. 54. im Postdienste VII. 122.
- Probst, Wahl in Steterburg I. 254. Geschäfte III. 247.
- Proclamation, Ort ders. I. 189. 192. der Dienstboten I. 201. Zwischenraum zwischen Proclamation und Copulation I. 206. Beibringung der Erlaubnisscheine I. 240. bei anderweiter Eingehung der Ehe Production der Ehescheidungsurtheile II. 195. neue III. 266. 267. Scheine desshalb III. 272. der Verlobten IV. 146. 148. 161. Schein für Wittwen V. 101. Eintragung in das Kirchenbuch I. 215. 240. IV. 144. Beibringung der Scheine VIII. 172.
- Procuragelühr VI. 141.
- Procurator in loco II. 170. Gebühren desselben II. 173.
- Procuratoren I. 145. der Herzogl. Cammer I. 171. Liquidation ders. IV. 85. 230. beim Oberappellationsgerichte IV. 115. 117. in loco IV. 127. 134. beim Untergerichte IV. 136.
- Prodigalitätserklärung IV. 124. 128. 139. VI. 102. 115.
- Producte, selbstgewonnene, Verkauf in den preussischen Staaten II. 301.
- Professionen, Erlernen von zweierlei II. 116.
- Promessen, Königl. preussische I. 379.
- Propositionen in der Landschaft I. 250. III. 290.
- Provocation, Gerichts- IV. 120.
- Proselyten, Eintragung in's Kirchenbuch I. 214. 240.
- Protestation wegen Löschung der Hypothek VI. 85.
- Protocolle, beglaubte Abschriften III. 221. über beschaffenheit der Baugegenstände III. 16. Forstrevuel, gesetzliche Form III. 151. Anklage-, Glaubwürdigkeit II. 3. in Criminalsachen II. 51. über mangelnde Executionsobjecte III. 50. der Postbeamten III. 344. Verlesung und Unterzeichnung I. 147. Aufnahme I. 153. bei den Wahlen der Stände III. 289. in der Landschaft III. 290. des Oberappellationsgerichts IV. 118. Originalmittheilung an andere Behörden V. 80. Unterfertigung V. 88. über Verhandlungen der Kirchenvorstände VIII. 179. 180.
- Protocollführer, beidigte IV. 113. unzulässige Bevollmächtigung VIII. 27. Aufführung desselben im Eingange des Protocolls u. Bezeichnung VIII. 274.
- Proviantgeld, Fixirung desselben I. 252. Vereinigung mit der Contribution II. 299. Berechnung II. 300.
- Providentia, Feuerversicherungsgesellschaft in Frankfurt, Zulassung zum Geschäftsbetriebe in Braunschweig VIII. 11.
- Provisoren der Kirchen und milden Stiftungen in Braunschweig IV. 153. Befugnisse ders. II. 194.
- Provocationsprocess VII. 13.
- Prozeß, Essentialität und Mündlichkeit VI. 15. der pioram corporum V. 98. des Finanzcollegium, Cammer, Steuerdirection, Baudirection, Klostergüter IV. 123. folg. der Gemeinden IV. 74. 120. der Gilden I. 126. Gemeinde- I. 142. 343. Pfarr- II. 158. Militär- I. 290. 299. 302. folg. III. 323. Gebühren II. 112. gegen milde Stiftungen III. 274. über Gewerbe- und Gildbefugnisse III. 194. der Herzogl. Cammer III. 209. 239. wegen Steuerfachen III. 211.
- Prozeßacten I. 145.
- Prozeßkosten I. 144. in Steuersachen im Falle der Freisprechung III. 31. in Gemeindeprocessen III. 216.
- Prozeßlisten I. 148.
- Prozeßordnung I. 153. des Oberappellationsgerichts IV. 115. Civilprozeßordnung VII. 12. Strafprozeßordnung VII. 131.
- Prozeßschriften, Einreichung ders. IV. 117. sind den Gegnern vollständig, auch die Vollmachten mit den Beglaubigungsurkunden in Abschrift mitzutheilen VIII. 24.
- Prüfung der Abiturienten, die Privatunterricht genommen haben IV. 162. der Bauhandwerker IV. 105. der Candidaten I. 157. 391. der Forstlehrlinge III. 98. 154. 155. der Candidaten des Rechts IV. 119. VII. 58. Instruction desshalb IV. 120. der Candidaten der Advocatur, des Notariats, der Staatsanwaltschaft und des Richteramts VII. 58. zum Eintritt in die höhern juristischen Nemter VII. 58. der Candidaten des Schulamts IV. 146. für den Post- und Eisenbahndienst VII. 122. Commission dazu für die Rechtscandidaten VII. 56.
- Publication der Gesetze durch die Anzeigen VII. 60. der Erkenntnisse in Untersuchungssachen I. 147. 150.
- Pupillengeld, Belegung beim Leibhause II. 154. in Landes Schulverschreibungen VIII. 189.
- Puppenpieler, Seiltänzer, Zulassung derselben II. 255. III. 350.

## D.

- Quartalsrechnungsextrakte der Cammer- u. Klosterrechnungsführer III. 45.  
 Querenhorst, Zulegung eines Weideareals zum Gemeindebezirke VIII. 68.  
 Quint, Eintheilung des Zollpfundes VIII. 189.  
 Quirle, Verkauf derselben I. 55. IV. 56.  
 Quittungen, an das Leihhaus I. 260. der Executoren I. 447. Duplicatz über Steuern II. 284. 299.

## R.

- Rabbiner, Land- I. 394. Regulativ der jüdischen Gemeinde in Braunschweig V. 77.  
 Rademacher, Gewerbebefugniß V. 59.  
 Radfelgen, Breite derselben IV. 262. VIII. 190.  
 Räder, breisfelgige I. 253. 468.  
 Rang III. 348. der Kreisbeamten I. 192. der Beamten III. 25. des Kirchenraths III. 348. der Hypotheken I. 139. 140. 142.  
 Rasentörfe, Belegen der Flachsrotten II. 241. 243.  
 Rath, der Gemeinde über Vermögensverwaltung II. 104. zur Ausübung eines Verbrechens VI. 32.  
 Raub, vom Militair begangen I. 285.  
 Raubthiere, Schieß- und Fangegeld dafür III. 100. Atteste desshalb III. 101.  
 Rauchen von Taback, Verbot desselben in den Gerichtlocalen VIII. 90.  
 Rauchfangröhren, russische IV. 208.  
 Rauchtabackfabrikate in Braunschweig II. 245. Rauchwerk IV. 217.  
 Raupen, Grass-, schädliche I. 371. Vertilgung ders. III. 336.  
 Rauthheim, Abgabe von Grundstücken an den Gemeindebezirk Mascherode VIII. 67.  
 Realberechtigte IV. 51.  
 Realberechtigungen im Hypothekenbuche VI. 63.  
 Realgläubiger, Adcitation derselben II. 166. deren Vorladung III. 233. VI. 104.  
 Recepte, alte II. 210. Durchsehen derselben auf den Apotheken II. 210. 211.  
 Receptionsscheine VI. 153. zu den Kirchenbüchern IV. 142. 162. 259.  
 Recepte, schriftliche, im mündlichen Proceßverfahren I. 178. Gemeintheilungs-, Bestätigung IV. 83. Ablösungs-, Eintragung in die Hypothekenbücher VI. 80. der Capitale in dieselben VI. 68. folg. 70. 76. Vorlegung derselben von der Leihhausanstalt VI. 72. folg. Zurückgabe oder Auslieferung — Separations-, Anlegung des Hypothekenbuchs nach deren Bestätigung VI. 80. vor derselben VI. 77. Zehntablösungs-, Eintragung in das Hypothekenbuch VI. 76. 78. 80.  
 Rechenbücher, Handel damit IV. 83.  
 Rechenschaftsbücher in den Schulen anzulegen VIII. 147. 148.  
 Rechen- und Schreibunterricht, Schulgeld dafür von den Kindern der Tagelöhner III. 270.

der Cammer- und Klosterrechnungsführer IV. 42. der Lohnzettel der Waldarbeiter III. 126. Contrassignatur IV. 52. 153. über Sportelgelber IV. 85. des Staatsgläubigers IV. 166. der Kreisassencontroleure IV. 153. der Hauptfinanccasse, Lösung von Hypotheken darauf VI. 69. öffentlicher Cassen VII. 30.

- Rechnungen, Abnahme der Vormundschafts- und Curatel-, Entscheidung darin IV. 119. Stadt- IV. 74. der Dörfer u. IV. 52. 74. Abnahme IV. 76. Forst-, f. Forstrechnungsweisen. Cammer- und Kloster- III. 41. über Forstreeuen III. 74. über Aufkünfte aus den Klosterforsten III. 103. 106. der Büchsenpennnigcasse III. 130. Gemeinde- I. 339. 342. 344. der Strafanstalten VII. 121.  
 Rechnungsetat I. 89. 91. 345. 346. der Kirchenrechnungen III. 279. Gemeinde- III. 179. 180.  
 Rechnungsführer, Bau-, Zahlungsanweisung III. 19. Herzogl. Cammer, Liberirung desselben III. 97. der Büchsenpennnigcasse III. 130. Anweisung derselben IV. 226.  
 Rechnungsführung für die Domänen- und Klostergüter III. 41. bei den Gerichten des Landes VIII. 90.  
 Rechnungssachen, Recurs darin III. 63.  
 Rechnungsweisen IV. 225. Aufsicht darüber III. 63. der Cammer I. 180. der Kirchen I. 193. folg. tabellarische Uebersicht desselben III. 279. der Städte und Dörfer I. 342. 344. folg. städtisches I. 89. 94. 345. Hauptbericht desshalb I. 100. Etat desselben I. 345. Quittungen IV. 52. Revision IV. 52. 74.  
 Rechte, Ablösung derselben IV. 1.  
 Rechtsandidaten, Verleihung von Titeln an dieselben VIII. 88. Ausbildung und Beschäftigung derselben VIII. 89. 90.  
 Rechtsbülfe in bürgerlichen Streitfachen III. 287. Uebereinkunft mit Baden VII. 14. Verweigerung derselben IV. 139.  
 Rechtskraft der Urtheile IV. 117.  
 Rechtsmittel III. 207. in Civilsachen I. 142. 149. 152. 155. VII. 13. in Criminalsachen und Polizeiuutersuchungssachen I. 145. 150. 156. VI. 22. 35. VII. 131. gegen provisorische Verfügungen I. 146. Erklärung derselben I. 147. elective Einsetzung derselben I. 172. Gebühren und Postgeld für Berichte bei Einsetzung der Acten I. 172. in Jagd- und Forstrevell- auch Steuercontraventions- und ähnlichen Sachen I. 19. III. 87. der Vorstellungs- und Nichtigkeitsbeschwerde I. 19. in Verwaltungsangelegenheiten I. 180. 343. beim Consistorio I. 201. in Sachen wegen Aufruhrs II. 45. elective in Criminalsachen II. 59. der Supplicate oder Vorstellungen II. 65. in Rechnungssachen III.

63. gegen rejectoria der Obergerichte III. 213.  
in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit III. 216.  
beim Oberappellationsgerichte IV. 116. 117. in  
Concurfen und in Strafsachen IV. 118.
- Rechtspflege, Mängel dabei IV. 133. Verträge der  
Landstände an den Landesherren I. 248. III. 287.  
Trennung von der Verwaltung III. 287. Defens-  
lichkeit und Mündlichkeit VI. 15. Uebereinkunft  
mit Anhalt-Bernburg in Betreff derselben VI. 97.  
Convention mit Preußen VI. 31. Zusatzartikel zur  
Convention mit Preußen VIII. 89. Uebereinkunft  
mit Oesterreich VIII. 96.
- Rechtsschutz III. 287.
- Rechtsverteidigung Abwesender durch die Staats-  
anwälte VII. 16.
- Rechtswohlthat des Inventars II. 163.
- Reciprocum zu beobachten wegen Beitreibung von  
Polizeistrafen IV. 133. Erbieien dazu, Einholung  
höchster Genehmigung III. 27. in Rücksicht preußi-  
scher Gerichte III. 234.
- Reclamation wegen der Personal- und Gewerbe-  
steuer I. 411. gegen die Wahllisten III. 289.
- Recognitionsgelder fallen weg I. 253.
- Recruten, Verzeichniß derselben I. 325. kranke, Ko-  
sten bei deren Einlieferung II. 222. 227.
- Recurrentenfachen (Nova) an den Präsidenten des  
Oberappellationsgerichts IV. 117.
- Recurs in Rechnungssachen III. 63. vom Consistorio  
I. 204.
- Recusation der Richter IV. 116. 119.
- Redacteur periodischer Druckschriften, dessen Quali-  
fication VIII. 12.
- Rede, Eröffnungs-, in der Landschaft III. 289. mehr-  
malige, Inhalt ders., in der Landschaft III. 290.  
Redevordnung in der Landesversammlung VII. 100.
- Reesfche Stiftung in Braunschweig VIII. 232.
- Referent und Correferent I. 154. Register derselben  
beim Oberappellationsgerichte IV. 117. Wechsel  
derselben II. 169.
- Reformirte, Stollgebühren derselben I. 199. III. 270.  
Eintragung in das Kirchenbuch I. 235.
- Regels, Post III. 343.
- Regierung, Vergehen gegen dieselbe IV. 37.
- Regierungsantritt Sr. Hoheit Herzogs Wilhelm  
III. 202.
- Regierungscommissarien bei der Landesversamm-  
lung VII. 100.
- Regierungscommission I. 137.
- Regierungsform III. 284.
- Regierungssitz III. 284. Erbfolge desselben III. 284.
- Regierungsübernahme vom Herzoge Wilhelm II.  
144.
- Regierungsvormundschaft III. 284.
- Register der Kirchenbücher I. 218. Accise II. 11.  
über Forststrafarbeit III. 163. der Hypothekenbü-  
cher VI. 62. 66. 92.
- Registratoren unzulässige Bevollmächtigung zur Ver-  
tretung der Parteien VIII. 27. Verbot der Füh-  
rung von Curateln VIII. 112.
- Registraturen, Pfarr-, Versiegelung derselben II.  
193. IV. 148.
- Reglement, für die Maser IV. 97. der braunschw.  
Bürgergarde III. 23. Jagd- III. 68. für Wald-  
arbeiter III. 101. folg. wegen der Büchsenjennig-  
casse III. 130. Unterhaltung der Entwässerungs-  
anlagen im Escherleber Bruche betr. VIII. 184.
- Regulirung der Forstwogen III. 95.
- Rehe, Bestand derselben III. 69. Controle des Trans-  
ports VIII. 47.
- Rehwildpretstaxe III. 121.
- Reichsgeetze und Verordnungen VI. 143. VII. 27.
- Reichstagswahlen VII. 28.
- Reihebrauerei, Aufhebung derselben II. 121.
- Reihedienste, Verpflichtung der herrschaftlichen Es-  
sicianten dazu I. 105. zum Brieftragen in Forst-  
angelegenheiten III. 76.
- Reihestellen, stimmberechtigte III. 292.
- Reibewiesen, sein patrimonium universitatis I. 102.
- Reineke, Privilegium VIII. 234.
- Reinertrag, Ausmittlung wegen Ablösung IV. 1.  
Reinigen der Schulstuben IV. 163.
- Reinigungseld hat beim Kriegsgerichte nicht Statt  
I. 292.
- Reinsdorf, Abgabe von Grundstücken an den Ge-  
meindebezirk Alvensdorf VIII. 67.
- Reis, Abgabe davon VI. 146. Gerabiegung des Ein-  
gangsloßs VII. 153.
- Reisebedarf accisbarer Waaren II. 3.
- Reisegelder I. 113.
- Reisekosten der kranken Cantonisten II. 222. der  
Phyhi III. 299. 303. in gerichtlichen Angelegen-  
heiten III. 186. der Justizbeamten IV. 84. 85.  
118. VI. 49. der Landtagsabgeordneten VII. 100.
- Reisende, hülfbedürftige Franzosen V. 5. Kaufleute,  
Hausirer I. 438. Handels-, Besteuerung derselben  
III. 283. Gewerbesteuer der Kaufleute IV. 245.  
Gewerbescheine IV. 248.
- Reiselegitimationen, durch Passkarten VII. 111.
- Reisepässe IV. 214. 220. VII. 113. VIII. 217.
- Reislinger Windmühle IV. 281.
- Reitende Förster, Dienstpferd derselben III. 158. f.  
auch Revierförster.
- Rejectoria der Obergerichte, Rechtsmittel dagegen  
III. 213.
- Relation in Untersuchungssachen I. 146. in zweiter  
Instanz II. 169.
- Religiöse Schriften, Censur derselben III. 24.
- Religionsfreiheit III. 284.
- Religionsveränderung, Alter deßhalb III. 277.
- Religionsparteien V. 94.
- Reluktionscapitale IV. 165.
- Relution der Steuerfreiheit, Anmeldung derselben  
IV. 154.
- Reluktionscheine I. 410. 414.
- Remisen der Ortsvorsteher III. 357.
- Remission wegen Brandschäden II. 233.
- Remissionsgesuche, Angabe der Steuer deßhalb I.  
446. 458. Berichte darauf I. 431. 446. 458.
- Remissionsstabellen VI. 146. 2
- Remissionsvorschläge I. 247.
- Remontepferde, Zollpässegebühr III. 241.
- Renngard, Privilegium VIII. 237.

- Rentenversicherungsanstalt IV. 226.  
 Renunciatio benefic. muliebr. II. 174.  
 Reparaturen, kleine an Pfarrgebäuden V. 101. von  
 Mithern IV. 50. durch Gesellen IV. 109. der  
 Pfarrgebäude IV. 147. 151. geistlicher Gebäude,  
 Vermüthigung desselb III. 264. 277. der Gebäude  
 der Holzberechtigten von gekauften Holz III. 129.  
 an Forsthäusern III. 162. an Gemeindegebäuden  
 VI. 47.  
 Repartitions-Holzfuhrn II. 186.  
 Repertorium, Privilegium desselb III. 347.  
 Repertorien über die Hypothekenbücher VI. 66. folg.  
 92.  
 Requisition, des Militärs von den Gerichten I.  
 301. 302. in peinlichen Sachen an darmsstädtische  
 Gerichte I. 24. in Criminalsachen mit Württemberg  
 kostenfrei II. 44. Preußen II. 265. auswärtiger  
 Gerichte II. 154. hannoversche wegen Forst-, Wild-  
 und Fischentwendungen II. 60. an preussische Ge-  
 richte in Steuercontraventionsfachen II. 46. Be-  
 folgung der hannoverschen II. 59. preussischer Ge-  
 richte III. 234. in Forststrafsachen IV. 69. an he-  
 sencaassische Gerichte in Civilsachen VI. 109. wegen  
 Eistung der Militärpersonen VI. 136. preussischer  
 Gerichte VI. 31. hannoverscher VI. 40. aus-  
 wärtiger Gerichte VII. 14. in Strafsachen VII. 122.  
 ausländischer Gerichte VIII. 26. österreichischer Ge-  
 richte VIII. 96. 105. 106. ausländischer Gerichte,  
 Bedingungen der Folgeleistung VIII. 133. 134. 135.  
 270. 271.  
 Requisitionschreiben, Gebühren dafür I. 116.  
 Rescripte, Circular in der Verordnungsammlung  
 IV. 260.  
 Rescriptenbücher bei den Oberförstereien III. 148.  
 158.  
 Reservemilitair als Stellvertreter IV. 193.  
 Reserve, Militär- I. 262.  
 Referendardaten, Personalsteuer derselben I. 458.  
 Aufnahme in die Gilde II. 115. Gerichtsstand III.  
 323. Achtung der Civilobrigkeit III. 318.  
 Reste, in den Forstrechnungen III. 75. Rechnungs-  
 der verstorbenen Revierförster III. 149. der Forst-  
 gefälle III. 152. der Cammer u. Rißter III. 43. 47.  
 Restituenda der Gemeindecassen II. 105.  
 Restitutio benef. minor. II. 174. in integram V.  
 84. der Minderjährigen II. 306. Rechtsmittel IV.  
 116. Prätorische IV. 117.  
 Revisionschüsse I. 404. 405. Revision derselben II.  
 263. in Braunschweig II. 265. 267. Autorisation  
 wegen Beitreibung der Reste I. 404. 424. 228. 435.  
 Rettung Verunglückter, Unterricht dazu II. 209. Be-  
 richt desselb II. 254. Verunglückter im Wasser  
 IV. 214. Prämien desselb VII. 120. Redaction IV. 50.  
 Revers, Heimaths- III. 368. 369. folg.  
 Reversalen des Landesfürsten III. 284.  
 Revierförster III. 66. Führung der Rechnungsmä-  
 nuals III. 147. Erhebung der Gelddaukäfte III.  
 157. Galten der Burschen III. 159.  
 Revierforstrechnungen III. 175.  
 Revierjäger, von den Revierförstern zu halten III.  
 159. Eigenschaften derselben III. 160.  
 Revision, Bauholz- IV. 62. 64. Rechtsmittel IV. 116.  
 der Waarenlager IV. 243. wegen des angewiesenen  
 Holzes I. 362. der Kirchenbücher I. 222. der Steuer-  
 catafor I. 454. der Urtheile des Kriegsgerichts I.  
 295. Bauholz- I. 85. s. auch Bauholzrevision.  
 Revisen II. 5. folg. der Neubauten II. 252. Kosten  
 desselb II. 253. der Revisionschüsse II. 263. der  
 Taxen bei Brandversicherungen II. 43. der Holz-  
 auctionsprotocolle III. 155. der Bauten III. 66.  
 19. 21. 107. 129. wegen der den Berechtigten verwil-  
 ligten Baumaterialien III. 19. 107. 129. 153. der  
 Forstrechnungen III. 175. Revisionsverfahren, ge-  
 richtliches in Gemeinderrechnungssachen, die dabei  
 zu beobachtenden Formen betreffend VIII. 66.  
 Revisions-, Bau-, Protocolle, Einwendung derselben  
 III. 153.  
 Richter, Prüfung derselben IV. 119. deren Amts-  
 tract VII. 57.  
 Richters Schriften IV. 35.  
 Ride und Wolsen zu Kuh- und Schweineställen III.  
 126. 151.  
 Riddersdorf, Abgabe eines Weidareals an den Ge-  
 meindebezirk Querenhorst VIII. 68.  
 Riddorische Stiftung VII. 125.  
 Rigeysflug IV. 49.  
 Rimmerode, Aufhebung des Gemeindeverbandes mit  
 Bentierode VIII. 66.  
 Rindvieh, Contribution davon III. 361. Pässe I. 373.  
 Seuche I. 373.  
 Ringelheim, Bahn-Expedition VIII. 229.  
 Rinnen, Dach-, in Braunschweig II. 246. siehe auch  
 Dachrinnen.  
 Risse, Plan- IV. 13. Bau- I. 350. 355. 359. 370.  
 III. 15. Anfertigung derselben II. 43. 235. Ein-  
 sendung derselben II. 237. wegen Neubauten II.  
 242. Belohnung dafür in Kirchen- u. Bauange-  
 legenheiten III. 20. geistlicher Gebäude I. 385.  
 Feldvermessungs- I. 368. zu Neubauten V. 127.  
 Planrisse V. 123. 128.  
 Rittergüter, Beitrag zur Reparatur der Pfarr- und  
 Schulgebäude I. 205. Verhältnis zu den Gemein-  
 den III. 284. Erwerbung derselben, Wohnortrecht  
 dadurch II. 315. Untheilbarkeit VIII. 42. Verer-  
 bung VIII. 42.  
 Rittergutsbesitzer, Landstände I. 246. Zuziehung  
 zur Wahl der Ortsvorsteher V. 52.  
 Rittermatrikel, Aufnahme in dieselbe V. 3. Füh-  
 rung derselben IV. 173.  
 Rohde'sche Stiftung in Wolfenbüttel VIII. 233.  
 Römisch-katholische, Eingebung der Ehen II. 197.  
 Röhrig, Privilegium VIII. 238.  
 Rohzuder, Erhöhung der Eingangsabgabe VII. 153.  
 Rosche'sche Stiftung zu Braunschweig VIII. 232.  
 Roslau, Fabrikverein, Privilegium VIII. 237.  
 Rothwild, Begleichung desselben III. 68. 95. 97. 153.  
 172. Controle des Transports VIII. 47.  
 Rothwildpret, Verminderung desselben II. 83.  
 Rotteck, v., allgemeine politische Annalen III. 23.  
 Rotten des Flaches III. 118.  
 Rottgehnthe IV. 81.  
 Rouleauxfensterladen VI. 142.  
 Rubrum der Berichte I. 464. der Forstangelegenhei-  
 ten III. 158.



Rübeland, Beilegung der Revierförsterwohnung auf dem Bergfelde VIII. 67.  
 Rübenzucker IV. 300. VI. 145. VII. 153. VIII. 311.  
 Rückersöhne I. 67.  
 Rückfallstrafen, besondere VII. 22.  
 Rückschreiben, Gebühren dafür I. 116.  
 Rückstände, der verstorbenen Revierförster III. 149.  
 der Forstgefälle III. 149. 152. der Cammer III. 43.  
 Rückwirkende Kraft der Gesetze II. 178.

Rhüden, Klein- I. 155.  
 Rüningen I. 155.  
 Ruff und Geusinger, Privilegium VIII. 235.  
 Ruhe, Aufrechterhaltung derselben II. 202.  
 Ruhegehalte VII. 18.  
 Ruhestand, Verlegung in denselben III. 25.  
 Ruhestörung, Bestrafung desselben II. 44. Mittheilung der Verordnung II. 60. öffentliche IV. 37.  
 Sporteln VI. 84.

## S.

Sabbath I. 44. 254. Ordnung V. 43.  
 Sachdarstellung beim Landesgerichte I. 44.  
 Sachen VII. 43. gefundene I. 18. IV. 46. gestohlene IV. 45.  
 Sachen, Uebereinkunft mit demselben IV. 93. 208. wegen Ausgewiesener IV. 281. 209. 290. Handelsvertrag II. 131. 132. 134. 135.  
 Säcularfeier I. 184. 191. der Augsburgerischen Confession II. 201.  
 Sägemüller, Beidigung und Antheil am conscriptirten Holze II. 120.  
 Sägen, der zu fällenden Waldbäume III. 90.  
 Sägensmiede, Verfertigung von Schlössern II. 120.  
 Sächsishe Gerichte, forum contract. V. 81. Insinuation, Citation V. 81.  
 Sachverständige, Gebühren für Abschätzung der Gebäude V. 11.  
 Sämereien, Hausiren damit IV. 251.  
 Sägeverzierungen, Verkauf ders. von den Kramnablern II. 120.  
 Salariencasse der Deconomie-Commission IV. 5.  
 Salpeter, Ausführung desselben I. 264.  
 Salz I. 391. IV. 227. 228. 300. V. 146. Einführung des fremden I. 18. salzgitterisches Verbot II. 258. V. 146. VIII. 239. zur Viehfütterung VIII. 239. 285. Verhinderung der Einschwärzung VIII. 297.  
 Saline Julius-Galle VII. 58.  
 Salzdhallum, Vereinigung der Gemeinden Oberdahlum und Niederdahlum VIII. 66.  
 Salzdebit VIII. 285. 294.  
 Salzgitter III. 210. Bahnamt VIII. 229. Uebergangstraße VIII. 307.  
 Salzhandel VII. 164.  
 Salzdefraudeuntersuchungssachen, Gerichtsgelühren in denselben VI. 158.  
 Salzförner I. 392.  
 Salztransporte auf der Weser VIII. 283.  
 Salzuntersuchungssachen, Gerichtsporteln VI. 35.  
 Salzwerk, Salzliebenhall zu Salzgitter, Hoheit und Gerichtsbarkeit III. 214.  
 Sammeln von Beiträgen zu Unterstützungen u. IV. 186.  
 Samson'sche Legatenfonds IV. 187.  
 Sanitätsjoldaten VII. 105.  
 Sandgruben, Zustößen derselben III. 338.  
 Sardinien VII. 154.  
 Satisfactionsklagen II. 168.  
 Sattler, Befugnisse VIII. 72.

Säuglinge, Mitaufnahme in die Strafanstalten VIII. 30.  
 Schadensersatz von den Gemeinden, wegen Schadens bei Aufläufen VI. 15. 97. wegen Forstfreveln in Gemeindevandalungen II. 89. von preussischen Forstfrevlern III. 160. wegen Forstvergehen in braunschw. Forsten, die im hannoverschen belegen III. 85. Forstfreveln IV. 67.  
 Schaafpöcken, Vorkehrungen dagegen I. 368. 384.  
 Schaafschaf I. 412. Desraude VII. 127. 147. 148.  
 Schaafschafbeschreibung IV. 248.  
 Schaafschafsachen VII. 128.  
 Schaafzählen durch die Executoren I. 435. Instruction dazu I. 433.  
 Schäfer und Budenberg, Privilegium VIII. 233. und Walfer, Privilegium VIII. 236.  
 Schäfereirecht, Ablösung IV. 79. Eintragung in das Hypothekenbuch VI. 63.  
 Schäfertabad, Zoll davon II. 338.  
 Schärfung der Strafen I. 20.  
 Schätzungsverfahren bei Expropriationen VIII. 223.  
 Schand- und Strassfahrl I. 20. 23.  
 Schaumburg-Lippe, Oberappellationsgericht VIII. 88.  
 Schauspieler, Hof-, in der Domkirche eingepfarrt III. 268.  
 Scheerenschleifer IV. 103.  
 Scheffelschaf, Erlass IV. 256. Beschreibung III. 353.  
 Scheibenschießen II. 238.  
 Scheidemünze IV. 205.  
 Scheidung von Tisch und Bett V. 98. der Ehe von Lutheranern und Katholiken VI. 124.  
 Scheine, bei Proclamationen III. 272. Holz- III. 72.  
 Schema zur Taxationsberechnung der Wildschäden I. 73.  
 Schenkewirthschaft verbunden mit Speisewirthschaft III. 197. von Bräuern und Branntweinbrennern III. 197. Befugniß V. 66. Verlegung VIII. 70.  
 Berücksichtigung der Cammerkügel bei Ertheilung von Concessionen VIII. 73.  
 Scheypenstedt, Beilegung mehrerer Häuser vom Gemeindebezirke Kablingen VIII. 68. Statut wegen Auspflügen und Ausgraben der Grenzfurchen VIII. 155. Bahn- und Postamt VIII. 227. Statut IV. 74.  
 Scheuren in Seesen, Ausbau zu Wohnhäusern III. 88.  
 Schickelsheim, Wiederherbeziehung zu den Domänen I. 253.

- Schiedsgericht für die vereinigte Hagelschaden-Versicherungsgesellschaft VIII. 81.  
 Schießen II. 238. an Feiertagen III. 128. des Bildpreys III. 95. 97. 162. der Raubthiere III. 100.  
 Schießet III. 98.  
 Schießgeld III. 122. für Tödtung herumlaufender Hunde III. 81. für Raubthiere III. 100.  
 Schießgewehre mit Percussionsgeschloßern IV. 58. mit Zündhütchen IV. 209.  
 Schießzeit des Bildpreys III. 153.  
 Schiffsahrt, freie II. 131.  
 Schiffer-Patent VIII. 282.  
 Schiffsahrt zu 40 Centner VIII. 190.  
 Schiffs-Patent VIII. 282.  
 Schildwache, Beleidigung derselben I. 281. Verhalten derselben VIII. 201.  
 Schiller'sches Invaliden-Institut V. 110.  
 Schimpfen der Gilden I. 127. 131.  
 Schlafen, Bahn-Expedition VIII. 227.  
 Schlachtacise, Aufhören ders. II. 262. in Braunschweig und Wolfenbüttel II. 3. III. 1. IV. 240. von Schweinen VI. 145.  
 Schlachtemarken in Braunschweig und Wolfenbüttel III. 1.  
 Schlachten des kranken Viehes I. 381. von Wirthen III. 188.  
 Schachtvoll, Zoll davon II. 339. Einholen mit Hunden III. 335.  
 Schlachtzettel in Braunschweig u. Wolfenbüttel III. 1.  
 Schlächter auf dem Lande III. 188.  
 Schlage, Forst- I. 51.  
 Schlagen der Sträflinge I. 20.  
 Fleischhandel VII. 153. Unterdrückung desselben IV. 239. VI. 156. 158.  
 Schildeiser, Privilegium VIII. 234.  
 Schlosser, Aufnahme in die Gilde II. 115. Befugniß VIII. 72.  
 Schlosserarbeit, auswärtige II. 113. 120.  
 Schlossbau III. 287. IV. 169. 170. Schulden desselb I. 242. 244.  
 Schluß des Landtags III. 290.  
 Schmähung obrigkeitlicher Personen II. 44.  
 Schmähschriften V. 15.  
 Schmerzensgeld VI. 33.  
 Schmidt, Fuß-, Befehen auf dem Lande III. 195.  
 Schmidt, Privilegium VIII. 238.  
 Schmiedezins I. 42. III. 352.  
 Schnee, Befchaffen von den Bergen IV. 263.  
 Schneider, Handel derselben V. 59. ihre Befugniß VI. 56. Gesellen, Wandern derselben II. 123.  
 Schnepfe, Tage dafür III. 122.  
 Schnepfenstrich III. 115.  
 Schnittwaarenhändler IV. 95.  
 Schnüre zu Documenten III. 219.  
 Schönmann und Pintus, Privilegium VIII. 234.  
 Schöningen VII. 99. 124.  
 Schonen des Bildpreys III. 95. 97.  
 Schonung der Futterkräuter IV. 165.  
 Schornsteine, russische IV. 208. 216.  
 Schornsteinfeger IV. 209. Anzeige von Feuergefahrlichkeiten I. 132. 350. Röhre V. 101.  
 Schott, Privilegium VIII. 233.  
 Schreiber, Protocoliren derselben III. 342.  
 Schreiberei, Einschränkung dabei V. 15. Kosten bei den Aemtern III. 341.  
 Schreibbücher, Handel damit IV. 101.  
 Schreibgebühr I. 114. II. 112. VI. 111. in Cammerfachen I. 114. III. 97. 240. Berechnung ders. I. 121. 122. 123. für Depositencheine über Documente und Pretiosen II. 106. für Hypothekenträgung III. 205. für Meier- und Erbzinsbriefe III. 316. bei Steterburg III. 317. für Gerichtshandelsbücher IV. 88.  
 Schreibpapier zu den Actenstücken VI. 96.  
 Schreibmaterialien, Ankauf derselben IV. 212.  
 Schreibtage, Forst-, Holzansforderungen außer denselben II. 88. Zweck derselben III. 86.  
 Schreib- und Rechenunterricht der Tagelöhnerkinder III. 270. Bezahlung dafür III. 270. auf dem Lande IV. 149. 157.  
 Schreib- und Siegelgebühr IV. 84. 87. für Verpachtung der Forstgrundstücke IV. 59. in Verwaltungssachen IV. 85. für die Confirmationsclausel IV. 87.  
 Schriften, verbotene V. 16. Proceß-, Einzeichnung beim Oberappellationsgerichte IV. 117. der Forstbedienten, Beförderung derselben III. 171.  
 Schriftliche Ausführungen im mündlichen Proceßverfahren I. 178.  
 Schriftliches Verfahren I. 142. 143. 153.  
 Schriftfassen, Landstände I. 246. Untheilbarkeit des Guts VIII. 42. Vererbung des Guts VIII. 42.  
 Schriftsteller, Sicherung gegen den Nachdruck III. 23.  
 Schüler, die Theologie studiren wollen, Prüfung III. 264. welche auf das Collegium Carolinum gehen wollen III. 267.  
 Schützen, Jagdprezel für dieselben III. 173.  
 Schützengesellschaft zu Helmstedt VII. 123. zu Schöningen VII. 124.  
 Schuh, Thoracise davon IV. 243.  
 Schuhmacher, Werkhandel mit Filzschuhen VIII. 72. Gewerbebezogen gegen die Kürschner zur Anfertigung und Heilhaltung der Fußbekleidungen mit Pelzjutter VIII. 72.  
 Schuhmacherarbeit, auswärtige II. 114.  
 Schularcandibaten, Prüfung derselben IV. 146.  
 Probejahr IV. 147. Berichte über Aufenthalt und Beschäftigung VIII. 137.  
 Schulangelegenheiten IV. 143. V. 93. VI. 120. VII. 45. 47. Unterrichtszeit, Ferien VI. 120. Industrieunterricht VI. 120.  
 Schulbesuch der Kinder III. 273.  
 Schulcommission in Helmstedt I. 394. III. 282. der Kreisbeamte ist Mitglied derselben I. 206. für Gymnasien, Befreiung der Mitglieder von Entrichtung des Schulgeldes für ihre Söhne VIII. 159.  
 Schulden, Gemeinde- IV. 77. Landes- I. 241. 244. Cammer- IV. 182. 253. Tilgung IV. 170.  
 Schuldener, Aufsicht darüber I. 183. Heranziehung zu den Gemeindelasten I. 90. II. 193. Bestellung derselben III. 287. Anmeldung von Brandschäden an den Schulgebäuden VIII. 166. 167.  
 Schuldner, Arrest VI. 111.

- Schuld-** und Hypothekenscheibung der Cammer- und Landes- IV. 6. doppelte Ausfertigung IV. 87. Gebühren dafür I. 113. Consens desselb I. 113. Landes- I. 241. Beiträge davon zu den Armen- und Begebetterungscassen III. 4. auf den Inhaber I. 151. Morstification I. 158. Löschung und Edictalladung II. 150. 156. des Personals der Districtsgerichte und Kemter II. 155. 156. 157. Gesession II. 151. Cammer-, Umschreibung derselben II. 187. Aufnahme derselben VI. 70. 71. mehrerer Verbindlichkeiten in einer VI. 71. 73. 74. Umtausch der Cammer- gegen Landesschuldverschreibungen VIII. 46. eventuelle, dem Betrage nach ungewisse, Stempel desselb VIII. 55.
- Schulen I.** 393. Aufsicht darüber I. 192. Steuerfreiheit derselben I. 404. Befreiung von der Grundsteuer II. 262. Ausweisen der Kinder aus denselben III. 282. Ablösungscapitale derselben IV. 6. Verbesserung derselben IV. 169. Winkel- IV. 160. Einrichtung derselben IV. 162. Processen derselben V. 98. Unterrichtszeit IV. 148. Aufstellung der Lectiionspläne VIII. 144. 145. 146. 149. 150. 151. 152. neue Lehrbücher nicht ohne Genehmigung Herzogl. Consistoriums einzuführen VIII. 147. Rechenschaftsbücher anzulegen VIII. 147. 148.
- Schulgebäude,** Beitragung der Nüttergüter zu deren Unterhaltung I. 205. Baulichkeiten an denselben durch Cammerbaubediente III. 15. 16. Diäten dafür III. 20.
- Schulgeld,** Befreiung davon III. 257. 260. 265. 273. 282. Beitreibung desselben III. 282. VI. 128. von dispensirten Catechumenen I. 1. 272. Bezahlung desselben I. 393. Erhebung desselben III. 276. auf dem platten Lande I. 183. in den Ferien III. 276. Herkommen desselb I. 201. 255. von frankten Kindern III. 279. für Commerschulen III. 273. für Schreib- und Rechenschulen III. 270. von Tagelöhnern und Häuslingen III. 276. 281. besonders Unterrichteter III. 280. in den Landgemeinden IV. 147. V. 102. Befreiung davon IV. 149. 152. 153. 157. Rückstände IV. 153. Befreiungen für Soldatenkinder VII. 82. Reste VII. 115. Befreiungen für Söhne der Mitglieder der Schulcommission für Gymnasien VIII. 159.
- Schulhäuser VII.** 83. Wohnung der Lehrermittwen darin VIII. 181. 182.
- Schulinventarien** bei den Kirchenrechnungen IV. 152.
- Schulkinder,** Ausweisen aus der Schule III. 282. nicht zu häuslichen Diensten zu gebrauchen IV. 163.
- Schullehrer VII.** 83. Remotion derselben I. 255. Uebertragung des Unterrichts in der Obstbaumzucht II. 242. III. 338. Befreiung von Naturalieferungen III. 252. Beiträge zu den Gemeindefassen I. 90. 404. Brennholzdeputat derselben III. 56. 263. deren Lebenswandel III. 262. 263. Urlaub derselben III. 278. Concurrenz zu den Gemeindefassen III. 299. Gnadenbewilligung für dieselben VI. 128. Zuchigungsrecht derselben VI. 27. deren Wittwen, Sterbemonat VII. 165. an den Gemeindefassen, Einkommen VIII. 136. 142. Landes- Conferenzen der Schulinспекtoren mit denselben VIII. 159. 160. Anmehlung der Brandschäden an den Schulgebäuden VIII. 166. 167.
- Schulpflichtigkeit der Kinder** in den Landgemeinden IV. 147. 148. V. 99. 102.
- Schulpräparanden,** Militairpflicht derselben I. 316.
- Schulstellen,** Einkünfte derselben aus einzelnen Rüstern I. 254. Verbesserung derselben I. 255. Präsentation dazu, Gebühren dafür III. 278. Patrone derselben VI. 124. Verbesserung derselben IV. 169.
- Schulstuben,** Heizung derselben I. 255. 393. 394. IV. 113. V. 95. Beiträge dazu III. 267. getrennter Classen III. 267. Reinigung IV. 163. Nichtbenutzung zur Aufbewahrung gesunder Leichen IV. 163.
- Schulverschäumnisse.** Strafgesetze IV. 147. VI. 124. VIII. 181. Untersuchungskosten desselb VIII. 268.
- Schulvisitatoren I.** 207. 212.
- Schulvorstände,** Nichtberechtigung zur Prüfung der anzustellenden Lehrer VIII. 142.
- Schulzeugnisse,** keine Stempel dazu II. 261.
- Schunter,** Reglement IV. 209.
- Schutzbrieife für die Juden III.** 241.
- Schutz- und Dienstgeld,** Erlassung desselben II. 60. III. 36. Verzeichnisse desselb II. 60. Nichtbefreiung der Waldbarbeiter davon III. 358.
- Schutzreden I.** 331. 394. folg. II. 209. Register desselb I. 382. VIII. 169.
- Schwangerschaft,** Dauer ders. V. 101. der Wittwen V. 101.
- Schwarzburg-Mudolstadt VII.** 111.
- Schwarzburg-Sondershausen VII.** 111.
- Schwarzische Stiftung** in Braunschweig VIII. 232.
- Schwarzwild,** Todtschießen desselben II. 82. Controle des Transports VIII. 47.
- Schwarzwildpret,** Weidschießen und Ausrotten desselben III. 69. 95. 153. 162. Tage dafür III. 121.
- Schweinehändler,** Concessiön zum Hausiren, nicht für Gehülfen III. 358.
- Schweinekörben,** Bohlen und Risse dazu III. 126. 131. Ablösung der Holzberechtigung III. 156.
- Schweinefleischergewerbe IV.** 50. 101. Gebühren IV. 102.
- Schweiz,** Wandern der Gesellen dahin VI. 140.
- Schweizerbäcker,** Gewerbeschein zum Destilliren I. 450.
- Schwurgerichte,** Zuständigkeit VIII. 89. Vollstreckbarkeitserklärung der Erkenntnisse VIII. 136.
- Schwurzeugen VI.** 96.
- Scott, Landes-Deconomie-Conducteur,** Privilegium VIII. 231.
- Secrétaires des Oberappellationsgerichts IV.** 115. 118. der vereinigten Hagelschaden-Versicherungsgesellschaft VIII. 81. Gerichts- bei den Stadt- und Amtgerichten, Dienstkleidung VIII. 97.
- Sectionen I.** 31. Gebühren der Physici I. 24. Kosten desselb III. 299.
- Seelenlisten I.** 207. 236. folg. II. 187. V. 88.
- Seelgerichte Stiftung V.** 110. VIII. 236.
- Seesen,** Ausübung der Scheuren zu Wohnhäusern III. 88. Baurevision III. 107. Böttcherholz daz selbst III. 165. Cramer'sche Legatenstiftung VI. 126.

- Jacobson'sche Waisenhausanstalt VII. 124. Bahn-  
Bahn- und Postamt VIII. 229.
- Seidene Schnüre zu Contracten IV. 87.
- Seifenfieder, keine Fabrikanten II. 217. Geschick-  
lichkeitsprobe derselben III. 194.
- Seisferth, Privilegium VIII. 236.
- Seiltänzer, Zulassung II. 255. Ertheilung von Ge-  
werbescheinen III. 350. f. auch Puppenspieler.
- Seitenwege II. 318.
- Selbstentleibte, Eintragung in das Kirchenbuch  
I. 218.
- Selbstentleibung I. 31.
- Selbstmord I. 30. 31. VI. 133. Leiche an die Ana-  
tomie zu schicken II. 55. 58. Stolzgebühren bei der  
Beerdigung IV. 152. Verfügung der Beerdigung,  
Competenz VIII. 131. 132. 133.
- Seminar, Prediger IV. 145. 169. V. 99.
- Seminaristen, Militairpflichtigkeit I. 316.
- Separate Deconomie, Begründung des Wohnorts-  
rechts II. 236.
- Separationen VII. 43. Streitigkeiten IV. 83. Ver-  
fahren IV. 4. 74. Eintragungen in das Hypothe-  
kenbuch VI. 76. 91.
- Separatvotum der Richter VI. 101.
- Serenissimus II. 145.
- Servize in Braunschweig und Wolfenbüttel I. 253.
- der Husaren I. 266.
- Servituten VII. 91. Ablösung I. 107. Kosten dess-  
halb I. 111, im Hypothekensuche VI. 63.
- Seuche, Rindvieh I. 373.
- Seydlitz, Privilegium VIII. 237.
- Sicherheit der Person III. 284. öffentliche, Bestrafung  
der Störung I. 44.
- Sicherheitspolizei I. 179.
- Sicilien, Königreich beider, Handels- und Schiff-  
fahrts-Vertrag VIII. 307.
- Siebmacher IV. 103.
- Siegel, Anlegung derselben I. 153. Gerichts-Aufbe-  
wahrung derselben I. 123. der Landschaft I. 249.  
der Ortsvorsteher I. 90. der Polizeibeamten I. 346.  
unter die Hypothekenscheine III. 205. der Notarien  
III. 209. Dienst III. 210. Kirchen-, in den Kir-  
chenrechnungen aufzuführen IV. 152. des Ober-  
appellationsgerichts IV. 118.
- Siegelgebühren I. 113. 114. 123. IV. 84. 86. 213.  
fürstl. Cammer III. 97. 239. für Meier- und Gr-  
benzinsbriefe III. 316. 317. bei Steterburg III.  
317. in Verwaltungssachen IV. 85. in Defraud-  
tionsachen IV. 86. für Confirmationsclausel IV. 87.
- Siegellack I. 113. 123. 350. zu gerichtlichen Aus-  
fertigungen IV. 213.
- Siegelung der Geldbriefe I. 389. der Hypotheken-  
scheine III. 205.
- Siegesfeier I. 395. II. 259.
- Signalement der Inquisiten I. 21. 23. V. 21. der  
Rekruten I. 329. folg. der Sträflinge V. 24.
- Signalementsklisten des Militairs I. 323. Ein-  
richtung derselben I. 320. 329. folg.
- Signaturen, Nachmachung IV. 43.
- Silber- u. Goldarbeiter, Gewerbebefugnisse VIII. 72.
- Silbergroschen, Reductionstabelle VII. 122.
- Silbermünzen VI. 138. in Zahlung anzunehmende  
fremde IV. 207.
- Simonie I. 169.
- Sistirung, hiesiger Unterthanen in's Hannöversche  
in Steuercontraventions- u. Sachen II. 59. der  
Sträflinge in Wolfenbüttel III. 32. der preussischen  
Unterthanen V. 39.
- Sittlichkeit, Aufsicht desshalb I. 339.
- Situationsetat über Lohnungsstellen der Forstschrei-  
ber III. 170.
- Sigen auf eigene Hand IV. 219.
- Sigordnung in der Landschaft III. 289.
- Sitzungen der Landschaft III. 290. öffentliche und  
geheime III. 291.
- Soda VII. 153.
- Söldner oder Kesslerholz VI. 67.
- Söllinger Hypothekensuche VI. 91.
- Sold, Abzug davon I. 283. 287. 306.
- Soldaten VII. 35. Consens zur Verheirathung I. 192.  
der Wittwer I. 200. Grenneballe I. 26. Parcon  
I. 269. Abzüge von der Löhnung I. 269. Gerichts-  
stand I. 280. III. 323. beurlaubte, kranke I. 302.  
Tod derselben anzuzeigen I. 306. 333. Erscheinen  
vor den Civilgerichten I. 312. Reserve und auf  
Wartgeld stehende, Personalsteuer derselben I. 458.  
Bestrafung der Beleidigung Vorgesetzter I. 281.  
Kavenerstrafe erlittene II. 216. Cinquartirungskosten  
II. 227. beurlaubte, Domicil II. 237. Fortarbeit  
derselben III. 164. Medicin und Cur III. 324.  
Bergütung für Cinquartirung III. 317. 320. Ir-  
laubspass III. 324. Eben III. 252. f. auch Militair,  
Verheirathung IV. 190. Contribution dersel-  
ben IV. 257. Wohnortsrecht IV. 285. 287. cafer-  
nirte, Lebensmittel für dieselben V. 63. willführ-  
liche Verpfaltungen durch dieselben VI. 36.
- Solidarische Verbindlichkeit rücksichtlich der Kosten  
in Untersuchungssachen VI. 40. 52. 53.
- Sollhaben, Brennholz, für berechnigte Hausbesitzer  
VIII. 5. für Schulstuden, Bachhäuser und Ge-  
meindehirtenhäuser VIII. 5.
- Söllinger Steinbrecher, Instruction für dieselben  
II. 181. 186.
- Sommerschulen, Schulgeld III. 272.
- Saucetischen, Handel damit IV. 103.
- Spähne, Zueignung derselben III. 117.
- Sparcassen IV. 228. Verzinsung der belegten Gel-  
der VIII. 189.
- Spazierfahrten V. 141.
- Specialseparation VII. 43.
- Speisefest in Braunschweig VIII. 231.
- Speisewirtke, Befugniß V. 66.
- Speisewirtschaft mit Schenkwirtschaft, nicht mit  
Fleischerprofession verbunden III. 197.
- Specieskaler und Gulden in Zahlung bei öffent-  
lichen Cassen IV. 297.
- Spencer, Privilegium VIII. 233.
- Spenden an die Armencaffen III. 275.
- Sperlinge, Verminderung derselben III. 336.
- Sperlingsköpfe, Ablieferung II. 234.
- Sperrgeld IV. 240.
- Spieren um Geld vom Militair, Bestrafung I. 284.

- Spielfarten, Preis und Stempel III. 349.  
 Spielleute, Militair-, Cur und Medicin III. 324.  
 Spinnerei I. 125. Maschinen- IV. 104.  
 Spiritusfabrikation, Anlegung von Mühlen behuf  
 derselben VIII. 73.  
 Splietenverkauf IV. 56.  
 Sportel I. 111. 142. II. 106. III. 183. IV. 78. 84.  
 91. Aufsicht der Oberhauptleute I. 339. in Gam-  
 mersachen I. 123. in Untersuchungssachen I. 119.  
 III. 183. bei Verpachtung der Gemeinbegüter II.  
 104. Ablieferung derselben II. 110. III. 187. Frei-  
 heit wegen der Caution bei herrschaftlichen Ban-  
 ten II. 111. für freiwillige Beiträge in Processen  
 II. 112. in Gemeinheitstheilungs-Angelegenheiten  
 III. 181. Theilung derselben III. 185. für man-  
 datum ad insin. III. 185. für Cautionsinstru-  
 mente IV. 85. beim Oberappellationsgerichte IV.  
 115. 118. Ordnung, Ergänzung IV. 84. 89. in  
 Denunciationsachen IV. 47. in Criminalsachen IV.  
 85. für Verpachtung der Forstgrundstücke IV. 87.  
 Ablieferung V. 55. s. auch Gebühren. Gerichts-  
 VI. 48. Erhebung durch den Rechnungsführer VI.  
 51. bei Ablieferung der Gesungenen VI. 52. Co-  
 pialien, Siegelgebühren Auctionen der Amtsdoigte  
 in Vormundchaftssachen VI. 53. und folg. bei Er-  
 kenntnissen auf Anordnung von Curatel über Groß-  
 jährige VIII. 16. bei Substitutionen VIII. 17.  
 bei Ehestiftungen und Interimswirtschaften VIII.  
 63. 64. bei Verkauf von Grundstücken auf das  
 Meistgebot VIII. 65.  
 Sportelfreiheit in Administrationsachen I. 120.  
 121. der Domainen I. 121. in Gildesachen I. 126.  
 des Leibhauses I. 115. der hannoverschen Cammer  
 III. 183. in Domainensachen III. 184. der Eifen-  
 factore III. 184. Verlass väterlicher Grundstücke  
 III. 184. 185. in Vormundchaftssachen III. 186.  
 bei Ablösungen IV. 4. 5. 6. 7. V. 2. Caution-  
 instrumente IV. 85. in Angelegenheiten des Ober-  
 hofmarschallamts IV. 90. des Oberhofmarschall-  
 amts VI. 51. Erhebung von Gerichtsgeldern in  
 Angelegenheiten sportelfreier Behörden und An-  
 stallen VIII. 15. in Concursachen und Handels-  
 gerichtssachen VIII. 28. freie Behörden, Erhebung  
 von Gerichtsnebengebühren VIII. 88.  
 Sportelfreie Partei VI. 111.  
 Sportelgelder, Ablieferung IV. 85.  
 Sportelordnung IV. 84. 91. des Oberappellations-  
 gerichts IV. 115. 118. in Strafsachen, Ergänzung  
 VIII. 245.  
 Sportel- und Stempelgebühr für Confirmation der  
 Verträge bei preussischen Behörden errichtet VI. 81.  
 Sportelpapier IV. 85.  
 Sportelregister VI. 51. Führung desselben VI. 91.  
 Sportelrechnung I. 114. 122. Caution und Revisi-  
 on I. 122.  
 Sportelstempel I. 144.  
 Sporteltaxe I. 118. VII. 14. 37. 131. 132. 150.  
 bei Contumacialerkenntnissen VIII. 15. in Sachen  
 von 50 Thlr. bis 100 Thlr. beim Stadtgerichte  
 Braunschweig und Amtsgerichte Thedinghausen  
 VIII. 15.  
 Sprachen, Urkunden in fremden IV. 136.  
 Sprützen, Feuer- I. 354. Fortschaffung derselben zur  
 Gölse III. 328. 332. 335. 339.  
 Staatsamt III. 25.  
 Staatsanleihe VI. 129.  
 Staatsanwälte VII. 8. 12. 15. 16. 57. Interdicti-  
 onsklagen durch dieselben VIII. 18. Vornahme von  
 Hausdurchsuchungen ohne gerichtliche Autorisation VII.  
 33. 34. Beschäftigung der Rechtsanwärter VIII.  
 89. 90. Vertretung derselben VIII. 120.  
 Staatsdiener, Beleidigung derselben I. 169. Klagen  
 über dieselben I. 248. Untersuchung gegen diesel-  
 ben, Mittheilung an die vorgesetzte Behörde VI.  
 16. ferner VII. 18. 19. Beamte erster Classe VIII.  
 240.  
 Staatsdienst III. 284. IV. 36. Civil- VIII. 25. VIII.  
 240.  
 Staatsgut, Veräußerung VI. 86.  
 Staatshaushaltsetat IV. 169. 171. VII. 30. 31.  
 Staatshaushaltsrechnung III. 64. 283. 287.  
 Staatslasten III. 284.  
 Staatsministerium I. 138. Diäten der Mitglieder  
 desselben VII. 18. Geschäftslocal für dasselbe IV.  
 169. 171.  
 Staatsoberhaupt III. 284.  
 Staatspapiere VII. 100.  
 Staatsverwaltung III. 284.  
 Stabeisen, Säuren damit I. 371.  
 Stabsofficiere, Wechselrecht III. 211.  
 Stadtbeamte IV. 73. VII. 43.  
 Stadtbehörden, Verhältniß zu der Landesregierung  
 IV. 74.  
 Stadtbezirk IV. 72. VII. 43.  
 Stadtcassenrechnung I. 345. 346. VII. 45.  
 Stadtdeputirte I. 342. 345.  
 Stadtdiener IV. 75.  
 Stadtgemeinden IV. 72. VII. 43.  
 Stadtgerichte VII. 13. 56. 57. den Aemtern gleich  
 IV. 123. in Braunschweig, Competenz V. 80.  
 Hülfbeamte der Landes-Deconomie-Commission  
 I. 110. Gerichtsstand der Beamten und Offician-  
 ten VIII. 89. Beschäftigung der Rechtsanwärter  
 VIII. 89. 90. Rechnungsführung VIII. 90. Ge-  
 schäftsübersichten in der Strafrechtspflege VIII. 95.  
 Stadtgerichtssecretaire VII. 60. 61.  
 Stadtmagistrat VII. 43.  
 Stadtrechnungen IV. 74.  
 Stadtrichter VII. 57.  
 Stadttage IV. 244.  
 Stadtvermögen VII. 45.  
 Stadtverordnete IV. 73. 74. VII. 43. Zahl dersel-  
 ben in Braunschweig V. 49. Versammlung dersel-  
 ben V. 51. Dauer der Function V. 51.  
 Städte, Abgaben derselben I. 346. Aufsicht darüber  
 I. 179. Curie der Landschaft I. 246. Rechnungs-  
 wesen derselben I. 89. 94. Neubau in denselben  
 I. 345. Ordnung III. 285. deren Rechte VII. 43.  
 Städteordnung IV. 72. VII. 43.  
 Städtische Feldmark, Bauergrüter darauf IV. 305.  
 Pertinenzen V. 1.  
 Städtische Polizei VII. 43.

- Ständerversammlung III. 286. 289. Gehülfspersonal III. 286. Zahl desselben III. 286. Auflösung derselben IV. 286. Beamte derselben III. 289. IV. 160. 171. 172.  
 Stärke, Ermäßigung der Thoractse VIII. 301.  
 Statfettentage III. 342.  
 Stammberg VII. 49.  
 Stammgüter IV. 51. Familien-, Errichtung VIII. 43.  
 Standgerichte I. 295. VIII. 200.  
 Stationsgeld I. 386.  
 Statuten VII. 20. 43. IV. 72. 74. der Stadt Helmstedt I. 177. der vereinigten Hagselshagen-Versicherungsgesellschaft VIII. 80. der Stadt Braunschweig über das Halten von Hund VII. 87.  
 Status, jura IV. 135.  
 Strauanlagen VII. 112.  
 Steckbriefe, Mittheilung an die preussische Gendarmerie I. 351. im Kriegsgerichte I. 291. Verfahren desselben VIII. 252.  
 Steding'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 232.  
 Steinbrecher, Sollinger, Reglement für dieselben II. 181.  
 Steinbrüche im Weserdistricte II. 181. 300.  
 Steindruck, Handel damit IV. 101.  
 Steinhauer im Kreise Blankenburg, Befugnisse VIII. 71.  
 Steine, selbstgebrochene, Gewerbesteuer vom Handel damit II. 300.  
 Steintöhlen, Bau darauf I. 256.  
 Steinschleifwerk bei Rütgenade IV. 282.  
 Stellegeld, Erhebung von den Hauseigenthümern III. 337.  
 Stellvertreter, Militair-I. 277. Bemerkung in deren Signalement I. 328. der Landstände III. 285. der Cantonisten IV. 193. 311. V. 115. und Rummernntauscher, Anzeige desselben II. 219. im Militair VIII. 196.  
 Stempel I. 396. folg. II. 259. III. 348. IV. 229. VI. 144. VIII. 240. Einziehung des alten I. 144. zu Bescheinigungen über nicht geschohene Einsagen gegen Proclamationen stempelfrei I. 237. Cassiren desselben I. 113. zu Meistern und Lehrbriefen I. 401. 403. zu Hypothekenscheinen I. 402. zu Privatratsurtheilen, Vollmachten, Contracten stempelfreier Personen, Miethecontracten, andern Contracten und Obligationen I. 402. in Administrations-sachen I. 121. 399. wegen Cautionsleistungen I. 399. 400. in Untersuchungssachen I. 119. Erbschaftscontrole desselben II. 259. für Hebertragung durch Meistgebot an Miterben II. 259. Veränderung desselben II. 260. Einlieferung der Stempelgebühren II. 260. Zeitpunkt der Entrichtung desselben II. 261. zu Gesuchsanlagen II. 261. Stempelfreiheit der Armen II. 261. zu Geburts- und Trauscheinen II. 261. zu Verträgen zwischen Eltern und Kindern II. 261. zu Abschriften der Obligation III. 349. zu Adjudicationsscheinen III. 350. zu Bürgerseheinen III. 202. Freiheit davon IV. 4. 6. 7. 85. der Advocaten IV. 230. Productions-IV. 230. Erbschafts-IV. 220. 230. 232. zu Schreiben an die Reihhausanstalt IV. 231. zu Prüfungszeugnissen IV. 231. zu Hebergabecontracten unter Landleuten IV. 231. zu Auszügen aus Kirchenregistern, Geburts- und Trauscheinen IV. 232. zu handöverschen Pässen V. 129. für politische Zeitschriften VI. 144. der Logirbücher VI. 144. zu Verträgen über anticipirte Erbfolge VIII. 51. von eventuellen, dem Betrage nach ungewissen Schuld- und Hypothek-Verschreibungen VIII. 55. bei Hebertragung von Erbschaftsgrundstücken VIII. 58. 59. 60. bei Pacht- und Mietheverträgen über Grundgrundstücke VIII. 182. 183. von Erbschaftsgrundstücken VIII. 241. zu Privatanklagen VIII. 267.  
 Stempelfreiheit I. 399. in Ablösungssachen V. 2. in Domainensachen III. 184. wegen Cautionsleistung der Eisenfactore III. 184. bei Verlass väterlicher Grundstücke in Braunschweig III. 184. 185.  
 Stempelgebühren, Ablieferung V. 57. Anschreiben derselben IV. 91. bei fürstl. Cammer III. 96. 240. für Bürgerseheine III. 202. Concession für Gemeindebücher III. 179. bei Kastenverpachtungen III. 86. 96. Cammerpacht III. 240. zu Berichten in Officialssachen III. 349.  
 Stempelpapier VII. 14. 37. 49. 125. 150. zu den Gerichtsporteln I. 398. 444. Fertigstellung desselben I. 399. Credit desselben I. 444. bei den Gerichten zu verwendendes VIII. 242.  
 Stempelsteuereinsätze, Abänderungen I. 253.  
 Sterbecassensinstitut, milde Stiftung II. 169.  
 Sterbecassen der Maler IV. 98.  
 Sterbefälle IV. 140. Anzeige desselben I. 208. 217. Verunglückter I. 30. 231. in den Auszügen aus den Kirchenbüchern IV. 143. Anzeige derselben bei den Predigern durch die Gemeindevorsteher VIII. 184.  
 Sterbelisten I. 207. 231. 234. IV. 140. V. 88. VI. 118. VIII. 172. 173.  
 Sterbedemone IV. 164. der Militairpensionnaire II. 215. und Quartal III. 362.  
 Sterbeguartal der geistlichen Dienerschaft III. 259.  
 Sterbescheine I. 223.  
 Steterburg, Probst desselben I. 254. Präsentationsrecht desselben I. 254. 284. Meiers- und Erbkensinsbriege bei demselben III. 317. Gebühren für dasselbe bei der Verpachtung dessen Gaushalts-III. 249. Patronatrecht III. 271. Verlegung von Theil-länderei zum Gemeindebezirk Geitelde VIII. 66.  
 Steintin, Zulässigkeit dortiger Rational-Versicherungsgesellschaft zu Versicherungen im Herzogthume VIII. 10.  
 Steuerämter IV. 243.  
 Steueraufsieber, Instruction für dieselben II. 284.  
 Steueraus schreiben III. 287.  
 Steuerbeamte, Bestrafung V. 38. Mittheilung der Straferkenntnisse V. 38.  
 Steuerbefreiung, Aufhebung derselben I. 252. 253. Rücksichten dabei I. 253.  
 Steuerbeiträge, Angabe in den Berichten I. 446. 448.  
 Steuercafaster, Berichtigung ders. IV. 245. 253. Gebühren desselben IV. 254. Revision derselben I. 454.

Steuerkasse I. 247. 252.  
 Steuercollegium, Landes- I. 245. 247. 253.  
 Steuercontravention, Untersuchung derselben I. 22. 152. 153. Einsetzung der Urtheile I. 30. Competenz II. 44. Requisition preussischer Gerichte II. 46. 50. 265. Einsetzung der Strafgelder IV. 101. Acten VI. 146.  
 Steuerdefraudation I. 403. 404. 408. 409. 414. Requisition der hannoverschen Gerichte II. 59.  
 Steuerdirection, Steuercollegium IV. 232. 233. Verbindung mit dem Finanzcollegium IV. 52. III. 283. 287. 350.  
 Steuerfreiheit IV. 249. Aufhören derselben I. 410. Declaration der Grundbesitzer desshalb I. 412. in Erbzinnsbriefen III. 351.  
 Steuergesetze, Veränderung IV. 249.  
 Steuern I. 403. II. 262. III. 350. IV. 233. VI. 145. VII. 116. 117. 125. 128. 129. VIII. 244. Beitreibung derselben I. 415. Einfammeln derselben I. 342. von Eifen I. 408. Exemption davon I. 448. Liquidation derselben I. 165. Aufsicht der Oberhauptleute I. 339. Ansetzung nach Analogie I. 448. folg. monatlich zu erheben II. 268. Erhebung III. 383. Aufbören weiphalischer II. 262. Reilverzeichnisse II. 263. von Besitzungen im Preussischen III. 351. Entrichtung von preussischen Unterthanen II. 265. Eingangsz- und Durchgangszabgaben IV. 234.  
 Steuerlisten zu Gemeindeabgaben VII. 47.  
 Steuerofficianten, Vorladung derselben I. 169.  
 Steuerquittungen II. 284. 299.  
 Steuerverein, Abänderung des Tarifs VIII. 284.  
 Steuervertrag mit Hannover IV. 233.  
 Steuerverwilligung III. 287.  
 Steuerwesen, Aufsicht I. 179.  
 Stiege, Aufnahme des Chausseegelderheberhauses an der Hasselsfelder-Platzfelder Straße in den Gemeindeverband VIII. 67.  
 Stifter, Beibehaltung der bisherigen Einrichtung III. 247. St. Blasii und St. Eriaci I. 254.  
 Stiftungen VII. 45. 48. Verwaltung derselben I. 254. milde III. 287. VIII. 5. Aufbewahrung der Werthpapiere VIII. 110. 111.  
 Stille Beerdigung III. 256.  
 Stillischweigende Hypotheken I. 139. 140.  
 Stimmberechtigte III. 288. 292. Stimmrecht, Verlust desselben bei den Wahlen VI. 25.  
 Stimmenabgabe in der Landschaft I. 250. 251. III. 290.  
 Stimmengleichheit beim Oberappellationsgerichte IV. 118. im Kreisgerichte V. 86. in den Districtsgerichten I. 156. in der Landschaft I. 250. in Gemeinheitsbeilungssachen I. 111.  
 Stimmenzählung beim Kreisgerichte I. 294.  
 Stipendium, Collation derselben I. 246. Verwaltung von der Landschaft I. 254. landschaftliche II. 203. IV. 170. Reyer'sche IV. 186. landschaftliche, Anmeldung zur Rittermatrikel behuf Erlangung derselben VIII. 186.  
 Störung der öffentlichen Ruhe III. 28. Bestrafung desshalb III. 35. Acteneinsendung an Herzogliches Staatsministerium III. 36. der geistlichen Ordnung VI. 40.

Stolgebühren, der Reformirten, Katholiken und Juden I. 199. für Militairpersonen III. 254. der Reformirten III. 270. bei Beerdigung der Selbstmörder IV. 152. Ablösung derselben VI. 127. in Vacanzfällen VIII. 180.  
 Stoppen, Umbrechen derselben IV. 165.  
 Sträflinge in der Strafanstalt zu Wolfenbüttel, Eistritzung derselben III. 32. Eröffnung der Erkenntnisse III. 33. Reinigung und Bekleidung V. 24. vergleichs Corrigenden. Kranke VI. 34. Militairpflicht derselben IV. 191. Vermerkung der in die Strafanstalten mitgebrachten Kleidungsstücke VIII. 32.  
 Strafandrohung der Polizeibeamten I. 347.  
 Strafanstalten VII. 121. Uebertragung an eine Justizbehörde III. 33. zu Wolfenbüttel V. 24. zu Braunschweig V. 25. im Regidien-Kloster, Vollziehung der Strafen darin und Ablieferung der Strafgefangenen VI. 20. Mitaufnahme von Säuglingen VIII. 30. Benachrichtigung über Niedererschlagung der Untersuchungskosten VIII. 32.  
 Strafantheil der Actise-Officianten II. 3. der Denuncianten in Gewerbesteuercontraventionen III. 352.  
 Strafarbeit, Forst- IV. 60. Verwandlung IV. 67.  
 Strafdirectorium, Forst- und Jagdfrevel I. 47.  
 Strafen, vorläufige Antretung I. 31. Sühneverfuch in Steuercontraventionsachen I. 404. Androhen derselben von den Polizeibeamten I. 347. Antheil der Denuncianten bei Gewerbesteuercontraventionen I. 450. Einsetzung derselben I. 453. Bekanntmachung durch die Anzeigen I. 28. wegen Beleidigung des Militairs I. 311. gegen das Polizeimilitair I. 300. wegen Stempeldefraudation I. 398. Competenzbestimmung wegen Diebstahlsstrafen I. 32. gegen das Militair I. 280 folg. 287. 290. 300. Benennung derselben I. 289. bei nicht militairischen Vergehen I. 284. 297. 302. Antheil der Fusaren I. 329. gegen Cammerofficianten I. 22. gegen Forstreveller, Vollziehung I. 57. gegen die Fusaren, Landdragoner und Jäger I. 269. 288. Verwandlung I. 20. wegen Actisebetrug II. 1. 2. 3. 8. Beitreibung II. 34. Bekanntmachung II. 53. 55. Zoll- II. 319. wegen der Forstfrevel in Gemeinbewaldungen II. 89. Karren-, Antretung derselben, salva appellatione II. 58. gegen die Beamten III. 25. 26. V. 17. Competenzbestimmung nach der Dauer III. 26. Criminal- IV. 37. Vollziehung von auswärtigen Gerichten IV. 43. Jagd- IV. 57. Forst- IV. 60. wegen Gewerbesteuercontravention IV. 243. Beitreibung der Geldstrafen in Bezuhung auf directe Steuern IV. 250. Geld- V. 3. 17. VI. 16. 18. Größe V. 36. Verwandlung in Gefängniß VI. 20. Zusammenrechnung V. 40. Schul- VI. 120. in Steuercontraventionsachen, Ablieferung derselben VI. 157. Strafgelder VII. 6. für Bettelrei, Bagabundiren VII. 7. verträgnsmäßige VI. 17. wegen Eisenbahncontraventionen VI. 42. von den Schwurgerichten erkannte, Entrichtung in die Monatsverzeichnisse VIII. 136.  
 Straferkenntnisse VII. 18. 21. in Steuerdefraudationsachen, Einsetzung derselben I. 431. 454. 460.

- Vollstreckung VI. 19. Vertheidigung dagegen VI. 21.
- Strafgesetzbuch VII. 6. in die herrschaftlichen Cassen zu liefern I. 3. in den Städten in die Cämmerercassen I. 4. vom Lande in die Kreisarmencasse I. 6. 8. Ablieferung derselben I. 20. 30. Berechnung in Zolldefraudationsen II. 320. Dienst II. 180. Antheil der Denuncianten III. 319. in Injurien-sachen, Ablieferung III. 8. 36. Polizei I. 3. 4. 6. 8. Verzeichniß derselben III. 5. Mittheilung der Erkenntnisse an das Finanzcollegium III. 32. Ablieferung V. 17. 44. Berechnung V. 17. an die Armenanstalt IV. 10. in Steuercontraventions-sachen IV. 43. Beitreibung IV. 44. Ablieferung IV. 44. der Forststrafgelder IV. 53. hannoversche IV. 57. der Chausseecontraventionen IV. 277.
- Strafmaaß V. 37.
- Strafpphal I. 20. 23.
- Strafproceß VII. 131. VIII. 245. und Ordnung, Abänderungen VIII. 246. 247.
- Strafrechtspflege bei den Stadt- und Amtsgerichten, Geschäftsübersichten VIII. 95.
- Strafpolizei VI. 25.
- Strafplage der Forstrevier III. 65. 99. 113. 163.
- Straftatist wegen Wegepolizeivergehen I. 470.
- Strafurtheile, Bekanntmachung II. 53. 55. Vollziehung VI. 34. 35.
- Strafverwandlung V. 40.
- Strafvollziehung VI. 106. auf Requisition preussischer Gerichte VI. 31. in Kreisgefängnissen VI. 35.
- Strafzeit bei Verwandlung erkannter Geldbuße in Gefängniß- und Arbeitsstrafen I. 20.
- Straßenbau, Abtretung des Materials dazu I. 467. Auffinden des Materials I. 468.
- Straßenpflaster in Braunschweig II. 246. V. 124. Reinigung IV. 50. in Wolfenbüttel IV. 172.
- Straßenpolizeiordnung in Wolfenbüttel V. 139.
- Streitigkeiten über Separationen IV. 83.
- Strohdächer III. 15.
- Strube, Privilegium VIII. 236.
- Strumpfsticker, Handel mit Wolle III. 191.
- Stuckaturarbeit IV. 99.
- Stücken nicht zu hoch zu lassen III. 90.
- Stückrechnungen IV. 226.
- Studenten, Zurückberufung derselben III. 327. Tragen der Abzeichen III. 327.
- Studienfonds III. 283. 287. Verwaltung desselben III. 64.
- Studiren, zwei bis drei Jahre III. 264.
- Studirende, Befreiung vom Militair I. 157. 275. 317. 391. Prüfung derselben I. 255. Cantonisten, Ateste derselben II. 225. 226. 227. 228.
- Stundungsbrief des Leihhauses I. 259.
- Sturmläuten V. 131.
- Stuten, besetzt I. 341.
- Subhastation der Erbschinsgrundstücke II. 153. Nebetrtragung an die Kreisämter II. 155. 159. freiwillige II. 164. Competenz II. 165. 166. 170. Benachrichtigung der Districtsgerichte an die Kreisämter II. 253. Verfahren dabei III. 207. zweite, Termin von 6 Wochen III. 222. Ausweisung nach derselben III. 232. Edictalladung der Real- und Personalgläubiger III. 233. notwendige V. 70. 71. 85. VI. 97. 101. 103. 105. Erläsch der Hypothek in Folge derselben VI. 83. 84. Bedingungen bei derselben VI. 105. freiwillige der Beneficialerben IV. 133. Güter Minderjähriger IV. 135. bei Erbtheilung Minderjähriger IV. 122. notwendige IV. 133.
- Subhastationsfrist IV. 134. 135.
- Subhastationspatente, Bekanntmachung IV. 134.
- Subhastationen, Anzeige an die Cammer IV. 49. Verfahren bei notwendigen IV. 119. 134. 135. Zuschlag und Confirmation IV. 139. Exportfah VIII. 17.
- Subreparitions-Polizubren II. 186.
- Subscriberen: Sammeln zu Büchern III. 339.
- Substitutio ad videndum jurare IV. 136.
- Succession in das Vermögen eines Verstorbenen IV. 130.
- Succumbenzgelder I. 19. 114. 147. Befreiung des Herzogl. Leihhauses III. 212.
- Sudmeier'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 232.
- Sühneverkuch I. 153. in Steuerdefraudationsen I. 404. Gebühren dafür I. 114. in Injurien-sachen VII. 140.
- Summarischer Verhalt in Untersuchungssachen I. 146. III. 207. VI. 27.
- Superintendent, Führung der Kirchenbücher I. 221. in Braunschweig und Querum I. 183. Rang derselben I. 192. Gebühren aus den Kirchencassen für Vorstellung derselben VIII. 172.
- Supplicate, Stempel zu deren Anlagen II. 261. für die Waldarbeiter III. 149. in Festsachen, Rubrum derselben III. 158. der Prediger, Kirchen- und Schuliener, Einreichen derselben IV. 158.
- Supplication I. 142. 143. 144. 152. Zulässigkeit von den Stadtgerichten und Kreisämtern II. 164. Referentenwechsel II. 169. gegen abändernde Erkenntnisse der Stadtgerichte und Kreisämter III. 213.
- Supplicationsinstanz, Ordination darin III. 219.
- Supplicken II. 304. Fertigstellung derselben I. 464.
- Symbolische Bücher, Verpflichtung darauf IV. 149.
- Syndicatsklage IV. 119.
- Syndicus der Gemeinde in Processen I. 177. der vereinigten Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft VIII. 81.
- Synop VII. 153. Verzollung des ausländischen VIII. 294. Besteuerung des inländischen VIII. 300. Eingangszölle vom ausländischen VIII. 311.



## Z.

- Taback**, Besteuerung im Zollverein, Vertrag desselben VIII. 291. Zollvergütung für die Ausfuhr in Hannover VIII. 299. Ausfuhr von Tabacksfabrikaten aus ausländischen Blättern VIII. 310. Zollbegünstigung bei der Ausfuhr VIII. 312.  
**Tabacksfabrikation** II. 33. in Braunschweig II. 245.  
**Tabacksrauchen** auf den Straßen I. 344.  
**Tabelle**, Geschäfts-Übersicht: III. 222. 234. des Kirchenrechnungsweises III. 279. behuf der Vermögensschaften VIII. 153.  
**Tabulettträger** IV. 103.  
**Tafelbrot** VII. 124.  
**Tagelöhne** für Aufzeichnung der Holzschläge III. 169.  
**Tagelöhner**, herrschaftliche, Execution gegen dieselben IV. 120. IV. 108. als Gemeindebäder III. 180. 196. Schulgeld derselben III. 276. 281. für Schreib- und Rechenunterricht ihrer Kinder III. 270. Wohnortrecht derselben III. 368. 369. Häußer, Ordnung darin III. 62.  
**Tagelohn** in der Landschaft III. 290. VII. 100.  
**Tagewachen** I. 351. 353. folg.  
**Tag**, Herabsetzung des Eingangszolls VIII. 300.  
**Tannensamen** I. 68.  
**Tanzbelustigungen**, Mitwirkung der Prediger bei Ertheilung der Erlaubniß dazu VIII. 163.  
**Tapeten**, Papier, Zoll davon II. 337.  
**Tapeziergewerbe**, Betreibung desselben III. 192.  
**Tarif**, Accise II. 4. der Gebühren beim Herzoglichen Consistorio IV. 307. Gebühren der Medicinalpersonen VIII. 191. 192. der Eingangszabgaben im Steuervereine VIII. 284. neuer im Harz-Keine-Districte VIII. 284.  
**Taschenbücher**, Handel damit IV. 101.  
**Tauben**, Wegschießen derselben II. 61.  
**Taubenhalten** V. 43.  
**Taufsumme**, Eintragung in das Kirchenbuch I. 214. Institut in Braunschweig VIII. 234.  
**Taufen**, Aufstich desselben I. 183. Zeitraum derselben I. 186. Gebühren dafür I. 186. 227. in den Kirchen I. 202. Noth-, Eintragung desselben in das Kirchenbuch VIII. 141. Verweigerung derselben VIII. 143. 144. 177. 178.  
**Taufgebühren** in Braunschweig III. 254.  
**Taufnamen**, richtige Angabe in den Kirchenbüchern IV. 141.  
**Taufscheine** III. 363. Beibringung von Wittwen bei Wiederverheirathungen I. 235. behuf der Confirmation der Kinder in Braunschweig III. 253. der Militärpersonen III. 363. Ausstellung derselben III. 364. Zweck derselben III. 364. Zweck derselben III. 364.  
**Tauftermin**, Verlängerung I. 184.  
**Taxation** der Brandschäden IV. 29. 30. Competenz desselben IV. 30. durch beidseitige Israeliten IV. 213. der Gebäude, Anfertigung der Baupläne und Taxation der Brandschäden II. 43. der Wilschäden II. 94. abermalige der versicherten Gebäude III. 22.  
**Taxationsgebühren** wegen Einsetzung in die Brandversicherung I. 13. bei Uebergaben I. 116. 181. der Amtsinnehmer I. 363. Kosten der Revision der brandversicherten Gebäude II. 43.  
**Taxatoren**, Anstellung derselben II. 243. zur Ausmittlung des Werths der Grundstücke behuf Wiederaufbau abgebrannter Gebäude III. 15. Israeliten III. 337. der Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft VIII. 81. Instruction und Eid derselben VIII. 82.  
**Taxe** VII. 14. Post- III. 342. 344. Bildprez- III. 97. 120. 125. 126. Holz-, Verkauf danach III. 131. Cammerfiscus III. 239. Gifaseten- und Extrapost- Herabsetzung derselben III. 342.  
**Teichhütte**, Gerichtsbarkeit darüber III. 352.  
**Teichmühle** bei Schöningen IV. 282.  
**Telegraph**, deren Einsparung, Gemeindeverband VI. 126.  
**Telegraphenamt** VIII. 227.  
**Telegraphenanstalt** VII. 19. 120.  
**Telegraphisten**, Eintragung deren Kinder 2c. in die Kirchenbücher IV. 144. 291. deren Domicil IV. 88.  
**Termin**, unter Präjudiz des Eingekündnisses I. 150. Verhörs- I. 142. zur Fortswrogenuntersuchung, Bekanntmachung an die Privatförster III. 113.  
**Terminsgebühren** für den procurator in loco und den Sachführer IV. 134.  
**Testamente**, Auf- und Annahme derselben I. 156. Diäten dafür I. 116. Vermächtniß an die Armen I. 3. 4. 8. Aufbewahrung derselben in Braunschweig II. 161. Urkunden 2c. II. 161. worin Veräußerung der Güter Minderjähriger verordnet ist I. 161. Vermächtnisse an die Armen darin VI. 9.  
**Thätlichkeiten** gegen Forstrevier III. 86.  
**Thaler** und Gutzgroßen, Berechnung danach I. 419.  
**Thatbestand** VII. 133.  
**Thedinghausen** I. 155. VII. 57. 110. Grenze derselben I. 259. Amt, Competenz derselben III. 207. Weinauf für Meierbriefe III. 317. Gerichtsstand des Beamtenpersonals daselbst IV. 118. Hypothekenbuch VI. 91. Ertheilung von Reisepässen VIII. 217. Zollgrenzbezirk VIII. 296.  
**Theilkuhl**, Privilegium VIII. 237.  
**Theilnahme** an Verbrechen VI. 32.  
**Theilung** der Gemeinheiten I. 107. 255. IV. 78. auswärtige Gemeinde- I. 110. Exportfreiheit III. 181. Grundstücke IV. 80. der Pertinenzgrundstücke und Häuser IV. 129. Provocation darauf IV. 122. der Grundstücke Minderjähriger IV. 122. der Gemeinheiten VI. 47. Betheiligung der geistlichen Institute VI. 47.  
**Theilungsacten**, Einsendung an die Economie-Commission III. 181.  
**Theilbarkeit** der Grundstücke V. 1.  
**Thierärzte**, Gewerbe des Schweinefleischs IV. 101. Prüfung derselben IV. 102. beim Militär VII. 105. I. 340. Examiniren derselben I. 357. Castriren der Pferde I. 340. 381. 452. Curen derselben

II. 212. folg. Zuziehung derselben auf Viehmärkten IV. 214. Pfuscher V. 37. Gebühren für Dienstleistungen in Landesverwaltungsachen VIII. 193.  
 Thorabgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel IV. 240. 243. von Schützen IV. 243.  
 Thoraccise VII. 153.  
 Thoreinnehmer, Vorladung ders. I. 169. in Braunschweig und Wolfenbüttel II. 12.  
 Thuringia, Feuerversicherungsgesellschaft in Erfurt, Zulassung zum Geschäftsbetriebe in Braunschweig VIII. 11.  
 Thurmuhren, Reparatur IV. 151.  
 Tiefbacher Sägemühle IV. 231.  
 Tilgung der Cammer- und Landesschulden IV. 166.  
 Timpe, Privilegium VIII. 237.  
 Tischler, Gewerbebefugnisse IV. 103. V. 59. Probestücke derselben I. 135. Anmalen der Meubeln und Särge II. 116. Beschläge der Särge II. 120. deren Befugniß III. 189. 192.  
 Tischlergilde, Streitigkeiten mit der Zimmergilde III. 189. 192.  
 Titel, Annahme derselben III. 25. Verleihung III. 284. Verleihung an Rechtsandidaten VIII. 88. des Assessor-Titels VIII. 88.  
 Titulatur des Oberappellationsgerichts IV. 114.  
 Tobackssrauchen V. 121. Verbot in den Gerichtskosten VIII. 90.  
 Tod Verunglückter I. 24. 231.  
 Todesarten, Eintragung in das Kirchenbuch I. 217. 231. gewaltsame III. 297.  
 Todeserklärung I. 465. IV. 130. Verschollener II. 174. V. 72. VIII. 116. 117.  
 Todesfälle in den Criminaltabellen aufzunehmen V. 18. der Militärpersonen, Anmeldung derselben I. 306. 333. plötzliche I. 30. der Besoldeten und Pensionirten und deren Entfernung anzuzeigen III. 64.  
 Todesstrafe gegen Officiere I. 287. Vollziehung derselben VIII. 34. 86.  
 Todte, Beerdigung II. 194. Körper an die Anatomie zu schicken II. 55. 58.  
 Todtencaffen der Gilden I. 128. Stempelfreiheit derselben I. 137.  
 Todtengräber IV. 220. V. 94. 99. Anstellung derselben IV. 163.  
 Todtenkronen IV. 159.  
 Todtenschau III. 297. 298.  
 Todtenschne I. 223. III. 297.

Töpferwaaren, Hausirhandel damit I. 372.  
 Toller Gundebiff, Gestorbene daran, Eintragung in das Kirchenbuch I. 218.  
 Topfbinder IV. 101.  
 Torf, Belegen der Flachsroten damit II. 241. 243. zum Branntweinbrennen und Brauen III. 334.  
 Torfstich IV. 257.  
 Tractament des Militairs, Abzug davon I. 233. 257. 306.  
 Tradition. s. Verlassungen, der Grundstücke in Braunschweig III. 185.  
 Traimannschaften VII. 105.  
 Transport der Gefangenen V. 36. Fuhr der Inquisiten I. 24. der Verbrecher und Landstreicher zc. I. 343. 351. 358. 364. 365. 371. III. 327. preussischer I. 352. 358. 365. 367. 371. III. 341.  
 Transportirung der Arrestanten, Gebühren dafür IV. 190. der Ausgewiesenen IV. 208.  
 Transportkosten der Prediger I. 203. IV. 161. III. 268. für Verbrecher I. 344. 353. 358. 367. IV. 92.  
 Transportmittel für einzuquartierende Militärpersonen III. 317.  
 Trauerjahr I. 183. der Wittwen I. 239. V. 101.  
 Trauschne I. 465. II. 304. IV. 258. VII. 149. f. auch Wedemund. Inhalt IV. 141. 161. 260. in Rücksicht der Militärpflicht IV. 191. Recht der Ertheilung IV. 258. 283. Weibringung vor der Copulation IV. 259. VIII. 172.  
 Trauung, Gebühren dafür IV. 150. VII. 149. auf dem Krankenbette III. 259. f. auch Copulation.  
 Treibjagd I. 63. III. 173. Dienste desshalb II. 63.  
 Trennung der Justiz von der Verwaltung III. 287. 291.  
 Trebsburg IV. 281.  
 Trinkgelder IV. 25.  
 Trüdelhandel I. 418. 419. 423.  
 Trüffel suchen VII. 32.  
 Trumpp, Legat milder Stiftung in Braunschweig VIII. 233.  
 Trunkenheit des Militairs I. 284.  
 Truppen, durchmarschirende, Kosten desshalb I. 252. Ergänzung derselben I. 278.  
 Tucher mann'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 233.  
 Funke, Stiftung VIII. 236.  
 Tute und Curatelsachen, Uebnahme derselben von den Oberappellationsräthen IV. 115.  
 Tuterien, Ausfertigung derselben II. 160.

## II.

Uebergabe, Gebühren I. 116. Cammerpacht, Diäten dabei III. 248.  
 Uebergangsabgaben, deren Erhebung VIII. 295.  
 Uebnahme der Regierung Herzog Wilhelms II. 144.  
 Uebersehung der Urkunden vor Gericht IV. 136.  
 Uebungen der Landwehr VII. 105.  
 Ueplingen, Ueberweisung an die Stelle des Klosters Cammersleben I. 253.  
 Uhren, Kirchturm-, Reparatur IV. 151.

Uhrmacher, Gewerbebefugnisse VIII. 72.  
 Umgang, Verkehr mit Verbrechern VI. 32.  
 Umtriebe, revolutionaire I. 33.  
 Uneheliche Kinder VI. 118. deren Name V. 83. 91.  
 Anerkennung ders. von Ehemännern I. 201. Eintragung in das Kirchenbuch I. 213. 215. 230. 237. 238. folg. Verheiratheter I. 237. Domicil derselben I. 379. Angabe der Eltern in den Kirchenbüchern III. 251. Wohnortrecht IV. 294. 286. Legi-

- mirte Kinder IV. 140. Eintragung in das Kirchenbuch IV. 144.  
 Ungeborfam, Erkenntnisse deren Insinuation I. 156.  
 Ungewisse Contribution III. 353. 356. 357. 359. von den Pferden II. 303.  
 Uniform der Forst- u. Bedienten I. 34. der Oberhauptleute I. 340. Erscheinen der Soldaten darin vor Gericht I. 312.  
 Uniformknappe IV. 49.  
 Unitas personarum inter filium et patrem II. 261.  
 Universität, Bundestagsbeschluss dess. I. 33. Helmsiedt, Verwaltung deren Güter I. 254. Wittwencasse I. 254.  
 Unmündige, Aufhebung der Begünstigung in Rücksicht der Verjährung persönlicher Klagen VIII. 50.  
 Unterbediente, Gerichts- I. 153. Anstellung derselben I. 171. Achtung denselben zu beweisen I. 343. Verpflückungsgebühr II. 111. in den Städten I. 345. Gebühren derselben I. 28. V. 56. s. auch Gerichtssporteln.  
 Unterdecken der Dächer III. 21. 336.  
 Untergerichtsordnung, braunschweigische IV. 120. VI. 111. Aufhebung der Bestimmung über Verpflichtung des Käufers beim Empfang untauglicher Waaren VIII. 86.  
 Unterkalkung der Hausdächer III. 21.  
 Unterofficiere, Kriegsartikel für dieselben I. 285. Erscheinen vor den Civilgerichten I. 312. Wittwen und Waisen derselben VII. 103.  
 Unterricht, öffentlicher III. 287. der Kinder auf dem Lande IV. 148.  
 Unterrichtsanstalten III. 287.  
 Unterrichtswesen, Untersuchung desselben IV. 169.  
 Unterschaffner bei den Eisenbahnen IV. 289.  
 Unterscheidungszeichen der Bankcheine VII. 7.  
 Unterschlagung, Begriff V. 19. Bestrafung desselben VIII. 31.  
 Unterschriften, Beglaubigung derselben II. 164.  
 Unterschreiben des Namens des Referenten unter den Berichten III. 339.  
 Untersuchung, Brennholz- IV. 59. Sammeln IV. 186. der Familien der Landwehrmannschaften VII. 105.  
 Untersuchung der Gebrechen der Cantonisten I. 312. 325. wegen plötzlich Verunglückter I. 31. der bürgerlichen Vergehungen der Soldaten I. 297. 302. der Fusaren und Fußjäger I. 311. wegen der Banterotte II. 50. Sporteln im Preussischen II. 50. Competenz der Kreisämter II. 52. 55. wegen Beleidigung der Fusaren und Fußjäger II. 53. der Polizeiconventionen in Braunschweig III. 34. der Forstwogen, Bewohnen der Förster III. 80. 132. 137. der Privatförster III. 113. von den Districtsgerichten III. 137. in Gewerbesteuerconventionsfachen, Sporteln V. 66. in Braunschweig VI. 21.  
 Untersuchungsacten, Aufbewahrung derselben I. 149. Einsendung derselben I. 25. Negativen wegen des Vermögens der Angeeschuldigten I. 25. 26. Verhaftung der Angeeschuldigten I. 26. Mittheilung an die Cammer II. 45. Mittheilung an die Kreisdirection VI. 16. 18.  
 Untersuchungsgefängene VII. 8.  
 Untersuchungskosten VII. 143. 146. Benachrichtigung der Strafanstalten von der Niederschlagung VIII. 32. in Privatanklagefachen VIII. 266. wegen Schulverräumnisse VII. 268.  
 Untersuchungsrichter VII. 134. 140.  
 Untersuchungsfachen IV. 36. Kosten desselben I. 21. 28. 119. Verzeichniss derselben I. 21. 26. Competenz I. 16. 18. 19. Stempel I. 113. schriftliche Citation in denselben I. 119. Verfahren in denselben I. 146. 150. 152. 153. Vertrag in denselben I. 146. Erkenntniss I. 146. Risten darüber I. 148. Rechtsmittel I. 145. 150. 156. elective Einlegung der Rechtsmittel II. 59. Eidesleistung darin III. 26. Aufwartungsgebühr III. 183. Sporteln IV. 84. 85. Kostenersatzung IV. 121. in Braunschweig, Competenz V. 80. Verhalten der untersuchenden Richter VI. 17. 21. 41. Vervollständigung VI. 28. Verzeichnisse VI. 20. Vertheidigung VI. 35. Vermerkung des Alters der Angeeschuldigten, Zeugen und Sachverständigen VIII. 253.  
 Untersuchungsstermin I. 145.  
 Unterthanen, Eisthörung derselben in Steuerdefraudfachen ins's Hannoverische II. 59. Rechte und Pflichten derselben III. 284.  
 Untheilbarkeit der Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen Landgüter VIII. 42.  
 Unverleglichkeit der Landstände III. 286.  
 Unvermögende, Schulgeld derselben III. 257. 281.  
 Unwissenheit, Entschuldigung bei Uebertretung der Zollgesetze II. 319.  
 Unzeitige Geburt, Verdrigung IV. 162.  
 Unzuchtstrübe, aufgehoben II. 47.  
 Urkunden VII. 13. 15. 44. Deposition derselben I. 153. Aufbewahrung derselben II. 161. in fremder Sprache IV. 136. Edition derselben V. 131.  
 Urlaub der Landchaftsmitglieder I. 251. der Herzogl. Dienerschaft II. 44. 305. der Forstofficianten II. 65. III. 66. der Landstände III. 289. 290. der Staatsdiener III. 25. der Schullehrer III. 278. der Oberappellationsgerichtsräthe IV. 115. 118.  
 Urlaubspässe der Soldaten III. 324.  
 Ursprungsacten, Zoll- II. 336.  
 Ursprungsbescheinigungen über Getreide II. 135. 139. 140. 141.  
 Ursprungscertificate, Accise- II. 33.  
 Urtheile, Besiegelung derselben I. 123. Einsendung in Steuerconventionsfachen an das Landes-Steuercollegium I. 30. gegen Militairpersonen I. 295. 300. 311. Bekanntmachung derselben I. 295. in Steuerdefraudfachen I. 431. 454. 460. in Accise-defraudfachen, Exequirung derselben II. 34. 55. Straf-, Bekanntmachung derselben II. 53. 55. in Zolldefraudfachen II. 337. in Forstverdelachen, Rechtsmittel dagegen III. 87. worin uneheliche Kinder anerkannt, Mittheilung derselben III. 252. Eröffnung für Sträflinge III. 33. des Oberappellationsgerichts IV. 118. wegen Vergehen wider die Militairpflicht IV. 189. Criminal-, Mittheilung

lung an die Polizeibehörden IV. 46. Vollziehung der schweren IV. 47. in Steuercontraventionsfachen, Mittheilung ders. VI. 157. Straf-, Vollziehung derselben VI. 34.

Urquagn, Freundschafts-, Handels- u. Schiffahrts-Vertrag VIII. 309.  
Utenfiliën der Gerichte V. 129.

## B.

Vacante Erbschaften, Bestellung der Curatoren, Verriegelung II. 164.

Vacanzgelder, Pfarr-, Verwilligung IV. 149. 151. Berechnung der Stolzgebühren aus der Vacanzzeit VIII. 180.

Vaccination I. 331. folg.

Vagabunden, Transport derselben I. 343. III. 327. preussische I. 352. 358. 365. 367. 371. Maßregeln gegen dieselben I. 351. aus entferntem Lande I. 379. Kosten wegen der preussischen I. 381. Weitertransport derselben in's Preussische und Hannoverische II. 235. Aufnahme, Verbindlichkeit dazu II. 236. Züchtigung derselben III. 339. Competenz zur Züchtigung III. 332. Wegschicken derselben III. 332. 341. in's Hannoverische gewiesen IV. 214. Handwerksgefelln III. 297. Verfahren wegen derselben VIII. 218.

Väterliche Gewalt VI. 102.

Vater, Verwaltung des Vermögens seiner Kinder II. 154. Befugniß bei Abtretung des Auerhenrechts seines Sohnes IV. 38. Nießbrauch am Vermögen der Kinder VI. 102. Einheit der Person zwischen Vater und Sohn II. 261. Nießbrauch an den Adventitien der Kinder VIII. 62. 63. Annahme an Kindesstatt VIII. 121.

Wachde, Bahn- und Post-Expedition VIII. 227.

Venia aetotis, Begriff und Umfang VIII. 122. zur Beantragung derselben ist Specialvollmacht erforderlich VIII. 124. 125. einer in Preußen bevorzundeten in das Herzogthum eingeheiratheten Ehefrau VIII. 128. 129.

Verabschiedung der Beamten III. 25.

Veränderungen der Grundbesitzer I. 36. 457. 461.

Veräußerung des Gemeinbvermögens I. 342. 345. der Grundstücke Kinderjähriger I. 157. 160. 161. 162. der Domainen III. 283. f. auch Kammergut. des Kirchenvermögens IV. 160. von Totalgrundstücken, Bedingung der Gültigkeit VIII. 52.

Veräußerte Domainen und Klostergüter IV. 171.

Verantwortlichkeit der Beamten III. 25.

Verbotene Geseße, Ueberschreitung ders. I. 169.

Verbot einiger Zeitschriften III. 36.

Verbrechen I. 16. 145. Anzeige an das Polizeimilitair I. 333. an das Geheime Rathscollégium I. 159. 380. an die Gajaren von den Ortsvorstehern II. 46. im Auslande verübt I. 32. Convention mit Hannover I. 24. Criminal- IV. 37. an der Grenze IV. 45. mehrere zugleich zu bestrafen V. 40. und Vergehen in Druckschriften VI. 14. Complexität VI. 41. Competenz der Gerichte VI. 41. politische, Competenz VIII. 87.

Verbrecher, Ablieferung an die Zwangsarbeitsanstalt I. 22. 29. an die preussischen Behörden I. 25. 32.

Wege's Repert. VIII. 13.

Transport derselben I. 343. 364. III. 327. Ablieferung derselben III. 287. VI. 15. Convention mit Kurheßen desshalb I. 17. Ablieferung an hannoversche Gerichte II. 59. Vernehmung in einem andern Gerichtsbezirke III. 27. über die Vertbeidigungsgründe III. 27. Vertbeidigung II. 51. aus den Strafanstalten entlassene IV. 46. deren Vermögensumstände V. 17. Eistirung V. 39. Entlassung VI. 18. Begnadigungsgefuche VI. 19. Rücktuge, Ablieferung, Vertrag desshalb mit Preußen und andern Staaten des deutschen Bundes VIII. 86. Bundesbeschluff desshalb VIII. 56. Ablieferung phannoverscher Untertbanen VIII. 272. folg. Ablieferung, Convention mit Preußen VIII. 278.

Verbrecherische Handlungen der Kinder VII. 20.

Verding herrschaftlicher Bauten III. 17. Contracte bei Herzogl. Cammer, Gebühren dafür III. 240.

242. Bau- III. 17. Handeln darüber III. 17. ausländische Werkmeister dabei III. 18.

Vereinfachung des Geschäftsganges VI. 43.

Vereinigung mehrer Aemter III. 25.

Vereinigungsrecht VI. 139. VIII. 280. Bundesbeschluff desshalb VIII. 280.

Vereinscolltarif VII. 153. Abänderung VIII. 287.

Vererbung der Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen Landgüter VIII. 42. der Familien-Stammgüter VIII. 43.

Verfahren in Civilsachen III. 207. wegen Aufnahme in die Besserungsanstalt VII. 8.

Verfassung, Landes-, Bildung eines Gerichts desshalb IV. 114.

Vergehen I. 16. 49. 141. 145. 329. Polizei- I. 27. 141. 145. 152. 153. Militair- I. 294. Forst- f. Forstvergehen. Wegepolizei-, Straftarif I. 470. wider Forstpolizei I. 49. Vertbeidigung II. 51. im Auslande III. 287. der Beamten V. 16. 17. Complexität VI. 41. gleichartige VI. 41. Competenz der Gerichte VI. 41. gegen ortspolizeiliche Statuten VII. 20. auf Antrag der Verletzten strafbare VIII. 245.

Vergleichsverfuch I. 142. 144.

Vergniais, Louis, Ingenieur, Privilegium VIII. 233.

Verhaftung VII. 19. 20. aus polizeilichen Rückichten III. 28. preussischer Forstfrevler III. 171. 172. eines königlich hannoverschen Gerichten als Zeugen sistiren hiesigen Untertbanen VIII. 33. durch die Herzogl. Kreisdirectionen VIII. 222.

Verhandlungen, ständische III. 290.

Verheirathung f. Aufgebot, Proclamation, Copulation, der Soldaten I. 192. III. 252. 253. mit der Schwester der verstorbenen Frau IV. 310. Trauscheine desshalb IV. 258. der Handwerksgefelln VII. 54. 104. 108.

Verhörs-termin unter dem Präjudiz des Eingeständnisses I. 142. 159.

Verjährung der Verbrechen VII. 24. der Entrichtung des Schulgeldes III. 260. persönlicher Klagen VIII. 50.

Verkauf der Grundstücke an Meistbietende durch Privatpersonen I. 172. der Cammerzinsfrüchte I. 181. der Erbenzinsgrundstücke, Bekanntmachung desselb I. 153. herrschaftlichen Holzes s. auch Holzverkauf, Kosten dabei III. 89. Abfahren desselben III. 98. des Holzes von Oberförstern aus der Hand III. 119. 150. 151. 154. Abgabe ohne Bewilligung III. 119. des unbeweglichen Vermögens der Pflanzbefehlenden III. 212. der Forstproducte IV. 56. durch Meistgebot, Güter Minderjähriger, Dispenation desselb IV. 122. von Grundstücken auf das Meistgebot, Sportelsatz VIII. 65.

Verkaufstage VII. 5.

Verkaufungen, freiwillige II. 170. der Grundstücke Minderjähriger nach vorgewesenem Meistgebot II. 172. 173.

Verkehr mit Verbrechen VI. 32.

Verlassungen der Grundstücke I. 156. IV. 111. in Braunschweig I. 140. II. 110. 166. III. 185. in Helmstedt I. 177. väterlicher Grundstücke in Braunschweig III. 184. 185. gerichtliche in loco rei sitae V. 71. 74. für Abwesende V. 83. Bekanntmachung derselben VI. 95.

Verlegung der Gehölzsjäger III. 137.

Verleihen des verwilligten Bauholzes III. 119.

Verloste, wiederholtes Aufgebot III. 266. 267. in verschiedenen Pörschieren, deren Eintragung in die Kirchenbücher IV. 143.

Verlöbniße IV. 50.

Verlöbnißsachen I. 43. 144. 152. 153.

Verlobung, Klage desselb I. 43.

Verlohn für Forstmaterial III. 118.

Vermächtnisse an die Armen VI. 9. f. Armenanstalten und Begebeuerung.

Vermessungen der landesherlichen Forsten III. 73. 177. Forstgrenzen III. 111. Land-, bei Ablösungen und Separationen IV. 4.

Vermessungsbeschreibungen I. 368. 378. behuf der Hypothekenbücher VI. 65.

Vermögen der Deserteurs, Confiscation desselben I. 305. zur Aufnahme in die Gilde II. 115. der Gilden III. 188. der Gemeinden IV. 72. Beschlagnahme bei ausgetretenen Militairpflichtigen VIII. 264.

Vermögensumstände der Angeschuldigten I. 25. V. 17. der Verbrecher VI. 24.

Vernachlässigung der Dienstpflicht der Forstofficianten III. 65.

Vernehmung der Gemeinden I. 177. der Parteien in Person IV. 127.

Verordnungen, Ablesen derselben von den Kanzeln I. 204. 254. wegen Diebstahls und Veruntreuungen I. 254. Einwilligung der Landstände I. 248. Ueberschreitung verbietender I. 169. Aufhebung II. 306. wegen der Wilddiebe, Bekanntmachung III. 72.

Verordnungssammlung I. 254. 466. IV. 260. Bekanntmachung administrativer Behörden III. 356.

Verpachtung, Gebühren dafür I. 117. der Gemeindesgüter I. 104. VII. 49. Sporteln dafür II. 104. der Grundstücke Pflanzbefehlender I. 177. auf Meistgebot durch Privatpersonen I. 172. Handlung der freiwilligen Gerichtsbarkeit II. 164. 170. von Forstgrund III. 178. der Gegenstände der Cammer, Fisci und Stempelgebühren dafür III. 96. 239. 242. der Forstgrundstücke, Gebühren IV. 59. der Jagdnugungen VII. 33. auf das Meistgebot, Sportelsatz VIII. 65. öffentliche, muß vor Gericht oder durch einen Notar geschehen VIII. 168.

Verpachtungsgebühren V. 56. der Copieen von den Gerichtsunterbedienten II. 111. in Vormundschaftsachen III. 186. und in Curatsachen IV. 86.

Verpfändung ist Veräußerung VI. 59. in der Stadt Braunschweig VI. 60.

Verpflegungskosten des Militairs II. 227. 228.

Verpflichtung der Postanstalt III. 343. der Geistlichen IV. 149.

Versammlungen, öffentliche III. 327. Volks- V. 140. Recht dazu VIII. 280.

Versandung der Acten IV. 116.

Verschollene, Verfahren wegen deren Curatel II. 175. VIII. 116. 117.

Verschwender IV. 114. 139. Interdictionungsverfahren gegen dieselben IV. 124. VI. 101.

Verschwiegenheit der Beamten III. 25.

Versetzung der Beamten III. 25. der Prediger VIII. 137.

Versicherung der Mobilien I. 12. II. 42. Angabe desselb in den Berichten wegen Brandbeschädigung II. 254. Brand-, zu hebe II. 42. Brand- IV. 25. Hagelschaden- IV. 110. auswärtige IV. 26.

Versiegelung I. 153. der Acten I. 113. in Concursachen I. 176. 177. II. 162. wegen der Accise II. 11. 28. 30. Competenz II. 159. 163. der Pfarrregistraturen II. 193. IV. 148. des Nachlasses der Conventualinnen III. 210.

Versteigerung der Cammerzinsfrüchte I. 181. zweite, Termin von 6 Monaten III. 222. herrschaftlichen Holzes, Kosten desselb III. 89. Abfahren des Holzes III. 98.

Versteuerung des Indigos III. 3.

Verstorbene, Eintragung in das Kirchenbuch I. 217.

Versuch der Güte I. 153. in Steuerbetrugsachen I. 404. Gebühren dafür I. 114. einfacher Diebstähle, Unterschlagungen und Betrügereien, Strafbarkeit VIII. 31.

Vertheidiger II. 159. Bestellung derselben, Declaration VIII. 245.

Vertheidigung vor dem Kriegsgerichte I. 292. in Untersuchungssachen I. 146. 150. II. 51. weitere III. 207. der Angeschuldigten V. 38. VI. 17. 22. 28. in Criminalsachen nach geschehener Entsagung derselben VI. 85. Kosten I. 115. II. 54. Gründe derselb, Vernehmung darüber von einem andern Richter III. 27.

Verträge der Bauern, Bestätigung I. 156. 158. II. 155. 175. 177. 178. 253. zwischen Eltern und

- Kindern, Stempel deßhalb II. 261. über bäuerliche Grundstücke IV. 129. 131. deren Bestätigung V. 73. 79. über dingliche Rechte VII. 36.
- Vertragsmäßige Strafe VI. 17.
- Verunglückte, Verurteilung I. 24. Eintragung in's Kirchenbuch I. 217. 231. Anweisung zur Rettung II. 209. Bericht deßhalb II. 254. im Wasser, Rettung IV. 211.
- Veruntreuungen, Verordnung deßhalb I. 254. der Curatoren und Vormünder VII. 21.
- Verurtheilte, Eintragung in's Kirchenbuch I. 218. Vernehmung über Rechtfertigungsgründe vor einem andern Richter III. 27.
- Verwaltungsacten V. 131.
- Verwaltung I. 341. folg. Besorgung durch die Kreisämter I. 153. Verfahren darin I. 343. Verträge der Landstände deßhalb I. 248. der Städte I. 179. 345. Staats- III. 284. Trennung von der Rechtspflege III. 287. der Gefangenen- und Besserungs-Anstalten VII. 7. des Mutterguts der Kinder durch den Vater VIII. 111. 112.
- Verwaltungsangelegenheiten I. 341. folg. Beschwerden deßhalb I. 343. Entscheidung streitiger I. 343. Landes-, Gebühren in denselben I. 120.
- Verwaltungsbeamte, deren Diäten VII. 18. deren Benugung durch die Kreisdirectionen VIII. 225.
- Verwaltungsbehörden, Einspruch bei den Gerichten IV. 133.
- Verwaltungs-handlungen III. 287.
- Verwaltungs-sachen, Gebühren IV. 85.
- Verwandlung der Strafen I. 20. VI. 20. der Forstgeldstrafen IV. 67.
- Verweis der Beamten V. 17.
- Verwilligung, Holz- V. 46.
- Verzeichniß der Depositen-gelder I. 174. der Gewerbetreibenden I. 133. der Rekruten I. 324. folg. der Verbrecher I. 21. 27. 148. 149. 153. 165. über Untersuchungssachen, Prozesse, Vormundschaften I. 148. 149. 153. 165. über Forststrafe III. 100. der Untersuchungssachen VI. 20.
- Verzichte behuf Verhinderung des Eintretens der Verjährungsfrist vor Ablauf derselben sind wirkungslos VIII. 50.
- Vizepräsident, der Landstände III. 289. des Ausschusses III. 291.
- Victualienhändler IV. 93. 109. 247. Nachsicht deren Bücher I. 381. Handelsartikel derselben I. 432. Gewerbeschein I. 451. 459. Contribution III. 363.
- Victualienhandel I. 42.
- Viduationsgebühren I. 113. 116. und Copialien für Kirchenrechnungsabnahme: *re. Protocolle* II. 196.
- Vieh, krankes, Schlachten desselben I. 381. Contribution davon II. 303. III. 361. Zoll davon II. 339. zu veracisen in Braunschweig und Wolfenbüttel III. 1. Landtag davon IV. 244. Steuern davon IV. 243.
- Viehändler VI. 147. Gewerbesteuer derselben I. 445. Gewerbeschein und Contribution II. 264. III. 352.
- Viehhäute, rohe, Ankauf derselben I. 357.
- Viehhandel mit selbstgemästetem Viehe II. 116.
- Viehmärkte, Zuziehung d. Thierärzte bei dens. IV. 214.
- Viehpfässe I. 373.
- Viehverzeichnisse I. 110. IV. 83. 220. V. 54.
- Viehweide der Forstbedienten III. 148.
- Vienenburg, Bahnamt VIII. 227.
- Vindicatio gestohlener Güter III. 27. der Obligation auf den Inhaber IV. 165.
- Visirung der Pässe IV. 214. VIII. 217. in Paris III. 331. 332.
- Visitation nach gefredestem Holze im Auslande III. 155. im Preussischen III. 106. Feuer- I. 353. 374. nach Geinzel I. 374. Kirchen-, Gebühren dafür IV. 153.
- Visitatores, Vorladung derselben I. 169. weltliche Kirchen- I. 183. 297. Rang derselben I. 192.
- Visitir-sab II. 12.
- Völker, Mechanikus, Privilegium VIII. 233.
- Völkers, Privilegium VIII. 236.
- Vogelbeerde VII. 32.
- Vogelnester VII. 32.
- Voldaggen, Gemeindeverwaltung VIII. 68.
- Volkversammlung V. 140.
- Volkshaus, Wahl der Abgeordneten VII. 28.
- Volkswehr VI. 135. VII. 150. Statut in Wolfenbüttel VI. 137. Bewaffnungsgegenstände VI. 137.
- Volkszählung IV. 140. V. 90. VI. 118. VIII. 280. Regulativ VIII. 281.
- Volljährigkeit I. 467. in Beziehung der Wiedereinführung in den vorigen Stand II. 306.
- Volljährigkeitserklärung, schließt nicht alle Dispositionsbefugnisse aus VII. 103. Begriff und Umfang VIII. 122. 123.
- Vollmacht in Processualen I. 144. IV. 118. Specialist zur Beantragung der Volljährigkeitserklärung erforderlich VIII. 124. 125.
- Vollmachtsformulare VII. 14.
- Vollmachtsstempel IV. 230.
- Vollstreckbarkeit der Erkenntnisse in Strafsachen VII. 131.
- Vollstreckung der Erkenntnisse der Appellations-Commission I. 144. der Erkenntnisse mittelst Requisition VIII. 26.
- Vollziehung der Erkenntnisse in Untersuchungssachen I. 150. schwerer Criminalstrafen IV. 47. VI. 34. VII. 21.
- Vorfälle, außerordentliche V. 23. Bericht deßhalb I. 159.
- Vorhalt, summarischer III. 207. VI. 26.
- Vorladung der Interosficianten I. 169. öffentliche, Competenz V. 72. der Grenzaußichtsbeamten V. 23. der Grenzsteueraufsicher VI. 157. in Strafsachen VII. 62. 144.
- Vormünder, Bestellung derselben I. 153. 157. 176. II. 163. anderweite II. 163. 171. *decret. de alien. et solv.* I. 160. 161. Mittheilung an die Districtsgerichte II. 160. Ankauf der Landes- *re. Schuldschreibungen* von denselben V. 110. für uneheliche Kinder VIII. 88. 168. Competenz zur Bestellung derselben VIII. 119. Wirkung des testamentarischen Erlasses der Errichtung eines Inventars und der Rechnungsablage VIII. 125. 126.
- Vormundschaft, Regierung- 137. 138. III. 284.

- forum derselben IV. 134. obervormundschaftliche Aufsicht IV. 136. der Kinder der Oberappellationsräthe IV. 115.
- Vormundschaften I. 148. 152. 176. VI. 102. VII. 150. Committiren derselben I. 176. Aufsicht der Oberhauptleute I. 339. Verzeichniß I. 148. 149. 153. 165. Inventaraufnahme und Verkauf des unbeweglichen Vermögens, Verbot der Inventorisation im Testamente III. 212. Competenz III. 207. VIII. 108. 109. 110. Auszüge aus den Kirchensbüchern beauf der selben VIII. 153.
- Vormundschaftsacten, Porto dafür I. 173. Gelder beim Leihhause zu belegen I. 259. Inventarien I. 176. Rechnungen I. 400. Sperteln III. 186. Verkauf von Grundstücken I. 157. der Inventarien I. 176. Gebühren IV. 86.
- Vormundschaftstabellen, Einrichtung V. 87.
- Vorräthe, Wald-, Angabe derselben III. 164.
- Vorschuffzettel über Forstlohn III. 170.
- Vorseminaristen, Militairpflicht I. 316.
- Vorsfelde, Verwaltung des Gemeindevermögens und der Polizei III. 180. Gebühren an Kirche und Pfarre bei Errichtung von Leichensteinen od. Ausmauern der Gräber VIII. 140. 141. Verwaltung des Passwesens VIII. 222. Schützenbruderschaft VIII. 234.
- Vorsitzendes Mitglied im Districtsgerichte I. 155.
- Vorspann von den Domainen geleistet, Vergütung desshalb III. 318. Commissarien I. 301.
- Vorspannwesen I. 264. 301. 339. Militair: II. 214.
- Vorstellung, Rechtsmittel I. 19. in Polizei- und Untersuchungssachen I. 145. beim Consistorium I. 204. in Verwaltungsangelegenheiten I. 343. Rechtsmittel von den Stadtgerichten und Kreisämtern II. 164. gegen abändernde Erkenntnisse III. 213.
- Vorträge, mündliche zu Protocol V. 123. beim Oberappellationsgerichte IV. 117.
- Voruntersuchung in Privatanklagefachen VIII. 274. in amts- oder stadgerichtlichen Etsachen VIII. 279. Bedingung der Einleitung VIII. 269.
- Vossische Stiftung VIII. 234.
- Vota beim Oberappellationsgerichte IV. 117.
- Votum des Vorsitzenden des Kreisgerichts V. 86. der Richter, Separat: VI. 101. berechtigt den Amtsgerichtsschreiber nicht zur Theilnahme an kreisgerichtlichen Geschäften VIII. 110.
- Wache IV. 177.
- Waaren, Ausstellung derselben I. 131. VII. 54. Beforderung der an fremden Orten gefertigten I. 131. Declaration derselben I. 426. 429. 440. selbstgewonnene, Verkauf derselben im Preussischen III. 301. accisbare, Rücksendung derselben auf Nebenwegen II. 2. zum Durchgang declarirt, beim Ausgangspasse nicht vorgeführt III. 3. Verkauf derselben nach Proben III. 195. Behandlung auf der Eisenbahn VI. 41. Bezeichnungen, Nachnahme IV. 43. 93.
- Wachen in den Dörfern I. 351. 353.
- Wachtelgang VII. 32.
- Wachlichte, Altar: VI. 128.
- Wählbarkeit der Mitglieder der Landschaft III. 283. 285. VII. 97.
- Wäterlingsche Legatencasse IV. 187. Verfahren bei Verteilung der Gelder VIII. 164. 165.
- Waffelkuchenbäcker IV. 103.
- Waffen gegen Forstfrevel in den Grenzwaldungen IV. 56. 58. gegen Wilddiebe VII. 31.
- Waffendienst, Pflicht dazu III. 284. in den Städten VI. 47. beauf des Gemeindefchuges VII. 48.
- Waffenfähige VII. 104.
- Wagen, karter für den Zoll II. 320.
- Wagenladung IV. 262.
- Wahl der Rechtsmittel I. 172. der Wahlmänner und Abgeordneten der Landschaft III. 289. 291. V. 102. VII. 46. 48. 49. 60. 98. der Prediger durch die wahlberechtigten Gemeinden VIII. 154. 155. 156. 157.
- Wahlaußschreiben III. 288. 291. zum zweiten ordentlichen Landtage IV. 170. zum dritten IV. 172. zum vierten IV. 172. zum fünften V. 102. zum sechsten VI. 129. zum siebenten VII. 99. zum achten VIII. 185. zum neunten VIII. 187.
- Wahlact VII. 98.
- Wahlbezirk III. 285. V. 50. in Braunschweig V. 49.
- Wahlcollegium III. 289. VII. 98. Ernennung der Präsidenten IV. 170. 171. 172.
- Wahlgesetz III. 283. 287. IV. 167. 172. VII. 98.
- Wahlkreise III. 289. 291. IV. 171.
- Wahlmänner VII. 98.
- Wahlorte VII. 97.
- Wahlrecht III. 288. Erbschen derselben III. 289.
- Wahltag III. 289.
- Wahlpruch, Form desselben VIII. 276.
- Waldarbeit von beurlaubten Soldaten III. 164.
- Waldarbeiter, I. 49. Befreiung von der Personalsteuer I. 452. III. 353. 362. Reglement wegen Aufnahme und Ablegung derselben III. 101. Lohnzettel derselben III. 126. Unterstützung aus der Büchsenfennigcasse III. 83. 128. 129. 130. Supplicat derselben III. 149. Feiertgelder derselben III. 171. Schußgeld derselben III. 358. Zeugengebühr in Forststrassachen VIII. 275.
- Waldbrand II. 235. III. 65.
- Waldes VII. 112.
- Waldflächenlagerbücher III. 177.
- Waldausrodung IV. 66.
- Waldgrenzen, Regulirung derselben III. 95.
- Waldmorgen III. 146.
- Waldproducte, Anmaßung durch die Forstbedienten III. 127.
- Waldvorräthe III. 164.
- Wallerfried, Contributionsfuß III. 357.
- Walpyromenaden um Helmsiedr, Beschädigung III. 3.
- Walzen und Hoffmann, Privilegium VIII. 235.

- Wanderbuch I. 129. jüdischer Handwerksgefallen IV. 218.
- Wanderbücher VII. 54.
- Wandern der Gefellen IV. 49. 96. VI. 139. der Schnei-  
der II. 123.
- Wandeläcker, im Hypothekensbuche VI. 91.
- Wanderjahre, Dispensation davon I. 134. V. 59.
- Wanderzeit I. 129. Wanderschaft VII. 54.
- Warnung vor dem Weineide beim Kreisgerichte I. 292.
- Wafen, Stärke derselben III. 88. sichte, Güte der-  
selben III. 107.
- Waffenbinder I. 66. Instruction für dieselben I. 64.
- Waidigung derselben I. 66. Bekanntmachung der-  
selben III. 86.
- Wasserbauten III. 11.
- Wasserbehälter I. 379.
- Wasserscheu, Gestorbene daran, Eintragung in's Kir-  
chenbuch I. 216.
- Watenstedt, Verlegung eines Ackerstücks an den Ge-  
meindebezirk Barnstorf VIII. 67.
- Weberei I. 125.
- Webestühle, Verfertiigung derselben V. 59.
- Wechsel, Amortisation derselben VII. 151. Zinsver-  
sprechen VIII. 281.
- Wechselarrest VII. 15. 17.
- Wechselordnung IV. 169. VII. 150. für Deutschland  
VI. 97. Aetste der Postbehörden in Wechselfachen  
VI. 117. 145.
- Wechselproceß I. 145. VII. 13. Gesetz VII. 150.
- Wechselrecht VII. 150. gegen Stabsofficiere III. 211.
- Wechselfchuldner, Abzugskosten derselben den ar-  
men Parteien nicht vorzuschießen VIII. 26.
- Wecker, Privilegium VIII. 235.
- Wege, Beschädigung derselben IV. 262. Regulirung  
IV. 81. Gemeinde- IV. 262. Aufräumung durch  
die Landfolge VI. 150. Verbesserung I. 256. Com-  
munications- I. 373. verbotene I. 440. 441. 442.  
Aufräumung derselben II. 251. Seiten- und Re-  
ben- II. 318.
- Wegearbeit, Abverdienen dadurch II. 311.
- Wegebau I. 467. II. 307. III. 11. 365. IV. 262. VII.  
151. Aufbringung der Kosten dazu IV. 277. Ver-  
bindlichkeit der Häuslinge I. 469. außer der Haus-  
see II. 62. durch Forststräflinge III. 99.
- Wegebefferung II. 307. von den Forstfrevelern I.  
82. Dienste der Häuslinge dazu I. 35. Beiträge  
von den Domainenpächtern III. 4. von Schuld-  
und Pfandverschreibungen III. 4. Controle deß-  
halb III. 5. bei den Districtsgerichten III. 5.
- Wegebefferungscasse VII. 37. deren Capitalien  
IV. 215. Rechnung IV. 52. Abgaben an dieselbe  
VI. 149. aus Contracten VI. 10.
- Wegebefferungsgelder II. 35. Berechnung derfel-  
ben II. 36. aus Contracten I. 3. 8. 10. Verwen-  
dung derselben I. 372. an die Cämmerei abzuge-  
ben I. 380. Belegung und Aufkündigung IV. 11.  
aus Contracten VIII. 56. 64.
- Wegebefferungslast IV. 263.
- Wegefrevel II. 311.
- Wegegebühr IV. 84. 89. 90. 92. 169. V. 55. der Amts-  
voigte in Gemeinde- u. Officialfachen III. 180. 183.
- Wegegeld III. 365. IV. 261. 265. 264. Pfastergeld  
III. 263. Contravention, Bestrafung VI. 150.
- Weghaus bei Kirchberg IV. 282.
- Wegeordnung IV. 261. 262. Vergehen gegen die-  
selb. I. 38. I. 468.
- Wegegeldnehmer, Instruction für dieselben II.  
307.
- Wegegeldsfreiheit II. 308.
- Wegepolizei III. 11. IV. 261. 262. Straftarif I. 470.
- Wegeleben, Bahn-Expedition VIII. 227.
- Wegeweiler I. 375. Inschriften an denselben II. 236.  
Kosten II. 277. 278.
- Weibliche Personen, Verfertiigung von Frauenpuß  
I. 125.
- Weide, in der Forst III. 123. 170. der Förster III.  
148. Ausweisung III. 123. folg. Grenze III. 123.  
folg.
- Weideabfindung der Pfarrwitwenhäuser VIII. 148.  
149.
- Weideberechtigung in der Forst III. 170.
- Weidegrund, Besteuerung desselben IV. 225.
- Weiderecht, Auseinanderlegung IV. 79. 81. der An-  
bauer VII. 94.
- Wein, Besteuerung im Zollvereine, Vertrag deßhalb  
VIII. 291.
- Weinhandel, Begünstigung desselben IV. 298. Ac-  
cise II. 2.
- Weinlauf III. 240. für Bemeierung in Rheingau-  
sen III. 317.
- Weipen des Pfarrhauses III. 277.
- Wellerhölzer, Anforderung zu Stuben zc. III. 126.
- Wells-Bradwell, Privilegium VIII. 239.
- Wendt und Kubel, Privilegium VIII. 238.
- Werkmeister, ausländische, bei herrschaftlichen Bau-  
ten III. 18.
- Werkverständige, Wahl zu Taxationen II. 43.
- Wernigerode, Grenzen I. 259.
- Werthangabe der Postfächer II. 257.
- Werth und Schadenersatz bei Forst- und Jagdreveln  
IV. 67. VII. 33. 34. von preussischen Forstfrevelern,  
Fonds daraus zu bilden III. 160.
- Weser, Saltransport darauf, deren Controlirung  
VIII. 283. Zollabfertigung an derselben VIII. 295.  
Grenzbezirk, Legitimation des Sachvertrahs VIII.  
296.
- Weserdampfschiffahrt V. 41.
- Weserforsten, Holzanforderung aus denselben II. 90.
- Wesergeraden, Abverdienen durch Arbeit an Wegen  
dieselbst II. 311.
- Weserschiffahrt I. 470. folg. IV. 278. VII. 157.  
Zoll IV. 301. Additionalacte zur Weserschiffahrts-  
Acte VIII. 284.
- Weser-Zölle, Vertrag wegen deren Suspension VIII.  
307.
- Wesphälische Gesetze, Anwendung derselben I. 150.  
Aufheben ders. I. 141. Obligationen I. 242. 243.
- Wettlauf VI. 139.
- Wiedaische Hypothekensbücher VI. 85. 88. 92.
- Wiederaufbau abgebrannter Cuißschaften III. 12. 15.
- Wiederaufnahme des Verfahrens VII. 13.
- Wiederausgang der zum Durchgange declarirten



- Waaren III. 3.**  
 Wiederbeschungsversuche, Uebernahme der dadurch verursachten Kosten VIII. 193. 194.  
**Wiedereinfügung in den vorigen Stand I. 144.**  
 Nachsmittel IV. 116. 117. V. 84. Verurtheilter VII. 131.  
**Wiederanklage, Competenzbestimmung I. 158. II. 169.**  
**Wiedersechlichkeit, Bestrafung derselben II. 44.** der Gemeinden gegen Anordnungen in ihren Gemeindeförsten III. 72. der Forstrevier III. 87.  
**Wienroder Hörterhaus IV. 232.**  
**Wiesenbehütung IV. 279.**  
**Wiesenhägung IV. 195. Ablösung IV. 79.**  
**Wiesen, Gemeindereihe I. 102. Behütung derselben I. 255. 472.**  
**Wild VII. 32. Beschränkung derselben I. 255. Schonung I. 85. Verschuchung I. 62. Verfolgung II. 83. Controle des Transports VIII. 47.**  
**Wildbahn, Instandhaltung derselben II. 82.**  
**Wildbestand, Normal-I. 56. III. 365.**  
**Wilddiebe VII. 31. 35. Bekanntmachung der Gesetze III. 72. Wiedersechlichkeit derselben III. 73. Hezung derselben III. 73. denselben abgenommene Gewehre III. 96. Prämie auf deren Entdeckung I. 77. III. 106. Mißbrauch bei deren Erthappen III. 113. Tödtung und Verwundung ders. VI. 25.**  
**Wilddieberei I. 56. im Plankenburgischen I. 67. 77.**  
**Wilddiebsflinten I. 347. VI. 19. 30. 44. VII. 32.**  
**Wilddiebstahl, Bestrafung an der hannoverschen Grenze IV. 58. 70.**  
**Wildfuhren II. 63.**  
**Wildgatter VII. 33. bei Harzburg V. 48.**  
**Wildhüter IV. 28. Instruction derselben II. 85. Nachweisung des rechtlichen Besizes ihrer Waare VIII. 48.**  
**Wildmeister, Rang derselben V. 16.**  
**Wildpret, angelegentliches I. 69. Gerrendienst desshalb II. 63. Instandhaltung der Jagd II. 65. 68. Verkauf des gestohlenen III. 73. in Hildesheim und Goslar III. 129. Schießen desselben III. 95. 97. Taxe desselben III. 97. 120. 125. 126. für den Forststaat III. 123. vergleiche Wildstand.**  
**Wildpretstaxe III. 97. 120. 125. 126. preussisches Courant annehmen III. 148.**  
**Wildpretsverkauf I. 67.**  
**Wildschäden I. 59. 63. 70. 85. 472. II. 82. III. 365. IV. 169. 279. V. 48. II. 94. 102. Abschätzung derselben III. 95. Bezahlung von Forstbedienten III. 95. 172. durch Schwarzwild IV. 53. Taxation, Berechnung I. 74. Schussmittel dagegen VIII. 48.**  
**Wildscharen III. 128. 148.**  
**Wildstand, Verminderung derselben I. 70. 85. II. 82. übermäßiger III. 95. 97. 172. Resultat des Jagdbeschusses III. 162. Normal-I. 56. III. 365.**  
**Wildzählung III. 366.**  
**Wilhelm, Herzog, Regierungsantritt III. 202. Feier des 25jährigen Regierungsantritts VIII. 136.**  
**Wilhelmsd'or, falsche IV. 204.**  
**Wilke, Privilegium VIII. 238. 239.**  
**Wilmerding'sche Stiftung in Braunschweig VIII. 232.**  
**Windmühlen, Berechnung derselben I. 381. Brand-**
- versicherung derselben II. 43. Feten in denselben II. 243. 245. Entfernung von den Wegen IV. 263.**  
**Winkelschulen III. 280. IV. 160.**  
**Wirthe der Clubgesellschaften 2c. Gewerbesteuer II. 262.**  
**Wirtschaft auf den Bestämtern III. 343.**  
**Wissenschaften, Studierende, Befreiung vom Militair, Altkasse I. 275. 317. höhere, Erklärung des Ausdrucks IV. 188.**  
**Wittthum III. 287. im Hypothekenbuche VI. 90.**  
**Wittwen, Versorgung derselben I. 179. anderweite Verheirathung I. 199. 239. der Beamten und Actuaren, Gerichtsstand I. 155. Meisters- I. 132. Wiederverheirathung derselben III. 276. und Waisens der Pensionaire VI. 136. 143. 152. und Waisenverorgungsanstalt VI. 151. VII. 103. I. 473. III. 370. IV. 186. 280. Meisters- IV. 92. der Mäler IV. 99. Schwangerschaft derselben V. 101. der Prediger, deren Gnadenhalbjahr IV. 147. 151. deren Sterbemanat IV. 164. und Waisen-Versorgungsanstalt der Beamten, Theilnahme der Prediger VIII. 136. 137. 138. 139. 140. Beibringung der Bescheinigung über die Auseinandersetzung mit den Kindern bei der Wiederverheirathung VIII. 141. der Schullehrer-, Abänderung des Gesetzes über die Beamten-Wittwen- u. Waisen-Versorgungs-Anstalt VIII. 240.**  
**Wittwencassen, Vereinigung derselben I. 253. in Helmstedt I. 254. und Waisencasse IV. 186. der Generalinspektion Gandersheim VI. 187.**  
**Wittwer, Wiederverheirathung IV. 310. Militair-, Consens zu anderweiter Verheirathung I. 200.**  
**Wochenmärkte, Handel darauf V. 65.**  
**Wöchnerinnen, Einsegnung derselben III. 269.**  
**Wohlbthätigkeitsanstalt, jüdische IV. 186.**  
**Wohnorte, Eintragung in's Kirchenbuch I. 212. folg.**  
**Wohnortsrecht II. 253. 313. III. 364. 367. IV. 280. VI. 152. VII. 152. der Acquirenten der Mitter- und Freisaffengüter II. 315. Aufnahme der Fremden II. 247. 253. Emigrationsconsens der Ausländer II. 244. der Inländer II. 251. der Dienstboten II. 235. Erwerbung der Grundstücke, Begründung desshalb II. 253. der Gesellen II. 235. Heimarthscheine, Ertheilung derselben II. 247. 250. beurlaubter Soldaten II. 237. der Tagelöhner und Häuslinge II. 245. III. 368. der Ehefrauen III. 368. wegen Erwerbung von Grundstücken III. 369. preussische Unterthanen III. 369. Verlust derselben IV. 232. der Advocaten, Notarien, Aerzte, Thierärzte, Apotheker, Chirurgen und Hebammen IV. 284. 290. der Soldaten IV. 285. 286. der Unter-schaffner bei der Eisenbahn IV. 289.**  
**Wohnung für Arme II. 236. 252. für die Häuslinge, Verschaffen derselben III. 336. der Forstfiscianten IV. 169. der Schullehrerwitwen VIII. 181. 182.**  
**Wohnungsscheine zu den Kirchenbüchern IV. 142.**  
**Wohnsitz, Begründung derselben I. 370. 373. folg. der Dienstboten I. 201. der Ehefrau eines im Auslande wohnenden Mannes I. 353. der Häuslinge I. 369. der Kinder I. 373. durch Verheirathung I. 373. Ablieferung der Wagnakunten an denselben**

- I. 343. 358. 366. folg. Uebereinkunft mit Preußen desshalb I. 352. Gerichtsstand desselben VIII. 129. 130.
- Wolfsenbüttel, Etappenort I. 270. Accise daselbst II. 1. 3. Declaration II. 6. 9. Brauaccise II. 29. Malaccise II. 34. Zoll daselbst II. 320. Schladtaccise III. 1. Straßenspaltung IV. 172. Abgaben daselbst IV. 239. 243. 245. gerichtliche Auflassung der Grundstücke VI. 59. 80. Schuld- und Hypothekenverschreibungen vor dem Stadtgerichte VI. 59. 82. Straßenpolizeiordnung V. 139. Bahnhofgrundstücke dem Stadtbezirke beigelegt VIII. 266. Bräunne'scher Garten, Verlegung an den Stadtbezirk VIII. 66. Bahn- und Postamt VIII. 227. Todtenkasse der Bürgergarde VIII. 233. Waaren-Niederlage, Regulario VIII. 299.
- Wolff, Fangelber, Berechnung derselben III. 79.
- Wolfsbagen, Feststellung der Bedarfslage der Polizeiberechtigten VIII. 83.
- Wolke, Handel damit III. 191.
- Wollenes Garn, Handel damit III. 191. Färben von den Gutmachern III. 194.
- Wollenweber, Aufnahme in die Gilde II. 114.
- Wollkammer, Gewerbesteuer derselben I. 454.
- Wollmarkt I. 474.
- Woltorf, Grenze desselben I. 259.
- Wroben, Forst: I. 45 47. 355. Polizei I. 27. 145. 153.
- Wrobenfachen V. 37. VI. 19. VII. 142.
- Wuchersbume II. 316.
- Würden, Verlegung derselben III. 284.
- Württemberg VII. 111. kostenfreie Vollziehung der Requisitionen in Criminalsachen II. 44.
- Wüste Höfe, Wiederaufbau derselben III. 13. 15. Bebauung derselben IV. 218.
- Wulfsersdorf IV. 281. VI. 93. Anlegung des Hypothekenbuchs VI. 79.
- Wundärzte, Aufsicht über dieselben I. 339. deren Beerdigung II. 53. Belohnung für Rettung Verunglückter II. 209. Curen derselben II. 212. Gehalt derselben V. 106. Renumeration V. 107. deren Befugniß VI. 133. Ausübung der Praxis im Hannoverschen VIII. 190. 191. Kosten für Wiederbelebungsversuche VIII. 193. 194.
- Wundram, Privilegium VIII. 236.

## 3.

- Zähne, Einsetzung künstlicher III. 295.
- Zäune, freies Holz dazu III. 126.
- Zahl der Meister II. 114.
- Zahlungsanweisung wegen herrschaftlicher Bauten III. 19.
- Zahnärzte, Selbstdispensiren d. Zahnheilmittel IV. 180.
- Zehnabblösungsreiffe, Eintragung in's Hypothekenbuch VI. 76. 80. 81.
- Zehnberechtigung, Eintragung in's Hypothekenbuch VI. 63.
- Zehnten, Ablösung derselben I. 108. IV. 2. Zustimmung beteiligter Dritter III. 181. Rott: III. 81.
- Zehntschaf von den Stiftern und Klöstern II. 299. und Scheffelschaf, Beschreibung desselben III. 353.
- Zehrungskosten der Beamten IV. 84. 85. 118.
- Zeichnung der Waaren IV. 93. 94.
- Zeichenmaterialien, Handel damit IV. 101.
- Zeitschriften, verbotene III. 23. 36. Ablieferung von Exemplaren an die Ortspolizei IV. 14.
- Zeitter, Privilegium VIII. 233.
- Zeitung VII. 123. Inseriren der gerichtlichen Bekanntmachungen in dieselbe III. 339. Hanauer II. 250.
- Zeitungsexpedition, Postamts: III. 346.
- Zeugen, Beeidigung in Untersuchungssachen I. 20. 24. von den Kreisämtern in Untersuchungssachen II. 55. Abhörung I. 142. Schwur: VI. 96. ausländische VII. 148.
- Zeugenerweise, Antretung I. 157.
- Zeugengebühr in Untersuchungssachen I. 28. VI. 31. in Civilsachen VI. 50. 51. in Armenprocesssachen VI. 99. in Forststrasssachen an Forstbeamte und Waldarbeiter VIII. 275.
- Zeugenretul I. 113.
- Zeugenverhör, articulirtes, abgeschafft IV. 118. zum ewigen Gedächtniß IV. 120.
- Zeugnisse VII. 15. academische IV. 161. gerichtliche, für Candidaten, Notare und Auditoren IV. 130. von der juristischen Examinations-Commission VI. 107. aus den Kirchenbüchern I. 223. wegen der Zurücksetzung im Militair I. 317. Schul-, kein Stempel dazu II. 261.
- Zeugschmidt, Handel mit nicht selbstverfertigten Waaren III. 194.
- Ziegelsteine, Größe derselben II. 246. s. Barnsteine.
- Ziegler, Privilegium VIII. 236.
- Zigeuner, Pässe derselben VI. 139.
- Zimmergilde, Befugniß IV. 103. Streitigkeiten derselben mit der Tischlergilde III. 189. 192. I. 135.
- Zimmerleute, deren Befugnisse III. 189. 192.
- Zimmermalerei II. 113. s. auch Ritz- und Fresco-Malerei.
- Zimmermeister, Instructionen für dieselben I. 359.
- Zahl derselben zu Taxationen II. 43. Wittwen derselben II. 113.
- Zinngießwaaren, Säuren damit III. 351.
- Zinsen, Erhebung derselben für die Kirchen beim Leibhause I. 186. der Landesschulden I. 241. 242. 243. folg. vom Leibhause I. 259. auf Ablösungscapitale IV. 6. 52. der Kirchencapitalien V. 95. 101. Restituzion derselben IV. 165. Gerabiehung IV. 166. der Cammer- und Landesschuldverschreibungen IV. 171. Versprechen von eigenen Wechseln VIII. 281.
- Zinscoupons IV. 165. 166. auf Geld lautende IV. 206. VIII. 46.
- Zinsfrüchte Herzogl. Cammer, Verkauf I. 181. Verfabren bei deren Annahme I. 39. Diäten I. 115.

- Zinsfuß VI. 131. 132. im Hypothekenbuche zu bemerken VI. 69. der Kirchencapitalien VI. 124. 146. 130. für Leibhauscapitalien VII. 101. für in den Sparcassen belegte Gelder VIII. 189.
- Zinsform, Ablieferung desselben III. 43.
- Zinspflicht, Ablösung derselben, Zustimmung der Berechtigten III. 181.
- Zinswucher I. 169.
- Zölle, Declaration der Waaren I. 429.
- Zoll I. 474. II. 317. III. 370. IV. 172. 291. VII. 152. VIII. 284. Aufhebung und Abänderung I. 256. Vereinbarung mit Hannover desshalb I. 476. folg. Trennung von der Accise I. 253. vom Eischorientaffee II. 321. von Papiertapeten II. 337. vom Schäfertaback II. 338. Erleichterung des hannoverschen II. 337. preussischen Durchgangs III. 268. Umgehung III. 44. Tarif III. 172. Anschluß mit Preußen III. 243. 292. 295. Uebereinkunft mit Hannover und Oldenburg III. 293. 296. Zoll- und Steuerverwaltung in einzelnen braunschweigischen Gebietsheilen, Vertrag desshalb mit Hannover VIII. 291.
- Zollämter II. 317. 336.
- Zollatteste, II. 336. 337.
- Zollbeamte, Instruction für dieselben II. 322. und Steuerbeamte, Bestrafung derselben V. 17.
- Zollcartel VIII. 290.
- Zollcontraventionen VII. 136. 157. 158. VI. 35.
- Zolldefraudation, Vorschrift wegen deren Verhütung I. 475. II. 319. Untersuchung derselben II. 320. Requisition der hannoverschen Gerichte nicht zu befolgen II. 59.
- Zolleinnehmer, Instruction derselben I. 442. Vorladung derselben I. 169.
- Zollerhebung von auf der Eisenbahn transportirten Gütern VII. 155.
- Zollfreiheit II. 318. für Warle zc. II. 320. 321. aus getrenntem Landestheile II. 336. von selbstgewonnenen Producten im Auslande II. 338. vom Vieh II. 339. Getreide II. 340. des herrschaftlichen Holzes, Verschönerung desshalb III. 89.
- Zoll- und Steuergesetze, Patent, die vom 1. Januar 1854 in Anwendung kommenden VIII. 293.
- Zollofficianten, Verhalten derselben II. 319.
- Zollpässe für Remontepferde, Gebühren dafür III. 241.
- Zollpassirscheine III. 370.
- Zollpund, Uebereinkunft wegen Einführung desselben VIII. 189.
- Zollrolle von 1700 I. 475.
- Zollstätte zu Holzminden und Merghausen II. 321.
- Zollstraße II. 319. VII. 146.
- Zollstraße II. 318. VII. 153.
- Zolltarif II. 320. Vereins VIII. 287. Druckfehler darin VIII. 296. Abänderung VIII. 313.
- Zollursprungsatteste II. 336.
- Zoll- und Handelsverein, Vertrag über die Fortdauer VIII. 287. Separatarititel VIII. 301.
- Zollvergehen, Bestrafung derselben VIII. 294.
- Zollvereinsgüter, Niederlage in Bremen VIII. 305.
- Zollverträge, Verhalten der Officianten auf den Eisenbahnen VI. 154. folg.
- Zoll und Steuer-Verwaltung, Organisation VIII. 296.
- Zorge, Hypothekenbücher VI. 85. 88.
- Zubehörungen im Hypothekenbuche VI. 63. 64.
- Zucker, Steuerfuß vom Rübenzucker VIII. 284. raffinirten indisch, Ausfuhrvergütung VIII. 294. Besteuerung VIII. 298. 300. 310. 311. 312.
- Züchtigungsrecht der Schullehrer VI. 27. der Lehrmeister VII. 53.
- Zucht- und Zwangsarbeitsstrafe, Erkenntniß darauf II. 44. Haus, Ablieferung der Verbrecher I. 22.
- Zuchthausstrafe, Verhältniß gegen andere Strafen I. 20. der Forstrevier III. 150.
- Zuchthengste I. 341. IV. 208.
- Zuchtvieh, Zoll davon II. 339.
- Züchtigung der Sträflinge I. 20. körperliche der Inquisiten II. 57. der Forstrevier III. 150.
- Zündhütchen IV. 58. 209.
- Zündstoffe, chemische IV. 208. V. 58. 122.
- Zünfte, Ausnahmen I. 125.
- Zulagen, Beoldungs-, Gebühren dafür III. 242.
- Zunftsvermögen, Specialfonds davon III. 188.
- Zurückgesetzte Militairpflichtige V. 111. Cantonisten I. 320.
- Zuschläge in der Forst III. 123.
- Zuschlag, die Confirmation enthaltend IV. 139.
- Zuständigkeit der Gerichte VII. 56. 59. 131. 132. VIII. 89.
- Zustimmung der beteiligten Dritten zu Ablösungen III. 181.
- Zwangsabtretungen VII. 90.
- Zwangsarbeitsanstalt, Ablieferung der Verbrecher I. 22. 29.
- Zwangsarbeitsstrafe, Verhältniß derselben I. 20.
- Zwangsmittel, polizeiliche VII. 43.
- Zwillingsgeburten, Eintragung in's Kirchenbuch I. 213.

## Druckfehler.

- S. 24. in der Resolution vom 13. Februar am Ende statt **das** Behufs lies **des** Behufs.
- S. 63. Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 16. Juli statt **1837** lies **1857**.
- S. 65. Zeile 2 statt **Einwirkung** lies **Erwirkung**.
- S. 66. bei Verordnung vom 22./26. Februar 1855. fehlt Nro. 13.
- S. 66. bei Gesetz Nro 32. vom 18./28. August statt **1857** lies **1856**.
- S. 67. bei Gesetz Nro. 10 vom 21./30. Januar statt **1860** lies **1858**.
- S. 68. bei Gesetz Nro. 23 vom 28. Juni statt **1860** lies **1859**.
- S. 68. bei Verordnung Nro. 24. vom 3./12. Juli statt **1860** lies **1859**.
- S. 68. bei Verordnung vom 9./27. December 1859 statt Nro. **31** lies Nro. **51**.
- S. 88. bei Verordnung vom 2./12. März 1857 statt Nro. **16** lies Nro. **17**.
- S. 106. Zeile 7 von unten statt **Rescript** lies **Bericht**.
- S. 112. Zeile 13 von unten statt **Rescript** lies **Bericht**.
- S. 113. Zeile 15 von unten statt **Bericht** lies **Bescheid**.
- S. 114. Zeile 9 von unten statt **Rescript** lies **Bericht**.
- S. 120. Zeile 3 von oben statt vom 21. **Juni** lies 21. **Juli**.
- S. 128. Zeile 16 von unten statt **Rescript** lies **Bericht**.
- S. 129. Zeile 18 von unten statt **Rescript** lies **Bericht**.
- S. 137. bei dem Ausschreiben vom 28. October statt Nro. **54** lies **44**.
- S. 227. bei der Bekanntmachung Nro. 30 vom 8./21. Juni statt **1853** lies **1854**.
- S. 259. Zeile 3 von oben statt **des R.** lies **der R.**
- S. 267. Zeile 15 von unten statt **ertheilen** lies **vertheilen**.
- S. 268. Zeile 2 von oben statt **zwar** lies **zuvor**.
- S. 270. Zeile 5 von unten statt **ablegen** lies **abzulegen**.
- S. 272. Zeile 14 von oben statt **ausgesprochene** lies **ausgesprochenen**.
- S. 278. Zeile 17 von oben statt „Anlage **des**“ lies „Anlage **das**“.
- S. 286. bei Gesetz Nro. 46 vom 9./11. August statt **1854** lies **1853**.
- S. 299. bei Bekanntmachung Nro. 4 vom 1./7. Februar statt **1854** lies **1855**.

Der Subscriptionspreis der bisher erschienenen  
8 Bände betrug:

I. Band	2 Thlr.	21 Sgr.
II. —	1 Thlr.	27 $\frac{1}{2}$ Sgr.
III. —	2 Thlr.	10 Sgr.
IV. —	2 Thlr.	20 Sgr.
V. —	2 Thlr.	7 $\frac{1}{2}$ Sgr.
VI. —	1 Thlr.	11 $\frac{1}{4}$ Sgr.
VII. —	1 Thlr.	15 Sgr.
VIII. —	3 Thlr.	10 Sgr.

der Ladenpreis beträgt jetzt:

4 Thlr.	15 Sgr.
3 Thlr.	10 Sgr.
4 Thlr.	10 Sgr.
3 Thlr.	15 Sgr.
3 Thlr.	
1 Thlr.	25 Sgr.
2 Thlr.	7 $\frac{1}{2}$ Sgr.
5 Thlr.	

Der Subscriptionspreis ist jedesmal nach dem Erscheinen des betreffenden Bandes erloschen und dafür der Ladenpreis eingetreten. Nur wer sämtliche 8 Bände auf einmal bestellt, kann Anspruch auf den früheren Subscriptionspreis machen.

